

# Weltentwicklungsbericht 1981

Nationale und Internationale Anpassung

Anhang Kennzahlen der Weltentwicklung



# **Weltentwicklungsbericht 1981**

**Weltbank  
Washington, D. C.  
August 1981**

Copyright © Bank für Internationalen Wiederaufbau  
und Entwicklung/Weltbank

Alle Rechte vorbehalten

Vertrieben in Deutschland von der  
Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen  
Simrockstraße 23, D-5300 Bonn  
und dem

Fritz Knapp Verlag  
Neue Mainzer Straße 60, D-6000 Frankfurt

ISSN 0271 - 1745

# Vorwort

Der *Weltentwicklungsbericht 1981* ist der vierte *Bericht* im Rahmen einer jährlichen Publikation der Weltbank, die Schlüsselfragen der Entwicklung untersucht. Im Mittelpunkt des diesjährigen *Berichts* stehen die internationalen Aspekte der Entwicklung. Es werden sowohl die bisherigen Entwicklungstrends und künftigen Aussichten in den Bereichen Außenhandel, Energie und Kapitalbewegungen als auch deren Einfluß auf die Entwicklungsländer untersucht. Hieran schließt sich eine Analyse der Probleme an, die mit der nationalen Anpassung an die internationale Wirtschaft verbunden sind.

Die weltwirtschaftlichen Bedingungen haben sich im vergangenen Jahr seit Erscheinen des letzten *Berichts* verschlechtert: Die Preise, die die Entwicklungsländer für ihre Einfuhr, vor allem für Öl, bezahlen müssen, sind gestiegen, während sich gleichzeitig ihr Spielraum für derartige Zahlungen verschlechtert hat. Ihr Exportwachstum wurde durch die anhaltende Rezession in den Industrieländern eingeengt, der Zufluß vergünstigter Finanzierungsmittel stagnierte, und auf den kommerziellen Kapitalmärkten deutet sich inzwischen eine gewisse Unsicherheit an. Das Einkommensgefälle zwischen den reichsten und ärmsten Ländern wird sich selbst unter den relativ optimistischen Annahmen des in diesem *Bericht* untersuchten Szenariums mit hohem Wachstum weiter vergrößern; unter dem ungünstigen Szenarium ist sogar mit einer zunehmenden Zahl von Menschen zu rechnen, die in absoluter Armut leben.

Die Untersuchung über den internationalen Außenhandel zeigt, daß die Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen in den siebziger

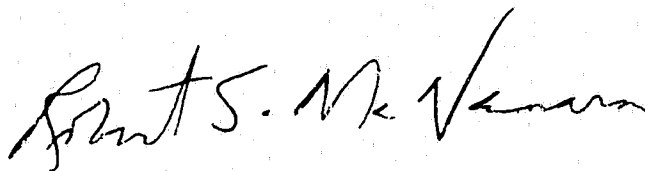
Jahren vergleichsweise gute Ergebnisse erzielen konnten, während der Handel den Ländern mit niedrigem Einkommen so gut wie gar keine Vorteile brachte. Die Ausführungen zur Energie machen deutlich, daß Tempo und Struktur des globalen Energieverbrauchs vor den Ölpreisteigerungen der siebziger Jahre korrekturbedürftig waren. Die erforderlichen Anpassungen wurden inzwischen zum Teil vollzogen; für die meisten Länder zeichnen sich allerdings weitere Schwierigkeiten ab. Was die Kapitalbewegungen anbelangt, so können die Länder mit mittlerem Einkommen dem *Bericht* zufolge ihren Kreditbedarf weitgehend über das private Bankensystem decken und mit zusätzlicher Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen rechnen. Die voraussichtlichen Entwicklungshilfeleistungen für die Länder mit niedrigem Einkommen sind demgegenüber unzureichend.

In den späteren Kapiteln des *Berichts* geht die Untersuchung vom internationalen auf den nationalen Bereich über. Hier werden besondere Anpassungsprobleme der Entwicklungsländer sowie die derzeitige Ausrichtung ihrer Wirtschaftspolitik analysiert und die Lehren aus ihrer jüngeren Entwicklung gezogen. Die Analyse der nationalen Anpassung wird darüber hinaus durch zwölf Fallstudien vertieft.

Die Schlußfolgerungen dieser Untersuchung stimmen mit denen des ersten Abschnitts überein: Länder mit einer weitgehend außenwirt-

schaftlich orientierten Wirtschaftspolitik konnten sich an außenwirtschaftliche Erschütterungen in der Regel vergleichsweise leicht anpassen. Einmal mehr zeichnet sich ab, daß die Länder mit niedrigem Einkommen bei der Anpassung nur über begrenzte Optionen und ein geringes Maß an Flexibilität verfügen. Sie werden über Jahrzehnte hinweg nach wie vor auf beträchtliche Entwicklungshilfeleistungen angewiesen sein. Die Probleme der menschlichen Entwicklung, die im Mittelpunkt des *Berichts* von 1980 standen, werden im Lichte der geänderten Rahmenbedingungen erörtert. Dieser Entwicklungsbereich ist, solange der Anpassungsprozeß anhält, gefährdet, was die ernste Konsequenz von unnötigem menschlichen Leid heraufbeschwört. Versäumnisse bei der Lösung dieser Probleme werden auf längere Sicht auch im internationalen Bereich gravierende Folgen haben.

Der vorliegende Band spiegelt die Arbeit von vielen meiner Kollegen in der Weltbank wider. Die zum Ausdruck gebrachten Beurteilungen stimmen nicht notwendigerweise mit den Ansichten der Mitglieder unseres Exekutivdirektoriums oder der Regierungen, die sie repräsentieren, überein. Wie in den vergangenen Jahren enthält der *Bericht* wiederum die Kennzahlen der Weltentwicklung, die in tabellarischer Form soziale und wirtschaftliche Daten für mehr als hundert Länder wiedergeben.



Robert S. McNamara  
30. Juni 1981



Dieser Bericht wurde unter der Leitung von Robert Cassen von einer Arbeitsgruppe verfaßt, der Michael Finger, Norman Hicks, Frederick Jaspersen, Robert Liebenthal, Pradeep Mitra, Rupert Pennant-Rea, Christine Wallich und Oktay Yenal angehörten. Die Abteilung für Economic Analysis and Projections erstellte das Zahlenmaterial und die Projektionen für das zweite Kapitel einschließlich der zugrundeliegenden Analyse; sie unterstützte im übrigen die Verfasser durch Informationen und praktische Mitarbeit. Der Bericht wurde darüber hinaus in enger Zusammenarbeit mit Angehörigen des Planning and Program Policy Review Department und des Development Research Center erstellt. Die Verfasser bedanken sich für diese und andere Beiträge, für kritische Stellungnahmen und für die Mithilfe des technischen Personals. Die Arbeiten wurden unter der allgemeinen Leitung von Hollis Chenery durchgeführt.

# Inhaltsübersicht

## Definitionen

viii

### 1 Einführung

1

### 2 Eine 10-Jahres-Perspektive

9

Wachstum in den siebziger Jahren

9

Aussichten für die achtziger Jahre

11

Auswirkungen auf die Armut

19

Wechselseitige Abhängigkeiten

20

### 3 Wirtschaftswachstum durch Außenhandel

23

Handel in den siebziger Jahren

23

Außenhandelspolitik und Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern

28

Wirtschaftspolitische Maßnahmen der Industrieländer

31

Internationale Zusammenarbeit

36

### 4 Energie: Eine neue Ära

40

Wandel im Energiebereich

40

Besondere Probleme bei traditionellen Brennstoffen

45

Energie und Wachstum

47

Energiepolitik

49

### 5 Externe Finanzierung zur Förderung von Anpassung und Wirtschaftswachstum

55

Externe Finanzierung in den siebziger Jahren

56

Der finanzielle Anpassungsprozeß

59

Aussichten

61

### 6 Erfahrungen einzelner Länder bei der Anpassung

71

*Die ölimportierenden Entwicklungsländer*

71

Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftspolitik

71

Außenwirtschaftliche Erschütterungen und Anpassungsarten

73

Ölimportierende Länder mit mittlerem Einkommen

76

Ölimportierende Länder mit niedrigem Einkommen

86

*China: Anpassung und Reform*

93

Die Notwendigkeit der Anpassung

93

Aussichten und Möglichkeiten in den achtziger Jahren

94

*Die ölexportierenden Länder*

97

Die ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzdefizit

97

Die ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß

100

Aussichten für die ölexportierenden Länder

102

*Planwirtschaftliche Industrieländer: die »intensive Strategie«*

103

Eine Strategie im Wandel

103

Beziehungen zu den Entwicklungsländern

105

### 7 Menschliche Entwicklung: Ein nach wie vor dringendes Erfordernis

106

Menschliche Entwicklung und Anpassung

106

Nahrungsmittel und Ernährung

110

Bevölkerung

117

Die Rolle der Auslandshilfe

120

### 8 Überblick

121

Ausmaß der Interdependenz

121

Die Entwicklungsländer in den siebziger und achtziger Jahren

122

Globale Anpassung

125

Richtlinien für die Wachstumspolitik

128

### Technischer Anhang

131

### Anmerkungen zu den verwendeten Quellen

135

### Anhang Kennzahlen der Weltentwicklung

141

## Texttabellen

1.1	Zunahme des BSP pro Kopf nach Regionen 1960 bis 1990	4
2.1	Wachstum des BIP der Industrieländer 1970 bis 1990	12
2.2	Wachstum des Ausfuhrvolumens, Waren und Dienstleistungen, 1970 bis 1990	12
2.3	Ausfuhr aller Entwicklungsländer 1970 bis 1990	13
2.4	Netto-Finanzierungsströme für alle Entwicklungsländer 1970 bis 1990	14
2.5	Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung in ölimportierenden Entwicklungsländern 1970 bis 1990	16
2.6	Wachstum des BIP nach Regionen 1960 bis 1990	16
2.7	BIP-Wachstumsraten 1980 bis 1990	17
2.8	Brennstoffeinfuhrquoten 1970 bis 1990	18
2.9	Abhängigkeit des BIP von Ölpreissteigerungen 1980 bis 1990	19
2.10	BSP pro Kopf 1980 bis 1990	20
2.11	Weltproduktion und Außenhandel, günstiges Szenarium, 1970 bis 1990	21
2.12	Leistungsbilanzen 1970 bis 1990	21
3.1	Struktur und Wachstum des globalen Warenhandels 1970 bis 1980	23
3.2	Exportkaufkraft aller Waren und Dienstleistungen ohne Faktoreinkommen 1970 bis 1980	24
3.3	Beitrag der Entwicklungsländer zum beobachteten Verbrauch an Fertigwaren in Industrieländern 1970 bis 1978	27
3.4	Struktur des Warenhandels, ölimportierende Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, 1970 bis 1980	30
3.5	Einfuhren unter dem Allgemeinen Zoll-Präferenzsystem im Jahre 1976	34
3.6	Ausweitung des Handelsvolumens (ohne Brennstoffe) zwischen Entwicklungs- und Industrieländern 1960 bis 1980	36
3.7	Exportkaufkraft, bereinigt um Brennstoffeinfuhr, für Ölimporteure mit niedrigem Einkommen in den Jahren 1970 und 1980	36
4.1	Produktion und Verbrauch von kommerzieller Primärenergie nach Ländergruppen 1970 bis 1990	41
4.2	Index der realen Energiepreise für den Endverbraucher in bedeutenden marktwirtschaftlichen Industrieländern 1974 bis 1980	42
4.3	Typische Einkommens- und langfristige Preiselastizitäten des Energieverbrauchs	42
4.4	Verbrauch an kommerzieller Energie 1960 bis 1990	43
5.1	Leistungsbilanzdefizit und Finanzierungsquellen der ölimportierenden Entwicklungsländer 1970 bis 1980	55
5.2	Ausstehende und ausgezahlte mittel- und langfristige Verschuldung 1970 bis 1980	63
5.3	Ölimporteure: Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite 1970 bis 1980	69
6.1	Entwicklungsländer-Gruppen	72
6.2	Zahlungsbilanzeffekte außenwirtschaftlicher Erschütterungen und Anpassungsarten in ölimportierenden Ländergruppen im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1978	73
6.3	Verbraucherpreisindex ausgewählter Länder, Veränderungen in vH, höchster Anstieg im Zeitraum 1956 bis 1970 und Mitte der 70er Jahre	74
6.4	Ausgewählte kapitalimportierende Ölexporteure: Länderspezifische Merkmale	97
7.1	Ausgaben der Zentralregierung für Gesundheit und Erziehung in ausgewählten Ländern im Jahre 1977 oder 1978	107
7.2	Brotgetreide-Verbrauch pro Kopf 1961 bis 1979	111

## Tabellen im Technischen Anhang

T.1	Rohstoffausfuhr ohne Brennstoffe: Veränderungen der Exportkaufkraft und des Exportvolumens nach Produkt- und Ländergruppen 1970 bis 1980	132
T.2	Kaufkraft der Fertigwarenausfuhr, Zunahme nach bedeutenden Ländergruppen, 1970 bis 1980	133
T.3	Zahlungsbilanzeffekte außenwirtschaftlicher Erschütterungen und Anpassungsarten: Kenia	133

## Abbildungen im Text

1.1	Drei Jahrzehnte Fortschritt: Einkommen, Gesundheit, Erziehung 1950 bis 1980	7
2.1	BIP, Inflation und Ausfuhren nach Ländergruppen 1961 bis 1980	10
2.2	Warenausfuhr der Entwicklungsländer 1980 und 1990, günstiges und ungünstiges Szenarium	12
2.3	BIP pro Kopf der Entwicklungsländer 1970 bis 1990, günstiges und ungünstiges Szenarium	20
2.4	Menschen in absoluter Armut	20
3.1	Kaufkraft der Exporte der ölimportierenden Entwicklungsländer 1965 bis 1980	24
3.2	Zunahme der Exportkaufkraft der Entwicklungsländer 1970 bis 1980	25
3.3	Rohstoffausfuhr (ohne Brennstoffe) der Industrie- und ölimportierenden Entwicklungsländer	25
3.4	Fertigwarenausfuhr der Industrie- und ölimportierenden Entwicklungsländer 1970 bis 1980	27
3.5	Ausfuhr der Entwicklungsländer in Industrieländer 1968 bis 1978	29
3.6	Nachfrage der Industrieländer nach Fertigwaren 1970 bis 1978	34
4.1	Ölpreise 1950 bis 1980 und 1972 bis 1980	40
4.2	Verbrauch an handelsüblicher Primärenergie 1960 bis 1990	41
4.3	Einkommens- und Preiseffekte auf den Energieverbrauch in Industrieländern 1960 bis 1990	42

4.4	Einkommens- und Preiseffekte auf den Energieverbrauch in ölimportierenden Entwicklungsländern 1960 bis 1990	43
4.5	Beiträge zum Wachstum des globalen Energieangebots	44
4.6	Verbrauch traditioneller und nichttraditioneller Brennstoffe in Entwicklungsländern	45
4.7	Produktionskosten im Vergleich	51
5.1	Leistungsbilanzdefizit der ölimportierenden Länder mit mittlerem Einkommen 1970 bis 1980	55
5.2	Herkunft und Verwendung finanzieller Mittelzuflüsse in ölimportierende Entwicklungsländer	56
5.3	Zufluß externer Finanzierungsmittel in Entwicklungsländer in den Jahren 1970, 1975 und 1978	59
5.4	Globale Leistungsbilanzsalden 1972 bis 1980	59
5.5	Quellen und Verteilung der Entwicklungshilfe	63
5.6	Ausstehende Verschuldung der Entwicklungsländer nach Kreditquellen in den Jahren 1970 und 1980	64
6.1	Ölförderung der Ölexporture mit Zahlungsbilanzüberschuß 1968 bis 1979	100
7.1	Weltmarktpreise für Getreide 1966 bis 1980	111
7.2	Produktion, Verbrauch und Netto-Handel für Brotgetreide nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern in den Jahren 1970 und 1980	112
7.3	Weltgetreideeinfuhr nach Ländergruppen in den Jahren 1970 und 1980	112
7.4	Entwicklungsländer: Nahrungsmitelefufuhr und Nahrungsmittelhilfe	112
7.5	Geburten- und Sterbeziffern für ausgewählte Ländergruppen 1950 bis 1955	118

### Sonderbeiträge

Sonstige Einflüsse: »Süd-Nord« und »Süd-Süd«	13
Glossar für Kapitalbewegungen	15
Voraussetzungen für ein höheres Wirtschaftswachstum	18
Realeinkommen im internationalen Vergleich	19
Zoll-Eskalation und Wachstum der verarbeitenden Industrie	26
Investitionsbedarf bei mineralischen Stoffen	31
Das Multifaser-Abkommen	32
Der Referenzpreismechanismus für Stahlimporte	33
Schutz der Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft	37
Der Preis des Protektionismus	38
Bäume für die Bevölkerung: Eine partizipatorische Lösung	46
Vorkommen und Reserven	50
Internationale Wasserkraft	51
Inländische Mineralölpreise	52
Verkehrspolitik: Zwei Experimente	53
Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Energieverbrauchs in der Industrie	54
Gastarbeiterüberweisungen	57
Verschuldung zu variablen Zinssätzen	58
Kennzahlen der Verschuldung	65
Schuldenentlastung	66
Südkorea	74
Brasilien	77
Thailand	79
Jamaika	80
Behandlung von »Windfall«-Gewinnen	81
Philippinen	83
Uruguay	84
Sambia	86
Indien	88
Tansania	90
Obervolta	91
Nigeria	98
Ausgaben für die Grundschulerziehung	108
Ausgaben für die medizinische Grundversorgung	109
Armut und menschliche Entwicklung in China	110
Nahrungsmittelsubvention: Drei Beispiele	116
Familienplanungsprogramme zahlen sich aus	119
Anpassungsmaßnahmen	129

# Definitionen

Der vorliegende *Bericht* und die Kennzahlen der Weltentwicklung unterscheiden im wesentlichen zwischen den folgenden Ländergruppen:

- Die *Entwicklungsländer* werden untergliedert in: *Länder mit niedrigem Einkommen* mit einem Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf im Jahre 1979 von bis zu 370 Dollar sowie *Länder mit mittlerem Einkommen* mit einem BSP pro Kopf im Jahre 1979 von über 370 Dollar. Während China in die Kennzahlen der Weltentwicklung als Entwicklungsland mit niedrigem Einkommen aufgenommen wurde, wird es im Text dieses Berichts unter den Begriffen *Entwicklungsländer* oder *Länder mit niedrigem Einkommen* nicht erfaßt, soweit seine Berücksichtigung nicht ausdrücklich festgestellt wird. Die Entwicklungsländer werden darüber hinaus getrennt nach *Ölexporturen* und *Ölimporturen*:

- Zu den *Ölexporturen* gehören Ägypten, Algerien, Angola, Bahrain, Bolivien, Brunei, Ecuador, Gabun, Indonesien, Iran, Kongo, Malaysia, Mexiko, Nigeria, Oman, Peru, Syrien, Trinidad und Tobago, Tunesien und Venezuela.

- Zu den *Ölimporturen* zählen alle übrigen Entwicklungsländer, die nicht als *Ölexporturen* ausgewiesen werden.

- Die *Ölexporturen mit einem Zahlungsbilanzüberschuß* (die hier nicht zu den Entwicklungsländern rechnen) umfassen den Irak, Katar,

Kuwait, Libyen, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

- *Marktwirtschaftliche Industrieländer* sind die Mitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die weiter unten aufgeführt werden (ohne Griechenland, Portugal, Spanien und die Türkei, die zu den Entwicklungsländern mit mittlerem Einkommen zählen). Diese Ländergruppe wird im Text üblicherweise als *Industrieländer* bezeichnet.

- Zu den *planwirtschaftlichen Industrieländern* gehören die folgenden entwickelten Länder in Europa: Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und die UdSSR. Die dieser Gruppe angehörenden Länder werden manchmal auch als *Staatshandelsländer* oder *Planwirtschaften* bezeichnet.

- *Mitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD) sind Australien, Belgien, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Spanien, Schweden, die Schweiz, die Türkei und die Vereinigten Staaten. Der Ausschuß für Entwicklungshilfe (DAC – Development Assistance Committee) der OECD umfaßt Australien, Belgien, Dänemark, die

Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz, die Vereinigten Staaten und die Kommission der Europäischen Gemeinschaft.

Zur *Organisation ölexportierender Länder* (OPEC – Organisation of Petroleum Exporting Countries) gehören Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela und die Vereinigten Arabischen Emirate.

*Wirtschaftliche und demographische Begriffe* werden in den technischen Erläuterungen zu den Kennzahlen der Weltentwicklung im Anschluß an den Haupttext erklärt.

*Tonnen-Angaben* beziehen sich auf metrische Tonnen (Tausend Kilogramm).

*Zuwachsraten* basieren, soweit nichts anderes erwähnt, auf realen Größen.

*Dollar-Angaben* beziehen sich, soweit nichts anderes angegeben wird, auf den US-Dollar.

Die folgenden *Symbole* werden in den Textübersichten verwendet:

.. Nicht verfügbar.

(.) Weniger als die Hälfte der angegebenen Einheit.

n. a. Nicht anwendbar.

# 1 Einführung

Im Verlauf der vergangenen zwölf Monate deutete wenig darauf hin, daß sich der außenwirtschaftliche Druck auf die Entwicklungsländer abschwächen würde. Das zusammengefaßte Leistungsbilanzdefizit der ölimportierenden Länder hat sich von 26 Mrd Dollar im Jahre 1978 auf 70 Mrd Dollar im Jahre 1980 ausgeweitet und könnte im laufenden Jahr noch stärker zunehmen. Die Nachfrage nach den Ausfuhrerzeugnissen der Entwicklungsländer wird durch das verhaltene Wirtschaftswachstum in den Industrieländern gedämpft; zugleich sind die Preise für Mineralöl (und damit ein Produkt, auf das inzwischen 25 Prozent der Einfuhrrechnung der Entwicklungsländer entfällt) in den Jahren 1978 bis 1980 real um 80 Prozent gestiegen.

Während die bessergestellten Entwicklungsländer ihre Ausfuhr steigern und umfangreiche Kredite auf den privaten Märkten aufnehmen konnten, wurde die Mehrzahl der ärmeren Länder von diesen neuen Belastungen am Ende eines Jahrzehnts getroffen, in dem sie nur geringe oder gar keine Fortschritte erzielt haben. Einige Länder Südasiens sind recht gut durch die siebziger Jahre gekommen. Die meisten armen Länder Asiens und Afrikas hatten jedoch in diesem Jahrzehnt unter einem verlangsamten Wirtschaftswachstum zu leiden, nahmen nur in unbedeutendem Umfang an der Expansion des Welthandels teil und wurden nur in einem kurzen Zeitraum nach dem ersten Ölpreisanstieg durch höhere Entwicklungshilfeleistungen entlastet.

Sie stehen heute vor den achtziger Jahren, die für sie einen ungünstigen Anfang genommen haben, ohne jegliches Anzeichen für eine Verän-

derung weder ihrer Handels- noch ihrer Entwicklungshilfeaussichten. Ihre binnenwirtschaftliche Entwicklung muß in vielen Bereichen verbessert werden. Ohne eine stärkere Unterstützung durch das internationale Umfeld können allerdings selbst die größten Anstrengungen dieser Länder allenfalls zu verhaltenen Fortschritten führen. Das weltweite Gefälle zwischen Reichen und Habenichtsen wird sogar noch stärker zunehmen. In diesen Ländern leben selbst unter Vernachlässigung Chinas weit mehr als 1 Milliarde Menschen. Die achtziger Jahre werfen damit die Frage auf, wie das Wirtschaftswachstum in allen Entwicklungsländern aufrechterhalten oder beschleunigt werden kann und wie vor allem die armen Länder einen Ausweg aus ihrer zunehmend hoffnungslosen Lage finden können.

In dem vorliegenden vierten *Weltentwicklungsbericht* werden die anstehenden internationalen und nationalen wirtschaftspolitischen Probleme umfassend erörtert. Der *Bericht* befaßt sich mit den wichtigsten Aspekten der Anpassung in der Weltwirtschaft, ihren »Pendants« in den nationalen Volkswirtschaften und mit den Interaktionen zwischen beiden Bereichen. Im einzelnen werden untersucht:

- die Aussichten der Entwicklungsländer in den achtziger Jahren,
- die jüngste Entwicklung im Welthandel, auf den Energiemärkten und bei den internationalen Kapitalbewegungen sowie
- die Vielschichtigkeit der Anpassung der Länder an den grundlegenden Wandel im internationalen Umfeld.

Der Kontrast zwischen den sechziger und siebziger Jahren wird mit dem Begriff »grundlegender Wandel« keineswegs überzeichnet. Entwicklungen wie das schwache Wirtschaftswachstum und die hohe Inflation in den Industrieländern, die beträchtlichen Ölpreissteigerungen, der Zusammenbruch des festen Wechselkurssystems, das wechselnde Expansionstempo und der unbeständige Charakter des Außenhandels (mit seinem krassen Gegensatz zwischen der starken Zunahme der Fertigwarenausfuhr und dem weit geringeren Ausfuhrwachstum für Rohstoffe) sowie die starke Expansion der Kreditgewährung der Geschäftsbanken an Entwicklungsländer wurden noch vor einem Dutzend Jahren nur vereinzelt vorausgesehen – ein Umstand, der bei der Erörterung der Aussichten der achtziger Jahre zur Vorsicht mahnt. Gleichzeitig sollten sich allerdings jene, die in den achtziger Jahren für viele Entwicklungsländer wohl zu recht eine Zeit der Prüfung sehen, erinnern, daß es in den siebziger Jahren zu weltwirtschaftlichen Verwerfungen kam, die zumindest ebenso gravierend waren wie die Belastungen, die mit einiger Wahrscheinlichkeit in den kommenden zehn Jahren zu erwarten sind. Die Widerstandskraft der Weltwirtschaft gegenüber Erschütterungen wurde in den vergangenen Jahren hart geprüft, wobei die Prüfungen nicht uneingeschränkt erfolgreich bestanden wurden: Das Wachstum hat sich verlangsamt, und im internationalen Handels- und Finanzsystem sind Schwächen zu Tage getreten. Gleichwohl wurden die Schwierigkeiten in einigen Teilen der sich entwickelnden Welt mit beachtlichem Erfolg gemeistert.

Die Analyse der Erfahrungen aus den siebziger Jahren im vorliegenden *Bericht* basiert auf umfangreichen Arbeiten der Weltbank und anderer Stellen über die jüngeren Entwicklungsfortschritte. Die Verbindungen zwischen nationalen und internationalen Maßnahmen einerseits und der tatsächlichen Entwicklung andererseits treten klar zu Tage. Die Entwicklungsländer müssen sich an die neuen Gegebenheiten anpassen; ihr Erfolg wird dabei entscheidend von ihrer eigenen Wirtschaftspolitik sowie den nationalen und internationalen Maßnahmen der Industrieländer und ölexportierenden Staaten beeinflusst.

Die Notwendigkeit einer *dauerhaften* Neuorientierung der Wirtschaftspolitik ist die zweite Schlussfolgerung aus der Analyse des vorliegenden *Berichts*. In den beiden letzten Jahren haben viele Entwicklungsländer einen Teil ihrer gestiegenen Ölrechnungen sowohl durch kurzfristige Kredite als auch durch den Rückgriff auf ihre Reserven finanziert. Dies kann naturgemäß nur eine vorübergehende Notlösung darstellen. Andererseits werden die Entwicklungsländer in Zukunft ihre kurzfristige Kreditaufnahme aus privaten wie auch aus öffentlichen Quellen zweifellos ausweiten müssen; viele Länder sind jedoch gezwungen, nach neuen Wegen zu suchen – oder bestehende Anstrengungen zu intensivieren –, um ihre Ausfuhr zu steigern oder ihre Einfuhr zu drosseln und damit ihre Defizite auf ein geringeres und tragbares Niveau zurückzuführen. Eine der wichtigsten Konsequenzen der geänderten außenwirtschaftlichen Bedingungen besteht für viele darin, daß seit langem überfällige Verbesserungen in ihrer inländischen Wirtschaftspolitik noch dringender geworden sind.

Diesen binnenwirtschaftlichen Erfordernissen muß ergänzend zu den nationalen und internationalen Maßnahmen Rechnung getragen werden, die ihrerseits Voraussetzung für eine geordnete Rückführung der Defizite sind. Die kurzfristigen Wachstums- und langfristigen Entwicklungseinbußen lassen sich nur

mit Hilfe struktureller Veränderungen auf ein Mindestmaß begrenzen. Ohne zufriedenstellende nationale Maßnahmen und ohne ein stützendes internationales Umfeld wird es zu einem deflationären Übergangsprozeß kommen mit hohen und vermeidbaren Produktionsverlusten, unnötigem menschlichen Leid und überflüssigen Beeinträchtigungen der Entwicklungsaussichten.

### Globale Anpassung

Aus internationaler Sicht stellt die inzwischen große Bedeutung des Außenhandels und der Finanzierungsströme für den Ausgleich der Ölzahlungen vielleicht die größte Veränderung gegenüber den sechziger und frühen siebziger Jahren dar. Anpassung ist in diesem Zusammenhang mit der Forderung gleichzusetzen, daß dieser Ausgleich parallel zu Veränderungen im Energieverbrauch auf eine Weise erfolgt, die eine Erholung des globalen Wachstums auf ein Niveau zuläßt, das in etwa an das früherer Jahre herankommt. Möglicherweise lassen sich heute die Wachstumsraten der sechziger Jahre nicht mehr realisieren; es steht jedoch außer Frage, daß die Ergebnisse der letzten sieben Jahre übertroffen werden könnten.

Die Abruptheit der Ölpreissteigerungen und ihrer Konsequenzen für die Zusammensetzung der globalen Defizite und Überschüsse erzwang eine ebenso rasche Neuorientierung im Außenhandel und bei der internationalen Kreditaufnahme. Dies ist inzwischen recht weitgehend geschehen. Die Bezahlung der Öleinfuhrrechnungen der Industrieländer und der Länder mit mittlerem Einkommen wurde durch höhere Ausfuhren erleichtert. Demgegenüber waren die ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen weniger erfolgreich, obwohl ihnen aus den Ölpreissteigerungen in mehreren Fällen und auf die verschiedenste Weise (wie etwa in Form von Gastarbeiterüberweisungen) Vorteile zukamen, die die entsprechenden Belastungen ausglich. Eine weitere Anforderung des Anpassungspro-

zesses ist die Begrenzung des Energieverbrauchs; nachdem diese zunächst nur langsam in Gang gekommen ist, wurden allerdings in jüngster Zeit vor allem in den Industrieländern erstmals deutliche Fortschritte erzielt. Ein zusätzlicher Aspekt der Anpassung, dessen Verwirklichung noch mehr Zeit erfordern wird, ist die Veränderung des Energieangebots durch den Einsatz weniger begrenzter Brennstoffvorkommen – vor allem Steinkohle – und letztendlich die Erschließung erneuerbarer Energiequellen.

Aus weltwirtschaftlicher Sicht kann man argumentieren, daß die höheren Ölpreise letztlich einen ausgleichenden Gütertransfer von den Ölimporteuren in die Ölexportländer bedingen. Der gleiche Effekt würde als Folge größerer Veränderungen der Terms of Trade etwa zwischen Fertigwaren und Rohstoffen auftreten; Umfang und Tempo der Ölpreissteigerungen geben diesen allerdings ein besonderes Gewicht. In dem Maße, in dem die Ölexportländer ihre zusätzlichen Einkommen ausgeben, findet der Transfer seinen Niederschlag in den zusätzlichen Einfuhren dieser Länder; soweit sie diese Einkommen den ölimportierenden Ländern als Kredite zur Verfügung stellen, wird der Transfer aufgeschoben – der Kreditgeber erwirbt ein finanzielles Aktivum, und der Kreditnehmer zahlt Zinsen. Grundsätzlich kann man sich als Folge gestiegener Ölpreise die unterschiedlichsten Verteilungen zwischen Leistungsbilanzüberschüssen und -defiziten vorstellen. Die globale Leistungsbilanzstruktur allein besagt jedoch wenig über den Anpassungserfolg, da dieser zusätzlich durch die Entwicklung des globalen Wirtschaftswachstums bestimmt wird.

Die Überschüsse einer bestimmten Ländergruppe spiegeln sich notwendigerweise in den Defiziten anderer Gruppen wider. Während allerdings die Handels- und Finanztransaktionen, die diesen Salden zugrunde liegen, insgesamt synchron verlaufen, müssen für einzelne Länder die Ausfuhrerlöse und Kreditzuflüsse nicht notwendigerweise mit



ihren Einfuhrplänen übereinstimmen. Die Ölexporteure beziehen ihre Einfuhren vorwiegend aus den Industrieländern anstatt aus den Entwicklungsländern, wodurch letzteren die Bezahlung ihrer Öleinfuhr erleichtert werden könnte. Darüber hinaus existiert kein Mechanismus, der sicherstellen würde, daß die Kapitalströme zwischen den Defizitländern nach Maßgabe ihres Zahlungsbilanzbedarfs verteilt werden.

Zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern besteht sowohl bei den Handels- als auch den Kapitaltransaktionen eine Asymmetrie. So begleichen die Industrieländer nicht nur einen großen Teil ihrer zusätzlichen Ölrechnung durch Ausfuhren in die Ölexportländer; hinzu kommt, daß ihre Zahlungsbilanzen durch die Ölpreise weit weniger beeinflußt werden und daß sie mit ihren eigenen Maßnahmen weitgehend selbst über ihre Anpassung und ihr Wirtschaftswachstum bestimmen. Außerdem legen die Ölexporteure ihre Mittel in diesen Ländern an, die auch die übrigen Kapitalquellen viel leichter in Anspruch nehmen können. Demgegenüber unterliegt die Anpassung der Entwicklungsländer stärkeren Beschränkungen: Die Entwicklung ihrer Ausfuhren hängt in hohem Maße vom Wachstum und der Offenheit der Absatzmärkte in den Industrieländern ab, und auch bei der Deckung ihres externen Finanzbedarfs sind sie weitgehend auf die Entwicklungshilfe- und Kreditinstitutionen der Industrieländer angewiesen. Die wichtigsten Impulse für das globale Wirtschaftswachstum gehen nach wie vor von der entwickelten in die sich entwickelnde Welt, wenngleich die Übertragung wirtschaftlicher Aktivitäten in die entgegengesetzte Richtung als Folge der neu entstandenen Handels- und Finanzverbindungen heute zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Im Rahmen der Analyse des Handels, der Energie und der Kapitalbewegungen werden im vorliegenden *Bericht* einige besonders wichtige Voraussetzungen für ein zufriedenstellendes Funktionieren des globalen Anpassungsprozesses heraus-

gestellt. Hierzu gehört, daß die *Industrieländer* die Inflation und andere Hindernisse des Wirtschaftswachstums erfolgreich überwinden, protektionistische Maßnahmen vermeiden und den Fluß zusätzlicher Finanzierungsmittel von den privaten Märkten in die Entwicklungsländer unterstützen. Die *ölimportierenden Entwicklungsländer* müssen ihre Ausfuhren steigern und die aufgenommenen Mittel effizient zum Ausbau ihrer produktiven Kapazitäten einsetzen, um die Schuldendienstleistungen aufzubringen. In allen *ölexportierenden Ländern* ist die binnenwirtschaftliche Entwicklung mit den Entscheidungen über die Ölförderung und die Ölpreise verzahnt, die ihrerseits ihre Importnachfrage beeinflussen und auch von großer Bedeutung für das weltwirtschaftliche Gleichgewicht sind. Den *internationalen Finanzinstitutionen* kommt schließlich bei der verstärkten Förderung der internationalen Kapitalzuflüsse zu Marktbedingungen eine Schlüsselrolle zu.

Ein Großteil dieser Anpassungsmaßnahmen wird erst im Zeitablauf wirksam. Während die höheren Öleinfuhrrechnungen rasch durch Handels- und Finanztransaktionen ausgeglichen werden können, unterliegt die Kreditaufnahme bestimmten Grenzen; außerdem ist eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums über das zuletzt erreichte Niveau hinaus nur bei grundlegenden Veränderungen möglich, zu denen die Eindämmung des Preisauftriebs, die Verbesserung der Produktivität und die Berücksichtigung der gestiegenen Energiekosten bei der Investitionstätigkeit gehören. Die Umstellung der Inlandsproduktion auf höhere Ausfuhren, Einsparungen bei den Importen und die Reaktion auf die neu entstandenen Verknappungen im Energiebereich stellen vor allem die Länder mit niedrigem Einkommen unvermeidlich vor eine langwierige Aufgabe. Sofern diese Länder nicht über eine Drosselung ihres Wirtschaftswachstums – das in den meisten Fällen bereits heute niedrig ist – und durch den Verzicht auf andere Entwick-

lungsziele zur Anpassung gezwungen werden sollen, sind sie auf die nachhaltige Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft angewiesen. Die Weltwirtschaft muß sich insgesamt gesehen wohl oder übel auf eine Übergangsperiode einrichten, bis die Leistungsbilanzen und die Auslandsverschuldung eine Zusammensetzung erreicht haben, die leichter zu handhaben ist und die Regierung und internationalen Stellen weniger oft zum Eingreifen zwingt.

### *Projektionen*

Im nächsten Kapitel dieses *Berichts* werden die weltweiten Aussichten für die achtziger Jahre im Rahmen von zwei Szenarien untersucht, die unterschiedliche, als plausibel erachtete Entwicklungen einfangen. Da das Jahrzehnt mit einem sehr schwachen Wirtschaftswachstum in den Industrieländern begonnen hat, haben sich die Aussichten gegenüber den Projektionen des letztjährigen *Berichts* leicht verschlechtert. Selbst unter den Annahmen des günstigen Szenariums werden die Durchschnittseinkommen pro Kopf in den ölimportierenden Ländern mit niedrigem Einkommen jährlich um nur 1,8 Prozent zunehmen, verglichen mit 3,4 Prozent in den Ölimportländern mit mittlerem Einkommen und 3,1 Prozent pro Jahr in den Industrieländern (Tabelle 1.1).

In den kommenden Jahren wird sich das Gefälle zwischen den reichsten und ärmsten Ländern wie auch das zwischen den Entwicklungsländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen sowohl relativ als auch absolut gesehen ausweiten. Sollte kein besseres Ergebnis als unter dem ungünstigen Szenarium erreichbar sein, so wird die Zahl der heute in absoluter Armut lebenden 750 Millionen Menschen um weitere 100 Millionen zunehmen.

### *Außenhandel*

Das dritte Kapitel befaßt sich mit dem Außenhandel der Entwick-



Tabelle 1.1 Zunahme des BSP pro Kopf nach Regionen 1960 bis 1990

Ländergruppe	Be- völke- rung 1980 (Mio)	BSP pro Kopf (in \$ von 1980)	Jahresdurchschnittliche Veränderungsraten in %			
			1960 -70	1970 -80	Un- günsti- ger Fall 1980 -90	Günsti- ger Fall 1980 -90
Ölimporteure						
mit niedrigem Einkommen	1 166	220	1,8	0,8	0,7	1,8
Afrika (südlich der Sahara)	175	260	1,7	-0,4	-1,0	0,1
Asien	991	210	1,8	1,1	1,0	2,1
Ölimporteure						
mit mittlerem Einkommen	735	1 710	3,9	3,1	2,1	3,4
Ostasien und Pazifik	183	1 242	4,9	5,7	4,3	6,0
Lateinamerika und Karibik	249	1 820	2,7	3,4	2,3	3,2
Nordafrika und Naher Osten	34	850	2,4	2,7	0,0	0,9
Afrika (südlich der Sahara) <sup>a</sup>	87	520	1,7	0,4	0,0	0,3
Südeuropa	152	3 070	5,7	2,9	1,7	3,3
Ölimporteure	1 901	790	3,4	2,7	1,8	3,1
Ölexporture	482	1 060	3,8	2,7	2,9	4,0
Entwicklungsländer insgesamt	2 383	850	3,5	2,7	2,2	3,3
mit niedrigem Einkommen	1 307	250	1,8	1,6	1,5	2,6
mit mittlerem Einkommen	1 075	1 580	3,9	2,8	2,2	3,4
China <sup>b</sup>	977	260	..	4,1	2,9	4,1
Ölexporture mit Kapitalüberschuß	27	7 390	..	4,2	2,1	2,8
Industrieländer	674	10 660	4,1	2,5	2,3	3,1
Planwirtschaftliche Industrieländer	356	3 720	..	3,9	2,8	3,0

<sup>a</sup> Ohne Südafrika.<sup>b</sup> Für China BSP von 1979. Zuwachsraten für 1970 bis 1979.

lungsländer und dessen Bedeutung für die Anpassung. Der eigentliche Erfolg der siebziger Jahre war die Ausfuhrentwicklung der Länder mit mittlerem Einkommen, vor allem der halbindustrialisierten Länder; dieser Erfolg wird sich voraussichtlich fortsetzen, sofern es in den industrialisierten Volkswirtschaften nicht zur Stagnation oder zu einer Ausweitung des Protektionismus kommt. Die Länder mit niedrigem Einkommen haben hingegen kaum am Wachstum des Welthandels oder am zunehmenden »Süd-Süd«-Handel zwischen den Entwicklungsländern teilgenommen: Hierin liegt eine der Ursachen für ihre derzeitigen Nöte. Ihre Terms of Trade haben sie selbst unter Vernachlässigung des Öls stark verschlechtert.

In diesem Kapitel wird auch dargelegt, daß die Industrieländer ihre Anpassungsprobleme im Außenhandel in Angriff nehmen müssen. Die Prosperität der Weltwirtschaft hängt in den achtziger Jahren entscheidend von der Offenheit und Expansion des Außenhandels

ab. Dies gilt sowohl für das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern als auch für die Entwicklungsländer, bei denen Ausfuhrentwicklung und Kreditwürdigkeit in wechselseitigem Zusammenhang stehen. Das Kapitel endet allerdings mit der Schlußfolgerung, daß die ärmsten Länder vom Außenhandel im allgemeinen nur geringe Vorteile zu erwarten haben, es sei denn, sie könnten auch in anderen Entwicklungsbereichen Fortschritte erzielen.

### Energie

Im vierten Kapitel werden verschiedene Energieprobleme untersucht. Es wird dargelegt, daß die Zusammensetzung der Energieverwendung und des Energieverbrauchs vor den Ölpreisssteigerungen der Jahre 1973 bis 1974 auf Dauer nicht aufrechterhalten werden konnte und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um zu einem tragfähigen Entwicklungspfad zurückzukehren. Öl

und Brennholz werden als die beiden Brennstoffe identifiziert, deren Knappheit in den achtziger Jahren besonders kritisch ist. Gegenstand der Erörterung sind des weiteren die Wirtschaftsfaktoren, die die weitere Entwicklung der Energiepreise bestimmen, die sich ändernde Zusammensetzung des gesamten Energieverbrauchs, die Konsequenzen der gestiegenen Ölpreise für die Wachstumsaussichten der Entwicklungsländer sowie die energiepolitischen Maßnahmen, die die Entwicklungsländer ergreifen könnten, um ihre außenwirtschaftliche Verwundbarkeit zu verringern.

### Internationale Finanzierungsströme

Im fünften Kapitel dieses *Berichts* wird beschrieben, mit welcher Effizienz die Kapitalmärkte Mitte der siebziger Jahre die Überschüsse der Ölexportländer vor allem in die Länder mit mittlerem Einkommen zurückschleusten, während den Bedürfnissen der Länder mit niedrigem Einkommen anfänglich im Rahmen bilateraler und multilateraler Entwicklungshilfeprogramme Rechnung getragen wurde. Die Ölpreisssteigerungen in den Jahren 1979 und 1980 erfordern eine starke Ausweitung der Kreditaufnahme, wenn unvermeidbar niedrige Wachstumsraten vermieden werden sollen. Inzwischen gibt es jedoch in verschiedenen Bereichen besorgniserregende Entwicklungen, die Mitte der siebziger Jahre noch nicht existierten: Viele Länder haben sich bereits hoch verschuldet, das Bankensystem sieht sich zunehmenden Einschränkungen ausgesetzt und der Kreditbedarf wird, sofern ein substantieller Nettotransfer an finanziellen Mitteln zustande kommen soll, durch steigende Zinsen aufgebläht, während die kürzeren Laufzeiten häufigere Refinanzierungen erzwingen werden. Diese und andere Gründe könnten dazu beitragen, daß sich der Finanzbedarf der Länder mit mittlerem Einkommen nur unter stärkerer Einschaltung der internationalen Finanzinstitutionen decken läßt; tatsächlich

haben diese Institutionen in diesem Bereich inzwischen schon eine aktivere Rolle übernommen.

Erneut ist allerdings festzustellen, daß die Not der Länder mit niedrigem Einkommen am stärksten nach neuen Initiativen ruft. Sie müssen ihre Kreditaufnahme – vor allem in Form schneller abfließender Mittel – erhöhen. Gleichwohl sind die bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfestellen weit davon entfernt, in dem erforderlichen Umfang Mittel bereitzustellen, und nach den derzeitigen Erwartungen dürfte sich hieran auf absehbare Zeit nur wenig ändern. Hinzu kommt, daß auch die Deviseneinnahmen zumindest aus einer Quelle, die einigen Ländern mit niedrigem Einkommen über die siebziger Jahre hinweggeholfen haben – die Gastarbeiterüberweisungen – voraussichtlich nicht mehr so stark expandieren werden wie früher. Ohne zusätzliche und auch rasche finanzielle Hilfe stehen diese Länder vor einer düsteren Zukunft. Die unausweichliche Konsequenz wären zusätzliche Entbehrungen in den ärmsten Ländern, die zum Teil schon in den siebziger Jahren rückläufige Pro-Kopf-Einkommen verzeichneten.

### Nationale Anpassung

Im Anschluß an die Erörterung internationaler Probleme befaßt sich der *Bericht* mit binnenwirtschaftlichen Fragen. In Übereinstimmung mit den einzelnen Aspekten der globalen Anpassung muß auch die Anpassung im nationalen Rahmen über Maßnahmen erfolgen, mit deren Hilfe die Leistungsbilanzdefizite im Zeitablauf – etwa in fünf bis acht Jahren – verringert werden. Dies bedeutet, daß der Verbrauch durch diese Maßnahmen oft stärker zu reduzieren ist, als es sonst erforderlich gewesen wäre, und daß mit ihrer Hilfe ausreichende Deviseneinnahmen zur Beschaffung der für das Wirtschaftswachstum erforderlichen Einfuhren erwirtschaftet werden müssen, sei es über die Steigerung der Ausfuhren oder alternativ über die Verringerung des Importbe-

darfs. Die Länder müssen in dem Maße über zusätzliches Auslandskapital verfügen können, in dem sie zusätzliche finanzielle Mittel benötigen, um während der Anpassung abrupte Einbrüche zu verhindern. Die Produktions- und Verbrauchsstrukturen müssen geändert werden, um die Wirtschaftlichkeit der Energieverwendung und das Angebot aus inländischen Quellen zu verbessern. In wirtschaftlichen Notzeiten kommt es bei der Verfolgung wirtschaftlicher und sozialer Ziele mehr denn je darauf an, daß knappe Ressourcen mit der größtmöglichen Effizienz eingesetzt werden. Auf lange Sicht sind die Entwicklungsstrategien und die relativen Wachstumsraten in den verschiedenen Sektoren an die gestiegenen Energiekosten und das begrenzte Devisenangebot anzupassen. Eine erfolgreiche Anpassungspolitik zeichnet sich dadurch aus, daß dies mit minimalen Einbußen beim Einkommenswachstum und ohne Verzicht auf die Ziele der menschlichen Entwicklung bei einer zugleich besser ausgewogenen Verteilung der persönlichen Einkommen verwirklicht werden kann.

Der nationale Anpassungsprozeß erfordert ebenso wie die globale Anpassung Zeit. Wie im sechsten Kapitel dargelegt wird, sind die bisherigen Erfahrungen von Land zu Land sehr verschieden:

- **Ölimportländer mit niedrigem Einkommen:** Mehrere Länder dieser Gruppe wurden sowohl durch binnenwirtschaftliche Entwicklungen – gute Ernten, erfolgreiche Anpassungsmaßnahmen – als auch durch externe Faktoren begünstigt (nicht zuletzt durch solche, die direkt oder indirekt auf die gestiegenen Ölpreise zurückzuführen sind, wie verstärkte Ausfuhren in ölproduzierende Länder, höhere Entwicklungshilfeleistungen dieser Staaten und hohe Gastarbeiterüberweisungen). Die Mehrzahl der Länder mit niedrigem Einkommen litt jedoch sowohl unter internationalen Veränderungen (der unbeständigen und nur wenig expandierenden Nachfrage nach ihren Rohstoffen, der stagnierenden Hilfe nach einer nur kurzen Steigerung in

den Jahren 1974 und 1975) als auch unter althergebrachten binnenwirtschaftlichen Unzulänglichkeiten. Viele wurden darüber hinaus von Kriegen und Unruhen erschüttert.

- **Ölimporteure mit mittlerem Einkommen:** Die meisten haben sich recht gut an die veränderten Bedingungen angepaßt. Länder mit einer fortgeschrittenen Fertigwarenindustrie und günstigen Kreditaufnahmemöglichkeiten waren flexibel genug, um ihre Ausfuhren zu steigern und das Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten. In einzelnen Fällen haben sich hierbei allerdings Probleme aufgestaut, die in den achtziger Jahren aufbrechen werden; dies gilt vor allem für Länder, die zu ehrgeizige Investitionsprogramme verfolgten oder die Anpassung mit Hilfe von Krediten verzögerten, anstatt sie zu beschleunigen. Außerdem befinden sich einige weniger gut gestellte Rohstoffproduzenten mit mittlerem Einkommen in einer ähnlichen Lage wie die Länder mit niedrigem Einkommen.

- **Ölexportländer:** Sie beherbergen etwa 20 Prozent der Bevölkerung der Entwicklungsländer und wurden durch die Veränderungen im Verlauf der siebziger Jahre begünstigt. In vielen Fällen reichten allerdings die zusätzlichen Öleinkünfte nicht aus, um die beabsichtigten Investitionen und den Einfuhrbedarf vollständig zu finanzieren. Darüber hinaus stehen alle Länder dieser Gruppe vor dem besonderen Problem, ein Ausufern des inländischen Preisauftriebs zu verhindern, mit dem dann zu rechnen ist, wenn ihre produktiven Kapazitäten für Güter und Dienstleistungen, die nicht importiert werden können, mit ihren Expansionsplänen nicht mehr Schritt halten. Besonderen Anlaß zur Sorge gibt den Ölexportländern mit Zahlungsbilanzüberschüssen die hohe Einwanderung, durch die freilich das inzwischen erreichte Wachstumsniveau erst ermöglicht wurde. Die Entwicklung der menschlichen Ressourcen und die Auswahl von Projekten, deren Ertragskraft die der Ölvorkommen überdauert, sind für alle Ölexportländer von herausragender Bedeutung.

Im sechsten Kapitel wird außerdem die jüngere Entwicklung Chinas erörtert, das derzeit eine eigenständige »Anpassungs- und Erneuerungsphase« durchläuft. Darüber hinaus wird eine Vielzahl binnenwirtschaftlicher und externer Faktoren untersucht, die den Anpassungsprozeß in den planwirtschaftlichen Industrieländern fördern.

### *Menschliche Entwicklung*

Der letztjährige *Weltentwicklungsbericht* widmete sich zu einem Großteil Fragen der menschlichen Entwicklung. Dabei wurden verschiedene Themen schwerpunktmäßig behandelt – etwa, daß der Kampf gegen die Armut, die Verbesserung von Gesundheit und Ernährung, die Förderung der Familienplanung, die Anhebung des Erziehungs- und Ausbildungsniveaus sowie Verbesserungen in anderen Lebensbereichen miteinander verbundene Ziele darstellen, deren Verfolgung bereits aus sich heraus von Bedeutung ist, und daß die hierfür erforderlichen Investitionen nicht nur ein humanitäres Anliegen widerspiegeln, sondern in der Vergangenheit entscheidend zum Wirtschaftswachstum beigetragen haben.

Das siebte Kapitel dieses *Berichts* greift diese Themen erneut auf. Zuerst werden die wahrscheinlichen Auswirkungen der nationalen Anpassung auf die Programme zur menschlichen Entwicklung untersucht, deren Durchführung in Zeiten haushaltspolitischer Anspannungen offensichtlich gefährdet ist. Es wird dargelegt, daß diese Programme nicht oder zumindest nicht in gravierendem Umfang gekürzt werden müssen; soweit sich dies dennoch nicht vermeiden läßt, wird aufgezeigt, wie diese Kürzungen mit den geringsten Einbußen für die menschliche Entwicklung durchgeführt werden können. Sollten sich diese Programme nicht aufrechterhalten lassen, müßten viele Millionen Menschen zusätzlich in erschreckender Armut leben und sterben.

Die Bereiche Nahrungsmittel und Ernährung werden vor allem unter

drei Gesichtspunkten untersucht. Hierbei handelt es sich einmal um den Zusammenhang zwischen dem weltweiten Nahrungsmittelangebot und den Maßnahmen, die zur Sicherstellung ausreichender Nahrungsmittelmengen für einzelne Länder und Verbraucher zu ergreifen sind, zweitens um den Konflikt im Rahmen der inländischen Agrarpolitik zwischen niedrigen Nahrungsmittelpreisen, um dem Bedarf der Armen gerecht zu werden, und den höheren Preisen, die den Landwirten als Produktionsanreize einzuräumen sind, und drittens um internationale und nationale Maßnahmen als Voraussetzung für eine erfolgreiche Bekämpfung des weitverbreiteten Hungers.

Auch Bevölkerungsfragen werden in diesem Kapitel erörtert. Es ist bereits isoliert betrachtet schlimm genug, wenn der Nahrungsmittelbedarf und andere menschliche Bedürfnisse nicht gedeckt werden und die menschliche Entwicklung stagniert. Es gibt aber noch andere Konsequenzen: Die umfangreiche Forschung der letzten Jahre über Bevölkerungsfragen belegt eindeutig, daß Armut und hohes Bevölkerungswachstum miteinander verbunden sind. Versäumnisse bei der Entwicklung beeinträchtigen unmittelbar die Bemühungen um eine langsamere Expansion der Weltbevölkerung. Hierdurch wird die Not, die einem der vielen Teufelskreise entspringt, in denen die Entwicklungsländer gefangen sind, zusätzlich verschärft: Das durch die Armut verursachte zusätzliche Bevölkerungswachstum macht die Beseitigung der Armut nur noch schwerer.

Die Not muß aber nicht unbedingt auf die Entwicklungsländer begrenzt bleiben. Die weltweite Bevölkerung ist von 1,5 Mrd im Jahre 1900 auf 4 Mrd im Jahre 1975 angewachsen und wird bis zum Ende dieses Jahrhunderts die 6-Mrd-Grenze überschreiten. Die Belastungen, die hieraus in Zukunft für jedes einzelne Land entstehen, sind beträchtlich, da sich die Weltnachfrage nach Nahrungsmitteln und begrenzten Ressourcen wie auch die Gefähr-

dung der Luft und der Meere auf alle auswirkt. Sollte es nicht gelingen, das Bevölkerungswachstum bis zum Ende dieses Jahrhunderts wesentlich zu dämpfen, so wird sich die Menschheit auch im nächsten Jahrhundert stark vermehren und letztlich zu einer Weltbevölkerung von 10 Mrd oder mehr anwachsen, verglichen mit einer Gesamtbevölkerung von 8 Mrd, die sich stabilisieren ließe. Jede etwa noch bestehende Hoffnung, daß sich die Industrieländer auf irgendeine Weise den Problemen entziehen könnten, vor denen die sich entwickelnde Welt steht, wird spätestens dann herb enttäuscht werden.

### *Wechselseitige Abhängigkeit*

Dieses zuletzt behandelte Thema stellt eines von vielen Beispielen für die Interdependenz zwischen einzelnen Problembereichen und einzelnen Ländern dar, die in diesem *Bericht* herausgearbeitet werden. Das letzte Kapitel enthält einen Überblick über wechselseitige Abhängigkeiten und eine Zusammenfassung des *Berichts*; darüber hinaus werden einige Schlußfolgerungen gezogen für die weltwirtschaftlichen Aussichten und die erforderlichen Maßnahmen, um diese zu verbessern.

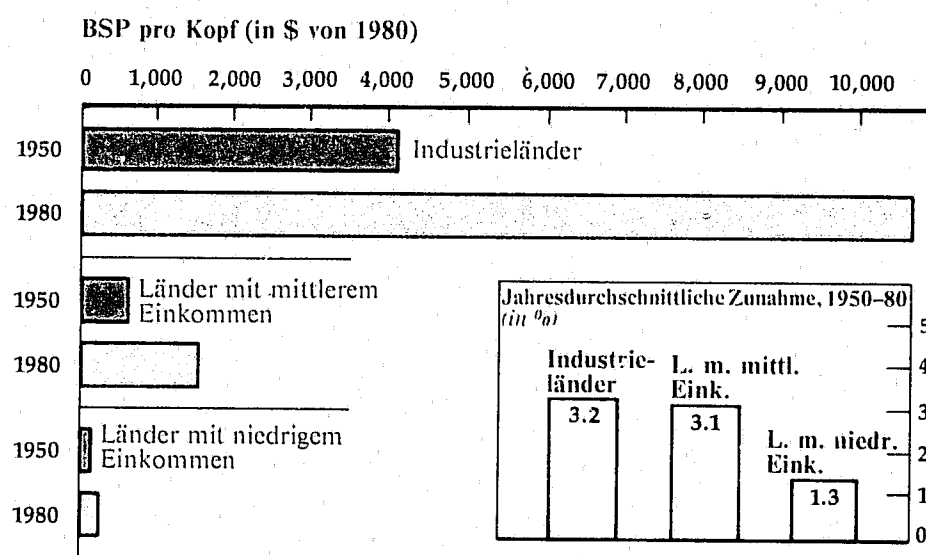
### **Die Herausforderung der Entwicklung**

Die anzustrebenden Ziele können nur im Lichte des bisher Erreichten beurteilt werden. Viele Länder erlangten ihre Unabhängigkeit vor weniger als zwanzig Jahren, und die wirtschaftliche Entwicklung existiert als formales politisches Ziel erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit; gleichwohl wurden bereits beträchtliche Fortschritte erzielt. In den Ländern mit mittlerem Einkommen ist das reale BSP pro Kopf in den letzten dreißig Jahren fast um das Zweieinhalbfache von etwa 640 Dollar im Jahre 1950 (in Dollar von 1980) auf 1580 Dollar im Jahre 1980 gestiegen. Die Pro-Kopf-Einkom-

Abbildung 1.1 Drei Jahrzehnte Fortschritt: Einkommen, Gesundheit, Erziehung 1950 bis 1980

## Einkommen

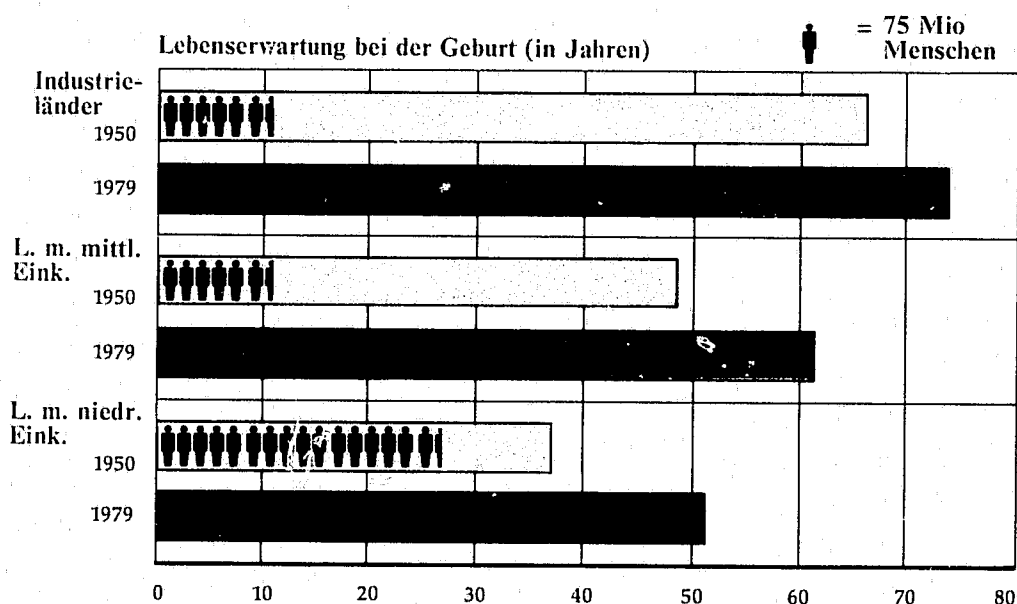
BSP pro Kopf (in \$ von 1980)	1950	1960	1980
Industrieländer	4 130	5 580	10 660
Länder mit mittlerem Einkommen	640	820	1 580
Länder mit niedrigem Einkommen	170	180	250
Jahresdurchschnittliche Zunahme (in %) 1950-60	1960-80		
Industrieländer	3,1	3,3	
Länder mit mittlerem Einkommen	2,5	3,3	
Länder mit niedrigem Einkommen	0,6	1,7	



## Gesundheit

Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren)

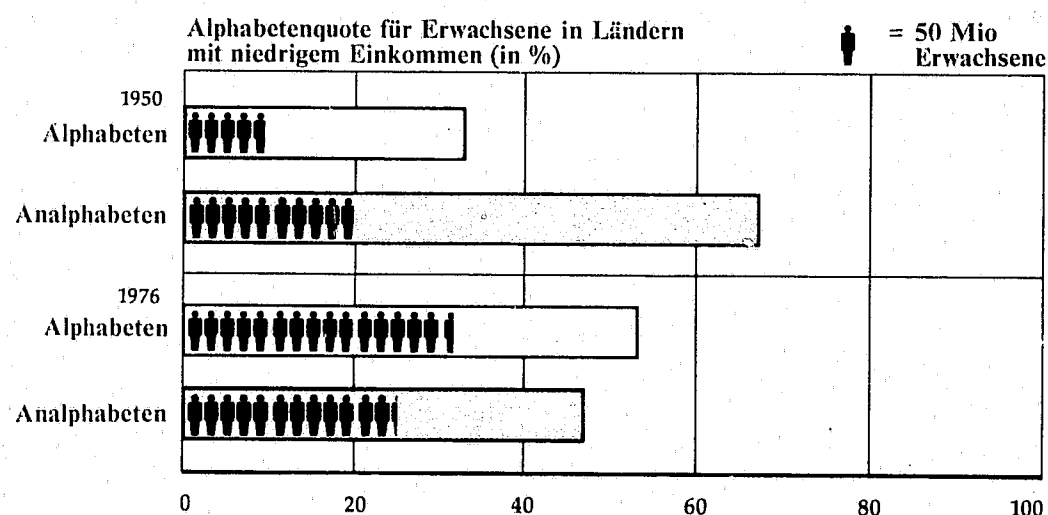
	1950	1960	1979	Zunahme 1950-79
Industrie-länder	67	70	74	7
Länder mit mitt-lerem Einkommen	48	53	61	13
Länder mit nied-rigem Einkommen	37	42	51	14
Planwirtschaften	60	68	72	12



## Erziehung

Alphabetenquote für Erwachsene (in %)

	1950	1960	1976
Industrie-länder	95	97	99
Länder mit mitt-lerem Einkommen	48	53	72
Länder mit nied-rigem Einkommen	22	28	39
Planwirtschaften	97	97	99



Anmerkung: Alle Übersichten ohne China.

men der Länder mit niedrigem Einkommen nahmen hingegen nur um weniger als die Hälfte von 170 Dollar (in Dollar von 1980) im Jahre 1950 auf 250 Dollar im Jahre 1980 zu; dies entspricht einem Zuwachs von lediglich 80 Dollar pro Kopf im

Verlauf von dreißig Jahren. Gleichwohl konnten bei weitem die meisten Länder dieser Gruppe bei der Bekämpfung des Analphabetentums, im Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie bei der Verringerung der Sterblichkeit und Frucht-

barkeit deutliche Erfolge erzielen.

Im Gegensatz hierzu – und es handelt sich in der Tat um einen krassen Gegensatz – stieg das Durchschnittseinkommen pro Kopf in den Industrieländern im gleichen Zeitraum von 1950 bis 1980 um mehr als

6 500 Dollar (Abbildung 1.1). Diese Einkommensangaben sollten freilich nicht allzu wörtlich genommen werden – unter Berücksichtigung der Kaufkraftunterschiede wären die Angaben für die Entwicklungsländer zu verdoppeln oder um einen noch größeren Faktor aufzuwerten. Das bestehende Gefälle wird hierdurch allerdings nicht aufgehoben.

Die meisten Entwicklungsländer sehen – was nicht sonderlich überrascht – in der Industrialisierung den wichtigsten Weg zum Wohlstand, und zwar so ausschließlich, daß viele der ergänzenden Rohstoffproduktion und vor allem der Nahrungsmittelerzeugung bislang nur ungenügende Aufmerksamkeit einräumten. Viele Länder mit mittlerem Einkommen verdanken einen Großteil ihres Wirtschaftswachstums dem Umstand, daß sie die Produktion und Ausfuhr von Fertigwaren gesteigert haben. Demgegenüber trägt die Fertigwarenindustrie in den Ländern mit niedrigem Einkommen nur mit etwa 13 Prozent zum BSP bei, und dieser Anteil liegt nur um etwa 2 Prozentpunkte über dem Stand, der bereits vor zwanzig Jahren erreicht wurde. Dies bedeutet nicht, daß die

Länder mit niedrigem Einkommen keine Fortschritte erzielen könnten. Die Zugehörigkeit zur Gruppe der Länder mit niedrigem Einkommen ist kein unverrückbares Datum; es handelt sich hierbei zunächst nur um eine statistische Abgrenzung. Auch die Länder mit mittlerem Einkommen waren einst arm, und einige bewegen sich nach wie vor nur knapp über der Trennungslinie zu den Ländern mit niedrigem Einkommen. Einzelne Länder haben sich jedoch selbst über die beiden letzten Jahrzehnte hinweg, ausgehend von einem niedrigen Niveau, mit beeindruckendem Tempo fortentwickelt; ebenso verfügen heute mehrere Länder mit niedrigem Einkommen über recht gute Aussichten für eine beträchtliche Steigerung ihrer Einkommen im Verlauf der bevorstehenden Jahre.

Bei den in diesem *Bericht* aufgeworfenen Problemen handelt es sich mithin um altbekannte Fragestellungen. Wie können die Entwicklungsländer ein Wirtschaftswachstum erreichen, das allen Bevölkerungsschichten ohne Abstriche bei der menschlichen Entwicklung zu-

gute kommt? Werden ihre Bemühungen durch das internationale Umfeld unterstützt? Einige Antworten auf diese Fragen und einzelne Fakten, die ihnen zugrunde liegen, sind allerdings neu. In gewissem Sinne kann man sich an die siebziger Jahre als einen Zeitabschnitt erinnern, der die Weltwirtschaft neu geprägt hat. Diese Entwicklung war allerdings nicht das Ergebnis des Versuchs – der von Entwicklungsländern unternommen wurde –, durch Verhandlungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten zwischen den Nationen gerechter aufzuteilen; auf diesem Weg wurden bislang nur bescheidene Fortschritte erzielt. Stattdessen ist eine neue wirtschaftliche Machtstruktur mit neuen Produktionszentren, Finanz- und Handelsströmen sowie neuen Formen der Interdependenz entstanden. Für die sich entwickelnde Welt brachte diese Entwicklung gravierende Probleme, sie eröffnete aber auch günstige Möglichkeiten; die achtziger Jahre werden selbst in den ärmsten Ländern darüber entscheiden, inwieweit die entstandenen Probleme durch diese Möglichkeiten wettgemacht werden können.

## 2 Eine 10-Jahres-Perspektive

Die achtziger Jahre haben in schlep-pendem Tempo begonnen. Das Wirtschaftswachstum in der Gruppe der marktwirtschaftlichen Industrieländer hat sich im Jahre 1980 stark verlangsamt und wird auch 1981 schwach bleiben. In diesen Ländern deutet wenig darauf hin, daß sie das Erbe der Inflation aus den siebziger Jahren überwinden werden; dabei handelt es sich aber nur um eine von verschiedenen Ähnlichkeiten zwischen den beiden Jahrzehnten. Zu den anderen Ähnlichkeiten gehören steigende reale Ölpreise, anhaltend hohe Handelsbilanzdefizite, eine dementsprechend starke ausländische Kreditaufnahme der Entwicklungsländer sowie die Aussicht auf ein weit geringeres Wirtschaftswachstum in den Ländern mit niedrigem Einkommen im Vergleich zu den Ländern mit mittlerem Einkommen.

Gleichwohl wird es in den achtziger Jahren nicht zu einer reinen Wiederholung der Ereignisse des vorausgegangenen Jahrzehnts kommen; die Unterschiede zwischen den beiden Dekaden könnten sich als fast genauso signifikant herausstellen wie die Parallelen. So ist es z. B. unwahrscheinlich, daß der reale Ölpreis in den achtziger Jahren ebenso stark zurückgehen wird wie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Die steigenden Energiepreise werden inzwischen allseits als Realität akzeptiert, und die meisten Länder sehen ein, daß eine Anpassung unumgänglich ist. Aus den Erfahrungen der siebziger Jahre wurden viele Lehren gezogen mit dem Ergebnis, daß sich heute viele Länder wirkungsvoller und mit geringeren Einbußen beim Wirtschaftswachstum anpassen dürften als früher.

In diesem Kapitel werden die Auswirkungen der internationalen Einflüsse auf die Entwicklungsländer herausgearbeitet. Die verschiedenen Projektionen und Annahmen, die über die drei wichtigsten Arten dieser Einflüsse gemacht werden, nämlich Handel, Energie und externe Finanzierung, basieren auf der detaillierten Analyse in den nächsten drei Kapiteln. Der Fortschritt in den Entwicklungsländern wird allerdings auch durch ihre eigene Wirtschaftspolitik beeinflusst. Wie im sechsten Kapitel dargelegt wird, hatten die Erfolge dieser Länder bei der Förderung der Ersparnis und Investition, bei der Verbesserung der Effizienz der Kapitalverwendung und der Fähigkeiten ihrer Bevölkerungen, bei der Ausweitung ihrer Exporte und der wirtschaftlichen Verwendung ihrer Importe einen außerordentlich starken Einfluß auf ihre bisherige Wirtschaftsentwicklung, und hieran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

In der Praxis können nationale und internationale Faktoren nicht voneinander getrennt werden. Unter günstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen dürfte den Entwicklungsländern die interne Anpassung leichter fallen. Andererseits wird der erforderliche Umfang der internen Anpassung durch das Ausmaß der Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmt. So kann eine leichte Zunahme des Leistungsbilanzdefizits auf kurze und mittlere Sicht durch Kreditaufnahmen im Ausland abgedeckt werden; ein größeres Defizit erfordert jedoch auf längere Sicht grundlegendere Änderungen. Diese Zusammenhänge wurden in den Projektionen dieses Kapitels berücksichtigt.

### Wachstum in den siebziger Jahren

In den sechziger Jahren lag das Wirtschaftswachstum in den *Industrieländern* bei gut 5 Prozent; abgesehen von den letzten Jahren des Jahrzehnts verzeichneten diese Länder gleichzeitig eine vergleichsweise niedrige Inflationsrate und Arbeitslosigkeit. Demgegenüber führte das erratische Wachstum in den siebziger Jahren zu einem jahresdurchschnittlichen Ergebnis von nur 3 Prozent. In den Jahren 1974 und 1975 ging das gesamtwirtschaftliche Ergebnis zurück, und trotz der anschließenden Erholung konnte das gleichmäßige Wachstum der sechziger Jahre nicht mehr erreicht werden. Von allen Ländergruppen hat sich die Lage der Industrieländer, gemessen an ihren früheren Entwicklungstrends, am stärksten verschlechtert.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind komplex, aber auch allgemein bekannt; sie können hier nur kurz rekapituliert werden. Die Probleme der siebziger Jahre hatten ihre Wurzeln in den sechziger Jahren. Damals kam es in verschiedenen europäischen Ländern zu einer ausgeprägten Lohninflation. In den Vereinigten Staaten führten neue umfangreiche Sozialprogramme zu einer starken Ausweitung der öffentlichen Ausgaben, die nicht durch zusätzliche Steuereinnahmen gedeckt waren. Darüber hinaus kam es Mitte der sechziger Jahre in der Landwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe der USA erstmals zu einer Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts.

Stabilisierungsmaßnahmen führten in den Jahren 1970 und 1971 in den Industrieländern zu einer mil-



den Rezession, die Inflation ging jedoch nicht zurück. Die daraufhin ergriffene expansive Wirtschaftspolitik verursachte einen steilen Aufschwung – und eine weitere Beschleunigung des Preisauftriebs. Im Jahre 1972 verzeichneten diese Länder im Gruppendurchschnitt erstmals zweistellige Inflationsraten bei einer weiteren Beschleunigung des Preisauftriebs im Jahre 1973. Die Stagflation war geboren; Inflation und Arbeitslosigkeit erreichten immer neue Höhepunkte, wobei sich der »trade off« zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit anscheinend verflüchtigte.

Das Wirtschaftswachstum stieß in vielen Ländern an eine Obergrenze, und dies sowohl physisch als auch gemessen an den zunehmenden Schwierigkeiten, die bei der Verteilung der Wachstumsgewinne auf widerstreitende Interessengruppen entstanden. Das Verhältnis zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch war zweifellos unhaltbar geworden und korrekturbedürftig. Einige Beobachter behaupten sogar, daß ein längerfristiger Zyklus zum Tragen kam, der eine grundlegende Verlangsamung der technologischen Innovation und Investitionstätigkeit beinhaltet.

Der Ölpreisanstieg in den Jahren 1973 und 1974 brachte den Industrieländern zusätzliche Schwierigkeiten, und zwar aus folgenden Gründen:

- Der kontraktive Effekt des Preisanstiegs, der mit den restriktiven Maßnahmen zur Verlangsamung der überhitzten Expansion der Jahre 1972 und 1973 zusammenfiel, stoppte das Wirtschaftswachstum in den Jahren 1974 und 1975.

- Die Ungewißheit über die künftige Ölpreisentwicklung verursachte sowohl bei den privaten Investoren als auch in der Fiskal- und Geldpolitik beträchtliche Unsicherheit.

- Die Inflation wurde durch den Ölpreisanstieg zusätzlich angefacht – der exakte Zusammenhang ist allerdings kontrovers. Zumindest in Ländern mit einem zuvor mäßigen Preisanstieg löste die Ölpreisanhebung keinen größeren zusätzlichen Inflationsauftrieb aus (Abb. 2.1).

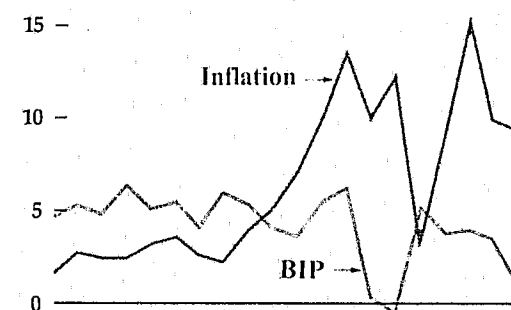
Infolge des ausgeprägten Abschwungs erreichten die Industrieländer Mitte der siebziger Jahre in verhältnismäßig kurzer Zeit erneut ein Gleichgewicht in ihren Leistungsbilanzen. Im Jahre 1974 verzeichneten sie noch ein gemeinsames Defizit von 8 Mrd Dollar, das sich bis 1978 in einen Überschuß von 30 Mrd Dollar verwandelte. Verringerte Defizite sind allerdings für sich genommen noch kein Indiz für eine erfolgreiche Anpassung; soweit dieses Ergebnis allein durch eine abgeschwächte Wirtschaftstätigkeit erreicht wird, stellt es nur die kontraktiven Wirkungen der höheren Ölpreise unter Beweis. Dies war in der Tat das wichtigste Ergebnis der Reaktion der Industrieländer auf die verteuerte Energie nach 1973. Obwohl das vorausgegangene rasche Wachstum des Energieverbrauchs dieser Länder zu den Preissteigerungen beigetragen hatte, ergriffen sie nur zögernd Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ihrer Ölverwendung. Ihr größter kurzfristiger Anpassungserfolg – die starke Expansion ihrer Ausfuhren in die Ölexportländer – wurde durch die Auswirkungen des schwächeren Wirtschaftswachstums weitgehend zunichte gemacht.

Der verlangsamte Produktivitätsanstieg beeinträchtigte nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch Europa und Japan, und nur wenigen Ländern gelang es, den Preisauftrieb auf andere Weise als durch eine starke Drosselung ihres Wirtschaftswachstums zu verringern. Die Inflation wurde zum Kernproblem der Wirtschaftspolitik. Aus Furcht, daß eine Stimulierung der Nachfrage bei nur schwach zunehmenden Produktionskapazitäten die Preise und nicht die Ausbringung steigern könnte, widmeten die Regierungen erstmals der Angebotsseite verstärkte Aufmerksamkeit. Gleichzeitig mußten Investitionsmittel eingesetzt werden, um den durch die Ölpreisänderungen obsolet gewordenen Kapitalbestand zu ersetzen, wodurch die Möglichkeiten, die produktiven Kapazitäten auszuweiten, eingeengt wurden.

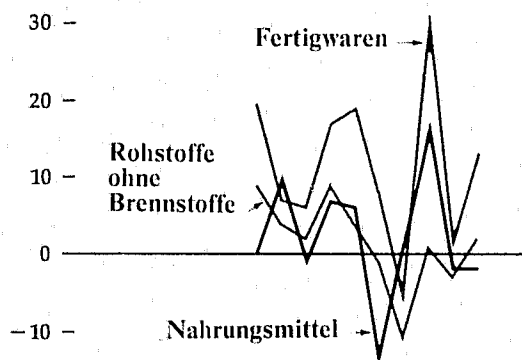
Nachdem die Ölpreise zwischen

**Abbildung 2.1 BIP, Inflation und Ausfuhren nach Ländergruppen 1961 bis 1980**

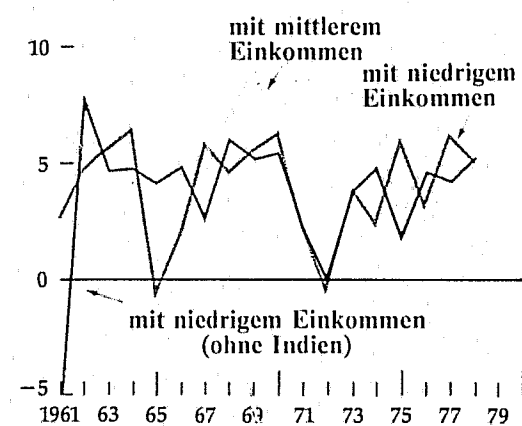
BIP und Ausfuhr der Industrieländer  
Jährliche Veränderungen in % und konstanten Preisen  
20 –



–5 –  
Ausfuhr der ölimportierenden Entwicklungsländer  
Jährliche Veränderungen in %  
40 –



–20 –  
BIP der ölimportierenden Entwicklungsländer  
Jährliche Veränderungen in %  
15 –



den Jahren 1975 und 1978 real gemessen um 9 Prozent gefallen waren, stiegen sie in den Jahren 1979 bis 1980 um 83 Prozent. Bezogen auf die jeweiligen Ausgangspreise war diese Verteuerung zwar weniger als halb so groß wie der Preisanstieg in den Jahren 1973 und 1974; das Ausmaß des »Öltransfers« erreichte jedoch beide Male etwa 2 Prozent

des BIP der Industrieländer, da der Anteil des Öls an den Gesamtausgaben bis 1979 zugenommen hatte. Vorerst ist es noch zu früh, um sichere Aussagen darüber zu machen, wie die Industrieländer dieses Mal reagieren werden. Allerdings steht fest, daß es ihnen gelungen ist, einen ähnlich starken Rückgang der Gesamtproduktion wie in den Jahren 1974 und 1975 zu vermeiden. Die Investitionstätigkeit hat sich nicht so stark wie damals abgeschwächt. Auch ihr zusammengefaßtes Leistungsbilanzdefizit ist nicht so rasch zurückgegangen wie in den Jahren 1974 und 1975. Schließlich ist deutlich geworden, daß die Industrieländer bei der Ölverwendung sparsamer geworden sind (viertes Kapitel). Dies hat im Verein mit dem höheren Energieangebot aus inländischen Quellen trotz der Zunahme ihres realen BSP um 37 Prozent dazu geführt, daß sie im Jahre 1980 lediglich 18 Prozent mehr Öl einfuhrten als im Jahre 1970.

Der Fortschritt wurde in den *Entwicklungsländern* sowohl durch die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen als auch durch ihre nationale Wirtschaftspolitik beeinflusst. Die öllexportierenden Länder, in denen mehr als ein Fünftel der Bevölkerung der Entwicklungsländer lebt, verzeichneten in den siebziger Jahren ein hohes Wirtschaftswachstum. Einige Entwicklungsländer wurden durch die höheren Ölpreise indirekt begünstigt; dies geschah durch höhere Ausfuhren in die Ölexportländer oder durch Gastarbeiterüberweisungen und Entwicklungshilfe aus diesen Ländern.

Die Gruppe der ölimportierenden Länder wurde durch die Ereignisse der siebziger Jahre vor allem in zweierlei Hinsicht beeinträchtigt:

- Ihr Leistungsbilanzdefizit stieg von 7 Mrd Dollar im Jahre 1973 auf 33 Mrd im Jahre 1974 und 39 Mrd im Jahre 1975 (5,2 Prozent des BSP). Bis zum Jahre 1978 ging es dann auf 26 Mrd Dollar zurück, als sich die Industrieländer erholten und die Entwicklungsländer ihre Ausfuhren ausweiteten. Der Ölpreisanstieg in den Jahren 1979 und 1980 und das

abgeschwächte Wirtschaftswachstum in den Industrieländern blähten das Leistungsbilanzdefizit der Entwicklungsländer im Jahre 1979 auf 44 Mrd Dollar und im Jahre 1980 auf 70 Mrd US-Dollar (4,5 Prozent des BSP) auf. Vorläufige Schätzungen deuten darauf hin, daß das Defizit 1981 auf diesem Niveau verharren dürfte.

- Ihr Wirtschaftswachstum ging zurück; es gab jedoch ausgeprägte Unterschiede zwischen den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Die Zuwachsraten des Pro-Kopf-Einkommens wurden in den Ländern mit niedrigem Einkommen mehr als halbiert (sie sanken von 1,8 Prozent in den sechziger Jahren auf 0,8 Prozent im darauffolgenden Jahrzehnt). Demgegenüber verzeichneten die ölimportierenden Länder mit mittlerem Einkommen, abgesehen von einigen afrikanischen Ländern, im gesamten Zeitraum 1960 bis 1980 ein hohes Wirtschaftswachstum. Ihre Produktion im verarbeitenden Gewerbe expandierte in den sechziger Jahren im Jahresdurchschnitt um 7,6 Prozent und in den siebziger Jahren um 6,8 Prozent. Auch unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums schnitten sie im Vergleich zu den Industrieländern günstig ab. Das BSP pro Kopf expandierte in den Ländern mit mittlerem Einkommen in den sechziger Jahren im Jahresdurchschnitt um 3,6 Prozent und um 3,1 Prozent in den siebziger Jahren, verglichen mit 3,9 Prozent und 2,4 Prozent in den Industrieländern.

### **Aussichten für die achtziger Jahre**

Bemühungen um exakte Voraussagen sind zur Beurteilung künftiger Entwicklungen weniger geeignet als Untersuchungen im Rahmen von Szenarien, die auf vernünftigen Erwartungen basieren. Der vorliegende Bericht folgt deshalb dem gleichen Ansatz wie im letzten Jahr, indem die verschiedenen Projektionen jeweils im Rahmen eines günstigen und eines ungünstigen Szenariums dargestellt werden. Darüber hinaus

wird untersucht, wie empfindlich diese Projektionen auf außenwirtschaftliche Einflüsse und auf Abweichungen von den augenblicklichen Entwicklungstrends reagieren. Die Projektionen unterstellen eine gleichmäßig anhaltende Aktivität und beabsichtigen nicht, die holprige Entwicklung der realen Welt einzufangen; das Augenmerk wird deshalb auf jahresdurchschnittliche Veränderungsrate im Verlauf des Jahrzehnts gerichtet und nicht auf jährliche Veränderungen. (Obwohl das Jahr 1980 in der nachfolgenden Erörterung als abgeschlossener Zeitraum behandelt wird, basieren doch viele Angaben vor allem für die Entwicklungsländer auf Schätzungen oder Projektionen).

### *Wirtschaftswachstum in den markt- und planwirtschaftlichen Industrieländern*

Die Industrieländer üben auf das wirtschaftliche Wohlergehen der Entwicklungsländer einen bedeutenden Einfluß aus. Der Ölpreisanstieg trug im Jahre 1980 zu einer Verlangsamung ihrer Wachstumsraten auf lediglich 1,4 Prozent bei, die damit deutlich unter dem Jahresdurchschnitt in den Jahren 1970 bis 1978 von 3,5 Prozent lagen. Die rezessive Entwicklung hat in diesen Ländern wahrscheinlich den Tiefpunkt erreicht, so daß gegen Ende 1981 oder Anfang 1982 mit einer Erholung zu rechnen ist.

Die jüngste Rezession war nicht so ausgeprägt wie die Mitte der siebziger Jahre; das gleiche dürfte auch auf den zu erwartenden Aufschwung zutreffen. Die Industrieländer müssen sich strukturell anpassen, um das Produktivitätswachstum zu beschleunigen, sie müssen die vorhandene Energie sparsamer einsetzen und die Erschließung neuer Energiequellen fördern. Am allerwichtigsten ist allerdings, daß sie Mittel und Wege zur Verlangsamung des Preisauftriebs finden, und das bei einem Wirtschaftswachstum, das ausreichend hoch ist, um die Arbeitslosigkeit zu verringern.



**Tabelle 2.1 Wachstum des BIP der Industrieländer 1970 bis 1990**

(jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in %)

Ländergruppe und Region	Effektiv 1970-80	Projektionen					
		Günstiger Fall			Ungünstiger Fall		
		1980-85	1985-90	1980-90	1980-85	1985-90	1980-90
Marktwirtschaftliche Industrieländer	3,3	3,3	4,0	3,6	2,6	3,0	2,8
Nordamerika, Japan, Ozeanien	3,6	3,6	4,2	3,9	2,9	3,2	3,1
Westeuropa	2,8	3,0	3,6	3,3	2,2	2,7	2,4
Planwirtschaftliche Industrieländer	4,8	4,0	3,8	3,9	3,8	3,6	3,7

Das günstige Szenarium entspricht der Erwartung, daß die Industrieländer diese Herausforderungen vergleichsweise erfolgreich bewältigen werden (Tabelle 2.1). In diesem Falle wird sich das Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts deutlich erholen, und zwar von 3,3 Prozent im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1985 auf jahresdurchschnittlich 4 Prozent im Zeitraum 1985 bis 1990. Das Wirtschaftswachstum läge damit zwar immer noch deutlich unter dem Durchschnitt der sechziger Jahre in Höhe von 5,1 Prozent; es entspräche jedoch dem Ergebnis dieser Länder Anfang der siebziger Jahre.

Sollten die Industrieländer die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen nicht ergreifen, so dürfte ihr Wirtschaftswachstum eher dem Ergebnis unter dem ungünstigen Szenarium entsprechen. Unter den Voraussetzungen dieses Szenariums ist in der ersten Hälfte der achtziger Jahre mit einer verhalteneren Erholung zu rechnen. Durch anhaltende

Schwierigkeiten bei der Bewältigung makroökonomischer Probleme und mögliche außenwirtschaftliche Verwerfungen wird die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate in den achtziger Jahren auf lediglich 2,8 Prozent beschränkt (verglichen mit 3,6 Prozent im günstigen Szenarium).

Die internationalen Rahmenbedingungen werden auch, wenngleich in geringerem Maße, die planwirtschaftlich organisierten Länder beeinflussen. Es dürfte diesen Ländern in Anbetracht der verbreiteten Engpässe beim Arbeitsangebot und im Energiebereich schwerfallen, die hohen Wachstumsraten von 4,8 Prozent zu erreichen, die sie im Jahresdurchschnitt der siebziger Jahre erzielten. Die Projektionen lassen im günstigen Fall ein Jahreswachstum von 3,9 Prozent und im ungünstigen Fall von 3,7 Prozent erwarten. Unter Berücksichtigung der bisherigen Zusammenhänge dürfte die Wirtschaftsentwicklung in diesen Ländern ohnehin nennenswerten Einfluß auf die Entwicklungsländer bleiben.

**HANDEL** Wie in den siebziger Jahren dürften das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern sowie Art und Ausmaß des Protektionismus auch in den achtziger Jahren von erheblicher Bedeutung für den Welthandel sein. Beide Faktoren sind miteinander verknüpft. Durch ein niedrigeres Wirtschaftswachstum wird nicht nur die Nachfrage nach den Ausfuhren der Entwicklungsländer beschränkt; da gleichzeitig die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern steigt, könnte auch der Druck in Richtung auf zusätzliche Handelsbeschränkungen – vor allem gegenüber Fertigwaren – zunehmen. Umgekehrt gilt, daß ein niedriges Wirtschaftswachstum weniger wahrscheinlich ist, wenn handelspolitische Beschränkungen vermieden werden, da die Anreize, die die technologische Innovation und den Produktivitätsfortschritt begünstigen, durch den Protektionismus verringert würden. Die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Protektionismus werden im dritten Kapitel ausführlicher erörtert.

Unter dem günstigen Szenarium ist für die achtziger Jahre ein Wachstum der Weltausfuhr von jahresdurchschnittlich 5,7 Prozent zu erwarten; unter dem ungünstigen Szenarium zeichnet sich lediglich eine jährliche Zunahme von 3,7 Prozent ab (Tabelle 2.2 und Abbildung 2.2). Für die Industrieländer

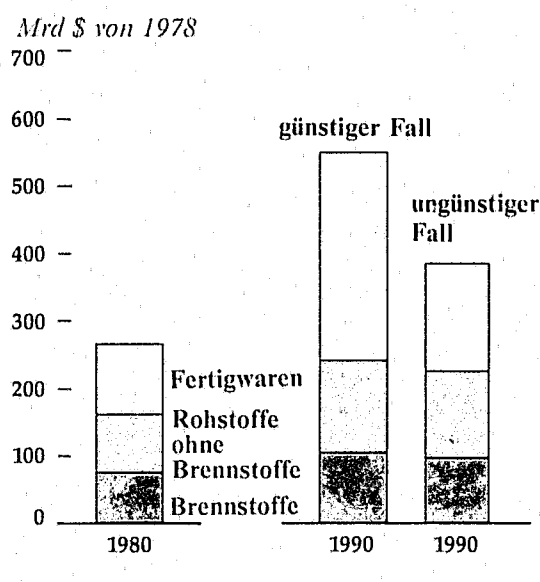
**Tabelle 2.2 Wachstum des Ausfuhrvolumens, Waren und Dienstleistungen, 1970 bis 1990**

(ohne Faktoreinkommen; jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in %)

Ursprungsländer	1970-80	Günstiger Fall			Ungünstiger Fall		
		1980-85	1985-90	1980-90	1980-85	1985-90	1980-90
Weltausfuhr	5,3	5,0	6,4	5,7	3,5	3,8	3,7
Entwicklungsländer <sup>a</sup>	4,7	5,9	8,2	7,0	3,7	4,2	3,9
Ölimporteure	6,3	6,8	9,5	8,2	4,0	4,7	4,3
Ölexporteur	1,6	3,6	4,0	3,8	3,1	2,8	2,9
Industrieländer	5,5	4,9	6,2	5,5	3,5	4,0	3,8
<i>Nachrichtlich:</i>							
Einfuhr der Industrieländer	4,3	3,9	5,8	4,8	2,6	3,4	3,0

<sup>a</sup> Ohne China.

**Abbildung 2.2 Warenausfuhr der Entwicklungsländer 1980 und 1990, günstiges und ungünstiges Szenarium**



wird im günstigen Fall eine durchschnittliche Zunahme der Ausfuhr um 7 Prozent erwartet und von 3,9 Prozent im ungünstigen Fall.

Was die Rohstoffe und Dienstleistungen anbelangt, so ist die schlepende Entwicklung unter dem ungünstigen Szenarium das ausschließliche Ergebnis des verhaltenen Wirtschaftswachstums in den Industrieländern. Bei den Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes geht das ungünstigere Szenarium allerdings von einer Verschärfung der Handelsbeschränkungen aus, so daß der Anteil der Ausfuhren der Entwicklungsländer an der Nachfrage der Industrieländer nach Fertigwaren unverändert bleibt.

Dies hätte gravierende Auswirkungen und würde das Wachstum der Fertigwarenausfuhr der Entwicklungsländer von 12,2 Prozent pro Jahr unter dem günstigen Szenarium (was weitgehend dem Durchschnitt der siebziger Jahre entspricht) auf lediglich 5,1 Prozent unter dem ungünstigen Szenarium verringern (Tabelle 2.3). Diese Kombination aus einem niedrigerem Wirtschaftswachstum in der OECD und zunehmendem Protektionismus führt zu einem Handelswachstum, das deutlich unter dem Entwicklungstrend der siebziger Jahre liegt.

Die Ausfuhren der Entwicklungsländer sind nicht vollständig abhängig von der in den Industrieländern verfolgten Wachstums- und Handelspolitik. Seit 1973 hat sich der Handel zwischen den Entwicklungsländern ausgeweitet, wobei ein großer Teil auf Ausfuhren von ölimportierenden Ländern in ölexportierende Staaten beruht. In den kommenden Jahren wird der »Süd-Süd«-Handel noch an Bedeutung gewinnen, da die Einfuhren dieser Länder weiterhin rasch steigen werden (siehe Sonderbeitrag). Die Nachfrage der ölproduzierenden Länder berührt nicht nur den »sichtbaren« Handel, sondern auch die Ausfuhr bestimmter Dienstleistungen wie etwa im Bausektor. Darüber hinaus erzielen viele Entwicklungsländer beträchtliche Deviseneinnahmen aus den Überweisungen von Gastarbeitern in ölproduzierenden Ländern.

## Sonstige Einflüsse: »Süd-Nord« und »Süd-Süd«

Die im vorliegenden Kapitel präsentierten Projektionen belassen sich in erster Linie mit dem Einfluß der Wirtschaftsentwicklung in den Industrie- und ölexportierenden Ländern auf die Entwicklungsländer. Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung in den letztgenannten Ländern sind jedoch zugleich wichtige Einflußfaktoren für den Außenhandel und das Wirtschaftswachstum der Industrieländer. Zwischen Norden und Süden bestehen mit anderen Worten enge wechselseitige Beziehungen. Diese »Rückkopplungseffekte« sind zwar vergleichsweise schwach und schwieriger abzuschätzen; bestimmte Untersuchungen legen jedoch nahe, daß Maßnahmen zur Steigerung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern um 1 Prozent via »Rückkopplungseffekt« zu einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in den OECD-Ländern um etwa 0,1 bis 0,2 Prozent führen (was seinerseits wieder einen zusätzlichen geringen Einfluß auf die Entwicklungsländer hätte).

Ein weiterer Punkt, der in der bisherigen Erörterung vernachlässigt wurde, ist der Umstand, daß nicht alle Ausfuhren der Entwicklungsländer in Industrieländer gehen; der »Süd-Süd«-Handel hat inzwischen einen beträchtlichen und wachsenden Umfang erreicht. Die nebenstehende Matrix enthält grobe Näherungswerte für die Zusammensetzung des Welthandels zwischen dem Norden – den markt- und planwirtschaftlichen Industrieländern – und dem Süden, zu dem sowohl Entwicklungsländer als auch ölexportierende Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß zählen. Aus dieser Übersicht geht hervor, daß für den »Süd-Süd«-Handel (unter dem günstigen Szenari-

um) im Zeitraum 1980 bis 1990 eine Zunahme von 7 auf 9 Prozent des gesamten Welthandels projiziert wird. Noch wichtiger erscheint, daß der Anteil des »Süd-Süd«-Handels an der Gesamtausfuhr des Südens von 27 auf 32 Prozent ansteigen wird. Ein Großteil dieser Zunahme ergibt sich auf die Ausfuhr von Rohstoffen sowohl in die ölexportierenden als auch in die halbindustriellisierten Länder. Der Anteil des »Süd-Süd«-Handels in Rohstoffen am gesamten Welthandel dürfte den Projektionen zufolge von 8 Prozent auf 11 Prozent steigen. Für den »Süd-Süd«-Handel in Fertigwaren wird andererseits erwartet, daß er über das gesamte Jahrzehnt hinweg unverändert mit etwa 5 Prozent zum Welthandel beiträgt. Eine Lockerung der Handelsrestriktionen zwischen den Entwicklungsländern könnte zu einer beträchtlichen Zunahme des Handels und des Wachstums führen und mit dazu beitragen, die Beeinträchtigungen durch das verhaltenere Wirtschaftswachstum in den OECD-Ländern aufzulängen.

### Handelsströme

(in % des Welthandels)

Jahr	Von Nach	Norden	Süden	Insgesamt
1980	Norden	50	24	74
	Süden	19	7	26
		69	31	100
1990	Norden	51	21	72
	Süden	19	9	28
		70	30	100

**KAPITALZUFLÜSSE** Die Bedeutung des Auslandskapitals für die Entwicklung läßt sich nur schwer abschätzen. In den Jahren 1975 bis 1978 erreichte der Netto-Ressourcentransfer aus dem Ausland an alle ölimportierenden Entwicklungsländer (der »außenwirtschaftliche Fehl-

betrag« – siehe Sonderbeitrag Seite 15) 3,7 Prozent des BIP; demgegenüber lagen die Investitionsquoten im gleichen Zeitraum bei etwa 24 Prozent des BIP. Die gesamten Investitionen wurden deshalb zu fast einem Siebtel mit Hilfe von Auslandskapital finanziert – ein signifi-

Tabelle 2.3 Ausfuhr aller Entwicklungsländer 1970 bis 1990

Zusammensetzung der Ausfuhr	Werte in Mrd Dollar von 1978			Zuwachsraten jahresdurchschnittliche Veränderungsraten in %		
	1980	1990		1970-80	1980-90	
		Günstig	Ungünstig		Günstig	Ungünstig
Waren insgesamt	264,4	550,3	386,4	4,6	7,6	3,9
Rohstoffe ohne Brennstoffe	88,9	131,6	123,6	3,9	4,0	3,4
Brennstoffe	73,0	105,3	98,0	0,0	3,7	3,0
Fertigwaren	97,4	308,3	159,6	12,9	12,2	5,1
Dienstleistungen	96,5	162,3	144,9	5,0	5,3	4,2
Waren und Dienstleistungen <sup>a</sup>	360,9	712,6	531,3	4,7	7,0	3,9

<sup>a</sup> Ohne Faktoreinkommen.

kanter, aber keineswegs dominierender Beitrag. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die Bruttoinvestitionen in den Entwicklungsländern überwiegend im Wohnungsbau erfolgen. Mit Hilfe des Auslandskapitals werden häufig lebenswichtige Einfuhren von Maschinen und anderen Erzeugnissen beschafft, die andere Inlandsinvestitionen ermöglichen.

In welchem Umfang die Entwicklungsländer in den achtziger Jahren willens und in der Lage sein werden, *Auslandskapital zu kommerziellen Bedingungen* aufzunehmen, ist mit beträchtlichen Unsicherheiten behaftet (vergleiche fünftes Kapitel). Die Aussichten für die weltwirtschaftliche Produktion und den Außenhandel stehen in wechselseitigem Zusammenhang mit den Voraussagen über Kapitalzuflüsse. Durch ein höheres Wirtschaftswachstum in den Industrieländern werden die Ausfuhren und Terms of Trade der Entwicklungsländer verbessert – und damit auch ihre Fähigkeit, Kredite zu kommerziellen Bedingungen aufzunehmen und zurückzuzahlen. Auch die Bereitschaft der Industrieländer zur Steigerung ihrer Entwicklungshilfe könnte hierdurch gefördert werden (Tabelle 2.4).

Im vorliegenden *Bericht* wird unterstellt, daß die privaten Kapitalzuflüsse in den achtziger Jahren weniger stark zunehmen werden als in den siebziger Jahren. Wie aus dem fünften Kapitel hervorgeht, hat die Kreditvergabe der Geschäftsbanken an die Entwicklungsländer bereits ein beträchtliches Volumen erreicht; diese Banken dürften deshalb bei der Ausweitung ihres Engagements zurückhaltender als früher sein. Hinzu kommt, daß einige potentielle Kreditnehmer durch die gestiegenen Zinsen abgeschreckt wurden und einige der größten Kreditnehmer vor Verschuldungsproblemen stehen, die sie davon abhalten könnten, ihre Kreditaufnahme nochmals so stark auszuweiten wie früher. Die ölexportierenden Länder werden über ein unverändertes Kreditaufnahmepotential verfügen; ihr Bedarf, dieses Potential in Anspruch zu nehmen, wird jedoch voraussichtlich geringer sein als in den siebziger Jahren.

Unter dem günstigen Szenarium wird für die achtziger Jahre eine jährliche Zunahme der Kapitalzuflüsse zu Marktbedingungen – unter Ausschaltung von Rückzahlungen – um etwa 10 Prozent und unter dem ungünstigen Szenarium um etwa 5 Prozent erwartet. In Anbetracht der unterstellten jahresdurchschnittli-

chen Inflationsrate von 7 Prozent würde der reale Transfer unter dem ungünstigen Szenarium sinken. Sollte es den Entwicklungsländern gelingen, ihre Schuldendienstkapazität durch Ausfuhrsteigerungen zu verbessern, so könnten sich diese Projektionen als zu niedrig herausstellen. Hiervon abgesehen wurde auch nicht in Rechnung gestellt, daß der Internationale Währungsfonds (IWF) möglicherweise eine größere Rolle bei der Kreditgewährung spielen wird.

Die Netto-Auszahlungen an *öffentlicher Entwicklungshilfe* (ODA) aller Geberländer erreichten im Jahre 1980 35,4 Mrd Dollar. Hiervon entfielen 26,6 Mrd Dollar auf die DAC-Geberländer, was einem Anteil von 0,37 Prozent an ihrem zusammengefaßten BSP entspricht, verglichen mit dem Durchschnitt von nur 0,34 Prozent in den vorausgegangenen fünf Jahren. Unter dem günstigen Szenarium wird angenommen, daß das höhere Niveau von 0,37 Prozent bis zum Jahre 1990 erhalten bleibt; unter dem ungünstigen Szenarium lassen die Projektionen einen Rückgang auf 0,33 Prozent erwarten. Für die OPEC-Länder wird unter beiden Szenarien eine Zunahme der ODA von 7 Mrd Dollar im Jahre 1980 auf 15 Mrd

**Tabelle 2.4 Netto-Finanzierungsströme für alle Entwicklungsländer 1970 bis 1990**  
(in Mrd Dollar und jeweiligen Preisen)

Quellen	Effektiv		Projektionen <sup>d</sup>				Zuwachsraten <sup>d</sup> (in %)		
	1970	1980	Günstig		Ungünstig		1970-80	1980-90	
			1985	1990	1985	1990		Günstig	Ungünstig
Öffentliche Entwicklungshilfe <sup>b</sup>	4,1	21,7	40,9	65,7	35,3	53,6	18,1	11,7	9,5
Kommerzielle Kredite									
Öffentlich	1,2	8,1	13,1	22,0	12,3	18,7	21,0	10,5	8,7
Privat	6,0	36,9	54,7	94,6	38,8	55,2	19,9	9,9	4,1
Direktinvestitionen	2,5	8,6	15,7	24,4	13,6	19,4	13,2	11,0	8,5
Insgesamt <sup>c</sup>	13,8	75,3	124,4	206,7	100,0	147,0	18,5	10,6	6,7
Insgesamt in Preisen von 1978	29,5	62,7	70,5	87,5	56,6	62,2	7,8	3,2	-0,2
<i>Nachrichtlich:</i>									
Nettoausfuhr									
(Waren und Dienstleistungen)	- 8,5	-52,0	-67,2	-128,3	-55,9	- 92,1	19,9	9,5	5,9
Nettoausfuhr									
(in Preisen von 1978)	-18,2	-43,3	-38,1	- 54,3	-31,6	- 39,0	6,7	4,5	1,1
Leistungsbilanzsaldod	-10,9	-68,6	-95,4	-173,4	-84,4	-129,6	18,4	11,5	8,2
Öffentliche Entwicklungshilfe der DAC-Länder zum DAC-BSP (in %)	0,34	0,37	0,37	0,37	0,34	0,33			

<sup>a</sup> *Anmerkungen:* Alle Angaben abzüglich Rückzahlungen.

<sup>b</sup> Einschließlich unentgeltlicher Transfers (öffentliche Übertragungen).

<sup>c</sup> Ohne kurzfristige Mittel und Veränderungen der Reserven.

<sup>d</sup> Ohne öffentliche Übertragungen.

<sup>e</sup> Bereinigt um OECD-BSP-Deflator.

Dollar im Jahre 1990 angenommen. Während die Netto-Auszahlungen aller Geberländer im Jahre 1980 über 35 Mrd Dollar erreichten, betrugen die tatsächlichen ODA-Einnahmen der Entwicklungsländer nur etwa 22 Mrd Dollar. Hinter dieser Differenz verbergen sich Leistungen im Rahmen der technischen Hilfe, die in den Zahlungsbilanzen nicht erfaßt werden, sowie Beiträge an multilaterale Organisationen, die noch nicht ausgezahlt wurden oder als Kapitalbasis für Ausleihungen zu Marktbedingungen dienen. Auf dieser Grundlage würde sich der projektierte ODA-Zufluß in die Entwicklungsländer im Jahre 1990 auf etwa 54 bis 66 Mrd Dollar belaufen, und er wäre weitgehend abhängig vom BSP-Wachstum in den OECD-Ländern. Unter dem günstigen Szenarium wird auch eine beträchtliche Umverteilung der ODA unterstellt mit dem Ergebnis, daß 50 Prozent dieser Hilfe bis zum Jahre 1990 an die Länder mit niedrigem Einkommen gehen, verglichen mit ihrem derzeitigen Anteil von 34 Prozent. Mithin basiert das günstige Szenarium auf reichlich optimistischen Annahmen über die ODA-Leistungen an die Länder mit niedrigem Einkommen.

**ENERGIE.** Die Energiepreise stellen auch weiterhin den mit Abstand wichtigsten Unsicherheitsfaktor für die Wachstumsaussichten dar. Die Überlegungen im vierten Kapitel lassen erwarten, daß die realen Erdölpreise in den achtziger Jahren um jährlich etwa 3 Prozent und die nominalen Preise um 10 Prozent steigen werden. Der Durchschnittspreis der OPEC würde damit von 30,50 Dollar pro Barrel im Jahre 1980 auf 42 Dollar pro Barrel (in Dollar von 1980) im Jahre 1990 klettern.

Der stetig steigende Ölpreistrend bedeutet nicht, daß Preisfluktuationen auszuschließen wären; er soll lediglich die erwartete jahresdurchschnittliche Steigerungsrate von 3 Prozent zum Ausdruck bringen. Diese Rate steht im Einklang mit der Bandbreite von Zuwachsraten, die

## Glossar für Kapitalbewegungen

Über die genaue Bedeutung bestimmter Begriffe wie Handelsbilanzsaldo, außenwirtschaftlicher Saldo, außenwirtschaftlicher Fehlbetrag und Leistungsbilanz besteht häufig Verwirrung. In dem vorliegenden Bericht werden diese Begriffe wie folgt verwendet:

- **Handelsbilanzsaldo:** Warenausfuhr minus Wareneinfuhr, auch Saldo des Warenhandels.

- **Außenwirtschaftlicher Saldo:** Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen minus Einfuhr von Waren und Dienstleistungen. Im wesentlichen also Handelsbilanzsaldo plus Saldo aus ausgeführten und eingeführten Dienstleistungen (wie Fremdenverkehr, Frachten), jedoch ohne Faktoreinkommen (wie Zinsen, Gastarbeiterüberweisungen und Dividenden).

- **Außenwirtschaftlicher Fehlbetrag:** Einfuhr von Waren und Dienstleistungen minus Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen, was dem außenwirtschaftlichen Saldo mit umgekehrtem Vorzeichen entspricht. Dieser Fehlbetrag entspricht dem Netto-Ressourcetransfer aus dem Ausland und ist identisch mit der Differenz zwischen der Brutto-

Inlandsinvestition und -ersparnis. Länder mit einem negativen außenwirtschaftlichen Fehlbetrag (oder einem positiven außenwirtschaftlichen Saldo) sparen mehr als sie investieren und geben Ressourcen an das Ausland ab.

- **Leistungsbilanzsaldo:** Dieser Saldo entspricht in der Standarddefinition, wie sie der IWF und andere verwenden, dem außenwirtschaftlichen Saldo plus Netto-Faktoreinkommen, zuzüglich der Netto-Übertragungen sowohl privater als auch öffentlicher Stellen. Die Entwicklungsländer leisten wegen der Zinszahlungen auf ausstehende Kredite typischerweise Netto-Faktorzahlungen an das Ausland; ihr Leistungsbilanzdefizit ist folglich in der Regel größer als ihr außenwirtschaftlicher Saldo. Die Weltbank berechnet allerdings das Leistungsbilanzdefizit ohne Berücksichtigung der öffentlichen Übertragungen. Da diese Übertragungen zu einem Großteil öffentliche Entwicklungshilfe darstellen, die unentgeltlich geleistet wird, ist es angemessener, sie als Beitrag zur Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite zu behandeln.

für das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern und das voraussichtliche Energieangebot projiziert werden. Sie wurde deshalb sowohl dem ungünstigen als auch dem günstigen Szenarium zugrundegelegt. Im ungünstigen Fall ist zwar von einer verringerten Ölnachfrage auszugehen; es wird jedoch unterstellt, daß die ölproduzierenden Länder ihre Förderung einschränken, um diese an die Weltnachfrage anzupassen, so daß der reale Ölpreis unbeeinflusst bliebe.

### Wirtschaftliche Entwicklung in den Entwicklungsländern

In den siebziger Jahren haben sich die Entwicklungsländer auf unterschiedliche Weise an die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepaßt, die durch ein mäßiges Wachstum von Produktion und Außenhandel sowie steigende reale Energiepreise geprägt waren. In den achtziger Jahren stehen sie vor einem ähnlichen Anpassungsbedarf. Die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder wird von mehreren Faktoren beeinflusst, wie etwa von ihrer Fähigkeit, den Zufluß von

Auslandskapital und das Wachstum ihrer Inlandsersparnis zu steigern, um die Investitionen zur Umstrukturierung ihrer Volkswirtschaften zu finanzieren. Von entscheidender Bedeutung ist darüber hinaus, inwieweit es ihnen gelingt, ihr Exportwachstum zu beschleunigen und ihre Abhängigkeit von importiertem Öl sowie eingeführten Investitionsgütern und Rohstoffen zu verringern.

In Tabelle 2.5 werden die Unterschiede zwischen den günstigen und ungünstigen Szenarien anhand einiger makroökonomischer Kennzahlen zusammenfassend dargestellt. In den ölimportierenden Ländern ist der Anteil der Netto-Brennstoffeinfuhr am BIP (jeweils in konstanten Preisen) von 3,3 Prozent im Jahre 1970 auf 2,7 Prozent im Jahre 1980 zurückgegangen; es ist davon auszugehen, daß dieser Anteil bis zum Jahre 1990 auf etwa 2 Prozent sinken wird.<sup>1)</sup> Dies setzt freilich entschiedene Anstrengungen bei der Energieeinsparung und beim Ersatz

1. In Preisen von 1978 spiegelt diese Relation das Verhältnis zwischen der mengenmäßigen Produktion und dem Ölimportvolumen wider. In jeweiligen Preisen beträgt der Anteil für das Jahr 1980 5,2 Prozent.

**Tabelle 2.5 Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung in ölimportierenden Entwicklungsländern 1970 bis 1990**

(in % des BIP)

Position	1970	1975	1978	1980	Günstig		Ungünstig	
					1985	1990	1985	1990
<i>In Preisen von 1978</i>								
Netto-Brennstoffeinfuhr <sup>a</sup>	3,3	2,6	2,8	2,7	2,5	2,3	2,6	2,1
Einfuhr ohne Brennstoffe	21,8	21,0	19,9	20,2	20,4	23,8	17,9	18,4
Ausfuhr	19,2	19,7	21,1	21,6	23,5	28,0	21,7	22,1
Ersparnis	19,9	19,2	20,8	21,5	21,7	21,9	20,7	21,1
<i>In jeweiligen Preisen</i>								
Leistungsbilanzdefizit	2,4	5,1	2,3	4,4	3,2	3,0	2,9	2,4
Netto-Brennstoffeinfuhr	1,0	2,9	2,8	5,2	5,8	6,1	5,9	5,6

<sup>a</sup> In Preisen von 1978 spiegelt diese Relation das Verhältnis zwischen der mengenmäßigen Produktion und dem Ölimportvolumen wider.

importierter Energie durch inländische Energiequellen voraus. In der Vergangenheit ist der Energieverbrauch im Zuge der Industrialisierung und Verstädterung von Ländern stets rascher gestiegen als das BSP.

Die ölimportierenden Länder haben bislang auf die Ölpreissteigerungen der Jahre 1979 und 1980 durch eine Ausweitung ihrer Auslandsverschuldung reagiert. Ihr Leistungsbilanzdefizit stieg von 2,3 Prozent des BIP im Jahre 1978 auf 4,4 Prozent im Jahre 1980. Auf längere Sicht erfordert jedoch ihre zunehmende Belastung aus dem Schuldendienst, verbunden mit dem nur begrenzten Angebot an Kapital zu Vorzugsbedingungen, daß sie den Einsatz von Auslandskapital einschränken müssen. Unter dem günstigen Szenarium wird die Inanspruchnahme von Auslandskapital zum Teil durch die Inlandersparnis ersetzt, und der Anteil der Ausfuhr an der gesamten Wertschöpfung steigt von 21 Prozent im Jahre 1978 bis zum Jahre 1990 auf etwa 28 Prozent. Bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Einsparungen bei der Brennstoffeinfuhr gelingt es den ölimportierenden Ländern unter den Annahmen dieses Szenariums, die Belastungen aus den höheren Ölpreisen zu absorbieren und ihre Abhängigkeit von ausländischen Kapitalzuflüssen zu verringern.

Im ungünstigen Szenarium verläuft die Entwicklung in all diesen Bereichen weniger vorteilhaft. Gemessen am BIP verharren die Aus-

fuhren in etwa auf dem Niveau des Jahres 1980; das gleiche gilt für die Inlandersparnis. Die ungünstigere binnenwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt die Kreditwürdigkeit und behindert damit den Zufluß von Auslandskapital; dementsprechend müssen die Einfuhren gekürzt werden, um die Leistungsbilanzdefizite zu verringern. Der unvermeidbare Preis dieser Einschränkungen ist ein geringeres Wirtschaftswachstum.

VORAUSSICHTLICHES WIRTSCHAFTSWACHSTUM IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN. Die kombinierte Wirkung all dieser verschiedenen Einflüsse legt nahe, daß die Entwicklungsländer ihr Wachstumsergebnis der siebziger Jahre in Höhe von jährlich 5,1 Prozent durchaus übertreffen könnten. Für

die achtziger Jahre projiziert das günstige Szenarium ein jährliches Wachstum von etwa 5,7 Prozent, das ungünstige Szenarium von ungefähr 4,5 Prozent (Tabelle 2.6). Während der Anpassungsperiode wird das Wirtschaftswachstum behindert. Unter dem günstigen Szenarium wird das Wachstumstempo der sechziger und frühen siebziger Jahre wiederhergestellt. Im ungünstigen Fall bleibt das Wirtschaftswachstum über das gesamte Jahrzehnt hinweg unter dem historischen Wachstumstrend.

Die durchschnittlichen Wachstumsraten für alle Entwicklungsländer versperren den Blick auf die wahrscheinlichen Unterschiede in der Entwicklung zwischen einzelnen Ländergruppen wie auch einzelnen Ländern. So lassen sowohl das günstige als auch das ungünstige Szenarium für die ölexportierenden Länder ein recht hohes Wirtschaftswachstum erwarten. Ihre Ölausfuhren tragen dazu bei, daß sie sich von den außenwirtschaftlichen Einflüssen, die auf die ölimportierenden Länder einwirken, abschotten können. Andererseits erreicht das Wirtschaftswachstum in den Ländern Afrikas südlich der Sahara selbst im günstigen Fall lediglich etwa 3 Prozent pro Jahr. Unter dem ungünstigen Szenarium dürfte ihr BSP langsamer wachsen als ihre Bevölkerungen und auch langsamer als in den siebziger Jahren. Diese Länder stehen vor schwierigen Problemen,

**Tabelle 2.6 Wachstum des BIP nach Regionen 1960 bis 1990**

(jahresdurchschnittliche Veränderungen in %)

Regionen	1960 -70	1970 -80	Günstig			Ungünstig		
			1980 -85	1985 -90	1990 -90	1980 -85	1985 -90	1990 -90
<i>Ölimporteure</i>	5,7	5,1	5,0	5,8	5,4	3,8	4,4	4,1
mit niedrigem Einkommen	4,2	3,0	4,0	4,3	4,1	2,8	3,2	3,0
Afrika südlich der Sahara	4,0	2,4	3,0	3,0	3,0	1,8	2,0	1,9
Asien	4,3	3,2	4,2	4,6	4,4	3,0	3,5	3,2
mit mittlerem Einkommen	6,2	5,6	5,2	6,1	5,6	4,0	4,7	4,3
Afrika südlich der Sahara <sup>a</sup>	4,1	3,5	3,0	3,3	3,1	2,7	3,0	2,8
Ostasien und Pazifik	7,9	8,2	7,8	8,5	8,1	6,3	6,5	6,4
Lateinamerika/Karibik	5,3	6,0	5,1	6,0	5,6	4,4	4,8	4,6
Naher Osten, Nordafrika	4,1	4,9	4,1	4,1	4,1	3,0	3,3	3,2
Südeuropa	7,0	4,6	4,3	5,0	4,6	2,5	3,5	3,0
<i>Ölexporteure</i>	6,5	5,2	6,2	6,8	6,5	4,9	5,9	5,4
<i>Entwicklungsländer insgesamt</i>	5,9	5,1	5,3	6,1	5,7	4,1	4,9	4,5

<sup>a</sup> Ohne Südafrika.



die sowohl auf außenwirtschaftliche Ereignisse als auch auf interne Faktoren zurückzuführen sind, wie etwa die karge Ausstattung mit natürlichen Ressourcen und eine unzulängliche Binnenwirtschaftspolitik.

Demgegenüber dürfte die Wirtschaftsentwicklung in den ölimportierenden Ländern mit mittlerem Einkommen mit ihrer reicheren Ressourcenausstattung und offeneren Außenhandelspolitik günstiger verlaufen als in den Ländern mit niedrigem Einkommen. Ihr Wirtschaftswachstum wird im Jahresdurchschnitt wahrscheinlich zwischen 5 und 6 Prozent liegen, wobei die Länder in Ostasien unter dem hohen Szenarium vielleicht sogar eine Expansionsrate von nicht weniger als 8 Prozent erreichen könnten. Dementsprechend wird das Gefälle in den Pro-Kopf-Einkommen zwischen den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen unabhängig davon, welches der Szenarien eintritt, zunehmen.

ABHÄNGIGKEIT DER PROJEKTIONEN VOM WELTWEITEN WACHSTUM. Die relative Bedeutung der verschiedenen Faktoren, die die wirtschaftliche Lage in den Entwicklungsländern berühren, kann durch weitergehende Simulationen der Weltwirtschaft in etwa abgegriffen werden. Tabelle 2.7 illustriert die Folgen eines geringeren Wirtschaftswachstums in den OECD-Ländern und reduzierter Kapitalzuflüsse für die Projektionen unter dem günstigen Szenarium. Diese Simulationen legen nahe, daß das Wirtschaftswachstum in den ölimportierenden Ländern von jährlich 5,4 Prozent auf 5 Prozent zurückgehen könnte, falls die OECD-Länder lediglich das unter dem ungünstigen Szenarium projektierte Wachstum erreichen sollten. In Anbetracht der größeren Abhängigkeit der ölimportierenden Länder mit mittlerem Einkommen von der Ausfuhr in die Industrieländer wären die Folgen für diese Länder gravierender als die Auswirkungen auf die Länder mit niedrigem Einkommen. Unterstellt man darüber hinaus, daß die Kapitalzuflüsse nur das Niveau unter dem ungünstigen

**Tabelle 2.7 BIP-Wachstumsraten 1980 bis 1990**  
(jahresdurchschnittliche Veränderungsraten in %)

Ländergruppen	Günstiger Fall	Schwächeres OECD- Wachstum	Schwächeres OECD-Wachstum plus geringere Kapitalzuflüsse	Ungünstiger Fall
Ölimporteure	5,4	5,0	4,8	4,1
mit niedrigem Einkommen	4,1	4,1	3,7	3,0
mit mittlerem Einkommen	5,6	5,1	5,0	4,3
Ölexporture	6,5	6,5	6,5	5,4
Entwicklungsländer insgesamt	5,7	5,4	5,3	4,5
Annahmen:				
OECD-Wachstum 1980-1990	3,6	2,8	2,8	2,8
Außenwirtschaftlicher Fehlbetrag 1990 (in Mrd \$ von 1978)	54,3	54,3	39,0	30,0

Szenarium erreichen, so würde das Wirtschaftswachstum der ölimportierenden Länder auf jährlich 4,8 Prozent zurückgehen, da sie nicht mehr in der Lage wären, die benötigten Einfuhren zu finanzieren. Der Unterschied zwischen dieser Simulation und dem ungünstigen Szenarium ist per Saldo auf die Annahme verschärfter Handelsbeschränkungen im ungünstigen Fall bei zugleich schlechteren Ergebnissen in den Entwicklungsländern selbst zurückzuführen.

Diese Simulationen können selbstverständlich nur angeben, was geschehen könnte, wenn bestimmte Veränderungen in den Annahmen des zugrundeliegenden Modells vorgenommen werden. Dabei bleiben eventuell neutralisierende Effekte außer acht: So könnte z.B. eine erfolgreichere Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern auch bei einer Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu einer Beschleunigung ihres Wirtschaftswachstums führen. Die hier erörterten Projektionen sollten deshalb nur als Veranschaulichung der relativen Bedeutung der verschiedenen Determinanten des Wirtschaftswachstums verstanden werden. Sichere Aussagen über die Zukunft sind von vornherein unmöglich, und es könnte sich durchaus herausstellen, daß die Projektionen für das Wirtschaftswachstum in den OECD-Ländern und für die Kapitalzuflüsse zu tief angesetzt

wurden. Dementsprechend kann man sich durchaus Konstellationen vorstellen, unter denen die Wachstumsraten des günstigen Szenariums überschritten werden (siehe nachfolgenden Sonderbeitrag).

KAPITALBEDARF ZUR BESCHLEUNIGUNG DES WIRTSCHAFTSWACHSTUMS. Die Lage der ölimportierenden Länder und vor allem der Länder mit niedrigem Einkommen ließe sich durch eine Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) verbessern. Gemessen an den finanziellen Mitteln, die den Entwicklungsländern insgesamt zur Verfügung stehen, ist die ODA zwar relativ gering; sie entspricht jedoch einem Anteil von etwa 14 Prozent an den Investitionen der Länder mit niedrigem Einkommen und von rund 20 Prozent an ihren Einfuhren.

Um die Länder mit niedrigem Einkommen von dem jährlichen Wachstumsniveau von 3 Prozent unter dem ungünstigen Szenarium auf die 4,1 Prozent des günstigen Szenariums anzuheben, wären im Jahr 1990 in laufenden Preisen zusätzliche Mittel im Rahmen der ODA von etwa 30 Mrd Dollar oder etwa 15 Mrd Dollar in Preisen von 1980 erforderlich. Diese 30 Mrd Dollar wären zusätzlich zu den 54 Mrd Dollar, die unter dem ungünstigen Szenarium veranschlagt wurden, aufzubringen. Die OECD-Geberlän-

## Voraussetzungen für ein höheres Wirtschaftswachstum

Das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern könnte durch verschiedene Faktoren über die Zuwachsraten hinaus angehoben werden, die unter dem günstigen Szenarium projiziert werden. So könnten die Kapitalzuflüsse vor allem aus privaten Quellen einen weit höheren Umfang als erwartet erreichen; ebenso könnten die Industrieländer zollunabhängige Handelshemmnisse, die das Ausfuhrvolumen der Entwicklungsländer beschränken, verringern oder aufheben. Zwar ist keines dieser Ereignisse wahrscheinlich, sie scheinen andererseits aber auch nicht ausgeschlossen.

Aus der nachfolgenden Übersicht geht hervor, mit welchen Effekten zu rechnen wäre. Die zweite Spalte veranschaulicht die Konsequenzen einer Verdopplung der Zu-

wachrate für die realen Kapitalzuflüsse. Dies würde zu einem realen Kapitaltransfer im Jahre 1990 von 83 Mrd Dollar führen, verglichen mit 54 Mrd Dollar unter dem günstigen Szenarium. Darüber hinaus wird unterstellt, daß eine Einschränkung des Protektionismus das Ausfuhrwachstum um einen Prozentpunkt pro Jahr anheben würde. Obgleich hiermit eine Lockerung der Handelsbeschränkungen sowohl gegenüber Fertigwaren als auch landwirtschaftlichen Erzeugnissen verbunden wäre, würden Länder mit mittlerem Einkommen weitaus am stärksten begünstigt. Insgesamt würde das Wirtschaftswachstum in den ölimportierenden Entwicklungsländern um einen zusätzlichen halben Prozentpunkt pro Jahr gesteigert.

### Projektierte Zunahme des BIP 1980 bis 1990

(jahresdurchschnittliche Veränderungen in %)

Ländergruppen	Günstiger Fall	Höhere Kapitalzuflüsse	Höhere Kapitalzuflüsse plus reduzierte Handelsschranken
Ölimporteure	5,4	5,6	5,9
mit niedrigem Einkommen	4,1	4,5	4,5
mit mittlerem Einkommen	5,6	5,9	6,2
Ölexporture	6,5	6,5	6,5
Entwicklungsländer insgesamt	5,7	5,9	6,1
<i>Nachrichtlich</i>			
Außenwirtschaftlicher Fehlbetrag 1990 (in Mrd \$ von 1978)	54,3	83,1	83,1
Ausfuhrwachstum (jahresdurchschnittliche Änderungen in %)	7,0	7,0	8,0

der müßten unter diesen Voraussetzungen ihre Hilfe von 0,33 Prozent ihres BSP, die unter dem ungünstigen Szenarium unterstellt wurden, auf 0,5 Prozent anheben. Gemessen an jüngeren Entwicklungstrends mag diese Anhebung beträchtlich erscheinen; sie würde jedoch tatsächlich nur den Anteil von 0,49 Prozent am BSP wiederherstellen, der im Jahre 1965 bereits erreicht worden war.

Der Finanzierungsbedarf der Länder mit niedrigem Einkommen könnte alternativ hierzu durch eine beträchtliche Aufstockung ihres Anteils an der ODA von derzeit 34 Prozent gedeckt werden. Unter dem günstigen Szenarium wird bereits unterstellt, daß dieser Anteil bis zum Jahre 1990 auf 50 Prozent ansteigt; zweifellos ist bis zu diesem Zeitpunkt ein noch höherer Anteil vorstellbar. Wie im sechsten Kapitel

dargelegt wird, besteht ein Bedarf an konzessionärer Hilfe, um auf längere Sicht die Investitionen für die strukturelle Anpassung zu finanzieren und gleichzeitig die kurzfristigen Liquiditätsprobleme als Folge der verschlechterten Leistungsbilanzen zu überbrücken. Dementsprechend wäre ein hoher Anteil der verstärkten ODA-Zuflüsse in der Form rasch abfließender Hilfe bereitzustellen. In den Projektionen wird allerdings zwischen diesen beiden Arten des

Bedarfs an Auslandshilfe nicht unterschieden.

ABHÄNGIGKEIT DER PROJEKTIONEN VON DEN ENERGIEPREISEN. Obwohl die Entwicklungsländer Energiesparmaßnahmen ergreifen haben, sind die Energieeinfuhren der ölimportierenden Länder, gemessen an ihrem Gesamtimport, von 9 Prozent im Jahre 1970 auf 26 Prozent im Jahre 1980 gestiegen. Die Bemühungen um Einsparung und Substitution von Energie werden in den kommenden Jahren das Wachstum der mengenmäßigen Brennstoffeinfuhr tendenziell dämpfen; dieser Effekt dürfte jedoch durch den erwarteten Anstieg der realen Preise wieder teilweise aufgehoben werden. Per Saldo ist mithin bis zum Jahre 1990 nur mit einer leichten Verringerung der Brennstoff-Einfuhr-Relation zu rechnen – die unter den Annahmen des ungünstigen Szenariums sogar steigen würde (Tabelle 2.8).

Unter diesen Voraussetzungen werden die Entwicklungsländer auch weiterhin von Veränderungen der Ölpreise berührt. Sollten die realen Ölpreise im Verlauf der achtziger Jahre pro Jahr um 5 Prozent steigen, so würde das BIP der ölimportierenden Länder um etwa 0,5 Prozentpunkte weniger zunehmen. Sollte es andererseits zu gar keinem Anstieg der realen Ölpreise kommen, so würde ihr BIP um etwa 5,8 Prozent pro Jahr wachsen anstelle der 5,5 Prozent pro Jahr unter dem günstigen Szenarium. Hierbei ist freilich nicht zu übersehen, daß Veränderungen der realen Ölpreise einen bedeutenden Einfluß auf andere Größen wie das Wirtschaftswachstum und die Inflation in den

Tabelle 2.8 Brennstoffeinfuhrquoten 1970 bis 1990

(in % der Ausfuhren)

Ländergruppen	1970	1980	1990	
			Günstig	Ungünstig
Ölimportierende Länder	8,6	26,3	24,4	28,7
Ölexportierende Länder	3,8	6,1	10,2	10,9
Entwicklungsländer insgesamt	7,5	19,3	19,9	22,2

Anmerkung: Verhältnis aus Brutto-Brennstoffeinfuhr zur Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen, jeweils zu laufenden Preisen.

**Tabelle 2.9 Abhängigkeit des BIP von Ölpreissteigerungen 1980 bis 1990**  
(jahresdurchschnittliche Zuwachsraten des realen BIP in %)

Ländergruppe	Ölpreissteigerung <sup>a</sup>		
	0%	3%	5%
Ölexportierende Länder	5,8	5,5	5,0
mit niedrigem Einkommen	4,3	4,1	4,0
mit mittlerem Einkommen	6,1	5,7	5,2
Ölexportierende Länder	6,3	6,5	6,6
Entwicklungsländer insgesamt	6,0	5,7	5,5

<sup>a</sup> Zuwachsraten der realen Mineralölpreise 1980–1990.

Industrieländern sowie den Umfang der Überschüsse der ölexportierenden Länder ausüben, die ihrerseits die Entwicklungsländer berühren. Diese sekundären Einflüsse sind in den Wachstumsschätzungen der Tabelle 2.9 nicht enthalten.

### Auswirkungen auf die Armut

Das gewaltige Einkommensgefälle zwischen den Entwicklungs- und

Industrieländern wird unabhängig davon, ob sich das günstige oder ungünstige Szenarium als zutreffend herausstellt, bestehen bleiben. Im Jahre 1980 war das Pro-Kopf-Einkommen in den Industrieländern etwa fünfmal so hoch wie das aller Entwicklungsländer und zwölfmal so hoch wie das der ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen. Bei diesen Vergleichen werden die großen Kaufkraftunterschiede in Rechnung gestellt, die zwischen den

Ländergruppen bestehen; bei einer Umrechnung nur über die Wechselkurse wäre das Gefälle weit höher (vgl. Sonderbeitrag).

Welche Aussichten bestehen für eine Verringerung dieses Gefälles in den achtziger Jahren? Unter dem günstigen Szenarium wird das BSP pro Kopf aller Entwicklungsländer pro Jahr um 3,3 Prozent und damit etwas stärker zunehmen als die 3,1 Prozent pro Jahr in den Industrieländern (Tabelle 2.10). Dementsprechend wird das relative Gefälle zwischen diesen Gruppen leicht zurückgehen. Da jedoch die Projektionen für die Länder mit niedrigem Einkommen nur ein BSP-Wachstum pro Kopf von 1,8 Prozent erwarten lassen, wird sich der Abstand zwischen der ärmsten Gruppe einerseits und den Ländern mit mittlerem Einkommen sowie den Industrieländern andererseits weiterhin vergrößern.

Unter dem ungünstigen Szenarium erzielen die ölimportierenden Entwicklungsländer niedrigere Wachstumsraten als die Industrieländer. Das BSP pro Kopf nimmt in den Ländern mit mittlerem Einkommen im Jahresdurchschnitt um lediglich 2,1 Prozent und in den Ländern mit niedrigem Einkommen um nur 0,7 Prozent zu. Demgegenüber wird es den Industrieländern immer noch gelingen, ihr Pro-Kopf-Einkommen um jährlich 2,3 Prozent zu steigern. Das bedeutet, daß das Gefälle zwischen den reichsten und ärmsten Ländern im laufenden Jahrzehnt selbst unter den günstigsten Voraussetzungen zunimmt und daß diese Verschiebung unter weniger vorteilhaften Bedingungen noch stärker zu Buche schlagen wird (Abbildung 2.3).

Die Chancen für eine Verringerung der Armut haben sich parallel zu den ungünstigeren Aussichten für die armen Länder verschlechtert. Derzeitigen Schätzungen zufolge lebten im Jahre 1980 in den Entwicklungsländern etwa 750 Millionen Menschen in absoluter Armut, was einem Anteil von etwa 33 Prozent an ihrer Gesamtbevölkerung entspricht. (Diese Schätzungen schließen China nicht ein.) Schreibt

## Realeinkommen im internationalen Vergleich

Rechnet man beim Vergleich realer Einkommen die BIPs verschiedener Länder zu den vorherrschenden Wechselkursen in eine einheitliche Währung um, so führt dies zu irreführenden Ergebnissen. Die Kaufkraft einzelner Währungen kommt in ihren Wechselkursen nicht notwendigerweise zum Ausdruck, da diese Kurse nicht den (oft beträchtlichen) Teil des BIP berücksichtigen, der nicht in den Außenhandel eingeht. Darüber hinaus unterliegen die Wechselkurse heutzutage breiten Schwankungen; Veränderungen von 20 Prozent und mehr innerhalb eines einzelnen Jahres sind selbst für bedeutende Währungen keine Seltenheit.

Das »Internationale Vergleichsprojekt« (International Comparison Project – ICP) zielt darauf ab, diese Mängel zu beseitigen. Im Rahmen dieses Projekts werden Preisrelationen für 153 Ausgabenkategorien innerhalb des gesamten BIP miteinander verglichen. Die Vergleiche werden gegenüber den Preisen in den Vereinigten Staaten vorgenommen und anschließend zusammengewogen, um einen Kaufkraft-Wechselkurs abzuleiten. Auf der Grundlage von Vergleichen in Preisen von 1975 wurden für 34 Länder Kaufkraft-Wechselkurse errechnet. Diese Ergebnisse wurden mit Hilfe bestimmter abgekürzter Näherungsverfahren auf alle Entwicklungsländer übertragen. Die Anwendung des ICP-Korrekturverfahrens führt insgesamt vor allem für die Länder mit niedrigem Einkommen zu einer beträchtlichen Steigerung des BSP pro Kopf (siehe Tabelle).

Die vorstehenden Daten sollten nur als grobe Schätzwerte angesehen werden, da

jeder Versuch, »richtige« Kaufkraftäquivalente abzuleiten, zahlreiche Schwierigkeiten aufwirft. So können zum Beispiel Verbrauchsgüter infolge von Unterschieden in der Qualität und Ausgestaltung nur schwer miteinander verglichen werden; ebenso schwierig ist es, den Wert von Dienstleistungen zu messen, vor allem wenn sie vom öffentlichen Sektor kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Dessen ungeachtet, ist das ICP-Verfahren das beste verfügbare Konzept zur Durchführung internationaler Einkommensvergleiche, und es ist der traditionellen Wechselkursbereinigung weit überlegen.

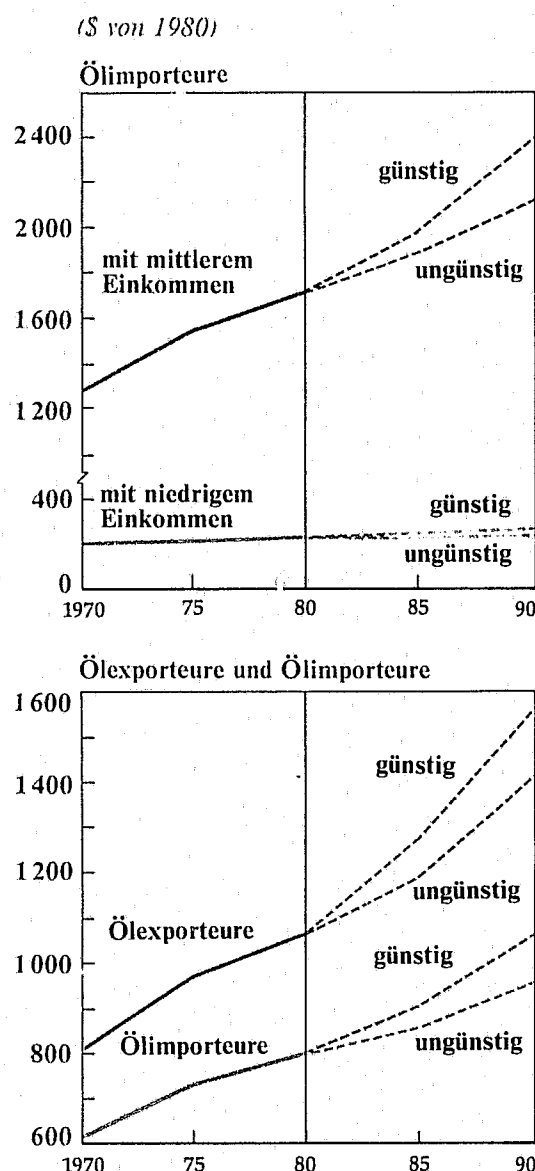
### Wechselkurs- und Kaufkraftbereinigung für das reale BSP pro Kopf im Jahr 1980

(in Dollar)

Ländergruppe	Wechselkursbereinigt	Kaufkraftbereinigt
Ölimporteure	790	1 700
mit niedrigem Einkommen	220	730
mit mittlerem Einkommen	1 710	2 690
Ölexporteure	1 060	2 080
Entwicklungsländer insgesamt	850	1 790
Industrieländer	10 660	8 960



Abbildung 2.3 BSP pro Kopf der Entwicklungsländer 1970 bis 1990, günstiges und ungünstiges Szenarium



man das Wachstum unter dem günstigen Szenarium bis zum Jahre 2000 fort, so könnte dieser Anteil bis zu diesem Zeitpunkt auf 18 Prozent reduziert werden. Das anhaltend rasche Bevölkerungswachstum würde allerdings dazu führen, daß die Zahl der absolut Armen immer noch 630 Millionen betrüge (Abbildung

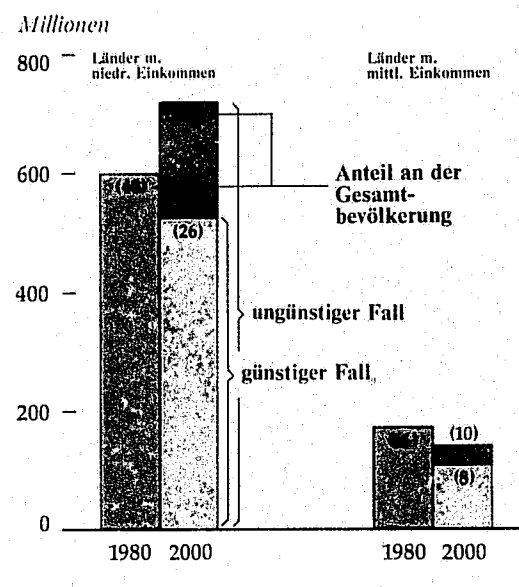
2.4). Unter dem ungünstigen Szenarium dürfte diese Zahl sogar 850 Millionen erreichen – und das am Ende eines Jahrhunderts, das in einigen Teilen der Welt durch beispiellose wirtschaftliche und soziale Fortschritte geprägt wird.

Projektionen über mehrere Jahre hinweg sollten selbstverständlich nur als grobe Anhaltspunkte verstanden werden. Der Begriff der Armut und deren Zusammenhang mit dem Einkommenswachstum sind zweifellos mit großen Unsicherheiten behaftet. Die Armut kann bei gegebenen Gesamteinkommen durch geeignete binnenwirtschaftliche Maßnahmen verringert werden, die die Produktivität der Ärmsten verbessern, die Fruchtbarkeit verringern und auf eine bessere Befriedigung der Grundbedürfnisse abstellen. Gleichwohl sind die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Art der von den Entwicklungsländern ergriffenen Anpassungsmaßnahmen in den kommenden Jahren von grundlegender Bedeutung für die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen.

### Wechselseitige Abhängigkeiten

Trotz des steigenden Gefälles bei den Pro-Kopf-Einkommen nimmt die Produktion in den Entwicklungsländern rascher zu als in den entwickelten Ländern (Tabelle 2.11). (Dieser Umstand ist auf das höhere Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern zurückzuführen.) Dies hat zur Folge, daß die Entwicklungsländer bis zum Jahre 1990 mit etwa 20 Prozent zum weltweiten BIP beitragen werden, verglichen mit

Abbildung 2.4 Menschen in absoluter Armut 1980 und 2000



lediglich 15 Prozent im Jahre 1970. Darüber hinaus ist im Zeitraum 1980 bis 1990 mit einem Beitrag dieser Länder zur Steigerung der Weltproduktion in Höhe von 26 Prozent zu rechnen (günstiges Szenarium). Ihre Ausfuhren werden im Jahre 1990 einen Anteil von 25 Prozent am gesamten Welthandel erreichen und zwischen 1980 und 1990 mit 26 Prozent zum Wachstum des Welthandels beitragen.

Da der Welthandel rascher expandieren wird als die weltweite Produktion, steigt die Relation aus Handel und Wirtschaftswachstum bis zum Jahre 1990 voraussichtlich auf 27 Prozent an, verglichen mit nur 22 Prozent im Jahre 1980 und 13 Prozent im Jahre 1970. Mit zunehmender Außenhandelsverflechtung werden die Entwicklungsländer mehr und mehr in die Weltwirtschaft integriert.

Statistiken über den Außenhandel sind zur Messung der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen einzelnen Ländern oder Regionen zweifellos nur bedingt geeignet. Der gesamte Außenhandel umfaßt sowohl lebenswichtige Mineralien und Nahrungsmittel als auch weniger wichtige Verbrauchsgüter. Während die globalen Projektionen eine Zunahme der »wechselseitigen Abhängigkeit« nahelegen, zeichnet sich die Lage einzelner Länder (und selbst einzelner Ländergruppen) nach wie

Tabelle 2.10 BSP pro Kopf 1980 bis 1990

Ländergruppe	1980	1990 (in Dollar von 1980)		Zuwachsrates 1980-90 (jahresdurchschnittliche Veränderung in %)	
		Günstig	Ungünstig	Günstig	Ungünstig
Ölimporteure	790	1060	950	3,1	1,8
mit niedrigem Einkommen	220	260	230	1,8	0,7
mit mittlerem Einkommen	1710	2400	2120	3,4	2,1
Ölexporture	1060	1560	1410	4,0	2,9
Entwicklungsländer insgesamt	850	1180	1050	3,3	2,2
Industrieländer	10660	14520	13380	3,1	2,3

vor eher durch eine »Netto-Abhängigkeit« von der Weltwirtschaft aus. So beliefen sich die Einfuhren der Länder Afrikas mit niedrigem Einkommen im Jahre 1978 auf 25 Prozent ihres zusammengefaßten BIP, was auf eine hohe Empfindlichkeit dieser Länder gegenüber den internationalen Wirtschaftsbedingungen hindeutet. Demgegenüber trugen ihre zusammengefaßten Ausfuhren lediglich mit 1 Prozent zum Welthandel bei, und dieser Anteil wird in den achtziger Jahren voraussichtlich weiter sinken.

### Zahlungsbilanzentwicklung

Über die gesamten achtziger Jahre hinweg werden für die Entwicklungsländer Leistungsbilanzdefizite erwartet, die real relativ hoch sind, als Prozentsatz des BSP jedoch zurückgehen (Tabelle 2.12). Diese Defizite hängen natürlich von der Kreditwürdigkeit der Entwicklungsländer und ihrem Zugang zu den Kapitalmärkten ab (fünftes Kapitel). Zwischen 1980 und 1985 wird der geringe Überschuß der ölexportierenden Länder voraussichtlich in ein anhaltendes Defizit umschlagen. Umgekehrt wird für die Industrieländer bis zum Jahre 1990 ein Umschwung von einer geringen Defizitposition im Jahre 1980 in einen beträchtlichen Überschuß projiziert. Ihrem wachsenden Überschuß steht ein Rückgang der Überschüsse der ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß von 85 Mrd Dollar im Jahre 1980 auf 16 bis 35 Mrd Dollar (in Dollar von 1978) bis zum Jahre 1990 gegenüber.

Ausschlaggebend für das Ausmaß dieses Rückgangs ist das erwartete Importwachstum in diesen Ländern, das allerdings mit beträchtlichen Unsicherheiten behaftet ist. Die gegenwärtigen Projektionen lassen für das Jahr 1990 für diese Länder Pro-Kopf-Einfuhren in Höhe von 6 500 Dollar erwarten, verglichen mit einem BSP pro Kopf von lediglich 8 100 Dollar (beide Angaben in Dollar von 1978). Sollten die Einfuhren jährlich um 1 Prozent weni-

**Tabelle 2.11 Weltproduktion und Außenhandel, günstiges Szenarium, 1970 bis 1990**

Ländergruppen	Bruttoinlandsprodukt					
	Absolute Werte (in Mrd Dollar von 1978)			Anteile in %		
	1970	1980	1990	1970	1980	1990
Marktwirtschaftliche						
Industrieländer	4 334	5 973	8 539	69	65	62
Entwicklungsländer						
insgesamt	979	1 615	2 810	15	18	20
Ölimporteure	718	1 181	1 998	11	13	14
mit niedrigem Einkommen	148	198	297	2	2	2
mit mittlerem Einkommen	570	983	1 701	9	11	12
Ölexporteure	261	434	812	4	5	6
Sonstige <sup>a</sup>	988	1 608	2 395	16	17	18
Insgesamt	6 301	9 196	13 744	100	100	100
Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen ohne Faktoreinkommen (in Mrd Dollar und jeweiligen Preisen)						
	1970	1980	1990	1970	1980	1990
Marktwirtschaftliche						
Industrieländer	274	1 531	5 412	69	61	59
Entwicklungsländer						
insgesamt	78	561	2 300	20	22	25
Ölimporteure	59	357	1 565	15	14	17
mit niedrigem Einkommen	7	27	88	2	1	1
mit mittlerem Einkommen	52	330	1 478	13	13	16
Ölexporteure	19	204	735	5	8	8
Sonstige <sup>a</sup>	42	435	1 460	11	17	16
Insgesamt	394	2 527	9 172	100	100	100

<sup>a</sup> Die »sonstigen« Länder umfassen China sowie Planwirtschaften und Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß.

ger wachsen als unter dem günstigen Szenarium, so würde sich der Überschuß dieser Länder im Jahre 1990, ausgehend von den derzeit projizierten 35 Mrd Dollar, um weitere 21 Mrd Dollar erhöhen. Innerhalb der Annahmen des günstigen und ungünstigen Szenariums könnten mit-

hin die für die OPEC-Länder projizierten Überschüsse ohne weiteres über eine recht weite Bandbreite hinweg die unterschiedlichsten Werte annehmen. Veränderungen dieser Überschüsse würden sich natürlich in einem veränderten Verlaufsmuster für die Überschüsse und

**Tabelle 2.12 Leistungsbilanzen 1970 bis 1990**  
(in Mrd Dollar von 1978)

Ländergruppen	1970	1975	1978	1980	Günstig		Ungünstig	
					1985	1990	1985	1990
Ölimporteure	-18,5	-49,8	-25,5	-52,7	-49	-60	-41	-43
mit niedrigem Einkommen	-3,5	-7,0	-5,1	-8,6	-12	-15	-8	-9
mit mittlerem Einkommen	-15,0	-42,8	-20,4	-44,1	-37	-45	-33	-34
Ölexporteure	-4,7	-3,2	-17,6	4,1	-5	-14	-7	-12
Entwicklungsländer insgesamt	-23,2	-53,1	-43,1	-48,6	-54	-74	-48	-55
Ölexporteure mit Zahlungsbilanzüberschuß <sup>a</sup>	6,0	39,7	18,8	85,1	[57]	[35]	[55]	[16]
Marktwirtschaftliche Industrieländer <sup>a</sup>	25,9	28,4	29,9	-24,5	[12]	[55]	[8]	[55]
Planwirtschaftliche Industrieländer einschließlich China	3,4	-9,0	-0,2	-0,1	-3	-4	-2	-3
Statistische Diskrepanz	-12,3	-6,0	-5,4	-11,9	-12	-12	-13	-13

Anmerkung: Ohne öffentliche Übertragungen.

<sup>a</sup> Diese Projektionen unterliegen besonders starken Unsicherheiten.

Defizite der anderen Ländergruppen niederschlagen.

Unabhängig von der Frage der Exaktheit der Projektionen ist festzustellen, daß die weltweite Interdependenz als Ergebnis der Ereignisse der siebziger Jahre zugenommen

hat. Dieser Prozeß dürfte sich trotz der anhaltenden Ungewißheit und Instabilität auch in den achtziger Jahren fortsetzen und die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die noch vor wenigen Jahren vorzufinden waren, verändern. Die wech-

selseitigen Abhängigkeiten in den Bereichen Energie, Außenhandel und Kapitalverkehr werden in den nachfolgenden Kapiteln ausführlicher erörtert.

### 3 Wirtschaftswachstum durch Außenhandel

Nach jährlich fast 8 Prozent in den sechziger Jahren wuchs der Welthandel in den siebziger Jahren im Jahresdurchschnitt um 5,7 Prozent. Trotz dieser Verlangsamung der Expansion des globalen Handels nahmen die Exporte der Entwicklungsländer (ohne Brennstoffe) mit jährlich über 7 Prozent im vergangenen Jahrzehnt stärker zu als mit den 5 Prozent der sechziger Jahre. Das Wirtschaftswachstum und die weitere Industrialisierung der Entwicklungsländer sind nicht zuletzt auf diese Ausweitung des Außenhandels zurückzuführen; zudem erzielten die ölimportierenden Länder aus dem Außenhandel Erlöse, mit denen sie ihre steigenden Brennstoffkosten decken konnten.

Dieses Kapitel analysiert die strukturelle Entwicklung des Welthandels in den siebziger Jahren nach Länder- und Warengruppen. Dabei werden die Gründe für die bescheidenen Erfolge vieler Länder mit niedrigem Einkommen erörtert und die Aufmerksamkeit auf die ausgewogene und mutige Handelspolitik gelenkt, auf der die außenwirtschaftlichen Leistungen und das Wirtschaftswachstum vieler Länder mit mittlerem Einkommen beruhen. Darüber hinaus wird der Beitrag näher untersucht, den das offene Welthandelssystem zu diesem Wirtschaftswachstum und zur Bekämpfung der Inflation in den Industrieländern geleistet hat; außerdem wird auf eine Reihe grundlegender Probleme im Rahmen der internationalen Handelsgespräche eingegangen.

#### Handel in den siebziger Jahren

Die bei weitem stärksten Veränderungen der letzten zehn Jahre in der

Struktur des Welthandels sind auf die Erhöhung der Brennstoffpreise zurückzuführen. Der weltweite Handel mit Brennstoffen stieg von 29 Mrd Dollar im Jahre 1970 auf 535 Mrd Dollar im Jahre 1980 und damit von 7 Prozent auf 21 Prozent des gesamten Welthandels (Tabelle 3.1).

Diese Zunahme um 14 Prozentpunkte ist beträchtlich größer als der Anteil der Bundesrepublik Deutschland oder der Vereinigten Staaten am Welthandel. Selbst wenn man die (relativ geringe) Zunahme des Handelsvolumens außer acht läßt, entsprach der finanzielle Mehraufwand, der durch die gestiegenen Brennstoffpreise verursacht wurde, immer noch dem Wert der Gesamtausfuhr der USA oder der Bundesrepublik Deutschland.

Da ihre Exporte rasch zunahmen, konnten die ölimportierenden Länder mit mittlerem Einkommen ihre Leistungsbilanzdefizite auf ein Niveau verringern, das sich mittelfristig finanzieren ließ, ohne dabei auf wirtschaftliches Wachstum verzichten zu müssen. Zwischen den Jahren

1973 und 1978 erhöhten die Industrieländer ihre Ausfuhr in die ölexportierenden Länder so stark, daß sie mit dem Mehrerlös etwa zwei Drittel ihrer gestiegenen Öleinfuhrrechnung decken konnten. Nur den ölimportierenden Ländern mit niedrigem Einkommen gelang es nicht, in nennenswertem Umfang Vorteile aus dem internationalen Handel zu ziehen. Viele dieser Länder verringerten ihre Leistungsbilanzdefizite statt durch höhere Ausfuhren durch eine Einschränkung ihrer Importe (und büßten damit an Wirtschaftswachstum ein). Andere konnten ihre gestiegenen Defizite zum Teil aus höheren Entwicklungshilfeleistungen finanzieren.

#### Erfassung von Handelsgewinnen

Angesichts des starken Preisauftriebs, der mit ausgeprägten Veränderungen bei den relativen Güterpreisen einherging, stellt weder der wertmäßige Export noch das Ausfuhrvolumen einen geeigneten Maß-

**Tabelle 3.1 Struktur und Wachstum des globalen Warenhandels  
1970 bis 1980**

(Werte in Mrd \$ zu jeweiligen Preisen)

Position	Warenhandel insgesamt	Brennstoffe	Rohstoffe ohne Brennstoffe	Fertigwaren	Gold
Wert 1980	2 133	535	400	1 170	27
Anteil am Gesamtwert in %	100	25	19	55	1
Wertsteigerung 1970–80	1 818	507	312	973	26
Anteil an der gesamten Zunahme in %	100	28	17	54	1
Höhere Preise in % der Wertsteigerung	87	98	82	81	101
Zunahme des Volumens in % 1970–80	74	29	64	96	–4

**Tabelle 3.2 Exportkaufkraft aller Waren und Dienstleistungen ohne Faktoreinkommen 1970 bis 1980**

Position	Ölimporteur			Ölexporteur			Marktwirtschaftliche Industrieländer
	mit niedrigem Einkommen	mit mittlerem Einkommen	insgesamt	ohne Zahlungsbilanzüberschuß	mit Zahlungsbilanzüberschuß	insgesamt	
Veränderung der Terms of Trade gegenüber marktwirtschaftlichen Industrieländern in %	-16	+2	0	+180	+389	+247	-
Exportkaufkraft insgesamt (in Mrd \$ von 1978)							
Kaufkraft 1970	17	127	144	46	19	65	664
Zunahme 1970-80	3	118	121	105	140	245	471
Volumenbedingt	7	114	121	8	13	21	461
Relative Exportpreiskomponente	-4	4	0	97	127	224	-
Zunahme in % der Kaufkraft von 1970							
Zunahme insgesamt	18	93	84	229	737	377	71
Volumenbedingt	42	90	84	17	68	32	71
Relative Exportpreiskomponente	-24	3	0	212	655	345	-

stab zur Beurteilung der Exportleistung eines Landes dar. In den Exportwerten kommt möglicherweise nur eine allgemeine Erhöhung der Exportpreise zum Ausdruck; dagegen wird mit dem Ausfuhrvolumen der Vorsprung derjenigen Exporteure, deren Preise stärker gestiegen sind als die Preise anderer Handelsgüter, zu niedrig ausgewiesen. So nahmen die Ausfuhrpreise der ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß in den siebziger Jahren nominal um das Fünzfache und damit viermal so stark zu wie ihre Importpreise. Zwar war das Volumen der Ölausfuhren der Entwicklungsländer im Jahre 1980 gleich hoch wie im Jahre 1970; sie konnten aber natürlich mit den erzielten Erlösen real weit mehr Güter und Dienstleistungen nachfragen.

Um den Einfluß sowohl des Exportvolumens als auch der relativen Güterpreise zu verdeutlichen, wird in diesem Kapitel die Ausfuhrleistung eines Landes durch die *Kaufkraft der Exporte* gemessen – d. h. durch seine um das allgemeine Preisniveau für international gehandelte Güter (ohne Rohöl) bereinigten Exporterlöse. (Dabei wird der Exportpreisindex der Industrielän-

der für alle Güter zuzüglich Dienstleistungen, aber ohne Faktoreinkommen, stellvertretend für das Preisniveau der Außenhandelsgüter herangezogen.) Soweit angemessen, wird der Einfluß höherer Ölpreise auf die Kaufkraft der Exporterlöse eines ölimportierenden Landes so erfaßt, daß zunächst die Kosten für die Ölimporte herausgerechnet werden und anschließend die Kaufkraft seiner Exporterlöse *ohne* Ölimporte berechnet wird. Dieses Verfahren gibt Aufschluß darüber, inwieweit die Ausfuhrerlöse eines ölimportierenden Landes stark genug steigen, um die Mittel sowohl für teurer gewordene Brennstoffimporte als auch für zunehmende Mengen anderer Einfuhren aufzubringen.

#### *Außenhandelsgewinne nach Ländergruppen*

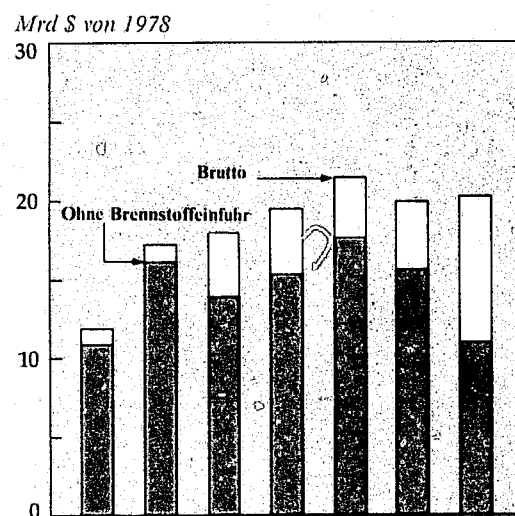
Die ölimportierenden Entwicklungsländer haben auf den Weltmärkten unterschiedliche Erfolge erzielt. Das Ausfuhrvolumen der ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen nahm zwischen 1970 und 1980 nicht ausreichend zu, um die sich verschlechternden brennstoffunabhängigen Terms of

Trade und die gestiegene Brennstoffrechnung dieser Länder auszugleichen; die Kaufkraft ihrer Exporte war im Jahre 1980, bereinigt um die Brennstoffeinfuhr, fast ein Drittel niedriger als im Jahr 1970 (Abbildung 3.1). Bei den Ländern mit mittlerem Einkommen verschlechterten sich demgegenüber die Terms of Trade weniger gravierend, und das Volumen ihrer Ausfuhren nahm stärker zu. Zwar mußte die Hälfte des Anstiegs ihres Exportvolumens zur Deckung der gestiegenen Kosten von Brennstoffeinfuhren eingesetzt werden; die Kaufkraft ihrer Exporte erhöhte sich jedoch im Verlauf der letzten Dekade – bereinigt um den Brennstoffimport – um fast zwei Drittel.

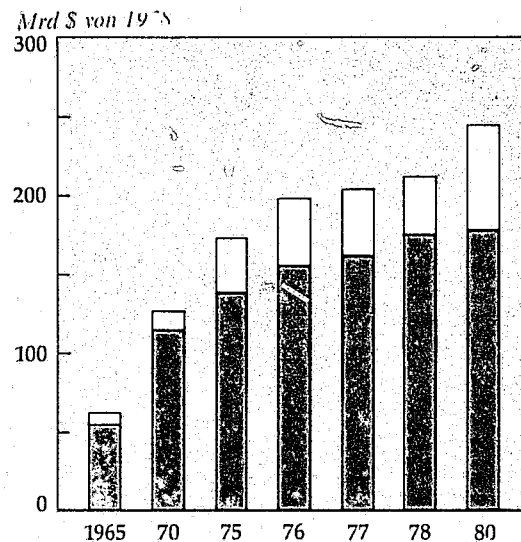
Im Verlauf der siebziger Jahre stieg die Exportkaufkraft (ohne Bereinigung um Öleinfuhren) um 71

**Abbildung 3.1 Kaufkraft der Exporte der ölimportierenden Entwicklungsländer 1965 bis 1980**

*Ölimporteur mit niedrigem Einkommen*



*Ölimporteur mit mittlerem Einkommen*



Prozent in den Industrieländern, um 84 Prozent in den ölimportierenden und um 229 Prozent in den ölexportierenden Entwicklungsländern sowie um über 700 Prozent bei den Ölexporturen mit einem Zahlungsbilanzüberschuß (Tabelle 3.2).

Die Entwicklungsländer hatten allerdings die siebziger Jahre mit Exporten begonnen, die die Ausfuhr der ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß um das Zehnfache überstiegen, während sie weniger als einem Drittel der Exporte der Industrieländer entsprachen. Der absolute Betrag, um den die Exportkaufkraft im Verlauf der siebziger Jahre gestiegen ist, betrug für die Industrieländer 471 Mrd Dollar, für die Entwicklungsländer 226 Mrd Dollar und für die ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß 140 Mrd Dollar (jeweils in Dollar von 1978).

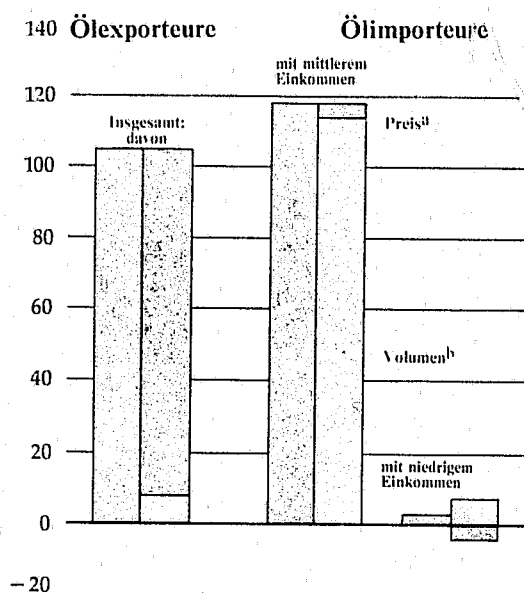
Der gesamte Anstieg für alle Entwicklungsländer um 226 Mrd Dollar verteilte sich wie folgt:

Ölexportierende Länder	105
Ölimportierende Länder mit mittlerem Einkommen	118
Ölimportierende Länder mit niedrigem Einkommen	3

Kurz gesagt erzielten also die ölexportierenden Länder gute Ergebnisse, weil ihre Exportpreise stark gestiegen sind, und die ölimportierenden Länder mit mittlerem Einkommen, weil ihr Ausfuhrvolumen – insbesondere bei Fertigwaren – zugenommen hat (Abbildung 3.2). Die Länder mit niedrigem Einkommen mußten dagegen nicht nur ein langsames Wachstum ihres Exportvolumens, sondern im Vergleich zu anderen Ländern auch eine Verschlechterung ihrer Ausfuhrpreise hinnehmen: Sie haben an der Expansion des Welthandels praktisch überhaupt nicht teilgenommen. Soweit die Exporterlöse für die Importfähigkeit eines Landes maßgebend sind, konnten diese Länder am Ende der Dekade nur wenig mehr importieren als zu ihrem Beginn – und dies angesichts einer Zunahme ihrer Bevölkerung um über ein Viertel.

Abbildung 3.2 Zunahme der Exportkaufkraft der Entwicklungsländer 1970 bis 1980

Mrd \$ von 1978



a Beitrag relativer Preisänderungen zur Gesamtveränderung.  
b Beitrag von Volumensänderungen zur Gesamtveränderung.

### Gewinne nach Warengruppen

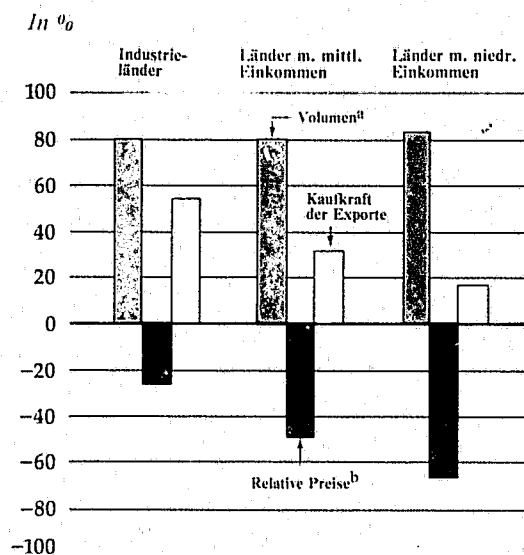
Die gestiegene Kaufkraft der Brennstoffausfuhr der Entwicklungsländer wurde fast ausschließlich durch höhere Preise verursacht. Der Kaufkraftgewinn bei den Fertigwaren- und Rohstoffexporten (ohne Brennstoffe) der Entwicklungsländer war demgegenüber mengenbedingt; er wurde allerdings durch die Verschiebung der relativen Preise zuungunsten der Entwicklungsländer zum Teil wieder aufgezehrt. Bei den ölimportierenden Ländern ging die durchschnittliche Kaufkraft ihrer Rohstoffexporte (ohne Brennstoffe) um 28 Prozent und die ihrer Fertigwarenausfuhr um 24 Prozent zurück. Diese Unterschiede waren allerdings zwischen den einzelnen Einkommensgruppen noch ausgeprägter: Im Falle der ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen fielen die relativen Preise sowohl ihrer Fertigwaren- als auch ihrer Rohstoffausfuhr (ohne Brennstoffe) stärker als bei den Industrieländern und den ölimportierenden Ländern mit mittlerem Einkommen.

ROHSTOFFAUSFUHR OHNE BRENNSTOFFE. In den siebziger Jahren entwickelten sich die Preise für diese

Warengruppe unbeständig und auf einem allgemein niedrigen Niveau. Die Preise für 33 Rohstoffe ohne Rohöl schwankten in den fünfziger und sechziger Jahren im Jahresdurchschnitt um 5 Prozent und um jährlich 12 Prozent in den siebziger Jahren.

Am schwersten betroffen von niedrigen Preisen waren die ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen. Zwar stieg ihr Exportvolumen ungefähr im gleichen Maße wie die mengenmäßige Ausfuhr der ölimportierenden Länder mit mittlerem Einkommen und die der Industrieländer; ihre relativen Einfuhrpreise gingen jedoch vergleichsweise viel stärker zurück (Abbildung 3.3; Tabelle T1 im technischen Anhang). Im Ergebnis verzeichneten die ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen einen Anstieg der Kaufkraft ihrer Rohstoffexporte (ohne Brennstoffe) um 18 Prozent, verglichen mit einer Zunahme um 32 Prozent bei den ölimportierenden Ländern mit mittlerem Einkommen und um 55 Prozent bei den Industrieländern. Da die ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen von einem tieferen Niveau ausgingen, war der Kaufkraftgewinn

Abbildung 3.3 Rohstoffausfuhr (ohne Brennstoffe) der Industrie- und ölimportierenden Entwicklungsländer



Anmerkung: Zunahme der Kaufkraft im Zeitraum 1970–80 in Prozent der Kaufkraft von 1970.

a Beitrag von Volumensänderungen zur Gesamtveränderung.  
b Beitrag relativer Preisänderungen zur Gesamtveränderung.



## Zoll-Eskalation und Wachstum der verarbeitenden Industrie

Obgleich die starke Expansion des Welthandels mit Fertigwaren den Beweis für die Offenheit der Märkte in den Industrieländern für viele Produkte liefert, verharren die Zölle in einigen Sektoren – vor allem in Bereichen, die für die Exporteure aus Entwicklungsländern von Interesse sind – auf einem hohen Niveau. Selbst nach den in der Tokio-Runde vereinbarten Zolllenkungen werden die Zölle auf Textilien und Bekleidung in den Vereinigten Staaten immer noch 17 Prozent, auf Waren der Unterhaltungselektronik in der EG 11 Prozent, auf Lederwaren in Norwegen 15 Prozent und auf Handwerkszeug und andere Metallprodukte in Kanada 10 Prozent betragen.

Auch allgemein niedrige Zölle können für die Rohstoffproduzenten ein beträchtliches Hindernis bei der Ausweitung ihrer Ausfuhr von verarbeiteten Erzeugnissen darstellen. Während die Zölle der Industrieländer auf Rohstoffe zu einer Verteuerung der Einfuhrkosten um lediglich 3 Prozent führen, steigen sie bei zunehmendem Grad der Produktverarbeitung auf über 20 Prozent (siehe Tabelle). Diese höhere Zollbelastung zielt selbstverständlich darauf ab, die Unternehmen in den Industrieländern zur Einfuhr und Verarbeitung von Rohstoffen zu bewegen. Wie aus der dritten Spalte der Tabelle hervorgeht, entfiel im Jahre 1974 der weitaus überwiegende Teil der Warenexporte der Entwicklungsländer auf Güter mit einer nur niedrigen Verarbeitungsstufe.

Die Verarbeitung wird in den Entwicklungsländern, da sie eine Zwischenstufe zwischen der Rohstoff- und der Fertigwarenproduktion darstellt, häufig als Mittel zur Förderung der Industrialisierung angesehen. Die Verarbeitung von Rohstoffen ist jedoch nach den gleichen Kriterien zu beurteilen wie jedes andere industrielle Vorhaben, und es stellen sich auch die gleichen Fragen nach dem Marktpotential sowie den Kosten der einzusetzenden inländischen Ressourcen und der benötigten Devisen. In einigen Fällen erfordert die Verarbeitung sehr kapital- oder energieintensive Technologien (wie bei Aluminium), oder sie setzt einen hohen Produktionsausstoß voraus. Möglicherweise werden auch Zwischenprodukte benötigt, die zu importieren sind und damit bei der Ausfuhr verarbeiteter Waren zu niedrigeren Netto-Deviseneinnahmen führen als beim Rohstoffexport. In anderen Fällen – insbesondere auf den ersten Stufen der Verarbei-

tung landwirtschaftlicher Erzeugnisse – fallen diese Nachteile weit weniger ins Gewicht.

Im allgemeinen sinkt die wertmäßige Belastung durch Transportkosten mit zunehmender Verarbeitungsstufe (der Wert des Produktes je Tonne steigt stärker als die Frachtkosten); allerdings gibt es viele Ausnahmen von dieser Regel. Hinzu kommt eine Fülle weiterer Komplikationen: Raffiniertes Kokosöl verdirbt, wenn man es nicht sorgfältig behandelt, unraffiniertes Kokosöl dagegen verdirbt nicht; der Weltmarkt für Kakao beschränkt sich auf nur wenige Länder – es ist entsprechend schwieriger, auf diesem Markt vorzudringen, als auf anderen Märkten.

Rohstoffexporte, aber nicht annähernd so schnell wie ihre Fertigwarenausfuhr.

Bei einer Senkung der Zölle der Industrieländer könnten diese Ausfuhren noch stärker expandieren. Durch die Abschaffung der Zölle auf acht verschiedene verarbeitete Agrarprodukte, an deren Weltausfuhr die Entwicklungsländer beträchtlich beteiligt sind, – ließe sich die Wertschöpfung der verarbeitenden Industrie in den Entwicklungsländern um schätzungsweise 20 Prozent oder mehr steigern. Dies würde die Exporterlöse der Entwicklungsländer stärker steigen lassen als seinerzeit unter dem Allgemeinen Zoll-Präferenzsystem.

Damit wäre allerdings den neunzig oder

### Zolltarif-Eskalation in Industrieländern und Struktur der Importe aus Entwicklungsländern

Verarbeitungs- stufen <sup>a</sup>	Durchschnittszoll auf Importwert (vor Tokio-Runde)		Struktur der Importe aus Entwicklungsländern <sup>b</sup>	Importe aus Entwicklungsländern in % der Gesamteinfuhr <sup>b</sup>
	Nominal auf Gesamtwert	Effektiv auf Wertschöpfung durch Verarbeitung		
Stufe 1	3	3	54	41
Stufe 2	8	23	29	26
Stufe 3	9	20	9	12
Stufe 4	9	15	8	23
Insgesamt			100	28

<sup>a</sup> Auf der Grundlage der Verarbeitungsstufen von 21 landwirtschaftlichen und mineralischen Erzeugnissen. Bei Baumwolle und Baumwollerzeugnissen etwa ist zwischen folgenden Stufen zu unterscheiden: 1. Rohbaumwolle, 2. Baumwollgarn, 3. Baumwollstoffe und 4. Bekleidung.

<sup>b</sup> Unter Berücksichtigung der Einfuhr im Jahre 1974.  
Quelle: Yeats.

Derartige Schwierigkeiten sind allerdings nicht unüberwindbar. Auf den Philippinen etwa wurde das Raffinieren von Kokosöl beträchtlich ausgeweitet, wenngleich dieser Zuwachs in erster Linie auf die inländische Verwendung in der wachsenden nahrungsmittelverarbeitenden Industrie zurückzuführen war. Der Anteil der Entwicklungsländer an der Weltproduktion von Aluminium stieg von unter einem Prozent im Jahre 1955 auf fast acht Prozent im Jahre 1978. Im allgemeinen ist festzustellen, daß die Ausfuhren der Entwicklungsländer von verarbeiteten Produkten kräftiger gestiegen sind als ihre

mehr armen Ländern, deren Exporterlöse zu mindestens zwei Dritteln auf Rohstoffe (ohne Brennstoffe) entfallen, nur wenig geholfen. In den siebziger Jahren nahm die Verarbeitung in den Entwicklungsländern vor allem in den Ländern mit mittlerem Einkommen zu. Sie wird offenbar von den gleichen Faktoren bestimmt, die auch den Export von Fertigwaren förderten – von Fertigkeiten, unternehmerischem Können und einer leistungsfähigen Infrastruktur. In den ärmsten Ländern fehlen diese Faktoren häufig, und dieser Mangel ist mit niedrigen Zöllen allein nicht wettzumachen.

(in Dollar von 1978) der ölimportierenden Länder mit mittlerem Einkommen sechzehnmal und der der Industrieländer sechzigmal höher.

Die gedämpfte Entwicklung der Rohstoffexportpreise der Länder mit niedrigem Einkommen spiegelt sowohl die Tatsache wider, daß sie vorwiegend Rohstoffe mit einer nur langsam steigenden Nachfrage produzieren, als auch die mangelnde Fähigkeit von Ländern, die weitge-

hend von ein oder zwei Ausfuhrgütern abhängen, ihre Exportstruktur bei Verschiebungen der relativen Preise zu ändern. Reichere Volkswirtschaften mit einem höheren Grad der Diversifizierung können sich besser an Veränderungen der relativen Güterpreise anpassen. Die Industrieländer erreichten den größten Zuwachs ihres Exportvolumens bei Nahrungsmitteln und Getränken sowie sonstigen Agrarprodukten –

und damit bei Gütern, deren Preise relativ am stärksten gestiegen sind. Demgegenüber erzielten die Länder mit niedrigem Einkommen den größten volumenmäßigen Zuwachs bei Metallen und mineralischen Stoffen, die den stärksten Preiserückgang zu verzeichnen hatten.

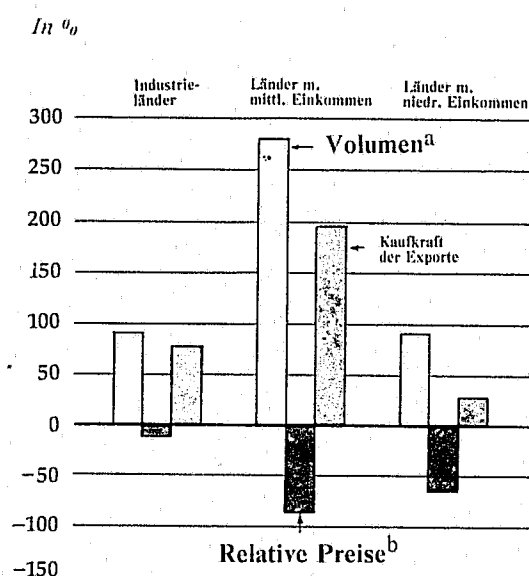
Es gibt allerdings ein weiteres Hindernis, das die Entwicklung der Länder mit niedrigem Einkommen hemmt. Im Gegensatz zu vielen

Ländern mit mittlerem Einkommen verarbeiten sie nach wie vor nur einen sehr geringen Teil ihrer Rohstoffproduktion selbst. Zollbarrieren gegen Fertigwaren stellen sich zwar immer noch gegen einen höheren Verarbeitungsgrad im Exportsektor; aber auch die Exporteure in Ländern mit mittlerem Einkommen sehen sich mit diesen Barrieren konfrontiert (siehe Sonderbeitrag). Ein tieferliegender Grund dafür, daß nur wenigen Ländern mit niedrigem Einkommen der Durchbruch in der Verarbeitung gelungen ist, liegt darin, daß ihnen im allgemeinen die Fertigkeiten und Kapazitäten fehlten, die für eine industrielle Produktion erforderlich sind.

**FERTIGWARENAUSFUHR.** In den siebziger Jahren nahmen die Fertigwarenexporte stärker zu als die Rohstoffausfuhr, und trotz eines deutlich schwächeren Wirtschaftswachstums in den Industrieländern konnten die Entwicklungsländer ihre Fertigwarenausfuhr in den siebziger Jahren kräftiger ausweiten als im vorausgegangenen Jahrzehnt.

Die ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen schnitten auch hier am schlechtesten ab. Das Volumen ihrer Fertigwarenexporte stieg zwar im Verlauf der siebziger Jahre um 90 Prozent; gemessen an der Kaufkraft der Ausfuhren wurden jedoch über zwei Drittel dieser volumenmäßigen Verbesserung wieder durch fallende relative Preise aufgezehrt. Die ölimportierenden Länder mit mittlerem Einkommen erhöhten das Volumen ihrer Fertigwarenausfuhr um fast 300 Prozent und büßten weniger als ein Drittel dieses Gewinns durch fallende relative Preise ein (Abbildung 3.4). Zerlegt man die Export-Kaufkraftgewinne in ihre relativen Preis- und Volumenkomponenten, so ist eine starke positive Relation zwischen der mengenmäßigen Veränderung und der Preisentwicklung festzustellen (Tabelle T2, technischer Anhang). Dies unterstreicht die Bedeutung von Flexibilität und unternehmerischem Können – die Fähigkeit, Marktentwicklungen richtig zu beurteilen und die Ausfuhrstruktur anzupassen, um

**Abbildung 3.4 Fertigwarenausfuhr der Industrie- und ölimportierenden Entwicklungsländer 1970 bis 1980**



Anmerkung: Zunahme der Kaufkraft im Zeitraum 1970–80 in Prozent der Kaufkraft von 1970.

a Beitrag von Volumensänderungen zur Gesamtveränderung.

b Beitrag relativer Preisänderungen zur Gesamtveränderung.

vorteilhafte Verschiebungen der relativen Preise zu nutzen.

Der Erfolg der Entwicklungsländer bei der Ausweitung ihrer Fertigwarenausfuhr konzentrierte sich stärker auf einzelne Länder, als Abbildung 3.4 nahelegt. So stammten im Jahre 1978 mehr als 75 Prozent des Fertigwarenexports der Entwicklungsländer aus lediglich zehn Ländern, in denen 45 Prozent der Bevölkerung der sich entwickelnden Welt leben, und drei Ländern mit weniger als 3 Prozent der Gesamtbevölkerung lieferten über 40 Prozent der Gesamtausfuhr.

**Tabelle 3.3 Beitrag der Entwicklungsländer zum beobachteten Verbrauch an Fertigwaren in Industrieländern 1970 bis 1978**

Land oder Handelsgruppe	Beitrag zum beobachteten Verbrauch		
	1970 (in %)	1978 (in %)	Zunahme in Prozentpunkten
Australien	2,1	4,8	2,7
Kanada	1,2	1,9	0,7
EG, ausgewählte Mitgliedsländer	2,7	4,1	1,4
Belgien	5,6	4,2	-1,4
Bundesrepublik	2,3	4,1	1,8
Frankreich	2,1	2,6	0,5
Großbritannien	3,3	4,8	1,5
Italien	2,1	3,9	1,8
Niederlande	4,9	7,4	2,5
Japan	1,3	1,5	0,2
Schweden	2,8	3,1	0,3
Vereinigte Staaten	1,2	2,9	1,7
Elf Industrieländer	1,7	2,9	1,2

## Marktdurchdringung

In den sechziger Jahren stieg die Fertigwarenproduktion in den Entwicklungsländern um jahresdurchschnittlich 7,5 Prozent und in den Industrieländern um 6,5 Prozent; dabei steigerten beide Gruppen ihren Fertigwarenexport um knapp über 10 Prozent pro Jahr. Demgegenüber zeichneten sich die siebziger Jahre durch frappierende Unterschiede zwischen diesen beiden Ländergruppen aus.

Den Entwicklungsländern gelang es, die Rezession der Jahre 1974 und 1975 rasch zu überwinden, so daß im Zeitraum 1970 bis 1978 ihre Fertigwarenproduktion fast genau so stark und ihre Fertigwarenausfuhr in die Industrieländer ebenso kräftig wuchsen wie in den sechziger Jahren. Die Fertigwarenproduktion der Industrieländer verzeichnete dagegen nur noch knapp halb so hohe Zuwachsraten wie in den sechziger Jahren.

Parallel hierzu konnten die Entwicklungsländer ihren Marktanteil in den Industrieländern ausbauen; er ist aber trotz der beträchtlichen Steigerung – mit lediglich 2,9 Prozent im Jahre 1978, nach 1,7 Prozent im Jahre 1970 – nach wie vor sehr gering (Tabelle 3.3). Das Ausmaß der Marktdurchdringung wird offensichtlich durch historische Faktoren beeinflusst – man vergleiche die hohen Marktanteile in Großbritannien und den Niederlanden. Die unterschiedliche Marktdurchdringung läßt sich im Falle von sechs



Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) auch auf deren unterschiedliche Wirtschaftspolitik zurückführen; trotz gemeinsamer Außenzölle und der zunehmenden Harmonisierung in anderen Bereichen der Handelspolitik reicht der Marktanteil der Entwicklungsländer von 7,4 Prozent in den Niederlanden bis 2,6 Prozent in Frankreich. Der niedrigste Marktanteil entfällt auf Japan – nach 1,3 Prozent im Jahr 1970 stieg er bis 1980 auf lediglich 1,5 Prozent.

Das Ausmaß der Marktdurchdringung weist allerdings zwischen den einzelnen Industrieländern von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig nur geringe Unterschiede auf. In der Regel entfallen überall die höchsten Einfuhren auf arbeitsintensive Produkte wie Textilien, Bekleidung, Schuhwerk, Spielzeug und Sportartikel.

### *»Süd-Süd«-Handel*

Die Entwicklungsländer und die ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß entwickelten sich parallel zu ihrem steigenden Anteil an der Weltausfuhr auch zu bedeutenderen Märkten für die Welteinfuhr – vor allem für Rohstoffe im Falle der ölimportierenden Länder mit mittlerem Einkommen und für Fertigwaren und Rohstoffe bei den ölexportierenden Ländern. Im Zuge dieser Entwicklung konnten die Entwicklungsländer ihre brennstoffunabhängigen Exporte sowohl in andere Entwicklungsländer als auch in Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß überdurchschnittlich steigern. Nach Herkunftsländern betrachtet, ist der Anteil des Handels zwischen den ölimportierenden Ländern an ihrem gesamten Außenhandel gestiegen, während sich der Außenhandel der ölexportierenden Länder zunehmend auf die Industrieländer konzentrierte.

Der rückläufige Marktanteil der ölimportierenden Länder auf den Inlandsmärkten der Ölexportländer spiegelt zwei Faktoren wider. Zum einen bestehen die Fertigwarenim-

porte der ölexportierenden Länder (besonders derjenigen mit einem Zahlungsbilanzüberschuß) vorwiegend aus technisch fortgeschrittenen Investitions- und Verbrauchsgütern, die in den Industrieländern hergestellt werden. Zum zweiten ist die Nachfrage der ölexportierenden Länder nach Rohstoffimporten (ohne Brennstoffe) und vor allem nach Nahrungsmitteln stark gestiegen. In den siebziger Jahren nahm das Angebot der Industrieländer an diesen Exportgütern kräftiger zu als das der Entwicklungsländer. Infolgedessen konnten die Industrieländer auf diesem neuen Rohstoffmarkt stärker Fuß fassen.

Der höhere Außenhandel zwischen den ölimportierenden Ländern wurde ausschließlich von den Ländern mit mittlerem Einkommen getragen. Der gegenseitige Austausch von Fertigwaren nahm zu, und die wachsende Nachfrage dieser Länder nach Rohstoffen wurde durch steigende Lieferungen aus den Industrieländern und anderen Ländern mit mittlerem Einkommen gedeckt. Ähnlich wie bei den neuen Märkten in den Ölexportländern konnten die Länder mit niedrigem Einkommen auch auf diesem neu entstandenen Importmarkt nur marginale Erfolge erzielen.

### **Außenhandelspolitik und Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern**

Der starke Aufschwung in Weltproduktion und Welthandel, der in den fünfziger Jahren einsetzte und im Verlauf der sechziger Jahre weiter an Dynamik gewann, war zu einem Großteil das Ergebnis gezielter und erfolgreicher internationaler Bemühungen um den Abbau von Außenhandelsrestriktionen. Die unterschiedlichen Ergebnisse der Entwicklungsländer im Außenhandel legen allerdings nahe, daß die Erfolge in einigen Fällen ebenso ihren eigenen Bemühungen und ihrer eigenen ausgewogenen Außenhandelspolitik zu verdanken sind wie der Freizügigkeit des Welthandelssystems.

### *Außenwirtschaftlich orientierte Länder mit mittlerem Einkommen*

Im Mittelpunkt des *Weltentwicklungsberichts 1979* stand die Frage, wie sich die verhältnismäßig erfolgreichen Länder an das internationale Umfeld angepaßt haben. Als Gruppe betrachtet, konnten diejenigen Länder Erfolge erzielen, die der Versuchung, eine binnenwirtschaftlich orientierte Handelspolitik zu verfolgen und den Übergang zu einer stärkeren Exportorientierung hinauszuzögern, widerstanden oder diese sogar überwand. Zwar nutzten einige der erfolgreichen Länder (vor allem die größeren wie etwa Brasilien) in den frühen Stadien der Industrialisierung die Möglichkeiten der Importsubstitution; sie vermieden jedoch die Nachteile für die Exportwirtschaft, die durch eine Ausdehnung der Importsubstitution auch auf Halbfabrikate entstanden wären, und begannen frühzeitig, sich von einer derartigen Ausrichtung der Handelspolitik zu lösen.

Diese Neuorientierung weg von der Importsubstitution und hin zu einer – wie sie häufig genannt wird – außenwirtschaftlich orientierten Politik bestand weniger im Abbau staatlicher oder handelspolitisch bedingter Anreize zur Förderung des industriellen Wachstums oder der Rohstoffproduktion, sondern eher in der Beseitigung von unausgewogenen Anreizen. Früher wurde oft eine Wirtschaftsstruktur angestrebt, die der bereits in den Industrieländern bestehenden Struktur mehr oder weniger nachempfunden war und die mit der tatsächlichen Ressourcenausstattung der Entwicklungsländer nicht in Einklang stand. Eine Reform der Wirtschaftspolitik bedeutete in diesen Fällen nicht nur, daß Hemmnisse für den Export oder den Einsatz preisgünstiger Importprodukte identifiziert und beseitigt werden mußten; sie erforderte ebenso die Abkehr von einer Politik, die kapitalintensive Wirtschaftszweige stärker begünstigte als arbeitsintensive Sektoren und Produktionsmethoden, sowie die Gleichstellung von Klein- und Mittelbetrieben mit

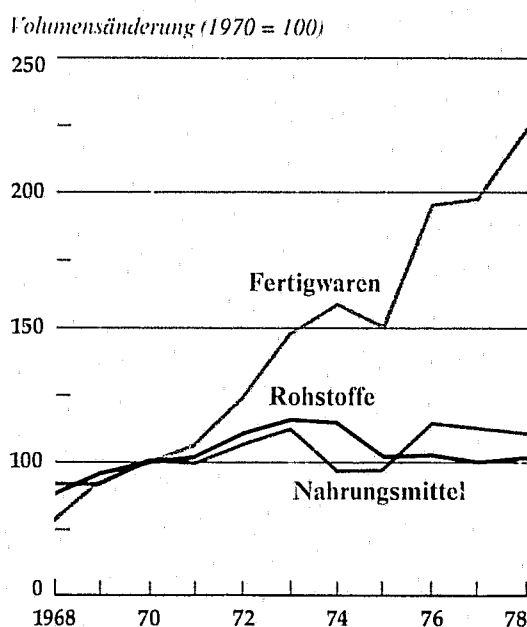
Großunternehmen, um ihnen den Zugang zu Krediten, technischer Unterstützung und Hilfe beim Absatz ihrer Produkte zu erleichtern.

Mit anderen Worten war die Wirtschaftspolitik in den erfolgreichen Ländern darauf gerichtet, die Industrialisierung und den Außenhandel allgemein zu fördern, ohne dabei bestimmte Wirtschaftszweige oder Produktionsmethoden zu bevorzugen. Die Entscheidung darüber, welche Aktivitäten und Produktionsverfahren effizient und gewinnbringend aufgenommen werden können, überläßt man den Unternehmen selbst, wobei deren Erfolg oder Mißerfolg von den eigenen richtigen oder falschen Entscheidungen abhängt.

Von den erfolgreichen Ländern fanden vor allem die halbindustrialisierten Länder wie Singapur, Südkorea und Spanien Beachtung. Obwohl eine Reihe dieser Länder noch in den fünfziger Jahren zu den nicht-industrialisierten Ländern mit niedrigem Einkommen zählten, zeichnen sie sich heute durch einen verhältnismäßig hohen Anteil der Fertigwaren an der Gesamtproduktion und am Export aus. Sie gehören inzwischen auch im allgemeinen zu den reicheren Ländern mit mittlerem Einkommen. Beim Wirtschaftswachstum und bei der strukturellen Anpassung haben viele von ihnen eindrucksvolle Fortschritte erzielt (Abbildung 3.5).

In den halbindustrialisierten Ländern Ostasiens waren vor allem zwei Faktoren für eine erfolgreiche Entwicklung kennzeichnend: eine Politik, die sich vorteilhaft auf Produktivität und Wachstum in der Landwirtschaft auswirkte, und die Bereitschaft, binnenwirtschaftlich orientierte Maßnahmen der Importsubstitution frühzeitig durch eine Handelspolitik zu ersetzen, die das Wachstum der Exporte vor allem von Fertigwaren begünstigte. Die Neuorientierung in eine ähnliche Richtung hat in einigen lateinamerikanischen Ländern mit mittlerem Einkommen zu deutlich größeren Erfolgen im Außenhandel geführt. Mittlerweile haben diese Länder einen Entwicklungsstand erreicht,

**Abbildung 3.5** Ausfuhr der Entwicklungsländer in Industrieländer 1968 bis 1978



Anmerkung: Länder- und Warengruppen nach VN-Einteilung. Zu den Entwicklungsländern zählen die Ölexporture mit Zahlungsbilanzüberschuß, zu den Industrieländern Südafrika und die meisten Länder Südeuropas. Fertigwaren einschließlich NE-Metalle; Rohstoffe ohne Nahrungsmittel und Brennstoffe.

von dem aus sie die Herstellung anspruchsvollerer Wirtschaftsgüter mit hohen Anforderungen an Fertigkeiten und technologisches Wissen aufnehmen können, ohne dabei ihre Bemühungen um die Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung zu beeinträchtigen.

Bei einer weiteren Gruppe von erfolgreichen Ländern wie der Elfenbeinküste und Malaysia führte die außenwirtschaftliche Orientierung zunächst zu einer horizontalen und vertikalen Erweiterung der Palette ihrer Agrarexporte. Von dieser Basis aus wenden sich diese Länder nunmehr der Verarbeitung und dem industriellen Sektor zu.

Wie im sechsten Kapitel dieses Berichts näher erörtert wird, verzeichneten diejenigen Länder, die an einer bereits etablierten außenwirtschaftlich orientierten Politik festhielten oder hierzu übergegangen sind, den größten Erfolg bei der Anpassung an außenwirtschaftliche Erschütterungen, ohne dabei allzu stark auf Auslandskredite zurückgreifen oder schwerwiegende Einbußen beim Wirtschaftswachstum hinnehmen zu müssen. Die durch die außenwirtschaftliche Ausrichtung

der Wirtschaftspolitik gewonnene Flexibilität erwies sich als stärker als die mit ihr verbundene Gefahr der Anfälligkeit gegenüber außenwirtschaftlichen Störungen.

### *Die ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen*

Zu den ölimportierenden Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen zählen Länder mit sehr unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen. In Indien (das, gemessen an seiner Bevölkerung oder seiner Gesamtproduktion, drei Viertel des ölimportierenden Gebiets Asiens mit niedrigem Einkommen repräsentiert) sowie in einigen anderen Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen war der Beitrag des verarbeitenden Gewerbes zum Brutto-sozialprodukt dieser Länder in den frühen siebziger Jahren genauso hoch wie in Südkorea und Singapur. Fertigwaren stellen in den Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen einen ebenso großen Anteil der Gesamtausfuhr wie bei den ölimportierenden Ländern mit mittlerem Einkommen. Die Länder Afrikas mit niedrigem Einkommen verfügen demgegenüber nur über eine recht unbedeutende Fertigwarenindustrie, und ihre Exporterlöse werden fast ausschließlich mit Rohstoffen erwirtschaftet (Tabelle 3.4).

Der entscheidende Unterschied zwischen den Ländern Asiens mit niedrigem und mittlerem Einkommen liegt nicht in der *Struktur*, sondern im *Umfang* ihres Außenhandels. Gemessen am BIP sind die Exporte der Länder mit mittlerem Einkommen dreimal höher. Nach seiner Wirtschaftsstruktur gehört Indien zu den halbindustrialisierten Ländern; seine binnenwirtschaftliche Orientierung hat Indien jedoch bisher von den Märkten isoliert, denen andere Länder Asiens ihre wirtschaftliche Weiterentwicklung verdanken.

Als die Länder Asiens mit niedrigem Einkommen in den Jahren 1973 und 1974 mit höheren Einfuhrpreisen für Brennstoffe konfrontiert wur-

**Tabelle 3.4 Struktur des Warenhandels, ölimportierende Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, 1970 bis 1980**  
(in %)

Jahr, Ländergruppe und Region	Export-BIP-Quote	Struktur der Warenausfuhr		Struktur der Wareneinfuhr		
		Fertigwaren	Rohstoffe ohne Brennstoffe	Fertigwaren	Nahrungsmittel	Brennstoffe
<b>1970</b>						
Ölimporteure mit niedrigem Einkommen						
Afrika	23	11	86	77	11	9
Asien	7	54	43	64	21	5
Ölimporteure mit mittlerem Einkommen	22	33	58	69	12	10
<b>1980</b>						
Ölimporteure mit niedrigem Einkommen						
Afrika	16	9	80	51	16	31
Asien	9	47	50	38	14	39
Ölimporteure mit mittlerem Einkommen	24	46	36	53	11	28

den, fehlte ihnen die erforderliche Flexibilität, um sich über eine Verringerung anderer Einfuhren anzupassen. Nach einem Jahrzehnt der Importsubstitution ist die Einfuhr dieser Länder auf das absolut notwendige Minimum zurückgegangen. Die Länder mit niedrigem Einkommen (insbesondere Indien) waren gezwungen, wo immer möglich, ihre Ausfuhr auszuweiten (siehe Sonderbeitrag über Indien, Seite 88). In den darauffolgenden Jahren verzeichnete ihre BIP-Exportquote einen leichten Anstieg, während ihr Ausfuhrvolumen prozentual stark zunahm. Infolge des niedrigen Ausgangsniveaus ihrer Exporte und des Rückgangs ihrer relativen Ausführpreise fielen diese Erfolge, in Dollar gerechnet, letztlich weit bescheidener aus als bei den Ländern mit mittlerem Einkommen.

### *Aussichten im Außenhandel*

Die Erfahrungen der sechziger und siebziger Jahre lassen erkennen, daß das internationale Umfeld die schwächeren Länder nicht bevorzugt behandelt oder gar »auf die Beine stellt«, um sie auf den Weg zur wirtschaftlichen Entwicklung zu schicken. Andererseits war das internationale Umfeld auch nicht gegen

diese Länder gerichtet. Das Exportvolumen der Entwicklungsländer verzeichnete vor allem bei Fertigwaren einen dramatischen Anstieg, der bisher keinen starken Widerstand hervorgerufen hat. Wegen der unveränderten Bedeutung des internationalen Handels (vor allem mit den Industrieländern) für die wirtschaftliche Entwicklung muß das Welthandelssystem (wie unten erörtert wird) unbedingt offen bleiben.

Solange die Freizügigkeit des Welthandels erhalten bleibt, dürften die bereits erfolgreichen Länder mit mittlerem Einkommen auch weiterhin Fortschritte erzielen. Der Anstieg ihrer Fertigwarenxporte und vor allem deren anhaltende Expansion in den siebziger Jahren sind eher auf ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit und ihr unternehmerisches Können als auf den Sog der wachsenden Märkte in den Industrieländern zurückzuführen. Ihre Fähigkeit zur Diversifizierung haben diese Länder bereits unter Beweis gestellt; wie in diesem Kapitel dargelegt, hat dies mehr als ausgereicht, um zu verhindern, daß ihre Exportgewinne aus dem höheren Ausfuhrvolumen durch die Verschlechterung der Terms of Trade wieder zunichte gemacht wurden. Schließlich wachsen ihre Volkswirtschaften allmählich in Größenordnungen hinein, die

die Aufnahme der Massenproduktion mit ihren Kostenvorteilen und das Wachstum der Gesamtwirtschaft begünstigen; dies gilt um so mehr, als die Handelspolitik dieser Länder ihre Spezialisierung und ihren gegenseitigen Außenhandel nicht behindert.

Die absehbaren Aussichten für den Außenhandel der Länder Asiens mit niedrigem Einkommen hängen hingegen stärker vom Wachstum der globalen Nachfrage ab. Die Ausführpreise und -erlöse dieser Länder werden so lange eng an die Entwicklung der Weltnachfrage gebunden bleiben, bis es ihnen gelingt, Güter mit einem höheren Verarbeitungsgrad und anspruchsvollere Fertigwaren auf dem Weltmarkt anzubieten.

Auf längere Sicht werden ihre Aussichten im Außenhandel in erster Linie durch ihre eigene Handelspolitik bestimmt. Sie verfügen über die menschlichen und natürlichen Ressourcen, die anderen, außenwirtschaftlich orientierten Ländern als Basis für das anhaltende Wachstum ihrer Ausfuhren dienen. Wie bereits erwähnt, verzeichneten diese Länder in den siebziger Jahren, als sie diesen wirtschaftspolitischen Kurs einschlugen, einen raschen Anstieg ihres Exportvolumens.

Die Länder Afrikas mit niedrigem Einkommen befinden sich demgegenüber in einer grundverschiedenen Lage. Viele Länder wie der Tschad und Obervolta verfügen über eine außerordentlich begrenzte Ausstattung an natürlichen und menschlichen Ressourcen (siehe Sonderbeitrag über Obervolta, Seite 92). Diese Ausstattung ist in einigen Ländern – etwa infolge von Raubbau, Erosion von Ackerland und Auswanderung jüngerer und besser ausgebildeter Arbeitskräfte – sogar tatsächlich im Schrumpfen begriffen.

Einige Länder haben versucht, öffentliche Leistungen in einem Ausmaß zu erbringen, das ihre Ressourcen überforderte. Die dabei ergriffenen Maßnahmen führten letztlich zu Transferleistungen von den Armen auf dem Lande an die weniger Armen in den Städten und wirkten leistungshemmend auf die

Agrarproduktion (siehe Sonderbeitrag im sechsten Kapitel). Die rückläufige Produktion verursachte – zusammen mit einer niedrigeren landwirtschaftlichen Erzeugung für den Verkauf zugunsten einer höheren Produktion für den Eigenbedarf – in den Ländern Afrikas mit niedrigem Einkommen eine merkliche Verringerung ihrer BSP-Ausfuhr-Quote und ihres Marktanteils am Weltexport. Wenngleich der Rohstoffboom Mitte der siebziger Jahre für viele Produkte höhere Preise brachte, hat die Rezession in den Industrieländern in den späten siebziger Jahren die Preise für Metalle und mineralische Stoffe gedrückt, auf die der Hauptteil der Ausfuhren der Länder Afrikas mit niedrigem Einkommen entfällt (siehe nebenstehenden Sonderbeitrag sowie den über Sambia auf Seite 86).

Die Exportkaufkraft wurde durch das geringe Wachstum des Ausfuhrvolumens und durch fallende relative Güterpreise in etwa gleichem Maße verringert. Bei unveränderten relativen Ausfuhrpreisen im Verlauf der siebziger Jahre hätte die mengenmäßige Ausfuhr der Länder Afrikas mit niedrigem Einkommen im Jahre 1980 Mehrerlöse von etwa 2 Mrd Dollar gebracht. Entsprechend hätten diese Länder bei gegenüber dem Jahr 1970 unveränderten Anteilen am Weltexportvolumen im Jahre 1980 (zu Preisen von 1978) weitere 2 Mrd Dollar, oder 45 Prozent mehr, an Exportkaufkraft erzielt.

Malawi und die Elfenbeinküste sind Beispiele für die Länder Afrikas, die zu einer außenwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik übergegangen sind und damit Erfolge erzielt haben; allerdings ist es offensichtlich, daß die Handelspolitik allein in vielen Ländern Afrikas nicht ausreicht, um die Entwicklung voranzutreiben. Hier muß im laufenden Jahrzehnt das Hauptaugenmerk auf die Überwindung ihrer unzureichenden Ressourcenausstattung und besonders ihres Mangels an »menschlichem Kapital« gerichtet werden. Im Bereich der Binnenwirtschaftspolitik müssen sie sorgfältig darauf achten, daß sich ihre Maßnahmen nicht hemmend auf die

Investitionstätigkeit und den unternehmerischen Leistungswillen auswirken. Vernünftige handelspolitische Maßnahmen mögen zwar allein ungeeignet sein, um die Entwicklung voranzutreiben; eine schlecht ausgerichtete Handelspolitik kann aber die günstigen Wirkungen anderer Faktoren wieder zunichte machen.

Wie bereits im *Weltentwicklungsbericht* des letzten Jahres dargelegt wurde, sind Investitionen in menschliche Ressourcen sehr produktiv; viele Länder Afrikas mit niedrigem Einkommen liegen jedoch zu nahe am Existenzminimum, um aus ihrer eigenen Ersparnis derartige Investitionen zu finanzieren. Hinzu kommt, daß sie praktisch keinen Zugang zu den privaten Kapitalmärkten haben. Schließlich sind die hohen Energiepreise ein Faktor, mit dem die heutigen Länder mit mittlerem Einkommen in den frühen Stadien ihrer Entwicklung nicht konfrontiert waren. Ohne internationale Hilfe werden die ärmsten Länder nicht in der Lage sein, diese Hindernisse zu überwinden.

### Wirtschaftspolitische Maßnahmen der Industrieländer

Die Entwicklung zu einem freieren Welthandel, die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte, wurde in den siebziger Jahren in einem bedeutenden Bereich fortgesetzt. So traten die Zollsenkungen der Kennedy-Runde, die bereits in den sechziger Jahren ausgehandelt worden waren – und durch die die Außenzölle auf zwei Drittel der zollpflichtigen Einfuhren der Industrieländer um ein Drittel gesenkt wurden – erst im Jahre 1972 voll in Kraft. Sobald die in den siebziger Jahren ausgehandelten Zollsenkungen der Tokio-Runde, die im Zeitraum 1980 bis 1987 durchzuführen sind, in Kraft treten, werden die Wertzölle der Industrieländer im Durchschnitt lediglich 5 bis 6 Prozent betragen. Die Zollbelastung arbeitsintensiver Produkte, die für die Entwicklungsländer von ausschlaggebender Bedeutung sind, wird jedoch viel höher bleiben.

## Investitionsbedarf bei mineralischen Stoffen

Die in letzter Zeit zu verzeichnenden niedrigen Preise für Metalle und andere mineralische Stoffe (ohne Brennstoffe) spiegeln die Tatsache wider, daß das globale Wirtschaftswachstum in den siebziger Jahren niedriger ausfiel als man bei der Installation der heutigen Förderkapazitäten annahm. Viele Projektionen deuten jedoch darauf hin, daß bis Mitte der achtziger Jahre die Nachfrage nach mineralischen Stoffen 25 bis 40 Prozent höher liegen könnte als Mitte der siebziger Jahre; bis zum Ende des Jahrhunderts könnte die Nachfrage nach Mineralien ihr derzeitiges Niveau je nach Produktart um 90 bis 190 Prozent übersteigen.

Der Ausbau der Förderkapazitäten zur Deckung der zusätzlichen Nachfrage wird beträchtliche Investitionen erfordern. Die untenstehende Tabelle enthält Schätzwerte für den Investitionsbedarf bei besonders wichtigen mineralischen Stoffen. Unter Berücksichtigung von Infrastrukturmaßnahmen und Kapazitätserweiterung bei anderen Mineralien dürfte der globale Gesamtinvestitionsbedarf bis zum Ende des Jahrhunderts bei jährlich 12,5 Mrd Dollar (in Dollar von 1977) und in den Entwicklungsländern bei jahresdurchschnittlich 5,5 Mrd Dollar liegen. Dabei werden schätzungsweise drei Viertel des Investitionsbedarfs in den Entwicklungsländern vom Ausland finanziert werden müssen.

### Globaler Kapitalbedarf 1977 bis 2000 für die erforderliche Kapazitätserweiterung für ausgewählte Mineralien

(in Mrd \$ von 1977)

Produkt	Welt	Entwicklungsländer
Bauxit	6,9	5,2
Aluminiumoxyderde	24,4	6,1
Aluminium	76,6	17,6
Zwischensumme	107,9	28,9
Kupfer	58,0	29,0
Nickel	12,5	5,0
Eisenerz	98,2	31,4
Zinn	1,7	1,4
Insgesamt	278,3	95,7

Quelle: Mikesell.

Mit der Einführung einer Fülle gezielter Restriktionen, die auf den unterschiedlichsten Wegen eingeführt wurden, kam es allerdings in den siebziger Jahren zu einer neuen, bedenklichen Entwicklung in den internationalen Handelsbeziehungen. Administrative Mechanismen wie das Multifaser-Abkommen (sie-

he Sonderbeitrag), Vereinbarungen über freiwillige Selbstbeschränkungen, Vorkahrungen für Referenz- oder Schwellenpreise, Schutzklauseln, Ausgleichs- und Antidumping-Zölle erfaßten im Verlauf der siebziger Jahre einen immer größeren Teil des Welthandels. In der zweiten Hälfte der Dekade führten die Industrieländer (manchmal nur vorübergehend) Restriktionen für die Einfuhr von Bestecken, Fahrrädern, Fernsehgeräten und anderen Elektrowaren ein; sie überprüften und kürzten außerdem die bestehenden Quoten für Textilimporte.

Mit Ausnahme der Restriktionen für Bekleidung und Textilien waren diese Einschränkungen im allgemeinen gegen andere Industrieländer gerichtet. Es kam zu ernststen Auseinandersetzungen zwischen den Vereinigten Staaten, der EG und Japan über den Handel mit Stahl und Personenwagen. Sogar bei Textilien waren die Vereinigten Staaten und die EG unterschiedlicher Meinung über den Einfluß der inländischen Energiepolitik der USA und darüber, ob hierin eine unbillige Subvention der Ausfuhr von aus Rohöl gewonnenen synthetischen Fasern zu sehen sei.

Neben Änderungen ihrer Handelspolitik haben die Regierungen auch andere Maßnahmen ergriffen, die protektionistisch wirken. So übernahmen einzelne Behörden eine aktivere Rolle in der Regional- und Industriepolitik; die Subvention von Wirtschaftszweigen hatte die gleichen Auswirkungen wie Zölle und war häufig noch schwerwiegender. Im Jahre 1976 beliefen sich diese Subventionen insgesamt auf etwa 6 Prozent des BIP in Norwegen, auf 4 Prozent in Belgien und jeweils 3 Prozent in Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien. Demgegenüber stiegen die Einkommen der Unternehmen als Ergebnis von Außenzöllen in jedem dieser Länder um weniger als 3 Prozent ihres BIP.

Diese Subventionen hatten zum Großteil eine eindeutig protektionistische Zielsetzung. In einigen Fällen stellten allerdings diese Maßnahmen nicht einfach auf den Schutz be-

## Das Multifaser-Abkommen

In den fünfziger Jahren richteten sich die Schutzmaßnahmen zugunsten der Textilindustrie in den westlichen Industrieländern vorwiegend gegen Japan, und sie nahmen die Form freiwilliger Exportbeschränkungen an. Die ersten Schritte zur Abschaffung dieser informellen Regelungen unternahm man in den Jahren 1961 und 1962 mit der Einführung der kurzfristigen und langfristigen Vereinbarungen bezüglich des Handels mit Textilien aus Baumwolle (Short-Term and Long-Term Arrangements Regarding Trade in Cotton Textiles – STA und LTA).

Mit diesen Vereinbarungen wurde ein Präzedenzfall für Sonderbestimmungen außerhalb der üblichen GATT-Regeln geschaffen. Im Jahre 1974 wurden die LTA-Vereinbarungen durch das Multifaser-Abkommen (Multi-Fibre Arrangement – MFA) ersetzt, das eine größere Palette von Textilprodukten erfaßt als die LTA-Bestimmungen.

Das MFA-Abkommen verfolgt drei Ziele:

- die Ausweitung des Textilhandels bei gleichzeitiger Verringerung der Handelsrestriktionen in diesem Bereich,
- eine geordnete und zwischen den Ländern ausgewogene Entwicklung des Textilhandels und die Vermeidung von Störungen sowohl in den Einfuhr- als auch in den Ausfuhrländern sowie
- die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, einschließlich einer erheblichen Steigerung ihrer Exporterlöse aus Textilien und eines größeren Anteils dieser Länder am Welttextilhandel.

Die Geschäftsbestimmungen des Abkommens betreffen jedoch nur das zweite Ziel – vor allem die Kontrolle störender Einfuhren. Artikel drei des MFA-Abkommens läßt einseitige Maßnahmen zu, um den Import von Textilien zu beschränken; Artikel vier

sanktioniert bilaterale Vereinbarungen, die den Handel zu »gegenseitig annehmbaren Bedingungen« begrenzen. Aber auch die allgemeinen Begleitumstände, unter denen das MFA-Abkommen ausgehandelt, sowie die Art und Weise, wie es bislang angewandt wurde, legen nahe, daß mit ihm eher das Ziel einer Einschränkung des Handels als dessen Ausweitung verfolgt wird.

Seit der Vereinbarung des MFA-Abkommens haben die EG, die Mitglieder der Europäischen Freihandelszone sowie die Vereinigten Staaten und Kanada ausgeklügelte Vorkahrungen zum Schutz ihrer Textilindustrien getroffen. Diese Vorkahrungen beruhen auf bilateralen Abmachungen, die gemäß Artikel vier ausgehandelt wurden und, falls erforderlich, auf nationaler Ebene durch die gemäß Artikel drei zulässigen einseitigen Maßnahmen durchgesetzt werden.

Zur Überwachung des MFA-Abkommens wurden zwei Gremien geschaffen, der GATT-Ausschuß für Textilfragen (GATT Textiles Committee) und ein Gremium zur Überwachung des Textilhandels (Textiles Surveillance Body – TSB). Bei ersterem handelt es sich um einen adhoc-Ausschuß, dessen Hauptaufgabe darin besteht, alljährlich einen Bericht über das Funktionieren des MFA-Abkommens zu erstellen. Das TSB-Gremium ist dagegen eine permanentere Einrichtung; seine offizielle Aufgabe besteht darin, dafür Sorge zu tragen, daß das Abkommen »effizient funktioniert«. Können sich streitende Parteien über Maßnahmen gemäß Artikel zwei oder drei einigen, so hat das Gremium »den betroffenen Parteien Empfehlungen« zu unterbreiten. Wie aus dem Jahresbericht des Gremiums hervorgeht, lautet die Standardempfehlung, daß die jeweiligen Parteien weiter miteinander verhandeln sollten.

stimmter Industriezweige, sondern auf die Umstrukturierung der Wirtschaft ab. Dabei wird üblicherweise argumentiert, daß sich dieses Ziel besser durch Subventionen als durch indirekte Maßnahmen wie Zölle erreichen lasse. Mit Subventionen könne man ein Problem unmittelbar an der Wurzel anpacken. Soweit sie der Haushaltsbewilligung unterlägen, könne man sie genau kontrollieren.

In der politischen Praxis hat sich jedoch gezeigt, daß die Zustimmung zu einer Subvention nur mit Zielkompromissen und mit einer gewissen »Bemäntelung« der involvierten Beträge erkaufte werden kann. Im Endergebnis ist die eigentliche Ziel-

richtung vieler Subventionen nie eindeutig klar gewesen, und in einigen Fällen hat man ihre Aufgabe ganz bewußt vieldeutig formuliert. Sie werden oft als Steuerbefreiung oder gezielte Entlastung gewährt und unterliegen damit keiner haushaltsmäßigen oder sonstigen Kontrolle. Anpassungshilfen mit der ursprünglichen Absicht, Arbeitnehmer umzuschulen und Unternehmen bei der Aufnahme neuer oder konkurrenzfähigerer Tätigkeiten zu helfen, sind oft in dieser allgemeinen Unbestimmtheit verschwunden und wandelten sich zu einem stark protektionistischen Widerstand gegen die Anpassung (vgl. zum Beispiel den Sonderbeitrag zum Referenzpreismechanismus).



## Der Referenzpreismechanismus für Stahlimporte

In den sechziger und siebziger Jahren arbeitete die US-Stahlindustrie mit gedrückten Gewinnspannen, und bis zum Jahr 1977 war der Anteil von Importwaren am US-Stahlmarkt auf 18 Prozent gestiegen (von 2 Prozent gegen Ende der fünfziger Jahre). Angesichts dieser Entwicklung wurde der Ruf nach Schutzmaßnahmen immer lauter.

Gegen Ende 1977 gab das Weiße Haus nach Beratungen mit der Stahlindustrie und mit Delegationen von Kongreßmitgliedern aus stahlproduzierenden Gebieten des Landes ein Programm bekannt, das die US-Stahlindustrie modernisieren helfen sollte. Zu diesem Programm gehörten Darlehensbürgschaften und eine begrenzte Lockerung von Umweltschutzbestimmungen; Kern des Programms sollte jedoch ein sogenannter »Referenzpreismechanismus« (Trigger Price Mechanism – TPM) sein, um den »unlauteren« Preiswettbewerb durch Stahlimporte auszuschalten.

Dem Konzept nach sollte dieser Mechanismus ganz einfach sein. Die Produktionskosten des kostengünstigsten Herstellers in der Welt, nämlich Japans, waren festzustellen und öffentlich bekanntzugeben. Diese Angaben sollten dann als »Referenzpreise« dienen. Sollte der Preis für Stahlimporte unterhalb dieses Referenzpreises liegen, so würde die US-Regierung sofort die Durchführung einer beschleunigten (oder »zügigen«) Antidumping-Untersuchung gegen den ausländischen Lieferanten in Betracht ziehen.

In der Praxis stellte der Referenzpreismechanismus eine fein austarierte Kombination aus gesetzgeberischer Drohung und oligo-

polistischer Preisfestsetzung dar. Das Element der Drohung mit dem Gesetzgeber wurde am stärksten betont. Jedes ausländische Unternehmen, dessen Preise unterhalb der Referenzpreise liegen, könnte einer sofortigen Antidumping-Untersuchung unterzogen werden; sollte sich der Verdacht des Dumpings als zutreffend erweisen, hätte es möglicherweise Anti-Dumpingzölle zu entrichten. In Wirklichkeit war eine Zunahme der Anti-Dumpingverfahren von vornherein wenig wahrscheinlich. Die Einführung des Referenzpreismechanismus führte weder zu Änderungen der Antidumping-Gesetzgebung, noch sah der Mechanismus zusätzliche Mittel für deren Durchsetzung vor. Im Gesetz selbst wird der Begriff des Dumping sehr präzise definiert, und er läßt sehr wenig Spielraum für diskretionäre politische Entscheidungen.

Der Referenzpreismechanismus entsprach jedoch durchaus der Neigung von Industriezweigen mit hohen Fixkosten und verhältnismäßig wenig Konkurrenten, den Preiswettbewerb zu meiden und einem einmal etablierten Preisführer freiwillig zu folgen. In der Kartellgesetzgebung der Vereinigten Staaten gilt die Preisführerschaft als zulässige Form der Preisbildung – und sie wurde als solche im Rechtsstreit um die »United States Steel Corporation« im Jahre 1920 durch den Obersten Gerichtshof rechtsverbindlich eingeführt. Dieses Modell der »Preisführung« für die Preisfindung in der Industrie läßt vermuten, daß von der US-Regierung festgestellte Preise freiwillig eingehalten werden und der (aus der Sicht des Herstellers) ruinöse Preiswettbewerb auf ein Minimum be-

schränkt wird, solange alle Hersteller diese Preise für »fair« halten. Dementsprechend hat der Referenzpreismechanismus tatsächlich auch nur drei Anti-Dumpinguntersuchungen ausgelöst.

Als soziale Rechtfertigung des TPM wurde vorgebracht, daß er dazu beitragen würde, die 7 Mrd Dollar (in Dollar von 1978) aufzubringen, die man alljährlich zur Modernisierung der einheimischen Stahlindustrie benötigt; es gibt jedoch keine Anhaltspunkte dafür, daß sich der Mechanismus als wirkungsvolles Instrument der Industriepolitik bewährt hätte. Hochgerechnet entsprechen die vierteljährlichen Anpassungen des Referenzpreises einer Erhöhung der Stahleinfuhrpreise um jährlich 14 Prozent. Die Zunahme der Preise für einheimischen Stahl, die auf diesen Preismechanismus zurückzuführen ist, dürfte jedoch geringer gewesen sein, und sie wurde durch die gestiegenen Kosten der einheimischen Stahlunternehmen vollständig ausgeglichen. Zwar hat der Referenzpreismechanismus dazu geführt, daß die inländischen Unternehmen Kostensteigerungen leichter überwälzen konnten, er half ihnen jedoch nicht, ihre Kosten unter Kontrolle zu bringen; ebensowenig ist er in der Lage, die erforderlichen Investitionsmittel für die Modernisierung der Betriebe zu erzeugen. Dies bedeutet, daß der derzeitige Einfluß des Staates auf die Preisfindung in der Stahlindustrie auch weiterhin benötigt wird und daß dieser Einfluß unter Berücksichtigung der bisherigen Funktionsweise des Referenzpreismechanismus darauf hinausläuft, daß die Preissteigerungsrate in dieser Industrie zusätzlichen Auftrieb erhält.

## Freizügigkeit des Handelssystems

Inwieweit die Freizügigkeit oder »Offenheit« des Handelssystems im Verlauf der siebziger Jahre einem Wandel unterlag, läßt sich schwer abschätzen. Einerseits besteht kein Zweifel, daß die Zahl der Handelsauseinandersetzungen, die öffentliches Interesse fanden, zugenommen hat und ein größerer Teil des Außenhandels unter staatliche Kontrolle oder Lenkung geraten ist. So führte die EG ein formales Verfahren ein, um die Einfuhr bestimmter Waren aus bestimmten Ursprungsländern einer »Überwachung« zu unterwerfen. Zwar stellt eine derartige Überwachung an sich keine restriktive Maßnahme dar, doch wirkt sie als eine deutliche Warnung, daß Beschränkungen eingeführt werden könnten, sollte die Einfuhr der betroffenen Waren weiter zunehmen.

Andererseits wurden in den siebziger Jahren die letzten Zollsenkungen aus der Kennedy-Runde durchgeführt, die Verhandlungen über weitere Zollsenkungen im Rahmen der Tokio-Runde aufgenommen und die Verhaltenskodizes des GATT für nicht-tarifäre Handelshemmnisse eingeführt. Darüber hinaus ergriffen die Industrieländer weitere Maßnahmen, deren ausdrücklicher Zweck oder sofortige Wirkung in einer Steigerung der Exporte der Entwicklungsländer bestand. Die wichtigste Maßnahme dieser Art war das Allgemeine Zoll-Präferenzsystem (Generalized System of Tariff Preferences – GSP); mit ihm wurden die Zollschränken für eine ganze Reihe von Ausfuhrgütern der Entwicklungsländer gesenkt (Tabelle 3.5).

Auch unter Zollbestimmungen, die die Wertschöpfung und die Montage von Produkten im Ausland betreffen, kam es zu einem beträcht-

lichen Anstieg der Einfuhren der Industrieländer aus Entwicklungsländern. Im Rahmen dieser Bestimmungen werden solche Erzeugnisse begünstigt, die Teile oder Komponenten enthalten, die in dem Land hergestellt wurden, das die Endprodukte einführt. In den Vereinigten Staaten werden nach wie vor genauso viele Waren aus den Entwicklungsländern im Rahmen dieser Zollbestimmungen eingeführt wie unter dem Allgemeinen Zoll-Präferenzsystem, wobei die erstgenannten Importe nicht weniger begünstigt sind als letztere. Diese Bestimmungen spielen auch in den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland eine bedeutende Rolle, und auch Japan hat in den siebziger Jahren entsprechende Regelungen eingeführt.

Die Exporte der Entwicklungsländer in die Industrieländer nahmen bei jenen arbeitsintensiven Pro-



**Tabelle 3.5 Einfuhren unter dem Allgemeinen Zoll-Präferenzsystem im Jahre 1976**

(in Mio \$)

Land oder Handelsgruppe	Wareneinfuhr aus Entwicklungsländern (ohne Brennstoffe)		
	Gesamt- wert	Unter Präferenzsystem	
		Wert	In % der Gesamteinfuhr
Australien	1 268	179	14
EG	15 155	4 446	29
Finnland	415	21	5
Japan	12 314	1 789	14
Kanada	2 031	303	15
Norwegen	556	22	4
Österreich	647	126	19
Schweden	1 247	145	12
Schweiz	1 042	257	25
Vereinigte Staaten	24 499	3 154	13
Insgesamt	59 174	10 442	18

dukten am stärksten zu, die von Handelsbeschränkungen am schwersten betroffen sind. Diese Tatsache spiegelt das große Kostengefälle zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern wider, das die Handelsschranken nicht auszugleichen vermochten. Sie stellt außerdem die Findigkeit der Exporteure aus Entwicklungsländern unter Beweis, Mittel und Wege aufzuspüren, um diesen administrativen Erfordernissen zu entsprechen und ihre Produktpalette und Absatzmärkte zu variieren, um die Auswirkungen dieser Restriktionen auf ein Minimum zu beschränken.

### Aussichten

Die Industrieländer liefern nach wie vor drei Viertel aller Exporte und erwerben drei Fünftel aller Importe (jeweils ohne Brennstoffe); sie werden mit ihren Maßnahmen entscheidend darüber bestimmen, inwieweit die Freizügigkeit des internationalen Handelssystems erhalten bleibt. Von großem Gewicht ist dabei, daß sie die Wachstumsraten ihrer Produktion und Produktivität steigern. Gelingt dies nicht, wird der protektionistische Druck zunehmen, und die einzelnen Volkswirtschaften werden sich an das veränderte internationale Umfeld nicht reibungslos anpassen können.

Die hier erforderliche Anpassung hat zwei Dimensionen. Die eine besteht in dem üblichen Weg,

Ressourcen in dem Maße aus weniger produktiven in produktivere Verwendungsarten umzuleiten, wie sich die Nachfrage, die Technologie und die komparativen Kostenvorteile ändern. Hiervon betroffen sind vor allem Wirtschaftszweige, die mit den Entwicklungsländern (etwa bei Textilien und Schuhen) in unmittelbarer Konkurrenz stehen (Abbildung 3.6).

Eine weitere und neuere Form der Anpassung muß innerhalb einzelner Wirtschaftszweige vollzogen werden. Hierzu zählt die Fahrzeug- und Stahlproduktion, die schon lange stark konzentriert und durch Außenzölle sowie ihren Standort vor der Auslandskonkurrenz geschützt war. Unterschiedliche Benzinpreise und Straßensysteme führten zu stark abweichenden Konzeptionen zwischen amerikanischen Personenwagen und den Automobilen, die für die europäischen und japanischen Märkte hergestellt wurden; infolgedessen waren die meisten Modelle amerikanischer Automobilhersteller vor ausländischer Konkurrenz geschützt. Als in den fünfziger und sechziger Jahren die Außenzölle gesenkt wurden, verzeichneten die Industrieländer ein hohes Wirtschaftswachstum; die inländischen Produktionskapazitäten dieser Wirtschaftszweige waren ständig angespannt, um der Binnennachfrage nachzukommen. Letztlich bestand damit für die Hersteller kaum ein Anreiz, um Auslandsmärkte zu kämpfen.

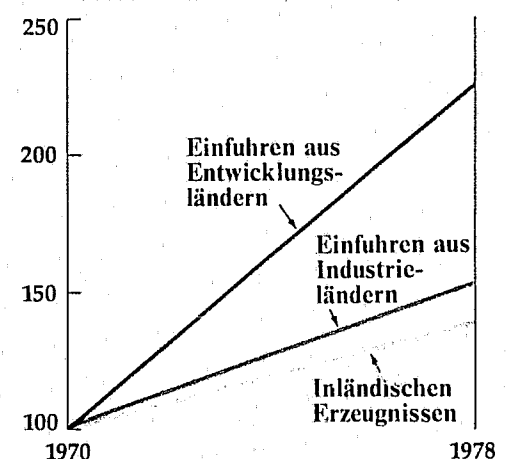
Mittlerweile hat sich jedoch der Wettbewerb zwischen den Industrieländern, bedingt durch die Expansion des Welthandels mit Industrieprodukten, niedrigere Wachstumsraten in den Industrieländern, als man bei der Installierung der heutigen Kapazitäten erwartet hatte, sowie durch steigende Energiepreise in den Vereinigten Staaten intensiviert. Die Absatzmärkte vieler industrieller Erzeugnisse sind inzwischen nur noch als internationale Dimension zu begreifen, und die Marktposition der Hersteller ist heute in jedem Land viel schwächer als noch vor zehn Jahren.

Die Veränderungen, die durch die Anpassung an den schärferen Wettbewerb innerhalb einzelner Industriezweige erzwungen werden, bedeuten nicht unbedingt, daß ein

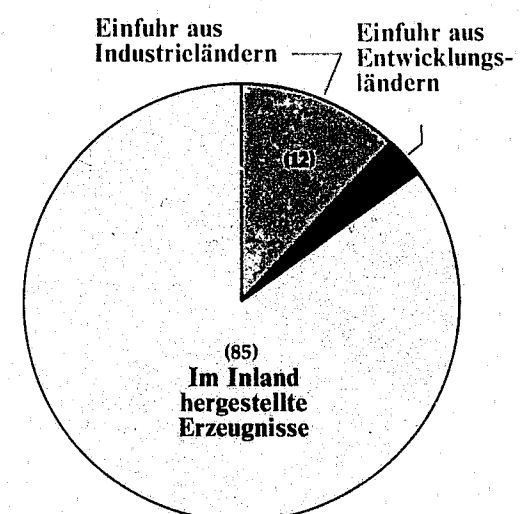
**Abbildung 3.6 Nachfrage der Industrieländer nach Fertigwaren 1970 bis 1978**

Wachstum der Nachfrage nach:

In konstanten Preisen (1970 = 100)



Marktanteile im Jahre 1978  
(in %)



Netto-Ressourcentransfer aus diesen Wirtschaftszweigen stattfinden müßte. Insbesondere bedeuten sie auch nicht, daß die Produktion in den Industrieländern durch Einfuhren aus den Entwicklungsländern ersetzt werden muß. Die Herstellung von Stahl und Fahrzeugen wird in den Entwicklungsländern im Verlauf dieses Jahrzehnts voraussichtlich stark zunehmen – das gleiche gilt allerdings auch für deren Verbrauch. Selbstverständlich wird die Produktion nicht in jedem einzelnen Land mit dessen Verbrauch übereinstimmen, so daß der internationale Handel beeinflusst wird. Sowohl die Exporte als auch die Importe der Entwicklungsländer werden zunehmen und damit zu einer Verschärfung des Wettbewerbs auf dem Weltmarkt beitragen.

Die Anpassungsmaßnahmen, die mit Rücksicht auf die Erosion der Marktmacht nationaler Unternehmen zu ergreifen sind, betreffen weniger die Produktionsstruktur zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen als vielmehr die Struktur der Einkommensverteilung. Die Gewinne und (vor allem) die Löhne lagen in stark konzentrierten Industriezweigen seit jeher höher als in anderen Branchen. Der Staat hat einen Teil dieser höheren Gewinne in Form von Steuern und durch die Auferlegung von Sicherheits- und Umweltschutzbestimmungen beansprucht, die weniger oligopolistische Industriezweige nicht verkraftet hätten.

Nachdem die Marktmacht dieser Wirtschaftszweige inzwischen zurückgegangen ist, läßt sich diese Tradition nicht länger aufrechterhalten. Ihre Marktposition konnte weder durch Verstaatlichung noch durch öffentlich unterstützte Kartelle wiederhergestellt oder geschützt werden, da sie durch die Zunahme des *internationalen* Wettbewerbs beeinträchtigt wurde. In einigen Fällen haben staatliche Interventionen (über die Absatzfinanzierung unter Selbstkostenpreisen) den internationalen Wettbewerb sogar noch verschärft.

Dies legt nahe, daß sich Industrieländer mit einer unterdurchschnittlichen wirtschaftlichen Leistungs-

kraft in der gleichen Lage befinden wie ein Entwicklungsland, das die Grenzen der Importsubstitution erreicht hat. Die Aufrechterhaltung des Wachstums (besonders der Produktivität) erfordert in diesen Fällen weitreichende strukturelle Anpassungsmaßnahmen. Es gibt aber immer noch Kreise, die ein eigenes Interesse daran haben, daß der alte wirtschaftspolitische Kurs fortgesetzt wird. In den Entwicklungsländern wurden ihre Interessen durch Handelsschranken geschützt; in den Industrieländern dagegen geschieht dies über die Marktstruktur. Ein nicht mehr konkurrenzfähiges Industrieland steht dann vor der Entscheidung zwischen der Importsubstitution, durch die die herkömmliche Struktur der Produktion und der Einkommensverteilung zu Lasten des Wirtschaftswachstums geschützt werden könnte, und einer außenwirtschaftlich orientierten Politik, die sich in vielen Entwicklungsländern bewährt hat. Die eigentliche Entscheidung für die Industrieländer, die häufig als Wahl zwischen »Protektionismus oder Anpassung« hingestellt wird, heißt in Wirklichkeit »Protektionismus oder Wirtschaftswachstum«.

Anpassungsmaßnahmen, die darauf abzielen, Arbeitnehmern den Übergang von einem Industriezweig zum anderen zu erleichtern, reichen allein nicht aus. Ohne Wachstum können nämlich keine alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Mit Anpassungsmaßnahmen, wie gut sie auch immer ausgedacht sein mögen, wird nur die Erhaltung der Einkommen erreicht. Aber auch bei gesamtwirtschaftlichem Wachstum wird die Anpassung in Industriezweigen, deren Wettbewerbslage sich geändert hat, auf Widerstand stoßen. In diesen Fällen geht es nicht um eine Verlagerung von Ressourcen, um eine höhere Produktivität zu erzielen und letztlich besser bezahlte Beschäftigungsalternativen zu finden, sondern darum, die betroffenen Industriezweige zu überzeugen, daß sie die niedrigeren Erträge hinnehmen müssen, die mit dem Verlust ihrer Marktmacht einhergehen.

Der Schlüssel zur Aufrechterhaltung eines offenen Welthandelssystems liegt für jedes einzelne Industrieland darin, daß es auf *binnenwirtschaftlicher* Ebene mit den Gelegenheiten und Herausforderungen fertig wird, die die Anpassung an ein sich änderndes internationales Umfeld mit sich bringt. Die Industrieländer werden von der Ausweitung ihres Handels mit den Entwicklungsländern zweifellos profitieren. Zwischen den Jahren 1970 und 1978 stiegen die Fertigwarenxporte der Entwicklungsländer in die Industrieländer um fast 12 Mrd Dollar (in Preisen von 1970); gleichzeitig steigerten jedoch die Industrieländer ihre Fertigwarenausfuhr in die Entwicklungsländer um fast das Dreifache (Tabelle 3.6). Auch wenn man vom Anstieg der Ausfuhren in die ölexportierenden Länder absieht, hat der Außenhandelsüberschuß der Industrieländer im Fertigwarenbe-  
reich seit 1973 jährlich real um über 5 Prozent zugenommen.

Die Vorteile des Außenhandels sind auch nicht nur eine Frage von Handelsüberschüssen. So hat der Handel mit den Entwicklungsländern zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Fertigwarenindustrie in den Industrieländern beigetragen. Er hat diese Länder auch bei der Inflationsbekämpfung unterstützt, was den Verbrauchern beträchtliche Vorteile brachte. Der Außenhandel lieferte außerdem die Triebfeder für die Umschichtung von Ressourcen aus unrentablen Industriezweigen und Betrieben in Wirtschaftssektoren mit höheren Löhnen und letztlich auch sichereren Arbeitsplätzen.

In einigen Wirtschaftszweigen – vor allem bei Textilien und Bekleidung, Nachrichtentechnik, Haushaltsgeräten – sind die Einfuhren der Industrieländer aus ölimportierenden Entwicklungsländern schneller gestiegen als ihre Exporte in diese Ländergruppe. Aber selbst in diesen Sektoren sind, verglichen mit den Auswirkungen von Nachfrageverschiebungen, technologischen Entwicklungen und Produktivitätsfortschritten, nur wenige Arbeitsplätze als Folge der gestiegenen Einfuhren

**Tabelle 3.6 Ausweitung des Handelsvolumens (ohne Brennstoffe) zwischen Entwicklungs- und Industrieländern 1960 bis 1980**

(in Mrd \$ von 1970)

Zeitspanne und Richtung	Produktkategorie <sup>a</sup>				Warenhandel insgesamt ohne Brennstoffe (0 – 8, abzügl. 3)
	Nahrungs- mittel etc. (0 + 1)	Rohstoffe ohne Brennstoffe (2 + 4)	Erzeugnisse ohne Brennstoffe (0 + 1 + 2 + 4)	Fertigwaren insgesamt (5 – 8)	
<u>1960–70</u>					
Von Industrie- in Entwicklungsländer <sup>b</sup>	1,45	1,03	2,48	15,22	17,70
Von Entwicklungs- in Industrieländer <sup>b</sup>	2,56	1,90	4,46	5,78	10,24
<u>1970–78</u>					
Von Industrie- in Entwicklungsländer <sup>b</sup>	3,86	1,88	5,74	31,83	37,57
Von Entwicklungs- in Industrieländer <sup>b</sup>	0,98	0,15	1,13	11,48	12,61

<sup>a</sup> SITC-Abgrenzung.

<sup>b</sup> Ländergruppen nach VN-Einteilung. Zu den Entwicklungsländern zählen Ölexporture mit Zahlungsbilanzüberschüssen, aber nicht Südafrika und die meisten Länder Südeuropas.

verlorengegangen. Zudem wurde die Zahl der verlorengegangenen Arbeitsplätze durch neue, in der Regel besser bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten mehr als ausgeglichen, die in anderen Wirtschaftszweigen im Zuge der kräftigen Steigerung ihrer Exporte in die Entwicklungsländer entstanden sind.

### Internationale Zusammenarbeit

Auf kürzere Sicht muß sich die weltweite Aufmerksamkeit vor allem auf den drängenden Bedarf der ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen an höheren Ausfuhrerlösen konzentrieren. Selbst unter dem günstigen Szenarium wird die Kaufkraft ihrer Exporte – nach Abzug von Zahlungen für die Brennstoffeinfuhr – immer noch unter dem Niveau des Jahres 1970 liegen (Tabelle 3.7).

**Tabelle 3.7 Exportkaufkraft, bereinigt um Brennstoffeinfuhr, für Ölimporteure mit niedrigem Einkommen in den Jahren 1970 und 1980**

(in Mrd \$ von 1978)

Region und Ländergruppe	1970		1990 Günstiges Szenarium
	1970	1980	
Afrika	7,4	3,7	4,3
Asien	8,8	7,3	8,0
Ölimporteure mit niedrigem Einkommen insgesamt	16,2	11,0	12,3

### Handelsmaßnahmen zur Unterstützung der Länder mit niedrigem Einkommen

Die Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums in den Industrieländern ist hier von entscheidender Bedeutung. Die Exporterlöse der Länder mit niedrigem Einkommen – die vorwiegend aus unverarbeiteten Rohstoffen und einfachen Fertigwaren bestehen – reagieren auf die Verfassung der Weltkonjunktur empfindlicher als die Ausfuhrerlöse der Länder mit mittlerem Einkommen.

Die mangelnde Bereitschaft vieler Industrieländer, die erforderlichen Anpassungen an die Veränderungen im internationalen Umfeld vorzunehmen, verlangsamt ihr Wirtschaftswachstum und verschlechtert gleichzeitig die Exportaussichten der Entwicklungsländer. In den Jahren 1978 bis 1980 mußten die ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen nicht nur den Anstieg der Ölpreise als zusätzliche Belastung ihrer ohnehin defizitären Leistungsbilanzen hinnehmen, sie erlitten darüber hinaus weitere Einbußen als Folge des Konjunkturrückgangs in den Industrieländern.

Die Länder mit niedrigem Einkommen könnten ihrerseits die sich entwickelnde Struktur der Nachfrage nach Nahrungsmitteln und anderen Rohstoffen analysieren, vor

allem in den ölexportierenden Ländern und den Ländern mit mittlerem Einkommen. Wo immer möglich, sollten sie ihre Exportwirtschaft so diversifizieren, daß sie von diesen wachsenden Märkten profitieren.

Um den Mangel an Unternehmen und Marketing-Kenntnissen in den Ländern mit niedrigem Einkommen überwinden zu helfen, könnten sich die ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß aktiv um eine Ausweitung ihrer Einfuhr aus diesen Ländern bemühen. Sie könnten Anbieter aufspüren und den Aufbau von Vertriebsseinrichtungen für Produkte aus Ländern mit niedrigem Einkommen unterstützen.

Die gleichen Bemühungen könnten auch von den Industrieländern unternommen werden. Ihre Inlandsmärkte für Rohstoffe wachsen allerdings weniger stark, so daß es schwieriger ist, die Kundentreue gegenüber bestimmten Produkten und Markenartikeln zu überwinden; dennoch ist es in vielen Fällen gelungen, durch gezieltes Marketing die Identifizierung einzelner Produkte mit einem bestimmten Entwicklungsland zum Vorteil zu nutzen. Beispiele hierfür bieten Kaffee aus Kolumbien, Rum aus Jamaika, Möbel aus Brasilien und Modeartikel aus Kenia.

Derartige Bemühungen der Industrieländer und der Ölexporture werden jedoch ohne Wirkung bleiben, wenn sich die Länder mit niedrigem Einkommen durch ihre eigene Außenhandelspolitik vom Weltmarkt isolieren oder wenn ihre Binnenwirtschaftspolitik es den einheimischen Unternehmen finanziell erschwert, sich zu zuverlässigen Lieferfirmen zu im internationalen Handel üblichen Bedingungen zu entwickeln.

Im Verlauf der siebziger Jahre wurde die Fazilität des Internationalen Währungsfonds zur kompensierenden Finanzierung von Ausfuhrerlösschwankungen zweimal aufgestockt; darüber hinaus trat das Stabex-System der Europäischen Gemeinschaft in Kraft. Auch Verhandlungen über den Gemeinsamen Rohstoff-Fonds der Konferenz der

Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) wurden mittlerweile abgeschlossen; das Verhandlungsergebnis wurde jedoch bislang noch nicht von genügend Ländern ratifiziert, um den Fonds ins Leben zu rufen.

Trotz dieser Maßnahmen unterlagen die Exporte der rohstoffproduzierenden Länder in den siebziger Jahren mindestens genau so großen Schwankungen wie in früheren Zeiträumen. Ihre Terms of Trade und Exporterlöse werden nach wie vor weitgehend vom Konjunkturzyklus in den Industrieländern bestimmt. Einen größeren Beitrag zum Wachstum und zur Stabilisierung ihrer Exporterlöse erzielten die Länder mit mittlerem Einkommen durch die Diversifizierung ihrer Ausfuhren und die verstärkte Verarbeitung von Rohstoffen.

### *Längerfristige Perspektiven*

Im Verlauf der vergangenen 35 Jahre haben die Länder die Vorteile kooperativer Handelsvereinbarungen erkannt und diese auf vielfältige Weise organisiert und überwacht. Die Außenzölle der Industrieländer sind für die meisten Fertigwaren im Wege von Verhandlungen auf ein nur noch unbedeutendes Niveau gesenkt worden. Die Länder haben durch die »Handelsverpflichtung« (»Trade Pledge«) der OECD, die alljährlich seit 1974 erneuert worden ist, förmlich auf die generelle Einführung protektionistischer Maßnahmen verzichtet; entsprechende Vereinbarungen wurden auch auf Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der größeren Industrieländer getroffen.

Die kürzliche Verabschiedung einer Reihe von Kodizes, die in der Tokio-Runde ausgehandelt wurden, wird dazu beitragen, mehrere nichttarifäre Handelshemmnisse unter internationale Kontrolle zu bringen. Diese Kodizes (die im Weltentwicklungsbericht 1980 aufgeführt sind) behandeln Fragen wie die Festlegung und Durchsetzung von Güternormen sowie die Beschaffungspraktiken von staatlichen Stellen und

Privatunternehmen. Der Zweck dieser Kodizes liegt darin, die Transparenz und Einfachheit der Verfahrensregeln zu sichern, um die Möglichkeiten einer Diskriminierung gegen ausländische Anbieter auf ein Minimum zu beschränken.

Es gibt jedoch Gebiete, auf denen nur geringe Fortschritte bei der Liberalisierung des Handels erzielt wurden. In allen Ländern wird der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch nationale Preisstützungs- und Schutzmaßnahmen stark verzerrt, was in der gemeinsamen Agrarpolitik der EG deutlich zum Ausdruck kommt (siehe Sonderbeitrag).

Dem internationalen Austausch von Dienstleistungen fehlt ein integriertes System zwischenstaatlicher Grundsätze oder Konventionen. Der Handel mit Dienstleistungen (der zum Beispiel den Transport, die Touristik, das Bankwesen, finanzielle Dienstleistungen und den Bausektor einschließt) brachte den Entwicklungsländern im Jahre 1980 tatsächlich ein Drittel mehr an Exporterlösen als ihr Agrarexport, wenn auch der Überschuss in der Leistungsbilanz der Entwicklungsländer bei Dienstleistungen kleiner war als bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Noch bedeutsamer ist vielleicht die Frage, ob der traditionelle Ansatz der Handelsliberalisierung erweitert werden muß, um weiterhin wirkungsvoll zu sein. Dieser Ansatz, der im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) verkörpert ist, beruht auf der Annahme der beigetretenen Länder, daß die politischen und wirtschaftlichen Vorteile eines offenen internationalen Handelssystems größer sind als dessen Kosten. Der Grundgedanke der Zollverhandlungen war ganz einfach – die gegenseitige Gewährung von Konzessionen zum Vorteil aller beteiligten Länder. Allerdings konnten diese Verhandlungen die teilnehmenden Staaten nicht dazu bewegen, alle Vorteile aus dem Handel gegen dessen Kosten abzuwägen. Manche Länder haben bestimmte Produkte aus den Zolssenkungsverhandlungen ausgeschlossen und das

## **Schutz der Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft**

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft stellt einen komplizierten Mechanismus dar. Die innergemeinschaftlichen Agrarpreise werden durch unterschiedlich hohe Abgaben auf Importe aus Drittländern oder im Falle eines Überangebots an Agrarprodukten durch staatliche Käufe aufrechterhalten. Durch das Festschreiben der innergemeinschaftlichen Agrarpreise bei gleichzeitig nach Angebot und Nachfrage schwankenden Weltmarktpreisen entsteht ein Preisgefälle, das beträchtlich variieren kann. So mußten die Verbraucher in der EG im Verlauf der letzten Dekade das 1,4- bis Fünffache des Weltmarktpreises für Pulvermilch, das 1,5- bis Vierfache für Butter, das Zweieinhalbfache für Weichkäse, das Doppelte für Rindfleisch und das 1,5- bis Zweifache für Getreide bezahlen.

Die europäischen Verbraucher müssen nicht nur diese Differenzen tragen, sie zahlen auch Steuern, um die Verluste zu decken, die beim Verkauf von Agrarüberschüssen zu Weltmarktpreisen oder bei deren Verwendung für minderwertige Zwecke – beispielsweise als Zusätze für Tierfutter – entstehen. Schätzungen zufolge betrugen im Jahre 1976 die Kosten der gemeinsamen Agrarpolitik für die Verbraucher in der EG 11 Mrd Dollar.

Die innergemeinschaftlichen Preise wurden bisher auf einem ausreichend hohen Niveau gehalten, um bei einigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen die Selbstversorgung zu sichern und bei anderen Überschüsse zu produzieren, die exportiert werden können. Das deutlichste Beispiel hierfür ist Zucker – ein Produkt, das am billigsten in den Tropen hergestellt wird. Das Preisstützungssystem und die Vorkehrungen zur Beseitigung von Überschüssen haben die EG dennoch nach Kuba zum zweitwichtigsten Zuckerexporteur der Welt gemacht. Durch den Beitritt der Mittelmeerländer zur EG wird ein viel größerer Anteil des Verbrauchs der EG an Olivenöl, Wein, Obst und Gemüse innerhalb der Gemeinschaft produziert und vor der Konkurrenz aus den Ländern Nordafrikas und anderen Entwicklungsländern geschützt werden.

Die Agrarüberschüsse der EG werden zum Teil als Nahrungsmittelhilfe vergeben; der unregelmäßige Verkauf von Überschüssen führt jedoch zu niedrigeren Weltmarktpreisen und zur Verdrängung bereits etablierter Exporteure.

nicht unbedingt deshalb, weil die Kosten niedrigerer Zölle (für den Hersteller) deren Gewinne (für die Verbraucher) überstiegen hätten, sondern aus Angst, aus dem Markt verdrängte Hersteller könnten im Inland politischen Druck ausüben, um die Liberalisierung aufzuhalten.

Diese Auffassung – derzufolge die Exporte die »Gewinne« aus dem Handel und die Importe dessen »Kosten« darstellen – spiegelt sich auch in den Schutz- oder Ausnahmeklausel-Bestimmungen der meisten Länder wider. Bei der Anwendung von Schutzklauseln (in Übereinstimmung mit den GATT-Regeln) ist die Beeinträchtigung inländischer Hersteller der einzige ökonomische Faktor, der berücksichtigt wird (vgl. Sonderbeitrag).

Diese Unzulänglichkeit gewinnt mit zunehmendem Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel besondere Bedeutung. In früheren GATT-Verhandlungen konnten die Zölle auf Industrieprodukte, die zwischen den Industrieländern gehandelt wurden, reduziert werden. Dieser Erfolg war allerdings im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß sich die Kostenunterschiede in engen Grenzen hielten und die gleichen Wirtschaftszweige, die Einbußen erlitten, auch die Gewinne aus den Vereinbarungen zogen. Das daraus resultierende Handelswachstum war im wesentlichen »intersektoral« – die Ausfuhr eines Landes nahm in denselben Wirtschaftszweigen zu, in denen auch seine Einfuhren stiegen. In anderen vor allem arbeitsintensiven Wirtschaftszweigen, die von Land zu Land hohe Kostenunterschiede aufwiesen, kam es nur zu minimalen Zollessenkungen. Trotz stärkeren Wirtschaftswachstums und höherer Beschäftigung reichte die Zusicherung der Gegenseitigkeit seitens eines wichtigen Lieferlandes nicht aus, um die Regierungen in die Lage zu versetzen, den Widerstand der Hersteller zu überwinden, die durch die zu erwartenden größeren Vorteile für den Verbraucher beeinträchtigt worden wären.

Das gleiche Problem macht sich heute in allerdings anderer Form bemerkbar. Für Entwicklungsländer, die bei der Neuorientierung ihrer Handelspolitik ihre Importschranken abbauen, ist es schwer, wenn nicht sogar unmöglich, gleichwertige Konzessionen von Industrieländern zu erhalten.

Soll die Dynamik der Handelsli-

## Der Preis des Protektionismus

Der Handelsprotektionismus ist eine ineffiziente Methode der Einkommensumverteilung. Hinter dieser prosaisch klingenden Aussage steckt eine schlichte Wahrheit – wenn jemand durch protektionistische Maßnahmen um einen Dollar reicher wird, so verliert ein anderer *im gleichen Land* sehr viel mehr. Für jeden Arbeitsplatz von 20 000 Dollar pro Jahr auf den Schiffswerften in Schweden muß der schwedische Steuerzahler jährlich schätzungsweise 50 000 Dollar an Subventionszahlungen aufbringen. Der Protektionismus kostet den kanadischen Verbraucher 500 Mio Dollar im Jahr, damit in der Bekleidungsindustrie zusätzliche 135 Mio Dollar verdient werden können. Und wenn der Verbraucher in Japan das Achtfache des Weltmarktpreises für Rindfleisch bezahlen muß, so geht es den Landwirten in Japan keineswegs achtmal so gut: die höheren Preise werden praktisch wieder durch das Produktionskostengefälle zum Weltmarkt ausgeglichen.

beralisierung der Nachkriegszeit wiedergewonnen werden, so dürften nationale und internationale Bemühungen erforderlich sein, um die Handelspolitik auf ein umfassenderes Konzept der Vorteile des Handels zu stellen. Auf nationaler Ebene kommt es vor allem darauf an, noch stärker als bislang auf die Mobilisierung derjenigen inländischen Interessengruppen sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern hinzuwirken, die die Kosten der Handelsschranken tragen. Die Verhandlungen über Schutzklauseln bieten Gelegenheit, die gleichen Streitfragen auf internationaler Ebene zu erörtern.

MASSNAHMEN AUF NATIONALER EBENE. Auf den ersten Blick mag es ganz einfach erscheinen, einzelne Produkte zu identifizieren, die von Handelsschranken betroffen sind – dies ist jedoch keineswegs der Fall. Angesichts der stärkeren Anwendung subtiler Formen des nicht-tarifären Schutzes oder der Unterstützung einzelner Industriezweige ist es noch schwieriger, allein ihre Reichweite zu messen (geschweige denn, ihre Auswirkungen abzuschätzen). Diese Aufgabe wurde in manchen Fällen durch staatliche Vorkehrun-

gen erleichtert. Hierzu zählen das System der Vereinigten Staaten zur Überwachung von Maßnahmen im Handelsbereich, in dessen Rahmen die restriktiven handelspolitischen Schritte der Vereinigten Staaten erfaßt werden, der Jahresbericht über staatliche Hilfen für die Industrie und handelspolitische Schutzmaßnahmen, der von der »Kommission für die Unterstützung der Industrie« in Australien erstellt wird, sowie der »Subventionsbericht« der Bundesrepublik Deutschland, in dem alle Subventionen des Bundes nach einzelnen Wirtschaftszweigen und alle aufgrund von Steuerbefreiungen der Industrie entgangenen Steuereinnahmen festgehalten werden.

Die Berechnung und Bekanntgabe der Kosten von Handelsbeschränkungen werden zweifellos das allgemeine politische Klima beeinflussen, doch dürften gesetzgeberische Maßnahmen erforderlich sein, um diese Informationen in den Entscheidungsmechanismus einfließen zu lassen, durch den die Handelspolitik gestaltet wird.

Für nationale Regierungen könnten sich institutionelle Veränderungen politisch (und nicht nur wirtschaftlich) als vorteilhaft erweisen, soweit sie hierdurch in die Lage versetzt würden, handelspolitische Auseinandersetzungen unter Berücksichtigung aller Kosten und Vorteile zu beurteilen. Unter den heute geltenden Regelungen verfügen die technischen Kommissionen und Büros, die bei Auseinandersetzungen in Handelsfragen als Schiedsstellen fungieren, über keine Möglichkeiten, den Interessen der Verbraucher Rechnung zu tragen. Infolgedessen haben Verbrauchergruppen keine andere Alternative, als »über den Kopf« dieser Büros und Kommissionen hinweg Druck auf die Politiker auszuüben. Strittige Handelsfragen entwickeln sich daher in der Regel zu Auseinandersetzungen auf einer höheren Ebene als nötig wäre, wenn auf einer niedrigeren Stufe die Möglichkeit bestünde, nicht nur die Interessen der Hersteller, sondern auch die der Verbraucher vorzutragen.



DIE SCHUTZKLAUSEL. Das GATT-Abkommen verkörpert eine allgemeine Verpflichtung der beteiligten Länder, ihre Märkte ausländischen Anbietern zu öffnen. Wie der Begriff bereits andeutet, bietet die Schutzklausel (oder Ausnahmeklausel) einen Ausweg aus dieser Verpflichtung. Der Sinn eines Kodex über Ausnahmeklauseln besteht darin, die Umstände genau festzulegen, unter denen ein Land eine Ausnahme geltend machen kann; hiermit verbunden ist die Erwartung, daß dem souveränen Recht eines Landes, diese Klausel in Anspruch zu nehmen, Grenzen gesetzt werden. Solange die Vorschläge für einen neuen Kodex über Schutzklauseln auf dem altbekannten merkantilistischen Prinzip beruhen – wonach Handelsschranken im Interesse eines Landes liegen, soweit sie einen unmittelbar zu erwartenden Schaden für inländische Hersteller verringern –, ist kaum damit zu rechnen, daß diese Verhandlungen, die im Verlauf der Tokio-Runde

abgebrochen und seitdem nicht wieder aufgenommen wurden, erfolgreich zu Ende geführt werden.

Das Motiv für ein Land, einer Begrenzung seines Rechts auf Einführung von Handelsrestriktionen zuzustimmen, liegt unter den derzeit geltenden Vereinbarungen darin begründet, daß es dann keine Vergeltungsmaßnahmen seiner Handelspartner befürchten muß. Inwieweit eine Schutzklausel angerufen wird, ist unter diesen Voraussetzungen eine Frage der relativen Machtposition zwischen Importeur und Exporteur. Es überrascht also nicht, daß in den meisten Fällen Vereinbarungen über eine »freiwillige« Ausfuhrbeschränkung abgeschlossen werden, die nationale Regierungen miteinander aushandeln. Die Tatsache, daß die heute geltende Schutzklausel so gut wie nie angerufen wurde, beweist, wie schwierig es ist, dieses Aufeinanderprallen souveräner Machtinteressen allein mit Hilfe internationaler Regeln zu lösen.

Würden stattdessen die Verhandlungen über Schutzklauseln stärker auf die Erarbeitung einer ausgewogeneren Definition des wirtschaftlichen Schadens abstellen, so würde die wichtigste Streitfrage nicht »Wieviel an seinem souveränen Recht zur Einführung von Importrestriktionen wird ein Land aufgeben?« lauten, sondern »Wie kann dieser Kodex einem Land bei der Feststellung helfen, wann es in seinem *allgemeinen* wirtschaftlichen Interesse liegt, dieses Recht in Anspruch zu nehmen?«. Damit müßte sich allerdings die internationale Gemeinschaft einer Frage stellen, der sie bisher stets aus dem Weg gegangen ist. Es handelt sich hierbei zweifellos um eine große Herausforderung. Die Erfahrungen mit erfolgreichen Verhandlungen legen jedoch nahe, daß es gerade in der Handelspolitik nur wenige Probleme gibt, die nicht durch eine entschlossene internationale Zusammenarbeit zu lösen sind.



## 4 Energie: Eine neue Ära

Der Übergang von billiger und überreichlich vorhandener Energie zu höheren Preisen und Knappheit war im letzten Jahrzehnt eines der dominierenden Merkmale der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Im vorausgegangenen Kapitel wurde dargelegt, daß die ölimportierenden Länder über 40 Prozent der beträchtlichen Zunahme ihrer Ausfuhren aufwenden mußten, um die gestiegenen Kosten ihrer Öleinfuhren zu bezahlen. Ein weiterer beachtlicher Teil wurde durch Kreditaufnahmen bei den Ölüberschußländern unter Einschaltung der Kapitalmärkte finanziert; diese Kreditaufnahme ist Gegenstand der Untersuchung im nächsten Kapitel.

Obgleich sich einzelne Länder durch Ausfuhrsteigerungen und Kreditaufnahmen an die verteuerte Energie anpassen können, muß der Anpassungsprozeß auf weltweiter Ebene auf direktere Weise durch Veränderungen des Energieangebots und der Energienachfrage durchgeführt werden. Dies geschieht durch Substitution des knappen Öls durch andere Brennstoffe, durch Verringerung des Energiebedarfs je Einheit des BIP und durch Veränderungen der Wachstumsraten des BIP. Diese Anpassungen im Energieverbrauch und die hierzu erforderlichen Maßnahmen werden sowohl auf weltweiter als auch auf nationaler Ebene untersucht.

### Wandel im Energiebereich

Die Nachkriegsperiode war bis zum Jahre 1970 durch die Erschließung neuer Ölquellen im Nahen Osten und in anderen Gegenden geprägt, deren Volumen die Nachfrage weit überstieg. Als Ergebnis hiervon gin-

gen die realen Ölpreise stetig zurück (Abbildung 4.1). Im Zeitraum 1950 bis 1970 entfielen auf Erdöl und Erdgas über 80 Prozent der Zunahme des Weltverbrauchs an Primärenergie, und die billige Energie trug entscheidend zu dem beispiellos hohen Wachstum der Weltproduktion bei.

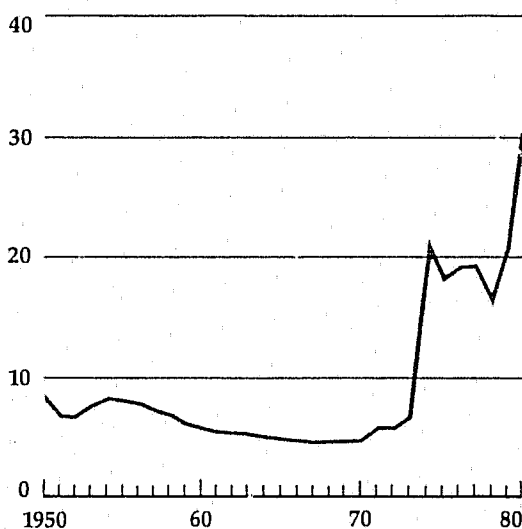
Diese Entwicklung konnte nicht unbegrenzt fortgesetzt werden. Da der Ölverbrauch nach und nach stär-

ker expandierte als die Erschließung neuer Reserven, wären die Preise auch unabhängig von der Art der Organisation der Weltölmärkte gestiegen. Die Vervielfachung der nominalen Ölpreise in den Jahren 1973 und 1974 wurde durch kurzfristig wirkende politische und wirtschaftliche Faktoren ausgelöst (Abbildung 4.1) und schoß leicht über das reale Preisniveau hinaus, das am Markt aufrechterhalten werden konnte. Die durch die iranische Revolution ausgelöste Verknappung des Weltangebots um 6 Prozent führte zwischen den Jahren 1978 und 1980 zu einer weiteren Steigerung der realen Preise um über 80 Prozent. Gleichwohl befanden sich Angebot und Nachfrage auf den Ölmärkten am Ende des Jahrzehnts wieder weitgehend im Gleichgewicht.

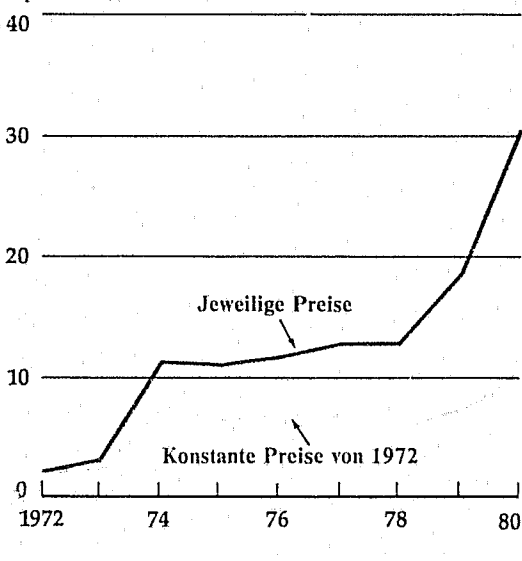
Abbildung 4.1 Ölpreise 1950 bis 1980 und 1972 bis 1980

(Jahresdurchschnitte)

In konstanten \$ von 1980 pro Barrel



\$ pro Barrel



### Weltnachfrage

Vor dem Jahre 1973 expandierte der Energieverbrauch in den Industrieländern proportional zum BIP und etwas rascher in den Entwicklungsländern. Dennoch entfallen heute auf letztere lediglich 14 Prozent der weltweiten Nachfrage nach kommerzieller Energie; ein Viertel ihres gesamten Energiebedarfs wird nach wie vor durch Brennholz und aus anderen nichtkommerziellen Quellen gedeckt. Nach dem Jahre 1973 hat sich die Zunahme des Verbrauchs in den Industrieländern deutlich verlangsamt. Obgleich der Verbrauch in diesen Ländern in letzter Zeit wieder stärker gewachsen ist, wird die Expansionsrate den Projektionen zufolge über die gesamten achtziger Jahre hinweg unter dem Niveau der Jahre vor 1973 liegen und langsamer zunehmen als in

allen anderen Ländergruppen. Auch in den Entwicklungsländern hat sich die Nachfrage, allerdings weniger ausgeprägt, abgeschwächt. Dementsprechend wird ihr Anteil am Gesamtverbrauch bis zum Jahre 1990 auf 18 Prozent steigen. Dieser Sachverhalt kommt in Tabelle 4.1 zum Ausdruck, die die genauesten

Schätzungen des vorliegenden *Bereichs* über das voraussichtliche Niveau von Energieverbrauch und -erzeugung in einzelnen Ländergruppen enthält (vgl. auch Abbildung 4.2).

Obwohl die Energienachfrage kurzfristig auf Preisänderungen recht unelastisch reagiert, haben sich

die Ölpreisanhebungen der Jahre 1973 und 1974 bereits deutlich auf den Energieverbrauch der ölimportierenden Länder, vor allem der Industrieländer, ausgewirkt. Die gestiegenen Ölimportkosten wurden nach und nach auf die Verbraucher überwälzt, gleichzeitig jedoch durch eine verlangsamte Zunahme der steuerlichen Belastung und der Preise für andere Energieformen abgefedert. In den großen Industrieländern sind die realen Verbraucherpreise zwischen 1973 und 1979 um 62 Prozent gestiegen (Tabelle 4.2). Die verfügbaren Daten zeigen einen ähnlich starken Anstieg für die ölimportierenden Entwicklungsländer, der allerdings von den ölexportierenden Ländern weit unterschritten wurde.

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich zusammen mit den öffentlich geförderten Energiesparmaßnahmen in den Industrieländern bereits deutlich auf die Intensität der Energieverwendung ausgewirkt. Die Energieverbrauchsquote je Tausend BIP-Dollar ist in diesen Ländern zwischen den Jahren 1973 und 1980 jährlich um etwa 2 Prozent gesunken. Dies entspricht einer Einsparung in Höhe von etwa 15 Prozent oder, bezogen auf das Jahr 1980, von 10 Mio Barrels Öleinheiten pro Tag (mbdoe-million barrels a day of oil equivalent), verglichen mit der

**Tabelle 4.1 Produktion und Verbrauch von kommerzieller Primärenergie nach Ländergruppen 1970 bis 1990**  
(in Mio Barrels Öleinheiten)

Ländergruppen	1970		1980		1990	
	Pro- duktion	Ver- brauch	Pro- duktion	Ver- brauch	Pro- duktion	Ver- brauch
<b>Marktwirtschaftliche</b>						
Industrieländer	43,2	60,6	50,6	72,4	64,3	87,0
Mineralöl	12,7	29,9	14,5	35,0	16,4	37,4
Erdgas	13,0	12,8	13,8	15,0	13,2	16,2
Feste Brennstoffe	13,0	13,3	13,9	14,0	20,4	19,1
Primärstrom	4,5	4,6	8,4	8,4	14,3	14,3
<b>Planwirtschaftliche</b>						
Industrieländer	28,8	27,6	45,2	43,0	63,4	62,1
Mineralöl	8,0	7,2	13,7	13,1	17,9	17,3
Erdgas	3,8	3,8	7,7	7,0	12,6	12,3
Feste Brennstoffe	16,1	15,7	21,8	20,9	29,8	29,4
Primärstrom	0,9	0,9	2,0	2,0	3,1	3,1
<b>Ölexporture mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>						
Mineralöl	12,8	0,3	18,6	0,9	21,7	1,7
Erdgas	12,7	0,2	18,3	0,7	20,4	1,1
Feste Brennstoffe	0,1	0,1	0,3	0,2	1,3	0,6
Primärstrom	—	—	—	—	—	—
<b>Entwicklungsländer</b>						
Ölexporture	13,7	2,8	16,7	5,5	25,2	10,0
Mineralöl	12,7	1,8	14,2	3,6	18,3	5,5
Erdgas	0,7	0,7	2,0	1,4	5,9	3,5
Feste Brennstoffe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,3
Primärstrom	0,2	0,2	0,4	0,4	0,7	0,7
Ölimporteure	4,7	7,8	7,5	13,7	15,1	24,3
Mineralöl	1,2	4,2	1,5	7,3	2,8	11,2
Erdgas	0,3	0,3	0,5	—0,7	1,6	1,6
Feste Brennstoffe	2,3	2,4	3,5	3,7	5,6	6,4
Primärstrom	0,9	0,9	2,0	2,0	5,1	5,1
<b>Welt</b>						
Mineralöl	103,2	99,1	138,6	135,5	189,7	185,1
Erdgas	47,3	43,3	62,2	59,7	75,8	72,5
Feste Brennstoffe	17,9	17,7	24,3	24,3	34,6	34,2
Primärstrom	31,5	31,5	39,3	38,7	56,1	55,2
Transithandelsländer u.a.	6,5	6,6	12,8	12,8	23,2	23,2

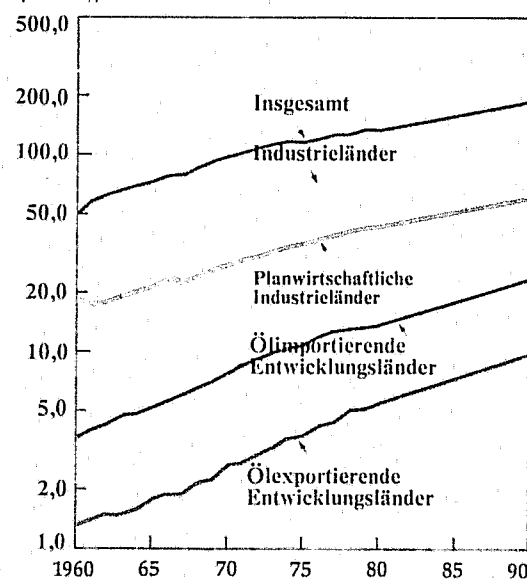
Jahresdurchschnittliche Zuwachsraten des globalen Angebots in %

	1970-80	1980-90
Welt	3,0	3,2
Mineralöl	2,8	2,0
Erdgas	3,1	3,6
Feste Brennstoffe	2,2	3,6
Primärstrom	7,0	6,1

Anmerkung: Der Weltverbrauch umfaßt lediglich den erkennbaren Inlandsverbrauch. Der globale Bedarf an Primärenergie setzt sich zusammen aus dem Weltverbrauch zuzüglich Transithandelsländer u. a. Feste Brennstoffe ohne synthetische Brennstoffe aus Steinkohle.

**Abbildung 4.2 Verbrauch an handelsüblicher Primärenergie 1960 bis 1990**

In Mio Barrels Öleinheiten pro Tag



**Tabelle 4.2 Index der realen Energiepreise für den Endverbraucher in bedeutenden marktwirtschaftlichen Industrieländern 1974 bis 1980**

(1973 = 100)

Endverbraucher	1973	1974	1976	1978	1979	1980
Private Haushalte und Handel	100	123	138	146	168	178
Industrie	100	130	160	170	185	274
Transport	100	122	119	111	131	156
Insgesamt	100	125	140	144	162	195

Quelle: Internationale Energieagentur.

Nachfrage, die ohne Anstieg der realen Energiepreise zu erwarten gewesen wäre.

Die wichtigsten Determinanten der Energienachfrage können in Einkommens- und Preiseffekte untergliedert werden (wobei Konser-  
vierungsmaßnahmen Bestandteil der letzteren sind). Die jährliche Zunahme des Energieverbrauchs kann dementsprechend als Funktion von Einkommenswachstum und Preisänderungen ausgedrückt werden. Diese einfache Gleichung sieht wie folgt aus: Zunahme des Energieverbrauchs gleich  $A$  mal Einkommenswachstum in Prozent minus  $B$  mal Preisanstieg in Prozent. In dieser Gleichung mißt  $A$  die Einkommenselastizität oder die Rate, mit der der Energieverbrauch im Verhältnis zum BIP-Wachstum ansteigt;  $B$  mißt die Preiselastizität, das heißt die Rate, mit der der Energieverbrauch mit zunehmender Verteuerung der Energie abnimmt.

Bedingt durch die rasche Industrialisierung und Verstädterung in den Anfangsstadien des Wirtschaftswachstums sind die Einkommenselastizitäten in den Entwicklungsländern in der Regel höher als in den Industrieländern. In den Entwick-

lungsländern nimmt der Energieverbrauch mit jeder Einkommenszunahme um einen Prozentpunkt um etwa 1,3 Prozent zu, verglichen mit 1 Prozent in den Industrieländern (Tabelle 4.3).

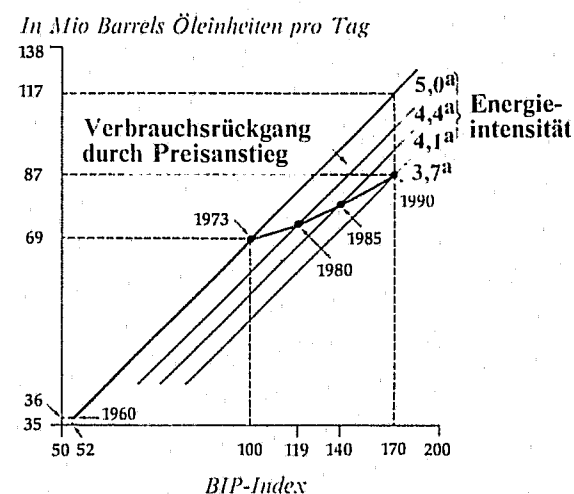
Gewöhnlich sind die Preiselastizitäten etwas niedriger: Im Verlauf der bisherigen Entwicklung führte jeder Preisanstieg um 10 Prozent in den Industrieländern zu einem Rückgang der Energienachfrage um etwa 4 Prozent, hingegen um lediglich 3 Prozent in den Entwicklungsländern. Die Auswirkungen eines höheren Energiepreinsniveaus kommen erst über eine Zeitspanne von 15 bis 20 Jahren hinweg voll zum Tragen, in deren Verlauf die energieverbrauchenden Kapazitäten ersetzt werden. Die Preissteigerungseffekte der vergangenen sieben Jahre sind deshalb möglicherweise nur halb so hoch wie die langfristig zu erwartenden Effekte.

Die Gesamtwirkungen der bisherigen und künftigen Einkommens- und Preisänderungen auf den Energieverbrauch werden in den Abbildungen 4.3 und 4.4 sowie in Tabelle 4.4 veranschaulicht. Die bunten Bereiche der beiden Abbildungen illustrieren den Rückgang der Energienachfrage, der auf die preisbedingte Verringerung des Energieverbrauchs zurückzuführen ist. Die parallelen 45°-Linien entsprechen einem Energieverbrauch, der im gleichen Maße zunimmt wie das BIP (»konstante Energie-Intensität«). Die für jedes Jahr eingezeichneten Punkte bezeichnen die Projektionen für den Energieverbrauch und das BIP und veranschaulichen, in welchem Umfang die Effekte des Einkommenswachstums durch höhere Preise aufgefangen werden und die

Intensität des Energieverbrauchs zurückgeht.

• Industrieländer. Vor dem Jahre 1973 nahmen BIP und Energieverbrauch jeweils um etwa 5 Prozent pro Jahr zu, und die durchschnittliche Intensität des Energieverbrauchs dieser Länder lag relativ konstant bei 5 Barrels Öleinheiten je Tausend BIP-Dollar (vgl. Abbildung 4.3). Ohne Energiepreissteigerungen wäre der Energieverbrauch bis zum Jahre 1990 auf etwa 117 mbdoe gestiegen. Bedingt durch die außerordentlich starke Verteuerung ist jedoch die Intensität des Energieverbrauchs zwischen 1973 und 1980 von 5 auf 4,4 Barrels pro Tausend BIP-Dollar

**Abbildung 4.3 Einkommens- und Preiseffekte auf den Energieverbrauch in Industrieländern 1960 bis 1990**



<sup>a</sup> Barrels je 1000 \$ des BIP.

zurückgegangen. Dies entspricht einer mittelfristigen Preiselastizität von etwa 0,2, die mit der langfristigen Elastizität von 0,4 in Tabelle 4.3 übereinstimmt.

Da in dieser Zeitspanne auch das Einkommenswachstum – mit 2,5 Prozent pro Jahr – in den Industrieländern sehr niedrig war, verursachte dieser Einflußfaktor nur eine relativ geringe Zunahme des Energieverbrauchs. Diese Zunahme wurde fast vollständig durch den dämpfenden Effekt der höheren Preise ausgeglichen, so daß sich das Expansions-tempo des gesamten Energieverbrauchs beträchtlich verlangsamte. Dies bedeutet nicht, daß Energieverbrauch und Einkommenswachstum

**Tabelle 4.3 Typische Einkommens- und langfristige Preiselastizitäten des Energieverbrauchs**

	Einkommenselastizität	Preiselastizität
Marktwirtschaftliche Industrieländer	1,0	0,4 (0,2–0,6)
Entwicklungsländer	1,3	0,3 (0,1–0,5)

<sup>a</sup> Zu Verbraucherpreisen. In Klammern Spannweite der Schätzungen.

voneinander »abgekoppelt« worden wären: Vielmehr ist davon auszugehen, daß der Einkommenseffekt seine dominierende Rolle wahrscheinlich zurückgewinnen wird, sobald die Industrieländer wieder das höhere Wirtschaftswachstum der früheren Jahre erreichen und sich der Preisanstieg abschwächt.

Für die Industrieländer wird bis zum Jahre 1990 parallel zu ihrer Anpassung an die höheren Preise ein weiterer Rückgang der Intensität ihres Energieverbrauchs auf 3,7 Barrels je Tausend BIP-Dollar erwartet. Sollte diese Erwartung zutreffen, würde das jährliche BIP-Wachstum von 3,7 Prozent von einer jahresdurchschnittlichen Ausweitung des Energieverbrauchs um lediglich 2 Prozent getragen, was einer Verringerung um mehr als die Hälfte im Vergleich zu den Jahren vor 1973 entspräche.

- **Ölimportierende Entwicklungsländer.** Da die expansiven Auswirkungen des Einkommenswachstums auf den Verbrauch stärker zu Buche schlagen als die dämpfenden Preissteigerungseffekte, wird die Intensität des Energieverbrauchs bis zum Jahre 1990 trotz der höheren Preise von derzeit 4,3 auf 4,4 Barrels je Tausend BIP-Dollar zunehmen (vgl. Abbildung 4.4). Dies bedeutet nicht, daß steigende Preise keinen Einfluß hätten; ohne Preisänderungen würde der Verbrauch in den ölimportieren-

**Tabelle 4.4 Verbrauch an kommerzieller Energie 1960 bis 1990**  
*in Mio Barrels Öleinheiten pro Tag*

Ländergruppe	Effektiv 1973	Projektiert		Projektiert ohne Preis- erhöhung		Ein- sparung	
		1980	1990	1980	1990	1980	1990
Marktwirtschaftliche Industrieländer	69	72	87	82	117	10	30
Ölimporteure	10	14	24	15	31	1	7
Übrige Welt (einschl. Transithandel)	40	53	78	55	85	2	7
Welt insgesamt	119	139	189	152	233	13	44

den Entwicklungsländern infolge des Wirtschaftswachstums bis zum Jahre 1990 auf 31 mbdoe anstelle der derzeit projektierten 24 mbdoe steigen. Die Intensität ihres Energieverbrauchs würde damit im Jahre 1990 nicht 4,4 mbdoe, sondern den Wert von 5,6 erreichen. (Die Intensitäten des Energieverbrauchs der Entwicklungs- und Industrieländer können infolge von Unterschieden in der Kaufkraft des BIP nur bedingt miteinander verglichen werden. Würde man die BIP nicht mit nominalen Wechselkursen, sondern den geeigneten Kaufkraftparitäten umrechnen – was einer ungefähren Verdoppelung des BIP der Entwicklungsländer gleichkäme –, so läge die Intensität des Energieverbrauchs in den Entwicklungsländern deutlich unter den Werten für die Industrieländer.)

In Tabelle 4.4 wird der weltweite Effekt steigender Preise auf die gesamte Energienachfrage geschätzt, indem der für das Jahr 1990 projektierte Verbrauch mit dem Verbrauch verglichen wird, mit dem bei gleich hohem BIP-Wachstum ohne Preisanstieg zu rechnen wäre. Im Jahre 1990 beträgt die Einsparung 44 mbdoe oder gut 20 Prozent der Welt-nachfrage. Ohne Änderung der Zusammensetzung des Energieangebots würde dies einer Einsparung beim Ölverbrauch von etwa 20 mbd entsprechen. Den Projektionen zufolge werden zwei Drittel dieser Einsparung auf die Industrieländer entfallen, die den höchsten Energieverbrauch pro Kopf und gleichzeitig die stabilste Preiselastizität der Nachfrage aufweisen.

Es stellt sich die Frage, ob Preissteigerungen und Einsparungen ausreichen, um die Engpässe im Energiebereich zu überwinden. Unter den hier vorgelegten Projektionen würde die Expansion der globalen Energienachfrage von jährlich 4 Prozent im Jahre 1973 auf 2,8 Prozent im Jahre 1990 zurückgehen und gleichzeitig eine Erholung des BIP-Wachstums auf die Zuwachsraten des günstigen Szenariums zulassen. Gleichzeitig ist allerdings eine ähnliche Anpassung auf der Angebotsseite erforderlich, um das Erdöl durch weniger begrenzte Energiequellen zu ersetzen; die Ölnachfrage ließe sich dann auf die Mengen beschränken, die im Verlauf des nächsten Jahrzehnts voraussichtlich zur Verfügung stehen.

### Energieangebot

Die Preissteigerungen des letzten Jahrzehnts haben beträchtliche Investitionen zur Ausweitung des Energieangebots ausgelöst. Eine nennenswerte Steigerung des Energieangebots ist naturgemäß nur über einen längeren Zeitraum hinweg möglich. Dementsprechend erfolgten zwei Drittel der Anpassung an die verringerte Ölförderung durch eine Dämpfung des Nachfragewachstums und lediglich ein Drittel durch die beschleunigte Produktion anderer Energieträger. In den achtziger Jahren werden allerdings Umschichtungen im Energieangebot voraussichtlich ebenso stark zu Buche schlagen wie Veränderungen der Nachfrage.

**Abbildung 4.4 Einkommens- und Preiseffekte auf den Energieverbrauch in ölimportierenden Entwicklungsländern 1960 bis 1990**

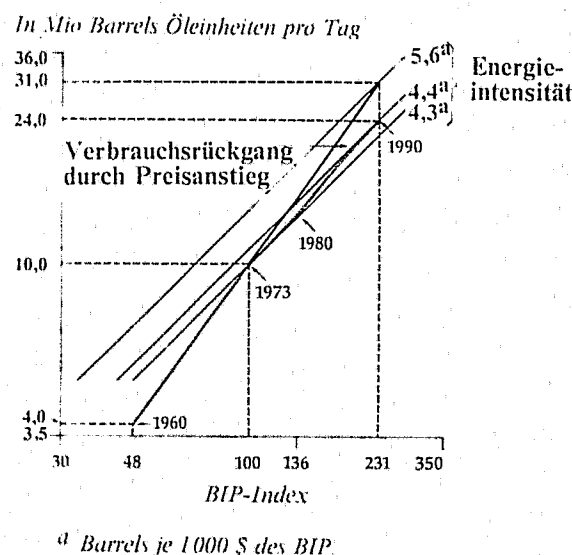
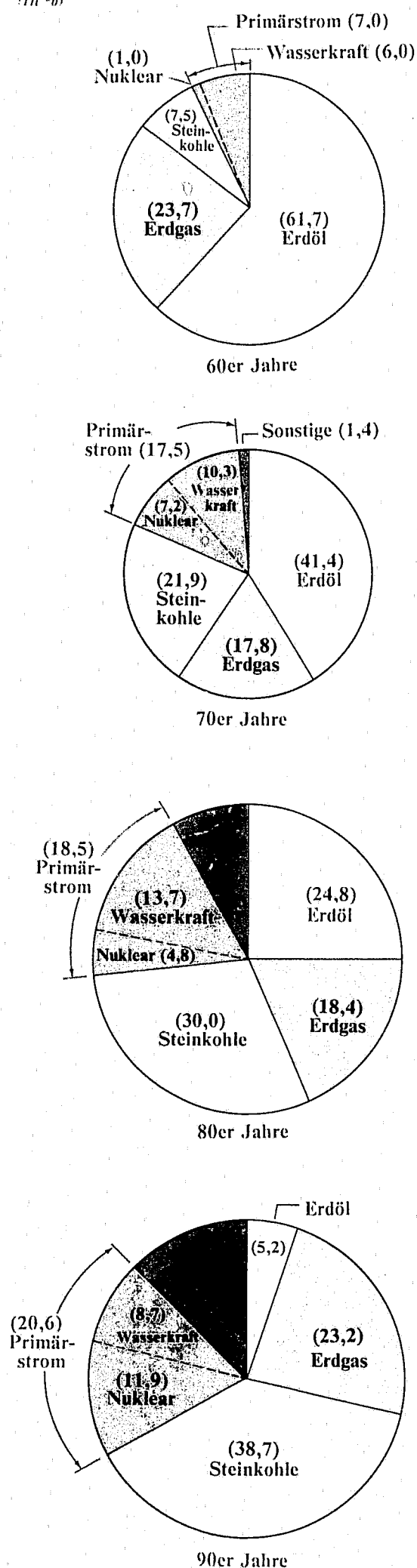


Abbildung 4.5 Beiträge zum Wachstum des globalen Energieangebots

(In %)



Das Erdöl wird in Zukunft nicht mehr den größten Beitrag zur Ausweitung des Energieangebots leisten. Nachdem in den sechziger Jahren über 60 Prozent der Zunahme des Energieangebots auf das Öl entfielen, wird ein weiterer Rückgang dieses Anteils erwartet (Abbildungen 4.4 und 4.5). Bis zum Ende des Jahrhunderts dürfte es lediglich 30 Prozent des weltweiten Primärenergieangebots stellen, verglichen mit dem Höchststand von 50 Prozent im Jahre 1973. Dieser Rückgang wird in erster Linie durch den wieder stärkeren Einsatz von Steinkohle und kohleabhängigen Brennstoffen und (in den neunziger Jahren) durch eine beträchtliche Ausweitung des Angebots an Kernenergie und synthetischen Brennstoffen auszugleichen sein.

Obwohl alle Energieformen in gewissen Grenzen gegeneinander austauschbar sind, hängen die Aussichten für die Weltwirtschaft in erster Linie von der Zukunft der am leichtesten transportierbaren Energieträger, nämlich Öl und Kohle, ab. Das Tempo, mit dem Öl durch Kohle ersetzt werden kann, wird zumindest in den nächsten zehn Jahren weitgehend darüber bestimmen, ob das Energieangebot mit der Expansionsrate von 3,2 Prozent pro Jahr wächst, die zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums erforderlich ist. Auf andere Quellen – vor allem Erdgas, Wasserkraft und Nuklearstrom – werden in den achtziger Jahren voraussichtlich 45 Prozent der Zunahme des Primärenergieangebots entfallen. Die Anlaufzeiten der hierfür erforderlichen Investitionen sind jedoch so hoch, daß sie sich weniger flexibel an die sich ändernden Marktbedingungen anpassen lassen; dementsprechend wurden die Investitionsentscheidungen, die das Angebot in den achtziger Jahren beeinflussen, schon längst gefällt. Im Mittelpunkt der nachfolgenden Erörterung stehen aus diesem Grunde Kohle und Erdöl.

#### Kohle

Die weltweiten Kohlereserven übersteigen bei weitem die Ölvorkom-

men. Zu den derzeit geltenden Preisen können etwa 640 Mrd Tonnen nachgewiesener Reserven wirtschaftlich abgebaut werden – und damit genug, um das augenblickliche Produktionsniveau über mehr als hundert Jahre hinweg aufrechtzuerhalten. Etwa 90 Prozent der Kohleförderung und -verwendung finden in den markt- und planwirtschaftlich organisierten Industrieländern statt. Der verstärkte Einsatz von Kohle wird durch den hohen Investitionsbedarf für Transport, kohlebetriebene Anlagen und Umweltschutz begrenzt.

Im Verlauf der achtziger Jahre wird die Kohleproduktion mit einer Wachstumsrate von etwa 3,6 Prozent (gegenüber gut 2 Prozent in den siebziger Jahren) voraussichtlich stärker zunehmen als die Ölförderung; dabei werden Steinkohle und Steinkohlederivate das Öl als wichtigste Quelle zur Ausweitung des Energieangebots verdrängen. Flüssige Energieträger aus Schwerölen und Ölschiefer dürften ebenso wie die Kohlevergasung gegenüber dem Öl konkurrenzfähig werden. Diese Substitution sollte sich dämpfend auf den Anstieg der Ölpreise auswirken.

Die Substitution von Öl durch Kohle ist derzeit in den Industrieländern eher realisierbar als in den Entwicklungsländern (abgesehen von einigen wichtigen Ausnahmen wie China und Indien, die bereits bedeutende Produzenten sind). Mit hin ist zu erwarten, daß der größte Teil der Verlagerung vom Öl zur Kohle in den Industrieländern stattfindet. Obwohl es auch in den Entwicklungsländern zu einer gewissen Substitution kommen wird, dürfte der Energieverbrauch dieser Länder im Verlauf der achtziger Jahre nach wie vor etwa zur Hälfte vom Öl gedeckt werden (Tabelle 4.1). Auf längere Sicht verfügen allerdings auch die Entwicklungsländer über ein beträchtliches Potential zur Steigerung der Kohleförderung.

#### Erdöl

Die dominierende Rolle des Erdöls im Rahmen des gesamten Energie-

angebots hat verschiedene Ursachen. Es ist die vielseitigst verwendbare Energieform, vergleichsweise rein und leicht transportierbar (und hält dementsprechend einen Anteil von etwa 90 Prozent am internationalen Energiehandel). Während das Öl in den fünfziger und sechziger Jahren die Kohle reibungslos ersetzte, bereitet die Umkehr dieses Prozesses weit größere Schwierigkeiten.

Im Jahre 1970 produzierten die dreizehn Mitglieder der Organisation ölexportierender Länder (OPEC) die Hälfte des weltweiten Ölangebots; im gleichen Jahr hielten sie drei Viertel der Weltreserven. Die nachfolgende Übertragung des Eigentums an den Ölförderanlagen auf die Regierungen dieser Länder hatte verschiedene langfristige Folgen für das Erdölangebot. Von grundlegender Bedeutung ist dabei, daß die Entscheidungen über das Angebot heute von jedem einzelnen Land als Teil seiner umfassenden Entwicklungsstrategie angesehen werden (was im sechsten Kapitel ausführlicher erörtert wird). Die größeren, bevölkerungsreicheren und diversifizierteren Volkswirtschaften wie Algerien, Indonesien, Iran, Venezuela und Nigeria waren in der Lage, ihre gestiegenen Einkommen auszugeben; sie neigen dementsprechend dazu, ihre Ölförderung zu maximieren. Länder hingegen, die gemessen an ihrem Entwicklungsbedarf viel produzierten und über hohe Reserven verfügten – Saudi-Arabien, Irak, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate, Libyen und Katar – konnten ihre Einfuhren rasch ausweiten, ohne ihre gesamten Öleinnahmen auszugeben. Diese Ländergruppe produziert heute zwei Drittel des OPEC-Angebots und hält auf den Welterdölmärkten eine Schlüsselposition.

Das Verhalten der Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß ist nicht nur für die Entwicklung auf den Welterdölmärkten von entscheidender Bedeutung; es bestimmt zugleich über die künftige Höhe der OPEC-Überschüsse und die entsprechenden Defizite der ölimportierenden Länder. Das Problem der Rück-

schleusung der Ölüberschüsse dürfte sich allerdings im Zeitablauf in dem Maße verringern, in dem ein zunehmender Teil der Einkommen der Überschußländer durch ihren Entwicklungsbedarf absorbiert wird. Diese Frage wird im nachfolgenden Kapitel weiter vertieft.

Die sechs Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß haben inzwischen ausländische Vermögenswerte in Höhe von ungefähr 300 Mrd Dollar akkumuliert. Mit diesen Vermögenswerten haben diese Länder ihren Reichtum zwar in begrüßenswerter Weise diversifiziert; die erzielten Erträge lagen jedoch weit unter der Wertsteigerung ihrer Ölreserven. Die Überschußländer haben inzwischen ihre Produktionsziele um 2 bis 3 Mio Barrels pro Tag (mbd) unter ihr früheres Produktionsniveau von etwa 19 mbd gesenkt; ihre Kapazität übersteigt die angestrebte Produktion um 5 bis 6 mbd. Diese Marge wird sich künftig in dem Maße verringern, wie ihr Importbedarf im Rahmen ihrer Entwicklungsbemühungen steigt. Sie kann allerdings auch durch verbesserte Förderungstechniken und zusätzliche Explorationsanstrengungen, die derzeit recht gering sind, ausgeweitet werden.

Die teilweise divergierenden Zielvorstellungen innerhalb der OPEC

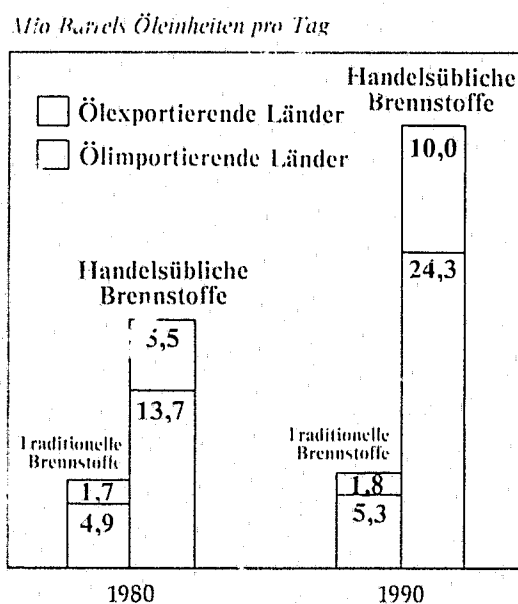
hatten zur Folge, daß bislang der Preisauftrieb in Zeiten enger Märkte aufrechterhalten werden konnte, während die Preise bei flauen Marktbedingungen hinter der internationalen Inflationsrate zurückblieben. Die Ölpreise haben inzwischen ein Niveau erreicht, bei dem verschiedene alternative Energiequellen gegenüber dem Öl konkurrenzfähig sind; Länder mit beträchtlichen Vorkommen werden diesen Umstand bei der Planung ihrer Förderung zweifellos in Rechnung stellen. Aus der Vielzahl der Determinanten wurde die grundlegende Annahme dieses *Berichts* über die weitere Preisentwicklung abgeleitet – ein realer Preisanstieg pro Jahr im Zeitraum 1980 bis 1990 von etwa 3 Prozent, beziehungsweise von 30,50 Dollar auf 42 Dollar in Preisen von 1980. In Anbetracht dieser langfristigen Perspektive sollten Ereignisse wie die Abflachung des Preistrends Mitte 1981 ohne Einfluß auf die Projektionen bleiben.

### Besondere Probleme bei traditionellen Brennstoffen

Während der Ölpreisanstieg Schlagzeilen macht, stellt sich für fast die Hälfte der Weltbevölkerung das Energieproblem als tägliche Suche nach Holz dar, das zum Kochen von Nahrungsmitteln gebraucht wird. Über 2 Mrd Menschen sind nach wie vor fast vollständig auf Holz und andere traditionelle Brennstoffe wie pflanzliche und tierische Abfälle angewiesen. In ländlichen Gegenden verwenden die Haushalte mit niedrigem Einkommen ausschließlich traditionelle Energieformen. Auch die Industrie ist in vielen Entwicklungsländern in hohem Maße auf Brennholz angewiesen, und in einigen Ländern – wie Mali, Tansania, Nepal, Äthiopien und Haiti – entfallen auf traditionelle Brennstoffe über 90 Prozent des gesamten Energieverbrauchs.

Die involvierten Mengen erreichen beträchtliche Größenordnungen (Abbildung 4.6). In den Entwicklungsländern werden jedes Jahr wahrscheinlich nicht weniger als

Abbildung 4.6 Verbrauch traditioneller und nichttraditioneller Brennstoffe in Entwicklungsländern





930 Mio Kubikmeter Holz, 400 Mio Tonnen tierische Abfälle und die gleiche Menge an Pflanzenresten verbrannt. Dies entspricht einem Äquivalent von fast 5 Mio Barrels Öl pro Tag und in etwa einem Viertel der Energie, die in den Entwicklungsländern verbraucht wird, sowie knapp 5 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs.

Die zunehmende Verknappung traditioneller Brennstoffe stellt in weiten Teilen der sich entwickelnden Welt die *eigentliche* Energiekrise dar. In jenen Teilen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, in denen das Bevölkerungswachstum und der Zwang zur Erschließung von Ackerland seit langem die Wälder zurückgedrängt haben, sind Engpässe kein neues Problem. Sie treten aber heute in verschärfter Form auf, nachdem die gestiegenen Preise für konventionelle Energieformen die Nachfrage nach traditionellen Brennstoffen, vor allem nach Holzkohle in städtischen Gebieten, steigern. Darüber hinaus nimmt selbstverständlich auch die Nachfrage nach Baustoffen, Zellulose und Papier weiter zu.

Der Waldbestand hat sich in vielen dichtbesiedelten Gebieten gefährlich stark verringert. In Nepal werden die Berghänge mit steigender Nachfrage nach Brennholz und Viehfutter weggewaschen, und die Erschließung neuen Ackerlands hält an. In mehreren Ländern Afrikas und Asiens übersteigt die Brennholzverwendung den auf Dauer erzielbaren Holzertrag der Wälder. Die regionale Entwaldung führt in vielen weiteren Ländern auch deshalb zu ernststen Problemen, weil Brennholz über große Entfernungen hinweg nicht wirtschaftlich transportiert werden kann. So werden etwa in Zaire jedes Jahr nur etwa 2 Prozent des nachhaltig erzielbaren Holzertrages geschlagen, gleichzeitig herrscht in der Umgebung von Kinshasa akuter Holz-mangel. In Niamey, der Hauptstadt von Niger, ist in einem Umkreis von mindestens 70 Kilometern eine regelrechte Wüste entstanden. Auf der Suche nach Brennstoffen macht die Bevölkerung teilweise nicht einmal vor

## Bäume für die Bevölkerung: Eine partizipatorische Lösung

Im Jahre 1971 verabschiedete die Regierung Südkoreas auf Initiative der *Saemaul Udong*-(Neue Gemeinschafts-)Bewegung ein Wiederaufforstungsprogramm. Im einzelnen setzte sich das Programm zusammen aus einer öffentlichen Aufklärungskampagne, um das Pflanzen von Bäumen und eine sparsame Holzverwendung zu fördern, aus der kostenlosen Bereitstellung von Setzlingen, einem Bepflanzungsplan für jedes Dorf, größerer Unterstützung für die Forstverwaltung, aus einem neuen Forstgesetz sowie einer Verschärfung der Bestimmungen, die das Abharken von Blättern und das Schlagen von Unterholz in den Wäldern verbieten.

Um das Jahr 1976, als das Land bei der Weltbank um Unterstützung für den Ausbau des Programms nachfragte, wurden jährlich fast 40 000 Hektar mit Bäumen bepflanzt. Dieser Erfolg war zum Großteil auf die Beteiligung der Dorfbewohner zurückzuführen. Das Programm wurde zwar von öffentlichen Stellen durchgeführt; deren wichtigste Aufgabe bestand jedoch in der Bereitstellung von Geld und technischem Rat. Durch die Zusammenarbeit mit Dorf- und Bezirksausschüssen wurden Pläne entwickelt, die den Prioritäten der dörflichen Bevölkerung entsprachen.

In Gujarat, Indien, wurde das Wiederaufforstungsprogramm der Forstverwaltung durch eine Aufklärungskampagne unterstützt, die Dorfbewohnern vor Augen führte, daß Bäume innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit ertragbringend gepflanzt werden können. Die Bereitstellung der Setzlinge

erfolgte kostenlos, und es wurden neue, vielseitig verwendbare Arten wie etwa *Laucaena*- und Eukalyptusbäume eingeführt. Diese Arten können bei modernen Anbauverfahren den fünf- bis fünfzehnfachen Ertrag herkömmlicher Bäume erzielen; sie gedeihen außerdem häufig auf Böden, die für andere Pflanzen ungeeignet sind.

Das Programm verzeichnete insoweit einen beträchtlichen Erfolg, als es einzelne Bauern veranlaßte, Bäume zu pflanzen. Obwohl im Jahre 1980 50 Millionen Setzlinge verteilt wurden, konnte die Nachfrage nicht befriedigt werden. Demgegenüber waren die Bemühungen, die Bepflanzung von Gemeindeland zu forcieren, weniger erfolgreich. Dabei erwies sich die begrenzte Anbaufläche als entscheidendes Hindernis; in Gujarat verfügen nur vergleichsweise wenige *Panchayats* (Dorfräte) über genügend Land, um ohne Abstriche bei den übrigen Bedürfnissen der Dorfbewohner Bäume pflanzen zu können. Darüber hinaus kommt es vor, daß die *Panchayats* ohne vorherige Befragung der anderen Dorfbewohner Gemeindegrundstücke für die Bepflanzung bestimmen und das Holz häufig verkauft wird, um aus den Erlösen andere dörfliche Aufgaben zu finanzieren, anstatt es der Gemeinde direkt zur Verfügung zu stellen. Unabhängig von der Entschlossenheit der Behörden ist der sozialen Forstwirtschaft nur dort Aussicht auf Erfolg einzuräumen, wo die örtliche Bevölkerung konsultiert und beteiligt wird.

Obstbäumen, Jungpflanzen und Baumwurzeln halt.

Mit abnehmendem Waldbestand müssen die Bewohner ländlicher Gegenden mehr und mehr Zeit für die Beschaffung von Brennstoffen aufwenden, was zu Lasten der Feldbestellung geht. Die Ärmsten sind am stärksten betroffen, da sie es sich am wenigsten leisten können, Brennstoffe zu kaufen. In Teilen Afrikas können die hierfür erforderlichen Ausgaben 35 bis 40 Prozent des Gesamteinkommens einer armen Familie erreichen; viele müssen sich dort auf nur eine warme Mahlzeit pro Tag beschränken. In armen Gegenden Nepals und Haitis haben sich sogar die Anbaugewohnheiten zugunsten von Nahrungsmitteln mit einer geringen Kochzeit gewandelt.

Wird das Holz knapp, so werden mehr Dung und pflanzliche Abfälle verbrannt, die besser als Düngemittel einzusetzen wären. Die Folge hiervon sind sinkende Erträge und

dementsprechend eine steigende Nachfrage nach neuem Ackerland. Werden jedoch die Bäume und andere Vegetationsformen vernichtet, kommt es zu Bodenerosionen, und Flüsse und Kanäle versanden. Schließlich verschlechtert sich mit zunehmender Entwaldung die Fähigkeit unserer Erde, die Kohlendioxidmengen zu absorbieren, die zusätzlich durch das Verbrennen fossiler Brennstoffe entstehen. Dies kann einen weltweiten Temperaturanstieg auslösen und die Witterung verändern.

Die Tragweite der Brennholzkrise kann deshalb nicht unterschätzt werden. Es bieten sich drei Lösungswege an:

- Mehr Bäume pflanzen: In vielen Teilen der Welt wurden moderne landwirtschaftliche Pflanzverfahren und neue Baumsorten erst in jüngerer Zeit eingeführt. Die Erfahrungen belegen jedoch, daß die landwirtschaftliche Kultivierung von Bäu-

men unter den verschiedensten Voraussetzungen durchführbar und gewinnbringend ist. Das Holzangebot konnte bislang allerdings nur langsam ausgeweitet werden. Um in den Entwicklungsländern den voraussichtlichen Brennholzbedarf ohne weitere Schädigung der Wälder zu decken, wären in den kommenden zwanzig Jahren schätzungsweise 50 Mio Hektar aufzuforsten. Bei der augenblicklichen Aufforstungsrate dürfte dieses Ziel allerdings nur zu einem Fünftel erreicht werden.

Wiederaufforstungsmaßnahmen erfordern Land, Arbeitskräfte und Zeit. Mithin verfügen die Bewohner ländlicher Gegenden selbst über die Voraussetzungen, um diese Aufgabe – sogar vergleichsweise kostengünstig – durchzuführen. Die Entwicklung von Aufforstungsprojekten, mit denen dieses Potential aktiviert werden könnte, wirft allerdings besondere Probleme auf: Da Wälder mit Ackerland zum Anbau von Nahrungsmitteln oder mit Weideflächen konkurrieren, sind die aufzuforstenden Gebiete sorgfältig auszuwählen. Da außerdem Neupflanzungen wenig zur Deckung des unmittelbaren Holzbedarfs beitragen, fällt es oft schwer, die Mitarbeit von Bauern und Landarbeitern zu gewinnen, dies um so mehr, wenn ihnen nicht von vornherein Anrechte auf die ausgewachsenen Bäume zugesichert werden. Man kann niemanden zum Pflanzen von Bäumen zwingen. Wie Beispiele in Südkorea und im indischen Teilstaat Gujarat belegen, muß die Bevölkerung daran glauben, daß dies im eigenen Interesse geschieht (vgl. Sonderbeitrag).

- Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Energieverbrauchs: Beim Einsatz traditioneller Öfen gehen etwa 90 Prozent der Hitze verloren, während offene Feuerstellen etwa fünfmal so viel Energie verbrauchen wie Kerosinöfen. Durch geringfügige Verbesserungen in der Gestaltung der Schornsteine und Öfen könnte die Energieausbeute beim Einsatz von Brennholz verdoppelt werden; diese Verbesserungen wurden jedoch bislang nur langsam eingeführt. Die Vorschläge zur Gestaltung und Anwendung

haben bislang nicht immer die örtlichen Verhältnisse und Präferenzen in Rechnung gestellt; außerdem können arme Familien häufig die 3 bis 5 Dollar nicht aufbringen, die ein »billiger« Ofen kostet. Holzkohle wird üblicherweise hergestellt, indem gesunde Bäume gefällt und sogleich in sandbedeckten Mulden verbrannt werden. Hingegen wäre es weit wirtschaftlicher, das Holz in Darröfen zu verbrennen; dieses Verfahren konnte sich jedoch bislang wegen der hohen Kosten und der nur wenig angepaßten Technologie nicht durchsetzen.

- Ersatz herkömmlicher Brennstoffe durch alternative Energieformen: Diese Lösungsmöglichkeit ist durch die starken Preissteigerungen bei handelsüblichen Brennstoffen während der letzten acht Jahre sehr viel schwieriger geworden. Die Preise, zu denen sich arme Familien auch nur minimale Mengen an kommerzieller Energie leisten könnten, liegen weit unter den Preisen, die unter dem Gesichtspunkt einer wirtschaftlichen Energieverwendung erforderlich sind. Gleichwohl haben viele Regierungen diejenigen Brennstoffe, die typischerweise von armen Verbrauchern verwendet werden, wie Petroleum und Diesel, subventioniert.

Dies mag zwar eine sinnvolle Übergangslösung für die Armen darstellen; sie wirft jedoch viele zusätzliche Probleme auf. So war es bislang nicht möglich, den Empfängerkreis derartiger Subventionen auf diejenigen zu beschränken, die sie auch benötigen. Fahrzeugmotoren können auf billigere Kraftstoffe umgerüstet werden, und es ist durchaus üblich, daß subventionierte Brennstoffe, die in ländlichen Gebieten verkauft wurden, plötzlich wieder in den Städten auftauchen. Weit wichtiger ist, daß einem Großteil der Verbraucher falsche Preissignale gegeben werden; subventionierte Preise bieten nur einen geringen Anreiz, den Verbrauch und die Importe einzuschränken, und die Haushaltsbelastungen können schnell ins Bodenlose ausufern.

Für das Sonderproblem der Energieversorgung armer Bevölkerungs-

schichten gibt es keine Patentlösung. Viele Gesichtspunkte, wie etwa die Kosten von Subventionen und die Folgen der Entwaldung, müssen gegeneinander abgewogen werden; darüber hinaus dürften sich die jeweils geeigneten Maßnahmen von Land zu Land unterscheiden. In einigen Gegenden wurden Biogasanlagen mit recht gutem Erfolg eingeführt. Andere Länder haben mit Zusätzen zu subventionierten Brennstoffen experimentiert, die von Verbrennungsmotoren nicht ohne Schädigung verarbeitet werden können.

Insgesamt gesehen schaffen die Zusammenhänge zwischen Preisen, Einkommensverteilung und umweltbezogenen Erwägungen ein besonders unzugängliches Energieproblem. Der Konflikt zwischen dem Bedarf armer Bevölkerungskreise an erschwinglichen Energieformen und der Notwendigkeit, über höhere Preise neue Energiequellen zu erschließen, ähnelt zum Teil dem Problem der Nahrungsmittelpreise, das im siebten Kapitel beschrieben wird. Es gibt keine leichte Lösung. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß die armen ländlichen Familien auf absehbare Zeit auf Brennholz und organische Abfälle angewiesen bleiben werden. Solange man sich dieser Herausforderung nicht stellt, wird die Belastung »aus der anderen Energiekrise« für jene Bevölkerungsschichten, die am wenigsten in der Lage sind, sie zu tragen, weiterhin zunehmen.

## Energie und Wachstum

Die Erörterung der Lage einzelner Länder im sechsten Kapitel dieses *Berichts* führt zu der doch etwas überraschenden Schlußfolgerung, daß der Einfluß der gestiegenen Ölpreise auf das Wirtschaftswachstum in den ölimportierenden Entwicklungsländern zumindest bis zum Jahre 1978 vergleichsweise gering war und zwar vor allem deshalb, weil die Möglichkeiten im Außenhandel, die Gastarbeiterüberweisungen und die kommerziellen wie auch öffentlichen Entwicklungs-

hilfe-Leistungen genügend zunehmen, um die Folgen dieser außenwirtschaftlichen Belastung aufzufangen.

Was kann hieraus für die achtziger Jahre abgeleitet werden? Die Ölpreissteigerungen in den Jahren 1979 und 1980 haben in den ölimportierenden Entwicklungsländern Handelsbilanzdefizite in unhaltbaren Größenordnungen verursacht. Im Jahre 1980 belief sich ihre Netto-Öleinfuhrrechnung auf 5,3 Prozent des BIP (74 Mrd Dollar), verglichen mit 2,8 Prozent des BIP im Jahre 1978. Den Projektionen zufolge wird diese Relation bis zum Jahre 1990 weiter auf 6,2 Prozent des BIP ansteigen.

In einigen Ländern wie in Brasilien, der Türkei und in Indien absorbieren die Öleinfuhren inzwischen über 50 Prozent der Ausfuhrerlöse. Außenhandel und Kapitalzuflüsse werden zwar zur Verringerung und Finanzierung dieser Defizite beitragen; gleichzeitig sind jedoch im Energiebereich zunehmende Anpassungsmaßnahmen unausweichlich. Auf Binnenwirtschaftsebene wurden die höheren internationalen Preise inzwischen weitgehend in inländische Preissteigerungen übersetzt, um die erforderliche Anpassung anzuregen. Die Folgen dieser Preisanhebung werden alle Bereiche der Volkswirtschaften der ölimportierenden Entwicklungsländer tangieren. Dabei ist der derzeitige Energieverbrauch noch gering, und er wird unweigerlich steigen. Die »Energieintensität« – die Menge an handelsüblicher Energie, die je Ausbringungseinheit verbraucht wird – liegt in diesen Ländern unter der der Industrieländer, was unter anderem auf die anhaltende Bedeutung traditioneller Brennstoffe und den geringen Beitrag der Industrie zur Gesamtproduktion zurückzuführen ist.

Für die ölimportierenden Entwicklungsländer wird dementsprechend eine Zunahme des Energieverbrauchs von 13,7 mbdoe im Jahre 1980 auf 24,3 mbdoe im Jahre 1990 erwartet. Angesichts dieser Entwicklung ist die Frage, inwieweit höhere Ölpreise das Wirtschaftswachstum

dieser Länder und ihre Entwicklungsaussichten berühren, von grundlegender Bedeutung.

### *Auswirkungen steigender Energiekosten*

Der erste, unmittelbar wirkende Effekt höherer Energiepreise besteht darin, daß er die Realeinkommen oder Gewinne der Energieverbraucher reduziert. Die Energieverbraucher werden in dem Maße, in dem sich die höheren Preise nicht überwälzen lassen, versuchen, ihr Verhalten zu ändern, um die entstehenden Verluste zu minimieren. Sie werden die teureren durch preisgünstigere Brennstoffe ersetzen und ihre Produktionsverfahren ändern, um energiewirtschaftlichere Technologien einzusetzen. Gleichzeitig wird es zu Verschiebungen in der Verbrauchsstruktur kommen.

Mit welchem Aufwand derartige Anpassungen verbunden sind, ist vorläufig noch unbekannt. Untersuchungen auf der Grundlage von Erfahrungen, die in den Industrieländern gesammelt wurden, legen nahe, daß höhere Energiepreise auf lange Sicht das Wirtschaftswachstum nicht über Gebühr beeinträchtigen. Der langfristige Ansatz dieser Untersuchungen unterschätzt allerdings die Kosten von Verwerfungen und Zahlungsbilanzschwierigkeiten, wie sie in den siebziger Jahren auftraten.

Die Ergebnisse können auch nicht ohne weiteres auf die ölimportierenden Entwicklungsländer übertragen werden. Diesen dürfte es weit schwerer fallen als den Industrieländern, Öl durch Arbeit, Kapital und andere Rohstoffe zu ersetzen. Die Einführung energiesparender Techniken könnte zum Beispiel durch ein mangelndes Angebot an fähigen Technikern und Führungskräften oder die fehlende Infrastruktur zur Verwendung alternativer Brennstoffe behindert werden.

Die ölimportierenden Entwicklungsländer befinden sich allerdings in einem Punkt in einer günstigeren Ausgangslage als die Industrieländer: Ihr Bewegungsspielraum wird

noch nicht durch einen hohen Bestand an energieintensiven Kapazitäten und Infrastruktureinrichtungen eingeengt; sie dürften deshalb besser in der Lage sein, hohe Wachstumsraten zu erzielen und gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit ihres Energieverbrauchs zu steigern. Die knappe Kapitalausstattung und ihre Zahlungsbilanzengpässe könnten sich aber letztlich doch der Verwirklichung der grundsätzlich vorhandenen Optionen entgegenstellen. Der im allgemeinen niedrige Energieverbrauch dieser Länder legt außerdem die Vermutung nahe, daß er zum Großteil »lebenswichtig« ist; ihr Spielraum, den Verbrauch ohne Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums zu drosseln, dürfte deshalb geringer sein als in den Industrieländern. Durch ein höheres Wachstum und eine lebhaftere Investitionstätigkeit kann am ehesten erreicht werden, daß die Entwicklungsländer energiesparende Technologien einsetzen.

Die anfänglichen Wirkungen steigender Energiepreise sind von der Höhe des Anteils des Energieverbrauchs am BIP abhängig. In den ölimportierenden Entwicklungsländern lag dieser Anteil vor dem Jahre 1973 bei etwa 4 bis 5 Prozent, und den Projektionen zufolge wird er bis zum Jahre 1990 (selbst unter Berücksichtigung der Anpassung an die höheren Preise) etwa 10 bis 12 Prozent des BIP erreichen. Dies entspräche, bezogen auf den gesamten Zeitraum, einem möglichen BIP-Verlust von etwa 5 bis 8 Prozent oder einem halben Prozentpunkt pro Jahr. Dieser Unterschied entscheidet in vielen ölimportierenden Entwicklungsländern darüber, ob das Einkommen pro Kopf steigen oder stagnieren wird. Die Simulationen im zweiten Kapitel haben zu ähnlichen Schlußfolgerungen geführt.

Die verschiedenen Wirtschaftsbereiche werden durch steigende Energiekosten auf verschiedene Weise beeinflusst. Das *Transportwesen* dürfte zum Beispiel am unmittelbarsten beeinträchtigt werden, da etwa 15 bis 30 Prozent der Gesamtkosten auf den Kraftstoffverbrauch entfallen und praktisch kein Spielraum für

den Ersatz der Kraftstoffe durch andere Produktionsfaktoren besteht.

In den meisten Entwicklungsländern erreicht der Einsatz handelsüblicher Energieformen in der *Landwirtschaft* nicht mehr als 5 Prozent der insgesamt zu kaufenden Produktionsfaktoren. Obwohl moderne landwirtschaftliche Anbauverfahren – bedingt durch den Einsatz von Kunstdüngern, hoch ertragreichen Pflanzenarten, künstlicher Bewässerung und Pestiziden – recht energieintensiv sind, dürfte das Produktionsergebnis dank ihrer Wirtschaftlichkeit durch höhere Energiepreise nur vergleichsweise wenig beeinträchtigt werden. Pro Hektar erfordern diese modernen Verfahren zwar einen höheren Energieaufwand; sie zeichnen sich jedoch, bezogen auf die erzeugten Nahrungsmittelseinheiten, durch eine höhere Energiewirtschaftlichkeit aus.

In der gesamten *Industrie* liegt der Anteil der Energie an den Produktionskosten zwischen 2 und 8 Prozent. In einigen Wirtschaftszweigen liegt der Energieverbrauch allerdings außerordentlich hoch, so zum Beispiel bei der Produktion von Aluminium, Kunstdüngern, Eisen und Stahl sowie bei der Kupferveredelung. Diese Wirtschaftszweige tragen allerdings in den Entwicklungsländern selten mit mehr als nur einem geringen Prozentsatz zur gesamten Industrieproduktion bei. In einigen Ländern stellen sie gleichwohl die führenden Exportindustrien und die wichtigste Quelle der Steuereinnahmen. Für Länder mit billigen oder nichtmarktfähigen Energiequellen (wie Erdgas oder Wasserkraft) wird es zunehmend interessant, ihre Kostenvorteile in diesen Wirtschaftszweigen zu nutzen. Länder, die über weniger günstige Voraussetzungen verfügen, um diese energieintensiven Wirtschaftszweige zu fördern, dürften Einbußen erleiden. Die komparativen Kostenvorteile werden jedoch in den meisten Ländern von den höheren Energiepreisen weitgehend unberührt bleiben, da alle Konkurrenten ähnlich hohen Belastungen ausgesetzt sind.

### *Neuorientierung der Entwicklungsstrategie?*

Es wurde oft behauptet, daß die Industrialisierung als Mittel der Entwicklung nach der Energieverteuerung für die Entwicklungsländer kein geeigneter Weg mehr sei. Diese Behauptung steht allerdings nicht im Einklang mit den Fakten. Nach wie vor muß ein geeignetes Gleichgewicht zwischen der Förderung der Industrie und der Landwirtschaft gefunden werden, um ein zufriedenstellendes Wirtschaftswachstum sicherzustellen. Industrialisierung und Wachstum werden aber durch die gestiegenen Energiepreise allein nicht verhindert, wenngleich es zu einigen Veränderungen in den komparativen Kostenvorteilen und zu Wachstumseinbußen kommen wird, wenn die Länder die umfangreichen Investitionen vornehmen, die zur Anpassung an die teure Energie erforderlich sind. Die auf lange Sicht realisierbaren Wachstumsraten dürften zwar im Vergleich zu früher etwas niedriger und die Industrialisierung wahrscheinlich mit weit größeren Schwierigkeiten verbunden sein; die langfristigen Aussichten haben sich jedoch nicht grundlegend geändert. Der Energieverbrauch bewegt sich in den Entwicklungsländern auf einem niedrigen Niveau, was seine lebenswichtige Bedeutung unterstreicht. Um ein höheres Wirtschaftswachstum zu erreichen, werden diese Länder weit mehr Energie einsetzen müssen.

### **Energiepolitik**

Die ölimportierenden Entwicklungsländer dürften die globalen energiewirtschaftlichen Aussichten nur marginal beeinflussen; demgegenüber werden die wirtschaftspolitischen Entscheidungen und Maßnahmen der Industrieländer und ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß weiterhin dominieren. Die Entwicklungsländer müssen sich dementsprechend an die weltwirtschaftlichen Bedingungen anpassen, wenn sie ihre individuelle Lage verbessern wollen. Zu

den Schlüsselementen ihrer Anpassung gehören im Energiebereich:

- eine Strategie der Energieverwendung, die in die gesamtwirtschaftliche Planung und Entwicklungsziele der einzelnen Länder integriert ist,
- ein entschlossenes Programm zum Ersatz von importiertem Öl durch inländische Energiequellen wie Wasserkraft, Kohle und Brennholz sowie einheimisches Öl und Erdgas (die inländische Energieerzeugung könnte und sollte in den ölimportierenden Entwicklungsländern zwischen 1980 und 1990 verdoppelt werden),
- die Mobilisierung von Mitteln, um dieses umfangreiche Programm der inländischen Energieerzeugung durchzuführen, dessen Kosten sich in den achtziger Jahren auf bis zu 50 Mrd Dollar pro Jahr belaufen dürften, verglichen mit jeweils 20 Mrd Dollar in den vergangenen fünf Jahren, sowie
- entschlossene Einsparungsbemühungen unter Einsatz sowohl preispolitischer als auch sonstiger Maßnahmen.

### *Entwicklungsstrategie*

Es besteht kein Anlaß, der Energiepolitik einen ganz besonderen Stellenwert einzuräumen. Sie ist zusammen mit anderen wirtschaftlichen und sozialen Aktionsbereichen einem gemeinsamen Ziel untergeordnet – der Förderung der langfristigen Entwicklung.

Einsparungen beim Energieverbrauch sollten folglich nicht als absolutes Gebot angesehen werden; sie sind nur insoweit erstrebenswert, als sie zur Verwirklichung des übergeordneten Ziels beitragen. Dementsprechend sollte zwar die Planung und Wirtschaftspolitik in allen Bereichen – in der Industrie, im Transportwesen, in der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung – an die gestiegenen Energiekosten angepaßt werden; die höheren Preise können jedoch nicht bedeuten, daß die Entwicklungsländer etwa auf alle Investitionen in energieintensiven

Wirtschaftszweigen verzichten sollten. Eine »gute Wirtschaftspolitik« muß nach wie vor nach der Minimierung der gesamtwirtschaftlichen Kosten und nicht nur der Energiekosten trachten.

### Ausweitung des Energieangebots

Maßnahmen zur Steigerung der Energieerzeugung sind von entscheidender Bedeutung für die Wachstumsaussichten. Die ölimportierenden Entwicklungsländer müssen zusätzliche Anstrengungen zur Identifizierung und Evaluierung inländischer Energiequellen wie Erdöl und Erdgas, Kohle, Wasserkraft, Uran sowie Öl- und Teersände unternehmen, die heute zu den höheren Preisen wirtschaftlich eingesetzt werden können. Auch sich erneuernde Energieformen mit einem begrenzteren Potential wie Sonnen- und Windenergie sowie Biomasse verdienen Beachtung.

Wie sind die Aussichten der verschiedenen Brennstoffe zu beurteilen? Für Öl und Gas erscheinen sie, gemessen am Eigenbedarf vieler ölimportierender Entwicklungsländer, günstig. Die nachgewiesenen Vorkommen dieser Länder belaufen sich auf etwa 2 Prozent der bekannten Weltvorkommen. Ihr Öl- und Gaspotential könnte aber bislang zu tief veranschlagt worden sein, da das kostengünstigste Angebot – aus großen Feldern und Lagerstätten in der Nähe der wichtigen Märkte der Ölgesellschaften – zuerst erschlossen wurde (siehe Sonderbeitrag). Die Ölförderung der ölimportierenden Entwicklungsländer beträgt heute 1,5 mbd. Den Projektionen zufolge wird sie bis zum Jahre 1990 auf 2,8 mbd zunehmen; durch verstärkte Explorationsbemühungen und Investitionen könnte sie sogar auf 4,8 mbd gesteigert werden. Eine Reihe von Ländern (Barbados, Brasilien, Chile, Elfenbeinküste, Ghana, Guatemala, Indien, Jugoslawien, Kolumbien, Marokko, Pakistan, Philippinen, Thailand und Türkei) wird in den achtziger Jahren ihre Abhängigkeit von Öleinfuhren deut-

## Vorkommen und Reserven

Die weltweit vorhandene Energie kann als *Gesamtreserve* bezeichnet werden. Nur ein geringer Teil dieser Reserve (die sogenannten *nachgewiesenen Vorkommen*) besteht aus Lagerstätten, die bereits entdeckt wurden und mit der derzeit vorhandenen Technologie abgebaut werden können. Bei Erdöl und Erdgas sind es jene Vorkommen, die sich aus vorhandenen Bohrlöchern in bereits erschlossenen Lagerstätten fördern lassen. Mit zunehmenden Bohrungen, die in die Lagerstätten niedergebracht werden, können sich die Schätzungen über den Umfang der nachgewiesenen Vorkommen nach oben oder unten bewegen. Das Förderpotential kann letztlich die ursprünglichen Schätzungen um bis zu 100 Prozent übersteigen.

Da die Lagerstätten in einem Ölfeld geologisch (wenn nicht sogar physisch) miteinander verbunden sind, kann der Umfang zusätzlicher Öl- und Gasvorkommen innerhalb eines bestimmten Feldes normalerweise durch eine begrenzte Anzahl von Bohrungen mit einiger Sicherheit bestimmt werden.

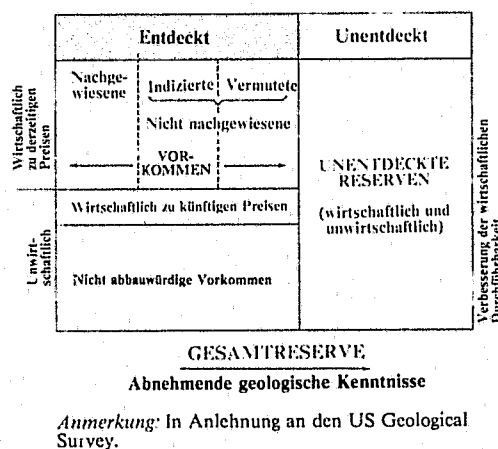
Diese Vorkommen heißen »indizierte Vorkommen«. Aus Informationen, die aus Probebohrungen zusammengetragen werden, und umfangreichen geologischen Extrapolationen kann (wenngleich mit Fehlermargen von beträchtlichen Größenordnungen) auf die Existenz weiterer *vermuteter Vorkommen* geschlossen werden, die unter Berücksichtigung der jeweiligen Preise und Kosten förderwürdig sind. Die indizierten und vermuteten Vorkommen werden zusammenfassend als *nicht nachgewiesen* klassifiziert.

Probebohrungen können neben wirtschaftlich förderwürdigen Energiequellen auch das Vorhandensein anderer Lagerstätten nachweisen. Sind diese zu den jeweiligen Preisen oder mit Hilfe der vorhandenen Technologie nicht zu fördern, zählen sie zu den *unwirtschaftlichen Vorkommen*. Einige dieser Vorkommen können mit steigenden Preisen wirtschaftlich werden; die übrigen sind die sogenannten *nicht abbaufähigen Vorkommen*, die in den Lagerstätten zurückgelassen werden.

Wo noch keine Probebohrungen niedergelassen wurden, aber geologische und andere Daten positive Anhaltspunkte liefern, dürften noch *unentdeckte Reserven* existieren. Schätzungen über unentdeckte Reserven sind notwendigerweise mit hoher Unsicherheit behaftet.

Diese begrifflichen Abgrenzungen besagen natürlich wenig über die Verfügbarkeit von Energie für den Verbrauch. Soweit Energie für unmittelbare Konsumzwecke benötigt wird, werden die hierfür vorhandenen Mengen durch die nachgewiesenen Vorkommen weitaus zu hoch angesetzt. Für den Verbraucher sind die Energiemengen von Interesse, die auf den Markt kommen und nicht die Reserven oder Vorkommen; erstere hängen nicht von Bohrungen oder geologischen Daten, sondern von Pipelines, Eisenbahnverbindungen und Tankern ab, mit deren Hilfe sie transportiert werden.

### Vorkommen und Reserven



lich verringern; einige wenige werden ihren Bedarf ganz aus inländischen Quellen decken können. Schätzungen deuten außerdem darauf hin, daß sich die Erdgasförderung bis zum Jahre 1990 auf 1,6 mbdoe verdreifachen könnte.

Abgesehen von einzelnen Fällen, ist über die Aussichten für *Steinkohle* in den Entwicklungsländern wenig bekannt. Die bekannten Vorkommen der Entwicklungsländer belaufen sich schätzungsweise auf 10 Prozent der Weltvorkommen; durch verstärkte Explorationsbemühungen sollte es jedoch möglich sein, diesen Anteil zu erhöhen. Die Ölpreissteigerungen seit 1973 haben in den Entwicklungsländern zu kei-

ner nennenswerten Ausweitung der Kohleförderung geführt. Dies ist auf den hohen Zeitbedarf der Exploration, Entwicklung und Produktionsaufnahme im Kohlebergbau sowie bei der Einrichtung der dazu gehörenden Infrastruktur und Transporteinrichtungen zurückzuführen.

Während der achtziger Jahre werden voraussichtlich nur 29 Entwicklungsländer Steinkohle fördern. Ihre Produktion wird im Jahresdurchschnitt 4,6 mbdoe erreichen, wobei der größte Teil auf die heutigen Produzenten entfallen wird.

Was die Stromerzeugung angeht, so verfügen nur die sehr großen Länder über die Option, *Atomkraftwerke* einzurichten, die



Abbildung 4.7 Produktionskosten im Vergleich

(in \$ von 1980)

#### Brennstofftechnologien

Produktionskosten in \$ pro Barrel Öleinheit	Brennstofftechnologien
Unter 30	<ul style="list-style-type: none"> <li>Steinkohle</li> <li>Erdgas</li> <li>Teersände</li> <li>Ölschiefer</li> <li>Ölsände</li> <li>Verflüssigtes Erdgas</li> </ul>
31-55	<ul style="list-style-type: none"> <li>Leichtes arabisches Rohöl<sup>a</sup></li> <li>Methanol aus Holz</li> <li>Kohleverflüssigung</li> <li>Kohlevergasung, mittlerer Brennwert von Gas</li> <li>Äthanol aus Holz</li> <li>Alkohol aus Zucker</li> </ul>
56-85	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kohlevergasung, hoher Brennwert von Gas</li> <li>Methanol aus Kohle</li> <li>Mobil M Benzin</li> </ul>

#### Stromerzeugungstechnologien

Erzeugungs- kosten in Cents/kWh	Stromerzeugungstechnologien
Unter 4,0	<ul style="list-style-type: none"> <li>Nuklear, Leichtwasserreaktor</li> <li>Geothermisch, Dampf</li> <li>Konventionelle kohlebetriebene Anlagen</li> <li>Konventionelle erdgasbetriebene Anlagen</li> <li>Wasserkraft</li> </ul>
4,1-6,5	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verbrennung im Wirbelbett bei atmosphärischem Druck</li> <li>Verbrennung im Wirbelbett bei Überdruck</li> <li>Geothermisch mit Sole</li> <li>Magnetohydrodynamik</li> <li>Brutreaktor</li> <li>Konventionelle erdölbetriebene Anlagen</li> <li>Kombinierter Zyklus, Sekundärkreis</li> </ul>
6,6-8,0	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kombinierter Zyklus, integrierte Kohlevergasung</li> <li>Biomasse (Brennstoff aus Holz etc.)</li> <li>Kraftstoffzellen (niedriger Brennwert von Kohlegas)</li> </ul>
8,1 und mehr	<ul style="list-style-type: none"> <li>Fotovoltaik</li> <li>Umwandlung thermischer Meerwasserenergie</li> <li>Wind</li> <li>Wärmestrahlung der Sonne</li> </ul>

Anmerkung: Kosten einschließlich aller Investitions-, Betriebs- und Instandhaltungskosten sowie Eigenkapitalverzinsung. Schätzungen nach derzeitigem Entwicklungsstand und Betriebsbedingungen in den USA.

Quelle: Bechtel

a Frei inländische Raffinerien

b Betriebsbedingungen und Rohstoffkosten in Brasilien.

heute in den Entwicklungsländern lediglich knapp 2 Prozent des Strombedarfs decken. Der Kapitalaufwand dieser Investitionen ist hoch, und kleinere Länder verfügen nicht über Stromnetze mit der erforderlichen Mindestkapazität – von etwa 6 000

## Internationale Wasserkraft

Die Entwicklungsländer verfügen über beträchtliche Möglichkeiten, das hydroelektrische Potential internationaler Flüsse zu nutzen. In verschiedenen Gebieten ist dies bereits geschehen wie etwa im Falle der Donau durch Rumänien und Jugoslawien (sogenannte »Eiserne Tore«-Projekte) sowie des Parana-Flusses im Rahmen eines gemeinsamen Vorhabens von Paraguay, Brasilien und Argentinien (Yacyreta- und Itaipu-Projekte). Andere Vorhaben wie das Nangbeto-Projekt in Togo und Benin sowie das Mano-River-Projekt für Iberia und Sierra Leone werden derzeit untersucht; derartige Untersuchungen könnten auch für andere Flüsse durchgeführt werden wie etwa den Ganges, Mekong und Salween. Die laufenden Betriebskosten integrierter Projekte dürften nur etwa halb so hoch sein wie die laufenden Kosten, die bei vergleichbarer Gesamtleistung bei der Errichtung vieler kleiner Einheiten entstehen würden.

Die Durchführung dieser Projekte ist nicht einfach. Unter idealen Bedingungen können wie im Falle der »Eiserne Tore«-Projekte in jedem einzelnen Land gesonderte Kraftwerke eingerichtet werden bei gerechter Aufteilung des vorhandenen Flußwassers. Demgegenüber erzwingen u. U. die Anforderungen an den Standort wie bei Yacyreta die Errichtung der Kraftwerke in einem einzelnen Land; in diesem Fall erfordern die vertraglichen Vereinbarungen über die Aufteilung der Investitionskosten, die Eigentumsverhältnisse und Leistungsverteilung häufig schwierige Verhandlungen, die die Durchführung des Projekts oft um Jahre verzögern.

Ganz anders geartete Probleme stellen sich in Ländern wie Nepal oder Zaire, die über ein riesiges Wasserkraftpotential, gleichzeitig aber nur über eine vergleichsweise geringe Nachfrage nach Strom verfügen. Hier bietet

die Ausfuhr von elektrischem Strom über regionale Verbundsysteme in benachbarte Länder, in dem erwähnten Beispiel nach Indien oder Simbabwe, eine sinnvolle Lösung. Unglücklicherweise hüten sich die potentiellen Abnehmer aus allerdings verständlichen Gründen davor, vom ausländischen Angebot allzu abhängig zu werden.

Die Entwicklung der internationalen Wasserkraft dürfte in Anbetracht dieser Schwierigkeiten auch weiterhin nur langsam voranschreiten. Der potentielle Nutzen dieser Projekte ist jedoch so beträchtlich, daß jede sich bietende Möglichkeit untersucht werden sollte. So übersteigt das auf 80 000 Megawatt geschätzte Wasserkraftpotential Nepals den derzeitigen Strombedarf dieses Landes um das Tausendfache, und es wird über Jahrhunderte hinweg vergeudet werden, sofern es nicht für die indischen Märkte entwickelt wird, die das entsprechende Leistungsangebot mehrere Jahrzehnte lang absorbieren könnten. Ähnlich entspricht das Potential eines möglichen Standorts am Pa-Mong, den sich Laos und Thailand teilen, mit seinen 4 800 Megawatt etwa der derzeit installierten Stromerzeugungskapazität Thailands; er würde sich nicht nur zur Senkung der Durchschnittskosten im Vergleich zu kleineren Wasserkraftwerken anbieten, sondern auch die Erdgas- und Braunkohlevorkommen Thailands schonen, die nach der derzeitigen Planung in noch zu errichtenden Wärmekraftwerken eingesetzt werden sollen.

Zur Zeit werden mehrere Optionen dieser Art untersucht, wobei sich ein gewisser Fortschritt abzeichnet. Trotz ihrer theoretischen Attraktivität fallen allerdings internationale Wasserkraftprojekte nach wie vor den vielen Problemen zum Opfer, die immer dann auftauchen, wenn eine Kooperation auf internationaler Ebene erforderlich ist.

Megawatt –, um die Mindestleistung der Reaktoren wirtschaftlich zu verwerten. Soweit den Ländern darüber hinaus die für Nuklear-Programme erforderlichen Fach- und Führungskräfte fehlen, dürfte vom Einsatz der Kernenergie mit ihren typischen Risiken in der Regel abzuraten sein. Schließlich ist dem Problem der Sicherheit und Zuverlässigkeit von Atomkraftwerken in allen Entwicklungsländern die gleiche Bedeutung beizumessen wie in den Industrieländern.

Günstiger einzuschätzen sind die Aussichten für die Wasserkraft. Auf die Entwicklungsländer entfällt in diesem Bereich etwa die Hälfte des Weltpotentials. Bei den derzeitigen Ölpreisen erscheinen Investitionskosten gerechtfertigt, die etwa 1,5-

bis 3,5mal über den Kosten der Wasserkraftwerke liegen, die in letzter Zeit in Entwicklungsländern errichtet wurden. Einige der potentiell größten Wasserkraftprojekte der Welt liegen in internationalen Gewässern; wegen politischer und technischer Schwierigkeiten können sie allerdings nach wie vor nicht realisiert werden (siehe vorstehenden Sonderbeitrag).

Nicht-traditionelle sich erneuernde Energieformen – wie Biomasse und Biogas, Sonne, Wind und Wasser – dürften Optionen darstellen, die sich erst in der späteren Zukunft verwirklichen lassen; vorerst erscheint es wenig wahrscheinlich, daß diese Energiequellen in nennenswertem Umfang und kostengünstig zum Energieangebot beitragen können.



## Kapitalbedarf der Energieentwicklung

Die Energieentwicklungsprogramme der ölimportierenden Entwicklungsländer, die u. a. eine Verdoppelung der inländischen Energieerzeugung vorsehen, erfordern immense Investitionskosten. Zwischen heute und dem Jahre 1985 werden jährlich etwa 40 Mrd Dollar (in Dollar von 1980) benötigt (einschließlich etwa 5 Mrd Dollar pro Jahr für Erdöl und Erdgas). Infolge der wachsenden Abhängigkeit von zunehmend teuren Energieformen werden die durchschnittlichen Investitionskosten je erzeugter Energieeinheit bis zum Jahre 1980 gegenüber den siebziger Jahren um 50 Prozent steigen. Hierdurch und durch das insgesamt höhere Investitionsvolumen werden die jährlichen Gesamtkosten zwischen 1986 und 1990 auf über 50 Mrd Dollar (in Dollar von 1980) angehoben (einschließlich 7 Mrd für Erdöl und Erdgas). Demgegenüber betrug die Netto-Belastung der ölimportierenden Entwicklungsländer durch Brennstoffeinfuhren im Jahre 1980 74 Mrd Dollar (in Preisen von 1980). In den achtziger Jahren dürfte sich der Kapitalbedarf im Energiebereich der Entwicklungsländer, gemessen an ihrer Gesamtinvestition, von 5 Prozent in den vergangenen fünf Jahren (etwa 20 Mrd Dollar pro Jahr in Preisen von 1980) in etwa auf 10 Prozent verdoppeln.

Nur wenige Länder wären in der Lage, diese zusätzlichen Energieinvestitionen ohne Beeinträchtigung des Wachstums in den übrigen Wirtschaftsbereichen durchzuführen. Dementsprechend erfordern diese Investitionen, sofern tiefgreifende binnenwirtschaftliche Verwerfungen vermieden werden sollen, selbst bei stark steigender Inlandsersparnis beträchtliche Kapitalzuflüsse und technische Hilfe.

### Preise

Die Auswirkungen höherer Energiepreise auf die Inflation könnten die Regierungen veranlassen, die Inlandspreise nur zögernd anzuheben,

## Inländische Mineralölpreise

Da man von einer geringen Preis- aber hohen Einkommenselastizität der Nachfrage nach Erdölprodukten ausging, haben die Regierungen diese Erzeugnisse bislang in der Regel mit hohen Steuern belegt. In den sechziger Jahren waren die Einnahmen, die die Regierungen der ölimportierenden Länder je Barrel erzielten, fast viermal so hoch wie die der ölproduzierenden Staaten.

Als jedoch die internationalen Ölpreise Mitte der siebziger Jahre stark anstiegen, zögerten die Behörden, die Preise durch eine zusätzliche indirekte Besteuerung weiteranzuheben. In der Tabelle werden die internationalen und inländischen Preise von Benzin, Petroleum und Schweröl in 53 Ländern miteinander verglichen, wobei deutlich wird, wie die Behörden die hohe Steuerkomponente der Inlandspreise eingesetzt haben, um den Einfluß der Ölpreisteigerungen abzufedern.

Im Jahre 1980 lagen die realen internationalen Preise der genannten drei Produkte um

etwa 350 Prozent über ihrem Niveau von 1972; die Inlandspreise sind hingegen in diesem Zeitraum in den ölimportierenden Entwicklungsländern um lediglich 71 Prozent und in den Industrieländern um nur 62 Prozent gestiegen. In den ölexportierenden Entwicklungsländern (ohne Zahlungsbilanzüberschuß) kam es zu einem realen Rückgang um etwa 30 Prozent.

### Relation aus inländischen Preisen zu internationalen Preisen für Mineralöl-erzeugnisse 1972 bis 1980

Jahr	Markt- wirtschaftliche Industrie- länder	Öl- importeure	Öl- exporteure
1972	3,3	2,7	1,7
1978	2,0	1,8	0,5
1980	1,6	1,4	0,3

Ähnliches gilt im Hinblick auf den starken Einfluß höherer Preise auf die Einkommensverteilung: Im Vergleich zu den Industrieländern muß in den Entwicklungsländern zur Deckung des Energiebedarfs ein größerer Teil von weit niedrigeren Einkommen aufgewandt werden. Schließlich wird der Einsatz des Preisinstruments in Ländern, in denen traditionelle Brennstoffe noch von Bedeutung sind, zusätzlich durch den Umstand erschwert, daß in ländlichen Gegenden zwischen handelsüblichen Brennstoffen und Holz enge Konkurrenzbeziehungen bestehen. So können Preisanhebungen für Petroleum eine Verlagerung der Nachfrage von handelsüblichen Brennstoffen auf Brennholz auslösen und damit den Druck auf die bereits gefährdeten Wälder verschärfen.

Um die Anpassung der Länder an die neuen Realitäten sicherzustellen, ist es gleichwohl wichtig und unverzichtbar, daß die inländischen Energiepreise auf einem Niveau gehalten werden, das den tatsächlichen Energiekosten entspricht. Integraler Bestandteil der Energiepolitik ist deshalb, daß Preise und Besteuerung im Energiebereich ausreichend hoch angesetzt werden, um Energieeinsparungen und die Substitution zwischen verschiedenen Brennstoffen zu fördern und gleichzeitig zu gewährleisten, daß die Energiever-

braucher die richtigen Signale für ihre längerfristigen Entscheidungen erhalten.

Die Energie spielt in allen Volkswirtschaften eine derart beherrschende Rolle, daß andere als preispolitische Maßnahmen zur Förderung der Konservierung und Substitution rasch versagen würden. Darüber hinaus führen Versuche, die inländischen Verbraucher vor Preissteigerungen abzuschirmen, in der Regel zu haushaltspolitischen Belastungen, die schnell ins Uferlose gehen und den Preisanstieg anheizen können (vgl. Sonderbeitrag). Die Bedeutung der Marktpreise wird nicht dadurch verringert, daß viele wichtige Entscheidungen, die die Energieerzeugung und -verwendung berühren, nicht notwendigerweise vom Markt getroffen werden. Auch die Entscheidungen von Planungsbehörden werden effizienter ausfallen, wenn sie sich auf korrekte Preise stützen.

Die Schwierigkeiten, die mit der Anhebung von einmal zu tief angesetzten Preisen einhergehen, sind nicht zu unterschätzen. In einigen Ländern wäre über vier Jahre oder einen noch längeren Zeitraum hinweg eine Verdoppelung der realen inländischen Preise erforderlich, um die Subventionen abzubauen.

In Ländern, die ihren Energiebedarf aus eigenen Quellen decken

können, ist die Anhebung der inländischen Energiepreise weniger dringend; dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Argumente, die für einen sparsameren Energieverbrauch durch höhere Preise sprechen, nur schwer einer Bevölkerung klarzumachen sind, die sich des Ölreichtums ihres Landes durchaus bewußt ist. Durch den Aufschub von Preisanhebungen begeben sich diese Länder allerdings der Möglichkeit, zusätzliche Deviseneinnahmen zu erzielen. Noch schwerwiegender ist, daß sie sich energieintensive Produktionsverfahren, Verbrauchs- und Transportstrukturen zulegen, die zu einem späteren Zeitpunkt nur schwer zu revidieren sind.

### Preisunabhängige Maßnahmen

Die Festsetzung angemessener Brennstoffpreise ist zwar eine notwendige, häufig aber keine hinreichende Bedingung, um die angestrebte Anpassung herbeizuführen. Erstens läßt sich zum Beispiel die Beeinträchtigung eines Landes durch unvorhergesehene Verknappungen oder gravierende Veränderungen der internationalen Preise nicht durch eine entsprechende Preispolitik verringern. Möglichen Krisen kann unter Umständen nur durch andere Maßnahmen begegnet werden, wie durch den Aufbau von Vorräten und die Aufstellung von Notprogrammen zur Einsparung und Rationierung. Zweitens reagieren die Verbraucher auf höhere Energiepreise nur mit erheblichen Verzögerungen. Behördliche Eingriffe können in einigen Bereichen die Anpassung beschleunigen und die Marktreaktionen verstärken. Beispiele hierfür sind Einfuhrbeschränkungen für große Limousinen, Temperaturgrenzen für klimatisierte Räume und Verkehrsregelungen. Schließlich gibt es auch Bereiche, wie etwa durchgreifende Aufforstungsprogramme für die arme Landbevölkerung, in denen preispolitische Maßnahmen von vornherein zum Scheitern verurteilt sind.

## Verkehrspolitik: Zwei Experimente

Um die starken Verkehrsstauungen in Zentral-Singapur zu verringern, führte die Regierung im Juni 1975 ein »Area License Scheme« ein. Alle Privatwagen mit weniger als vier Passagieren mußten danach bei der Einfahrt in zentralgelegene Stadtbezirke, die der Verkehrsbeschränkung unterlagen, einen besonderen Erlaubnisschein vorzeigen. Seit März 1980 kostet diese Erlaubnis 2,30 Dollar pro Tag. Darüber hinaus wurden die Parkgebühren beträchtlich erhöht und die Umgehungsstraßen wesentlich verbessert.

Diese Maßnahmen führten zu beeindruckenden Ergebnissen:

- Vor Erlass dieser Regelung fuhren in den betriebsamen Vormittagsstunden durchschnittlich 42 790 Privatwagen in die Sperrbezirke; zwei Monate nach der neuen Regelung waren es nur noch 11 130. Bis zum Jahre 1980 erhöhte sich die Zahl der Wagen, die in die Sperrzone fuhren, auf nur 13 840.

- Über 50 Prozent der Privatwagen sind heute mit mehr als vier Passagieren besetzt, verglichen mit weniger als 23 Prozent vor dem Erlass der Regelung; gleichzeitig stieg der Anteil der Verkehrsteilnehmer, die einen Bus benutzen, von 33 auf 46 Prozent.

- Seit Einführung dieser Regelung ist der Benzinverbrauch pro Jahr um lediglich 3,8 Prozent gestiegen, verglichen mit jährlich 6,4 Prozent im Zeitraum 1970 bis 1975.

Venezuela hat einen der niedrigsten Benzinpreise der Welt (0,13 Dollar pro

Gallone). Sowohl der Benzinverbrauch als auch der private Wagenbestand sind in den letzten Jahren jeweils um über 10 Prozent pro Jahr gestiegen. Im Jahre 1979 wurden von den insgesamt 549 000 Fahrzeugen, die in Caracas registriert waren, etwa 135 000 während der Hauptverkehrszeiten gefahren, was zu schweren Stauungen führte.

Im November 1979 beschloß die Regierung Venezuelas für jeden Pkw ein Fahrverbot von einem Tag pro Woche, wobei der jeweilige Tag von der Zulassungsnummer abhing. Die Zahl der Privatwagen, die während der Hauptverkehrszeiten verwendet wurden, konnte hierdurch um über 20 Prozent verringert werden, was einer täglichen Benzineinsparung von etwa 1 Mio Litern oder etwa 16 Prozent des Tagesverbrauchs von Caracas entspricht.

Das in Caracas unternommene Experiment hat gegenüber dem Verkehrsplan von Singapur Nachteile. Da das Benzin nach wie vor derart billig ist, können Verkehrsbeschränkungen nur vorübergehend helfen und letztlich nicht verhindern, daß der Pkw-Bestand auch weiterhin stark zunimmt. Mithin ist es wahrscheinlich, daß die Verkehrsstauungen in vier bis fünf Jahren erneut auftreten. Gleichwohl können andere als preispolitische Maßnahmen, auch wenn sie alleine ergriffen werden, zu einer Verringerung der Ölnachfrage beitragen.

Welche Folgerungen ergeben sich hieraus für sektorspezifische Maßnahmen? Im Agrarsektor bietet sich die landwirtschaftliche Beratung an, um den Einsatz energiesparender Verfahren zu fördern. Beim Reisanbau kann es zum Beispiel um bis zu 50 Prozent wirtschaftlicher sein, den Kunstdünger direkt unter die Pflanzenwurzeln zu arbeiten, anstatt ihn breit auszustreuen. In vielen armen Ländern, die in der Regel unter Engpässen in der Stromversorgung leiden, verbrauchen unwirtschaftliche Pumpen weit mehr Energie, als eigentlich erforderlich wäre.

Im Bereich der Industrie konnten in verschiedenen Ländern durch eine bessere Ausbildung der Betriebsleitungen und des Personals innerhalb von zwei bis drei Jahren beträchtliche Einsparungen beim Energieverbrauch erzielt werden. In Ländern mit mittlerem Einkommen läßt sich die Umrüstung alter energieineffizienter Maschinenanlagen durch steuerliche und kreditpolitische Maßnahmen beschleunigen. Der rasche Ersatz alter Kapazitäten durch neue Anlagen kann auch im

Rahmen einer allgemein liberalen Investitionspolitik etwa durch beschleunigte Abschreibungsmöglichkeiten gefördert werden (siehe nachfolgenden Sonderbeitrag).

Der Transportsektor ist in vielen Entwicklungsländern der größte Ölkonsument. Eine wirtschaftliche Energieverwendung läßt sich durch die Änderung der Transportgewohnheiten erreichen, etwa durch die Verlagerung des Verkehrs von weniger effizienten auf sparsamere Transportmittel (wie öffentliche Verkehrsmittel) oder die Verbesserung der Auslastung. Einige Länder konnten mit verkehrsregulierenden Programmen Erfolge erzielen (vgl. Sonderbeitrag). Die Reduzierung des Energieverbrauchs erfordert in allen Sektoren, aber besonders im Transportwesen, beträchtliche öffentliche Investitionen.

### Internationale Maßnahmen

Die internationale Gemeinschaft kann ganz entscheidend zur Anpassung der Entwicklungsländer an die

## Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Energieverbrauchs in der Industrie

Die Zementindustrie liefert ein gutes Beispiel für das Ausmaß, in dem viele Entwicklungsländer Energie einsparen können. Auf die Zementöfen entfallen etwa 95 Prozent der gesamten Energierechnung dieses Wirtschaftszweiges. Der tatsächliche Verbrauch hängt allerdings vom angewandten Verfahren und damit von der Art und dem Feuchtigkeitsgehalt der Rohstoffe ab, die in die Zementöfen eingebracht werden, davon, ob die anschließenden Trocknungs- und Aufheizphasen im Drehofen oder auf wirtschaftlichere Weise im Wärmetauscher stattfinden, ob die Kalzinierung im Zementofen oder im Vorkalzinierofen vorgenommen wird und schließlich von der Effizienz, mit der die Zementklinker gekühlt werden. Der Hitzeverbrauch zur Erzeugung von einem Kilogramm Zementklinker liegt in Abhängigkeit von diesen Faktoren zwischen 800 und 1800 Kilokalorien.

Ähnliche Einsparungen können in anderen energieintensiven Wirtschaftszweigen erzielt werden wie etwa bei Kupfer, Amoniak, Zellstoff, Papier sowie bei der Mineralöl-Raffinierung. Groben Schätzungen zufolge könnten im Jahre 1990 durch derartige Änderungen der industriellen Praktiken und Verfahren etwa 15 Prozent des gesamten für die Entwicklungsländer projektierten industriellen Energieverbrauchs eingespart werden.

verteuerte Energie beitragen. Die Welt hat ein besonderes Interesse an einer gesteigerten Energieproduktion in den ölimportierenden Entwicklungsländern, da hierdurch

- das Gleichgewicht zwischen Energieangebot und -nachfrage auf den internationalen Märkten verbessert wird,

- die ölimportierenden Entwicklungsländer bei der Verringerung ihrer Zahlungsbilanzschwierigkeiten unterstützt und damit Anspannungen auf den internationalen Kapitalmärkten vermieden werden und

- eine Erholung des Wirtschaftswachstums in den ölimportierenden Entwicklungsländern ermöglicht und damit ein wichtiger Anreiz für den Welthandel gegeben wird.

Die internationalen Interessen decken sich im Energiebereich noch stärker als auf anderen Gebieten

weitgehend mit denen der Entwicklungsländer.

Eine Ausweitung der Energieproduktion ist in den Entwicklungsländern nur mit Unterstützung der Industrieländer möglich. Häufig werden die Hürden, die im institutionellen und informativen Bereich der Erschließung und Entwicklung neuer Energiequellen in den ölimportierenden Entwicklungsländern entgegenstehen, nicht in ihrer vollen Tragweite gesehen. Die ausländischen Ölgesellschaften zögern zum Teil, in ölimportierenden Entwicklungsländern tätig zu werden, da sie eine Änderung der Spielregeln befürchten, sobald sie beträchtliche Vorkommen erschlossen haben. Ihr Interesse wird auch durch den Umstand gedämpft, daß in Zukunft nur mit vergleichsweise unbedeutenden Neuentdeckungen zu rechnen sein dürfte, die sich eher für die Importsubstitution eignen und weniger dem Bedarf der multinationalen Unternehmen an einem stabilen Rohölangebot entsprechen. Hinzu kommt, daß die Exploration zunehmend unter schwierigen geologischen Bedingungen oder in abseits gelegenen »Off-shore«-Gebieten durchgeführt werden muß und damit unter Voraussetzungen, unter denen Risikokapital nur schwer aufzubringen ist. Schließlich gibt es auch bestimmte Vorhaben, die vor allem für die Armen von Bedeutung sind und die auf privates Kapital überhaupt keine Anziehungskraft ausüben.

Die multilateralen Kreditinstitutionen verfügen über beträchtliche Erfahrungen bei der Erschließung von Energiequellen in Entwicklungsländern und bieten ein einmaliges Potential, um zur Überwindung der Marktunvollkommenheiten beizutragen, die sich einer beschleunigten Energieentwicklung entgegenstellen: Sie können die Entwicklungsländer bei der Evaluierung geologischer Risiken und bei der Entwicklung ihrer Explorationspolitik unterstützen, sie können Ölgesellschaften und Gastländern beim Abschluß von Vereinbarungen über gemeinsame Explorations- und Förderungsvorhaben helfen und für beide

Seiten die politischen Risiken auf ein Mindestmaß begrenzen.

Auch private Gesellschaften können durch die von multilateralen Institutionen finanzierte Infrastruktur zu einer Ausweitung ihrer Explorationstätigkeit veranlaßt werden. Schätzungen einer Untersuchung zufolge können sich die Projektkosten vervier- oder verfünffachen, wenn erst die grundlegende Infrastruktur eingerichtet werden muß, bevor die Exploration oder Förderung aufgenommen werden kann. Die multilateralen Kreditinstitutionen wirken häufig auch als wichtiger Katalysator für zusätzliches Privatkapital, das durch ihren Beitrag in der Explorationsphase angezogen wird. Schließlich dürften die multilateralen Institutionen auch in der Lage sein, den Regierungen der Entwicklungsländer dabei zu helfen, daß die Vorteile aus der gesteigerten Ölförderung nicht wieder – etwa durch unangemessene Inlandspreise – zunichte gemacht werden. Hierdurch könnten sich private Investoren veranlaßt sehen, ein bestimmtes Projekt zu unterstützen. Die Rolle der internationalen Finanzinstitutionen bei der Lösung dieser Probleme, nämlich ihre Mithilfe bei den drei Aufgaben Entwicklung, Verbesserung der Bedingungen auf den Energiemärkten und Rückschleusung finanzieller Mittel, ist damit klar umrissen.

Der Gefahr künftiger weltweiter Verknappungen kann nur durch zusätzliche internationale Initiativen vorgebeugt werden. Die ölimportierenden Entwicklungsländer, die heute zu den Ländern gehören, die als erste auf die teureren freien Märkte gedrängt werden, sollten in eine Art kooperatives Zuteilungssystem nach dem Vorbild der Internationalen Energieagentur einbezogen werden, die für die Industrieländer tätig ist. Auf diese Weise könnte nicht nur der Ölfuß in diese Länder bei unvorhergesehenen Ereignissen oder Lieferunterbrechungen garantiert, sondern auch zu einer Stabilisierung der Märkte beigetragen werden, wodurch die Sicherheit aller Beteiligten erhöht würde.

## 5 Externe Finanzierung zur Förderung von Anpassung und Wirtschaftswachstum

In den sechziger und frühen siebziger Jahren wurden zehn bis zwanzig Prozent aller Investitionen der Entwicklungsländer durch Auslandskapital finanziert. Die entsprechenden Kapitalzuflüsse kamen überwiegend aus öffentlichen oder halböffentlichen Quellen in Form von Zuschüssen sowie von Krediten zu Vorzugs- und zu Marktbedingungen. Die Finanzierung aus privaten Quellen erfolgte vornehmlich in Form von Lieferantenkrediten und Direktinvestitionen.

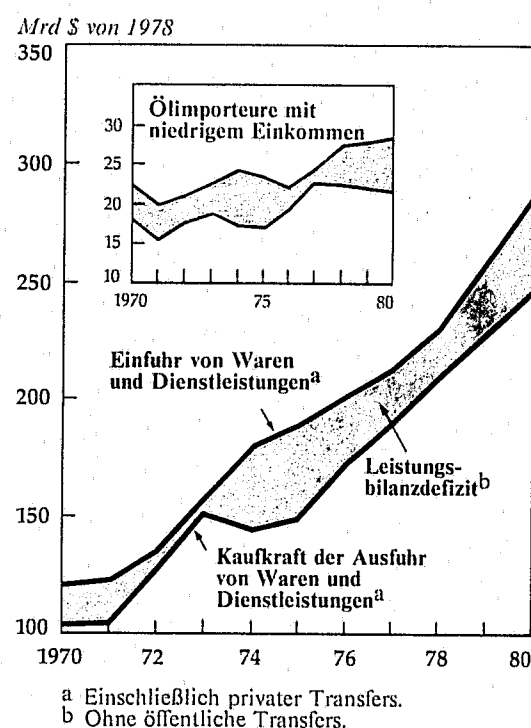
Schon vor 1970 begann sich dieses Finanzierungsmuster allmählich zu ändern. Nach 1967 nahm der Anteil der Kreditvergabe durch Geschäftsbanken rasch zu, und auch die Gastarbeiterüberweisungen (wenngleich üblicherweise unter den »laufenden Posten« erfasst) entwickelten sich für mehrere Länder in Südeuropa und Nordafrika zu einem bedeutenden Faktor der externen Finanzierung. Zu dramatischen Veränderungen kam es in den Jahren 1973 bis 1975, als sich die Entwicklungsländer zur Kreditaufnahme gezwungen sahen,

um ihre stark gestiegenen Leistungsbilanzdefizite zu decken (Tabelle 5.1 und Abbildung 5.1).

Real betrachtet erhöhte sich das Handelsbilanzdefizit der ölimportierenden Entwicklungsländer zwischen 1973 und 1975 um das 3,3-fache; gemessen am BSP erreichte es im Jahre 1975 mit 5 Prozent das höchste Niveau. Das reale Defizit der Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen stieg zwischen 1973 und 1975 um das 2,2-fache. Diese Länder wurden vor allem deswegen weniger betroffen, weil das Öl einen geringeren Anteil an ihren Importen ausmachte. Außerdem profitierten einige afrikanische Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen in den Jahren 1973 und 1974 von einer Zunahme ihrer Exporte, und Südasien erzielte im Jahre 1975 gute Ernten.

Die gestiegene Finanzierungslücke wurde zunächst durch zusätzliche Entwicklungshilfeleistungen der Industrieländer, durch erhöhte Ausleihungen internationaler Finanzinstitutionen und durch eine starke Inan-

**Abbildung 5.1 Leistungsbilanzdefizit der ölimportierenden Länder mit mittlerem Einkommen 1970 bis 1980**



sprachnahme der Reserven überbrückt. Die verschiedenen Kanäle, über die die Überschüsse der Ölexportländer zurückgeschleust wur-

**Tabelle 5.1 Leistungsbilanzdefizit und Finanzierungsquellen der ölimportierenden Entwicklungsländer 1970 bis 1980**

(in Mrd \$ von 1978)

Position	Ölimporteure									
	mit niedrigem Einkommen					mit mittlerem Einkommen				
	1970	1973	1975	1978	1980	1970	1973	1975	1978	1980
Leistungsbilanzdefizit <sup>a</sup>	3,6	4,9	7,0	5,1	9,1	14,9	6,7	42,8	20,4	48,9
Finanziert durch:										
Netto-Kapitalzuflüsse										
Öffentliche Entwicklungshilfe	3,4	4,1	6,6	5,1	5,7	3,3	5,3	5,3	6,5	7,9
Private Direktinvestition	0,3	0,2	0,4	0,2	0,2	3,4	5,1	3,8	4,6	4,5
Kommerzielle Kredite	0,5	0,6	0,8	0,9	0,7	8,9	13,7	21,0	29,4	27,1
Reservenänderung und kurzfristige Kreditaufnahme <sup>b</sup>	-0,5	-1,1	-0,7	-1,1	2,4	-0,8	-11,7	12,7	-20,1	9,5
Nachrichtlich:										
Leistungsbilanzdefizit in % des BSP	1,9	2,4	3,9	2,6	4,5	2,6	1,0	5,5	2,3	5,0

<sup>a</sup> Ohne öffentliche Nettotransfers (unentgeltliche Übertragungen), die unter den Kapitalzuflüssen erfasst sind.

<sup>b</sup> Negative Veränderung bedeutet Reservenabnahme.

den, gewannen allerdings mehr und mehr an Bedeutung. Die ölproduzierenden Länder erhöhten ihre Hilfe, und die Gastarbeiterüberweisungen aus dem Nahen Osten wurden für viele Länder zu einer bedeutenden Devisenquelle. Außerdem kam es zu einer spektakulären Zunahme der Kreditvergabe von Geschäftsbanken an die Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen (Abbildung 5.2).

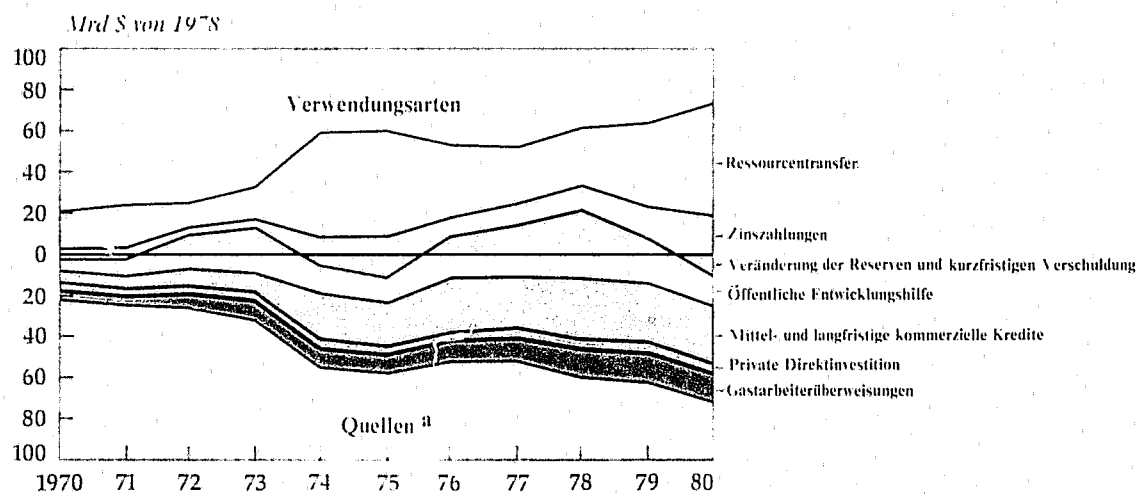
satz ihrer Reserven und durch kurzfristige Kreditaufnahmen finanziert. Dies kann allerdings nur eine vorübergehende Lösung darstellen. Auf mittlere und lange Sicht werden sich die Entwicklungsländer an die jüngsten und die noch zu erwartenden Veränderungen der Weltwirtschaft anzupassen haben, indem sie das verteuerte Öl durch den Transfer von Gütern bezahlen – und damit durch eine Einschränkung ihres

OPEC-Mitgliedsländer erhöhten ihre Hilfe sogar noch stärker; sie stieg im Jahre 1975 auf 5,5 Mrd Dollar und belief sich damit auf 27 Prozent der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe. Der Internationale Währungsfonds (IWF) richtete zwei Ölfazilitäten ein, um die Rückschleusung der von den OPEC-Ländern und einigen OECD-Volkswirtschaften angesammelten Überschüsse zu unterstützen. Durch Zinssubventionen wurden die Finanzierungskosten der Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen gesenkt. Die Kreditzusagen der internationalen Finanzinstitutionen expandierten im Jahre 1974 um 46 Prozent und im Jahre 1975 um 21 Prozent. Außerdem erhöhten sowohl bilaterale als auch multilaterale Stellen den Anteil ihrer Programmfinanzierung und anderer rasch abfließender Entwicklungshilfeleistungen. Auf diese Weise nahm die öffentliche Entwicklungshilfe an die Länder mit niedrigerem Einkommen in den Jahren 1973 bis 1975 real um 60 Prozent zu. Die ölimportierenden Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen finanzierten ihre gestiegenen Defizite durch Kredite zu kommerziellen Bedingungen.

Obwohl die internationale Reaktion auf die Schwierigkeiten der Jahre 1973 bis 1975 ermutigend war, stieg die öffentliche Entwicklungshilfe in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nur noch langsam; im Falle der ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen ging sie real sogar zurück. Im Jahre 1980 war die öffentliche Entwicklungshilfe der OECD-Länder, gemessen an ihrem BSP, nur wenig höher als im Jahre 1975; sie erreichte damit nur etwa die Hälfte des 0,7-Prozent-Zieles, dem sie mehrheitlich zugestimmt haben. Das Gesamtergebnis wird in hohem Maße durch die bislang enttäuschenden Leistungen des größten Geberlandes beeinflusst. Im Jahre 1980 belief sich die Hilfe der OECD-Länder ohne die USA (mit 0,27 Prozent) auf 0,43 Prozent ihres BSP. Schweden, Norwegen, Dänemark und die Niederlande übertrafen die Zielgröße von 0,7 Prozent.

Der Anteil der Nicht-OECD-

Abbildung 5.2 Herkunft und Verwendung finanzieller Mittelzuflüsse in ölimportierende Entwicklungsländer



<sup>a</sup> Einschließlich Gastarbeiterüberweisungen

Die realen Handelsbilanzdefizite der ölimportierenden Entwicklungsländer erreichten im Jahre 1975 ihren höchsten Stand. In den drei folgenden Jahren gingen diese Defizite wieder um nahezu die Hälfte zurück. Die Zahlungsbilanzen der ölimportierenden Länder gerieten aber mit den Ölpreisteigerungen der Jahre 1979/1980 erneut unter Druck. Zwar belief sich der prozentuale Anstieg der Ölpreise in den Jahren 1979/1980 auf nur 63 Prozent der Steigerung von 1973/1974; die damit einhergehende Zunahme der Handelsbilanzdefizite der ölimportländer war jedoch ausgeprägter, da das Öl inzwischen einen weit höheren Anteil an den gesamten Importkosten erreicht hatte.

Die ölimportierenden Entwicklungsländer haben in den Jahren 1978 bis 1980 einen Großteil der Zunahme ihrer Defizite unter Ein-

Verbrauchs unter das andernfalls mögliche Niveau. Im vorliegenden Kapitel wird untersucht, inwieweit die externe Finanzierung die Anpassung unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Wachstumsmöglichkeiten erleichtern kann.

### Externe Finanzierung in den siebziger Jahren

Als nach dem Jahre 1973 die Außenhandelsdefizite der Entwicklungsländer stark anstiegen, wurde international sehr schnell und unter besonderer Beachtung der Nöte jener Länder reagiert, die als »am schwersten betroffen« gelten. Die OECD-Geberländer steigerten ihre Hilfe innerhalb von zwei Jahren von dem historischen Tiefstand von 0,29 Prozent ihres BSP im Jahre 1973 auf 0,36 Prozent im Jahre 1975. Die



Länder an der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe nahm zwar während der siebziger Jahre zu, er erreichte aber bereits im Jahre 1975 mit 33 Prozent seinen höchsten Stand. Am meisten trugen dazu die ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß bei. Mit dem Rückgang der Ölüberschüsse sank auch der Anteil der OPEC-Länder an der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe auf 18 Prozent im Jahre 1979; im Jahre 1980 stieg er aber wieder auf 20 Prozent an. Damit erreicht heute der Entwicklungshilfe-Beitrag der ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß 3,1 Prozent ihres BSP. Die Hilfe der planwirtschaftlich organisierten Industrieländer ist mit einem Anteil an ihrem BSP von 0,12 Prozent ohne Bedeutung.

Die steigenden Öleinnahmen hatten nur geringe unmittelbare Auswirkungen auf die Exporte der Entwicklungsländer. Einige Länder, die überwiegend zu den ärmsten gehören, nahmen allerdings über den »Export« von Arbeitskräften und die damit verbundenen Gastarbeiterüberweisungen am gestiegenen Wohlstand der ölexportierenden Länder teil. Insgesamt nahmen die Überweisungen an Entwicklungsländer, vor allem aus Europa und den Golfstaaten, von etwa 3,5 Mrd Dollar im Jahre 1970 auf 24 Mrd Dollar im Jahre 1980 zu. Dies überstieg die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe an alle Entwicklungsländer um 2 Mrd Dollar und entsprach einem Anteil an der Warenausfuhr der Hauptempfängerlande von etwa 13 Prozent, der in

einigen Fällen deutlich überschritten wurde (vgl. Sonderbeitrag).

Die ausländischen Direktinvestitionen, auf die im Jahre 1970 etwa 20 Prozent der Netto-Kapitalzuflüsse in Entwicklungsländer entfielen, expandierten weniger stark als die anderen Formen von Auslandskapital. Sie nahmen zwar in den frühen siebziger Jahren als Reaktion auf den Rohstoffboom und die freundlichere Einstellung vieler Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen gegenüber der Direktinvestition beträchtlich zu. Diese Beschleunigung erwies sich aber nur als kurzlebig: Nach 1975 hielt die Zuwachsrate für die Bereitstellung von Eigenkapital aus dem Ausland nicht einmal mit der Inflationsrate Schritt. Mit der zunehmenden Bedeutung der kommerziellen Bankkredite veränderten

## Gastarbeiterüberweisungen

Im Jahre 1980 flossen den Entwicklungsländern aus Überweisungen ihrer im Ausland arbeitenden Staatsangehörigen etwa 24 Mrd Dollar zu. Die Gastarbeiter waren überwiegend in Europa und in neuerer Zeit auch im Raum des Persischen Golfs beschäftigt. Zu den wichtigsten Empfängern unter den Entwicklungsländern für Überweisungen aus Europa gehörten Jugoslawien, die Türkei, Portugal und Marokko. Die in den Golfstaaten beschäftigten Gastarbeiter stammten in erster Linie aus anderen arabischen Ländern

### Bedeutende Empfängerländer von Gastarbeiterüberweisungen im Jahre 1978

Land	Betrag (in Mio \$)	Gastarbeiter- überweisung in % der Warenausfuhr
Jugoslawien	2938,0	51,8
Türkei	1011,6	44,5
Portugal	1688,9	60,5
Marokko	762,5	51,3
Ägypten	1761,6	88,8
Bangladesch	115,1	21,0
Indien	1238,6	17,8
Pakistan	1303,3	92,9
Jordanien	520,2	175,4
Jemen, Dem. VR	257,7	*
Jemen, Arab. Rep.	1277,0	*
Obervolta	65,9	59,6
Mali	31,1	33,0

\* Gastarbeiterüberweisungen sind in diesen Ländern praktisch die einzige Deviseneinnahmequelle.

(Ägypten, Jordanien, Syrien, der Arabischen Republik Jemen und der Demokratischen Volksrepublik Jemen) und aus Südasien (Indien, Pakistan, Bangladesch); aber auch die Zahl der aus Ostasien kommenden Gastarbeiter ist in den letzten Jahren gestiegen.

Wie in Ländern wie Griechenland, Jugoslawien und der Türkei beobachtet wurde, steht das Volumen der Überweisungen in enger Beziehung zur Zahl der Gastarbeiter und ihrer Entlohnung. Im Falle der Länder, die den Golfstaaten Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, scheinen die einzelnen Gastarbeiter um so höhere Beträge in ihre Heimat zu überweisen, je niedriger ihr Beschäftigungsniveau ist. Bei ungelehrten Arbeitskräften besteht auch nach längerem Auslandsaufenthalt in der Regel eine hohe Neigung zu Heimatüberweisungen, da sie ihre Familien häufig nicht in die Beschäftigungsländer mitnehmen; sie geht aber im Laufe der Zeit tendenziell zurück, sobald die Grundbedürfnisse ihrer Familien befriedigt sind und ihre eigenen örtlichen Ausgaben steigen.

Einige Heimatländer von Gastarbeitern haben besondere Maßnahmen ergriffen, um ihre im Ausland arbeitenden Bürger zu höheren Überweisungen anzuregen. Neuere Untersuchungen belegen aber, daß solche Anreize offenbar keine nennenswerten Auswirkungen auf das Gesamtvolumen der Überweisungen haben und allenfalls zu einer gewissen Umschichtung der Ersparnisse führen.

Die Erfahrungen in Europa haben gezeigt, daß es für die Zahl der Gastarbeiter, die ein Land aufnehmen möchte, eine Obergrenze gibt. Viele Länder haben die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte strengen Restriktionen unterworfen und versuchten, die Zahl der Gastarbeiter zu »stabilisieren«. Obwohl diese Maßnahmen häufig der Rezes-

sion und den Schwierigkeiten der Jahre 1973 bis 1975 zugeschrieben werden, wurden diese Restriktionen tatsächlich noch vor der Ölpreiserhöhung eingeführt. Andererseits kam es zu einer gewissen »Stabilisierung« der eingewanderten Bevölkerung. Trotz der ursprünglichen Absicht, lediglich Arbeitskräfte ins Land zu ziehen, haben selbst die Länder mit den striktesten Einwanderungsgesetzen feststellen müssen, daß die Wanderungsbewegung einen kreislaufähnlichen Charakter angenommen hat: Einige Arbeitskräfte sind zurückgekehrt, viele andere haben sich auf Dauer niedergelassen, und die Zusammensetzung der Gastarbeiter nach Alter und Geschlecht begann sich erstmals zu normalisieren.

Die Länder des Nahen Ostens machen zur Zeit ähnliche Erfahrungen. In dieser Region ist die Problematik jedoch akuter; nirgendwo sonst liegt der Anteil der Gastarbeiter an der erwerbstätigen Bevölkerung vergleichbar hoch. Gleichwohl dürften in naher Zukunft die Aussichten, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte im Nahen Osten zu erhöhen, etwas besser sein als in Europa, da mehrere Länder dieser Region entscheidend auf Gastarbeiter angewiesen sind; hinzu kommt, daß der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Irak und in Saudi-Arabien noch nicht so hoch ist wie in Kuwait und den Golfstaaten. Auf längere Sicht erscheinen jedoch auch in dieser Region die Aussichten für eine höhere Beschäftigung von Gastarbeitern nicht sehr günstig. Solange keine neuen »Einwanderungszentren« entstehen, werden daher die Herkunftsländer von Gastarbeitern wahrscheinlich feststellen müssen, daß die ihnen zufließenden Überweisungen künftig weniger stark expandieren als in der Vergangenheit.



sich die Formen der Auslandsinvestition in den Entwicklungsländern. Fremdmittel, die sich die Unternehmen gegenseitig zur Verfügung stellten, ergänzten die Eigenkapitalbeteiligung. Der Finanzbedarf multinationaler Unternehmen wurde nicht mehr bei den Muttergesellschaften, sondern zunehmend aus anderen Quellen wie etwa durch Kreditaufnahmen bei örtlichen Banken oder auf dem Euromarkt gedeckt.

Von den verschiedenen externen Finanzierungsarten wuchs die Kreditvergabe durch private Geschäftsbanken am schnellsten, und zwar von etwa 4 Mrd Dollar im Jahre 1970 auf 36,1 Mrd Dollar im Jahre 1980. Ende 1980 erreichte die ausstehende Verschuldung der Entwicklungsländer aus privaten Marktquellen 284 Mrd Dollar, im Vergleich zu 32 Mrd Dollar im Jahre 1970. Diese Zunahme konzentrierte sich auf Konsortialkredite, die von Banken zu variablen Zinssätzen bereitgestellt wurden. Diese variablen Sätze – die dem Londoner Interbankensatz für Eurogelder (LIBOR) zuzüglich einer Marge folgen – ermöglichten es den Banken, Kredite mit längeren Laufzeiten anzubieten, ohne sich den Zinsänderungsrisiken im kurzfristigen Bereich auszusetzen (vgl. Sonderbeitrag). Im Gegensatz hierzu stagnierte die Kreditaufnahme auf den Anleihemärkten. Die Anleiheemissionen der ölimportierenden Länder erreichten nur in den Jahren 1977 und 1978 einen nennenswerten Umfang. Die meisten Anleihen, die nach 1977 von den Entwicklungsländern begeben wurden, erfolgten in Form von Schuldscheinen zu variablen Zinssätzen, die sowohl aus der Sicht des Kreditgebers als auch aus der des Kreditnehmers den Konsortialkrediten stark ähneln.

Die Vergabe kommerzieller Bankkredite an die Entwicklungsländer konzentrierte sich fast vollständig auf die Länder mit mittlerem Einkommen; die ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen nahmen bei den Geschäftsbanken netto nicht mehr als jährlich 630 Mio Dollar auf. Die größten Kreditnehmer unter den Ländern mit middle-

## Verschuldung zu variablen Zinssätzen

In den letzten Jahren wurden die von Geschäftsbanken ausgereichten Kredite ganz überwiegend zu variablen Zinssätzen kontrahiert. Ende 1979 betrug die Gesamtverschuldung der 33 größten Entwicklungsländer zu variablen Zinssätzen einschließlich kurzfristiger Kredite rund 180 Mrd Dollar. Jede Erhöhung des Basiszinssatzes (gewöhnlich LIBOR) um 1 Prozentpunkt bedeutet, daß diese 33 Länder jährlich mit zusätzlichen Zinszahlungen von ca. 1,8 Mrd Dollar belastet werden.

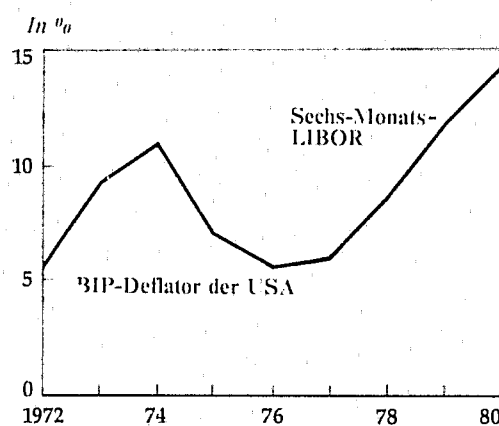
In den vergangenen acht Jahren hat sich der LIBOR häufig geändert; größtenteils lag der Satz aber unter den Inflationsraten in den Industrieländern (vgl. Abbildung als Beispiel für die USA), so daß die Kreditnehmer von negativen Realzinsen profitierten. In Zeiten steigender Inflationsraten waren allerdings die Kreditgeber mit Forderungen zu variablen Zinssätzen besser gegen unerwartete

Preissteigerungen geschützt als mit festverzinslichen Forderungstiteln; mit dem steigenden Anteil variabel verzinslicher Kredite an der Gesamtverschuldung gingen zugleich die »Windfall«-Gewinne der Kreditnehmer zurück. Dieser Trend dürfte sich auch in Zukunft fortsetzen, und zwar nicht nur wegen der weiter zunehmenden Bedeutung der Verschuldung zu variablen Zinsen. Im Gegensatz zum Zeitraum 1974 bis 1978 lagen die Realzinsen in den Jahren 1979 bis 1981 fast ausnahmslos im positiven Bereich, und es ist bei einer restriktiven Geldpolitik unwahrscheinlich, daß sie über längere Zeit hinweg negativ werden könnten.

Die steigenden Zinsen haben auch dazu geführt, daß die Erträge der offiziellen Devisenreserven und anderer Auslandsaktiva zugenommen haben. Ende 1979 hielten die 33 wichtigsten Kreditnehmer identifizierte variabel verzinsliche Auslandsaktiva von 115,3 Mrd Dollar; dies entsprach etwa zwei Dritteln der gesamten Verschuldung zu variablen Zinsen (vgl. Tabelle). Bei einigen wenigen ölimportierenden Ländern (wie Spanien und Kolumbien) übertrafen die variabel verzinsten Aktiva sogar die entsprechenden Passiva mit der Folge, daß sie bei steigenden Geldmarktsätzen Nettogewinne erzielten. Im Falle Argentiniens und einiger anderer halbindustrialisierter Länder glichen sich die variabel verzinsten Auslandspassiva und -aktiva in etwa aus.

Die Verschuldung zu variablen Zinsen ist allerdings bei einigen bedeutenden Kreditnehmern beträchtlich höher als die Summe ihrer entsprechend verzinsten Aktiva. Brasilien etwa hielt Ende 1979 für 10 Mrd Dollar variabel verzinsliche Aktiva bei einer Verschuldung zu variablen Zinsen in Höhe von 39 Mrd Dollar, und die Diskrepanz hat im Jahre 1980 noch zugenommen. Zu den anderen Ländern in ähnlicher Lage gehören Südkorea, die Türkei, Chile, die Elfenbeinküste, Marokko und die Philippinen.

Inflation und Zinssätze  
1972 bis 1980

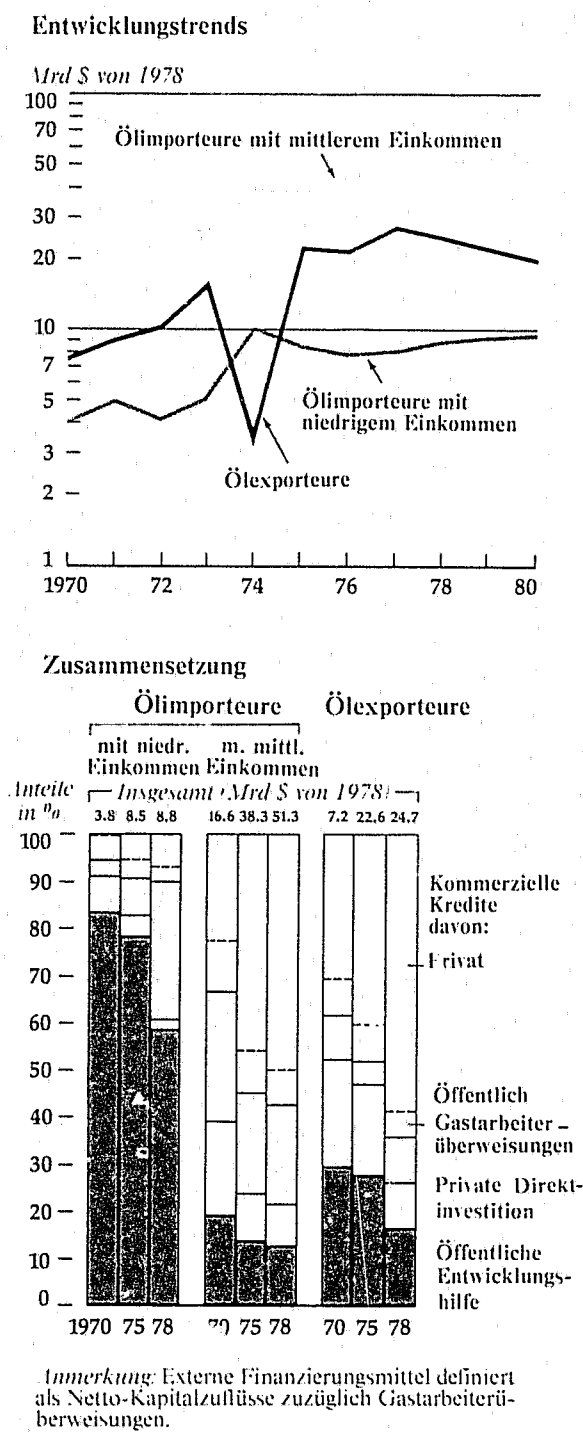


## Gesamtverschuldung zu variablen Zinsen Ende 1979

(in Mrd \$)

	Gesamtverschuldung zu variablen Zinsen	Devisen- reserven
<i>Bedeutende Kreditnehmer (33)</i>		
<i>auf den Finanzmärkten</i>	181,3	115,3
<i>Ölimportierende Länder</i>	111,6	77,7
Halbindustrialisierte Länder	92,9	65,0
davon: Argentinien	9,6	8,9
Brasilien	39,0	10,2
Chile	4,1	2,2
Korea	9,9	5,6
Spanien	11,5	23,3
Türkei	4,2	0,8
Übrige Länder	18,7	12,7
davon: Elfenbeinküste	1,5	0,2
Kolumbien	2,8	3,8
Marokko	2,4	0,8
Philippinen	5,4	3,7
<i>Ölexportierende Länder</i>	69,7	37,6
davon: Mexiko	29,6	8,0

Abbildung 5.3 Zufluß externer Finanzierungsmittel in Entwicklungsländer in den Jahren 1970, 1975 und 1978



rem Einkommen waren Ölexportländer (Mexiko, Venezuela und Algerien) und schon weiter entwickelte Volkswirtschaften (Brasilien, Spanien, Argentinien, Jugoslawien und Südkorea). Auf diese acht Länder entfielen im Jahre 1979 60 Prozent der gesamten ausstehenden Verbindlichkeiten gegenüber Geschäftsbanken.

Diese Veränderungen in der Finanzierungsstruktur wirkten sich auf die ölimportierenden Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen recht unterschiedlich aus. Das Mittelaufkommen der Länder mit

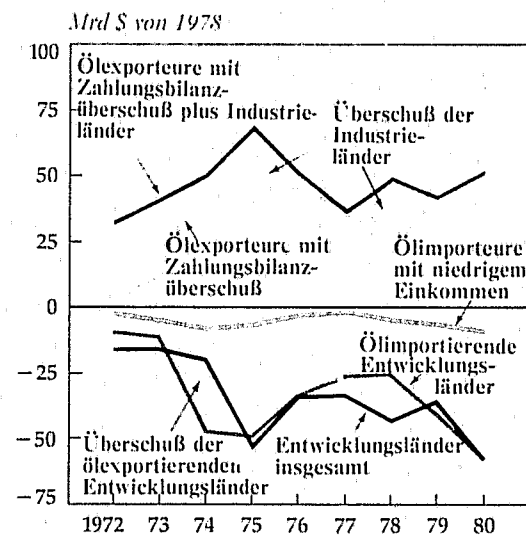
mittlerem Einkommen nahm im Zeitraum 1970 bis 1980 stark zu, und zwar nicht nur aus kommerziellen Krediten und privaten Direktinvestitionen, sondern auch aus der öffentlichen Entwicklungshilfe. Die Einnahmen der Länder mit niedrigem Einkommen expandierten nur im Falle der Gastarbeiterüberweisungen noch stärker. Hierin kommt zum Ausdruck, daß sich die Überweisungen aus Europa, die überwiegend den Entwicklungsländern mit mittlerem Einkommen zufließen, auf einem bestimmten Niveau einpendelten, während die Überweisungen aus dem Nahen Osten, wo vorwiegend Gastarbeiter aus Ländern mit niedrigem Einkommen beschäftigt waren, stark zunahmen. Demzufolge waren die Länder mit mittlerem Einkommen sehr viel stärker auf kommerzielle Kredite (meist von Geschäftsbanken) und vergleichsweise weniger auf öffentliche Entwicklungshilfe und ausländische Direktinvestitionen angewiesen (Abbildung 5.3).

Die realen Netto-Kapitaleinfuhren der ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen sind demgegenüber nach 1975 überhaupt nicht mehr gestiegen. Die öffentliche Entwicklungshilfe lag, real betrachtet, in den Jahren 1978 und 1980 sogar unter dem im Jahre 1975 erreichten Niveau. Auch bei den kommerziellen Krediten kam es zu keiner Zunahme. Mithin haben die armen Entwicklungsländer bei der Bewältigung ihrer Terms of Trade-Verluste in den Jahren 1979 und 1980 keine zusätzliche Unterstützung von der internationalen Staatengemeinschaft erhalten. Dabei hätten damals die Belastungen dieser Volkswirtschaften und ihrer Bevölkerungen von über einer Milliarde Menschen (ohne China) durch eine relativ bescheidene Aufstockung der Hilfe verringert werden können.

### Der finanzielle Anpassungsprozeß

Bis zu den Jahren 1973 und 1974 wurde die Außenfinanzierung der Entwicklungsländer überwiegend

Abbildung 5.4 Globale Leistungsbilanzsalden 1972 bis 1980



von den Ersparnissen der industrialisierten Marktwirtschaften getragen: Die erste Gruppe hatte ein Leistungsbilanzdefizit, die zweite einen Leistungsbilanzüberschuß. Seit der Ölpreiserhöhung der Jahre 1973 und 1974 haben jedoch auch die ölexportierenden Länder Überschüsse erwirtschaftet, die sowohl in die Entwicklungs- als auch die Industrieländer zurückgeschleust wurden.

Nach der ersten Ölpreiserhöhung stieg der zusammengefaßte Leistungsbilanzüberschuß aller ölexportierenden Länder von 4,1 Mrd Dollar im Jahre 1973 auf 62,6 Mrd Dollar im Jahre 1974. Spiegelbildlich hierzu entstanden in allen Ölimportländern Defizite, die sich fast gleichmäßig auf die Industrie- und Entwicklungsländer verteilten. In den Leistungsbilanzen der Industrieländer kam es zu einem Umschwung von einem Überschuß in Höhe von 18,9 Mrd Dollar zu einem Defizit von 8,5 Mrd Dollar, während die Defizite der ölimportierenden Länder von 7,3 Mrd Dollar auf 33,1 Mrd Dollar stiegen. Die Defizite und Überschüsse gingen dann im Zeitraum 1975 bis 1978 wieder zurück. Die zweite Ölpreiserhöhung (in den Jahren 1979 und 1980) führte jedoch erneut zu einer Ausweitung sowohl der Defizite als auch der Überschüsse.

Diese Entwicklungstrends, die in Abbildung 5.4 preisbereinigt darge-

stellt werden, charakterisieren in groben Umrissen den finanziellen Anpassungsprozeß, der in den siebziger Jahren stattgefunden hat. Die größte Rolle bei der finanziellen Anpassung spielten die ölexportierenden Überschußländer und die Ölimportländer mit mittlerem Einkommen, während die ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen und die planwirtschaftlich organisierten Staaten am finanziellen Nettotransfer nur geringfügig beteiligt waren. Obwohl die ölpreisbedingte Belastung der Zahlungsbilanzen der Industrieländer beträchtlich war, konnten sich diese Länder vor allem über eine Ausweitung ihrer Ausfuhren in die ölexportierenden Länder und eine Drosselung ihrer Einfuhren anpassen. So kam es, daß im Jahre 1975 – nur ein Jahr nach dem ersten starken Ölpreisanstieg – die Leistungsbilanzen der Industrieländer wieder Überschüsse aufwiesen, die in etwa dem Rückgang der Überschüsse aller ölexportierenden Länder entsprachen.

Obwohl die Handels- und Kapitalströme zwischen den wichtigsten Ländergruppen die Folge interdependenter Entwicklungen sind, lassen die Entwicklungstrends der siebziger Jahre eine Kausalkette vermuten, die, von den Aktionen der wichtigsten ölexportierenden Länder ausgehend, über die Politik der Industrieländer zu den Zahlungsbilanzen der ölimportierenden Länder verläuft. Der von den wichtigsten ölexportierenden Ländern im Rahmen der jeweiligen marktmäßigen Beschränkungen festgesetzte Ölpreis beeinflußt unmittelbar die Wirtschaften der ölimportierenden Länder. Die Ölexportureure entscheiden zugleich über die Verwendung ihrer Einnahmen. Bedingt durch die Zusammensetzung ihrer Importe kam die Belebung des Außenhandels durch die Öleinnahmen in erster Linie den Ausfuhren der Industrieländer zugute. So verwendeten die Ölexportländer 44 Prozent ihrer Einnahmen für Einfuhren aus Industrieländern und nur 8 Prozent für Einfuhren aus ölimportierenden Entwicklungsländern. Auch die Finanzanlagen der Ölexportureure wur-

den überwiegend in den Industrieländern vorgenommen.

Die höheren Ölpreise wirkten sich dementsprechend zwar unmittelbar auf die Einfuhrrechnungen der ölimportierenden Länder aus; ihr Einfluß auf die Ausfuhr dieser Länder wurde jedoch durch die Expansion der Märkte in den Industrieländern bestimmt. Die erste Ölpreiserhöhung fiel in eine Periode weltweiten Nachfragedrucks und haussierender Rohstoffmärkte, und die Industrieländer reagierten auf den zunehmenden Preisauftrieb mit einer deflationären Wirtschaftspolitik. Die durch die Überschüsse der ölexportierenden Länder stimulierte höhere Importnachfrage wurde deshalb nicht auf die ölimportierenden Länder übertragen, so daß im Außenhandel nur begrenzte unmittelbare Anpassungserfolge erzielt werden konnten. Diese parallele Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit in den Industrieländern war zu Beginn der jüngsten Ölpreiserhöhung (in den Jahren 1979 und 1980) weniger ausgeprägt; die indirekten Wirkungen auf die Ausfuhr der Entwicklungsländer sind folglich etwas günstiger als in den Jahren 1974 und 1975.

Da Defizite einen Ressourcentransfer beinhalten, sind sie nicht von Natur aus unerwünscht. Der optimale Umfang der Ressourcenübertragung auf ein Land hängt von dem erwarteten Nutzen sowie den Kosten der zusätzlich bereitgestellten Ressourcen ab. Der Nutzen wird normalerweise durch die Erträge der Aktiva bestimmt, die mit den eingeführten Ressourcen geschaffen werden; die Kosten ergeben sich aus den Zinssätzen und den mit der Einhaltung der Rückzahlungstermine verbundenen Schwierigkeiten. In Zeiten starker außenwirtschaftlicher Erschütterungen durch eine Verschlechterung der Terms of Trade oder durch Exportrückgänge (so geschehen in den Jahren 1973 bis 1975 und 1979 bis 1980) steigt der Nutzen des Ressourcentransfers, da er den betroffenen Volkswirtschaften die erforderliche Zeit verschafft, um sich an die neuen Bedingungen anzupassen – durch Substitutionsprozesse im Produktionsbereich

(zwischen Energie und anderen Produktionsfaktoren) und im Konsumbereich (zwischen Außenhandels- und Inlandsgütern). Jede Umstrukturierung von Produktionsprozessen sowie von Arbeit und Kapital und jede Veränderung der Verbrauchsgewohnheiten benötigt Zeit. Dementsprechend werden in der ersten Zeit nach einer außenwirtschaftlichen Erschütterung der Rückgang des Realeinkommens und die Abschwächung des Wechselkurses größer ausfallen als in späteren Zeitabschnitten. Diese unterschiedlichen Wirkungen lassen es sinnvoll erscheinen, Auslandskredite zur Unterstützung des Anpassungsprozesses aufzunehmen. Damit wird Einkommen in die Periode transferiert, in der das Realeinkommen am meisten fällt, und auch das Devisenangebot nimmt dann zu, wenn es am knappsten ist. Soweit sich ein Entwicklungsland kein Auslandskapital beschaffen kann, muß es seine Ausgaben unverzüglich kürzen, noch bevor Anpassungsvorgänge bei Produktion und Verbrauch stattfinden können.

Auf längere Sicht ist jedoch die Anpassung im Außenhandel unumgänglich, nicht zuletzt weil die Bereitstellung von Auslandskapital von den Exportaussichten abhängt. Wie schon im dritten und sechsten Kapitel dargelegt, sind allerdings Verlauf und Tempo der Anpassung von Land zu Land je nach Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftspolitik recht uneinheitlich. Die ölimportierenden Länder mit mittlerem Einkommen, vor allem die höher industrialisierten mit einer außenwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik, können ihre Abhängigkeit von ausländischen Mitteln schneller vermindern als jene Länder, die weniger industrialisiert sind oder eine binnenwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik verfolgen. Andererseits verfügen die Länder mit niedrigem Einkommen, insbesondere die am wenigsten entwickelten und die Rohstoffproduzenten, selbst auf mittlere Sicht nur über vergleichsweise begrenzte Alternativen. Obwohl die Wirtschaftspolitik hier in vielen Fällen sehr zu

wünschen übrig läßt, werden die Exporte dieser Länder nur mit größeren Verzögerungen auf eine verbesserte Wirtschaftspolitik reagieren. In diesen Ländern bestehen nur geringe Möglichkeiten zur Substitution von Importgütern; sie gehören außerdem der Ländergruppe an, die auf den privaten Kapitalmärkten keine Mittel erhält und auch künftig auf die Unterstützung zu Vorzugsbedingungen angewiesen sein wird.

## Aussichten

Ohne neue außenwirtschaftliche Erschütterungen wird der zusammengefaßte außenwirtschaftliche Finanzierungsbedarf aller ölimportierenden Länder, gemessen an ihrem BSP, gegenüber dem hohen Niveau des Jahres 1980 (4,9 Prozent) voraussichtlich zurückgehen. Dieser Rückgang wird sich allerdings nur allmählich vollziehen, und die Leistungsbilanzdefizite werden im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt wahrscheinlich auf einem hohen Stand verharren. In dieser Entwicklung werden sich nicht nur die Anpassungsschwierigkeiten der ölimportierenden Länder (insbesondere der ärmeren) widerspiegeln, sondern auch die höheren Zinszahlungen, durch die der Anteil des Netto-Ressourcentransfers reduziert wird, sowie die anhaltende, wenn auch nur geringfügige, Verschlechterung ihrer Terms of Trade.

Die Mittel zur Finanzierung der Defizite der ölimportierenden Länder werden auch künftig aus den anhaltenden Überschüssen der Ölexportländer bereitgestellt und durch die Überschüsse (oder Defizite) der Industrieländer erhöht (oder vermindert). Welchen Umfang die zu erwartenden Transfers aber letztlich erreichen, hängt im Falle der Bereitstellung konzessionärer Mittel von der Wirtschaftspolitik der Geberländer und, soweit die Finanzierung über die Märkte betroffen ist, von der Kreditaufnahmekapazität der Entwicklungsländer sowie der Leistungsfähigkeit der kreditvermittelnden Stellen ab.

## Finanzierung aus öffentlichen Quellen

Die Länder mit niedrigem Einkommen können Kredite zu kommerziellen Bedingungen nur in sehr geringem Umfang aufnehmen. Sie werden weiterhin stark auf Mittel aus öffentlichen Quellen (vor allem zu Vorzugskonditionen) angewiesen sein, um ihre Entwicklung und Strukturanpassung zu finanzieren. Die Vorzugsfinanzierung aus öffentlichen Quellen ist ganz besonders für das Schuldenmanagement der Länder mit mittlerem Einkommen von Bedeutung.

FINANZIERUNG ZU KOMMERZIELLEN BEDINGUNGEN. Die variablen Zinssätze und kürzeren Laufzeiten privater kommerzieller Kredite haben die Belastung der Entwicklungsländer aus dem Schuldendienst erhöht und zusätzliche Ungewißheit über das künftige Zinsniveau und die Refinanzierungsmöglichkeiten geschaffen. Variable Zinssätze enthalten darüber hinaus in inflationären Zeiten einen gewissen Ausgleich für die Erosion des Kapitalwertes und wirken verkürzend auf die Fälligkeiten mit der Folge, daß die »cash-flow«-Probleme der Kreditnehmer zunehmen.

Unter diesen Umständen beeinflußt die empfindliche Reaktion der Kreditmärkte auf die voraussichtliche Entwicklung der Schuldenbelastung die Möglichkeiten der »Roll-over«- oder Refinanzierung ausstehender Kredite bei Fälligkeit. Diese Konsequenzen werden in dem Maße abgeschwächt, in dem die Länder ihre Kreditaufnahme zu niedrigeren und stabileren Zinssätzen sowie zu längeren Laufzeiten ausweiten. Da die Länder mit mittlerem Einkommen bislang solche Finanzierungsmittel auf den privaten Märkten nur in sehr begrenztem Umfang aufnehmen konnten, würde ihnen durch eine umfangreichere Kreditvergabe aus öffentlichen Quellen sehr geholfen.

Trotz dieser beachtlichen Vorteile nimmt die Mittelbereitstellung aus öffentlichen Quellen zu Vorzugskonditionen nicht genügend zu, um

ihren Möglichkeiten gerecht zu werden. Der Anteil der öffentlichen Kreditvergabe an der gesamten Finanzierung zu nicht-kommerziellen Bedingungen lag im Jahre 1970 bei etwa einem Viertel, ist aber bis 1980 auf 18 Prozent zurückgegangen. Die Beiträge zu den multilateralen Entwicklungsbanken werden derzeit gekürzt oder verzögert; selbst wenn alle erwarteten Kapitalerhöhungen und Subskriptionen sofort verfügbar wären, würden – bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Projektkreditgewährung – zusätzliche Mittel zur Unterstützung der Anpassung benötigt.

Durch strukturelle Anpassungsdarlehen (SAL-Structural Adjustment Lending), eine neue von der Weltbank geschaffene Kreditform, werden die ölimportierenden Länder bei der Anpassung an das sich verändernde internationale Umfeld unterstützt. Die Länder erhalten im Rahmen des SAL Unterstützung bei der Formulierung und Durchführung von strukturellen Anpassungsprogrammen sowie finanzielle Mittel zur Überbrückung des Anpassungszeitraums. Die strukturellen Anpassungsdarlehen sollen jeweils in drei oder vier Einzeloperationen über einen Zeitraum von fünf bis sechs Jahren hinweg eingeräumt werden. Dies erfordert zweifellos zusätzliche Mittel, wenn die grundlegende projektgebundene Kreditvergabe durch die Weltbank nicht verringert werden soll.

Zusätzliche Mittel werden auch für ein weiteres bedeutendes Vorhaben der Weltbank benötigt – die Ausweitung der Darlehensgewährung zur Förderung der Energieproduktion in den ölimportierenden Ländern. Die Weltbank hat ihr Engagement bei der Kreditvergabe im Energiebereich bereits erhöht und hierfür in ihrem Ausleiheprogramm für die Jahre 1982 bis 1986 einen Anteil von etwa 17 Prozent vorgesehen. Das angestrebte 14 Mrd-Dollar-Programm erreicht allerdings nicht mehr als die Hälfte dessen, was als ausführbar und wünschenswert anzusehen ist. Inzwischen wurde ein zusätzlicher Bedarf von 16 Mrd Dollar für ein

weiteres Investitionsprogramm im Energiebereich identifiziert. Dieses Programm läßt sich allerdings derzeit angesichts der begrenzten Kapitalausstattung der Bank nicht verwirklichen, so daß zusätzliche Finanzierungsmittel aufgebracht werden müssen.

Der IWF hat seine Mittel zur Zahlungsbilanzfinanzierung aufgestockt, und er unternimmt derzeit größere Anstrengungen, um seine Kredit-Fazilitäten zur Förderung der Anpassung erneut auszuweiten. Die Zugriffsmöglichkeiten der Entwicklungsländer auf alle IWF-Fazilitäten haben sich nach der letzten allgemeinen Quotenerhöhung und mit der Verabschiedung neuer Richtlinien für die Inanspruchnahme der IWF-Fazilitäten durch die Mitgliedsländer verbessert. Der IWF hat inzwischen die achte Quotenüberprüfung in Gang gesetzt, um seine Ressourcen aufzustocken. Da diese Überprüfung aber zeitaufwendig ist, erhöht der IWF inzwischen seine Liquidität durch Kreditaufnahmen. Weitere Mittel werden voraussichtlich im Rahmen bilateraler Vereinbarungen mit Mitgliedsländern aufgebracht. Soweit erforderlich, werden größere Beträge von Zentralbanken bereitgestellt, aber auch die privaten Kapitalmärkte kommen hierfür in Frage. Der IWF erwägt außerdem neue Sonderziehungsrechte (SZR) als internationale Reserven zuzuteilen; er könnte hierdurch dazu beitragen, die Belastungen zu erleichtern, die für die Entwicklungsländer mit der Aufrechterhaltung angemessener Währungsreserven verbunden sind.

**ENTWICKLUNGSHILFE.** Das augenblickliche Niveau und die Aussichten der öffentlichen Entwicklungshilfe<sup>1)</sup> geben den Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen Anlaß zu ernster Sorge. Einige Geberländer haben zu verstehen gegeben, daß wirtschaftliche und budgetäre Schwierigkeiten ihren öffentlichen Entwicklungshilfeprogrammen zusätzliche Schranken auferlegen. Für die USA, die bereits heute gemessen an ihrem BSP zu den kleinsten Geberländern gehören,

zeigen die neuen Haushaltsansätze, daß ihre Hilfeleistungen künftig niedriger ausfallen werden, als sich noch vor einem Jahr abzeichnete. Großbritannien hat Abstriche bei schon geplanten Programmen bekanntgegeben. Glücklicherweise haben jedoch die OPEC- und die skandinavischen Länder ihr – gemessen am BSP – hohes Niveau an öffentlicher Entwicklungshilfe aufrechterhalten. Japan, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Kanada, Italien und die Schweiz haben die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß sie ihre Entwicklungshilfeleistungen steigern können.

Zuweilen hat man der Entwicklungshilfe vorgeworfen, daß sie nicht wachstumsfördernd sei oder die Armen nicht erreiche. Dabei wurde argumentiert, daß zusätzliche Hilfe in einigen Ländern, besonders in Afrika, nicht in produktive Investitionen umgewandelt werden könne. Die Kritik an der Entwicklungshilfe geht jedoch meist an Fakten oder Erfahrungen vorbei. Es gibt zweifellos Länder mit einem Mangel an qualifiziertem Personal oder mit schwachen Verwaltungsstrukturen. Aber selbst in diesen Fällen kann durch Koordination und qualitative Verbesserung der Entwicklungshilfe sowie durch ihre Verwendung gerade zur Beseitigung dieser Unzulänglichkeiten viel getan werden. Die Entwicklungshilfe trägt nur zu einem kleinen Teil zu den Investitio-

nen in den Entwicklungsländern bei; die Unterstützung gut geplanter und gut überwachter Programme ist allerdings von entscheidender Bedeutung für den Gesamterfolg der Entwicklungsanstrengungen. Die Tatsache, daß Indien – einstmals als permanentes Armenhaus eingestuft – heute seinen Bedarf an Brotgetreide in beachtlichem Umfang selbst deckt, ist der Entwicklungshilfe und technischen Unterstützung sowie den beträchtlichen Eigenanstrengungen des Landes zu verdanken. Die Familienplanung in Indonesien, neue Getreidesorten in Ostafrika sowie Eisenbahnen, Straßen, Dämme und Kraftwerke bestätigen überall in den Entwicklungsländern den Wert der Entwicklungshilfe.

Unter den heutigen Umständen leistet die Entwicklungshilfe noch einen weiteren, nicht weniger wertvollen Beitrag. Sie wird gebraucht, um den armen Ländern die Anpassung an bereits eingetretene oder künftige Terms of Trade-Verluste zu erleichtern. Die meisten Länder mit niedrigem Einkommen mußten ihr Wirtschaftswachstum drosseln, um ihre Zahlungsbilanzdefizite einzuschränken. Sie benötigen in Zukunft, wenn sie den Anpassungsprozeß bei einem Wirtschaftswachstum bewältigen sollen, das nicht einmal über das unzureichende Wachstum der sechziger und siebziger Jahre hinausgeht, mehr Unterstützung zu Vorzugsbedingungen, als voraussichtlich zur Verfügung stehen wird.

Fast genau so wichtig wie die Erhöhung des Gesamtvolumens der Entwicklungshilfe ist die Umschichtung der konzessionären Hilfe von den Ländern mit mittlerem zu denen mit niedrigem Einkommen. Im Jahre 1979 erhielten die Länder mit niedrigem Einkommen (ohne China) – bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung der Entwicklungsländer von 55 Prozent – nur 37 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD- und OPEC-Länder. Pro Kopf bekamen sie (mit 6,80 Dollar) nicht einmal halb so viel wie die Länder mit mittlerem Einkommen. Läßt man die Hilfe der internationalen Institutionen außer

1) Die Zahlen zur öffentlichen Entwicklungshilfe in Abbildung 5.5 und Tabelle 16 im Anhang »Kennzahlen der Weltentwicklung« sind nicht mit den ODA-Daten in den Tabellen 2.4, 5.1 und 5.4 sowie den Abbildungen 5.2 und 5.3 vergleichbar. Die erstgenannten Angaben beruhen auf Definitionen des Entwicklungshilfe-Ausschusses (DAC) der OECD und zeigen alle Arten von Auszahlungen durch die Geberländer. In den Tabellen 2.4, 5.1 und 5.4 sowie den Abbildungen 5.2 und 5.3 werden dagegen die von den Entwicklungsländern empfangenen unentgeltlichen Übertragungen und Kredite zu Vorzugsbedingungen so ausgewiesen, wie sie in den Zahlungsbilanzen erscheinen. Die Hauptunterschiede bestehen darin, daß die DAC-Definitionen die technische Hilfe und Beiträge an multilaterale Institutionen (einschließlich eingezahltes Kapital) miteinbeziehen. Diese beiden Positionen sind in den ODA-Angaben über empfangene Leistungen nicht enthalten, und im Falle der multilateralen Institutionen gehen nur die Auszahlungen der Kredite zu Vorzugskonditionen ein.



Betracht, so gingen lediglich 32 Prozent der bilateralen Entwicklungshilfe an die Länder mit niedrigem Einkommen (11,80 Dollar pro Kopf an die Länder mit mittlerem Einkommen und 4,70 Dollar pro Kopf an die mit niedrigem Einkommen).

Die Entwicklungshilfe, die den Ländern mit mittlerem Einkommen zufließt, ist bei drei bedeutenden Quellen sehr stark auf drei Ländergruppen konzentriert. So erhielten Israel und Ägypten im Jahre 1979 zusammen etwa 2,5 Mrd Dollar (überwiegend von den USA). Das entsprach einer Pro-Kopf-Hilfe von 58 Dollar oder 7,2 Prozent des BSP dieser Länder und etwa 22 Prozent ihrer Importe. In ähnlicher Weise konzentriert sich die OPEC-Hilfe vor allem auf Jordanien und Syrien, und ein großer Teil der französischen Entwicklungshilfe geht in Form von technischer Hilfe in Frankreichs überseeische Gebiete (Abbildung 5.5). Insgesamt flossen im Jahre 1979 11 Mrd Dollar der bilateralen Entwicklungshilfe von insgesamt 17 Mrd Dollar in Länder mit mittlerem Einkommen. Die ökonomischen und humanitären Vorteile einer Umschichtung zugunsten der ärmeren Länder sind offensichtlich, sie scheiterte jedoch bislang an politischen Erwägungen.

Die multilaterale öffentliche Entwicklungshilfe gleicht diese Benachteiligung der Länder mit niedrigem Einkommen im Rahmen der bilateralen Hilfe zum Teil aus. Die wichtigsten Quellen der multilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe sind die Vereinten Nationen, die Europäische Gemeinschaft und die Internationale Entwicklungsorganisation, wobei letztere etwa 84 Prozent ihrer Hilfe an Länder mit niedrigem Einkommen vergibt.

### Kreditvergabe aus privaten Quellen

Das auffallendste Merkmal der Entwicklungsfinanzierung in den letzten zehn Jahren war die wachsende Bedeutung der Kreditvergabe durch Geschäftsbanken vor allem für Län-

Tabelle 5.2 Ausstehende und ausgezahlte mittel- und langfristige Verschuldung 1970 bis 1980

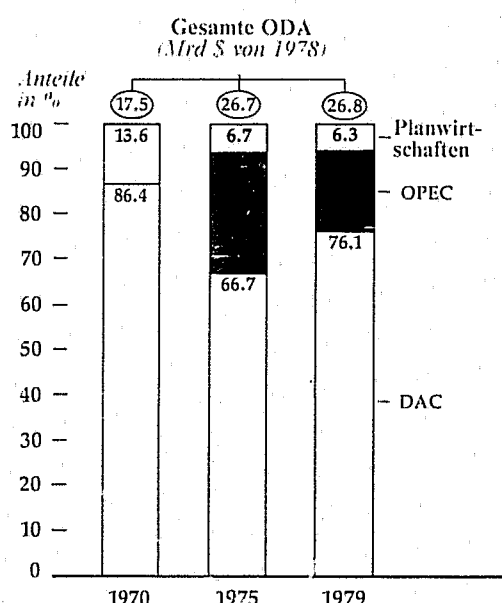
Ländergruppe	In Mrd lfd. \$		In Mrd \$ von 1978		Reale Zunahme in % 1970-80 <sup>a</sup>
	1970	1980	1970	1980	
Ölimporteure	48,0	301,3	102,6	250,9	9,4
mit niedrigem Einkommen	14,5	48,0	31,0	40,0	2,6
mit mittlerem Einkommen	33,5	253,3	71,6	210,9	11,4
Ölexporture	19,7	137,4	42,1	114,4	10,5
Entwicklungsländer insgesamt	67,7	438,7	144,7	365,3	9,7

Anmerkung: Einschließlich privater nicht-garantierter Verschuldung.

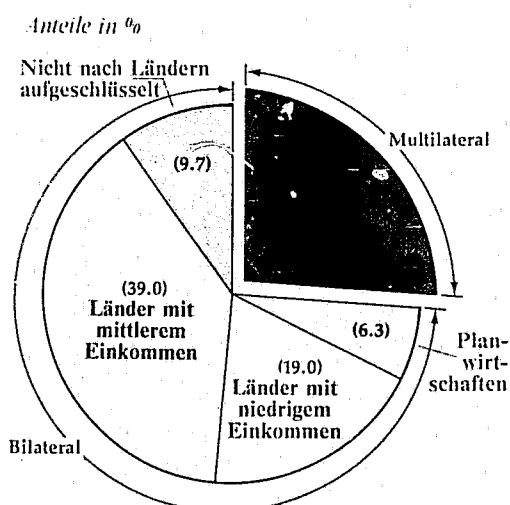
<sup>a</sup> Auf Jahresraten hochgerechnete Veränderungsraten.

Abbildung 5.5 Quellen und Verteilung der Entwicklungshilfe

ODA-Leistungen bedeutender Gebergruppen in den Jahren 1970, 1975 und 1979



Verteilung der Entwicklungshilfe im Jahre 1979



Verteilung der bilateralen Hilfe an Länder mit mittlerem Einkommen

Land	in %		
	Von DAC	Von OPEC	Von DAC & OPEC
Ägypten	12	1	9
Israel	14	—	10
Jordanien	1	29	8
Syrien	1	42	12
Französische überseeische Gebiete	16	—	12
Zwischensumme	44	72	51
Übrige Länder	56	28	49
Insgesamt	100	100	100

der mit mittlerem Einkommen. Ob sich diese Entwicklung fortsetzen wird, hängt vornehmlich von zwei Faktoren ab: von der Bereitschaft und Fähigkeit der Kreditnehmer, einen höheren Schuldendienst zu übernehmen, sowie der Bereitschaft und Fähigkeit der Banken, ihre Rolle als Mittler auszuweiten. Diese beiden Gesichtspunkte werden im folgenden erörtert.

**VERSCHULDUNG.** Die ausstehenden mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten der Entwicklungsländer erhöhten sich zwischen 1970 und 1980 nominal um mehr als das Sechsfache (mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 20,5 Prozent, und erreichten Ende 1980 438,7 Mrd Dollar, gegenüber nur 67,7 Mrd im Jahre 1970 (Abbildung 5.6). Die Verschuldung der ölimportierenden Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen ist weniger stark gestiegen, da diese mehr auf Zuschüsse angewiesen waren. Die mit Abstand wichtigste Ursache dieser Schuldenzunahme war die hohe Inflation. Real betrachtet wuchs die ausstehende Verschuldung jährlich um etwa 10 Prozent, verglichen mit etwa 12 Prozent pro Jahr in den sechziger Jahren (Tabelle 5.2).

Die Verschuldung ist in Relation zum BSP oder zu den Exporten nicht übermäßig gestiegen (vgl. Sonderbeitrag auf Seite 65). Wie zu erwarten, erhöhte sich zwar die am BSP gemessene Verschuldungsquote in den siebziger Jahren; bezogen auf die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen war sie jedoch im Jahre 1980 niedriger als im Jahre 1970. Die Belastungen aus dem



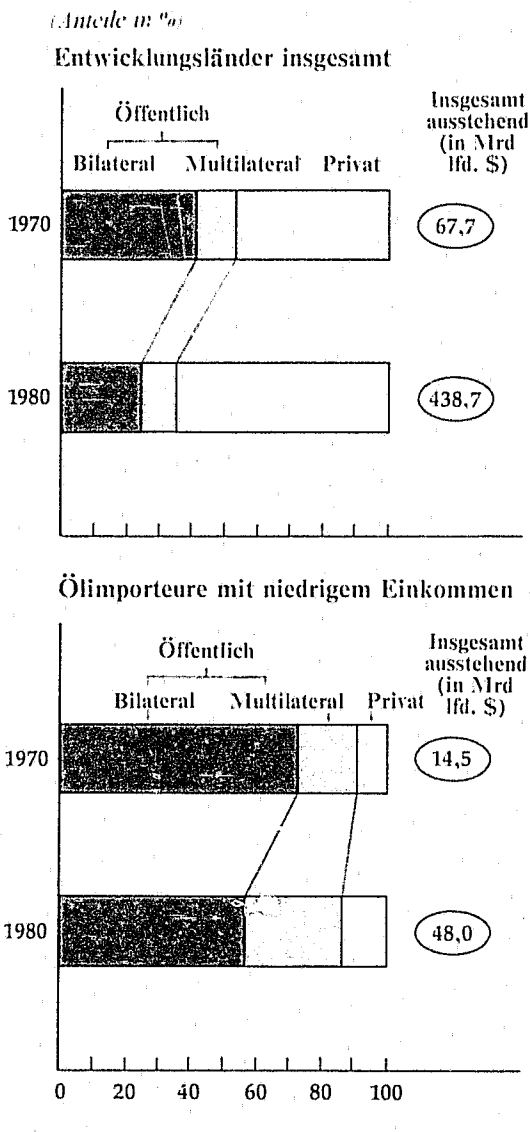
Schuldendienst sind allerdings infolge deutlicher Veränderungen in der Zusammensetzung der Verschuldung gestiegen.

Der Anteil der bilateralen Nettokreditaufnahme aus öffentlichen Quellen ist im letzten Jahrzehnt stark zurückgegangen, während der relative Beitrag der multilateralen Institutionen nur marginal und der Anteil der Kredite aus privaten Quellen – vor allem von Finanzinstituten – stark gestiegen sind. Im Ergebnis nahm die Verschuldung gegenüber privaten Kreditgebern jährlich um 28 Prozent und gegenüber Finanzinstituten um 41 Prozent zu. Auf letztere entfielen im Jahre 1970 12 Prozent und im Jahre 1980 etwa 43 Prozent der ausstehenden privaten und öffentlich garantierten Verschuldung.

Diese Umschichtungen gingen vornehmlich auf Entwicklungen in den Ländern mit mittlerem Einkommen zurück. Der Anteil öffentlicher Gläubiger an der Verschuldung der ölimportierenden Länder mit mittlerem Einkommen verringerte sich von 43 Prozent im Jahre 1970 auf 27 Prozent im Jahre 1980, während auf private Gläubiger im Jahre 1980 fast Dreiviertel des Gesamtbetrages entfielen. Im Gegensatz hierzu veränderte sich die Zusammensetzung der Verschuldung der ölimportierenden Länder mit niedrigem Einkommen nur sehr wenig. Sie deckten ihren Kreditbedarf nach wie vor in erster Linie aus traditionellen Quellen, d.h. bei bilateralen Kreditgebern und multilateralen Institutionen.

Die höhere Kreditaufnahme bei Geschäftsbanken und die gestiegenen Zinsen haben die Belastung aus dem Schuldendienst anschwellen lassen. Die höheren Zinsen enthalten teilweise eine Inflationsprämie. Aber selbst die inflationsbereinigten Zinssätze waren in den letzten Jahren höher als in den frühen siebziger und den sechziger Jahren. Mehr noch: die Inflationsprämien gleichen zwar bei der ausstehenden Schuld den Realwertverlust aus, sie verschärfen aber die Schuldendienstprobleme der Entwicklungsländer, sofern sie mit einer Verkürzung der durchschnittlichen Lauf-

Abbildung 5.6 Ausstehende Verschuldung der Entwicklungsländer nach Kreditquellen in den Jahren 1970 und 1980



zeiten zusammenfallen. Diese sind von 20 Jahren im Jahre 1970 auf 12,7 Jahre im Jahre 1980 zurückgegangen, und das, obwohl sich die Laufzeiten der Kredite aus öffentlichen (24 Jahre) und privaten Quellen (9 Jahre) in diesem Zeitraum praktisch nicht verändert haben. Das Zuschuß-Element bei der Verschuldung der Entwicklungsländer fiel von 31,8 Prozent im Jahre 1970 auf 6,3 Prozent im Jahre 1979, wobei der Anteil der Verschuldung zu Vorzugsbedingungen an der Gesamtverschuldung im gleichen Zeitraum von 39 Prozent auf 23,6 Prozent zurückgegangen ist.

Die höheren Zinssätze und verkürzten Laufzeiten hatten zur Folge, daß sich die gestiegene Bruttokreditaufnahme zwischen 1970 und 1980 nicht in einer vergleichbaren Zunahme des Nettotransfers niederschlug.

Im Jahre 1970 standen nach Tilgung und Zinszahlung etwa 43 Prozent der aufgenommenen Mittel für Importe und die Aufstockung der Reserven zur Verfügung. Dieser Anteil stieg in den Jahren 1970/1976 auf fast 50 Prozent, fiel aber – teils bedingt durch die Refinanzierung bestehender Schulden – auf 40 Prozent im Jahre 1978. Im Jahre 1980 ging diese Relation im Zuge einer abgeschwächten Kreditaufnahme bei zugleich stark steigenden Zinsen auf nur noch 22 Prozent zurück.

KREDITAUFNAHME-KAPAZITÄT. Neben anderen Indikatoren gibt die Gegenüberstellung von Schuldendienstzahlungen und Exporterlösen Aufschluß über die Schuldendienstfähigkeit eines Kreditnehmers. Hieran gemessen haben die Entwicklungsländer vor allem gegen Ende des Jahrzehnts einen zunehmenden Teil ihrer Exporterlöse für Tilgungs- und Zinszahlungen eingesetzt (vgl. Sonderbeitrag). Diese Verschlechterung ging teilweise auf umfangreiche Refinanzierungsmaßnahmen im Jahre 1978 zurück, als die wichtigsten Kreditnehmer die günstigeren Marktkonditionen nutzten. Hierin kommt ein gutes Schuldenmanagement zum Ausdruck und nicht etwa ein besorgniserregender Aufwärtstrend bei der Verschuldung. Aber auch die Zinslasten sind beträchtlich gestiegen: Gemessen am BSP der Entwicklungsländer nahmen sie zwischen 1970 und 1980 von 0,4 Prozent auf 1,8 Prozent und damit um mehr als das Vierfache zu.

Die mit der Verschuldung der einzelnen Kreditnehmer gewichteten Schuldendienstquoten sind sogar noch stärker gestiegen als die ungewichteten Relationen, was auf eine weit ernstere Verschlechterung der Lage der *derzeitigen* Kreditnehmer mit der größten Verschuldung hindeutet. Wenn man nur die Hauptkreditnehmer in die Betrachtung einbezieht, hatten drei Viertel von ihnen im Jahre 1979 höhere Schuldendienstquoten als im Jahre 1970. In verschiedenen Fällen traten so

## Kennzahlen der Verschuldung

Es gibt zwei große Gruppen von Kennzahlen für die Verschuldung:

Solche, mit denen die Fähigkeit eines Landes zu Zahlungen in Fremdwährungen gemessen wird. Am häufigsten wird hierbei die *Schuldendienstquote* verwendet, d. h. das Verhältnis von Zinszahlungen und Tilgungen auf die langfristige Verschuldung zur Ausfuhr von Waren- und Dienstleistungen. Die Aussagefähigkeit dieser Quote ist allerdings begrenzt: In einigen Ländern traten selbst bei Quoten von 40 Prozent und mehr keine nennenswerten Verschuldungsprobleme auf, während andere Länder bereits bei Schuldendienstzahlungen von weniger als 10 Prozent der Exporte vor ernststen Problemen standen.

Dieser scheinbare Widerspruch läßt sich teilweise mit den unterschiedlichen Verschuldungsmöglichkeiten der Länder zu kommerziellen Bedingungen erklären. Solange die Anleger der Wirtschaftspolitik eines Landes Vertrauen schenken, werden sie zu einer Wiederanlage der Tilgungszahlungen bereit sein. Unter solchen Umständen dürfte die *Zinsendienstquote* – das Verhältnis von Zinszahlungen zur Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen – einen besseren Indikator für die Fähigkeit eines Landes, Zahlungen an das Ausland zu leisten, darstellen, da ihre Aussagekraft nicht durch eine zeitliche Häufung von Rückzahlungen, vorzeitige Tilgungen oder Refinanzierungen beeinträchtigt wird.

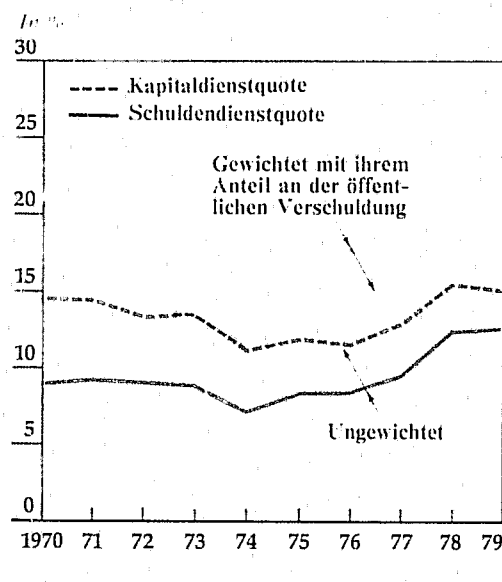
Kennzahlen, mit denen die Fähigkeit eines Landes zur Produktion realer Ressourcen gemessen wird (die dann zur Bezahlung von Importen und für den Schuldendienst eingesetzt werden können). Das *Verhältnis der Zinszahlungen zum BSP* wird oft verwendet, um die Belastung der Produktionskapazität einer Volkswirtschaft durch den Schuldendienst zu veranschaulichen.

Bei einigen anderen Indikatoren – etwa dem Verhältnis aus Auslandsverschuldung zu Devisenreserven – werden Merkmale beider Kategorien kombiniert. Keine dieser Kennzahlen kann allerdings eine genaue Länderanalyse hinreichend ersetzen. Wird Eigenkapital zunehmend durch Fremdkapital ersetzt (wie in den siebziger Jahren), dürfte die *Kapitaldienstquote* – die vertraglich vereinbarte Tilgung auf die langfristige Verschuldung, zuzüglich Gewinntransfers an das Ausland auf die Direktinvestition, dividiert durch die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen – den geeignetsten Maßstab für die Kreditwürdigkeit eines Landes darstellen.

Wie die Abbildung zeigt, haben sich die verschiedenen Kennziffern nicht immer gleichgerichtet verändert, sie zeigen jedoch alle eine eindeutige Verschlechterung seit dem Jahre 1974. Gewichtet man die Schuldendienst- und Kapitaldienstquoten mit den Anteilen der einzelnen Länder an der gesamten öffentlichen Verschuldung – um den Einfluß von Ländern mit steigenden Ausfuhr-

ren, aber niedriger Verschuldung, auf den Durchschnitt möglichst gering zu halten – so zeigen beide Kennzahlen in den siebziger Jahren einen noch stärkeren Anstieg (vgl. Abbildung); hierin spiegelt sich die hohe und zunehmende Verschuldung derjenigen Länder wider, die heute zu den wichtigsten Kreditnehmern gehören.

Schulden- und Kapitaldienstquoten der Entwicklungsländer 1970 bis 1979



## Ausstehende Verschuldung der Entwicklungsländer 1970 bis 1979

in %

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
<b>Kennzahlen</b>										
Schuldendienstquote	8,9	9,2	9,0	8,8	7,1	8,4	8,4	9,5	12,4	12,6
Zinsendienstquote	2,8	2,9	2,8	2,7	2,4	3,2	3,3	3,5	4,2	4,8
Kapitaldienstquote <sup>a</sup>	14,5	14,5	13,4	13,4	11,1	11,9	11,5	12,9	15,5	15,0
Verschuldung/BSP (in %) <sup>b</sup>	12,3	13,1	13,5	13,1	12,6	13,9	15,5	17,0	18,3	17,8
Verschuldung/Ausfuhr (in %) <sup>b</sup>	80,1	85,2	81,8	70,0	59,6	72,1	75,6	79,6	86,6	78,3
Verschuldung/Reserven (in %) <sup>b</sup>	263,7	239,9	183,2	153,9	143,5	193,9	204,6	214,5	217,3	176,4
Zinsendienst/BSP (in %) <sup>b</sup>	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,6	0,7	0,7	0,9	1,1
<b>Nachrichtlich:</b>										
Gesamte ausstehende und ausgezahlte öffentliche Verschuldung aller berücksichtigten Länder (in Mrd \$)	50,4	59,3	69,3	84,8	105,5	128,4	159,1	198,9	251,7	294,4

<sup>a</sup> Bemerkung: Erläßt sind alle Entwicklungsländer, die an das *Schuldenberichtssystem der Weltbank* berichten mit Ausnahme 1. der Ölexporture mit Zahlungsbilanzüberschuß und 2. der Länder, für die keine vollständigen und verlässlichen Daten-Zeitreihen verfügbar sind (Afghanistan, Bahrain, Botsuana, Burundi, Guinea, Komoren, Irak, Iran, Lesotho, Libanon, Liberia, Malediven, Nepal, Papua-Neuguinea und Südafrika).

<sup>b</sup> Vertragliche Schuldendienstzahlungen auf die langfristige Verschuldung zuzüglich Gewinntransfers auf die Direktinvestition, dividiert durch die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen.

<sup>c</sup> Ausstehende und ausgezahlte Verschuldung.

ernste Schuldendienstprobleme auf, daß einzelne Länder um Schuldentlastung nachsuchen mußten (vgl. Sonderbeitrag).

Der Bewegungsspielraum vieler Entwicklungsländer beim Schuldenmanagement wurde in den letzten Jahren durch eine weitere Entwick-

lung verringert: Der Anteil der exportgebundenen Kredite ist gestiegen, was sich in einem ungünstigeren Verhältnis zwischen den frei verfügbaren Mitteln und der gesamten Kreditaufnahme niederschlug. Dies wird zusammen mit dem relativen Rückgang des Nettotransfers (nach

Tilgung und Zinszahlungen) dazu führen, daß die in den frühen siebziger Jahren erreichte Flexibilität bei der Verwaltung der Devisenreserven in den achtziger Jahren wieder weitgehend verlorengeht.

Diese Entwicklungstrends deuten zwar darauf hin, daß sich die

Probleme der Entwicklungsländer beim Schuldenmanagement in den kommenden Jahren verschärfen werden; sie geben jedoch keinen Hinweis auf ein allgemeines Schuldenproblem der Entwicklungsländer. Diese Einschätzung wird durch Zahlungsbilanz-Projektionen für die achtziger Jahre untermauert, die auf der Grundlage wahrscheinlicher Szenarien durchgeführt wurden. Die Besorgnis der Aufsichtsbehörden, finanzwirtschaftlicher Kommentatoren und einiger Bankiers in den späten siebziger Jahren über die

Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer wird wahrscheinlich wieder einer stärkeren Beachtung der individuellen Kreditwürdigkeit und Differenzierung der Kreditvergabebedingungen Platz machen.

Nach Ländergruppen gegliedert lassen sich die Verschuldungsprofile wie folgt zusammenfassen:

- Ölexportierende Länder mit niedrigem Einkommen. Die Kennzahlen der Verschuldung dieser Ländergruppe verbesserten sich zwar beträchtlich zwischen 1970 und

1979; dies war jedoch vollständig auf das hohe Gewicht Indiens in den Durchschnittswerten zurückzuführen. Die Ausfuhren und das BSP Indiens expandierten stark genug, um seine Kreditwürdigkeit für kommerzielle Mittel zu verbessern. Auch einige andere Länder mit niedrigem Einkommen werden vielleicht in den kommenden Jahren in geringem Umfang Kredite zu Marktbedingungen aufnehmen können, sie werden aber doch weitgehend auf die öffentliche Entwicklungshilfe angewiesen bleiben.

## Schuldenentlastung

Die meisten Entwicklungsländer waren imstande, die Zins- und Tilgungsleistungen auf ihre Auslandsschuld zu erbringen; einige jedoch waren gezwungen, um eine Schuldenentlastung nachzusuchen. Die bisherigen Umschuldungsverhandlungen wurden durch verschiedene Umstände ausgelöst, die aber in den meisten Fällen einige grundlegende Ähnlichkeiten zeigten. Hierzu gehörten eine andauernde Verschlechterung der Zahlungsbilanz und eine mehrjährige übertrieben expansive Finanz- und Geldpolitik, wobei die Lage regelmäßig durch kurzfristige Erschütterungen erschwert wurde, wie etwa durch Ausfälle bei den Exporten oder Gastarbeiterüberweisungen, sowie starke Verschlechterungen der Terms of Trade und nationale Katastrophen. Einige Gegenmaßnahmen, die die Länder zur Lösung dieser Schwierigkeiten ergriffen, verschärfen noch ihre Probleme. Sie nahmen Kredite zu ungünstigeren Bedingungen auf, und in einigen Fällen hatte die private Kreditaufnahme destabilisierende Wirkungen. So waren die Banken zum Beispiel bei steigenden Rohstoffpreisen bereit, Kredite zu gewähren; sie kürzten hingegen ihre Ausleihungen bei sinkenden Exporterlösen.

Für einige wenige Länder wurde im Rahmen von *Entwicklungshilfe-Konsortien* eine Schuldenentlastung vereinbart; dabei ging es um große Summen und unterschiedliche Zielsetzungen. In einer Reihe von Vereinbarungen des Pakistan-Konsortiums schuldete Pakistan seine ausstehende Verschuldung aus öffentlichen Quellen in Höhe von 990 Mio Dollar im Zeitraum 1972 bis 1974 und im Jahre 1981 um. Darüber hinaus wurden Indien zwischen 1968 und 1976 durch das Hilfskonsortium 1,25 Mrd Dollar seiner Schulden erlassen (es erhielt gleichzeitig Entwicklungshilfeszusagen; eine Unterbrechung des Schuldendienstes wurde nicht vereinbart); hierdurch sollte in erster Linie die Qualität der Entwicklungshilfe zu einer Zeit verbessert werden, als das Einkommen Indiens an frei verwendbaren Devisenreserven durch seine Schuldendienstzahlungen beeinträchtigt wurde. Im Jahre 1959 gewährte die OEEC der Türkei in Verbindung mit allgemeiner Wirtschaftshilfe eine massive Schuldenentlastung.

Im Rahmen des *Pariser Clubs* – eines Gremiums aus Regierungsvertretern westlicher Gläubigerländer, das ad hoc zusammentritt – wurde in den letzten 25 Jahren für weitere dreizehn Entwicklungsländer eine Entlastung ihrer öffentlichen und öffentlich garantierten Verschuldung (Regierungskredite und garantierte kommerzielle Kredite) vereinbart. Im Gegensatz zu den Konsortialtreffen hat sich der Pariser Club nur mit der Schuldenentlastung und nicht mit der gesamten Auslandshilfe befaßt.

In den siebziger Jahren sind die Ausleihungen der *Geschäftsbanken* stark gestiegen, und dementsprechend waren diese Banken auch zunehmend mit Fragen der Schuldenentlastung befaßt. Die Umschuldung von Verbindlichkeiten gegenüber Geschäftsbanken erfolgt oft parallel zu Vereinbarungen des Pariser Clubs, wie für Peru (1978), den Sudan (1980), die Türkei (1979) und Zaire (1980). Verbindlichkeiten gegenüber Geschäftsbanken wurden aber auch in beträchtlichem Umfang ohne eine Beteiligung des Pariser Clubs refinanziert: Argentinien (1976), Jamaika (1979), Nicaragua (1980) und die Philippinen (1970). Die seit 1973 abgeschlossenen Umschuldungsvereinbarungen mit Geschäftsbanken belaufen sich auf 5,1 Mrd Dollar, wovon 3,1 Mrd Dollar auf die Türkei entfallen.

Schuldenentlastungen wurden bislang im allgemeinen nur für Zeiträume von 12 bis 18 Monaten gewährt, und zwar unter der Auflage, daß der Schuldner zur Beseitigung seiner Zahlungsbilanzprobleme ein Stabilisierungsprogramm verabschiedete (das in der Regel vom IWF als Grundlage für eine Bereitschaftskredit-Vereinbarung zu billigen war.) Die Rückzahlung umgeschuldeter Verbindlichkeiten verteilt sich normalerweise auf sieben bis zehn Jahre bei drei bis vier Freijahren. Die umgeschuldeten Verbindlichkeiten werden üblicherweise zu dem Satz verzinst, der zur Zeit der Umschuldung für Neukredite vergleichbarer Art gilt. Eine Entlastung der Verschuldung zu Vorzugsbedingungen (niedrige Zinsen und lange Laufzeiten) wurde bislang nur Indien (siehe oben), Indonesien (dessen gesamte ausstehende Schuld im Jahre 1970 umstrukturiert wurde), Ghana (1974) und Pakistan (1974

und 1981) gewährt. Im allgemeinen wurde keine erneute Umschuldung für bereits umgeschuldete Verbindlichkeiten vorgenommen.

Die Vereinbarungen des Pariser Clubs zur Schuldenerleichterung sehen eine ordnungsgemäße Umstrukturierung von Auslandsverbindlichkeiten im Falle ernster Liquiditätsprobleme von Schuldnerländern vor. Schuldner- und Gläubigerländer waren jedoch stets unterschiedlicher Auffassung über die Konsolidierungsfristen und die Rückzahlungsbedingungen, worin unterschiedliche Positionen im Hinblick auf den Zweck einer Schuldenentlastung zum Ausdruck kamen. Nach Ansicht der meisten Gläubigerländer soll die Schuldenentlastung dazu beitragen, daß die Schuldnerländer ihre Schuldendienst-Zahlungen wie ursprünglich vereinbart wiederaufnehmen können und dadurch ihre Kreditwürdigkeit wiederherstellen. Dementsprechend wird eine kurze Konsolidierungsperiode als angemessen betrachtet, die es gestattet, die Schuldenentlastung so anzupassen, daß sie mit der sich wandelnden Rückzahlungs-Kapazität des betreffenden Landes übereinstimmt. Die Schuldnerländer dagegen weisen darauf hin, daß sie mit kurzen Konsolidierungsfristen bei hartnäckigen Schwierigkeiten gezwungen werden, ständig von neuem um eine Schuldenentlastung nachzusuchen. Außerdem führten kurze Rückzahlungsfristen in der Zukunft zu einer Kumulierung ihrer Schuldendienstverpflichtungen. Die Schuldnerländer bestehen darauf, daß bei Umschuldungsverhandlungen ihre zukünftigen Anpassungsprobleme und Zahlungserfordernisse berücksichtigt werden und daß die Frage der Kreditwürdigkeit unter längerfristigen Aspekten behandelt werden sollte.

Nach wie vor offen ist, wie die internationale Gemeinschaft den Ländern mit hoher Verschuldung und ungünstigen Exportaussichten am besten helfen kann. Es wird jedoch mehr und mehr deutlich, daß die Schuldenlast dieser Länder als Teil einer umfassenden und dauerhaften Lösung erleichtert werden muß, in deren Rahmen die erforderlichen Auslandsmittel zur Finanzierung eines Wirtschaftsprogramms bereitgestellt werden.

- Ölimportierende Länder mit mittlerem Einkommen. Diese Länder sahen sich in den siebziger Jahren mit einer ständig steigenden Schuldenlast konfrontiert; dabei handelte es sich um eine Entwicklung, die im allgemeinen durchaus mit einer vorsichtigen Kreditaufnahmepolitik und mit ihren expandierenden Volkswirtschaften vereinbar war. Zwischen den einzelnen Mitgliedern dieser Gruppe bestehen allerdings Unterschiede. Einige Länder verfügen heute infolge ausgezeichneter Exportleistungen über weitaus bessere Kreditaufnahmemöglichkeiten als noch Mitte der siebziger Jahre; in fast allen Fällen handelt es sich dabei um Länder mit beträchtlichen Fertigwarenexporten. Andere Länder könnten hingegen in Schwierigkeiten kommen, wenn sie versuchen sollten, ihre Kreditaufnahme genauso schnell wie in der Vergangenheit auszuweiten; hierbei handelt es sich fast ausschließlich um Rohstoffexporteure. Insgesamt entfallen auf die ölimportierenden Länder mit mittlerem Einkommen nahezu 58 Prozent der gesamten ausgezahlten und ausstehenden Verschuldung aller Entwicklungsländer. Die wirtschaftliche Entwicklung dieser Gruppe wird in den achtziger Jahren weitgehend über das Wachstum der gesamten privaten Kreditvergabe an die Entwicklungsländer bestimmen.

- Ölexportierende Länder. Ihre Verschuldungsmöglichkeiten sind heute ebenso günstig wie zur Zeit der Ölpreiserhöhung in den Jahren 1973 und 1974. In diesen Ländern dürften trotz ihrer starken Kreditaufnahme in der Vergangenheit kaum Verschuldungsprobleme auftreten, sofern sie die aufgenommenen Mittel produktiv verwenden und ihre ölunabhängigen Ausfuhren entwickeln. Diese Länder müssen allerdings ihre Volkswirtschaften auf den Anpassungsprozeß vorbereiten, der ihnen bevorsteht, sobald ihre Ölreserven erschöpft sind (vgl. sechstes Kapitel).

Die Kreditwürdigkeit einzelner Länder wird künftig entscheidend von ihrem Wachstum, ihren Exportleistungen und der Struktur ihrer

Verschuldung abhängen. Die Geschäftsbanken dürften kaum daran interessiert sein, ihre Ausleihungen an Länder mit ungünstigen Exportaussichten zu erhöhen. Andererseits haben Länder wie Brasilien, Mexiko und Südkorea bewiesen, daß auch umfangreiche Kreditaufnahmen bedient werden können, sofern die Gesamtwirtschaft und die Ausfuhren kräftig expandieren. So stieg die Verschuldung Südkoreas von 1,8 Mrd Dollar im Jahre 1970 auf 15 Mrd Dollar im Jahre 1979; die Exporte des Landes nahmen aber so stark zu (wobei sie das BSP-Wachstum übertrafen), daß seine Schuldendienstfähigkeit im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts beträchtlich gestiegen ist. Auch Mexikos Kreditwürdigkeit verbesserte sich, nachdem seine Einnahmen aus der Ölausfuhr zunahmen.

Die Geschäftsbanken werden gegenüber solchen Ländern Zurückhaltung üben, die sich bei ihnen bereits übermäßig stark verschuldet haben oder mit einer unverhältnismäßig hohen Kreditaufnahme aus privaten Quellen zu Marktbedingungen und relativ kurzen Laufzeiten belastet sind. Die Gefahr von Friktionen läßt sich in Zukunft nur bei einer vorsichtigen Kreditaufnahmepolitik und zusätzlicher öffentlicher Entwicklungshilfe zu längeren Laufzeiten auf ein Mindestmaß begrenzen; zu diesem Zweck sind außerdem Vorkehrungen zu treffen, in deren Rahmen eventuell auftretende Liquiditätsprobleme von Schuldnern durch angemessene wirtschaftspolitische Maßnahmen, Refinanzierungen und Umschuldungen gelöst werden können.

**BANKEN ALS VERMITTLER.** Nach der raschen Expansion der siebziger Jahre kam es im Jahre 1980 zu einer beträchtlichen Abschwächung der mittel- und langfristigen Kreditvergabe privater Banken an die Entwicklungsländer. Gleichzeitig verschärften sich die Kreditbedingungen – über höhere Zinsspannen und Gebühren sowie kürzere Laufzeiten. Diese Abschwächung hat Befürchtungen verstärkt, denen zufolge die Geschäftsbanken beim Recycling

nicht mehr die gleiche Rolle spielen könnten wie in den Jahren 1973 bis 1979.

Teilweise läßt sich dies jedoch mit Veränderungen bei den kurzfristigen Konditionen erklären. Die wichtigsten Kreditnehmer hatten sich im Jahre 1978 stark verschuldet, wobei sie die niedrigen Spannen und die hohe Liquidität der Banken nutzten, um ausstehende Kredite mit höheren Spannen vorzeitig zurückzuzahlen. Die anschließende Abschwächung der Kreditaufnahme im Jahre 1980 läßt sich zum Teil auch auf die hohen kurzfristigen Zinsen in den USA und deren Auswirkungen auf den Leitzatz für Eurogelder (LIBOR) zurückführen. Darüber hinaus bestanden bei einzelnen Ländern besondere Gründe für eine nur geringe Kreditaufnahme bei Geschäftsbanken. Die Abschwächung der Kreditaufnahme dürfte allerdings weniger ausgeprägt gewesen sein, als es auf den ersten Blick erscheint. Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) legen nahe, daß die kurzfristige, unveröffentlichte Neuverschuldung – die in den Kapitalmarktstatistiken nicht enthalten ist – stark zugenommen hat.

Gibt es über diese kurzfristigen Faktoren hinaus weitere Gründe, die gegen eine fortgesetzte Expansion der Kreditvergabe durch Geschäftsbanken sprechen? Länderspezifische Erhebungen zeigen, daß sich die Kreditaufnahmekapazität gewisser Entwicklungsländer etwas verschlechtert hat und die Konzentration der Verschuldung in den vergangenen zehn Jahren geringfügig gestiegen ist. Da allerdings die Kreditvergabe an Entwicklungsländer gewinnbringend ist, diese Länder bislang (mit wenigen Ausnahmen) ihren Verpflichtungen musterhaft nachgekommen sind und sie auch weiterhin Auslandskapital benötigen, ist es unwahrscheinlich, daß die Finanzmittler die Entwicklungsländer generell benachteiligen werden. Sie dürften jedoch bei ihrer Ausleihpolitik zwei institutionelle Einschränkungen zu beachten haben.

**ANGEMESSENE EIGENKAPITAL-AUSSTATTUNG.** Einiges deutet dar-

auf hin, daß die Eigenkapitalquoten der Banken seit 1973 gesunken sind; weniger klar sind indessen das Ausmaß dieses Rückgangs und seine Auswirkungen auf die Kreditvergabe an die Entwicklungsländer. Von größerer Bedeutung war allerdings die stärkere Expansion des internationalen Geschäfts gegenüber der Zunahme der Inlandsaktiva; dies hatte zur Folge, daß die Eigenkapitaldecke nicht mit dem Wachstum der Auslandsaktiva Schritt halten konnte. Gemessen am Gesamtkapital der Banken nahmen ihre Bruttoforderungen gegenüber den ölimportierenden Ländern von 49,6 Prozent 1975 auf 61,5 Prozent im Jahre 1978 zu, während sich der Anteil dieser Forderungen an den gesamten Aktiva nur von 2,6 Prozent auf 2,9 Prozent erhöhte. Bei den US-Banken stieg die Relation zwischen den Ausleihungen an Entwicklungsländer und dem Eigenkapital von 49,4 Prozent (1975) auf 57,7 Prozent (1978), und der Anteil dieser Ausleihungen an den gesamten Aktiva kletterte von 3,6 Prozent auf 4,0 Prozent. Da aber auch die Einlagen der Entwicklungsländer bei Geschäftsbanken gestiegen sind, hat sich die Nettoposition weit weniger stark erhöht.

Inwieweit die Banken auf ihr gestiegenes Engagement mit einer verstärkten Zurückhaltung bei der Kreditvergabe an Entwicklungsländer reagieren werden, hängt von verschiedenen Faktoren ab wie von den Erträgen dieser Kredite, den Vorstellungen der Banken über die anzustrebende Portfolio-Struktur und den Auswirkungen steigender Auslandsaktiva auf die Kosten der Eigenkapitalbeschaffung. Es besteht kaum Grund zu der Annahme, daß die Auslands kreditgewährung weniger gewinnbringend ist als die inländische Kreditvergabe; wahrscheinlich traf in den siebziger Jahren eher das Gegenteil zu. Die Banken hatten bei ihren Auslandskrediten geringere Verluste zu verbuchen als im Inlandsgeschäft. Dennoch ist nicht auszuschließen, daß die Auffassungen der Bankiers und ihrer Aktionäre über die Vorteilhaftigkeit der Auslands kreditgewährung ausein-

andergehen könnten, was die Eigenkapitalbeschaffung erschweren würde.

**LÄNDER-LIMITE.** Aus Gründen der Vorsicht legen die Banken interne Limite für die Kreditvergabe an einzelne Länder fest. Diese Grenzen werden nicht formal berechnet oder veröffentlicht, so daß keine Möglichkeit besteht, den verbleibenden Spielraum für die Kreditgewährung festzustellen. Einige Banken dürften aber inzwischen in einzelnen Fällen zweifellos nahe an die bestehenden Ländergrenzen herangekommen sein oder diese bereits erreicht haben. Die betroffenen Länder werden nur dann in der Lage sein, zusätzliche Kredite aufzunehmen, wenn sich andere Banken zu einer Ausweitung ihres Engagements bereitfinden.

Faßt man diese verschiedenen auf die Geschäftsbanken einwirkenden Faktoren zusammen, so dürften sich sowohl die Kreditnehmer als auch die Kreditgeber aller Voraussicht nach an die veränderten Bedingungen anpassen, ohne daß es zu einer allgemeinen Vertrauenskrise kommt. Einige Volkswirtschaften werden freilich ihren Schuldendienst als belastender empfinden als andere. Die einzelnen Länder stehen jeweils mit anderen Banken in Verbindung, und auch der Umfang der Geschäftsbeziehungen ist von Fall zu Fall verschieden. Kredite werden nur selten gleichzeitig fällig, und der Anteil der einzelnen Entwicklungsländer an den gesamten Auslandsaktiva der Banken liegt in keinem Falle höher als 3 Prozent. Schließlich sind auch die Entwicklungsländer-Risiken keineswegs gleichgelagert.

Die Beziehungen der ausländischen Geschäftsbanken zu den Entwicklungsländern sind in den letzten Jahren über die übliche Kreditnehmer-Kreditgeber-Verbindung hinausgewachsen und sehr viel breiter und komplexer geworden. Die Einlagen der Entwicklungsländer erreichten im Jahre 1979 einschließlich eines großen Teils ihrer Währungsreserven 90 Mrd Dollar. Die Geschäftsbanken betätigen sich dar-

über hinaus als Korrespondenzbanken, sie unterhalten Zweigstellen in den Entwicklungsländern, finanzieren deren Handel und beraten die Regierungen, und sie treten auch für Unternehmen mit Geschäftsinteressen in Entwicklungsländern als Bankiers auf. Diese Kundenbeziehungen dürften sich voraussichtlich parallel zur zunehmenden finanziellen Entwicklung der fortgeschrittenen Länder intensivieren; die damit verbundenen attraktiven Möglichkeiten werden die künftige Ausweitung des Engagements der Geschäftsbanken in den Entwicklungsländern wesentlich beeinflussen.

Aus diesen und anderen Gründen ist im allgemeinen davon auszugehen, daß Banken, die sich im internationalen Geschäft zu stark exponiert fühlen, durch andere ersetzt werden können, wie dies in gewissem Umfang bereits in den späten siebziger Jahren geschah. In den Jahren 1976 bis 1977 nahm die Auslands kreditgewährung der deutschen, schweizerischen und holländischen Banken und in den Jahren 1978 bis 1979 auch die der japanischen Banken verstärkt zu, während die amerikanischen Banken das Tempo ihrer Kreditvergabe an das Ausland drosselten. In jüngerer Zeit haben die arabischen OPEC-Banken ihre Beteiligung an Euro-Konsortialkrediten für ölimportierende Entwicklungsländer erhöht. Eine Analyse der Rolle dieser Banken als Konsortialführer legt nahe, daß sie nicht nur ihren Anteil an der internationalen Kreditvergabe gesteigert, sondern auch ihre Kredite zu den ölimportierenden Entwicklungsländern hin verlagert haben. Während in den Jahren 1977 bis 1978 etwa 80 Prozent ihrer Ausleihungen an ölexportierende und arabische Länder und nur 10 Prozent an ölimportierende Entwicklungsländer gingen, war in den Jahren 1980 bis 1981 der Anteil der ölimportierenden Entwicklungsländer auf 20 bis 30 Prozent angestiegen. Dementsprechend entfallen heute auf die arabischen OPEC-Banken 4,4 Prozent der gesamten internationalen Kreditvergabe und 4,3 Prozent der Kreditvergabe an die ölimportieren-



den Entwicklungsländer. Durch gewinnversprechende Ausleihemöglichkeiten wird über kurz oder lang neues Kapital in die Auslandskreditgewährung gelenkt; sie können sogar die Errichtung neuer Institutionen begünstigen.

Dieses Vertrauen in die grundsätzliche Anpassungsfähigkeit der Kapitalmärkte sollte jedoch nicht davon ablenken, daß Kreditnehmer und Kreditgeber die Entwicklung der Märkte wachsam beobachten müssen oder daß die internationalen Finanzinstitutionen einen notwendigen Beitrag zu leisten ha-

ben. Da nur ein kleiner Teil der gesamten Forderungen der Geschäftsbanken auf die Entwicklungsländer entfällt, können ihre Kreditaufnahmemöglichkeiten bereits durch geringfügige Veränderungen der Lagebeurteilung seitens der Banken verringert werden. Derartige Neueinschätzungen lösen unter Umständen gerade die Probleme aus, die ursprünglich vermieden werden sollten, und stürzen einzelne Kreditnehmer in Schuldendienstschwierigkeiten. Um derartige Risiken und Ungewißheiten zu vermindern und für einen stetigen und

höheren Mittelzufluß zu kommerziellen Bedingungen in die Entwicklungsländer zu sorgen, sollten die direkten Plazierungen der Ölexporture in Entwicklungsländern gefördert werden; außerdem sollten die internationalen Finanzinstitutionen – entweder direkt oder in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken – ihre Mittlerrolle verstärken.

ENTWICKLUNGSTRENDS UND UNGEWISSHEITEN. Im zweiten Kapitel wurden zwei Szenarien für den Anpassungs- und Wachstumsprozeß

Tabelle 5.3 Ölimporteure: Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite 1970 bis 1980

in Mrd \$ und lfd. Preisen

Position	1970	1980 <sup>a</sup>	Projektionen				Jährliche Zunahme in % (jeweilige Preise)			Jährliche Zunahme in % (konstante Preise)		
			1985		1990		1980-90			1980-90		
			Günstig	Ungünstig	Günstig	Ungünstig	1970-80	Günstig	Ungünstig	1970-80	Günstig	Ungünstig
<b>Leistungsbilanzen</b>												
Außenwirtschaftlicher Fehlbetrag	-8,8	-65,2	-71,6	-58,0	-116,5	-83,0	22,2	6,0	2,4	11,2	-1,0	-4,3
Gastarbeiterüberweisungen	2,3	16,7	25,7	23,8	36,8	33,5	21,9	8,2	7,2	11,0	1,2	0,2
Zinszahlungen	-1,4	-22,5	-41,9	-39,8	-65,6	-55,5	32,0	11,3	9,4	20,0	4,0	2,3
Sonstige laufende Transaktionen	-0,7	1,5	1,7	2,3	4,0	3,7						
Leistungsbilanzsaldo	-8,6	-69,6	-86,1	-71,7	-141,3	-101,3	23,3	7,3	3,8	12,1	0,3	-3,0
<b>Finanziert durch:</b>												
Netto-Kapitalzuflüsse	9,1	55,3	96,2	76,1	161,6	112,2	19,8	11,3	7,3	9,0	4,0	0,3
Öffentliche Entwicklungshilfe:												
Unentgeltliche Übertragungen	1,0	8,3	16,7	13,7	27,9	20,9	23,6	12,9	9,7	12,6	5,5	2,5
Konzessionäre Kredite	2,1	8,0	16,2	13,5	26,4	20,6	14,3	12,7	9,9	4,1	5,3	2,6
Insgesamt	3,1	16,3	32,9	27,2	54,3	41,5	18,1	12,8	9,8	7,5	5,4	2,6
Mittel- und langfristige Kreditaufnahme:												
Öffentliche Exportkredite	0,5	2,6	3,6	3,6	6,7	5,5	17,9	9,9	7,8	7,2	2,4	0,4
Multilateral	0,5	3,2	6,3	5,5	9,0	8,1	20,4	10,9	9,7	9,4	3,5	2,3
Privat	3,4	27,5	42,8	30,5	74,6	43,6	23,3	10,5	4,7	19,7	3,3	-2,1
Insgesamt	4,3	33,4	52,5	39,6	90,3	57,2	22,8	10,5	5,5	16,6	3,2	-1,4
Private Direktinvestition	1,7	5,6	10,8	9,3	17,0	13,5	12,7	11,7	9,2	2,7	4,4	1,9
Veränderung der Reserven <sup>b</sup> und kurzfristige Kreditaufnahme	0,5	14,3	-10,1	-4,4	-20,3	-10,9						
<b>Nachrichtlich:</b>												
Ausstehende Verschuldung (in Mrd \$)	48,0	301,3	577,3	539,0	1047,0	872,7	20,2	13,3	11,2	9,1	5,9	3,9
Außenwirtschaftlicher Fehlbetrag/BSP (in %)	2,5	4,6	2,7	2,3	2,5	2,0						
Leistungsbilanzdefizit/BSP (in %)	2,4	4,9	3,3	2,9	3,0	2,4						
Netto-Kapitalzuflüsse/BSP (in %)	2,6	3,9	3,6	3,1	3,4	2,7						
Schuldendienst/BSP (in %)	1,2	3,9	3,8	3,8	3,8	3,7						
Zinszahlungen/BSP (in %)	0,4	1,6	1,6	1,6	1,4	1,3						

<sup>a</sup> Geschätzt. <sup>b</sup> Negatives Vorzeichen bedeutet Zunahme.



der Entwicklungsländer im kommenden Jahrzehnt erörtert. Die Annahmen sowohl des günstigen als auch des ungünstigen Szenariums über die künftigen Kapitalzuflüsse stehen im Einklang mit den vorstehend wiedergegebenen Überlegungen. Das Wachstum der Nettokapitalzuflüsse in die ölimportierenden Entwicklungsländer wird sich den Projektionen zufolge gegenüber den hohen Zuwachsraten der siebziger Jahre abschwächen; diese Zuflüsse werden aber nach wie vor zu einem Mittelaufkommen dieser Länder von 2,7 bis 3,6 Prozent ihres BSP führen (Tabelle 5.3). Dieses Ergebnis liegt zwar unter dem Niveau, das in einigen Jahren der letzten Dekade erreicht wurde, übertrifft aber das Niveau der Jahre vor 1973.

Die Projektionen unter dem günstigen Szenarium im zweiten Kapitel sind, was das künftige Kapitalangebot anbelangt, nicht ehrgeizig. Die erforderliche höhere Ersparnis könnte durch die Überschüsse der ölexportierenden Länder und im späteren Verlauf des Jahrzehnts auch der Industrieländer alimentiert werden; über die finanziellen Institutionen ließe sich ein größeres Finanzvolumen vermitteln, und die reicheren Länder könnten ihre konzeptionäre Hilfe ohne nennenswerte Belastung ihrer Bürger aufstocken. Mithin ist es durchaus vorstellbar, daß die Kapitalströme stärker expandieren, als unter dem günstigen Szenarium angenommen wurde.

Diese Projektionen sind auch im Hinblick auf den Kapitalbedarf der Entwicklungsländer und ihre Möglichkeiten, die ihnen zufließenden Mittel produktiv einzusetzen, als bescheiden anzusehen. Sie werden allerdings zum Teil durch die Erwartungen über die Entwicklung der Handels- und Leistungsbilanzsalden beeinflußt, die auf der Annahme basieren, daß sich die äußeren Bedingungen nicht abrupt verändern. Viele Länder wären in der Lage, zusätzliche Ressourcen produktiv zu verwenden, wenn diese zu erträglichen Bedingungen bereitgestellt würden. Andererseits dürfte der Bedarf an ausländischer Unterstützung (zu Vorzugsbedingungen) auch bei weniger günstigen Verhältnissen steigen, um ein Mindestmaß an Entwicklungsanstrengungen aufrechterhalten zu können.

Die künftige Richtung der Kapitalbewegungen unterliegt zweifellos sehr großen Ungewißheiten. Von Bedeutung für das »reale« Umfeld dieser Kapitalflüsse – die globalen Überschüsse und die entsprechenden Defizite – sind die Handels-, Geld- und Finanzpolitik der Industrie-, Entwicklungs- und OPEC-Länder. Einem noch direkteren Einfluß unterliegen dabei die Transaktionen der Finanzmittler. Für die Angebotsseite werden die finanziellen Bedingungen und Maßnahmen in den wichtigsten Industrieländern von großer Bedeutung sein. Was die Nachfrageseite anbelangt, wird der

wirtschaftliche Fortschritt in den Entwicklungsländern darüber bestimmen, inwieweit die Überschüsse auch in Zukunft zurückgeschleust werden können. Die voraussichtliche Entwicklung der öffentlichen Kapitalbewegungen läßt sich noch schwieriger abschätzen, da sie politische Entscheidungen widerspiegelt.

Diese Ungewißheiten entziehen sich zum Großteil jeder Einflußmöglichkeit. Durch öffentliche Maßnahmen läßt sich allerdings das Klima für die private Mittelbereitstellung an Entwicklungsländer verbessern. Die Ausleihungen der Geschäftsbanken müssen verstärkt durch öffentliche Kredite ergänzt werden. Außerdem sind zusätzliche Wege beim Recycling der Überschüsse der ölexportierenden Länder zu finden und die bestehenden Mechanismen auszubauen. Schließlich muß auch der institutionelle Rahmen für die Refinanzierung und Umschuldung von Krediten verbessert werden, um eine prompte Lösung von Liquiditätsproblemen zu gewährleisten (vgl. Sonderbeitrag zur Schuldenentlastung, Seite 66). Derartige Veränderungen dürften sich vor allem auf die Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen auswirken. Das Rezept für die Verbesserung der Lage der Länder mit niedrigem Einkommen – eine Steigerung des Mittelzuflusses zu Vorzugsbedingungen – läßt sich demgegenüber viel leichter beschreiben als durchsetzen.

## 6 Erfahrungen einzelner Länder bei der Anpassung

In den vorangegangenen drei Kapiteln wurde analysiert, wie die Weltwirtschaft auf die Schwierigkeiten der siebziger Jahre reagiert hat. Es ließ sich zeigen, daß der globale Anpassungsprozeß durch eine Vielzahl von Faktoren erleichtert wurde: durch einen geringfügigen Rückgang des realen Ölpreises von 1974 bis 1978, jäh zunehmende Importe der ölexportierenden Länder und umfangreichere Kapitalströme von den Überschuß- zu den Defizitländern. Dies alles hat aber nicht ausgereicht, um das letzte Stadium der Anpassung zu vermeiden – ein geringeres Wirtschaftswachstum. Hiervon wurden vor allem die Industrieländer betroffen, mit bedeutsamen Konsequenzen für die übrige Welt.

Die verschiedenen Länder paßten sich auf unterschiedliche Weise an. Allgemein betrachtet verstärkten die Industrieländer ihre Exporte in die Länder mit Zahlungsbilanzüberschüssen und verlangsamten ihr Wirtschaftswachstum. Die Länder mit mittlerem Einkommen nahmen in großem Umfang Mittel auf den Kapitalmärkten auf; einige führten auch ihre Importe zurück und erhöhten ihre Marktanteile in den Industrieländern. Einzelne Länder mit niedrigem Einkommen wurden durch gute Ernten, erhöhte Entwicklungshilfe und eine Zunahme ihrer Gastarbeiterüberweisungen entlastet. Besonders die afrikanischen Länder hatten jedoch mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen und

konnten weder ihre Ausfuhren erhöhen noch in größerem Umfang Kredite aufnehmen. Ihnen blieb nichts anderes übrig, als ihre Einfuhren einzuschränken und eine stagnierende Entwicklung hinzunehmen.

Nachstehend werden die verschiedenartigen Erfahrungen von Ländergruppen und einzelnen Ländern näher untersucht. Dabei werden zunächst die ölimportierenden Entwicklungsländer betrachtet, hieran anschließend die ölexportierenden Länder sowohl mit als auch ohne Zahlungsbilanzüberschüssen, dann China und schließlich die planwirtschaftlich organisierten Industrieländer.

### *Die ölimportierenden Entwicklungsländer*

Einige der Anpassungsprobleme traten in allen ölimportierenden Ländern auf, die Intensität der außenwirtschaftlichen Erschütterungen sowie die jeweiligen Reaktionen darauf waren jedoch sehr unterschiedlich. Die Regierungen mußten nicht nur versuchen, die Zahlungsbilanzen anzupassen, sondern auch Prioritäten für die Investitionstätigkeit und Produktion festlegen, um die mit der Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts verbundenen Wachstumsverluste möglichst gering zu halten. Bei diesem Bemühen waren einige Regierungen bemerkenswert erfolgreich, andere nicht. In jedem Land wurde aber der wirtschaftliche Er-

folg durch die Struktur seiner Volkswirtschaft, die praktizierte Wirtschaftspolitik sowie die Art und Intensität der jeweiligen Erschütterung bestimmt.

#### **Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftspolitik**

Die Beziehungen zwischen Wirtschaftsstruktur, Wirtschaftspolitik und außenwirtschaftlichen Erschütterungen wurden für eine Gruppe von 47 ölimportierenden Entwicklungsländern analysiert. Dabei wurden vier repräsentative Untergruppen gebildet, die sich in ihren ökonomischen Grundmerkmalen und den

wirtschaftspolitischen Optionen unterscheiden. Die bei der Analyse in den vorangegangenen Kapiteln verwendeten Abgrenzungskriterien (Einkommensniveau und Struktur des Außenhandels) werden damit erweitert.

Die ölimportierenden Länder mit *mittlerem Einkommen* untergliedern sich in

- *halbindustrialisierte Länder* und
- *rohstoffproduzierende Länder*.

Bei den ölimportierenden Ländern mit *niedrigem Einkommen* wird unterschieden zwischen

- *großen, teilindustrialisierten Ländern* (bevölkerungsreiche Länder Südasiens) und

• den *am wenigsten entwickelten Ländern* (vor allem in Afrika südlich der Sahara). Die zu den einzelnen Gruppen gerechneten Länder sind in Tabelle 6.1 aufgeführt.

Die Strukturmerkmale jeder Volkswirtschaft sind zweifellos das Ergebnis historischer Gegebenheiten und früherer wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Dazu gehören Faktoren wie der Grad der Abhängigkeit der Exporterlöse von einigen

wenigen Rohstoffen, der Anteil der Fertigwarenerzeugung am BIP, das Niveau der menschlichen Entwicklung und die Rolle des Staates im Wirtschaftsleben. Die verschiedenen Anpassungsmöglichkeiten, die einem Land zur Verfügung stehen, können durch einen oder anderen dieser Faktoren begrenzt werden.

Gleichzeitig kommt der inländischen Wirtschaftspolitik eine entscheidende Rolle zu. Länder mit

weitgehend ähnlichen Strukturmerkmalen haben auf vergleichbare außenwirtschaftliche Erschütterungen recht unterschiedlich reagiert. Daher werden in diesem Kapitel einige länderbezogene Fallstudien untersucht, um den Beitrag der Wirtschaftspolitik zur Anpassung im Rahmen der breiten strukturellen Begrenzungen herauszuarbeiten, die für die einzelnen Gruppen charakteristisch sind.

**Tabelle 6.1 Entwicklungsländer-Gruppen**

<i>Ländergruppe</i>	<i>Mit mittlerem Einkommen</i>		<i>Mit niedrigem Einkommen</i>
Halb-industrialisiert	Ägypten* Argentinien* <i>Brasilien*</i> Griechenland Hongkong Israel* Jugoslawien* Kolumbien* Mexiko*	<i>Philippinen*</i> Portugal* Rumänien Singapur* Spanien Südafrika <i>Südkorea*</i> Türkei* <i>Uruguay*</i>	
Rohstoffproduzenten	Albanien Bolivien* Chile* Costa Rica* Dominikan. Rep. Elfenbeinküste* El Salvador Ghana* Guatemala Honduras* <i>Jamaika*</i> Jordanien Kamerun* Kenia* Korea, Dem. Rep. Kuba	Libanon Liberia* Malaysia* Marokko* Mongolische VR Nicaragua Panama Papua-Neuguinea* Paraguay Peru* <i>Sambia*</i> Senegal Simbabwe <i>Thailand*</i> Tunesien*	Birma* China Kamputschea Madagaskar* Mauretanien* Mosambik Sierra Leone* Sri Lanka* Togo Vietnam Zaire*
Bevölkerungsreiche Länder Südasiens			Bangladesch* <i>Indien*</i> Pakistan*
Am wenigsten entwickelte Länder <sup>b</sup>			<i>Afrika südlich der Sahara mit niedrigsten Einkommen</i> Äthiopien* Benin Burundi Guinea Lesotho Malawi* Mali* <i>Niger</i> <i>Obervolta</i> Ruanda Somalia* Sudan* <i>Tansania*</i> Tschad Uganda* Zentralafrikanische Republik* <i>Übrige Länder</i> Afghanistan Bhutan Haiti Jemen, Arab. Rep. Jemen, Dem. VR Laos, Dem. VR Nepal
Ölexporteure	Algerien** Angola Ecuador** Iran Kongo	<i>Nigeria**</i> Syrien Trinidad und Tobago** Venezuela**	Indonesien**

*Anmerkungen:* Berücksichtigt wurden Länder mit einer Bevölkerungszahl von mindestens 1 Million. Die *kursive* Schreibweise deutet darauf hin, daß einem Land im Text eine besondere Untersuchung gewidmet wird.

\* Land, das bei der Berechnung der Gesamtwerte für die analytischen Gruppen in Tabelle 6.2 berücksichtigt wurde.

\*\* Land, das bei der Erörterung der ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzdefizit berücksichtigt wurde.

<sup>a</sup> Gehört auch zur am wenigsten entwickelten Ländergruppe.

<sup>b</sup> Nach VN-Untergliederung.

## Außenwirtschaftliche Erschütterungen und Anpassungsarten

Aus Tabelle 6.2 geht hervor, in welchem Ausmaß die Zahlungsbilanzen der verschiedenen Ländergruppen im Zeitraum 1974 bis 1978 durch veränderte äußere Rahmenbedingungen beeinflusst wurden. Die Berechnungsweise wird im einzelnen im technischen Anhang erklärt; die wichtigsten Faktoren, die dabei berücksichtigt werden, sind (1) internationale Preiseffekte. Sie zeigen, in welchem Umfang sich im Vergleich zu den Weltmarktpreisen ungünstige Import- und Exportpreisbewegungen seit der Basisperiode 1971 bis 1973 auf die Einfuhrausgaben und Ausfuhreinnahmen ausgewirkt haben, und (2) Exportvolumenseffekte, in denen die Einbußen bei der Exportnachfrage aufgrund der weltweiten Rezession zum Ausdruck kommen. Beide Effekte werden als Prozentsatz des BSP ausgedrückt und liefern gemeinsam eine Maßgröße für die Zahlungsbilanz-Wirkungen außenwirtschaftlicher Erschütterungen.

Tabelle 6.2 veranschaulicht vier Aspekte außenwirtschaftlicher Erschütterungen:

- Die internationalen Preiseffekte wirkten sich auf jede einzelne Ländergruppe ungünstig aus. Dies war darauf zurückzuführen, daß vorteilhafte Exportpreiseffekte (Ausmaß, in dem die Exportpreise einer Gruppe stärker gestiegen sind als die Weltmarktpreise) durch ungünstige Importpreiseffekte (Ausmaß, in dem die Importpreise einer Gruppe stärker gestiegen sind als die Weltmarktpreise) überkompensiert wurden.

- Für die halbindustrialisierten Länder waren Einbußen beim Exportvolumen infolge der Rezession der Jahre 1974 und 1975 in den OECD-Ländern annähernd von gleicher Bedeutung wie internationale Preiseffekte. Bei den rohstoffproduzierenden Ländern schlugen die Exportvolumenseffekte etwas stärker zu Buche.

Beide Effekte wirkten sich in den Ländern mit niedrigem Einkommen deutlich unterschiedlich aus:

- Im bevölkerungsreichen Süd-

**Tabelle 6.2 Zahlungsbilanzeffekte außenwirtschaftlicher Erschütterungen und Anpassungsarten in ölimportierenden Ländergruppen im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1978**

(in % des BSP)

Position	Halb-industrialisiert	Rohstoffproduzierend <sup>a</sup>	Bevölkerungsreiches Süd-asien	Am wenigsten entwickelt
<i>Außenwirtschaftliche Erschütterungen</i>				
Internationale Preiseffekte	0,90	1,65	1,26	0,14
davon:				
Ausfuhrpreiseeffekte	-0,83	-3,21	-0,19	-2,07
Einfuhrpreiseeffekte	1,73	4,86	1,45	2,21
Ausfuhrvolumenseffekte	0,91	1,99	0,69	1,39
Insgesamt	1,81	3,64	1,95	1,53
<i>Anpassungsarten</i>				
Strukturelle Anpassung	0,78	0,61	-0,31	-2,03
davon:				
Exportmarkt-Durchdringung	0,09	0,30	-0,51	-3,49
Importsubstitution	0,69	0,31	0,20	1,46
Zusätzliche reale Auslandsfinanzierung <sup>b, c</sup>	0,45	2,54	2,35	3,03
Geringeres Wirtschaftswachstum	0,58	0,49	-0,09	0,53
Insgesamt	1,81	3,64	1,95	1,53

<sup>a</sup> Angaben für diese Gruppe sind Durchschnitte für den Zeitraum 1974 bis 1977.

<sup>b</sup> Nominale Auslandsfinanzierung, bereinigt um einen internationalen Preisindex.

<sup>c</sup> Umfaßt Veränderungen von Kapitalzuflüssen, Reserven, Dienstleistungen und Übertragungen.

asien betrugen die Exportvolumenseffekte nur etwa 55 Prozent der internationalen Preiseffekte. Dies war darauf zurückzuführen, daß die Fertigwarenausfuhr Indiens und Pakistans, auf die ein Großteil der Warenausfuhr dieser Länder entfiel, vor allem in andere Entwicklungsländer und weniger in die Industrieländer ging, in denen sich die Rezession breitmachte.

- In den am wenigsten entwickelten Ländern fielen die Exportvolumenseffekte zehnmal so stark ins Gewicht wie die internationalen Preiseffekte. Diese Länder exportieren überwiegend Rohstoffe, deren Absatzmärkte als Folge der Rezession in den OECD-Ländern nur langsam expandierten.

Den Ländern standen drei grundlegende Möglichkeiten zur Verfügung, um auf diese außenwirtschaftlichen Erschütterungen zu reagieren:

- Die strukturelle Anpassung, die eine Verlagerung von Ressourcen in den Exportsektor und in die Substitution von Importen (einschließlich importierter Energie) impliziert. Durch eine derartige Umschichtung

wird das Handelsdefizit vermindert, sofern gleichzeitig die inländische Ersparnis zunimmt; es handelt sich dabei mithin um eine dauerhafte Anpassungsform.

Dieser Prozeß könnte gefördert werden durch:

- externe Finanzierung, die zusätzliche Importe und Investitionen ermöglicht und den Ländern Zeit verschafft, um das aufgenommene Kapital so zu verwenden, daß letztlich die strukturelle Anpassung gefördert wird. Früher oder später müssen aber die Handelsdefizite auf ein Niveau zurückgeführt werden, das auch langfristig finanzierbar ist. Einigen Ländern blieb jedoch keine andere Wahl als:

- ein verlangsamtes Wirtschaftswachstum, das die Leistungsbilanzdefizite über eine Beschränkung der Importe vermindert.

Aus vielerlei Gründen ist es vorteilhafter, wenn sich ein Land über eine hohe inländische Ersparnis, hohe Investitionen und eine nur vorübergehende Wachstumspause statt über eine längere Periode geringeren Wachstums anpaßt. Erstens erfordern Programme zur Auswei-

tung der Produktion von Energie und Außenhandelsgütern beträchtliche Neuinvestitionen; im vierten Kapitel wurde bereits auf den enormen Kapitalbedarf hingewiesen, der sich allein aus Energieentwicklungsprogrammen ergibt. Zweitens kann eine Wirtschaft mit einer regen Investitionstätigkeit ihren vorhandenen Kapitalbestand schnell ersetzen und dabei neu auftretenden Knappheits-situationen, vor allem der verteuerten Energie, Rechnung tragen. Drittens ist eine Volkswirtschaft mit steigender Inlandsersparnis in der Lage, notwendige Neuinvestitionen durchzuführen, die inländische Nachfrage nach Exportgütern und Einfuhrsubstituten einzuschränken und das Außenhandelsdefizit zu reduzieren. Viertens sind die mit der Ersparnis und Investition verbundenen Einschränkungen in einer wachsenden Wirtschaft leichter zu ertragen, da der Verbrauch nicht gesenkt werden muß, um eine Zunahme der Inlandsersparnis zu ermöglichen. Schließlich ist bekannt, daß das Wirtschaftswachstum generell zur Milderung der Armut beiträgt (detaillierte Ausführungen hierzu enthält der *Weltentwicklungsbericht 1980*). In einer wachsenden Volkswirtschaft läßt sich die Last der Anpassung gleichmäßiger verteilen. Diese Frage wird im nächsten Kapitel dieses *Berichts* teilweise untersucht.

Die Empfehlung, daß sich die Entwicklungsländer durch Wirtschaftswachstum an außenwirtschaftliche Erschütterungen anpassen sollen, ist freilich auch vor dem Hintergrund der siebziger Jahre zu beurteilen, als diese Länder mit einem starken Preisauftrieb zu kämpfen hatten. Eine Untersuchung über 25 Entwicklungsländer (ohne Argentinien und Chile, die von Hyperinflation heimgesucht wurden) ergibt, daß die Inflation Mitte der siebziger Jahre in den meisten Fällen historische Höchstmarken erreichte oder überschritt (Tabelle 6.3). Die inländische Wirtschaftspolitik hat zu dieser Entwicklung sicherlich ein Gutteil beigetragen; der zunehmende Gleichschritt der Weltinflation ging aber wesentlich auf die steigenden Importpreise zurück. Hinzu kommt, daß die verteuerte Einfuhr von Rohöl und Zwischenprodukten die Produktionskosten erhöhte und damit kontraktiv auf das Waren- und Dienstleistungsangebot wirkte. Die Kombination aus steigenden Preisen und nur schleppender Zunahme der Produktion führte zu einem allgemeinen Klima der Stagflation. Unter solchen Umständen war es besonders schwierig, die Anpassung bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum durchzuführen.

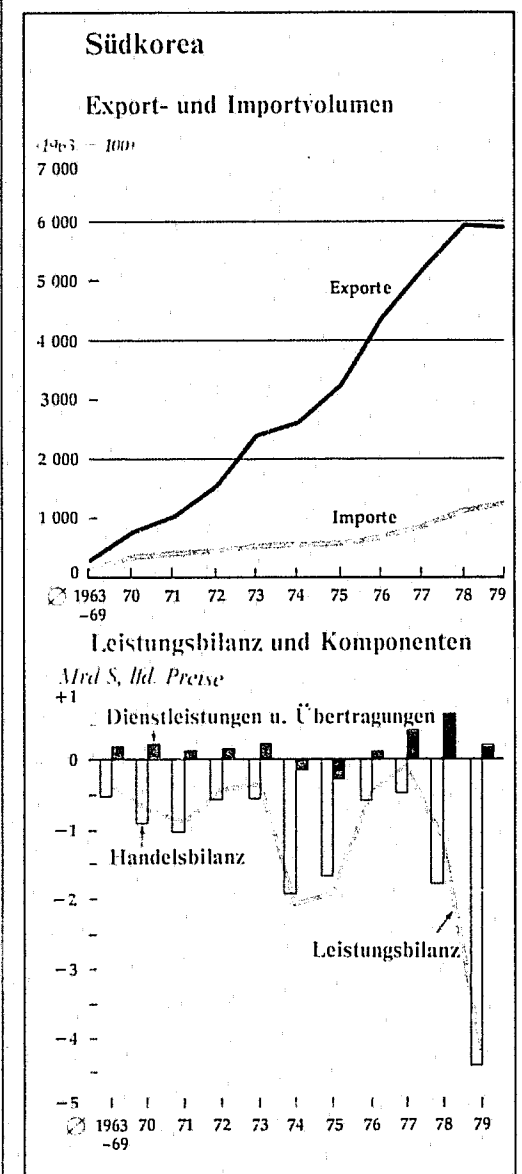
**Tabelle 6.3 Verbraucherpreisindex ausgewählter Länder, Veränderungen in vH, höchster Anstieg im Zeitraum 1956 bis 1970 und Mitte der 70er Jahre**

Land	Höhepunkt 1956-70	Jahresdurchschnitt <sup>a</sup> 1973-74	Jahresdurchschnitt <sup>a</sup> 1975-76
Ägypten	14,9	7,6	10,0
Bolivien	11,2	47,8	6,3
Brasilien	87,0	20,2	35,3
El Salvador	5,7	11,6	15,1
Ghana	25,4	17,2	46,9
Indien	13,8	22,4	-1,0
Marokko	6,1	10,9	8,2
Nigeria	13,9	9,2	27,6
Pakistan	11,3	24,9	14,0
Philippinen	14,4	22,7	7,1
Sri Lanka	7,4	10,9	4,0
Sudan	12,6	22,0	12,8
Südkorea	27,9	13,4	28,4
Thailand	6,2	17,5	4,1
Venezuela	5,0	6,2	8,9

<sup>a</sup> Durchschnittlicher Preisanstieg in den jeweiligen Zeiträumen.  
Quelle: Bhalla.

## Südkorea

Mitte der fünfziger Jahre gab es in Südkorea nur einen kleinen »modernen« Sektor. Der Beitrag des verarbeitenden Gewerbes zum BIP machte nur 6 Prozent aus, nachdem das industrielle Potential und die Infrastruktur überwiegend in Nordkorea angesiedelt waren. Fertigwarenexporte waren fast unbekannt. Im Vordergrund der Wirtschaftspolitik stand bis 1962 die Industrialisierung mit dem Ziel der Importsubstitution. Relativ früh schwenkte man allerdings in diesem Industrialisierungsprozeß auf die Exportförderung um. Das BIP stieg im Durchschnitt der darauffolgenden zehn Jahre jährlich um mehr als 9 Prozent. Der Anteil der Investitionen am BIP verdoppelte sich nahezu, und die Investitionen wurden größtenteils über



die inländische Ersparnis finanziert. Das Kapital wurde höchst produktiv eingesetzt: Die marginale Kapital-Ausbringungs-Quote, das heißt die für die Herstellung einer zusätzlichen Produktionseinheit erforderliche zusätzliche Investition, betrug im Zeitraum 1964 bis 1973 durchschnittlich 2,5

Prozent und war damit eine der niedrigsten aller Entwicklungsländer. Die rasche Steigerung der Produktivität, die durch ein fähiges und gebildetes Arbeitskräftepotential erleichtert wurde, ermöglichte beträchtliche Lohnerhöhungen bei zugleich nur mäßigen Preissteigerungen. So wuchs das BIP im Jahre 1973 um bemerkenswerte 15 Prozent, und die Inflationsrate betrug lediglich 3 Prozent.

Die rasche Industrialisierung brachte jedoch Südkorea in eine starke Abhängigkeit von Ölimporten. Als daher die Ölpreise in den Jahren 1973/74 anstiegen, führte die Verschlechterung der Terms of Trade zu einem Ressourcenverlust in Höhe von 4,5 Prozent des BSP und einer Verflüchtigung des Leistungsbilanz-Defizits auf 11 Prozent des BSP. Anfangs paßte sich die Regierung dieser Entwicklung an, indem sie die Auslandskreditaufnahme erhöhte (die sich insgesamt im Jahre 1974 auf 11,3 Prozent und im Jahre 1975 auf 9,5 Prozent des BSP belief). Sie beschloß aber daraufhin, das Defizit über den Außenhandel – sowohl durch eine Expansion der Ausfuhr als auch durch die Substitution von Importen – zu vermindern und nicht durch eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums.

In den Jahren 1974 bis 1978 kam es bei einer breiten Palette von Fertigwaren zu einer spektakulären Zunahme des Ausfuhrvolumens Südkoreas (vgl. Abbildung). Dies war auf verschiedene Maßnahmen zurückzuführen. Im Jahre 1974 wurde die Währung um 22 Prozent abgewertet. Exportunternehmen konnten weiterhin automatisch zu Weltmarktpreisen auf importierte Rohstoffe zurückgreifen und subventionierte Betriebsmittelkredite in Anspruch nehmen, als die Kreditvergabe für Zwecke der Importsubstitution und für handelsunübliche Erzeugnisse Beschränkungen unterlag. Südkoreanische Unternehmen waren auch bei der Akquisition von Bauaufträgen auf dem expandierenden Markt im Nahen Osten erfolgreich; das Auftragsvolumen belief sich im Jahre 1978 auf 15 Mrd. Dollar. Außerdem trugen die Gastarbeiterüberweisungen zum Anwachsen der Deviseneinnahmen bei.

Kurzfristige Maßnahmen spielten allerdings eine geringere Rolle als die bereits existierende Exportförderungspolitik. Zwei schon in den sechziger Jahren gegründete Institutionen, das Vorgabesystem für Exporte und die Exportförderungs-Konferenz (bei der der südkoreanische Präsident den Vorsitz innehat), wurden zur Intensivierung der Exportbemühungen eingesetzt. Mit ihrer Hilfe wurden die behördlichen und privaten Reaktionen auf kurzfristige Schwierigkeiten und Möglichkeiten koordiniert. Außerdem waren die Marketing- und Informationsdienste der Ausfuhr-Marketing-Organisation der Regierung (KOTRA) und der Ausfuhrverbände der einzelnen Wirtschaftszweige von Bedeutung.

In Dollar gerechnet haben sich die Ausfuhr zwischen 1974 und 1976 nahezu verdoppelt, und im Jahre 1977 war die Lücke gegenüber den Importen fast geschlossen. Die Handelsbilanz verbesserte sich in den Jahren 1974 bis 1977 in bemerkenswertem Umfang (vgl. Abbildung). Dies war zu fast

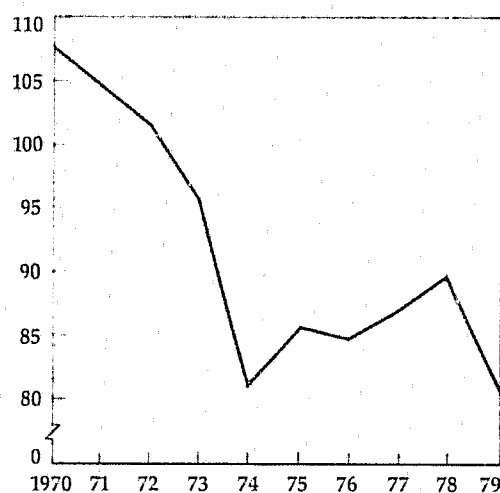
gleichen Teilen auf die Importsubstitution, vor allem von maschinellen Ausrüstungen und dauerhaften Konsumgütern, und auf die Ausweitung der Exportanteile Südkoreas auf den Weltmärkten zurückzuführen.

In der Fünfjahresperiode 1974 bis 1979 nahm das BSP beschleunigt zu und expandierte im Jahresdurchschnitt um 10,1 Prozent. Der Verbrauch ging von 82 Prozent des BIP in den Jahren 1971 bis 1973 auf 78

### Südkorea

#### Terms of Trade 1970–79

(1971=100)



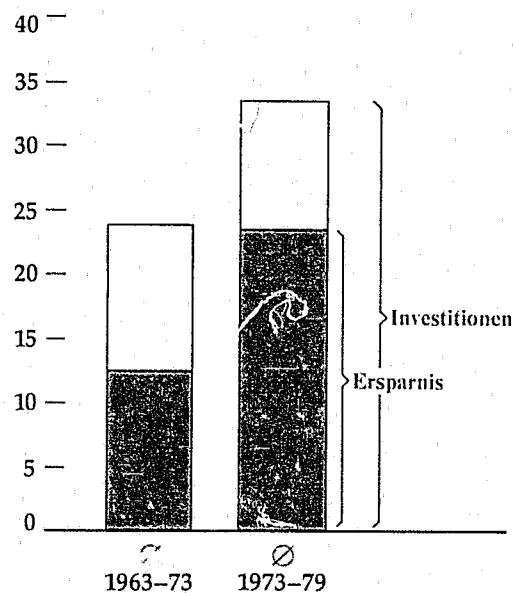
Prozent im Zeitraum 1974 bis 1976 zurück, und die Spar- und Investitionsquoten erhöhten sich entsprechend (vgl. Abbildung). Die Inflationsrate stieg allerdings als Folge der Ölpreiserhöhungen im Jahre 1974 auf 24 Prozent, ging aber im Jahre 1976 wieder auf 15 Prozent zurück. Bei den Reallohnen, die im Verlauf des Jahres 1974 um 6 Prozent gefallen waren, wurden im Vergleich zu den ausländischen Löhnen zwei Jahre lang keine Steigerungen zugelassen, nachdem der Won im Dezember 1974 um 22 Prozent abgewertet worden war. Dies trug zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes bei, obgleich anschließend der reale Außenwert der Währung (der um das Inflationsgefälle zwischen Südkorea und den USA bereinigte Wechselkurs) zu steigen begann. Im Vergleich zum Ausland erhöhten sich die inländischen Produktionskosten in den Jahren 1972 bis 1978 um 20 Prozent.

Die zweite Ölpreiserhöhung der Jahre 1979/80 fiel mit einem kontraktiven Umschwenken der Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung von Überhitzungserscheinungen zusammen. Sie verursachte einen Ressourcentransfer in Höhe von 6,6 Prozent des BIP und schlug sich in den Jahren 1979 und 1980 in Leistungsbilanzdefiziten in Höhe von etwa

7 Prozent des BIP nieder. Die Ermordung des Präsidenten im Oktober 1979 verstärkte die politischen Spannungen und führte zu Unruhen sowie einem Regierungswechsel. Es erwies sich als schwierig, die während der letzten vorangegangenen Expansionsjahre aufgebauten Antriebskräfte in den Griff zu bekommen. Die hohe Investitionsgüternachfrage führte zu Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt und zu zunehmenden Lohnerhöhungen mit der Folge, daß die Konkurrenzfähigkeit der Exporte Südkoreas geschwächt wurde und im Verlauf des Jahres 1979 sogar reale Einbußen hingenommen werden mußten. Der kontraktive Prozeß wurde überdies durch steigende Produktionskosten verschärft, die dadurch verursacht wurden, daß die Ölpreiserhöhungen rasch auf die Inlandspreise durchschlugen. Hinzu kam eine 20-prozentige Abwertung im Jahre 1980, die zu einer weiteren Zunahme der inländischen Importpreise führte. Diese Faktoren und eine katastrophale Ernte bewirkten zusammen im Jahre 1980 einen Anstieg der Inflationsrate auf 28 Prozent.

### Südkorea: Spar- und Investitionsquoten 1963 bis 1973 und 1973 bis 1978

In % des BIP und konstanten Preisen



nach 18 Prozent im Jahre 1979, und einen Rückgang des realen BSP um 5,7 Prozent.

Die Regierung hat im Jahre 1980 eine Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen eingeleitet, mit denen der außenwirtschaftliche Saldo über eine strukturelle Anpassung verbessert werden soll. Zu diesen Maßnahmen gehören eine erleichterte Exportkreditvergabe, die Aufrechterhaltung von Wechselkurspolitischen Anreizen sowie erste Bemühungen zur Dämpfung der Lohnsteigerungen.



## Ölimportierende Länder mit mittlerem Einkommen

### *Halbindustrialisierte Länder*

Unter den ölimportierenden Entwicklungsländern bilden die halbindustrialisierten Länder die reichste Gruppe; ihr BSP pro Kopf reicht von unter 500 Dollar pro Jahr in Ägypten bis über 4000 Dollar pro Jahr in Israel und Spanien. Der hohe Anteil von Fertigwaren an Produktion und Ausfuhr schlug sich in einem beträchtlichen Maß an Flexibilität und Kreditwürdigkeit nieder und ermöglichte es diesen Ländern, in den siebziger Jahren Kredite auf den privaten Kapitalmärkten aufzunehmen.

Als Gruppe waren sie zu Beginn der Periode 1974 bis 1978 auf die externe Finanzierung angewiesen. In den Jahren 1972 bis 1978 erhöhte sich der Anteil der kommerziellen Kredite an ihrer öffentlichen und öffentlich garantierten Verschuldung um 27 Prozent. Das Verhältnis der ausstehenden Verschuldung zum BSP stieg im gleichen Zeitraum von 10 auf 16 Prozent; gleichzeitig nahm die Schuldendienstquote von 9 Prozent auf 15 Prozent zu. Die Gruppe ging jedoch insgesamt zunehmend dazu über, ihre Exportmarktanteile (vor allem bei Fertigwaren) auszuweiten und die Importsubstitution zu forcieren, so daß die strukturelle Anpassung schließlich mit über 40 Prozent zur gesamten Anpassung an die außenwirtschaftlichen Erschütterungen beitrug. Auf die zusätzliche externe Finanzierung entfielen in den Jahren 1974 bis 1978 weitere 25 Prozent der Anpassung, während fast ein Drittel der Zahlungsbilanzanpassung an das veränderte Umfeld von der Abschwächung des Wirtschaftswachstums getragen wurde.

Hinter diesem durchschnittlichen Verlaufsmuster der Anpassung verbergen sich beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Die von ihnen ergriffenen Maßnahmen lassen sich anhand der

vor 1974 verfolgten Entwicklungsstrategie und der Reformen analysieren, die sie angesichts der außenwirtschaftlichen Erschütterungen einleiteten.

- Der außenwirtschaftlich orientierte Ansatz. *Südkorea* kann als Beispiel für ein Land gelten, das mit einem exportinduzierten Wirtschaftswachstum aufsehenerregende Erfolge erzielte und seine Strategie auch nicht im Zeitraum 1974 bis 1978 änderte. Seine Außenhandelserfahrung führte zusammen mit einer Abwertung im Jahre 1974 zu weitersteigenden Exportmarktanteilen und zu einer beachtlichen Importsubstitution. Die Inlandersparnis und -investition nahmen zu, und die Anpassung wurde über das Wirtschaftswachstum erzielt (vgl. Sonderbeitrag über Südkorea).

Unter den Ländern, die zunächst einen binnenwirtschaftlich ausgerichteten Entwicklungskurs eingeschlagen hatten, reagierten Uruguay und – weniger ausgeprägt – auch die Philippinen auf die außenwirtschaftlichen Erschütterungen der siebziger Jahre mit einer Liberalisierung ihrer Handelsordnungen und mit Strukturreformen. Sie verfügten über umfangreiche externe Mittel zur Finanzierung der erforderlichen Einfuhren für ihre Exportindustrie und zur Überbrückung der Zeitspanne zwischen dem Anstieg der Importpreise und der Zunahme des Exportvolumens. Auch diese Länder förderten das Sparen und die Investitionstätigkeit, so daß sich das Wirtschaftswachstum nach und nach erholte.

- Der binnenwirtschaftlich orientierte Ansatz. Die *Türkei* setzte – ebenso wie Argentinien vor 1976 – seine binnenwirtschaftlich ausgerichtete Politik als Reaktion auf die außenwirtschaftlichen Erschütterungen fort. Diese Erschütterungen beliefen sich im Falle Argentiniens auf 1 Prozent seines BSP, und das Land hatte mit binnenwirtschaftlichen Problemen und einer galoppierenden Inflation zu kämpfen. Die Anpassung erfolgte während der ganzen Periode vor allem über die Importsubstitution und in den Jahren 1977 und 1978 über erhöhte Exportmarktanteile bei Rohstoffen.

Als nach dem Jahre 1976 eine restriktive Nachfragepolitik verfolgt wurde, führte dies zu einem merklichen Rückgang des Wirtschaftswachstums. Die externe Finanzierung belief sich im Falle der Türkei auf mehr als das Eineinviertelfache der außenwirtschaftlichen Erschütterungen; sie wurde zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums in den Jahren 1974 und 1978 verwendet. Die Exportmarktanteile der Türkei gingen zurück, und ihre Importabhängigkeit nahm zu. Dies hatte zur Folge, daß das Land gegenüber den außenwirtschaftlichen Erschütterungen des Jahres 1979 sehr viel anfälliger wurde. In den Jahren 1980 und 1981 wurde eine umfassende und weitreichende Neuorientierung der Wirtschaftspolitik eingeleitet, die zum Ziel hatte, das Wirtschaftswachstum wiederherzustellen und die Inflation durch größere Exportanstrengungen und einen stärkeren Einfluß der Marktkräfte unter Kontrolle zu halten. Außerdem wurden eine flexible Wechselkurspolitik eingeführt, die Zinssätze und Preise der staatlichen Wirtschaftsunternehmen freigegeben und das Steuersystem weitgehend reformiert.

Länder wie *Brasilien*, *Israel* und *Jugoslawien*, die nach langen Jahren einer binnenwirtschaftlich ausgerichteten Industrialisierung zunächst die Benachteiligung ihrer Exportwirtschaft eingeschränkt hatten, ließen es zu, daß sich die Exportanreize wieder verminderten. Brasilien verschuldete sich in den Jahren 1974 und 1975 in großem Umfang und hielt unvermindert an seinem Wachstumsziel fest. Durch seine Binnenwirtschaftspolitik wurden aber weder die Ersparnis noch die produktive Verwendung der Investitionsmittel gefördert, und die zunehmende Last der nominellen Verschuldung führte schließlich zusammen mit schlechten Ernten zu Wachstumseinbußen (vgl. Sonderbeitrag über Brasilien). Sowohl Israel als auch Jugoslawien drosselten ihre Einfuhren. Das inländische Sparaufkommen nahm nicht wesentlich zu, und eine strukturelle Anpassung fand nur in begrenztem Umfang statt. Diese Länder stützten sich bei

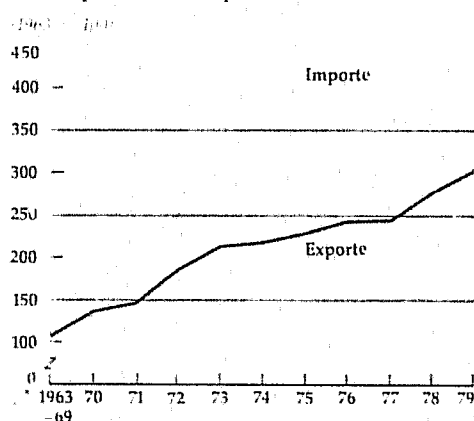
## Brasilien

Im Zuge einer noch nie dagewesenen Kraftanstrengung in den Jahren 1967 bis 1973 erreichte Brasilien ein durchschnittliches industrielles Wachstum von 13 Prozent und einen jährlichen Anstieg des BSP pro Kopf von über 7 Prozent. Obwohl die Vorteile aus dem Wachstum ungleichmäßig verteilt waren, scheinen die absoluten Einkommen durch »Sickereffekte« auf recht breiter Front gestiegen zu sein. Die Investitionen wurden weitgehend im Inland finanziert, und der Exportanteil an der Erzeugung des verarbeitenden Gewerbes nahm, begünstigt durch eine außenwirtschaftlich orientierte Politik, zu.

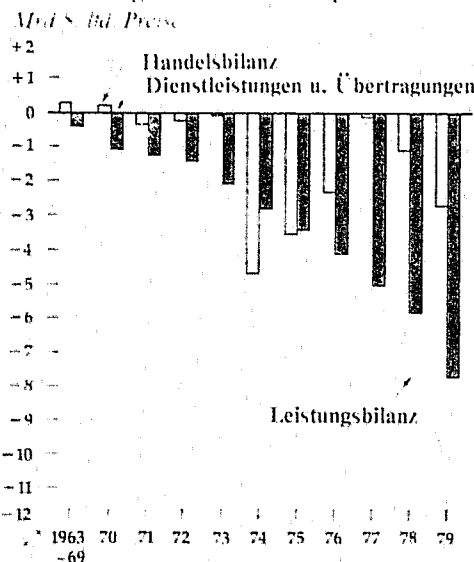
Das Leistungsbilanzdefizit belief sich im Durchschnitt der Jahre 1967 bis 1973 auf nur 2 Prozent des BIP, erhöhte sich dann aber sprunghaft auf 7 Prozent im Jahre 1974 und 5,6 Prozent im Jahre 1975. Die Ölpreissteigerungen der Jahre 1973 und 1974 trafen Brasilien auf dem Höhepunkt eines Konjunkturaufschwungs. Im Jahre 1974 wurde das Importvolumen durch eine hohe Kapazitätsauslastung, die angesichts steigender Inflationsraten mit einem Aufbau der Lagerbestände verbunden war, um etwa 30 Prozent in die Höhe getrieben (vgl. Abbildung). Die Wirtschaft war stark von Ölimporten abhängig (die auch heute noch den Mineralölbedarf zu über 80 Prozent decken, und dies trotz verstärkter Öl-Explorationsanstrengungen).

### Brasilien

#### Export- und Importvolumen



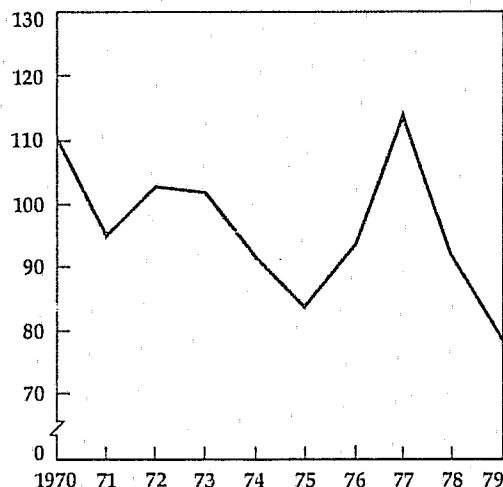
#### Leistungsbilanz und Komponenten



### Brasilien

#### Terms of Trade 1970-79

(1971-73 = 100)



Hinzu kam, daß sich die Terms of Trade in den Jahren 1974 und 1975 um 20 Prozent verschlechterten. Die Erhöhung der gesamten Importrechnung gegenüber dem Niveau der Jahre 1972/73 war etwa zur Hälfte auf Preissteigerungen zurückzuführen (davon wiederum entfiel die Hälfte auf höhere Preise für die Fertigwareneinfuhr); der Rest ergab sich aus höheren Importmengen. Das langsamere Wachstum der Exportmärkte war in den Jahren 1974/75 weniger bedeutsam als die von den Terms of Trade ausgehenden Wirkungen; die Terms of Trade verbesserten sich allerdings danach mit dem Anstieg der Kaffeepreise.

Brasilien gab seine Wachstumsphilosophie angesichts der schwieriger werdenden außenwirtschaftlichen Bedingungen keineswegs bereitwillig auf. Im Laufe der Zeit war ein überschwengliches Gefühl der »schicksalhaften Berufung« entstanden, und die neue Regierung, die im Jahre 1974 an die Macht kam, sah sich verpflichtet, die Erfolge ihrer Vorgänger fortzusetzen, wenn nicht zu übertreffen. Das Wirtschaftswachstum wurde auch als notwendig angesehen, um den politischen Liberalisierungsprozeß zu erleichtern. Dies führte zu einer expansiven Binnenwirtschaftspolitik und zu einer beträchtlichen Kreditaufnahme im Ausland; gleichzeitig wurde die Anpassung verzögert, und das Wirtschaftswachstum schwächte sich schließlich ab.

Die inländische Nachfrage wurde mit Hilfe öffentlicher Defizite und durch Subventionen, die über das Kreditsystem geleitet wurden, aufrechterhalten. Die Kreditzinsen im Rahmen von Kreditprogrammen, die die Zentralbank und die Bank von Brasilien verwalteten, blieben nahezu unverändert, obwohl sich die Inflation von 13 Prozent im Jahre 1973 auf 44 Prozent im Jahre 1977 beschleunigte. Sie wurden zwar später angehoben, aber nicht stark genug, um mit der Inflationsspirale, die sich nach 1979 auf eine Jahresrate von 100 Prozent zubewegte, Schritt zu halten. Aufgrund der negativen Realzinsen wurde die Ersparnis in unproduktive Verwendungsformen gelenkt, und

das Sparaufkommen, das seit Mitte der sechziger Jahre stark gestiegen war, begann sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre abzuschwächen.

Die ausgezahlte Verschuldung vervierfachte sich zwischen 1973 und 1978 auf ein Niveau von 25 Prozent des BIP, und die Schuldendienstquote (einschließlich mittel- und langfristiger privater Kredite) erreichte 56,4 Prozent. Die erhöhte Auslandskreditaufnahme spiegelte sich in einer zunehmenden Lücke zwischen Inlandsersparnis und -investition wider. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag auf infrastrukturellen Großprojekten und auf der kapitalintensiven Importsubstitution.

Das BSP stieg im Zeitraum 1974 bis 1978 im Jahresdurchschnitt um 7 Prozent, verglichen mit jährlich 8 Prozent in den Jahren 1966 bis 1973 und 11,5 Prozent p.a. im Zeitraum 1967 bis 1973.

Im Vergleich zum Niveau des Jahres 1973 veränderte sich der reale Wechselkurs Brasiliens gegenüber dem Dollar (der um das Inflationsgefälle zwischen Brasilien und den USA bereinigte nominale Wechselkurs) in den Jahren 1974 bis 1978 nur wenig, da sich die reale Aufwertung des Jahres 1975 in den folgenden Jahren umkehrte. Durch Zollerhöhungen, die Pflicht zur Hinterlegung von Vorauszahlungen und durch Importbeschränkungen wurden die Einfuhren, gemessen an der Gesamtnachfrage, unter das Niveau des Jahres 1973 herabgedrückt (vgl. Abbildung). Die daraus resultierende Beeinträchtigung der Ausfuhr wurde teilweise durch Steuererleichterungen und Kreditsubventionen ausgeglichen. Zusammen mit der Verbesserung der Terms of Trade im Jahre 1977 führten diese Maßnahmen im gleichen Jahr zu einer nahezu ausgeglichenen Handelsbilanz. Im folgenden Jahr kam es, teils bedingt durch eine katastrophale Ernte, zu einem relativ geringen Defizit.

Die Anpassung Brasiliens an die höheren Energiepreise ist rasch vorangekommen. Das Land führte umfangreiche Investitionen durch, um seine Abhängigkeit von Ölimporten vor allem über die Umwandlung von Zuckerrohr in Alkohol zu verringern. Langfristig wird das Wasserkraft-Potential des Landes auf über 200 Mio Kilowatt, etwa das Zehnfache der derzeit installierten Kapazität, geschätzt. Ölschiefer- und Kohlevorräte bieten gleichfalls vielversprechende Möglichkeiten zur Diversifizierung der Energiequellen.

Die Auswirkungen der Ölpreiserhöhungen der Jahre 1979/80 waren beträchtlich. Bis zum Jahre 1980 war der Anteil der importierten Brennstoffe an der gesamten Wareneinfuhr auf 44 Prozent gestiegen. Gleichzeitig nahmen die Zinsen auf die Auslandsverschuldung Brasiliens stark zu, und das Leistungsbilanzdefizit schwoll auf den Gegenwert von 5 Prozent des BIP an. Zur Dämpfung der Nachfrage wurden umfassende finanz-, geld- und preispolitische Maßnahmen getroffen. Gleichzeitig wurde die Ausfuhr im Jahre 1979, als der Wechselkurs gegenüber dem Dollar von 21 auf 43 Cruzeiros stieg, durch eine hohe Abwertung ange-regt. Die gestiegene Schuldenlast Brasiliens hat allerdings trotz seiner bisherigen Anpassungsversuche seine Anfälligkeit gegenüber internationalen monetären Erschütterungen und gegenüber einem schwächeren Wachstum seiner Exportnachfrage verstärkt.

der Verminderung ihrer Zahlungsbilanzdefizite auf ein schwächeres Wirtschaftswachstum, wenn es auch gegen Ende der betrachteten Periode in beiden Fällen zu einer geringfügigen Erholung kam.

Aus Tabelle 6.2 geht hervor, daß unter allen Ländergruppen die halb-industrialisierten Länder am stärksten auf die strukturelle Anpassung zurückgriffen. Dies wurde durch eine sehr flexible außenhandelsorientierte Produktionsstruktur ermöglicht, die in dem hohen Anteil der Fertigwaren am BIP und an den Ausfuhren sowie in beträchtlichen natürlichen und menschlichen Ressourcen zum Ausdruck kommt. Die strukturelle Anpassung erfolgte in erster Linie über die Importsubstitution, während der verstärkten Durchdringung von Exportmärkten als Anpassungsform – obwohl sie stattfand – in der Gruppe insgesamt die geringste Bedeutung zukam. Verglichen mit den anderen Gruppen ölexportierender Entwicklungsländer stützten sich die halb-industrialisierten Länder trotz ihres relativ leichten Zugangs zu den privaten Kapitalmärkten im Zeitraum 1974 bis 1978 nur in geringem Umfang auf die Ausweitung ihrer realen Außenfinanzierung. Der Beitrag des geringeren Wirtschaftswachstums zur gesamten Anpassung betrug 32 Prozent; er wurde damit nur in den am wenigsten entwickelten Ländern übertroffen, in denen sich diese Relation auf 35 Prozent belief. Dieses Ergebnis ist in Israel, Portugal, Singapur und – weniger ausgeprägt – in Jugoslawien auf eine im Vergleich zum Zeitraum 1963 bis 1973 ausgeprägte Verlangsamung des Wirtschaftswachstums während der Jahre 1974 bis 1979 zurückzuführen.

Die Anpassungserfahrungen der Länder dieser Gruppe legen nahe, daß solche Länder bei der Anpassung unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums im großen und ganzen erfolgreich waren, die

- entweder an einer ausgewogenen Produktion für den Exportsektor und den Inlandsmarkt festhielten oder zu einer solchen Politik überge-

gangen sind,

- die private und öffentliche Ersparnis steigerten und
- die Investitionsquote ohne Beeinträchtigung der Produktivität erhöhten.

### *Rohstoffproduzierende Länder*

Zu den Rohstoffproduzenten gehören viele Länder (vor allem) mit mittlerem Einkommen, deren Volkswirtschaften entweder auf der Landwirtschaft oder auf Mineralvorkommen basieren. Ihr wirtschaftlicher Wohlstand und ihre Exporterlöse werden seit jeher von nur wenigen Rohstoffen beherrscht, etwa von Tee, Kaffee, Kakao, Phosphat, Zinn oder Kautschuk. Bei vorwiegend landwirtschaftlich ausgerichteten Ländern reicht der Beitrag der drei wichtigsten Güter zu den Exporterlösen von rund 70 Prozent in Ghana, der Elfenbeinküste und Sri Lanka über etwa 50 Prozent in Malaysia und Senegal bis zu unter 40 Prozent in Thailand. In Ländern, deren Wirtschaft auf Mineralvorkommen beruht, ist die Diversifizierung in der Regel sogar noch geringer; die entsprechenden Anteile liegen bei über 80 Prozent in Mauretanien, Zaire und Sambia, bei fast 70 Prozent in Bolivien und Chile und bei etwa 60 Prozent in Peru. Die Spezialisierung auf Baumfrüchte oder Mineralien führt zusammen mit der dafür notwendigen Infrastruktur zu einer höchst unflexiblen Produktionspalette sowie zu einer extremen Anfälligkeit gegenüber Veränderungen der Weltmarktpreise und rückläufigen Ausfuhrmen-

Die rohstoffproduzierenden Länder wurden durch die außenwirtschaftlichen Erschütterungen am härtesten betroffen. Der Rückgang des Ausfuhrvolumens der Gruppe überstieg in den Jahren 1974 bis 1977 die internationalen Preiseffekte um 20 Prozent. Die landwirtschaftlich ausgerichteten Länder der Gruppe wurden allerdings durch die internationalen Preiseffekte nur wenig beeinträchtigt, da die höheren

Preise für Kakao, Kaffee und Baumwolle in den Jahren 1976 und 1977 die ungünstige Importpreisentwicklung fast vollständig ausglich. Sie wurden jedoch durch das geringe Wachstum der Märkte für landwirtschaftliche Produkte deutlich in Mitleidenschaft gezogen, so daß sich die außenwirtschaftlichen Erschütterungen insgesamt nachteilig auf die landwirtschaftlich ausgerichteten Rohstoffproduzenten auswirkten. Demgegenüber führten die internationalen Preiseffekte in den Ländern, die vorwiegend von Mineralvorkommen abhängen, zu besonders schweren Verlusten, die etwa doppelt so hoch waren wie der Einfluß der Exportvolumenseffekte.

Aus Tabelle 6.2 geht hervor, daß die rohstoffproduzierenden Länder in hohem Maße auf die externe Finanzierung zurückgriffen, die sich im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1977 auf nahezu 70 Prozent der außenwirtschaftlichen Erschütterungen belief. Ihre strukturelle Anpassung, die etwa zu gleichen Teilen über eine verstärkte Durchdringung der Exportmärkte und über die Importsubstitution erfolgte, war nur begrenzt und belief sich auf weniger als 20 Prozent der gesamten Anpassung. Dies war teils auf die unflexible Produktionsstruktur und teils auf die Ausrichtung der Entwicklungspolitik zurückzuführen. Der Industrialisierungsprozeß hatte in einer Reihe dieser Länder dazu geführt, daß sie zunehmend auf Investitionsgüter- und Fertigwaren-Importe angewiesen waren. Dieses durchschnittliche Anpassungsmuster weist jedoch bemerkenswerte Variationen auf; dabei lassen sich fünf verschiedene Arten unterscheiden:

- Außenwirtschaftliche Orientierung und Diversifizierung in Agrarwirtschaften. Die *Elfenbeinküste*, *Thailand* und *Tunesien* sind Beispiele für rohstoffproduzierende Länder, die ihren außenwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftskurs beibehielten und ihre Exporte diversifizierten. Durch diese Politik wurden Rohmaterialien für die Verarbeitung zur Verfügung gestellt, ein Binnenmarkt für industrielle Produkte geschaffen und die Devisen

zur Bezahlung der eingeführten Produktionsfaktoren für die Fertigwarenindustrie verdient. Tatsächlich kam es in der Elfenbeinküste und Tunesien in den Jahren 1974 bis 1978 zu einer leichten Verbesserung der außenwirtschaftlichen Bedingungen. Die externe Kreditaufnahme war in allen Ländern mit Ausnahme Tunesiens maßvoll, und die Anpassung erfolgte hauptsächlich über die Außenhandelspolitik. In Thailand, einer sehr offenen Volkswirtschaft, vollzogen sich die Exportsteigerungen und die Importsubstitution mit eindrucksvollem Tempo; diese Entwicklung sollte jedoch erst gegen Ende des Jahrzehnts durch eine Reform der inländischen Energiepreispolitik und Zinspolitik ergänzt werden (vgl. Sonderbeitrag über Thailand), so daß die thailändische Wirtschaft den externen Erschütterungen der Jahre 1979 und 1980 voll ausgesetzt war. Die Elfenbeinküste und Tunesien konnten bei einer ganzen Reihe von Rohstoffen Anteile auf den Exportmärkten hinzugewinnen. Die Investitionsquote wurde aufrechterhalten und die Anpassung über das Wirtschaftswachstum durchgeführt.

- Binnenwirtschaftliche Orientierung in Agrarwirtschaften. In Kenia, das noch in den sechziger Jahren eine offene Volkswirtschaft war, wurde das Anreizsystem zunächst zulasten landwirtschaftlicher Anbauprodukte für den Export und zugunsten der Fertigwarenproduktion für den Inlandsmarkt geändert. Dieser Prozeß wurde im Zuge der außenwirtschaftlichen Erschütterungen der Jahre 1974 bis 1978 verstärkt und ging – teilweise bedingt durch das Auseinanderbrechen der Ostafrikanischen Gemeinschaft – mit Einbußen bei der nichttraditionellen Ausfuhr von Rohstoffen und Fertigwaren einher. Auf die externe Finanzierung wurde nur in geringem Umfang zurückgegriffen, und die inländische Ersparnis war zufriedenstellend. Die Hauptlast der Anpassung lag auf der Importsubstitution, die zusammen mit dem verlangsamten Wirtschaftswachstum doppelt so stark zu Buche schlug wie die außenwirtschaftlichen Erschütterungen.

## Thailand

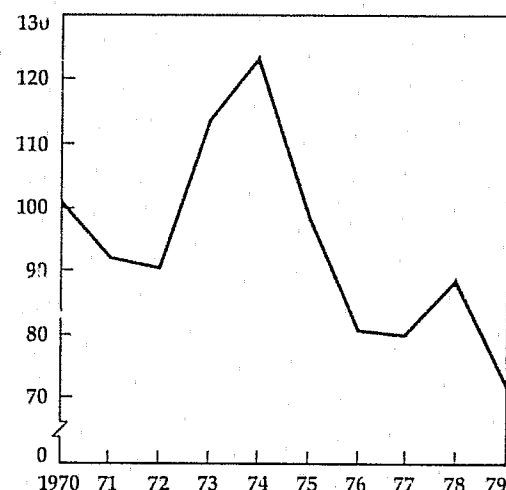
In den sechziger Jahren wuchs das BIP Thailands durchschnittlich um jährlich 7,6 Prozent. Das Wachstumstempo schwächte sich zwischen 1970 und 1975 auf 6,2 Prozent ab, wobei aber die Ölpreiserhöhungen nicht entscheidend waren. Die unmittelbaren Zahlungsbilanzwirkungen des Ölpreisanstiegs wurden durch höhere Exportpreise, gestiegene Dienstleistungseinnahmen und private Transfers abgeschwächt (vgl. Abbildung). Dementsprechend wurde die Anpassung trotz einer Verdoppelung des Anteils der Ölimporte an der Gesamteinfuhr auf 21 Prozent nicht sofort als notwendig angesehen.

Zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums verfolgte die Regierung nach 1975 eine Politik, die die Kontrolle der Energie- und Zementpreise, Zinsobergrenzen, zunehmende protektionistische Maßnahmen, eine Ausweitung der öffentlichen Ausgaben und Defizite sowie eine starke Kreditexpansion zur Förderung der Gesamtnachfrage umfaßte. Das Exportwachstum war in dieser Periode außergewöhnlich hoch (vgl. Abbildung). Das BIP nahm in den Jahren 1975 bis 1979 jährlich um 8 Prozent zu; dabei führte allerdings das hohe Investitionsvolumen überwiegend zu Leistungsbilanzdefiziten, die zusätzlich answollen, als sich die Terms of Trade nach 1976

## Thailand

### Terms of Trade 1970–79

(1971–73 = 100)



verschlechterten und die Einnahmen aus dem Dienstleistungsverkehr und aus privaten Kapitaltransfers zurückgingen.

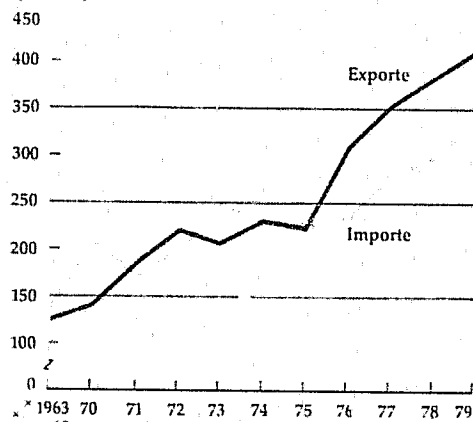
Bis vor kurzem hatte die Regierung es versäumt, die notwendigen Schritte zur Förderung der Energieeinsparung und des inländischen Energieangebots zu unternehmen. Nachdem die Einzelhandelspreise fast aller Mineralölprodukte zwischen Juli 1973 und Februar 1974 angehoben worden waren, wurden sie bis März 1977 konstant gehalten. Teils war dies darauf zurückzuführen, daß die Energiepreise ein Politikum darstellten, teils, daß Preiserhöhungen als wachstumsschädigend galten. Die Preise für Mineralöl-erzeugnisse wurden jedoch im Januar und Juli 1979, im Februar 1980 sowie im Januar 1981 kumulativ um etwa 120 Prozent angehoben, und auch die Strompreise wurden erhöht, um die Subventionen an die staatliche Elektrizitätswirtschaft abzubauen.

Die Verdopplung der Ölpreise gegen Ende 1979 führte im Jahre 1980 zu einem Anstieg des Leistungsbilanzdefizits auf 2,4 Mrd Dollar oder 7 Prozent des BIP (vgl. Abbildung), wobei ein Viertel aller Importe auf die Öleinfuhr entfiel. Durch diese Entwicklung wurden Maßnahmen ausgelöst, die auf eine sozial ausgewogene Strukturanpassung abzielen. In dem Planentwurf für die Jahre 1982 bis 1986 kommt eine beträchtliche wirtschaftspolitische Kursänderung weg von der Wachstumsorientierung und hin zu verteilungspolitischen Aspekten – vor allem zur Bekämpfung der Armut auf dem Lande – sowie zum Ausgleich der Zahlungsbilanz zum Ausdruck. Für die Finanz- und Geldpolitik ist eine weniger expansive Ausrichtung vorgesehen. Das Schwergewicht liegt auf der Förderung der Landwirtschaft, der Steigerung der industriellen Produktivität, der Arbeitsplatzbeschaffung sowie der Ausweitung der Fertigwarenausfuhr. Der Plan unterstreicht auch die Notwendigkeit, den Energieverbrauch besonders bei Öl durch preispolitische Maßnahmen und Konservierungsprogramme einzuschränken sowie inländische Energievorkommen, vor allem Braunkohle, Erdgas und sich erneuernde Quellen, zu erschließen.

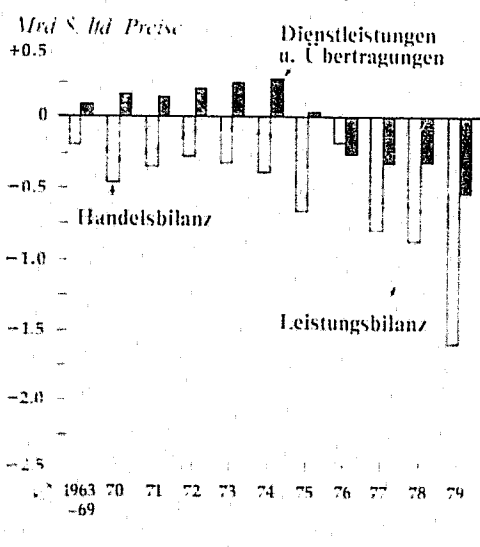
## Thailand

### Export- und Importvolumen

(1963 = 100)



### Leistungsbilanz und Komponenten



## Jamaika

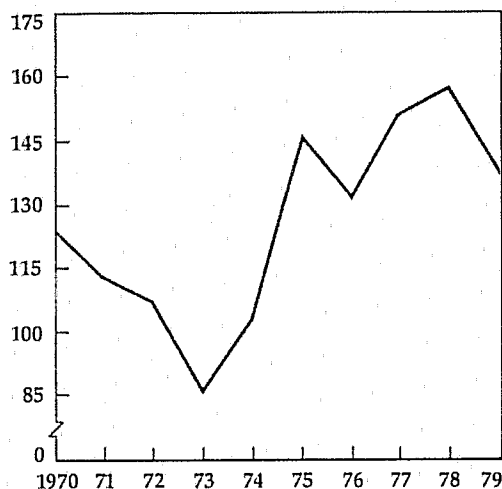
Das BSP Jamaikas erhöhte sich in den sechziger Jahren um jährlich 4,6 Prozent. Die Landwirtschaft expandierte nur langsam, die Abwanderung in die Städte nahm zu, und die industrielle Entwicklung wurde unter dem Schutz hoher Zollbarrieren gefördert. Die private ausländische Direktinvestition spielte eine wesentliche Rolle beim Ausbau des Tourismus und der Bauxitproduktion – den beiden Säulen des volkswirtschaftlichen Wachstums Jamaikas. Die Entwicklung des Industrie- und des Dienstleistungssektors beruhte in erster Linie auf inländischen Privatinvestitionen.

Die Entwicklungsstrategie der im Jahre 1972 zur Macht gelangten Regierung zielte darauf ab, (1) den Einfluß des öffentlichen Sektors auf die Diversifizierung der Wirtschaft zu stärken, (2) mehr Arbeitsplätze für die vielen städtischen Arbeitslosen zu schaffen und (3) die Einkommen umzuverteilen. Die private Investitionstätigkeit wurde durch eine scharfe Anhebung der Konzessionsgebühren für ausländische Bauxitfirmen sowie durch überzogene politische Äußerungen eingeschränkt. Der sich daraufhin ergebende Wachstumsrückgang wurde noch durch negative außenwirtschaftliche Erschütterungen verstärkt, die 9 Prozent des BSP ausmachten. Hierzu gehörten die Vervielfachung der Mineralölpreise und eine Abschwächung im Fremdenverkehr, die mit der Rezession der

### Jamaika

#### Terms of Trade 1970–79

(1971–73 = 100)



Jahre 1974/75 in Nordamerika einherging, sowie – was noch bedeutender war – zunehmende soziale und politische Unruhen in Jamaika, die ihrerseits teilweise auf der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage beruhten.

Eine expansive Wirtschaftspolitik ließ das Haushaltsdefizit der Zentralregierung von 4 Prozent des BIP im Jahre 1972 auf fast 20 Prozent im Jahre 1976 steigen. In diesem Zeitraum wurden auch beträchtliche Lohnerhöhungen zugestanden, und die Konsumquote stieg, gemessen am BIP, von 78 Prozent im Jahre 1972 auf 90 Prozent in 1976. Ein hohes Leistungsbilanzdefizit (10 Prozent des BIP im Jahre 1976), die Auswanderung ausgebildeter Arbeitskräfte (zunächst eines der wichtigsten Resultate der rückläufigen Produktion und schließlich eine ihrer Ursachen) sowie ein drei Jahre währender Rückgang der Ausbringung führten zu einer fast vollständigen Erosion der Devisenreserven und Kreditwürdigkeit des Landes.

Die Regierung versuchte, mit dem IWF ein mittelfristiges Unterstützungsprogramm zu vereinbaren, wies aber letztlich die darin enthaltenen Auflagen zurück. Die Maßnahmen, die zur Anpassung der Ausgaben an die vorhandenen Mittel ergriffen wurden, änderten sich von Jahr zu Jahr. Sie umfaßten strengere Preiskontrollen, eine restriktive Fiskalpolitik (hauptsächlich höhere Steuern anstelle von Ausgabenkürzungen) sowie eine Abwertung, um das Gefälle zwischen dem in- und ausländischen Preisauftrieb zu korrigieren. Trotz vieler Belebnungsversuche für den privaten Sektor hielten sich die Investoren bei der Inangriffnahme neuer Vorhaben zunehmend zurück.

Jamaika kompensierte die Verschlechterung seiner außenwirtschaftlichen Position in diesem Zeitraum hauptsächlich durch eine Verringerung seiner Einfuhren. Dies verursachte aber seinerseits einen Rückgang der Inlandsproduktion und eine Ausgabenverschiebung weg von stark importabhängigen Investitionen und hin zum Verbrauch heimischer Güter. Das BIP lag im Jahre 1980 fast um 18 Prozent unter dem Niveau des Jahres 1973, wobei sich die stärksten Rückgänge im verarbeitenden Gewerbe (31 Prozent), im Bausektor (58 Prozent) und im Bergbau (10 Prozent) ergaben; der letztgenannte Sektor

war noch in den sechziger und frühen siebziger Jahren eine bedeutende Devisen- und Wachstumsquelle. Infolge hoher Arbeitslosigkeit (15 Prozent der Erwerbspersonen), zunehmender Konsumgüterknappheit auf dem Inlandsmarkt und unzureichender Mittel zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der sozialen Leistungen schwand der relativ hohe Lebensstandard, den die meisten Jamaikaner zu Beginn der siebziger Jahre erreicht hatten.

Gegen Ende 1980 kam eine neue Regierung an die Macht. Sie vereinbarte mit dem IWF ein Dreijahresprogramm, einigte sich mit der Weltbank über strukturelle Reformen und erhielt zur Unterstützung ihrer mittelfristigen Entwicklungsstrategie beträchtliche Zusagen über Auslandshilfe. Diese Strategie umfaßt:

- Strukturelle Steuerreformen, die Wiederherstellung der unternehmerischen Freiheit und Verringerung des öffentlichen Eigentums an Unternehmen (die einst privat waren und sich nun in der Hand des Staates befinden).

- Maßnahmen zur Erhöhung der Agrarproduktion, zu denen die gezielte Förderung von Zucker-Genossenschaften, Sanierungsmaßnahmen in der Bananenwirtschaft sowie die Verbesserung der landwirtschaftlichen Beratung und Vertriebsrichtungen gehören.

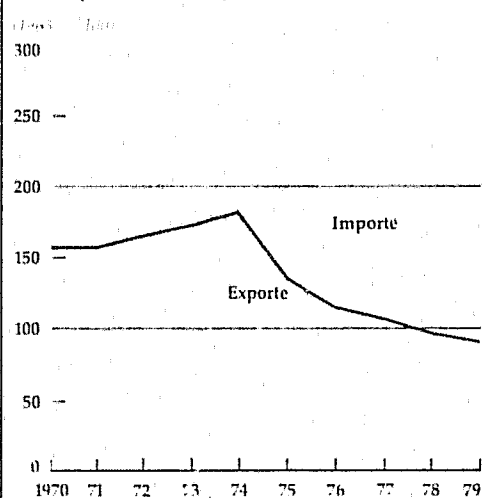
- Stärkere Exportanreize und allmähliche Reduzierung der protektionistischen Maßnahmen für einige Wirtschaftszweige. Die nicht-traditionellen Ausfuhrgüter Jamaikas werden vorwiegend innerhalb des Gemeinsamen Karibischen Marktes verkauft. Das nur geringe Volumen dieses Marktes dürfte das weitere Ausfuhrwachstum begrenzen, so daß zusätzliche Absatzbemühungen auf anderen Märkten voraussichtlich zunehmend an Bedeutung gewinnen werden.

- Eine aggressive Fremdenverkehrskampagne zur Verbesserung der gegenwärtig nur geringen Hotelauslastung im Verein mit zusätzlichen Maßnahmen zur Förderung privater Neuinvestitionen im Hotelgewerbe.

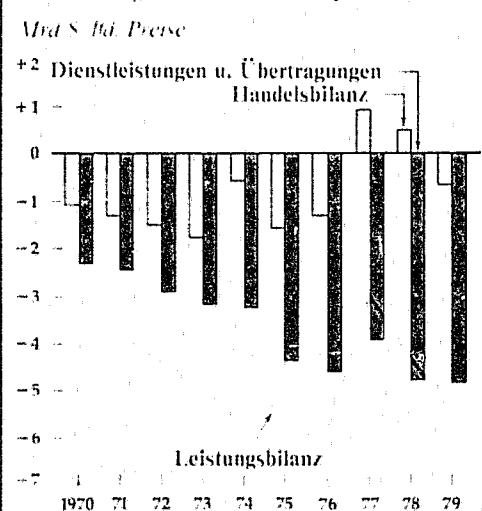
- Die aktive Förderung privater Investitionen im Bauxit-Bergbau und bei der Aluminium-Veredelung.

### Jamaika

#### Export- und Importvolumen

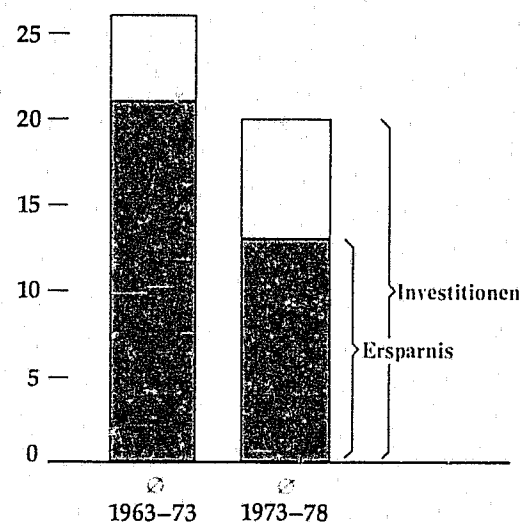


#### Leistungsbilanz und Komponenten



### Jamaika: Spar- und Investitionsquoten 1963 bis 1973 und 1973 bis 1978

In % des BIP und konstanten Preisen





## Behandlung von »Windfall«-Gewinnen

Im Zeitraum 1974 bis 1977 kam es mehrfach zu starken Preiserhöhungen für Phosphat, Kaffee, Kakao, Uran und mehrere andere für die Entwicklungsländer wichtige Rohstoffe. Paradoxe Weise stehen heute viele Länder, die diese Rohstoffe exportieren, vor Schwierigkeiten, die teilweise auf die Art und Weise zurückzuführen sind, wie sie ihre »Windfall«-Gewinne behandeln. Typischerweise wurden die öffentlichen Einnahmen durch den starken Anstieg der Exporterlöse (entweder über Besteuerung oder Gewinnbeteiligung) in die Höhe getrieben und dazu verwendet, die inländischen Ausgaben auf ein Niveau anzuheben, das bei rückläufigen Preisen nicht beibehalten werden konnte. Zur Aufrechterhaltung ihrer Ausgaben beschafften sich dann die Länder unter Ausnutzung ihrer Kreditwürdigkeit Finanzierungsmittel zu kommerziellen Bedingungen.

Wenn die ursprüngliche Anhebung der Staatsausgaben in relativ kurzer Frist zu höherem Wirtschaftswachstum (und vor allem zu höheren Exporten) führt, kann sie beibehalten werden. Wenn es aber zu keinem ausreichenden Wachstum kommt, ergibt sich eine erhöhte Schuldenlast. Dies zwingt schließlich zu scharfen Ausgabenkürzungen mit nachteiligen Konsequenzen, und das häufig gerade zu einem Zeitpunkt fallender Exportpreise.

Dieses Verlaufsmuster läßt sich – wie auch seine Ausnahmen – anhand mehrerer Beispiele veranschaulichen. So stiegen im Jahre 1974 die Phosphatpreise stark an, und die Aussichten auf einen weiteren Preisanstieg erschienen damals günstig. Dementsprechend verdoppelte Marokko bis zum Jahre 1977 den Anteil seiner Investitionen am BIP. Aber auch die laufenden Staatsausgaben nahmen vor allem wegen dringend erforderlicher Sozialprogramme zu. Als jedoch die Phosphatpreise zu fallen begannen, überstieg die Nachfrageexpansion die verfügbaren Ressourcen. Zunächst konnte Marokko das Wachstumstempo durch Kreditaufnahmen im Ausland aufrechterhalten.

Damit erhöhte sich jedoch seine externe Schuldendienstquote im Zeitraum 1975 bis 1978 (als sie 21,8 Prozent erreichte) beträchtlich, und es wurde bald deutlich, daß Einsparungen vorgenommen werden mußten. Auch Togo verwendete seine Phosphat-»Windfall«-Gewinne für Investitionen, geriet aber gleichfalls beim Rückgang der Preise im Jahre 1975 in finanzielle Schwierigkeiten und zwar trotz des Kaffee- und Kakao-Booms, der in diesem Jahr einsetzte. Senegal steigerte die öffentlichen Investitionen, wobei allerdings das gesamte Investitionsvolumen nicht zunahm. Ein großer Teil der öffentlichen Mittel floß in unproduktive Verwendungen, und die Investitionsbereitschaft des privaten Sektors wurde vor allem durch die öffentliche Beteiligungspolitik der Regierung negativ beeinflusst. Das Ende der Phosphatpreishaussiege fiel allerdings mit höheren Preisen für Erdnüsse (dem wichtigsten Exportgut des Landes) zusammen, so daß die erforderliche Ausgabenreduzierung hinausgezögert werden konnte. Das Jahr 1977 markierte dann aber den Übergang zu einer sehr restriktiven öffentlichen Haushaltsführung.

Als Reaktion auf den Kaffee- und Kakao-preisboom erhöhte die Elfenbeinküste ihren Kapitalbestand im Zeitraum 1973/75 bis 1977/79 real um insgesamt 120 Prozent; sie hielt die Investitionstätigkeit danach durch Auslandskreditaufnahmen zu kommerziellen Bedingungen aufrecht. Die inländische Inflation beschleunigte sich, und bis zum Jahre 1978 wurde deutlich, daß das Investitionsvolumen gekürzt werden mußte. Kenia leitete dagegen einen geringeren Teil seiner Einnahmen aus dem Kaffeepreisboom in den öffentlichen Sektor. Trotz einer Zunahme der öffentlichen Ausgaben, vor allem zu Verteidigungszwecken und zum Ersatz von Institutionen der ehemaligen Ostafrikanischen Gemeinschaft, blieb das Budget insgesamt unter Kontrolle, wenn auch die laufenden Ausgaben für Entwicklungszwecke weit unter das erforderliche Niveau zurückfielen.

In ähnlicher Weise hatte Niger bis zum Jahre 1979 nur drei Viertel seiner Einnahmen aus der Uranpreishaussiege nach 1975 verwendet.

Die Erfahrungen mit diesen Preisschwankungen unterstreichen die folgenden Anforderungen:

- Sorgfältige Analyse der Exportpreisaussichten. Die Behandlung eines Booms als vorübergehende Erscheinung erleichtert es, die richtige Mischung aus Ausgaben und Ersparnissen zu planen.

- Wirksame Ausgabenkontrollen. Der starke Investitionsaufschwung in der Elfenbeinküste war zum Großteil auf die Politik des Fonds zur Stabilisierung der Agrarpreise (»Caisstab«) zurückzuführen. Dieser Fonds erhielt die überschüssigen Exporteinkünfte; er arbeitete aber weitgehend außerhalb der Haushaltskontrolle. In Togo wurden die haushaltspolitischen Verfahrensregeln entweder umgangen oder außer Kraft gesetzt.

- Durchführung produktiver Investitionen auf der Basis einer sorgfältigen Projektauswahl. Etwa 17 Prozent des Investitionsprogramms der Elfenbeinküste entfielen auf zwölf Zuckerverarbeitungsanlagen, – die später auf sechs reduziert wurden – und die nur einen exportierbaren Überschuß zu deutlich über den Weltmarktpreisen liegenden Produktionskosten hätten erzeugen können. Das kleine und arme Togo nahm ehrgeizige Projekte in Angriff – eine Ölraffinerie, ein Stahlwerk, ein Thermalkraftwerk und Hotelneubauten.

Diese Grundsätze lassen sich nur einhalten, wenn wirksame Vorkehrungen zur Analyse künftiger Preisentwicklungen, zur Prüfung und Auswahl von Investitionsvorhaben wie auch zur Erarbeitung einer Entwicklungsstrategie existieren. Vielen Ländern, vor allem in Afrika, fehlen die Möglichkeiten zur Verwirklichung dieser Aufgaben. Hohe Priorität ist daher dem weiteren Ausbau der Finanz- und Planungsministerien und ihrer verstärkten Mitwirkung bei der Entscheidungsfindung einzuräumen.

Diese Anpassungsart schränkte die strukturelle Flexibilität ein und führte gegen Ende des Jahrzehnts zu Ansätzen einer verstärkten außenwirtschaftlichen Orientierung.

- Verlangsamtes Wirtschaftswachstum ohne Reformen in mineralwirtschaftlichen Ländern. Jamaika, Peru, Sambia und Zaire sahen sich ausnahmslos zu einer Verringerung ihrer Wachstumsraten gezwungen und mußten schließlich einen Rückgang ihres BSP hinnehmen. Jamaika wurde durch das Zusammenreffen binnenwirtschaftlicher Maßnahmen und außenwirtschaftlicher Erschütterungen an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gebracht;

sein BSP nahm nach dem Jahre 1973 ständig ab (vgl. Sonderbeitrag). Peru, das sich sehr stark im Ausland verschuldete, unternahm bis 1978 keine spürbaren Anpassungsbemühungen. Die extreme Abhängigkeit Zaires und Sambias von Kupfer und Kobalt führte dazu, daß ihre Wirtschaften stark durch die Preisentwicklung für Kupfer beeinflusst wurden; die Verschlechterung ihrer Terms of Trade war katastrophal. Bis Mitte der siebziger Jahre flossen ihnen beträchtliche externe Finanzierungsmittel zu; in den darauffolgenden Jahren mußten sie allerdings ihr Wachstum einschränken. Das abgeschwächte Wirtschaftswach-

tum trug in etwa zur Hälfte zu ihrer Zahlungsbilanzanpassung in den Jahren 1974 bis 1978 bei. Die Ersparnis war in allen vier Ländern infolge mangelnder Anreize, hoher Haushaltsdefizite und Inflationsraten mäßig.

- Strukturreform in einer Mineralwirtschaft. Chile ist ähnlich wie das bereits erörterte Uruguay und – weniger ausgeprägt – die Philippinen, ein Beispiel für eine protektionistische Volkswirtschaft, die umgeformt wurde. Ein tiefer Preiseinbruch bei Kupfer, der mit inländischen Umwälzungen zusammenfiel, löste in diesem Land radikale strukturelle Reformen aus. Dazu gehör-



ten eine massive reale Abwertung sowie eine deflationäre Geld- und Fiskalpolitik. Der Anteil der Ersparnis und der Investition am BSP nahm ebenso zu wie die Produktivität des Kapitaleinsatzes. Chile konnte seine Marktanteile beim Fertigwarenexport erhöhen und die Importsubstitution beträchtlich ausbauen. Nach einem anfänglichen Rückgang hat sich das Wirtschaftswachstum seit dem Jahre 1976 wieder erholt; es war allerdings von relativ hoher Arbeitslosigkeit begleitet.

- »Überanpassungs«-Länder wie Marokko und Senegal veranschaulichen die Probleme, die durch unbeständige Rohstoffpreise ausgelöst werden (siehe Sonderbeitrag über »Windfall«-Gewinne). Beide Länder erwirtschaften einen großen Teil ihrer Exporteinnahmen aus Phosphatverkäufen. Der Phosphatpreissboom der Jahre 1974 bis 1975, von dem erwartet wurde, daß er länger anhalten werde, ermutigte diese Länder zu umfangreichen Kreditaufnahmen im Ausland; er veranlaßte sie außerdem zur Verabschiedung von Investitionsplänen, die sich als viel zu ergeizig herausstellten, als die Phosphateinnahmen nach dem Jahre 1975 sanken. Schließlich waren diese Länder gezwungen, eine restriktive Wirtschaftspolitik einzuführen und ihr Wirtschaftswachstum zu beschneiden.

Die Erfahrungen der rohstoffproduzierenden Länder legen nahe, daß nur solchen Ländern die Anpassung unter Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums gelungen ist, die ihre Ausfuhren förderten und diversifizierten und zugleich die Ersparnisbildung verbesserten. Die relativ schwache Ausrichtung der Produktion auf den Außenhandel begrenzt allerdings die wirtschaftspolitischen Optionen in vielen Fällen, vor allem in Ländern mit Mineralvorkommen, und erzwingt entweder den Rückgriff auf die Außenfinanzierung oder ein geringeres Wirtschaftswachstum.

### *Anpassungsprobleme und Aussichten*

*Ein Ergebnis der vorstehenden Untersuchung über die halbindustriali-*

*sierten und rohstoffproduzierenden Ländergruppen ist der Hinweis, daß es – im Vergleich zu den Jahren 1963 bis 1973 – einen nur schwachen Zusammenhang zwischen der Stärke der außenwirtschaftlichen Erschütterungen der Jahre 1974 bis 1978 und den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten nach 1973 gegeben hat. Dies bedeutet nicht, daß die Erschütterungen unbedeutend gewesen wären; ihr Einfluß auf diese Länder hing vielmehr weitgehend von den Außenhandelsbedingungen und den internationalen Kapitalbewegungen, von internen Entwicklungen und der inländischen Wirtschaftspolitik sowie von der grundlegenden Wirtschaftsstruktur ab. Mehrere Länder mit mittlerem Einkommen waren in den siebziger Jahren in der Lage, sich in beträchtlichem Umfang Mittel zu kommerziellen Bedingungen zu beschaffen und die Ausfuhren zu erhöhen. Die bedeutendste wirtschaftspolitische Frage in den achtziger Jahren ist für diese Länder, inwieweit sie ihre Entwicklungsstrategie modifizieren müssen, um den veränderten internationalen Rahmenbedingungen gerecht zu werden.*

In einer zunehmend turbulenten Weltwirtschaft wird ein ölimportierendes Entwicklungsland zwei verschiedene Strategien zur Änderung seiner Wirtschaftspolitik in Erwägung ziehen. Zum einen kann es eine mehr außenwirtschaftlich orientierte Politik verfolgen, dabei Erzeugnisse herstellen, bei denen es komparative Vorteile hat, und seine Inlandsgüter mit nur wenigen Ausnahmen der Importkonkurrenz aussetzen. Zum anderen kann es über das durch die komparativen Vorteile festgelegte Maß hinaus für eine größere Güterpalette einen höheren Selbstversorgungsgrad anstreben und die Handelsbeziehungen mit der übrigen Welt reduzieren, um auf diese Weise eine geringere Verwundbarkeit gegenüber außenwirtschaftlichen Erschütterungen anzustreben.

Die Untersuchung hat gezeigt, daß es der Ländergruppe, die sich für die erstgenannte Option entschieden hat (Chile, die Elfenbeinküste, die Phi-

lippen, Singapur, Südkorea, Thailand, Tunesien und Uruguay), insgesamt gelungen ist, die Anpassung mit einer nur vorübergehenden Unterbrechung des Wirtschaftswachstums zu bewerkstelligen. Verglichen mit den Volkswirtschaften, die ihre binnenwirtschaftliche Orientierung aufrechterhielten oder einen derartigen Wirtschaftskurs einschlugen (Argentinien, Brasilien, Israel, Jamaika, Jugoslawien, Kenia, Kolumbien, Marokko, Mexiko, Peru, Portugal, Sambia und die Türkei) konnte die erste Ländergruppe:

- sowohl ihre Exportmarktanteile ausweiten als auch Importe ersetzen und

- im Endergebnis die Abhängigkeit von zusätzlichen externen Kapitalzuflüssen vermindern. Überdies zeichneten sich die außenwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften sowohl durch eine erhöhte Ersparnisbildung als auch eine zunehmend produktivere Verwendung ihrer Investitionsmittel aus (dies galt auch für mehrere binnenwirtschaftlich orientierte Volkswirtschaften).

DURCHDRINGUNG DER EXPORTMÄRKTE. Das bessere Exportergebnis der außenwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften kam nicht unerwartet. Es ist nicht nur Folge konkurrenzfähiger Wechselkurse, eines ausgewogenen Anreizsystems und des Angebots an zollfrei eingeführten Produktionsfaktoren für Exportunternehmen. Ebenso wichtig ist, daß sich die Produzenten genau über die Vorteile der Qualitätskontrolle und zuverlässiger Lieferzeiten im klaren sind und über Erfahrungen verfügen, wie die Zusammensetzung ihrer Produktionspalette als Reaktion auf Verschiebungen in der Auslandsnachfrage zu verändern ist. Der Sonderbeitrag über Südkorea veranschaulicht, welche Schwungkraft von einem nationalen Engagement für ein exportorientiertes Wirtschaftswachstum ausgehen kann.

IMPORTSUBSTITUTION. Der Grund dafür, daß die Gruppe der

## Die Philippinen

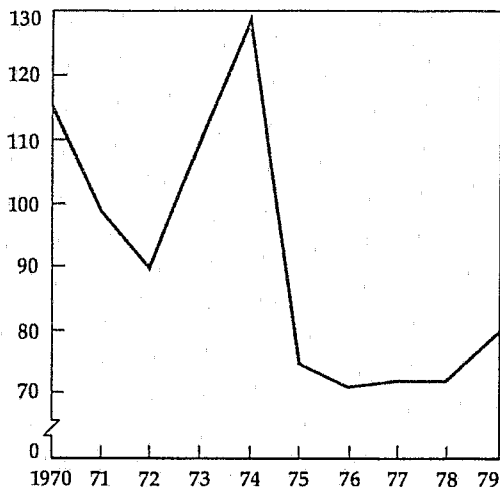
Die Veränderung der politischen Verhältnisse in den frühen siebziger Jahren ging mit einem Umschwung der Wirtschaftspolitik in Richtung auf eine verstärkte Außenorientierung einher. Die öffentlichen Investitionen im Bereich der Infrastruktur wurden erhöht, während man gleichzeitig mit Familienplanungsprogrammen und einer teilweisen Bodenreform erste Schritte unternahm, um dem Bevölkerungswachstum und der starken Abhängigkeit des Landes von Nahrungsmittelimporten entgegenzuwirken.

Die Volkswirtschaft geriet nach 1973, als sich der Exportboom abschwächte und der Preis für importiertes Öl stark anstieg, in außenwirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Terms of Trade verschlechterten sich im Zeitraum 1973 bis 1976 um 36 Prozent (vgl. Abbildung). Das Ausfuhrvolumen ging im Jahre 1974 um 11 Prozent zurück, stieg allerdings in den Jahren 1975 und 1976 wieder rasch an, wobei nicht-traditionelle Rohstoffe und Fertigwaren beträchtliche Marktgewinne erzielten. Die starke Ausrichtung der Regierung auf das Wirtschaftswachstum führte zu einer ständigen Zunahme der Inlandsnachfrage, einer, gemessen am BIP, hohen Investitionsquote, höheren Einfuhren und zu einem zunehmenden Leistungsbilanzdefizit (vgl. Abbildung).

### Philippinen

#### Terms of Trade 1970-79

(1971-73 = 100)



Für den Zeitraum 1976 bis 1978 vereinbarten die Philippinen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein erweitertes Kreditabkommen, das sich auf etwa 266 Mio Dollar belief. Die wesentlichen quantitativen Ziele dieser Vereinbarung waren ein jahresdurchschnittliches Wachstum des BSP von 7 Prozent, eine jährliche Preissteigerungsrate von nicht mehr als 7 Prozent und eine Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits von 6 Prozent des BSP im Jahre 1975 auf 4 Prozent bis 1978. Zur Verwirklichung dieser Ziele sah das Stabilisierungsprogramm verschiedene strukturelle und wirtschaftspolitische Veränderungen vor, wie (1) eine Erhöhung des Anteils der inländischen Investitionen am BSP, wobei Infrastrukturinvestitionen, Investitionen im Energiesektor sowie in exportorientierten und arbeitsintensiven Wirtschaftszweigen bevorzugt werden sollten, (2) eine Zunahme der inländischen Sparquote, teilweise über durchgreifende steuerliche Maßnahmen und (3) eine wirksame Nachfragepolitik. Die meisten Hauptziele wurden im wesentlichen erreicht. Die Preise für Strom, Transportleistungen und Benzin wurden angehoben, die Zolltarife gesenkt und die inländische Kreditexpansion sowie die Auslandskreditaufnahme unter wirksame Kontrolle gebracht. Die inländische Ersparnis stieg von 20 Prozent des BIP in den Jahren 1963 bis 1973 auf 25 Prozent im Jahre 1978 (vgl. Abbildung), und die Ausfuhren arbeitsintensiver Wirtschaftszweige nahmen mit einer Jahresrate von 40 Prozent zu. In den Jahren 1976 bis 1978 nahmen die Philippinen beim IWF weitere Kredite in Höhe von etwa 206 Mio Dollar im Rahmen der kompensierenden Finanzierung von Exporterlösschwankungen, der Ölfazilität sowie der Fazilität zur Finanzierung von Warenausgleichslagern auf.

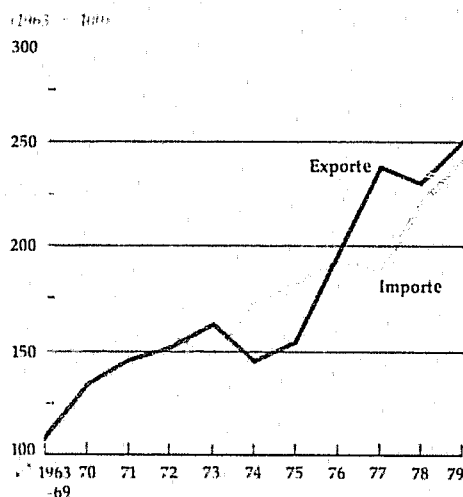
Der zweite große Ölpreisanstieg im Jahre 1979 führte zu einer erneuten Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Position des Landes. Obwohl sich die Preise einiger Rohstoffe erholten und zu einer beträchtlichen Steigerung der nominalen Exporterlöse

beitrugen, erweiterte sich das Leistungsbilanzdefizit im Jahre 1979 auf 1,6 Mrd Dollar (5,4 Prozent des BSP) und im Jahre 1980 auf schätzungsweise 2,2 Mrd Dollar (oder 5,8 Prozent des BSP). Die kontraktiven Wirkungen der verschlechterten Terms of Trade führten zu einer Verlangsamung des BSP-Wachstums von 6,3 Prozent im Jahre 1978 auf 5,8 Prozent im Jahre 1979 und auf vorläufige 4,7 Prozent im Jahre 1980. Der Preisauftrieb, der im Jahre 1979 19 Prozent erreichte, hat sich seither beträchtlich verlangsamt und das, obwohl die Regierung die Weitergabe der Energiepreissteigerungen an die inländische Wirtschaft förderte.

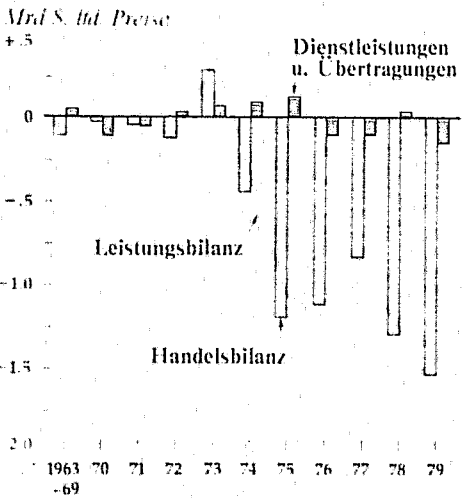
Ogleich sich die Wirtschaftspolitik in den siebziger Jahren verbesserte, spiegelt die Zahlungsbilanz nach wie vor eine Reihe grundlegender Strukturmängel wider. Mehr als zwei Drittel der Deviseneinnahmen des Landes beruhen immer noch auf traditionellen Rohstoffausfuhren, und die Industrie stellt per Saldo eine zu große Belastung für die Zahlungsbilanz dar. Mehr als 80 Prozent des Energiebedarfs werden durch Ölimporte gedeckt, wodurch der Anteil des Öls an der gesamten Wareneinfuhr von weniger als 12 Prozent in den frühen siebziger Jahren auf mehr als 25 Prozent im Jahre 1980 gesteigert wurde. Zwar gibt es zur Zeit noch keine Schwierigkeiten bei der Auslandskreditaufnahme; auf unbegrenzte Zeit lassen sich jedoch Defizite in Höhe von 6 Prozent des BSP nicht finanzieren. Die Regierung hat daher im vergangenen Jahr in enger Abstimmung mit der Weltbank Maßnahmen zur Förderung der strukturellen Anpassung ergriffen. Dazu gehören weitere Impulse für ein hohes Wachstum der Fertigwarenausfuhr, die Verbesserung der Produktivität industrieller Investitionen und die Liberalisierung der Kreditwirtschaft, um das finanzielle Mittelaufkommen zu erhöhen. Es wird erwartet, daß das Leistungsbilanzdefizit mit dem strukturellen Anpassungsprogramm bis zum Jahre 1985 auf ein tragfähiges Niveau zurückgeführt werden kann.

### Philippinen

#### Export- und Importvolumen

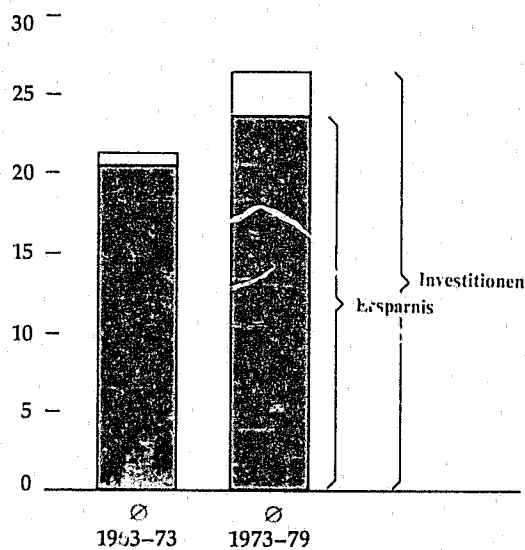


#### Leistungsbilanz und Komponenten



### Philippinen: Spar- und Investitionsquoten 1963 bis 1973 und 1973 bis 1979

In % des BIP und konstanten Preisen



außenwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften auch bei der Substitution von Importen erfolgreicher war als die binnenwirtschaftlich ausgerichtete Ländergruppe, liegt darin, daß erstere für *ausgewogene* Anreize zur Förderung der Produktion für die Inlands- und Auslandsmärkte sorgt. Dementsprechend muß die inländische Produktion mit Einfuhren konkurrieren, zu denen bei einer außenwirtschaftlich ausgerichteten Strategie normalerweise die ganze Palette von Rohmaterialien bis hin zu Konsumgütern gehört. Bei steigenden Einfuhrpreisen eröffnet sich damit unter Umständen ein beträchtlicher Spielraum für die Importsubstitution. Demgegenüber führen die komplizierten Einfuhrlicenz- und -kontrollsysteme in binnenwirtschaftlich orientierten Ländern möglicherweise dazu, daß Importsubstitutionsgüter produziert werden, die international praktisch nicht abgesetzt werden können. Die Einfuhr ist hier im allgemeinen auf wichtige Vormaterialien und Maschinen beschränkt, die sich nur schwer durch im Inland produzierte Güter ersetzen lassen.

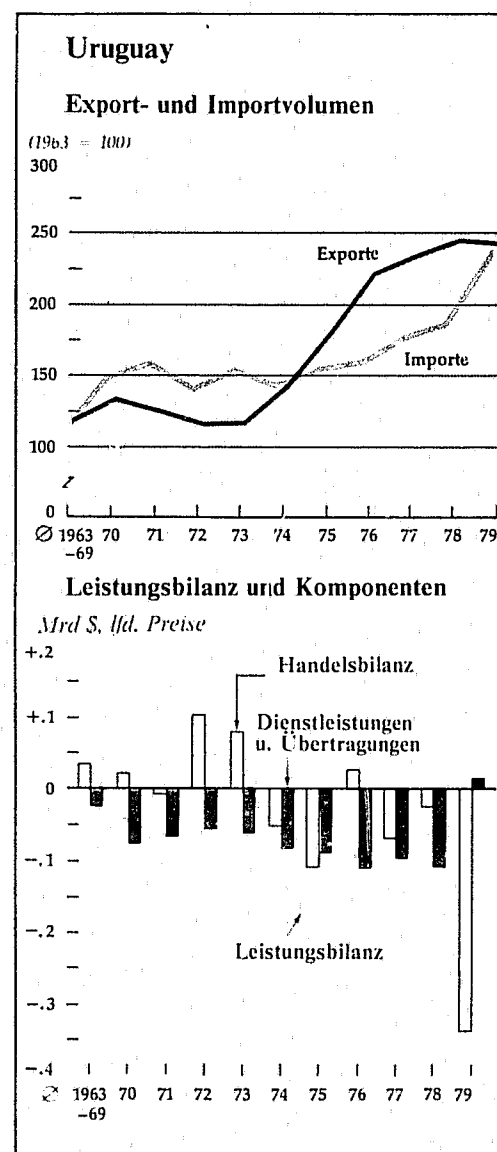
**EXTERNE FINANZIERUNG UND INLANDSPARNIS.** Die außenwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften griffen beim Ausgleich von Importpreissteigerungen nur so lange auf externe Finanzierungsmittel zurück, bis sie in der Lage waren, die verteuerte Einfuhr über erhöhte Ausfuhren abzudecken. Die zu Beginn der Periode 1974 bis 1978 aufgenommenen Mittel gingen in produktive Vorhaben. In all diesen Ländern wurden aber die für die Anpassung erforderlichen zusätzlichen Investitionen überwiegend durch eine Steigerung der Inlandersparnis finanziert, und ihre ausgeprägten Exporterfolge führten zu einer nur geringen Zunahme ihrer Schuldendienstquoten. Demgegenüber verließ sich die Gruppe der binnenwirtschaftlich ausgerichteten Länder weit stärker auf die Außenfinanzierung und ergriff keine strukturellen Anpassungsmaßnahmen.

**FOLGERUNGEN FÜR DIE POLITIK.** Die außenwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften haben eine höhere Außenhandelsquote als die Länder mit einer binnenwirtschaftlich ausgerichteten Strategie. Sie erlitten zwar durch außenwirtschaftliche Erschütterungen größere Einbußen im Verhältnis zum BSP; ihre ökonomische Leistungsfähigkeit wird jedoch durch derartige Erschütterungen letztlich weniger beeinträchtigt, und sie sind auch weniger auf die Auslandsfinanzierung angewiesen. Möglicherweise müssen sie im Zuge der Anpassung, während sie ihre Ausfuhren ankurbeln, die Importe drosseln, den Preisauftrieb zu dämpfen suchen und vorübergehende Wachstumseinbußen hinnehmen. Es kann aber davon ausgegangen werden, daß sich das Wirtschaftswachstum wieder erholt, da diese Form der Anpassung normalerweise nicht mit länger andauernden deflationären Einschnitten verbunden ist. Dies ist vielleicht die wichtigste Schlußfolgerung aus der bisherigen Anpassung der halb-industrialisierten und rohstoffproduzierenden Länder.

Hieraus folgt, daß Länder, die in den achtziger Jahren versuchen, mit außenwirtschaftlichen Verwerfungen fertig zu werden, zu einer Wirtschaftspolitik übergehen sollten, in deren Rahmen die Produktion für den Export und den Inlandsmarkt gleichermaßen angeregt sowie ausreichende Sparanreize gegeben werden; bei einer merklichen Verschlechterung der internationalen Handels- und Finanzsituation wäre diese Schlußfolgerung freilich zu modifizieren. Wichtig ist, daß die im Ausland aufgenommenen Mittel produktiv eingesetzt werden, um die Produktion für den Export zu fördern und die Einfuhr zu drosseln. Zu diesem Zweck muß die Verwendung der externen Finanzierungsmittel besser überwacht werden (auch hier ist der Sonderbeitrag über »Windfall«-Gewinne von Bedeutung). Diese Aufgabe wird durch eine sorgfältigere Projektauswahl besonders bei Investitionen mit einem hohen Energie- und Devisenbedarf erleichtert.

## Uruguay

Die seit Anfang des Jahrhunderts in Uruguay unternommenen Anstrengungen zur Errichtung eines Wohlfahrtsstaates nach europäischem Muster sind in einiger Hinsicht – dazu gehören das Gesundheitswesen, die Lebenserwartung, die politische Vertretung der Bürger, das Erziehungsniveau und die Gleichmäßigkeit der Einkommensverteilung – bemerkenswert erfolgreich gewesen. Unter ökonomischen Aspekten war jedoch die Entwicklung des Landes durch Inflation, wiederholte Zahlungsbilanzkrisen und eine Abnahme des Pro-Kopf-Einkommens gekennzeichnet. Die Last der Finanzierung der allgemeinen sozialen Kosten und einer nur schwach ausgeprägten, durch einen winzigen Markt behinderten Importsubstitutionsindustrie lag vollständig auf der Landwirtschaft und Viehzucht – und damit auf Sektoren, in denen Uruguay über natürliche komparative Vorteile verfügt. Durch protektionistische, binnenwirtschaftlich orientierte Maßnah-

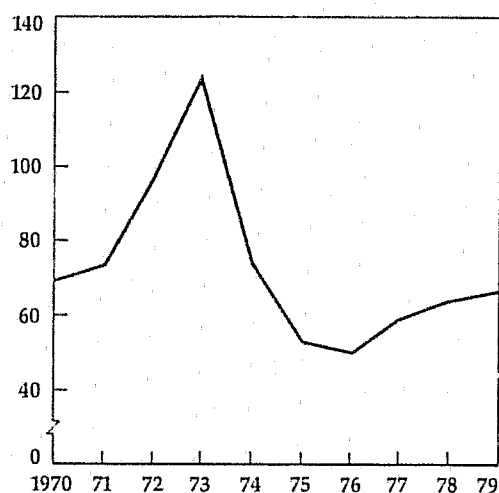


Eine derartige Reform der inländischen Wirtschaftspolitik ist nicht leicht zu verwirklichen. Es vergeht einige Zeit, bis die Hinwendung zu einem ausgeglicheneren Anreizsystem für den Export und die Inlands-

## Uruguay

### Terms of Trade 1970-79

(1971-73 = 100)



men wurden traditionelle Exportzweige benachteiligt und jede Möglichkeit zur Ausweitung der Fertigwarenausfuhr beseitigt. Die hohe Konsumquote ließ wenig Spielraum für eine Modernisierung oder Aufstockung des Kapitalbestandes. So wuchs die Volkswirtschaft etwa dreißig Jahre lang bis zum Jahre 1974 nur sehr langsam; im Zeitraum 1964 bis 1973 lag der jährliche Zuwachs des BIP durchschnittlich nur bei 1,2 Prozent (in den Jahren 1971 bis 1973 ging das BIP im Jahresdurchschnitt sogar um 1,5 Prozent zurück).

Der friedliche politische Konsens konnte die wirtschaftliche Stagnation nicht überdauern. Mit steigender Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen, und redistributiven Einkommenseffekten, die dazu führten, daß immer weniger auf eine zunehmende Zahl von Köpfen verteilt werden mußte, kam es in Uruguay erstmals zu politischen Unruhen, die die in mehreren Jahrzehnten gewachsene soziale Struktur des Landes zu zerstören drohten.

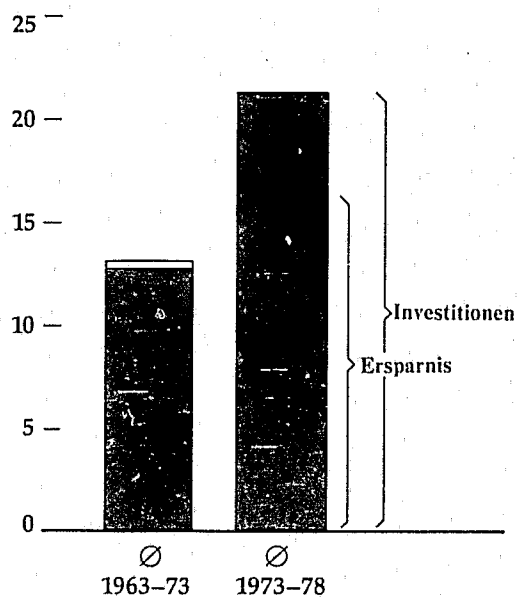
Die weltwirtschaftlichen Veränderungen nach dem Jahre 1973 wirkten sich dramatisch auf die außenwirtschaftliche Position Uruguays aus. Die Einfuhrpreise verdoppelten sich, während die Preise für Rindfleisch und Wolle (die wichtigsten Exportgüter) im Jahre 1975 um 35 Prozent bzw. 24 Prozent zurückgingen. Darüber hinaus wurde Uruguay auch durch die Agrarpolitik der EG beeinträchtigt, die sich im Verlauf der siebziger Jahre von einem Netto-Rindfleisch-

importeuer zu einem beträchtlichen Exporteur wandelte. Die Leistungsbilanz, die vor 1973 noch mit einem Überschuß abgeschlossen hatte, wies in den Jahren 1974 und 1975 ein durchschnittliches Defizit von 4,4 Prozent des BIP auf (vgl. Abbildung). Uruguay finanzierte dieses Defizit zunächst durch Auslandskredite (die ausstehende Verschuldung erhöhte sich zwischen 1974 und 1976 um 35 Prozent) und durch den Einsatz seiner Währungsreserven.

Die neue Regierung, die im Jahre 1973 an die Macht kam, versuchte nicht, die Importe zu vermindern, sondern entschied sich für eine neue Entwicklungsstrategie. Die Volkswirtschaft wurde nach und nach dem internationalen Handel geöffnet. Die meisten Inlandspreise wurden freigegeben, Importquoten beseitigt sowie Zoll- und andere Restriktionen zunehmend abgebaut. Außerdem wurde der Kapitalverkehr mit dem Ausland liberalisiert und der reale Wechselkurs (der nominale Kurs, bereinigt um das Preisgefälle zwischen Uruguay und den USA) in den Jahren 1974 bis 1977 um über 20 Prozent abgewertet. Diese Ausfuhranreize wurden noch durch Rückvergütungen, Vorzugskredite und Steuererleichterungen für Exporteure verstärkt. Schließlich versuchte man, das Sparen zu fördern und die Kapitalverwendung durch die Freigabe der Zinsen zu verbessern.

### Uruguay: Spar- und Investitionsquoten 1963 bis 1973 und 1973 bis 1978

In % des BIP und konstanten Preisen



Die neue Strategie wirkte sich auf die einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft nicht gleichmäßig aus. Dennoch traten einige der angestrebten Wirkungen ein:

- Das Wachstum des BIP nahm stark zu und belief sich im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1979 auf 3,9 Prozent. Die Beschäftigungslage verbesserte sich, wenngleich die Reallöhne zwischen 1973 und 1979 leicht gefallen sein dürften.

- Der Anteil der Fertigwarenausfuhr auf den Weltmärkten konnte in den Jahren 1973 bis 1978 mehr als verdreifacht werden; die Importsubstitution spielte dagegen bei der Reduzierung des Außenhandelsdefizits nur eine untergeordnete Rolle. Der Fehlbetrag in der Leistungsbilanz ging bis zum Jahre 1978 auf 127 Mio Dollar zurück, nachdem er im Jahre 1975 noch 189 Mio Dollar betragen hatte.

- Gemessen am BIP nahmen sowohl die Investition als auch die Ersparnis zu (vgl. Abbildung). Dies war mit einem Anstieg der Kapitalverwendungsquote verbunden.

- Obwohl der Anteil der ausgezahlten Verschuldung am BSP zunächst von 12,5 Prozent im Jahre 1973 auf 19,9 Prozent im Jahre 1976 gestiegen war, fiel er bis zum Jahre 1978 auf 17,7 Prozent.

Im Jahre 1979 führten die steigenden Weltmarktpreise für Öl zu einer Erhöhung der Einfuhrausgaben um 40 Prozent. Die daraufhin ergriffenen Gegenmaßnahmen unterschieden sich jedoch beträchtlich von denen des Jahres 1974. Es wurde eine reale Aufwertung des Wechselkurses zugelassen, um den inländischen Preisauftrieb zu dämpfen. Dies könnte allerdings zu einer Verminderung der Anreize für den Export und die Importsubstitution führen, sofern es nicht gelingt, die Inflationsrate rasch zu senken.

In gewisser Hinsicht verfügt die Wirtschaft Uruguays heute über bessere Voraussetzungen, um mit einem höheren Defizit fertig zu werden, als im Jahre 1973. Mit dem Ausbau der Wasserkraft-Kapazität wird die Abhängigkeit des Landes von der Öleinfuhr langsam reduziert, und es besteht kein Zweifel an seiner Fähigkeit zu einer flexiblen Anpassung an außenwirtschaftliche Erschütterungen. In den frühen achtziger Jahren ist zwar voraussichtlich mit einer beträchtlichen Kreditaufnahme im Ausland zu rechnen, so daß die Schuldendienstquoten wahrscheinlich steigen werden. Sofern es aber gelingt, die Finanz-, Kredit- und Steuerpolitik auch weiterhin koordiniert bei der Inflationsbekämpfung einzusetzen und die inländische Ersparnis zu erhöhen, sollte Uruguay durchaus in der Lage sein, seine außenwirtschaftliche Position zu konsolidieren und die verbesserten Wachstumsraten der siebziger Jahre aufrechtzuerhalten.

produktion zu einem höheren Ausfuhrangebot führt, und das Sparaufkommen wird nur zunehmen, wenn die Fähigkeit der Behörden zur Lenkung der Wirtschaft allgemein Vertrauen findet. Damit werden

zwei Sachverhalte beleuchtet: Erstens ist es wichtig, mit der erwähnten Politik auch angesichts möglicher kurzfristiger Rückschläge fortzufahren. Zweitens muß jede Reform der Wirtschaftspolitik während

einer Übergangsperiode in der Regel durch umfangreiche externe Finanzierungsmittel unterstützt werden, wie es zum Beispiel im Fall der Philippinen und Uruguays geschehen ist (siehe Sonderbeiträge).

Mit Fremdwährungskrediten, die zur Unterstützung eines Liberalisierungsprogramms aufgenommen werden, lassen sich wichtige Produktionsfaktoren für die Exportwirtschaft beschaffen. Ebenso können damit Importe zur Dämpfung des Preisauftriebs finanziert werden. Inflation entsteht nicht nur als Folge der unmittelbaren Verteuerung der Öleinfuhr, sondern auch durch Abwertungen, die häufig im Mittelpunkt von Liberalisierungsprogrammen stehen und zu einem zusätzlichen Anstieg der inländischen Importpreise führen. Ohne die Möglichkeit einer Kreditaufnahme im Ausland dürften die Regierungen vor wirtschaftspolitischen Reformen zurückschrecken, soweit sie befürchten müssen, daß sie hierdurch innere Unruhen und eine akute Verknappung ihrer Devisenreserven auslösen. Andererseits läßt sich eine derartige Krise durch die Außenfinanzierung ohne flankierende Reform der Wirtschaftspolitik möglicherweise nur hinausschieben, aber nicht abwenden.

Wenn auch zwischen den außenwirtschaftlichen Erschütterungen und dem Wirtschaftswachstum in den oben analysierten ausgewählten Ländern mit mittlerem Einkommen nur eine schwach ausgeprägte Beziehung bestand, so war sie für einige der ärmeren und weniger flexiblen Rohstoffproduzenten doch von Bedeutung. Wie die Erfahrungen in Sambia nahelegen (vgl. Sonderbeitrag), hätte der starke Rückgang des Volkseinkommens zwischen 1974 und 1978 durch eine stärkere Diversifizierung der Produktionsstruktur zu Lasten des Bergbaus vermutlich allenfalls zu einem Drittel aufgefangen werden können. Die anderen zwei Drittel lassen sich strukturellen Faktoren zuschreiben. Dies unterstreicht die Bedeutung

- wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Förderung landwirtschaftlicher und anderer bergbauunabhängiger Exporte sowie
- der Finanzierung zur Erleichterung der Anpassung an externe Erschütterungen in einer Mineralwirtschaft, bis eine gewisse Diversifizierung erreicht ist.

## Ölexportierende Länder mit niedrigem Einkommen

### Bevölkerungsreiche Länder Südasiens

Ebenso wie andere Länder mit niedrigem Einkommen sind auch die großen, dicht besiedelten Länder Südasiens – Bangladesch, Indien und Pakistan – im Hinblick auf ihr BIP und ihre Beschäftigung stark von der Landwirtschaft abhängig. Indien und Pakistan verfügen aber, anders als viele afrikanische Länder südlich der Sahara, über eine große, diversifizierte Fertigwarenindustrie und ein enormes Potential an ausgebildeten Arbeitskräften. Der Ausstoß dieses Wirtschaftszweiges ist in Indien während der vergangenen zwei Jahrzehnte jährlich um knapp 5 Prozent gestiegen; in Pakistan nahm er im Durchschnitt der sechziger Jahre um nahezu 10 Prozent, in den siebziger Jahren aber nur um 4 Prozent zu. Der hohe Anteil der Fertigwaren am BIP (mehr als 15 Prozent) und an der Warenausfuhr (über 50 Prozent) vermittelt diesen Ländern eine nahezu halbindustrialisierte Wirtschaftsstruktur und im Vergleich zu anderen ähnlich armen Ländern auch zahlreichere Anpassungsoptionen.

Wie bereits erwähnt, sind die bevölkerungsreichen Länder Südasiens die einzige Gruppe, in der die Einbußen beim Exportvolumen deutlich weniger zu Buche schlugen als die Preiseffekte. Der Anpassungsprozeß wurde durch drei Faktoren begünstigt (vgl. Sonderbeitrag über Indien):

- durch sehr gute landwirtschaftliche Ergebnisse dank der Einführung von ertragreichem Saatgut zusammen mit Düngemitteln und Bewässerungsanlagen (hierdurch sank der Importbedarf bei Nahrungsmitteln), durch
- Gastarbeiterüberweisungen aus den ölexportierenden Ländern mit Zahlungsbilanzüberschüssen sowie durch
- zunehmende Entwicklungshilfeleistungen.

Das Wirtschaftswachstum, das sich für diese Ländergruppe in den zehn

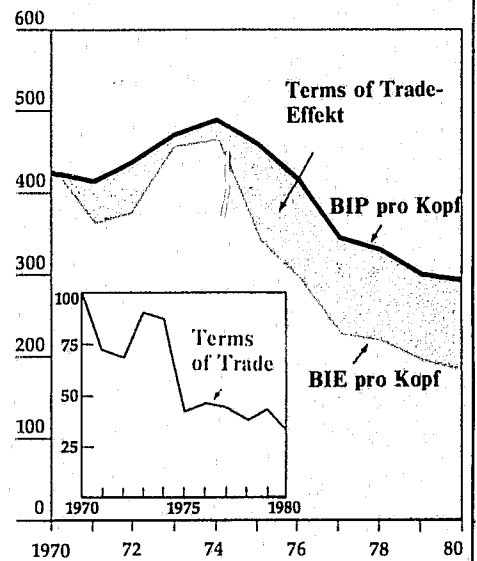
## Sambia

Sambias Terms of Trade verschlechterten sich in den Jahren 1974 bis 1978 um 52 Prozent. Die Kupferpreise gingen 1975 von ihrem Höchststand im Jahre 1974 um 40

### Sambia

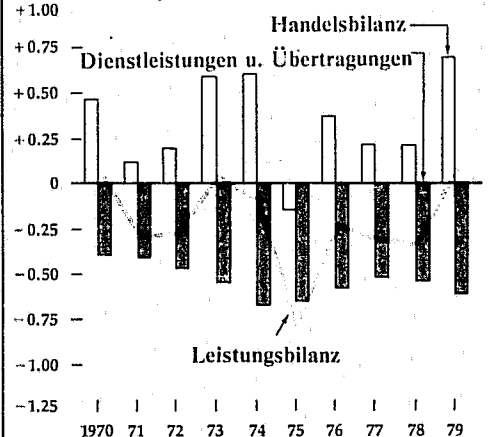
BIP und BIE pro Kopf, Terms of Trade, 1970 bis 1980

in \$ von 1970



### Leistungsbilanz und Komponenten

in Mrd \$ und lfd. Preisen



Jahren 1963 bis 1973 durchschnittlich auf rund 3,5 Prozent belief, wurde durch den blühenden landwirtschaftlichen Sektor in den Jahren 1973 bis 1979 auf ungefähr 4,2 Prozent beschleunigt.

Bangladesch verfügt über weniger Anpassungsoptionen als Indien und Pakistan. Die Vereinten Nationen rechnen dieses Land zu den am wenigsten entwickelten Ländern. Seit der Unabhängigkeit im Jahre 1971 konnte die landwirtschaftliche Produktion nicht mit dem steigen-



Prozent zurück, während die Importpreise im Jahresdurchschnitt um 16 Prozent stiegen. Kriege in den benachbarten Ländern Angola, Zaire und Simbabwe (seinerzeit noch Rhodesien) führten zur Zerstörung der Eisenbahnverbindungen Sambias zur Küste und zu einer Erhöhung der Transportkosten. Außerdem trug im Jahre 1979 eine Dürrekatastrophe zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung um 9 Prozent bei.

Die Ausfuhren Sambias bestehen ganz überwiegend – zu mehr als 95 Prozent – aus Bergbauerzeugnissen; die Gesamtausfuhr beläuft sich ihrerseits auf 40 Prozent des BIP. Die Verschlechterung der Terms of Trade verursachte daher einen massiven Rückgang des Volkseinkommens. Bereinigt man das BIP um die Veränderungen der Terms of Trade, so erhält man einen Ausdruck für das Bruttoinlandseinkommen (BIE), das im Falle Sambias pro Kopf der Bevölkerung seit 1965 ständig zurückgegangen ist. Dabei beschleunigte sich der Rückgang in den Jahren 1974 bis 1978, so daß sich das BIE pro Kopf zuletzt nur noch auf die Hälfte seines Niveaus von 1965 belief (vgl. Abbildung).

Dieser Rückgang war teilweise auf ein geringeres Investitionsvolumen zurückzuführen, aber auch der Pro-Kopf-Verbrauch hat stark abgenommen. Die ländlichen Haushalte mußten vor allem in Randgebieten Einbußen ihres ohnehin schon geringen Einkommens hinnehmen. Bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln wie auch mit Medikamenten, Lehrmitteln und Verkehrseinrichtungen bestehen gravierende Engpässe, und die Gesundheit und Ernährungslage der Kinder haben sich wahrscheinlich verschlechtert. Ein Indikator dafür ist die Ausbreitung der Skabies (Krätze), einer Krankheit, die mit unhygienischen Bedingungen einhergeht; die Zahl der registrierten Fälle hat sich im Zeitraum 1973 bis 1978 um das 18fache erhöht. In den städtischen Bezirken sind die Reallöhne und die Beschäftigung zurückgegangen, und die Aufwendungen für kommunale Leistungen wurden gekürzt.

Der Regierung ist es seit der Unabhängigkeit im Jahre 1964 nur in begrenztem Umfang gelungen, die Wirtschaft über den Bergbau hinaus zu diversifizieren.

- Die Landwirtschaft, die Sambia ein

unerschöpfliches Potential bietet, wurde vernachlässigt. Die Terms of Trade zwischen städtischen und ländlichen Gebieten haben sich zuungunsten der Landwirtschaft verändert. Die Agrarpreise waren trotz der Anhebung der staatlichen Erzeugerpreise im allgemeinen niedriger als an den Grenzübergängen. Die Unterstützung der Landwirtschaft durch die Regierung war unzureichend und verschlechterte sich aufgrund der angespannten Haushaltslage. Ein Großteil der Mittel ging an staatliche landwirtschaftliche Betriebe anstatt an die kleinen Bauern. Die Vertriebs Einrichtungen waren schwerfällig und ineffizient.

- Das Schergewicht der Industriepolitik lag auf der Imports substitution, obwohl die Industrie weitgehend auf importierte Vorleistungen angewiesen ist. Im Jahre 1978 entfielen 56 Prozent der Gesamteinfuhr auf industrielle Vorleistungen. Als sich die Devisenlage verschlechterte, mußten die Einfuhren beschnitten werden, was Leerkapazitäten und steigende Arbeitslosigkeit zur Folge hatte.

- Die Investitionsmittel flossen in der Regel bevorzugt in Projekte mit langen Amortisationszeiten, was auf kurze und mittlere Sicht zu nur begrenzten Beschäftigungs- und Produktionsgewinnen führte. Außerdem wurden Neuinvestitionen gegenüber der Instandhaltung und Fertigstellung bereits begonnener Projekte bevorzugt; die Folge waren hohe Kosten, Engpässe und geringe Erträge. Das hohe Reallohniveau in den Städten behinderte die Inangriffnahme arbeitsintensiver Vorhaben.

- Der reale Wechselkurs (der um das Preisgefälle zwischen Sambia und dem Weltmarkt bereinigte nominale Kurs) stieg im Zeitraum 1974 bis 1979 – trotz zweier Abwertungen nach dem Jahre 1975 – um etwa 25 Prozent. Dies führte in Verbindung mit den von Zolltarifen und Importkontrollen ausgehenden Behinderungen zu einer Beeinträchtigung der Ausfuhren außerhalb des Bergbausektors.

- Die Erlöse halbstaatlicher Betriebe wurden durch administrative Preise gedrückt, was umfangreiche Subventionen zur Folge hatte. Die Staatsausgaben einschließlich Subventionen nahmen zwischen 1965 und

1973 fast doppelt so stark zu wie die Einnahmen.

Sambia wäre bei einer anderen Politik imstande gewesen, die Einkommensrückgänge nach dem Jahre 1974 abzubremsten; seine Lage wäre aber dennoch ernst geblieben. So hätte Sambia seine bergbauunabhängigen Exporte bis zum Jahre 1974 auf 20 Prozent seiner Gesamtausfuhr steigern können (vorausgesetzt, daß das Volumen dieser Exporte im Zeitraum 1965 bis 1974 um mehr als 20 Prozent pro Jahr zugenommen hätte). Wären diese nicht-traditionellen Exporte nach dem Jahre 1974 bei einer halbwegs günstigen Preisentwicklung weiterhin um 5 Prozent pro Jahr gestiegen und wären außerdem die Nahrungsmittelimporte durch die Inlandsproduktion ersetzt worden, so hätte sich etwa ein Drittel des Rückgangs des BIE in den Jahren 1974 bis 1978 verhindern lassen. Aber auch unter diesen optimistischen Annahmen wären zwei Drittel des Rückgangs aufgrund der strukturellen Abhängigkeit Sambias vom Kupfer unvermeidbar gewesen.

Die hohen Kupferpreise des Jahres 1979 und ein vom IWF unterstütztes Anpassungsprogramm trugen zur Dämpfung des Preisauftriebs bei, das BIP ging aber um 9 Prozent zurück. Nach vorläufigen Angaben dürfte es im Jahre 1980 um nur 1 Prozent gewachsen sein.

Um das künftige Wirtschaftswachstum zu sichern, müssen auf kurze Sicht mehr Devisen in den Bergbau gelenkt und auf längere Sicht größeres Gewicht sowohl auf die Diversifizierung als auch auf grundlegende institutionelle und wirtschaftspolitische Reformen gelegt werden. Die strukturelle Inflexibilität Sambias läßt sich nur über mehrere Jahre hinweg überwinden; bis dahin wird das Land gegenüber Veränderungen seiner Terms of Trade anfällig bleiben. Ohne Zahlungsbilanzhilfen (die teilweise über einen im Mai 1981 zugesagten Kredit in Höhe von 1,04 Mrd Dollar im Rahmen der Erweiterung der Fondsliquidität des IWF zur Verfügung gestellt werden) wird Sambia die Anpassung nur unter großen Schwierigkeiten verwirklichen können, vor allem wenn es vorrangig verhindern soll, daß sich die Lage der Armen verschlechtert.

den Bedarf der um jährlich 3 Prozent wachsenden Bevölkerung Schritt halten. Ein Teil der außenwirtschaftlichen Erschütterungen dieses Landes ging auf die hierdurch verursachten Ausgaben für den Import von Brotgetreide zu steigenden Weltmarktpreisen zurück, der Mitte der siebziger Jahre 40 Prozent der Wareneinfuhr ausmachte. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden damals durch instabile politische Verhältnisse verschärft. Zur Förderung der strukturellen Anpassung

wurden nur wenige Maßnahmen ergriffen; das Land verließ sich überwiegend auf Auslandshilfe und Gastarbeiterüberweisungen, die nach Jute die zweitwichtigste Devisenquelle darstellen. Die Regierung hat in jüngerer Zeit Schritte zur Umlenkung von Ressourcen in die Landwirtschaft, vor allem in kostengünstige, schnell zu verwirklichende und produktive Bewässerungsprojekte, unternommen und zusätzliche Exportanreize eingeführt.

Die Ölpreiserhöhung der Jahre

1979 und 1980, die noch zum Ausbleiben des Monsuns im Jahre 1979 hinzukam, hat die außenwirtschaftliche Lage der größten Länder Südasien verschlechtert. Die Ölimporte Bangladeschs und Pakistans beliefen sich im Jahre 1978 (bereinigt um Reexporte von Ölprodukten) auf 11 bzw. 13 Prozent ihrer Gesamteinfuhr. Im Falle Indiens hat sich dieser Anteil um mehr als das Anderthalbfache von 24 Prozent auf über 40 Prozent erhöht.

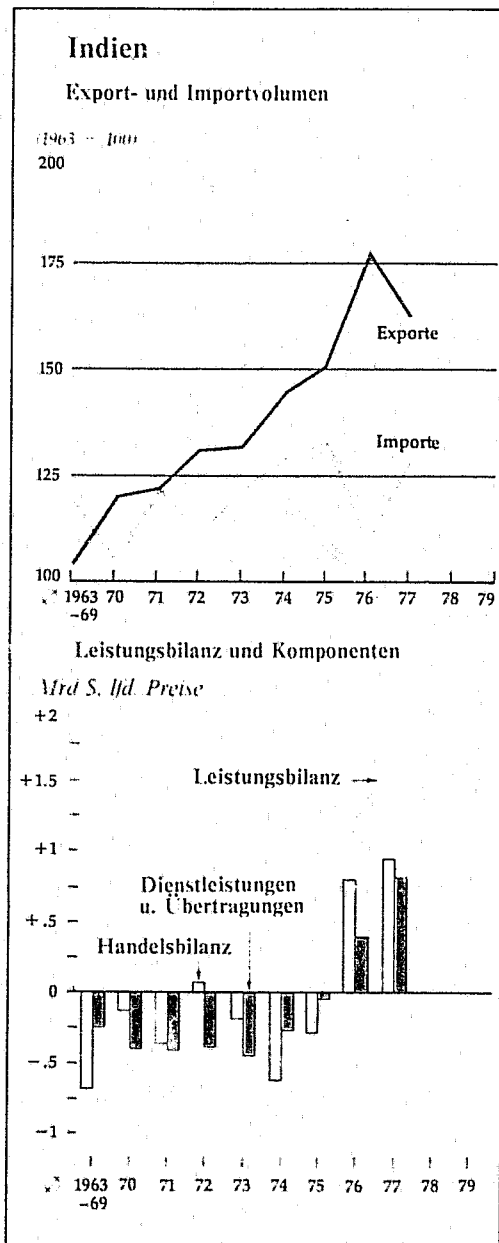
Trotz dieser schwierigen Lage gibt

## Indien

Im Zeitraum 1964 bis 1973 wuchs das BSP des Landes um durchschnittlich 3,4 Prozent pro Jahr; trotz des scharfen Anstiegs der Ölpreise beschleunigte sich diese Zuwachsrates im Zeitraum 1974 bis 1979 auf jährlich 4,3 Prozent. Dieser beträchtliche Erfolg ist sowohl auf kurzfristige als auch auf langfristige Faktoren zurückzuführen. Die bei weitem ausgeprägtesten Veränderungen verzeichnete Indien in der

- **Landwirtschaft.** In den vergangenen vier Jahren hat Indien kaum noch Getreide eingeführt und seine Getreidebestände auf ein Rekordniveau erhöht (siehe Abbildung). Hierdurch gelang es dem Land, die Folgen einer schweren Dürre im Jahre 1979 ohne Rückgriff auf umfangreiche Getreideimporte zu überwinden. In den siebziger Jahren stieg die gesamte Getreideproduktion im Jahresdurchschnitt um fast 3 Prozent, während die Bevölkerungszahl jährlich um 2,2 Prozent zunahm.

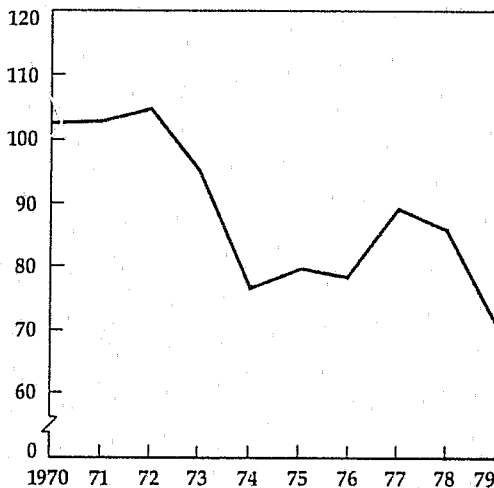
Obleich die Landwirtschaft Indiens nach wie vor stark von der Witterung beeinflusst wird, hat der stärkere Einsatz der künstlichen Bewässerung und moderner Anbaumethoden zu beständigeren Ernteerträgen geführt. Zu den größten Veränderungen im Weizenanbau kam es bislang in den nordwestlichen



## Indien

### Terms of Trade 1970-79

(1971-73 = 100)



Teilstaaten Punjab, Haryana, und Uttar Pradesh sowie in der im Osten angrenzenden Region bis nach Westbengalen hinein. Der Einsatz von Kunstdünger und ertragreichem Saatgut wirkt sich mittlerweile aber auch auf den Reisanbau aus, was für eine Reihe der ärmsten Teilstaaten im Osten und Süden des Landes von besonderer Bedeutung ist.

Nach der fast völligen Einstellung von Getreideimporten konnte Indien beträchtliche Devisenbeträge einsparen; dies versetzte das Land in die Lage, teurer gewordene Ölimporte zu bezahlen, ohne die übrige Einfuhr einschränken zu müssen. Darüber hinaus wurde Indien durch

- **Gastarbeiterüberweisungen** begünstigt. Mitte der siebziger Jahre nahm die Zahl indischer Arbeitnehmer in den Golfstaaten beträchtlich zu. Ihre jährlichen Überweisungen stiegen von weniger als 250 Mio Dollar im Jahre 1974 auf schätzungsweise 2,4 Mrd Dollar im Jahre 1980.

Die gestiegenen Gastarbeiterüberweisungen führten zusammen mit einem verringerten Bedarf an Getreideeinfuhren dazu, daß Indien in den drei Jahren 1976/1977 bis 1978/1979 Leistungsbilanzüberschüsse erzielen konnte (siehe Abbildung). Die Devisenreserven Indiens stiegen infolgedessen im Jahre 1979 auf ein Rekordniveau von über 7 Mrd Dollar. Ab 1977 konnte die Regierung diese Situation nutzen, indem sie eine Reihe von Importrestriktionen zugunsten der

- **Industrie lockerte.** Indiens Politik der Importsubstitution hat zum Aufbau einer diversifizierten industriellen Basis geführt. Die Investitionstätigkeit nahm stark zu und wurde in den vergangenen zwanzig Jahren ganz überwiegend aus der inländischen Ersparnis finanziert. Dennoch haben zumindest im industriellen Bereich die zusätzlichen Investitionen nicht zu stärkerem Wachstum geführt. Seit Mitte der sechziger Jahre hat sich die industrielle Expansion verlangsamt (siehe Abbildung). Dies ist zum Teil auf

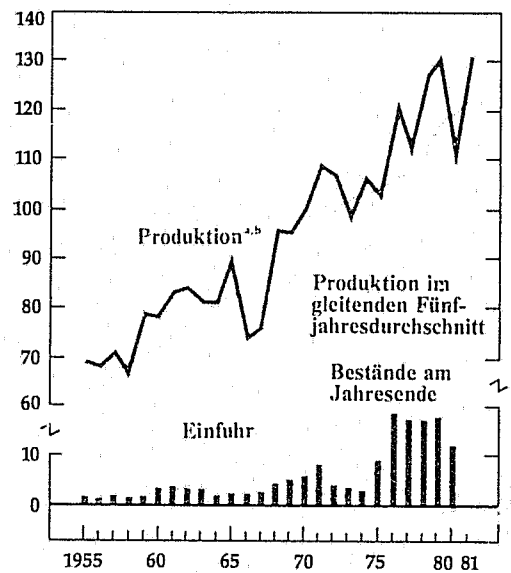
einen nur zögernden Anstieg der Binnen-nachfrage zurückzuführen; sie resultiert aber auch aus der Tatsache, daß die Industrie Indiens die Vorteile der Massenproduktion für den Weltmarkt nur in begrenztem Rahmen nutzen konnte. Darüber hinaus führte das Lizenzverfahren für neue Industriebetriebe dazu, daß die Neugründung von Unternehmen in einer Reihe von Wirtschaftszweigen eingeschränkt wurde; in anderen Industriezweigen dagegen verhinderte dieses System die Expansion bereits etablierter Betriebe. Allerdings liegt eine noch wichtigere Ursache in binnenwirtschaftlichen Versorgungsengpässen, vor allem im Bereich der

- **Infrastruktur.** In den siebziger Jahren nahmen Stromausfälle chronische Ausmaße an. Diese Ausfälle sind weniger auf unzureichende Kapazitäten als auf die mangelnde Leistung der bereits installierten Kapazität zurückzuführen; dies wiederum hängt mit Engpässen bei Vorleistungen zusammen, die durch eine unzureichende Instandhaltung und Betriebsführung verschärft werden. Nach amtlichen Schätzungen entsprachen die Stromausfälle in den Jahren 1975 bis 1980 jahresdurchschnittlich 12 Prozent der installierten Kapazität. Als unmittelbare Folge hiervon dürfte das Wachstum des BIP in diesem Zeitraum um jährlich 2 Prozent gekürzt worden sein.

Die Elektrizitätswirtschaft litt außerdem unter Engpässen bei der Kohleversehung. In den drei Jahren 1977/78 bis 1979/80 stagnierte die Kohleproduktion, sie verzeichnete allerdings im Jahre 1980/81 wieder einen leichten Anstieg. Zudem wurde der Transport der geförderten Kohle durch Betriebsschwierigkeiten bei der Eisenbahn infolge von Streiks und Stromausfällen beeinträchtigt. Die Mängel bei diesen drei Eckpfeilern der Infrastruktur – Kohleförde-

## Indien: Produktion, Einfuhr und Lagerhaltung von Brotgetreide 1955 bis 1981

Mio metrische Tonnen



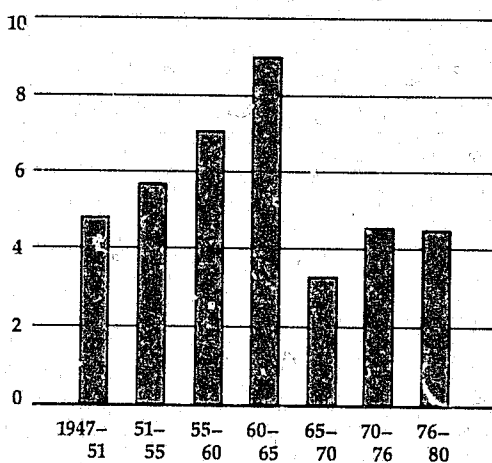
<sup>a</sup> Ende des landwirtschaftlichen Jahres 30. Juni.  
<sup>b</sup> 1980 und 1981 geschätzt.

rung, Stromerzeugung und Transportwesen – hingen eng miteinander zusammen.

Die Politik der Regierung zielt darauf ab, alle diese binnenwirtschaftlichen Engpässe zu beseitigen. So hat man das Lizenzverfahren gelockert, um Unternehmen in Schlüsselindustrien die Möglichkeiten zu geben, ihre Kapazitäten für einen Zeitraum von fünf Jahren um jährlich 5 Prozent zu erweitern. Die Exportproduktion wurde auf allen Ebenen von Genehmigungsbeschränkungen befreit, während Betriebe, deren gesamte Produktion für den Export bestimmt ist, von allen Importkontrollen und -abgaben freigestellt, steuerlich bevorzugt behandelt und außerdem den geltenden Gesetzen über Auslandsbeteiligungen nicht mehr unterworfen werden sollen. Im Bereich der Infrastruktur sieht der Sechste Plan (der bis zum Jahre 1985 läuft) stark erhöhte Investitionen für die Kohleförderung, die Stromerzeugung und den Eisenbahntransport vor.

#### Indien: Industrieproduktion 1947 bis 1980

Jahresdurchschnittlicher Zuwachs in %



Auf kurze Sicht können diese Veränderungen wenig ausrichten, um den in den Jahren 1980 und 1981 aufgetretenen Devisenmangel zu beheben. Im Jahre 1980/81 entfielen fast 45 Prozent der Einfuhrrechnung Indiens auf Rohöl. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die Gastarbeiterüberweisungen weiterhin so stark zunehmen werden wie in den siebziger Jahren. Dies gilt auch für die Entwicklungshilfe, die nach den Ölpreissteigerungen des Jahres 1973/74 in hohem Maße zur Abfederung der Zahlungsbilanz beitrug. Damit steht Indien heute vor Anpassungsproblemen, die größere Herausforderungen stellen als früher. Dennoch dürfte das Land seine außenwirtschaftliche Position ohne ernsthafte Wachstumseinbußen wiederherstellen können, wenn es seine Fortschritte in der Landwirtschaft beibehält, eine verstärkt außenwirtschaftlich orientierte Handelspolitik verfolgt, seine Wirtschaft mit einer leistungsfähigeren Infrastruktur ausstattet und bei seinen Entwicklungsbemühungen weiterhin vom Ausland unterstützt wird.

es einigen Grund zu Optimismus. Das Exportvolumen Indiens nahm in den Jahren 1976/77 bis 1978/79 als Folge einer begrenzten Liberalisierung des Außenhandels um fast 7 Prozent zu, was nahelegt, daß die verarbeitende Industrie des Landes über die Voraussetzungen verfügt, um den zunehmend blühenden landwirtschaftlichen Sektor durch zusätzliche Exporte, eine Begrenzung der Einfuhren und eine flexible Anpassung an außenwirtschaftliche Erschütterungen zu ergänzen.

#### Am wenigsten entwickelte Länder

An der Spitze der ungelösten Fragen, mit denen die am wenigsten entwickelten Länder belastet sind (vor allem Afrika südlich der Sahara, Tabelle 6.1), steht die Schwierigkeit, Fragen der Anpassung von solchen der allgemeinen Entwicklung zu trennen. Die produzierenden Sektoren dieser Länder sind wenig leistungsfähig und unflexibel. Zur raschen Anpassung an außenwirtschaftliche Erschütterungen fehlen ihnen ausgebildete Arbeitskräfte, die erforderliche Infrastruktur sowie kommerzielle und finanzielle Institutionen. Ihre Exporteinnahmen konzentrieren sich in den meisten Fällen auf nur wenige Agrarprodukte: Auf die drei wichtigsten Rohstoffe entfallen in Burundi, Gambia und Uganda mehr als 80 Prozent der Gesamtausfuhr. Diese Länder sind arm, weil sie die sich ihnen bietenden wirtschaftlichen Möglichkeiten nur zögernd wahrnehmen; sie können aber diese Möglichkeiten nicht nutzen, weil sie arm sind. Es gibt überall in der sich entwickelnden Welt Teufelskreise der Armut, die allerdings in den am wenigsten entwickelten Ländern am engsten sind.

Wie aus Tabelle 6.2 hervorging, waren die mengenmäßigen Exportausfälle der am wenigsten entwickelten Länder aufgrund des nur langsamen Wachstums der Rohstoffmärkte zehnmal so bedeutend wie die Preiseffekte. Aber mehr als doppelt so wichtig wie die außenwirtschaftli-

che Erschütterung war der Verlust an Exportmarktanteilen infolge inländischer Versäumnisse, vor allem in der Landwirtschaft. Zum Teil war dies auf die fehlende Forschung zur Anpassung landwirtschaftlicher Produktionsverfahren an die unterschiedlichen Böden und klimatischen Bedingungen Afrikas zurückzuführen und teils auch auf den Mangel an ausgebildetem Personal, das in der Lage gewesen wäre, vorhandene Erkenntnisse anzuwenden. Es gab aber auch andere Gründe. Indem die Regierungen die Agrarpreise niedrig hielten, zweigten sie Überschüsse aus der Landwirtschaft ab, um so die Versorgung der Stadtbevölkerung mit billigen Nahrungsmitteln und anderen Vergünstigungen finanzieren zu können. Die Lage wurde noch verschärft durch unwirtschaftliche Vorkehrungen zur Versorgung der Landwirtschaft mit Produktionsfaktoren und zur Vermarktung ihrer Erzeugnisse. In einer Reihe von Ländern haben außerdem Trockenheit, Kriege und innere Unruhen ihren Tribut gefordert.

Die Vernachlässigung der Landwirtschaft hat dazu geführt, daß man sich verstärkt auf die Nahrungsmiteinfuhr und auf Auslandshilfe zu deren Finanzierung verließ. Dies hat zusammen mit einer schwachen Exportleistung Länder wie den Sudan und Tansania außerdem gezwungen, die Importe soweit zu drosseln, daß jede weitere Verminderung die laufenden Einkommen gesenkt und auch die Aussichten auf steigende Exporte und Wirtschaftswachstum ernsthaft gefährdet hätte.

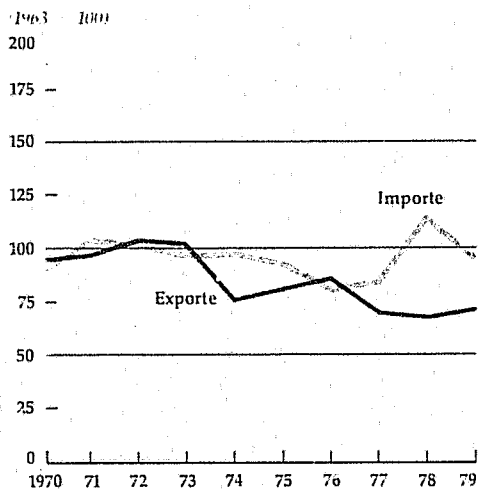
Das bisherige Wirtschaftswachstum war in den am wenigsten entwickelten Ländern südlich der Sahara entmutigend. Nach einer jahresdurchschnittlichen Zunahme um etwa 3,5 Prozent im Zeitraum 1963 bis 1973 verlangsamte sich das Wachstum des BSP in den Jahren 1970 bis 1973 auf jährlich nahezu 3 Prozent, ohne daß es in den Jahren 1973 bis 1979 zu einer Erholung gekommen wäre. Über den gesamten Zeitraum hinweg wuchs die Bevölkerung jährlich um deutlich über 2

## Tansania

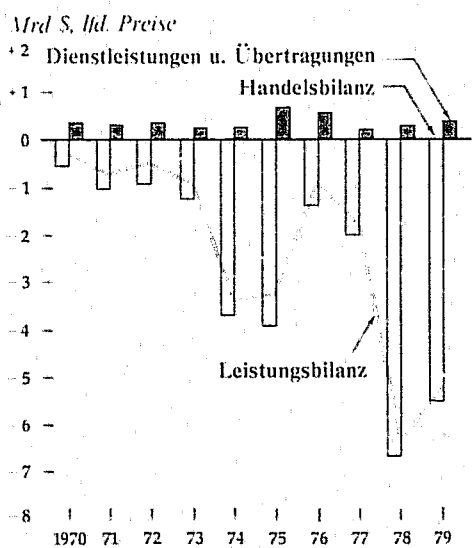
Tansania befindet sich derzeit in einer prekären Wirtschaftslage. Ohnehin eines der ärmsten Länder der Welt, fiel sein BIP pro Kopf im Jahre 1980 um fast fünf Prozent, und es steht heute vor einer außenwirtschaftlichen Finanzierungskrise. Trotz eines realen Anstiegs der ausgezahlten Entwicklungshilfe um brutto 150 Prozent lag der reale Wert seiner Einfuhren im Jahre 1980 unter dem Niveau von 1973. Im Jahre 1980 beanspruchte die Öleinfuhr 40 Prozent der gesamten Ausfuhr, während weitere 20 Prozent auf dürrebedingte Getreideimporte und zusätzliche 9 Prozent auf den Schuldendienst entfielen. Ab Ende 1980 waren die Netto-Währungsreserven negativ, und die rückständigen Zahlungsverpflichtungen an das Ausland betrugen 286 Mio Dollar, was der

### Tansania

#### Export- und Importvolumen



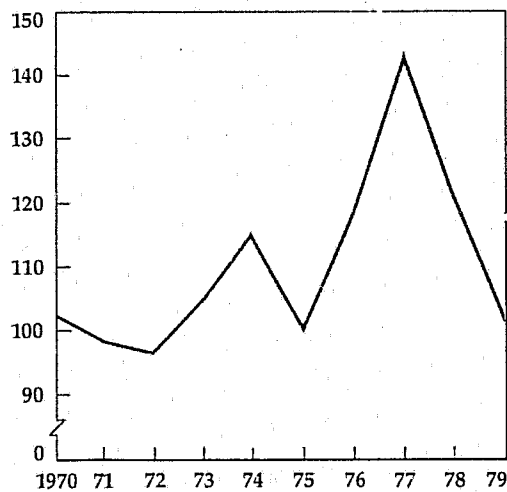
#### Leistungsbilanz und Komponenten



### Tansania

#### Terms of Trade 1970-79

(1971-73 = 100)



Hälfte seiner wertmäßigen Warenausfuhr entsprach.

Dennoch gibt es mehrere Möglichkeiten, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt Tansanias zu sichern, vorausgesetzt, daß entsprechende Maßnahmen ergriffen werden und dem Land zusätzliche Entwicklungshilfe gewährt wird. Bei der Entscheidung über die »angemessenen« Schritte wird die Frage eine ausschlaggebende Rolle spielen, inwieweit sich die Anpassung mit den wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten Tansanias in Einklang bringen läßt. Diese Prioritäten zielen auf die Schaffung einer autarken sozialistischen Gesellschaft und die Entwicklung ländlicher Gebiete nach dem Prinzip des *ujamaa*, einer informellen Form der genossenschaftlichen Produktion. Tansania hat sich bei seinen Anpassungsbemühungen bislang von diesen Zielsetzungen leiten lassen; dennoch ist das Land tatsächlich in größere Abhängigkeit von der Auslandshilfe geraten, und die Entwicklung ländlicher Gebiete wurde vernachlässigt.

Im Jahre 1974/75 stand Tansania vor einer ausgeprägten Verschlechterung seiner außenwirtschaftlichen Lage, die zum Teil auf die gestiegenen Ölpreise, aber noch stärker auf dürrebedingte Nahrungsmitelefuhren (zu höchsten Weltmarktpreisen) und einen drastischen Rückgang seines Exportvolumens zurückzuführen war. Die Regierung reagierte hierauf mit einer Erhöhung der Agrarpreise (vor allem für landwirtschaftliche Anbauprodukte), einer Verknappung des

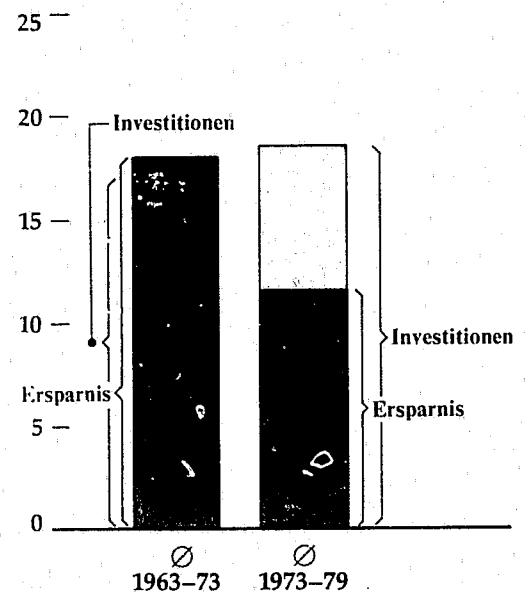
Kreditangebots, einer Steuererhöhung und mit strengeren Importkontrollen; gleichzeitig erweiterte sie jedoch ihre Sozialprogramme (vor allem im Erziehungs- und Gesundheitswesen) und erhöhte die Mindestlöhne. Im Jahre 1975 nahm sie eine Abwertung des Schilling vor, und im Jahre 1975/76 wurden die öffentlichen Investitionen gekürzt.

Das Programm war von der Bereitschaft geprägt, Opfer zu bringen und Verzicht zu üben. Zusätzliche Entwicklungshilfe (zu »weichen« Bedingungen), der Rückgriff auf einen Teil seiner Reserven sowie eine Kreditaufnahme beim IWF trugen dazu bei, die außenwirtschaftlichen Erlösausfälle der Jahre 1974 und 1975 auszugleichen. In den Jahren 1976 und 1977 ging das Leistungsbilanzdefizit vorwiegend als Folge höherer Ausfuhrpreise - insbesondere für Kaffee - zurück (siehe Abbildung). Im Jahre 1978 traten jedoch erneut Schwierigkeiten auf: Die Ausfuhr verschlechterte sich wert- und mengenmäßig, mit Uganda brach Krieg aus, die Auswirkungen der Auflösung der Ostafrikanischen Gemeinschaft wurden spürbar und schlechte Witterungsbedingungen beeinträchtigten die Nahrungsmittelproduktion.

Zwar gelang es vorübergehend, die Nahrungsmitelefuhr zu verringern, doch reichten die Anpassungsbemühungen der siebziger Jahre nicht aus, um die produktiven

### Tansania: Spar- und Investitionsquoten 1963 bis 1973 und 1973 bis 1978

In % des BIP und konstanten Preisen



Prozent, was in verschiedenen Ländern einen Rückgang der Durchschnittseinkommen zur Folge hatte.

Die afrikanischen Volkswirtschaften südlich der Sahara wurden durch

außenwirtschaftliche Erschütterungen, die für sie Mitte der siebziger Jahre noch kein bedeutendes Problem darstellten, gegen Ende des Jahrzehnts besonders hart getroffen.

Der Rohstoffboom von 1976/77 hatte in einer Reihe von Ländern deutlich erhöhte Auslandskreditaufnahmen zu harten Konditionen und steigende Staatsausgaben zur Folge.

und geldwirtschaftlichen Bereiche wiederzubeleben oder den langfristigen Rückgang der mengenmäßigen Exporte, der bereits in den frühen siebziger Jahren eingesetzt hatte, umzukehren. Es waren zum Teil Schwächen struktureller Art – niedrige Produktivität, mangelhafte Instandhaltung, eine unterentwickelte Infrastruktur sowie Engpässe im Arbeitskräfteangebot –, die die Wirksamkeit der Bemühungen beeinträchtigten, die darauf abzielten, die Produktion innerhalb kurzer Zeit zu steigern. Allerdings trugen mehrere andere Faktoren, die der Staat leichter beeinflussen kann, auch dazu bei, daß die Anpassungsmaßnahmen nicht voll durchschlagen konnten:

- Bei der institutionellen Umwandlung – vor allem der landesweiten Kampagne »zurück zum Dorf«, dem Ersatz von Genossenschaften durch halbstaatliche Einrichtungen sowie den überlappenden Zuständigkeiten von Partei und Regierungsstellen – vollzog sich mehrfach ein Kurswechsel; dies führte zu Störungen in der Landwirtschaft, die viel länger als erwartet anhielten.

- Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Exportprodukte fielen real um fast ein Drittel; damit wurden mögliche Vorteile aus der Abwertung des Jahres 1975 völlig zunichte gemacht.

- Die Verabschiedung von Investitionsplänen in Größenordnungen, die sich letztlich als unerreichbar erwiesen, führte zu Verzögerungen bei der Inangriffnahme vieler Projekte, die auch nach längerer Zeit nicht zu Ende geführt wurden. Zudem setzte man die Budgetansätze für die Instandhaltung zu niedrig an.

- Allgegenwärtige staatliche Kontrollen führten in Zeiten von Engpässen zu wachsenden Schwarzmärkten und zunehmendem Schmuggel; sie erstickten außerdem jede unternehmerische Initiative.

Die Faktoren, die die Anpassung hindern, erfordern in keinem Falle Änderungen, die mit den Entwicklungszielen Tansanias in Konflikt stehen. Dennoch müssen dringend einige Korrekturen an der bisher verfolgten Strategie vorgenommen werden. Die Bereitschaft, die Marktkräfte verstärkt zum Zuge kommen zu lassen, ist mit dem Prinzip des *ujamaa* nicht unvereinbar; dies gilt ebenso für die Einsicht, daß manche staatlichen Kontrollen die mit ihnen verfolgten Ziele eher behindern, solange ein Mangel an gelernten Arbeitskräften besteht. Die Anpassung Tansanias könnte bei fortgesetzter Unterstützung durch das Ausland vor allem in Form von Nahrungsmittelhilfe und Finanzmitteln zur Deckung der laufenden Kosten der sozialen Programme erleichtert werden. Hierdurch würde auch der Konflikt – soweit ein Konflikt überhaupt besteht – zwischen Wirtschaftswachstum und sozialer Gerechtigkeit entschärft.

Der anschließende Rückgang der Rohstoffpreise im Jahre 1978 und die Ölpreiserhöhungen der Jahre 1979/80 stürzten die Länder südlich der Sahara in eine ernste wirtschaft-

liche und finanzielle Krise. Zur Zeit werden mehrere Umschuldungsverhandlungen geführt. Weitere dürften noch folgen, nachdem sich in verschiedenen Ländern beträchtliche Zahlungsrückstände angestaut haben.

### *Anpassungsprobleme und Aussichten*

Die Unterschiede im bisherigen Wirtschaftswachstum der bevölkerungsreichen Länder Südasien und der ärmsten Länder südlich der Sahara sind ganz überwiegend auf die unterschiedlichen Ergebnisse der Landwirtschaft zurückzuführen. Die erheblichen Fortschritte bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität haben Indien praktisch zum Selbstversorger bei Brotgetreide gemacht. Zweifellos gibt es im ganzen südasiatischen Raum noch viel zu tun, um die Erträge der Landwirtschaft zu verbessern; daß dies möglich ist, wurde bereits unter Beweis gestellt, und auch die Wege, über die dieses Ziel erreicht werden kann, sind bekannt.

Auch im verarbeitenden Gewerbe verfügt Südasien über einen beträchtlichen Spielraum zur Ausweitung der Produktion und der Exporte. In der Fallstudie über Indien (vgl. Sonderbeitrag) wurde gezeigt, daß Produktion und Ausfuhr von Fertigwaren unter anderem durch Engpässe in der grundlegenden Infrastruktur behindert werden. Derartige Hemmnisse für eine höhere Produktion *marktfähiger Güter* sind unbedingt zu beseitigen – nicht zuletzt durch eine Kombination aus externer Finanzierung und inländischer Ersparnis, um die Erzeugung *nicht marktfähiger Güter* wie Strom und Transportleistungen zu steigern. Dies ist aber nicht über kurz- bis mittelfristige Kredite erreichbar, die zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen bestimmt sind. Aus der genannten Situation läßt sich ein allgemeiner Grundsatz ableiten: *Die Länder mit niedrigem Einkommen benötigen zur Anpassung langfristige externe Finanzierungsmittel.*

Die Wirtschaftspolitik der Länder

südlich der Sahara muß vorrangig die Landwirtschaft und den Agrarexport fördern. Eine bedeutende Ursache für die Benachteiligung der landwirtschaftlicher Erzeugung und Ausfuhr war der Versuch, die Volkswirtschaften unter dem Schutz überhöhter Wechselkurse zu industrialisieren. Die Anziehungskraft dieser Strategie beruht zum Teil darauf, daß die Alternative – Entwicklung durch Rohstoffproduktion und allmähliche Exportdiversifizierung – mit dem Kolonialismus in Verbindung gebracht wurde; teils schien diese Strategie auch den Weg zu einer schnellen Industrialisierung zu eröffnen, mit der man sich gegen niedrige und unbeständige Rohstoffpreise glaubte absichern zu können.

Die Erfahrungen der Vergangenheit lassen verschiedene Schlußfolgerungen zu. Aus Tabelle 6.2 ging hervor, daß die Ausweitung der Exportmarktanteile der Länder mit den niedrigsten Einkommen südlich der Sahara in erster Linie durch Angebotsengpässe und weniger durch außenwirtschaftliche Erschütterungen behindert wurde. Länder wie die Elfenbeinküste, Malawi und in den sechziger Jahren auch Kenia, die die Benachteiligung der Produktion und Ausfuhr von Rohstoffen in Grenzen hielten, konnten dagegen ihr Ausfuhrvolumen steigern und ihre Exportkaufkraft beträchtlich erhöhen. In all diesen Ländern reagierte die Landwirtschaft recht gut auf Preisänderungen und andere Anreize; bei richtiger Förderung und genügend zeitlichem Spielraum ist sie durchaus in der Lage, die auf den internationalen Märkten gebotenen Möglichkeiten vorteilhaft zu nutzen.

Der bedeutende Beitrag, den die Landwirtschaft zur Anpassung leisten kann, sollte die Regierungen Afrikas südlich der Sahara ebenso zu Reformen veranlassen, wie die Belastung der laufenden Überschüsse durch ihren derzeitigen wirtschaftspolitischen Kurs; diese Reformen müssen vorrangig bei der Wechselkurs- und inländischen Preispolitik sowie bei der Subventionierung des öffentlichen Sektors ansetzen. Sicher



## Obervolta

Obervolta – ein Binnenstaat mitten in Westafrika – gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Im Jahre 1979 betrug sein BSP pro Kopf 180 Dollar. Dem Land fehlen die meisten menschlichen und natürlichen Ressourcen, die zur Förderung der Entwicklung erforderlich sind. Die Alphabetenquote betrug im Jahre 1972 lediglich 5 Prozent, verglichen mit einer durchschnittlichen Quote von 39 Prozent für die Länder mit niedrigem Einkommen im Jahre 1976; ein Großteil der besser ausgebildeten jüngeren Einwohner wandert aus. Über 80 Prozent der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft, auf die 40 Prozent des BIP und 90 Prozent aller Ausfuhren entfallen. Die Böden sind jedoch schlecht und unterliegen einer starken Erosion. Auf Regen ist kein Verlaß. Der Abbau der begrenzten Mineralvorkommen des Landes (vor allem Mangan und phosphathaltiges Gestein) ist kostspielig.

Angesichts dieser überwältigenden Beschränkungen verfügt das Land nur über einen sehr begrenzten Spielraum, um sich an veränderte außenwirtschaftliche Bedingungen anzupassen. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde im allgemeinen durch die Politik der Regierung gefördert; die Investitionstätigkeit hat zugenommen, und die Importquote ist gestiegen (von 21 Prozent des BSP im Jahre 1977). Die Ausweitung der Investitionstätigkeit und der Einfuhr wurde weitgehend durch beträchtliche Entwicklungshilfeleistungen zu Vorzugsbedingungen, Gastarbeiterüberweisungen und in geringerem Maße auch durch steigende Ausfuhrerlöse ermöglicht. Dennoch lag in den vergangenen zwei Jahrzehnten das Wachstum des BSP nur geringfügig höher als die Zunahme der Bevölkerungszahl.

In den Jahren 1979 bis 1981 geriet das Land infolge höherer Ölpreise und einer Verschlechterung seiner Terms of Trade außenwirtschaftlich etwas unter Druck. Im Rahmen eines vom IWF unterstützten Stabilisierungsprogramms wurden die Einfuhren im Jahre 1979 um 13 Prozent eingeschränkt. Da die Exporte Obervoltas fast ausschließlich aus Rohstoffen bestehen und die Einfuhr ohne Einbußen an Wirtschaftswachstum

nicht verringert werden kann, besteht nur wenig Spielraum für weitere Anpassungsmaßnahmen im Außenhandelsbereich. Die Aussichten des Landes werden demnach weiterhin von Entwicklungshilfeleistungen und Gastarbeiterüberweisungen abhängen. Allerdings verschlechtern sich (zum Teil wegen der Enttäuschung über die bisher nur begrenzten Fortschritte) die Aussichten im Bereich der Entwicklungshilfe; darüber hinaus dürften die Gastarbeiterüberweisungen nicht mehr so stark zunehmen, da sich die abgewanderten Obervoltaer in den Gastländern mehr und mehr auf Dauer niederlassen. Unter welchen Annahmen auch immer scheint es außer Frage, daß Obervolta auf Jahrzehnte hinaus unter unvorstellbarer Armut leiden wird.

Vor allem zwei Prioritäten sind von entscheidender Bedeutung:

- Eine beträchtliche Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft. Jedes Entwicklungsprogramm muß der landwirtschaftlichen Forschung einen größeren Platz einräumen, damit Errungenschaften der Agrarforschung an die jeweiligen örtlichen Bedingungen angepaßt und dort angewendet werden können. Derzeit lassen sich moderne landwirtschaftliche Methoden nur bei einigen wenigen Agrarerzeugnissen in ökologisch besser ausgestatteten Gebieten wirtschaftlich anwenden. Die Entwicklung verbesserter Anbaumethoden sollte auf eine effiziente Nahrungsmittelproduktion sowie die Schonung knapper Böden und Wasserreserven abzielen; dies gilt insbesondere für das zentrale Hochland, wo der Bevölkerungsdruck am größten ist.

- Menschliche Entwicklung. Langfristig gesehen würden Investitionen in den Bereichen Grundschulbildung und medizinische Grundversorgung sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht hohe Erträge allerwärts. Der Regierungshaushalt wird allerdings bereits heute durch die laufenden Kosten der derzeit angebotenen bescheidenen Leistungen überfordert. Zudem besteht nur wenig Spielraum, das Leistungsangebot durch eine Umschichtung der Ausgaben oder eine neue Konzeption zu verbessern. Um ein den Erfordernissen entsprechendes umfassendes Programm zu verwirklichen, müßte also das Ausland massive Hilfe leisten.

wird es dabei von Seiten mächtiger Interessengruppen Widerspruch geben. Aber in einem Jahrzehnt außenwirtschaftlicher Erschütterungen, die wahrscheinlich nicht weniger ausgeprägt sein werden als die der Jahre 1979 und 1980, kann die mit der augenblicklichen Politik verbundene mangelnde Effizienz wohl kaum noch länger hingenommen werden.

Die Auslandshilfe und die Neuorientierung der inländischen Wirtschaftspolitik können und sollten sich gegenseitig verstärken. Die Dringlichkeit wirtschaftspolitischer

Reformen ist allerdings im Lichte dessen zu sehen, was in den ärmsten Ländern durch den alleinigen Einsatz binnenwirtschaftlicher Maßnahmen vor allem kurzfristig erreicht werden kann. Hinzu kommt, daß die Bedeutung der Auslandshilfe als Mittel zur Förderung der Anpassung ohne übermäßige Wachstumseinbußen gar nicht zu unterschätzen ist. Durch wirtschaftspolitische Reformen könnten die Wachstumsraten für die Gesamtheit der ölimportierenden Länder Afrikas (wie die Sonderbeiträge über Sambia und Tansania illustrieren) in den achtzi-

ger Jahren um bis zu 2 Prozentpunkte steigen – von 2,4 Prozent auf 4,2 Prozent unter dem ungünstigen und von 3 Prozent auf 5 Prozent unter dem günstigen Szenarium (zweites Kapitel). Solche Reformen sind allerdings bei rückläufigen Pro-Kopf-Einkommen wie unter dem ungünstigen Szenarium unwahrscheinlich. Wirtschaftspolitische Reformen und Auslandshilfe in dem unter dem günstigen Szenarium unterstellten Umfang könnten *zusammen* zu einer dramatischen Verbesserung der Wachstumsaussichten Afrikas führen. Allerdings handelt es sich dabei um Länder, in denen selbst bei einer befriedigenden Wirtschaftspolitik die Wachstumsaussichten durch natürliche und ökonomische Nachteile so stark begrenzt sind, daß sie auf absehbare Zeit auf massive Hilfe angewiesen bleiben werden (siehe Sonderbeitrag über Obervolta).

## Schlußfolgerungen

Die Anpassung an die reale Ölpreiserhöhung um 80 Prozent in den Jahren 1979 und 1980 und die damit einhergehende Rezession in den Industrieländern kommt jetzt in Gang. Die ölimportierenden Entwicklungsländer verfügen heute über weniger Anpassungsoptionen als Mitte der siebziger Jahre, was auf die höheren Kosten der Kreditaufnahme aus privaten Quellen, die ungünstigeren Aussichten auf konzessionäre Entwicklungshilfe und die nur bescheideneren Zuwächse bei den Gastarbeiterüberweisungen zurückzuführen ist. Gleichwohl bestehen zwischen den beiden Zeitabschnitten viele Gemeinsamkeiten, vor allem im Hinblick auf die Art der externen Erschütterungen, von denen die Entwicklungsländer betroffen sind. Die Lehren, die heute aus den Erfahrungen der Jahre 1974 bis 1978 gezogen werden können, sollten sich dementsprechend in den achtziger Jahren bei der Formulierung von Anpassungsmaßnahmen, die ein sozial ausgewogenes Wirtschaftswachstum fördern, als besonders wertvoll erweisen.

## China: Anpassung und Reform

Die Entwicklungsbemühungen Chinas waren stets konsequent auf zwei Hauptziele gerichtet: zum ersten auf die Industrialisierung des Landes, besonders den Aufbau der Schwerindustrie als Basis der Wirtschaft, und zum zweiten auf die Beseitigung der schlimmsten Formen der Armut. Die Entwicklungsstrategie Chinas litt aber auch unter zwei schwerwiegenden Hindernissen: einer im Vergleich zur Bevölkerungszahl extremen Knappheit an Kulturland einerseits und einem besonders hohen Maß der Isolierung vom Ausland andererseits.

Angesichts dieser Hindernisse verfolgte China zunächst eine Doppelstrategie, um beide Ziele zu erreichen. Nach einer ersten Phase der Bodenreform basierten seine Bemühungen um eine Verringerung der Armut – vor allem über die Entwicklung ländlicher Gebiete und die Versorgung der Bevölkerung mit grundlegenden sozialen Leistungen – vorwiegend auf den örtlich vorhandenen Ressourcen und lokalen Initiativen; dabei spielten Sparsamkeit und die technische Improvisation eine besonders große Rolle. Kommunen, die grundlegende Organisationseinheit der ländlichen Wirtschaft, haben zum Teil auch Industriebetriebe in ländlichen Gebieten errichtet. Die Industrialisierung des Landes beruhte allerdings in erster Linie auf dem massiven Einsatz zentral mobilisierter Ressourcen, wobei die Kosteneffizienz nur eine untergeordnete Rolle spielte; dabei wurden im großen und ganzen Technologien eingesetzt, denen sowjetische Verfahren aus den fünfziger Jahren zugrunde lagen.

Die dieser Doppelstrategie innewohnenden Spannungen trugen zu starken Pendelbewegungen in der Wirtschaftspolitik bei. Dennoch wurden beträchtliche Fortschritte bei der Verfolgung der zwei Hauptziele erreicht. Der Beitrag der Indu-

strie zum BIP (etwa 40 Prozent) ist derzeit mit dem Durchschnitt für die Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen vergleichbar. Da jedoch der Anteil des Dienstleistungsbereichs weit kleiner als in anderen Ländern ist, entfallen immer noch 34 Prozent des BIP auf die Landwirtschaft, die über 70 Prozent der Arbeitsplätze stellt; dies entspricht in etwa dem Durchschnitt der Länder mit niedrigem Einkommen. Darüber hinaus wohnen etwa 85 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Gebieten.

Das BSP pro Kopf scheint (bereinigt um die ungewöhnliche Struktur der Preise in China) im Zeitraum 1957 bis 1979 um jährlich 2,5 bis 3 Prozent gestiegen zu sein. Dieser Anstieg liegt deutlich über dem Durchschnitt der übrigen Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen (1,6 Prozent im Zeitraum 1960 bis 1979), aber bedeutend unter dem Durchschnitt für die Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen (3,8 Prozent) und hat somit nicht ausgereicht, um China aus der Gruppe der Länder mit niedrigem Einkommen zu lösen. Eine hohe inländische Ersparnis (zu Preisen von 1970 betrug die marginale Sparquote im Zeitraum 1957 bis 1979 über 40 Prozent) erleichterte die rasche Industrialisierung, führte aber gleichzeitig, verglichen mit dem Einkommenswachstum, zu einem deutlich langsameren Anstieg des Konsums.

Dennoch besteht die auffallendste Leistung Chinas der vergangenen drei Jahrzehnte darin, daß die Grundbedürfnisse der Bezieher niedriger Einkommen weit besser gedeckt werden als die vergleichbarer Gruppen in den meisten anderen armen Ländern. Alle haben Arbeit; ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln wird durch eine Mischung aus staatlicher Rationierung und kollektiver Selbsthilfe gewährleistet; die

meisten Kinder besuchen nicht nur die Schule, sondern werden auch verhältnismäßig gut unterrichtet; darüber hinaus wird die große Mehrzahl der Bevölkerung mit grundlegenden medizinischen und Familienplanungsleistungen versorgt. Die Lebenserwartung – die wegen ihrer Abhängigkeit von vielen anderen wirtschaftlichen und sozialen Bestimmungsfaktoren wahrscheinlich die beste Einzelkennzahl für das Ausmaß der eigentlichen Armut in einem Land darstellt – ist (mit 64 Jahren) für ein Land mit dem Pro-Kopf-Einkommen Chinas außerordentlich hoch (siehe Sonderbeitrag über Armut und menschliche Entwicklung in China, Seite 110).

### Die Notwendigkeit der Anpassung

Mit der Erarbeitung eines Programms der »Reform, Anpassung, Konsolidierung und Verbesserung« vollzog sich in den letzten Jahren ein beträchtlicher Wandel in der Wirtschaftspolitik Chinas. Die zwei Hauptmerkmale dieser Politik sind eine Reform des Systems der Wirtschaftsführung – wobei auch den Marktkräften eine größere Rolle zukommt – sowie eine Verlagerung des Schwergewichts von der Investitionstätigkeit auf den Konsum.

Diese neue Wirtschaftspolitik ist zwar zum Teil auf einen politischen Wandel zurückzuführen; sie beruht jedoch auch auf wichtigen wirtschaftlichen Überlegungen grundlegender Art. In der Vergangenheit basierte die Steigerung der Produktion auf der massiven Mobilisierung von Ressourcen und auf grundlegenden institutionellen Veränderungen. Der künftige Fortschritt wird allerdings weit stärker von der Effizienz der Ressourcenverwendung abhängen. Darüber hinaus schlagen inzwischen die Vorteile der technologi-

schen Isolierung als Anreiz zur Improvisation weit weniger zu Buche als ihre Kosten, die in Rückständigkeit und Versorgungsengpässen zum Ausdruck kommen. Zudem sind die bemerkenswerten Fortschritte bei der Industrialisierung und der Deckung der Grundbedürfnisse nicht mit einem ähnlich starken Anstieg des allgemeinen Lebensstandards einhergegangen; sie haben aber den Wunsch nach einem höheren Lebensstandard geweckt.

### **Aussichten und Möglichkeiten in den achtziger Jahren**

Das geringe Bevölkerungswachstum, der bessere Zugang zu Auslandsmärkten und zur Technologie von Drittländern haben zusammen mit den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformen zweifellos die wirtschaftlichen Aussichten Chinas vor allem auf lange Frist verbessert. Das Bestreben des Staates, den Lebensstandard zu heben, wird allerdings in diesem Jahrzehnt durch eine Reihe miteinander verbundener Hemmnisse erschwert. Manche dieser Hemmnisse sind althergebracht – so der Mangel an Agrarland, Devisen und ausgebildeten Arbeitskräften. Andere dagegen traten erst in neuerer Zeit auf – wie Engpässe bei der inländischen Energieerzeugung und den finanziellen Mitteln für Neuinvestitionen (die sich in der »Klemme« zwischen der von der Regierung angestrebten Verringerung der Sparquote und den Anforderungen des bestehenden enormen Investitionsprogramms befinden).

Besonders große Möglichkeiten zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistung bestehen in der Industrie und im Energiesektor. Im Außenhandel sollten mit Hilfe außenwirtschaftlich orientierter Maßnahmen deutlich höhere Exporte angestrebt werden. Auf kurze und mittlere Sicht könnte China umfangreiche Devisenkredite im Ausland aufnehmen, um den Übergang zu einer neustrukturierten Wirtschaft zu erleichtern.

### *Landwirtschaft*

Die Landwirtschaft steht in den achtziger Jahren vor ähnlichen Problemen wie in der Vergangenheit. Auf der Nachfrageseite wird die Getreideproduktion und die Sicherung der Lebensmittelversorgung weiterhin große Aufmerksamkeit erfordern. Der Wettbewerb um die vorhandene landwirtschaftliche Nutzfläche wird allerdings durch das erklärte neue Ziel, den Lebensstandard zu heben, verschärft, da es ein verhältnismäßig größeres Angebot sowohl an höherwertigen Nahrungsmitteln als auch an landwirtschaftlichen Rohstoffen für die Leichtindustrie voraussetzt.

Auf der Angebotsseite ist die Landfläche je Arbeiter zurückgegangen, und einige Faktoren, die bisher zu bemerkenswerten Ertragssteigerungen beigetragen haben – künstliche Bewässerung, Kunstdünger und Veränderungen des Ernterhythmus – dürften in Zukunft nur noch eine geringere Rolle spielen. Demgegenüber ist anzunehmen, daß durch eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Maßnahmen und Verwaltung beträchtliche Fortschritte erzielt werden können. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die hohe Priorität, die die Regierung derzeit verbesserten Anreizen, einer größeren Unabhängigkeit der Produzenten und einer stärkeren Spezialisierung der Produktpalette im Einklang mit örtlichen komparativen Vorteilen sowie der landwirtschaftlichen Forschung einräumt.

Die armen Bewohner ländlicher Gebiete werden von Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, vom Wachstum der kommunalen Industriebetriebe und selbst von den höheren Agrarpreisen am wenigsten profitieren (da viele Kommunen mehr Nahrungsmittel verbrauchen als sie selbst erzeugen). Um einer möglichen Zunahme des sozialen Gefälles in ländlichen Gegenden vorzubeugen, ist eine verstärkte öffentliche Unterstützung dieser Gebiete erforderlich, die auf die Förderung der Landwirtschaft und nicht-landwirtschaftlicher Aktivitäten so-

wie auf die Verbesserung des Angebots an Nahrungsmitteln und sozialen Leistungen abstellt. Diese Unterstützung ließe sich wie allgemeine Agrarpreiserhöhungen zum Teil durch eine progressive Besteuerung der landwirtschaftlichen Einkommen oder des landwirtschaftlichen Grundbesitzes finanzieren. Man sollte auch die Armen in ländlichen Gebieten nach und nach wegziehen lassen, wenn diese Alternative kostengünstiger ist als eine sofortige Anhebung ihrer Einkommen. Zur Verbesserung ihrer Lage bieten sich möglicherweise auch langfristige regionale Entwicklungspläne an: Mit solchen Plänen könnte man auf die besonderen Probleme einzelner Gebiete eingehen und diese mit den erforderlichen Finanzierungsmitteln und Arbeitskräften versorgen sowie die Abstimmung zwischen verschiedenen Regierungsstellen fördern.

### *Energieerzeugung*

In letzter Zeit haben sich die Aussichten für die inländische Energieerzeugung verschlechtert. Mit 2,12 Mio Barrels je Tag erreichte die Ölförderung 1979 ihren Höhepunkt, und sie dürfte bis zum Jahre 1985 auf etwa 2 Mio Barrels pro Tag zurückgehen. Dabei bestehen nur geringe Aussichten, daß sie in der zweiten Hälfte des laufenden Jahrzehnts wieder ansteigen wird. Ein noch stärkerer Rückgang ist nur zu verhindern, wenn Sofortmaßnahmen ergriffen werden, um die Förderung aus bereits erschlossenen Ölfeldern und die Effizienz der Ölexploration zu verbessern. Bei Steinkohle (auf die etwa 70 Prozent des gesamten industriellen Energiebedarfs entfallen) sehen die Aussichten besser aus; in den achtziger Jahren wird jedoch die Kohleförderung, selbst wenn ihr hohe Priorität eingeräumt wird, nicht mehr so stark steigen wie in der Vergangenheit.

Damit dürfte die Gesamterzeugung von Primärenergie in den achtziger Jahren nicht viel stärker als um jährlich 2,8 Prozent zunehmen, wobei die Zuwachsrate im Zeitraum

1980 bis 1985 2,2 Prozent – und damit weniger als ein Viertel der Rate für den Zeitraum 1952 bis 1980 – kaum übersteigen dürfte.

Auf den Energiesektor entfallen bereits heute über 40 Prozent der Investitionen im industriellen Bereich. Die zusätzlichen Investitionsausgaben, die in der ersten Hälfte des Jahrzehnts vorgenommen werden müßten, um die Ausweitung der Energieerzeugung in der zweiten Hälfte der Dekade weiter zu beschleunigen, wären – selbst wenn sich dies unter Berücksichtigung des Bedarfs an spezialisierten Arbeitskräften und Vorleistungen verwirklichen ließe – so hoch, daß lebenswichtige Investitionen in anderen Bereichen nicht mehr getätigt werden könnten. Dementsprechend hängen die Aussichten für das Wirtschaftswachstum in den achtziger Jahren entscheidend von einer Senkung des Energieverbrauchs je Produkteinheit ab. Dies gilt ganz besonders auch für Rohöl, dessen Verfügbarkeit als industrieller Rohstoff die Wachstumsaussichten ebenfalls grundlegend beeinflussen wird.

### *Einsparung von Energie in der Industrie*

Da Landwirtschaft, Handel, private Haushalte und Transportwesen verhältnismäßig wenig Energie verbrauchen und dort der Spielraum für Energieeinsparungen und die Brennstoffsubstitution relativ gering ist, hängt das Ergebnis vorwiegend vom Energieverbrauch der Industrie (einschließlich des Energiesektors selbst) ab. Verschiebungen im Verhältnis zwischen der Schwer- und Leichtindustrie zugunsten der letzteren haben bereits zu einer spürbaren Verringerung des Energiebedarfs geführt und werden bis Mitte dieses Jahrzehnts zu einem weiteren Rückgang führen. Nach diesem Zeitpunkt kann die Schwerindustrie nicht viel langsamer wachsen als die Leichtindustrie, da sie die meisten Ausrüstungsgüter und Vormaterialien für die Leichtindustrie, die Landwirtschaft und den Dienstleistungssektor produziert.

Mithin kommt der Energieeinsparung und der Substitution von Rohöl durch Kohle innerhalb der einzelnen Industriezweige eine größere und längerfristige Bedeutung zu. Dabei konzentrieren sich die umfangreichen Möglichkeiten zur Energieeinsparung vor allem auf die Schwerindustrie.

Erhebliche Einsparungen ließen sich mit nominalem Kostenaufwand durch geringfügige produktionstechnische Verbesserungen erreichen. Zusätzliche Einsparungen und eine Substitution von Rohöl durch Kohle wären durch kleine Verbesserungen der Anlagen und der Technologie zu mäßigen Kosten erreichbar. Darüber hinaus sollten bei einigen industriellen Verfahren grundlegende Veränderungen vorgenommen werden. In bestimmten Industriezweigen (vor allem der Metallurgie) wird es ebenso wünschenswert wie möglich sein, die meisten Kleinbetriebe aufzulösen.

Durch derartige Maßnahmen ließen sich in der Industrie beträchtliche Energieeinsparungen je Produkteinheit erzielen, und zwar mit einem Kapitaleinsatz, der weit geringer wäre als die Kosten einer vergleichbaren Steigerung des Energieangebots. Dies erfordert allerdings in jedem der größeren Teilsektoren eine gründliche Vorausplanung sowie Vorkehrungen, um die Energieeinsparung mit anderen Aspekten der industriellen Umstrukturierung und Modernisierung in Einklang zu bringen. Ebenso nötig ist eine Reform des Zuteilungsverfahrens für Energie. Einsparungen beim Energieverbrauch wären außerdem viel leichter durch Energiepreisänderungen (vor allem über eine starke Verteuerung des Dieselöls) im Verein mit weiteren Reformen zu erreichen, die darauf abstellen, den Einfluß der Preise auf das Verbraucherverhalten zu verstärken.

### *Andere offene Fragen im industriellen Bereich*

Die industrielle Expansion könnte in den nächsten Jahren nicht nur

durch einen Mangel an Energie, sondern auch an Rohstoffen, Devisen und Finanzierungsmitteln für Neuinvestitionen beeinträchtigt werden.

Das Wachstum der Leichtindustrie wird bereits heute durch Engpässe in der Versorgung sowohl mit industriellen (petrochemischen Produkten und geeigneten Metallen) als auch mit landwirtschaftlichen Rohstoffen behindert. Da das inländische Angebot an landwirtschaftlichen Rohstoffen und Rohöl auch in Zukunft eng begrenzt sein wird, ist eine Steigerung der Einfuhr dieser Produkte durchaus erwünscht.

Wenn ein dauerhaft hohes Wirtschaftswachstum mit einer verringerten gesamtwirtschaftlichen Investitionsquote und höheren Investitionen in den unproduktiven Sektoren in Einklang gebracht werden soll, ist es unbedingt erforderlich, die finanziellen Mittel in der Industrie sparsam einzusetzen. Wie im Energiebereich kann von einer Verlagerung der Prioritäten von der Schwerindustrie auf die Leichtindustrie und von Reformen der Wirtschaftsführung eine spürbare Verringerung des Kapitalaufwands je Produkteinheit erwartet werden.

Angesichts des Mangels an Devisen und den Erfahrungen, die aus der Konkurrenz mit anderen Ländern auf den Weltmärkten zu gewinnen sind, muß der Steigerung der Fertigwarenausfuhr großes Gewicht beigelegt werden. In Anbetracht des reichlichen Angebots an gelernten und billigen Arbeitskräften sowie des ungeheuren Potentials für eine kostengünstige Massenproduktion sind die Aussichten in diesem Bereich vielversprechend.

Gegenwärtig entfallen, abgesehen von Maschinen und Anlagen, drei Fünftel der Fertigwarenexporte Chinas auf Produkte, die an Entwicklungsländer oder planwirtschaftliche Industrieländer verkauft werden. Um ein hohes Wirtschaftswachstum zu erzielen, muß China seinen derzeit sehr kleinen Anteil an den reicheren Märkten vor allem im OECD-Raum steigern.

Unter diesen Voraussetzungen könnte das Volumen der Fertigwa-

renausfuhr Chinas in den achtziger Jahren um jährlich etwa 10 Prozent und möglicherweise sogar durchaus um 15 Prozent zunehmen. Im letzten Fall könnte der Wert seiner Fertigwarexporte im Jahre 1990 (zu jeweiligen Preisen) auf über 60 Mrd Dollar steigen.

Ganz allgemein ausgedrückt, kann die Modernisierung der industriellen Technologie zu einer starken Verbesserung der Produktivität und Produktqualität sowohl innerhalb der Industrie als auch in anderen Wirtschaftszweigen führen, die deren Erzeugnisse verwenden. In den meisten industriellen Teilsektoren wird dieser Modernisierungsprozeß bereits aktiv gefördert. Er ließe sich allerdings beschleunigen und wirtschaftlicher gestalten, wenn stärkere Anreize zur Innovation geschaffen und die Entscheidungen über das *Ob*, *Wann* und *Wie* des Technologieerwerbs aus dem Ausland verbessert würden.

### *Auslandskredite*

Das Ölexportvolumen Chinas wird zurückgehen, und es könnte bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts sogar völlig versiegen. Das nur geringe landwirtschaftliche Wachstum wird den Anstieg der Rohstoffausfuhr auf bestenfalls jährlich 4 bis 5 Prozent beschränken. Damit gewinnt die Fertigwarenausfuhr entscheidende Bedeutung für das künftige Wachstum der Devisenerlöse.

Der Einfuhrbedarf des Landes wird sehr hoch sein. Um ein starkes industrielles Wachstum aufrechtzuerhalten, werden beträchtliche Rohstoffimporte benötigt. Angesichts des bestehenden Drucks auf eine Ausweitung des Verbrauchs sowie der produktionshemmenden Faktoren in der Landwirtschaft ist es unwahrscheinlich, daß die Nah-

rungsmiteinfuhr verringert werden kann. Ein gut ausgewogenes Einfuhrprogramm für Investitionsgüter könnte in vielen Bereichen einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung und zur Beseitigung wachstumshemmender Engpässe leisten.

Solange die Schuldendienstquote (die gegenwärtig niedrig ist) innerhalb tragbarer Grenzen gehalten werden kann, muß bei Kreditaufnahmeentscheidungen das Verhältnis aus dem Wert der zusätzlich erworbenen Ressourcen zu den realen Kosten der aufgenommenen Mittel die ausschlaggebende Rolle spielen.

Im Verlauf des letzten Jahres hat sich die Regierung mit der Relation zwischen den Kosten von Auslandskrediten und den Investitionserträgen befaßt und für mehrere ungenügend vorbereitete Projekte Einfuhraufträge storniert. Längerfristig betrachtet hängen etliche entscheidende Bestimmungsfaktoren für das optimale Niveau der Auslandsverschuldung Chinas – einschließlich der Wachstumsrate der Fertigwarenausfuhr sowie der Effizienz der Kapital- und Energieverwendung – letzten Endes von einer Reform des Wirtschaftssystems und von Verbesserungen in der Wirtschaftsführung ab. Allerdings könnte gerade die Aufnahme von Auslandskrediten in starkem Maße zu größerer Leistungsfähigkeit beitragen, die ihrerseits zur Beschleunigung des künftigen Wirtschaftswachstums erforderlich ist.

### *Überblick*

In den achtziger Jahren steht China vor einer schwierigen Übergangszeit, da seine Handlungsmöglichkeiten in verschiedener Hinsicht eingeengt werden. Die Regierung verfügt aller-

dings in zwei Bereichen allgemeiner Art über Spielraum. Der erste betrifft die Wahl (via Investitionsentscheidungen) zwischen heutigem und künftigem Konsum sowie die Aufteilung von Konsumgütern zwischen armen und anderen Bevölkerungsgruppen. Der zweite betrifft die Verbesserung der Leistungsfähigkeit – vor allem beim Einsatz von Energie, Vorleistungen und Kapital – durch bessere Konzepte und Planungsmethoden und übergreifende Reformen sowie durch die Wahrnehmung der Möglichkeiten im Außenhandel, bei der Kreditaufnahme und beim Technologietransfer.

Auf dem zuletzt genannten Gebiet hat man bislang unterschiedliche Ergebnisse erzielt; die hier erreichten Fortschritte entscheiden aber weitgehend über die Handlungsfreiheit der Regierung im erstgenannten Bereich. Bei einer wirtschaftlicheren Kapitalverwendung fiel zum Beispiel die Wahl zwischen heutigem und künftigem Konsum leichter. Einsparungen an Energie und Rohstoffen würden in ähnlicher Weise die Kreditaufnahme im Ausland verringern, die erforderlich wäre, um ein bestimmtes Wirtschaftswachstum zu erreichen. Dabei würde ein stärkeres Wirtschaftswachstum das Land in die Lage versetzen, den Armen mehr Hilfe zukommen zu lassen, ohne dabei einen langsameren Anstieg des Lebensstandards anderer Gruppen in Kauf nehmen zu müssen.

Das tatsächliche Ergebnis hängt selbstverständlich nicht nur von den Entscheidungen und Maßnahmen der Regierung ab; es wird auch von unvorhersehbaren Faktoren wie den Witterungsbedingungen, Erfolgen bei der Ölexploration, vom Wachstum der Auslandsmärkte Chinas sowie der Verfügbarkeit von Auslandskapital zu Vorzugsbedingungen bestimmt werden.



## Die ölexportierenden Länder

In diesem Abschnitt werden die Probleme und Aussichten von zwei ölexportierenden Ländergruppen erörtert, die danach unterschieden werden, ob sie einen Zahlungsbilanzüberschuß oder ein Zahlungsbilanzdefizit aufzuweisen haben<sup>1)</sup>. Beide Ländergruppen konnten ihr BSP-Wachstum in den siebziger Jahren beträchtlich steigern. Sie verfügen auch beide über enorme Möglichkeiten, weitere große Fortschritte zu erzielen; bei der Frage, wie sie diese Möglichkeiten am sinnvollsten nutzen sollen, stehen sie allerdings vor schwierigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen.

### Die ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzdefizit

Die ölexportierenden Entwicklungsländer mit einem Zahlungsbilanzdefizit nehmen eine Zwischenstellung zwischen den Ölexportierenden mit einem Zahlungsbilanzüberschuß und den ölimportierenden Entwicklungsländern ein. Mit der erstgenannten Gruppe teilen sie das Interesse an einer Verbesserung der Ölexporterlöse; mit der letzteren sind sie dadurch verbunden, daß sie in den vergangenen Jahren per saldo Kapital importiert haben und voraussichtlich auch in Zukunft auf Auslandskapital angewiesen bleiben werden.

Die Natur hat eine recht heterogene Ländergruppe mit Ölvorkommen ausgestattet. Von der Bevölkerungszahl her gesehen reicht sie von dem winzigen Trinidad und Tobago bis zu Indonesien, mit der fünftgrößten Bevölkerung der Welt, das zugleich

zu den ärmsten Mitgliedern der ölexportierenden Ländergruppe gehört (siehe Tabelle 6.4). Allerdings besitzen sie auch gemeinsame Merkmale. Das wichtigste ist ein gemeinsames entwicklungspolitisches Problem – die Notwendigkeit, die Ölexporterlöse so einzusetzen, daß der Übergang zu einem stetigen und ausgewogenen Wirtschaftswachstum gelingt. In den meisten Fällen verfügen sie über Einkommen, die ihnen über die nächsten zehn bis zwanzig Jahre eine wesentliche Stütze bieten. Dieser Zeitraum ist allerdings (ungeachtet der Beispiele Japans und Südkoreas) nicht besonders lang, um vor allem in der Landwirtschaft grundlegende strukturelle Veränderungen herbeizuführen. Ein zweites Merkmal, das diese Ländergruppe verbindet, besteht in den kurz- bis mittelfristigen wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten, die durch die »Windfall«-Gewinne aus den Ölpreissteigerungen der siebziger Jahre verursacht wurden.

Die Vervierfachung der Ölpreise in den Jahren 1973 und 1974 führte per Saldo zu einem Anstieg der Terms of Trade der Ländergruppe mit einem Zahlungsbilanzdefizit um 120 Prozent, was im Zeitraum 1972 bis 1976 ein jahresdurchschnittliches mengenmäßiges Importwachstum von 16 Prozent ermöglichte.

Der Außenbeitrag der Gruppe betrug im Jahre 1972 durchschnittlich 1,5 Prozent des BIP. Er stieg im Jahre 1974 für kurze Zeit auf 15 Prozent, um anschließend im Jahre 1977 auf minus 3 Prozent zu fallen, als nur noch Indonesien sowie Trinidad und Tobago Überschüsse erzielen konnten. Im Durchschnitt der Gruppe trat bis zur zweiten Ölpreissteigerung von 1979 und 1980 keine spürbare Verbesserung des außenwirtschaftlichen Saldos ein. Die Defizite wurden vorwiegend mit Krediten finanziert, die sie auf den internationalen Kapitalmärkten aufnahmen und die aufgrund der hohen Ölreserven dieser Länder bereitwillig eingeräumt wurden.

In den meisten ölexportierenden Ländern bestehen enge finanzielle Verbindungen zwischen dem Ölsektor und der Regierung. In der Regel stammt über die Hälfte der öffentlichen Einnahmen aus der Besteuerung der Ölerträge. Die höheren Öleinnahmen lösten eine sprunghafte Ausweitung der öffentlichen Investitionen aus. Im Gruppendurchschnitt nahmen diese Investitionen im Zeitraum 1973 bis 1977 pro Jahr um 14,3 Prozent zu, nach durchschnittlich 9,2 Prozent im Zeitraum 1970 bis 1973. Gemessen am BIP stieg die Ersparnisbildung zunächst von etwa 22 Prozent in den frühen

**Tabelle 6.4 Ausgewählte kapitalimportierende Ölexporteure: länderspezifische Merkmale**

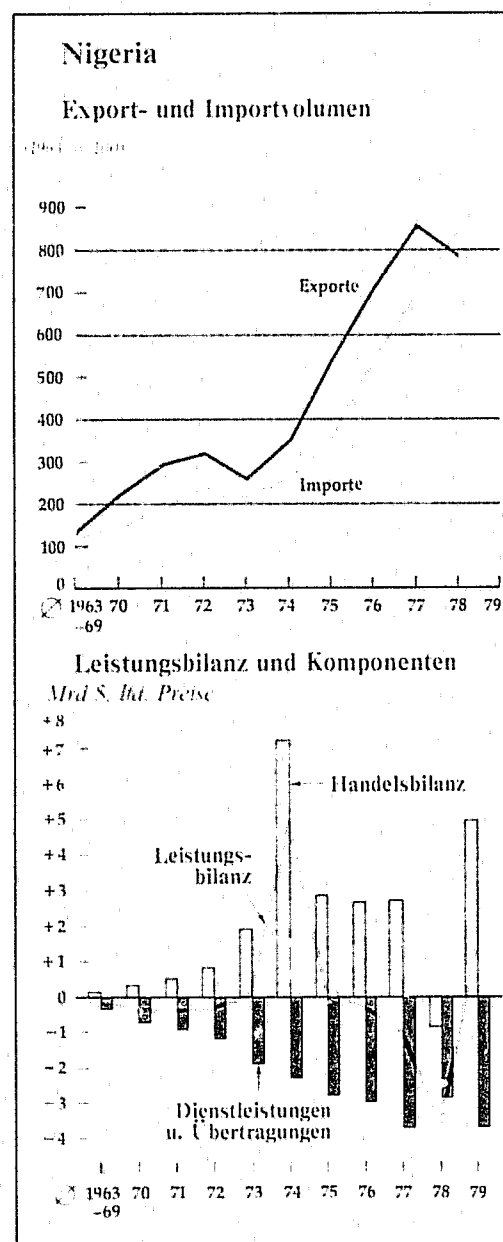
Land	Reale BIP-Wachstumsraten (in % p.a.)			Beitrag des Mineral- sektors zum BIP (in %)	Beitrag der Landwirtschaft zum mineral- unabhängigen BIP (in %)		Beitrag der Fertigwaren zur Gesamt- ausfuhr (in %)
	1960–73	1973–77	1976–79	1977	1970	1977	1977
Algerien	3,3	5,3	8,4	30	15	13	1
Ecuador	5,7	7,8	5,3	12	28	23	2
Indonesien	5,3 <sup>a</sup>	6,6	6,6	19	50	39	2
Nigeria	5,3	6,5	4,7	28	54	47	1
Trinidad	3,7	4,4	5,5	40	5	5	5
Venezuela	5,4	6,3	5,1	22	9	8	2

<sup>a</sup> 1965–73.

1) Die ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzdefizit werden in Tabelle 6.1 in der Rubrik »Ölexporteure« aufgeführt. Die ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß umfassen den Irak, Katar, Kuwait, Libyen, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

## Nigeria

In den frühen siebziger Jahren entfielen etwa 50 Prozent des BIP auf die Landwirtschaft. Die Schuldendienstbelastung war gering, und



die sich rasch entwickelnde Ölindustrie war im Begriff, den Zahlungsbilanzdruck zu erleichtern und die Einnahmen des Staates kräftig zu erhöhen. Im Zeitraum 1970 bis 1973 wuchs das BIP um jährlich 7 Prozent und damit beträchtlich stärker als in den sechziger Jahren.

Der Anstieg der Ölpreise führte zu einer grundlegenden Veränderung der Wirtschaftsstruktur. Bereits 1972 entfielen 83 Prozent der Ausfuhr Nigerias auf Rohöl. Die erste Ölpreiserhöhung brachte eine dreifache Verbesserung der Terms of Trade Nigerias, einen »Windfall«-Gewinn von etwa 15 Prozent des BIP des Jahres 1974. Der Beitrag des Rohöls zu den Einkünften der Zentralregierung stieg von 67 Prozent im Jahre 1973/74 auf 78 Prozent im Jahre 1976/77. Die öffentlichen Ausgaben nahmen von weniger als 20 Prozent des BIP in den Jahren 1970 bis 1973 auf ungefähr 35 Prozent im Zeitraum 1974 bis 1977 zu. Im Fiskaljahr

1976/77 rutschte der Bundeshaushalt ins Defizit.

Die Investitionsausgaben der Regierung stiegen von zwei Prozent des BIP im Jahre 1973/74 auf fast 20 Prozent im Zeitraum 1975 bis 1979 (siehe Abbildung). In den Jahren 1974 bis 1977 stellten die Bundes- und Landesregierungen, die Gemeinden und öffentlichen Unternehmen mindestens 70 Prozent der gesamten Inlandsinvestition. Der soziale Bereich – vor allem das Erziehungswesen – beanspruchte einen Großteil der laufenden Ausgaben. Im Jahre 1960 betrug die Einschulungsquote 36 Prozent; bis 1976 war sie auf 60 Prozent gestiegen, und es wird davon ausgegangen, daß bis 1985 so gut wie alle Kinder im Grundschulalter die Schule besuchen werden.

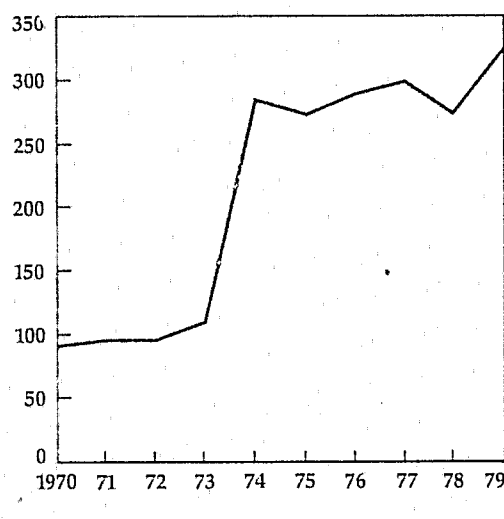
Ein Nachfrageüberhang führte zu einer starken Beschleunigung des Preisauftriebs; gleichzeitig ließ man den um das Inflationsgefälle zwischen Nigeria und den Vereinigten Staaten bereinigten Wechselkurs (um etwa 50 Prozent von 1973 bis 1978) steigen. Dies trug zum Rückgang der Weltmarktanteile der ölunabhängigen Ausfuhr Nigerias bei. Der Weltmarktanteil herkömmlicher Ausfuhr Güter fiel um ein Drittel, während der Anteil der nicht-traditionellen Rohstoff- und Fertigwarenausfuhr um 44 Prozent bzw. 71 Prozent zurückging. Im Jahre 1976 führte der Druck der gestiegenen binnenwirtschaftlichen Absorption zu einem erneuten Leistungsbilanzdefizit, und das Land sah sich gezwungen, hohe Auslandskredite aufzunehmen.

Die landwirtschaftliche Produktion verzeichnete in den siebziger Jahren keinen nennenswerten Anstieg, und das Einkommensgefälle zwischen den städtischen und den ländlichen Gebieten stieg von 2,6 zu 1 im Jahre 1960 auf 4,6 zu 1 im Jahre 1977. Die Landbewohner wanderten in städtische Gebiete ab oder nahmen Tätigkeiten außerhalb der Landwirtschaft, vor allem im Bausektor, auf.

Trotz erheblicher Investitionen mit einer langen Reifezeit im Bereich der Infrastruktur wuchs das BIP Nigerias im Zeitraum 1974 bis 1977 um jährlich 8 Prozent. Der Verwal-

## Nigeria

**Terms of Trade 1970–79**  
(1971–73 = 100)



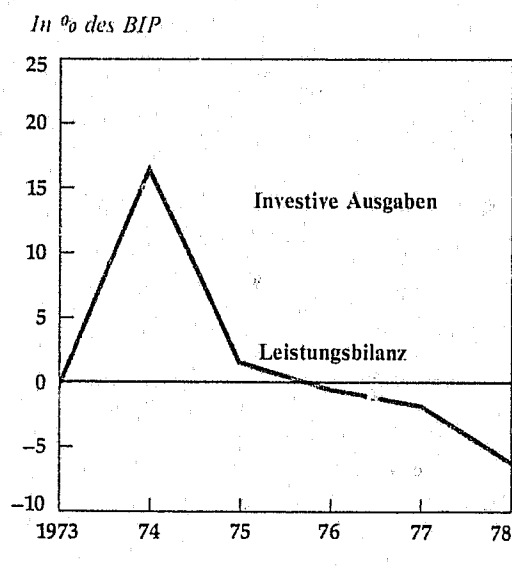
siebziger Jahren auf 41 Prozent im Jahre 1974; bis zum Jahre 1977 fiel sie allerdings wieder auf 34 Prozent zurück. Die Ersparnis des öffentlichen Sektors entwickelte sich in ähnlicher Weise, und zwar zum Teil deshalb, weil die ölunabhängigen Steuereinnahmen nur langsam expandierten. Gleichzeitig verharren die öffentlichen Investitionen im Einklang mit den Plänen, die gleich nach der Ölpreiserhöhung erarbeitet wurden, in der Regel auf hohem Niveau. Im Zeitraum 1976 bis 1979 stiegen die öffentlichen Haushaltsdefizite auf Rekordhöhen – zum

Beispiel in Nigeria auf 16 Prozent des BIP im Jahre 1978/79 (siehe Sonderbeitrag).

Ein beträchtlicher Teil der gestiegenen Ausgaben wurde weitgehend für Vorhaben im Bereich der Infrastruktur und für andere grundlegende Leistungen verwendet. Die erhöhte Nachfrage nach Bauleistungen sowie anderen Gütern und Dienstleistungen, die nicht sofort importiert werden konnten, spiegelte sich in einem Anstieg ihrer relativen Preise und im allgemeinen Preisauftrieb wider. Der reale Außenwert ihrer Währungen (der um das Infla-

tionsgefälle zwischen den Ländern und den Vereinigten Staaten bereinigte nominale Kurs) stieg im Zeitraum 1972 bis 1977 gegenüber dem Dollar – so in Nigeria (50 Prozent), Indonesien (70 Prozent), Gabun (40 Prozent) und Ecuador (25 Prozent). Diese Höherbewertung führte zu einer kräftigen Ausweitung der öffentlichen Defizite, indem sie die Kosten der Inlandsnachfrage gegenüber den auf Dollar lautenden Öleinnahmen verteuerte. Sie belastete außerdem die ölunabhängigen Ausfuhr, die im Zeitraum 1970 bis 1980 zurückgingen.

### Nigeria: Investive Regierungsausgaben und Leistungsbilanz 1973 bis 1978



tungsapparat des Landes wurde allerdings durch die gewaltigen öffentlichen Investitionsprogramme überfordert. Dies führte im Verein mit güterwirtschaftlichen Engpässen in einigen Fällen zu überhastet ausgearbeiteten Projekten und entsprechenden Ressourcenverlusten.

Nach den Ölpreiserhöhungen der Jahre 1979 bis 1980 wurden die öffentlichen Investitionsausgaben (und weniger die laufenden Ausgaben) erneut beträchtlich angehoben. Es gab einzelne Ansätze zur Förderung landwirtschaftlicher Investitionen, und die inländischen Ölpreise wurden erhöht. Bei der derzeitigen Förderleistung reichen die bereits entdeckten Ölvorkommen Nigerias nur noch 15 Jahre. Sollte der inländische Ölverbrauch jedoch weiterhin so stark zunehmen wie in den siebziger Jahren, so dürfte bereits in weniger als zehn Jahren mit einer Verringerung des Rohölexportes zu rechnen sein.

Die Schwierigkeiten, expansive öffentliche Ausgabenprogramme sowie die damit verbundenen Haushalts- und Handelsdefizite auf ein niedrigeres Niveau zurückzuführen, endeten mit einer Anpassung, die »über das Ziel hinausschoß«. Gegen Ende der siebziger Jahre ergriffen Algerien, Ecuador, Indonesien und Nigeria restriktive Maßnahmen. Indonesien wertete dabei Ende 1978 die Rupiah um 34 Prozent ab. Bis Mitte 1980 hatte die inländische Inflation wieder über die Hälfte des damit erzielten Wettbewerbsvorteils für die Fertigwarenausfuhr und

die Importsubstitution aufgezehrt, nachdem der reale Wechselkurs erneut auf seinen früheren Wert gestiegen war. Im Verlauf dieser Anpassung stagnierte die private Investitionstätigkeit im Vergleich zum dynamischen Wachstum des öffentlichen Sektors. Dieses Phänomen war nach 1974 für eine Reihe von Ländern dieser Gruppe kennzeichnend, als die private Ersparnis umgeleitet wurde, um öffentliche Investitionsprogramme zu finanzieren.

Die öffentlichen Investitionen der ölproduzierenden Staaten gingen im industriellen Bereich bislang in der Regel bevorzugt in groß angelegte, kapitalintensive Projekte, die häufig auf Rohöl basierten, aber auch in die Stahl-, Kunstdünger- und Zementproduktion. Diese Projekte erfordern lange Anlaufzeiten; infolgedessen stiegen im Verlauf der siebziger Jahre die marginalen Kapital-Ausbringungs-Quoten (der zusätzliche Investitionsaufwand für die Herstellung einer zusätzlichen Produkteinheit) tendenziell an, und zwar trotz der Verlagerung der Wirtschaftstätigkeit außerhalb des Ölbereichs auf den in der Regel eher arbeitsintensiven Bau- und Dienstleistungssektor. Dabei wurde häufig vor allem die Landwirtschaft vernachlässigt, wenn auch einzelne ölproduzierende Länder (so Indonesien) ihre landwirtschaftlichen Sektoren mit einigem Erfolg mit den benötigten Ressourcen versorgt haben.

Als Beitrag zur Inflationsbekämpfung haben etliche ölexportierende Länder die inländischen Preise für Erdölprodukte subventioniert. Diese Subventionen führten nicht nur zu einer starken Belastung des Staatshaushalts, sondern trugen auch nichts zur Energieeinsparung bei. Der steigende inländische Ölverbrauch dürfte sich als wichtigster Faktor erweisen, der den Nettoanstieg der Rohölausfuhr begrenzt, wenn nicht sogar dem Erdölexport ein Ende setzt.

### Aussichten

Die zweite Ölpreissteigerungsrunde in den Jahren 1979 und 1980 führte

zu einem Umschwung in der Leistungsbilanz der ölexportierenden Ländergruppe mit einem Zahlungsbilanzdefizit von einem Fehlbetrag von 20 Mrd Dollar im Jahre 1978 zu einem Überschuß im Jahre 1979 von 5 Mrd Dollar. Zwar fiel die zweite Ölpreissteigerung prozentual kleiner aus als die erste, ihre möglichen Auswirkungen auf die ölproduzierenden Länder dürften jedoch recht ähnlich sein. Während das ölunabhängige BIP der Ölproduzenten von 1973 bis 1978 typischerweise um etwa 40 Prozent zunahm, stiegen ihre wertmäßigen Ausfuhr im Verhältnis zum BIP, und auch der Beitrag des Öls zum Gesamtexport und zu den öffentlichen Einnahmen erhöhte sich. Für einige Produzenten werden mithin die voraussichtlichen »Windfall«-Gewinne, gemessen am BIP, vergleichbare Größenordnungen erreichen.

Die mittelfristigen Aussichten der ölexportierenden Entwicklungsländer sind zumindest in bezug auf das internationale Umfeld ausgesprochen gut. Ihre Öleinnahmen werden zu steigenden Devisenerlösen führen, mit denen sich ihre Investitionsziele erreichen lassen. Darüber hinaus werden die Ölexporteure auf den privaten Kapitalmärkten Kredite aufnehmen können, um ihre Exporterlöse zu ergänzen und kurzfristige Erlösschwankungen auszugleichen. Es ist anzunehmen, daß diese Länder per Saldo weiterhin in mäßigem Umfang Kapital importieren und in den achtziger Jahren Kredite im Gegenwert von etwa 1 bis 2 Prozent ihres BSP aufnehmen werden.

Die Lage der »neuen Exporteure« - Ägypten und Mexiko - hat sich durch ihre gestiegene Förderleistung und den Ölpreisanstieg der Jahre 1979 und 1980 stark verändert. Im Falle Mexikos erreichten die Gewinne aus der Verbesserung seiner Terms of Trade im Zeitraum 1978 bis 1980 den Gegenwert von über 6 Prozent des BIP. Im Jahre 1980 entfielen 45 Prozent der Warenausfuhr und 30 Prozent der Einnahmen der Bundesregierung auf Öl. Trotzdem stieg das Leistungsbilanzdefizit Mexikos zwischen 1978 und 1979 um 2 Mrd Dollar (oder um 75

Prozent). Im Falle Ägyptens entfielen im Jahre 1980 18 Prozent des BIP und 65 Prozent seiner Warenexporte auf das Öl.

Dennoch müssen sowohl die neuen als auch die alten Ölexporture ihre Ölförder- und Entwicklungspolitik weiter ausgestalten und besser aufeinander abstimmen. So hat bereits Mexiko nach zwei Jahren eines starken Wirtschaftsaufschwungs, der sich durch einen Zuwachs seiner Einfuhren um 31 Prozent pro Jahr auszeichnete, erlebt, wieder reale Außenwert seiner Währung anstieg, als im Jahre 1980 die Inflationsrate auf 30 Prozent kletterte. Kapitalzuflüsse, die angesichts der gestiegenen Kreditwürdigkeit des Landes rasch einsetzten, vereitelten Versuche, eine kontraktive Kreditpolitik zu verfolgen. Wie in einer Reihe von Ländern bereits zu verzeichnen war, dürfte ein steigender Wechselkurs die Anreize für private Investitionen im verarbeitenden Gewerbe schwächen, zur Substitution inländischer Arbeitskräfte durch preisgünstig eingeführte Kapitalgüter führen und damit zu einer dualistischen Entwicklung beitragen. Trotz der Versuche, den Kostenauftrieb durch Subventionen und Preiskontrollen zu begrenzen, machen sich ähnliche Probleme inzwischen auch in Ägypten bemerkbar.

Die Erfahrungen einer Reihe von Ölexporturen lassen erkennen, daß eine allzu rasche Steigerung der Staatsausgaben für inländische Güter und Dienstleistungen wahrscheinlich einen Anstieg des realen Außenwerts der Währung nach sich zieht und daß die private gewerbliche Wirtschaft durch die Ansprüche des öffentlichen Sektors an das Sozialprodukt letztlich verdrängt wird. Mit einer Abwertung läßt sich die Wettbewerbsfähigkeit der Binnenwirtschaft nur dann für längere Zeit wiederherstellen, wenn gleichzeitig die Inlandsausgaben verringert werden. Anderenfalls dürfte die erhöhte Nachfrage nach inländischen Produkten in erster Linie den Preisauftrieb beschleunigen. Priorität sollte der Beseitigung von administrativen und anderen Hindernissen für die Expansion und Moderni-

sierung produktiver Bereiche, der Entwicklung ländlicher Gebiete und der Versorgung der bedürftigsten Bevölkerungsschichten mit grundlegenden Leistungen eingeräumt werden. Vor allem in den frühen Stadien eines Ölpreisbooms ist darauf zu achten, daß die Öleinnahmen nicht für »Prestige«-Projekte verwendet werden, die die inländische Kapazität kaum steigern, dem privaten Sektor jedoch für einen kritischen Zeitraum inländische Ressourcen entziehen.

Es ist nicht leicht, hier den richtigen Mittelweg zu finden. Die Entscheidung darüber, in welchem Tempo die Ölförderung betrieben werden sollte, verlangt ein hohes Maß an kluger Voraussicht. Sie muß außerdem durch wirtschaftspolitische Konzepte für den Außenhandel, die Aufnahme von Auslandskrediten und die Schaffung von Leistungsanreizen ergänzt werden, um den unverhofften Reichtum jedes einzelnen Ölexporteurs zur Grundlage für eine dauerhafte und diversifizierte Entwicklung zu machen.

### Die ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß

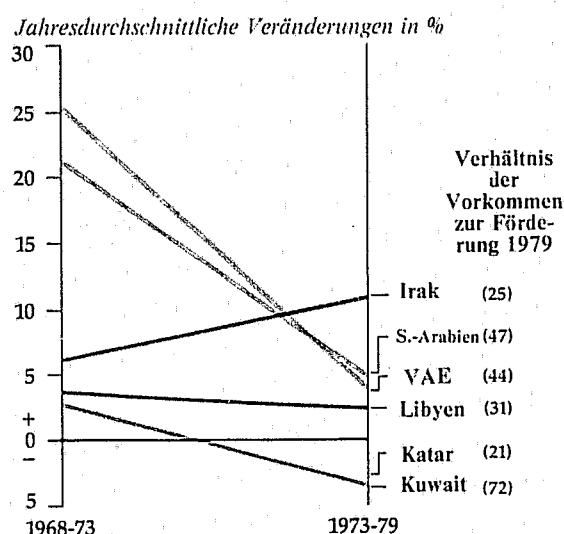
Die sechs Ölexporture mit einem Zahlungsbilanzüberschuß - Irak, Katar, Kuwait, Libyen, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) - stehen bei der Anpassung ihrer Volkswirtschaften vor Herausforderungen anderer Art. Als Gruppe betrachtet, bestehen zwischen ihnen beträchtliche Unterschiede. Kuwait (Bevölkerung 1,3 Millionen) hat ein BSP pro Kopf, das mehr als siebenmal so hoch ist wie das des Irak (Bevölkerung 12,6 Millionen). Ihre Ölreserven reichen für eine Zeitspanne von über 100 Jahren (Kuwait) bis zu etwa 25 Jahren (Katar). Sie teilen allerdings alle ein entscheidendes Merkmal. Um ihren Einfuhrbedarf zu decken, sind sie nicht auf die Ölmengen angewiesen, die sie tatsächlich fördern. So müssen sie bei zwei Fragenkomplexen Entscheidungen grundsätzlicher Art treffen:

- Welcher Überschuß sollte produziert werden, und wie sind die Öleinnahmen zu verwenden,
- wie sind ihre Binnenwirtschaften zu entwickeln, damit die Erträge aus den Rohölvorkommen deren Erschöpfung überdauern.

### Ölförderung

Im Jahr 1978, als die ölexportierenden Länder als Gruppe einen nur geringen Leistungsbilanzüberschuß erzielten, förderten die sechs Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß 17,5 Mio Barrels Rohöl pro Tag (mbd); davon exportierten sie etwa 96 Prozent. Ihre Einnahmen

Abbildung 6.1 Ölförderung der Ölexporture mit Zahlungsbilanzüberschuß 1968 bis 1979



betragen insgesamt 79 Mrd Dollar, die sie bis auf ein Viertel wieder für Einfuhren ausgaben. Nach den Ölpreissteigerungen von 1979 und 1980 scheinen hingegen die Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß im Jahre 1980 nur noch etwa die Hälfte ihrer gesamten Ölerlöse ausgegeben zu haben. Diese Überschußmarge, die zwischen einem Viertel und 50 Prozent schwankt, könnte man als die Menge an Rohöl bezeichnen, die diese Länder freiwillig fördern.

Seit den ersten kräftigen Ölpreissteigerungen der Jahre 1973 und 1974 haben die meisten Ölexporture mit einem Zahlungsbilanzüber-

schuß die Zuwachsrates ihrer Ölförderung in beträchtlichem Maße gedämpft (Abbildung 6.1). Dies geschah aus drei Gründen: (1) um ihre Ölreserven über einen möglichst langen Zeitraum zu strecken, (2) um einen Rückgang der Ölpreise zu verhindern und (3) weil die investierten Erlöse aus ihrer freiwilligen Ölförderung nur Erträge abwarfen, die hinter der Ölpreissteigerung zurückblieben. Diese drei Aspekte sind miteinander verknüpft, und zusammen genommen stellen sie die Ländergruppe vor schwierige wirtschaftspolitische Konflikte.

Ende 1980 betrugen die Auslandsaktiva der Ölländer mit einem Zahlungsbilanzüberschuß insgesamt etwa 300 Mrd Dollar. Ungefähr die Hälfte dieses Betrages hatten sie bei Banken in den Industrieländern oder auf den Euromärkten investiert. Auch der verbleibende Teil war fast ausschließlich in den Industrieländern und zwar in Aktien, Staatspapieren, Immobilien usw. angelegt. Als wichtige Investoren werden die Ölexporture mit einem Zahlungsbilanzüberschuß von Entwicklungen in den Industrieländern berührt. Sowohl Wechselkursschwankungen als auch Inflation und langsames Wirtschaftswachstum können ihren Interessen potentiell schaden. Die realen Renditen, die sie im Zeitraum 1974 bis 1979 aus ihren Investitionen erzielten, waren größtenteils niedrig, wenn nicht sogar negativ. Diese Erfahrung verdeutlicht ihr eigenes starkes Interesse an einer gesunden wirtschaftlichen Verfassung der Industrieländer; sie demonstriert zugleich, daß es gewinnbringender sein kann, das Öl im Boden zu lassen, anstatt es zu fördern. Den Mittelweg zwischen diesen beiden Aspekten zu finden, stellt das Hauptproblem der Ölförderung in den achtziger Jahren dar.

### *Diversifizierung und Entwicklung*

Im Verlauf der letzten acht Jahre haben die Ölexporture mit einem Zahlungsbilanzüberschuß beim Ausbau ihr gesamtwirtschaftlichen

Basis beträchtliche Fortschritte erzielt. Diese Aufgabe war nicht so leicht zu lösen, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Zweifellos sind sie von manchen Wachstums Hindernissen, mit denen andere Länder fertig werden müssen, verschont geblieben. Dennoch standen sie vor einigen Schwierigkeiten eigener Art. Mit Ausnahme des Irak und Saudi-Arabiens sind diese Länder nur dünn besiedelt (und viele Einwohner besaßen seinerzeit nicht die Fertigkeiten und Erfahrungen, die eine zügige Industrialisierung voraussetzt). In allen außer den beiden genannten Ländern sind die Boden- und Klimaverhältnisse für die Landwirtschaft sehr ungünstig. Darüber hinaus fehlte es ihnen allen zunächst an einer hinreichend entwickelten Infrastruktur, um ein breit angelegtes und energisch durchgeführtes Industrialisierungsprogramm zu ermöglichen.

Der größte Vorteil, den die Ölländer mit einem Zahlungsbilanzüberschuß überhaupt hatten, waren reichlich vorhandene Investitionsmittel. Sie erreichten bereits im Jahre 1973 mit 40 Prozent des ölunabhängigen BIP eine hohe Investitionsquote, verglichen mit einer Durchschnittsquote von 26 Prozent in den Ländern mit mittlerem Einkommen. Im Zeitraum 1975 bis 1978 steigerte dann allerdings die Überschußgruppe ihre Investitionsquote auf durchschnittlich 44 Prozent.

Mit diesem hohen Investitionsaufwand erzielten sie eindrucksvolle Ergebnisse. Im Zeitraum 1973 bis 1978 wuchs das ölunabhängige BIP real um schätzungsweise 15 Prozent pro Jahr. Die Infrastruktur wurde rasch ausgebaut, wobei beispielsweise Engpässe bei den Häfen beseitigt und Kapazitäten geschaffen wurden, die auf Jahre hinaus mehr als ausreichend sein dürften.

Diese zügige Entwicklung hat allerdings viele Probleme neuer Art hervorgerufen. Die sechs Länder standen (und stehen immer noch) bei der inländischen Einkommensverteilung vor einem besonderen Dilemma. Alle Regierungen dieser Länder trachten natürlich danach, daß die ganze Bevölkerung an dem

ererbten Reichtum teilhat, und sie standen auch unter dem Druck der Öffentlichkeit sicherzustellen, daß dies tatsächlich geschieht. Dabei würde jedoch eine schlichte Verteilung der Öleinnahmen in Form von Transferleistungen die Motivation der Bevölkerung, im Bausektor und in den neu etablierten Wirtschaftszweigen zu arbeiten, beeinträchtigen. Aber selbst wenn diese Motivation bestünde, würden die Arbeitnehmer so hohe Löhne erwarten, daß die inländischen Wirtschaftszweige (auch mit Rücksicht auf die anfänglich niedrige Produktivität) im internationalen Vergleich nicht im geringsten konkurrenzfähig wären.

Die Regierungen haben auf zweierlei Weise versucht, dieses Spannungsverhältnis auf ein Minimum zu reduzieren. Zum einen haben sie diejenigen öffentlichen Ausgaben stark erhöht, die dem Bürger Vorteile statt in harter, in unbarer Form bieten. Dazu zählen ein höheres Angebot an besser ausgestatteten Freizeiteinrichtungen sowie staatlich subventionierte Wohnungen. Darüber hinaus wurden auch die Leistungen des Erziehungs- und Gesundheitswesens kräftig ausgeweitet mit offensichtlichen langfristigen Vorteilen für den wirtschaftlichen Fortschritt. Zum zweiten haben die Regierungen die Einwanderung gefördert, um das Angebot an ausgebildeten Arbeitskräften zu erhöhen und den inländischen Lohnauftrieb zu dämpfen.

Die Einwanderung hat zweifellos dazu beigetragen, daß für die meisten Projekte die erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung standen, sie führte aber auch zu einigen sozialen Spannungen. Unvollständige Statistiken zufolge dürfte es im Jahre 1975 in diesen sechs Ländern 1,5 Millionen Gastarbeiter gegeben haben; zusammen mit ihren Familienangehörigen waren es insgesamt 3,2 Millionen, verglichen mit einer einheimischen Bevölkerung von 20 Millionen. Am niedrigsten war der Anteil der Gastarbeiter im Irak; demgegenüber gab es im Jahre 1975 in den VAE 1,8mal so viele Gastarbeiter wie Einheimische, und sie



stellten zugleich 85 Prozent des Arbeitskräftepotentials der VAE. Sofern die sechs Volkswirtschaften weiterhin so stark wachsen wie im Zeitraum 1974 bis 1978, wird die Zahl der Gastarbeiter im Jahre 1985 doppelt so hoch sein wie im Jahre 1975, selbst wenn die Produktivität kräftig steigen und sich der Anteil der einheimischen Bevölkerung an der Gesamtzahl der Beschäftigten erhöhen sollte.

Diese Entwicklung hat unterschiedliche Konsequenzen. Rein wirtschaftlich betrachtet, sind die Gastarbeiterüberweisungen die augenfälligste Belastung für die Gastländer. Diese Überweisungen aus den sechs Ländern nahmen von 1 Mrd Dollar (1973) auf ungefähr 5 Mrd Dollar (1979) zu: für die Heimatländer eine bedeutende Summe, für die Gastländer dagegen ein verhältnismäßig geringer Abfluß (der beispielsweise weniger ausmacht als ihre öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen).

Die haushaltspolitischen Konsequenzen einer großen Einwandererzahl sind allerdings gravierender. Da der Staat in allen sechs Ländern die Preise für Nahrungsmittel, Brennstoffe, Wasser und Strom subventioniert, übersteigen die effektiven Kosten der Gastarbeiter bei weitem ihre Löhne.

Vor allem aus diesen Gründen könnten die Regierungen zunehmend weniger bereit sein, ein weiteres starkes Wachstum der Einwanderung hinzunehmen. Sie sind eher an einer kräftigen Steigerung der inländischen Produktivität interessiert, um auf diese Weise das Tempo ihres Wirtschaftswachstums beizubehalten.

### *Inflation und Investitionsprioritäten*

Trotz der Beseitigung des Arbeitskräftemangels durch die Einwanderung führte die zügige Entwicklung der siebziger Jahre in den Ländern mit einem Zahlungsbilanzüberschuß zu einem merklichen inflationären Druck. Im Zeitraum 1968 bis 1973 stiegen die Verbraucherpreise

um weniger als 5 Prozent pro Jahr und danach um jährlich 12 Prozent. Innerhalb der Gruppe verzeichnete Saudi-Arabien die höchste Inflationsrate mit jahresdurchschnittlich 16 Prozent (1974 bis 1979), bei Höchststraten von über 30 Prozent in den Jahren 1975 und 1976. Seitdem ist die Inflationsrate merklich zurückgegangen.

Allerdings geben diese Angaben zur Entwicklung der Verbraucherpreise keinen Aufschluß über die tatsächliche Art der Inflation in den sechs Ländern. Durch steigende Subventionszahlungen konnten die Preise lebenswichtiger Konsumgüter niedrig gehalten werden; die inflationären Auswirkungen des raschen Wirtschaftswachstums trafen weniger die Verbrauchsgüter, sondern - was von größter Bedeutung ist - vorwiegend die Bodenpreise und den Bausektor. Die städtischen Grundstückspreise stiegen dramatisch an, und neue Gebäude wurden mit wenig Rücksicht auf Kosten und Endnachfrage errichtet. In den VAE führte diese Entwicklung schließlich zu einem Zusammenbruch des Immobilienmarktes. Dementsprechend stellt die Inflation einen weiteren Faktor dar, der die Regierungen dieser sechs Länder zu größerer Vorsicht veranlaßt.

Das Wirtschaftswachstum verlangsamt sich heute letztlich deshalb, weil viele Entwicklungsziele der frühen siebziger Jahre inzwischen erreicht wurden. Man hat die Häfen, das Straßennetz und Fernmeldewesen ausgebaut sowie Verwaltungsgebäude, Schulen, Universitäten und Krankenhäuser errichtet oder nahezu fertiggestellt. Heute wird die Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes sowie die Ausbildung von Arbeitskräften mit den benötigten Fertigkeiten stärker in den Vordergrund gestellt. Der laufende Fünfjahresplan Saudi-Arabiens bietet das beste Beispiel für diese neue Priorität. Der gleiche Kurs wird auch von den übrigen Ländern mit einem Zahlungsbilanzüberschuß verfolgt.

Das Verhältnis zwischen Rohölvorkommen, reichlich vorhandenen Investitionsmitteln und Knappheit

an einheimischen Arbeitskräften beeinflusst in den einzelnen Ländern die Auswahl industrieller Projekte. Der komparative Vorteil dieser Länder liegt offensichtlich in den verschiedenen Zweigen der petrochemischen Industrie, bei der Gasverflüssigung und der Herstellung von Aluminium. Diese Wirtschaftszweige basieren auf Rohöl und Erdgas, sind aber auch kapitalintensiv und setzen eine fortgeschrittene Technologie voraus. Dabei erfordert nicht nur der Aufbau dieser Industriezweige, sondern auch die Einrichtung der dazu gehörigen Vertriebsnetze viel Zeit. Allerdings war in Libyen bereits 1978 eine Anlage zur Herstellung von Methanol in Betrieb, und mittlerweile befinden sich in dieser Region, vor allem in Saudi-Arabien, auch mehrere andere groß angelegte petrochemische Anlagen und Erdgasprojekte im Bau. In den VAE wurde ein Aluminiumwerk errichtet; in Katar und im Irak stehen Stahlwerke, und ein weiteres für Saudi-Arabien befindet sich in der Planung.

Der Mangel an einheimischen ausgebildeten Arbeitnehmern hat dazu geführt, daß bei vielen dieser Großprojekte auf Techniker und Führungskräfte aus dem Ausland zurückgegriffen werden muß. Eine zweite Gruppe neuer Wirtschaftszweige ist weniger groß angelegt, arbeitsintensiver und verlangt weniger komplizierte Technologien. Hierzu zählen die Metallverarbeitung, die Herstellung von Baustoffen sowie die Elektrizitätswirtschaft; sie bieten Möglichkeiten für einheimische Unternehmer und sind stärker auf die Bedürfnisse der örtlichen Märkte ausgerichtet. Das Wachstum und die Verbreitung dieser Wirtschaftszweige in den achtziger Jahren werden wichtige Aufschlüsse darüber geben, inwieweit diese sechs Länder in der Lage sind, sich auf eine Zukunft ohne Erdöl vorzubereiten.

### **Aussichten für die ölexportierenden Länder**

Die bisherige Entwicklung der ölexportierenden Länder legt nahe, daß

sich die achtziger Jahre unter mehreren bedeutenden Aspekten stark vom vorausgegangenen Jahrzehnt unterscheiden werden.

- Wie im vierten Kapitel bereits ausgeführt, dürfte der reale Ölpreis in den nächsten zehn Jahren weiter steigen. Mitte der siebziger Jahre akzeptierten die Ölexporteure für einen Zeitraum von etwa drei Jahren sowohl einen Rückgang des realen Ölpreises als auch eine negative reale Verzinsung ihrer finanziellen Aktiva. Es ist unwahrscheinlich, daß sich diese Kombination wiederholen wird. Die Ölexporteure mit einem Zahlungsbilanzüberschuß orientieren ihre Ölförderung inzwischen stärker als früher an ihren binnen-

wirtschaftlichen Prioritäten, und diese Prioritäten lassen darauf schließen, daß sich die Ölförderung künftig weniger weit von dem von diesen Ländern gewünschten Niveau entfernen wird.

- Die ölexportierenden Länder werden einen zunehmenden Teil ihrer Ölförderung selbst verbrauchen. Vor allem die ölexportierenden Entwicklungsländer erhöhen die Intensität ihres Energieverbrauchs mit fortschreitender Industrialisierung und Verstädterung. Infolgedessen werden sie das Wachstum ihrer Ölausfuhr bremsen (und in manchen Fällen könnten sie tatsächlich noch vor Ende dieses Jahrzehnts zu einer Einschränkung ihres Ölexports

übergehen).

- Es ist unwahrscheinlich, daß sich der kräftige Anstieg der Gastarbeiterüberweisungen, der für die Mitte der siebziger Jahre kennzeichnend war, in gleicher Größenordnung wiederholen wird. Die Ölländer mit einem Zahlungsbilanzüberschuß stehen der Einwanderung mit zunehmender Skepsis gegenüber, und das arbeitsintensive Stadium ihrer Entwicklung (vor allem im Bausektor) verliert immer mehr an Bedeutung. Im fünften Kapitel wurde ein gewisser Anstieg der Gastarbeiterüberweisungen in den achtziger Jahren projiziert, der allerdings nur halb so hoch ausfallen dürfte wie in den vergangenen sieben Jahren.

## *Planwirtschaftliche Industrieländer: die »intensive Strategie«*

Nachdem sie lange Zeit von Veränderungen in der Weltwirtschaft relativ unabhängig schienen, wurden die planwirtschaftlichen Industrieländer<sup>1)</sup> von den Ereignissen der siebziger Jahre ebenfalls stark beeinflusst. Der Ölpreisanstieg verstärkte ihre gegenseitige Abhängigkeit, wobei die Sowjetunion die anderen fünf Länder weit unter dem Weltmarktpreis mit Rohöl versorgte. Gleichzeitig verzeichneten ihre konvertiblen Zahlungsbilanzen auf allen Ebenen eine rapide Verschlechterung. Ihr zusammengefaßtes Handelsbilanzdefizit gegenüber den marktwirtschaftlichen Industrieländern stieg von etwa 1 Mrd Dollar im Jahre 1971 auf 12 Mrd Dollar im Jahre 1975, nahm aber anschließend infolge des nachlassenden Tempos ihres Wirtschaftswachstums etwas langsamer zu. Stark steigende Zinszahlungen führten jedoch im Verlauf der siebziger Jahre - vor allem bei den kleinen Ländern - zu einer weiteren

Passivierung ihrer Leistungsbilanzen.

Mit Ausnahme der Sowjetunion standen die Planwirtschaften weitgehend vor den gleichen Problemen wie die halbindustrialisierten Länder. In den siebziger Jahren ging das Wirtschaftswachstum zwar leicht zurück; es lag jedoch weiterhin höher als in den Industrieländern, und zwar trotz steigender Defizite im Außenhandel und eines zunehmenden Ungleichgewichts zwischen Energieverbrauch und Energieversorgung aus inländischen Quellen. Im Zeitraum 1975 bis 1979 führte die Aufnahme umfangreicher Kredite zu mehr als einer Verdoppelung ihrer ausstehenden Verschuldung in konvertiblen Währungen auf etwa 65 Mrd Dollar. Im Jahre 1980 reichten die Schuldendienstquoten unter Berücksichtigung der Transaktionen in konvertiblen Währungen von 18 Prozent in der UdSSR bis 95 Prozent in Polen.

Zwar bestehen zwischen den einzelnen Ländern dieser Gruppe beträchtliche Unterschiede; das Tempo des künftigen Wirtschaftswachstums wird jedoch in den meisten Fällen sehr stark davon abhängen,

inwieweit sie sich den gestiegenen Energiekosten anpassen, die Leistungsfähigkeit ihrer Landwirtschaft verbessern und ihre Exportkapazitäten besonders für Fertigwaren ausweiten.

### **Eine Strategie im Wandel**

Nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgten die meisten Planwirtschaften fast dreißig Jahre lang eine Entwicklungsstrategie, die sie als »extensive Entwicklung« bezeichneten. Diese Strategie beruhte auf hohen Investitionen vor allem in der Schwerindustrie und verzeichnete insoweit Erfolge, als die Produktion kräftig anstieg und die grundlegenden Bedürfnisse weiter Teile der Bevölkerung gedeckt wurden. Allerdings war man mit dieser Strategie bei der Förderung der wirtschaftlichen Anpassung an das sich wandelnde weltwirtschaftliche Umfeld weniger erfolgreich. Infolgedessen erschöpften sich allmählich die Möglichkeiten der »extensiven Entwicklung«, neben einem kräftigen Wirtschaftswachstum auch Verbesserungen im sozialen Bereich herbeizuführen.

1) Hierzu zählen nach der in diesem Bericht vorgenommenen Unterteilung die UdSSR, Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik, Polen, die Tschechoslowakei sowie Ungarn.

Bis Mitte der siebziger Jahre war das Wirtschaftswachstum dieser Ländergruppe auf den steigenden Einsatz sowohl von Kapital als auch von Arbeitskräften sowie auf Produktivitätsfortschritte zurückzuführen. Im Verlauf der siebziger Jahre schwächte sich allerdings das Wachstum des Arbeitskräftepotentials ab. Infolge der niedrigen technischen Leistungsfähigkeit eines Großteils der vorhandenen Anlagen verlangsamte sich das Tempo des Produktivitätsanstiegs. Der gedrückte Konsum schwächte zusammen mit der unverändert vorrangigen Produktion von Zwischenprodukten und Investitionsgütern auf Kosten von Verbrauchsgütern den individuellen Leistungswillen. Ohne Verringerung der Investitionsquote und ohne entschlossene Bemühungen, die Leistungsanreize durch ein höheres Konsumgüterangebot auszuweiten und zu verbessern, erwies es sich als unmöglich, das rückläufige Produktivitätswachstum umzukehren.

Darüber hinaus stieg die landwirtschaftliche Produktion nur langsam, während sich die Nachfrage nach höherwertigen Nahrungsmitteln beschleunigte. Diese Kombination führte entweder zu einem starken Rückgang der Nahrungsmittelausfuhren oder zu einem starken Anstieg der Nahrungsmittelimporte, und zwar zu einem Zeitpunkt, als die Ausfuhr von Fertigwaren zurückging. Im Falle der UdSSR stieg der Nahrungsmittelimport von praktisch Null in den sechziger Jahren auf etwa ein Viertel der gesamten in konvertiblen Währungen zu bezahlenden Einfuhren gegen Ende der siebziger Jahre.

Heute verfolgen die meisten Planwirtschaften eine Strategie, die sie als »intensive Entwicklung« beschreiben und mit der sie vorrangig die Erhöhung der Leistungsfähigkeit sowie Verbesserungen der Produktqualität anstreben. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, den Kapitalstock zu modernisieren und die Arbeitsproduktivität kräftig zu steigern. Um das erstgenannte Ziel zu erreichen, müssen sie in starkem Maße Technologie einführen; das zweite Ziel erfordert einen Anstieg des Ver-

brauchs sowie den Einsatz zunehmender Ressourcen zur Herstellung von Konsumgütern.

Um den Erfolg dieser Strategie zu sichern, müssen die Planwirtschaften engere Bindungen mit den Industrieländern eingehen; dies wird zunächst zu höheren Handelsbilanzdefiziten und einer verstärkten Kreditaufnahme führen. Letztlich erwarten diese Länder, daß ihre Ausfuhren steigen und ihre Abhängigkeit von der Nahrungsmittelaufnahme abnehmen wird. Dazu müssen sie eine breite Palette konkurrenzfähiger Exportgüter herstellen und eine Arbeitsteilung zustande bringen, die die der Industrieländer ergänzt. Einige Planwirtschaften (so Ungarn) haben bereits große Fortschritte in dieser Richtung erzielt; anderen dagegen fällt es schwerer, diesen Weg zu beschreiten.

Vor allem in zwei Bereichen muß eine grundlegende Anpassung vorgenommen werden: im Energiesektor und bei der Fertigwarenausfuhr.

### *Energie*

Im Gegensatz zu den Industrieländern steigerten die Planwirtschaften in den siebziger Jahren die Energieintensität ihrer Produktion; im Durchschnitt ist ihr Energieeinsatz je Produkteinheit heute mehr als doppelt so hoch wie in den OECD-Ländern. Dies ist sowohl auf eine unterschiedliche Zusammensetzung der BSPs als auch auf einen weitverbreiteten unwirtschaftlichen Energieeinsatz zurückzuführen. Die Sowjetunion hat die kleineren Länder mit subventioniertem Erdöl versorgt, das nach zentral festgelegten Produktionszielen ohne Rücksicht auf den Knappheitswert zugeteilt wurde. Darüber hinaus führte die zentrale Steuerung der Gesamtnachfrage dazu, daß die Planwirtschaften trotz weltweit steigender Energiekosten und zunehmender eigener Zahlungsbilanzprobleme ein verhältnismäßig kräftiges Wirtschaftswachstum aufrechterhielten.

In den siebziger Jahren ging der Grad der Selbstversorgung mit Energie in den meisten Planwirtschaften

zurück. Lediglich in der Sowjetunion nahm die Primärenergieerzeugung ununterbrochen stärker zu als der Verbrauch. Energie (vorwiegend in Form von Rohöl und Rohölderivaten, aber seit kurzem auch als Erdgas und Strom) wurde immer mehr zum wichtigsten Exportprodukt der UdSSR für Industrieländer, auf das Ende der siebziger Jahre mehr als zwei Drittel ihrer konvertiblen Deviseneinnahmen entfielen. Die Energieausfuhr der UdSSR in die kleineren Planwirtschaften bewegte sich in ähnlichen Größenordnungen und deckte etwa drei Viertel des Energieeinfuhrbedarfs dieser Länder.

Es ist unwahrscheinlich, daß die Ölförderung der Sowjetunion in den achtziger Jahren unvermindert steigen wird; tatsächlich hat man die Förderziele bereits unter die Vorgaben der letzten Zeit gesenkt, und es ist damit zu rechnen, daß weitere Kürzungen vorgenommen werden. Größere Ungewißheit besteht über den Überschuß der Erdgasproduktion, der künftig für die Ausfuhr in Frage kommt. Seine Höhe wird davon abhängen, inwieweit es der UdSSR gelingt, die zur Erschließung ihrer Erdgasvorkommen erforderliche moderne Technologie zu beschaffen und potentielle Kunden in Westeuropa zu finden, die zur Finanzierung der Erdgasförderung und der benötigten Erdgasleitungen bereit sind. Die Lage der UdSSR würde sich durch die konvertiblen Währungen und höheren Preise aus dem Export an die Industrieländer zweifellos verbessern. Sie könnte sich jedoch angesichts der Energieknappheit in mehreren benachbarten Planwirtschaften, die bereits kritische Ausmaße angenommen hat, gezwungen sehen, einen großen Teil ihres exportfähigen Erdgases an diese Länder zu verkaufen.

### *Fertigwarenausfuhr*

Die Aussichten für die Fertigwarenausfuhr werden durch drei Faktoren bestimmt, und zwar durch

- den Zeitbedarf, bis es mit Hilfe der »intensiven« Entwicklungsstra-

ategie gelingt, preislich wettbewerbsfähige Fertigwaren von hoher Qualität für den Export herzustellen,

- die Bereitschaft der UdSSR, die kleineren Planwirtschaften im bisherigen Ausmaß mit Energieträgern und anderen Rohstoffen zu subventionierten Preisen zu versorgen und sie damit von der Notwendigkeit zu befreien, diese Einfuhren mit gestiegenen Fertigwarenexporten zu bezahlen, sowie durch

- die Wahrung der Kreditwürdigkeit der Planwirtschaften, damit sie aus den Industrieländern eingeführte Investitionsgüter durch Kreditaufnahmen finanzieren können.

Infolge der hohen Verschuldung (und ihrer ungünstigen Fristenstruktur) dürften einige dieser Länder in Zukunft auch unter den optimistischsten Annahmen nur über begrenzte Kreditaufnahmemöglichkeiten verfügen. Bei der Einschätzung der Risiken geht der private Markt davon aus, daß unter den Planwirtschaften de facto eine gegenseitige Zahlungsgarantie besteht. Sollte sich diese Annahme als nicht mehr zutreffend erweisen, würden sich die Aussichten für einzelne Länder rasch verschlechtern.

Die Exporterfolge der Planwirtschaften in den Industrieländern werden künftig außerdem (vor allem, wenn die Volkswirtschaften der Industrieländer nur schwach expandieren sollten) durch die scharfe Konkurrenz aus den halbindustrialisierten Entwicklungsländern erschwert. Selbst wenn die Planwirtschaften in der Technologie und im Vertrieb Vorteile gewinnen sollten, dürfte ihnen der Wettbewerb Schwierigkeiten bereiten; beim derzeit herrschenden Lohnniveau verfügen die halbindustrialisierten Län-

der über beträchtliche Kostenvorteile.

Somit stehen die Planwirtschaften in den achtziger Jahren vor zwei schwer zu bewältigenden Herausforderungen. Sie müssen ihre Entwicklungsstrategie an neue binnenwirtschaftliche und außenwirtschaftliche Hindernisse und vor allem an stark steigende Energiekosten anpassen. Die Anpassung ist in beiden Bereichen bereits überfällig. Sollte sie noch länger hinausgeschoben werden, dürfte ihr Wirtschaftswachstum zunehmend darunter leiden. Einige Experten sind der Auffassung, daß das Wachstum der Planwirtschaften geringer sein wird als die 3,7 bis 3,9 Prozent pro Jahr, die im zweiten Kapitel projiziert wurden.

### **Beziehungen zu den Entwicklungsländern**

Die handels- und entwicklungspolitischen Beziehungen der Planwirtschaften konzentrieren sich stark auf wenige sozialistische Länder in der sich entwickelnden Welt (vor allem auf Kuba und Vietnam). In der Vergangenheit unterhielten sie allerdings auch Verbindungen zu bestimmten anderen Ländern, so zu Ägypten und Somalia. Darüber hinaus führt die UdSSR nach wie vor bedeutende Handels- und Entwicklungshilfeprogramme mit Indien durch.

Angesichts der schwierigen außenwirtschaftlichen Lage der meisten Planwirtschaften ist es unwahrscheinlich, daß sie zu bedeutenden Märkten für die Fertigwarenausfuhr der Entwicklungsländer heranwachsen werden. Ein weiteres Handels-

hemmnis liegt in den fehlenden Einrichtungen zur Finanzierung dieses Handels. Weder die nationalen Kreditinstitute der Planwirtschaften noch die gemeinsamen Banken des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (früher »COMECON«) geben den Entwicklungsländern nennenswerte mittelfristige oder langfristige Kredite. Die Kreditgewährung erfolgt normalerweise in Form der Finanzierung bestimmter Ausrüstungsgüter oder schlüsselfertiger Anlagen und schließt häufig »Rückkaufsvereinbarungen« ein. Durch diese restriktiven Bedingungen wurde und wird auch künftig das Ausmaß der Finanzierung von kommerziellen und halbkommerziellen Geschäften in engen Grenzen gehalten.

Zwei Länder, Kuba und Vietnam, erhalten 96 Prozent der gesamten finanziellen Unterstützung der Planwirtschaften. Sieht man von der Hilfe für Kuba und Vietnam ab, so lag die Entwicklungshilfe der Planwirtschaften in den letzten Jahren gemessen an ihrem BSP bei schätzungsweise 0,02 Prozent. Diese Länder sind der Auffassung, daß das Entwicklungshilfeziel der Vereinten Nationen von 0,7 Prozent des BSP für sie nicht gilt.

Andere Länder, die Entwicklungshilfe gewähren - und in zunehmendem Maße auch die Entwicklungsländer selbst -, verlangen einen größeren Beitrag der Planwirtschaften zu den weltweiten Entwicklungsbemühungen. Unter den gegenwärtigen Aussichten ist es jedoch unwahrscheinlich, daß diese Länder die grundlegenden Bedingungen verändern werden, die ihren Außenhandel und ihre Entwicklungshilfeleistungen maßgeblich bestimmen.

## 7 Menschliche Entwicklung: Ein nach wie vor dringendes Erfordernis

Selbst unter der günstigen Annahme, daß das Szenarium mit hohem Wachstum eintritt, werden im Jahre 2000 immer noch etwa 630 Millionen Menschen in Armut leben. Wie im zweiten Kapitel dargelegt wurde, könnte allerdings die Zahl der Armen bei Realisierung des ungünstigen Szenariums zu diesem Zeitpunkt 850 Millionen betragen, oder 100 Millionen mehr als heute. Dies veranschaulicht, daß das Wirtschaftswachstum in allen Entwicklungsländern und besonders in den Ländern mit niedrigem Einkommen zur Milderung der Armut beiträgt. Wie jedoch der *Weltentwicklungsbericht 1980* verdeutlichte, reicht Wachstum allein nicht aus. Die menschliche Entwicklung – Maßnahmen zur unmittelbaren Steigerung der Produktivität sowie der Einkommen der Armen – muß das Produktionswachstum ergänzen und unterstützen. Die nunmehr rauer gewordenen Bedingungen des internationalen Umfelds könnten die menschliche Entwicklung und die zu ihrer Unterstützung erforderlichen Finanzierungsmittel gefährden. In diesem Kapitel werden Möglichkeiten zur Sicherstellung und zur Verbesserung von Programmen zur menschlichen Entwicklung erörtert; dabei werden zwei miteinander verwandte Fragenkomplexe miteinbezogen: die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln und das Bevölkerungswachstum.

### Menschliche Entwicklung und Anpassung

Die menschliche Entwicklung verknüpft die Schaffung von produktiven Arbeitsplätzen für die Armen mit der Deckung ihrer Grundbedürf-

nisse an Gütern und Dienstleistungen. Die Grundelemente der menschlichen Entwicklung – Gesundheit, Schulerziehung, Ernährung und Verringerung der Fruchtbarkeit – sind eng miteinander verbunden. Verbesserungen in einem Bereich erleichtern Fortschritte auf anderen Gebieten und fördern gleichzeitig alle Aspekte der Entwicklung.

Die menschliche Entwicklung ist auf das Wirtschaftswachstum angewiesen, um die Ressourcen aufzubringen, mit deren Hilfe produktive Beschäftigungsmöglichkeiten und das Angebot an grundlegenden Leistungen ausgeweitet werden können. Diese Leistungen – Grundschul- und Berufsschulerziehung, die Grundversorgung im Gesundheitswesen, Ernährungs- und Familienplanungsprogramme sowie die Bereitstellung sauberen Trinkwassers – können ihrerseits das Wirtschaftswachstum stark erhöhen.

Da viele Programme zur menschlichen Entwicklung aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, sind sie bei einer Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums und einer Verknappung von Haushaltsmitteln am stärksten gefährdet. So haben unter anderem Brasilien, Indien und die Türkei soziale Programme zum Teil infolge außenwirtschaftlicher Schwierigkeiten entweder gekürzt oder nur langsamer ausgebaut. Die Anpassungshärten der nächsten fünf bis zehn Jahre könnten praktisch in allen Entwicklungsländern das politische Engagement gegenüber sozialen Programmen schwächen, deren Vorteile im allgemeinen erst auf lange Sicht – im Falle der Verringerung der Fruchtbarkeit oder der Verbreitung von Lese- und Schreibkenntnissen vielleicht erst nach

einer ganzen Generation oder noch später – voll zum Tragen kommen. Ein Blick in die Zukunft zeigt jedoch, daß ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum weitgehend von der ständigen Verbesserung der Fertigkeiten und der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung abhängt. (Dies trifft insbesondere auf die Armen zu, da derzeit vor allem ihr Potential vergeudet wird.) Die Aussetzung von Programmen zur menschlichen Entwicklung kann kostspielig sein – allerdings auf eine Art und Weise, die nicht sofort zu erkennen ist.

Die Auswirkungen mancher Programme sind jedoch viel rascher spürbar und können Anpassungsbe-mühungen in den unmittelbar produktiven Sektoren ergänzen. Ausbildungsprogramme lassen sich beschleunigt durchführen und enger auf die Bedürfnisse von Wirtschaft und Handel abstellen. Eine höhere Nahrungsmittelproduktion kann sowohl zur Substitution von Importen dienen als auch zur besseren Ernährung beitragen. Gezielte Gesundheits- und Ernährungsprogramme führen oft in auffallend kurzer Zeit zu Erfolgen: Im Zuge eines Projekts zur Verringerung der Anämie bei indonesischen Arbeitern stieg deren Produktivität innerhalb von acht Wochen. Auch die Bekämpfung der Malaria kann sich schnell auszahlen.

Programme zur menschlichen Entwicklung, die in der gegenwärtigen schwierigen Lage ohne Unterbrechung fortgeführt werden, tragen zum künftigen Wachstum bei – so wie die Fähigkeit, mit den heutigen Anpassungsproblemen fertigzuwerden, in hohem Maße auf den Bemühungen zur menschlichen Entwicklung in der Vergangenheit beruht. Aus Quervergleichen zwischen ver-



schiedenen Ländern geht hervor, daß Länder, die im Jahre 1960 eine hohe Alphabetenquote und Lebenserwartung aufzuweisen hatten, in der Regel in den sechziger und siebziger Jahren ein rascheres Wachstum erzielten. In gleicher Weise wird die Fähigkeit eines Landes, auf das sich wandelnde und unsichere Umfeld der achtziger Jahre zu reagieren – und, wie im sechsten Kapitel beschrieben, einen »außenwirtschaftlich orientierten Kurs« zu verfolgen – ebenfalls entscheidend von den Fertigkeiten und der Flexibilität seiner Arbeits- und Führungskräfte abhängen.

### Anpassungshindernisse und soziale Programme

Wenn ein Land einen größeren Teil seiner Ressourcen einsetzen muß, um außenwirtschaftlichen Anforderungen zu genügen und vor allem dann, wenn die Anpassung zumindest vorübergehend Einschränkungen erfordert, dürfte der öffentliche

Haushalt in der Regel unter Druck geraten.

Soziale Programme bilden wegen ihrer wiederkehrenden Kosten, vor allem Gehaltskosten, einen deutlich herausragenden und damit gegenüber Kürzungen sehr anfälligen Teil des Staatshaushalts (Tabelle 7.1). Selbst wenn ihr Einfluß auf die Produktivität bei weitem größer ist als der etlicher anderer über den Investitionshaushalt finanzierter Projekte, können sie ein Opfer der falschen Vorstellung werden, daß sich die künftigen Einkommen nur durch Ausgaben im investiven Bereich steigern lassen. Die Auswirkungen sind bei sozialen Programmen häufig weniger spürbar als bei anderen Programmen, vor allem wenn ihre Vorteile abgelegenen ländlichen Gebieten und »Wählergruppen« (Frauen und Kinder zum Beispiel) mit geringer politischer Schlagkraft zugute kommen. Darüber hinaus konkurrieren diese Programme mit anderen Sektoren um erfahrene (und häufig nur knapp vorhandene) Verwaltungsfachleute

und Techniker. In Ländern wie etwa in Afrika südlich der Sahara, die über nur wenige ausgebildete Führungskräfte verfügen, kann das Arbeitskräfteangebot einen ebenso ernststen Engpaß bilden wie die Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln.

Einfache Regeln, nach denen Ressourcen zwischen Programmen zur menschlichen Entwicklung und anderen produktiven Tätigkeiten aufgeteilt werden können, gibt es nicht. Es kommt sehr darauf an, wie intensiv die knapper gewordenen Ressourcen – Energie und Devisen – bei den verschiedenen Programmen eingesetzt werden. Der Ressourcenbedarf sozialer Programme hängt von mehreren Faktoren ab, wie von ihrem Konzept und ihrer Ausgestaltung. In diesem Zusammenhang sind folgende Beispiele erwähnenswert:

- Die Kosten der *Grundschulziehung* (siehe Sonderbeitrag) bestehen vorwiegend aus den Gehältern der Lehrkräfte. Im allgemeinen spielen Transportleistungen und andere energieabhängige Kosten eine unbedeutende Rolle. Selbst in den entwickelten Ländern übersteigen die direkten gehaltsunabhängigen Ausgaben selten 10 Prozent der Haushaltsansätze für die Grundschulziehung.

- Programme zur *medizinischen Grundversorgung* (siehe Sonderbeitrag, Seite 109) erfordern mehr Devisen. Bei Devisenknappheit kann die Wirksamkeit solcher Programme einen starken Rückschlag erleiden.

- Bei *Wasserversorgungssystemen in ländlichen Gebieten* schwankt der Devisenbedarf beträchtlich. Handpumpen in den Dörfern erfordern kaum oder gar keine Devisen; mit Dieselmotoren betriebene Pumpen hängen dagegen stark von der Verfügbarkeit von Devisen ab. Wasserversorgungssysteme lassen sich allerdings so planen, daß sie ein Minimum an Energie verbrauchen oder über die Methangewinnung sogar etwas Energie erzeugen.

Es besteht kein Grund, im Verlauf einer Anpassungsperiode ausgerechnet soziale Programme zu kürzen. In

**Tabelle 7.1 Ausgaben der Zentralregierung für Gesundheit und Erziehung in ausgewählten Ländern im Jahre 1977 oder 1978**

Land oder Ländergruppe	In % der Gesamtausgaben der Zentralregierung		Pro Kopf (in S von 1975)	
	Erziehung	Gesundheit	Erziehung	Gesundheit
<b>Mit niedrigem Einkommen</b>				
Afrika				
Äthiopien	11,5	4,9	2	1
Burundi	20,6	4,7	6	1
Malawi	11,1	4,1	4	2
Mali	21,6	6,2	5	1
Niger	23,3	6,0	6	2
Obervolta	15,6	5,5	3	1
Ruanda	15,2	4,8	3	1
Sierra Leone	16,0	7,6	7	3
Somalia	14,0	6,1	5	2
Tansania	13,6	7,1	7	4
Togo	13,7	5,8	12	5
Asien				
Birma	11,2	5,9	2	1
Nepal	11,1	5,5	2	1
Sri Lanka	11,6	5,9	8	5
<b>Mit mittlerem Einkommen</b>				
Bolivien	25,6	8,0	18	5
Ghana	19,5	7,4	11	5
Kenia	21,8	8,2	12	5
Philippinen	13,2	5,1	7	3
Sambia	16,6	7,3	23	11

Quelle: IWF.

## Ausgaben für die Grundschulerziehung

Die Gehälter für Lehrer beanspruchen in den Entwicklungsländern durchschnittlich 95 Prozent der laufenden Kosten im Bereich der Grundschulerziehung; auf andere direkte Betriebskosten entfallen etwa 3 Prozent. So widmete Bangladesch in den Jahren 1979 und 1980 von seinen laufenden Ausgaben für

ländern, die mit schulischen Einrichtungen und Lehrmaterial angemessen ausgestattet sind (siehe Tabelle), beliefen sich allerdings die direkten gehaltsunabhängigen Kosten im Durchschnitt auf lediglich 6 Prozent der laufenden Ausgaben für die Grundschulerziehung.

### Struktur der laufenden öffentlichen Ausgaben für die Grundschulerziehung in ausgewählten Entwicklungsländern

(in %)

Ländergruppe und Region	Jahr	Lehrer-gehälter	Sonstige direkte Ausgaben
<b>Mit niedrigem Einkommen</b>			
Madagaskar	1975	98	2
Malawi	1975	98	2
Mali	1977	97	3
<b>Mit mittlerem Einkommen</b>			
<b>Afrika</b>			
Elfenbeinküste	1976	90	9
Kongo	1976	98	2
Sambia	1978	90	7
<b>Asien</b>			
Thailand	1976	90	1
<b>Lateinamerika</b>			
Argentinien	1977	96	4
Dominikanische Republik	1977	97	1
Ecuador	1977	98	2
Peru	1977	90	1
<b>Europa, Nordafrika</b>			
Algerien	1974	97	1
Portugal	1977	92	2
Durchschnitt		95	3

Quelle: UNESCO

die Grundschulerziehung lediglich 1,2 Prozent gehaltsunabhängigen Ausgabenposten, was etwa 0,06 Prozent der laufenden Ausgaben der Zentralregierung entsprach. In der Dominikanischen Republik entfielen im Jahre 1977 0,1 Prozent der laufenden Ausgaben der Zentralregierung auf gehaltsunabhängige Aufwendungen im Grundschulbereich (siehe Abbildung).

Diese Angaben könnten den tatsächlichen Bedarf zu niedrig erscheinen lassen: Im Schulwesen vieler Entwicklungsländer bestehen Engpässe bei der Versorgung mit grundlegenden Einrichtungen und Lehrmitteln, während die Schüler in anderen Fällen für einige Dinge (wie Schulbücher) selbst aufkommen müssen. In mehreren Industrie-

### Struktur der laufenden öffentlichen Ausgaben für die Grundschulerziehung in ausgewählten Industrieländern im Jahre 1977

(in %)

Land	Lehrer-gehälter	Sonstige direkte Ausgaben
Belgien	88	12
Dänemark	66	5
Finnland	62	5
Japan	79	5
Niederlande	81	2
Durchschnitt	75	6

Quelle: UNESCO

## Sicherstellung von Programmen zur menschlichen Entwicklung

Ist der weitere Ausbau von Programmen zur menschlichen Entwicklung bei ernststen finanziellen Engpässen nicht mehr möglich, so lassen sie sich von der Kostenseite her häufig wirkungsvoller gestalten. In der Praxis ist die Aufteilung der Mittel für soziale Ausgaben häufig in vielerlei Hinsicht unausgewogen. Städtische Programme genießen höhere Priorität als ländliche; die hoch technisierte heilende Medizin hat Vorrang vor der präventiven, kostengünstigen Gesundheitsvorsorge, und die Universitätsausbildung wird im Verhältnis zum Bedarf stärker gefördert als die Grundschulerziehung. Selbst wenn sich der Staat dafür ausspricht, daß Programme zur menschlichen Entwicklung aufrechterhalten werden sollen, kann es immer noch vorkommen, daß ihnen aus administrativen Gründen unbeabsichtigt Ressourcen vorenthalten werden. Wenn eine Verknappung von Haushaltsmitteln dazu beitragen kann, diese Unausgewogenheiten zu korrigieren und die Programme kosteneffizienter zu gestalten, wird die Dynamik der menschlichen Entwicklung vielleicht doch nicht verloren gehen.

Die Ausgabenkategorien, die am ehesten von Haushaltskürzungen getroffen werden, sind von Land zu Land verschieden; in vielen Ländern hat es sich jedoch gezeigt, daß die laufenden gehaltsunabhängigen Ausgaben – Arzneimittel, Chemikalien und Chlor zur Wasseraufbereitung und Desinfizierung sowie für Bücher, Kreide und Papier – am leichtesten zu kürzen sind. Allerdings wird damit die Wirksamkeit der Programme in ihrer Gesamtheit beeinträchtigt – und die Haushalts-einsparungen sind möglicherweise unverhältnismäßig gering. Gerade auf diesem Gebiet kann die Auslandshilfe in Anpassungszeiten von besonders großer Hilfe sein; die Erträge aus der Finanzierung dieser Ausgabenposten dürften hoch und die damit verbundenen Kosten vergleichsweise gering sein. Mit erhöh-

vielen Fällen werden jedoch Haushaltszwänge Ausgabenkürzungen unabdingbar machen, und ein Teil der Belastung wird von den Programmen zur menschlichen Ent-

wicklung mitgetragen werden müssen. Damit stellt sich das Problem, wie die in ihrem Rahmen bereitgestellten Leistungen am besten aufrechterhalten werden können.

## Ausgaben für die medizinische Grundversorgung

Der Bedarf an kommerzieller Energie und an Devisen kann im Bereich der medizinischen Grundversorgung beträchtliche Größenordnungen erreichen. Die Überweisung von Patienten auf spezialisierte Behandlungsstufen erfordert Transportleistungen. Das gleiche gilt für die Beaufsichtigung medizinischer Hilfskräfte, die in Randgebieten tätig sind, sowie für die Verteilung von Arzneimitteln, Kühlschränke für Impfstoffe benötigen ebenso wie kleine Generatoren in ländlichen Krankenhäusern Strom. Die spezialisierten Behandlungsebenen der zweiten und dritten Stufe – die von wesentlicher Bedeutung für die Unterstützung der medizinischen Grundversorgung sind – benötigen komplizierte medizinische Apparaturen sowie Strom für die Operationsäle, die Nahrungsmittelzubereitung und für die Kühlschränke zur Aufbewahrung von Blutkonserven und anderen Mitteln.

Diese Abhängigkeiten lassen sich an Länderbeispielen veranschaulichen. So mußte Malawi in den Jahren 1979 und 1980 etwa 20 Prozent seiner laufenden Ausgaben im Gesundheitswesen für medizinische Einrichtungen und Arzneien aufwenden. Gebäude und Fahrzeuge beanspruchten weitere 20 Prozent. Da die Ausgaben für Arzneimittel, medizinische Apparaturen, Instandhaltung von Fahrzeugen und für Kraftstoffe praktisch nur mit Auslandswährungen bestritten werden können, basiert das laufende Gesundheitsbudget Malawis zu vielleicht 40 Prozent auf Devisenausgaben. Die Kosten

des kommerziellen Energiebedarfs sind allerdings in der medizinischen Grundversorgung niedriger zu veranschlagen; die Betriebs- und Instandhaltungskosten für Fahrzeuge wurden in einem erst kürzlich in Angriff genommenen ländlichen Entwicklungsprojekt in Indonesien auf etwa 8 Prozent der gesamten laufenden Ausgaben des Gesundheitsprogramms geschätzt.

In der Regel beanspruchen Ausgaben für Arzneimittel einen großen Teil des Gesundheitsbudgets – 24 Prozent in Thailand (1979), 22 Prozent in Tansania (1976) und 30 Prozent in Ghana (1976 bis 1977). In den meisten Entwicklungsländern müssen sie importiert werden. Durch Änderungen der Beschaffungsmethoden und der Zusammensetzung der örtlich verabreichten Arzneimittel läßt sich die Arzneimittelrechnung ohne Abstriche an der Qualität verringern. In einer jüngeren Studie über die Arzneimittelversorgung in Ghana wurde festgestellt, daß man in den Jahren 1976 und 1977 durch eine Begrenzung überhöhter Arzneimittelverschreibungen nicht weniger als 20 Prozent dieser Mittel hätte einsparen können. Eine weitere Untersuchung in Tansania veranschlagte die möglichen Einsparungen durch die Kontrolle überhöhter Rezepte, durch zentrale Beschaffung und die Verwendung von allgemeinen Arzneimitteln anstelle von Markenprodukten auf 30 Prozent. Indonesien konnte durch den Großeinkauf wichtiger Arzneimittel Kosteneinsparungen in Höhe von etwa 50 Prozent erzielen.

ten Hilfeleistungen dieser Art würden viele Geberländer, die großen Wert auf den Rückfluß ihrer Leistungen legen und sich davor hüten, »unbegrenzte« Verpflichtungen einzugehen, Neuland betreten. An dieser Stelle muß deshalb wiederholt werden, daß laufende Ausgaben sehr produktiv sind bzw. sein können, daß die Kosten dieser Leistungen auf lange Sicht (wenn auch nur indirekt) oft wieder zurückfließen und daß man die langfristige internationale Unterstützung von Programmen zur menschlichen Entwicklung vorausplanen kann (und sollte).

Bislang wurden die Möglichkeiten, kostengünstige Programme durchzuführen, noch nicht voll genutzt. Hier lassen sich Lehren aus den Erfahrungen der Vergangenheit ziehen; dabei zeigt sich, daß eine Verknappung von Finanzierungsmitteln sogar von Vorteil sein kann.

- Bei der Prüfung von Investitionsvorhaben sollten die Planungs-

behörden die laufenden und mit Devisen zu zahlenden Kosten mitberücksichtigen. Die Geberländer sollten größere Bereitschaft zeigen, wiederkehrende Kosten zu finanzieren: In Malawi, wo der gesamte Entwicklungshaushalt für das Gesundheitswesen fast ausschließlich mit Entwicklungshilfeleistungen finanziert wird, hat man die in Devisen aufzubringenden Kosten der Instandhaltung medizinischer Ausrüstungen häufig außer Acht gelassen.

- Haushaltseinsparungen lassen sich durch Gebühren für bestimmte Leistungen erzielen (soweit dies mit der nationalen Politik in Einklang steht). Ein Teil der Belastung öffentlicher Leistungen kann dadurch verringert werden, daß der private Sektor die Bedürfnisse der Mittelschicht (etwa bei der Universitätsausbildung und bestimmten Leistungen des Gesundheitswesens) deckt. Auf den Philippinen befinden sich viele weiterführende Schulen in privater Hand (die allerdings im

allgemeinen weniger gut sind als die staatlichen Schulen), und in Ägypten wurde ein verringertes Angebot an öffentlich bereitgestellten Verhütungsmitteln zumindest in der Mittelschicht durch private Quellen ausgeglichen. Nicht alle Leistungen können oder sollten jedoch von den Begünstigten selbst bezahlt werden; durch eine übertriebene Kostenbeteiligung können regionale und soziale Ungerechtigkeiten verewigt werden.

- Kosten lassen sich auch mit den Gemeinden teilen. In Äthiopien hat die Bevölkerung über Bauernverbände ihre Freizeit für den Bau und die Instandhaltung von Grundschulen eingesetzt, und es ist beabsichtigt, daß sie sich an der Finanzierung der Lehrergehälter beteiligt. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß bei Leistungen, zu denen der einzelne beiträgt und deren Kosten von ihm mitgetragen werden, die örtlichen Bedürfnisse stärker berücksichtigt werden.

- Die laufenden Kosten der Versorgung mit einem bestimmten Leistungsniveau lassen sich häufig verringern. Bessere Kommunikationsmittel – Post oder Telefon – können zur Senkung von Reisekosten beitragen. Das gleiche gilt für den wirtschaftlicheren Einsatz von Transportleistungen. In manchen Ländern ließen sich die Kosten der staatlichen Beschaffung von Arzneimitteln senken (siehe Sonderbeitrag).

- Auch die Personalpolitik kann einen Beitrag leisten. Der wertvollste Bestandteil der Programme zur menschlichen Entwicklung liegt in vielen Fällen im Können und in der Hingabe des eingesetzten Personals. Folglich ist es normalerweise schwierig, den Personalbestand zu reduzieren; häufig lassen sich aber zusätzliche Aufgaben an angelernte Mitarbeiter delegieren und die organisatorische Leistungsfähigkeit verbessern.

Bei richtigen Prioritäten und einer funktionierenden Verwaltung muß kein Konflikt zwischen niedrigen Kosten und der Breite des Leistungsangebots entstehen. Für China werden zum Beispiel (siehe Sonderbeitrag) die jährlichen Ausgaben für die

## Armut und menschliche Entwicklung in China

Obwohl die Wirtschaftsstruktur und das Nationaleinkommen pro Kopf in China mit vielen anderen Ländern mit niedrigem Einkommen vergleichbar sind, liegt der physische Lebensstandard des Großteils der chinesischen Bevölkerung auffallend über dem in den meisten übrigen Ländern mit niedrigem Einkommen. Die Lebenserwartung bei der Geburt stieg im Zeitraum 1950 bis 1979 von 36 auf 64 Jahre. Das Durchschnittsland mit mittlerem Einkommen startete im Jahre 1950 in etwa auf dem gleichen Niveau, verbesserte die Lebenserwartung seiner Bevölkerung bis zum Jahre 1979 aber nur auf 51 Jahre, während das Durchschnittsland mit mittlerem Einkommen zwar eine bessere Ausgangsposition (48 Jahre) hatte, aber auch nur ein niedrigeres Ergebnis (61 Jahre) erreichte.

Dieser Erfolg Chinas läßt sich teilweise auf gegenseitig abgestimmte Bemühungen in mehreren wechselseitig verbundenen und unabhängigen Bereichen zurückführen; hierzu gehören die grundlegenden Leistungen im Erziehungswesen, der gesundheitlichen Versorgung und Ernährung sowie die Bevölkerungsplanung. So wurden zum Beispiel Mütter und Kinder recht weitgehend mit medizinischen Leistungen und Ernährungsprogrammen versorgt. Als Folge hiervon sank die Säuglingssterblichkeit und dementsprechend auch die Zahl der Kinder, die erforderlich war, um eine angestrebte Familiengröße zu erreichen. Gleichzeitig verringerte sich durch die niedrigere Geburtenzahl der Druck auf die bestehenden Einrichtungen im Gesundheits- und Erziehungswesen.

Ogleich solche Programme auch in anderen Entwicklungsländern bestehen, ist China bei seinen Bemühungen zur menschlichen Entwicklung weiter gegangen als die meisten anderen. Diese Bemühungen waren eng in die soziale Bewegung integriert, die auf die Revolution im Jahre 1949 zurückgeht: Die Parteiorganisationen geben sogar Normen für die Familiengröße vor, die in die Zuständigkeit der Kommunen fallen. Jede Gesellschaftsschicht, angefangen von der Produktionsgarde über die Kommunen bis hin auf

die nationale Ebene, leistet ihren Beitrag zur Bereitstellung sozialer Leistungen. So übernehmen zuweilen Produktionsbrigaden die Finanzierung der Ausbildung von einem oder mehreren »Barfuß-Ärzten«, die sowohl in der medizinischen Grundversorgung tätig sind als auch oft in der Brigade mitarbeiten.

Einige der Programme werden durch staatliche Subventionen finanziert, aber auch durch beteiligte Gruppen unterstützt, die bei den anstehenden Entscheidungen ein Mitspracherecht haben. Der Rückgriff auf örtliche Finanzierungsmittel hat allerdings einige Nachteile – arme Regionen können sich allenfalls die rudimentärsten Einrichtungen leisten. Die eindrucksvollen Fortschritte Chinas bei der menschlichen Entwicklung haben dennoch – wahrscheinlich gerade wegen ihrer weitgehenden Finanzierung aus örtlichen Quellen – mehrere große Erschüt-

terungen überlebt wie insbesondere den »Großen Sprung nach Vorn« (1958 bis 1960) und die Kulturrevolution (1966 bis 1976).

Paradoxe Weise unterscheidet sich der Anteil der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung Chinas am Gesamteinkommen – der auf etwa 18 Prozent geschätzt wird – nur wenig von dem in anderen Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen. Ein Großteil der ungleichmäßigen Verteilung ist jedoch in China auf regionale wirtschaftliche Unterschiede zurückzuführen. Innerhalb der Kommunen und Städte besteht in erster Linie wegen des Kollektiveigentums nur ein geringes Einkommensgefälle. Darüber hinaus geht es den Armen in China, wie die Kennzahlen der Lebensqualität zeigen, weit besser als den Armen mit einem vergleichbaren Einkommen in den meisten anderen Entwicklungsländern.

### Grundlegende Kennzahlen

Land und Ländergruppe	BSP pro Kopf (in \$) 1979	Jahres- durchschnitt- liches Bevölkerungs- wachstum (in %) 1970-79	Alphabeten- quote für Erwachsene (in %) 1976	Grundschul- Einschulungs- quote (netto) (in %) 1975 oder 1977	Lebens- erwartung bei der Geburt (in Jahren)	
					1950 <sup>a</sup>	1979
China	260	1,9	66 <sup>b</sup>	93 <sup>b</sup>	[36]	64
Sri Lanka	230	1,7	85	62	[55]	66
Indien	190	2,1	36	64	[38]	52
Indonesien	370	2,3	62	66	[35]	53
Länder mit niedrigem Einkommen	210	2,3	39	56	[37]	51
Länder mit mittlerem Einkommen	1420	2,4	72	71	[48]	61
Industrieländer	9440	0,7	99	94	67	74

<sup>a</sup> Angaben für 1950 überwiegend geschätzt.

<sup>b</sup> Für 1979.

Grundschulerziehung auf lediglich 20 Dollar je Schüler und für das Gesundheitswesen auf nur 7 Dollar pro Person geschätzt (wovon 4 Dollar auf öffentliche Ausgaben entfallen) – und das, obwohl praktisch die gesamte Bevölkerung von einer Milliarde Menschen vom Gesundheitssystem versorgt wird.

### Nahrungsmittel und Ernährung

Für die menschliche Entwicklung ist eine bessere Ernährung von wesentlicher Bedeutung. Darüber hinaus ist eine höhere landwirtschaftliche Produktion in der Regel absolut not-

wendig, um das Einkommen der Armen anzuheben. Diese beiden Dimensionen machen die Nahrungsmittelerzeugung zum Kernproblem und lenken die Aufmerksamkeit auf die altbekannte Frage, ob die Welt genügend Nahrungsmittel erzeugen und verteilen kann, um die wachsende Bevölkerung zu ernähren.

In jüngeren Überlegungen zur Entwicklung wird der Landwirtschaft größeres Gewicht beigemessen. Zwar ist die Industrialisierung von wesentlicher Bedeutung für die Steigerung der Produktivität und des Wirtschaftswachstums, in den meisten Ländern wurde sie jedoch von

breit fundierten Fortschritten in der Landwirtschaft unterstützt. Wie der *Weltentwicklungsbericht 1979* zeigte, führen Erfolge in der Landwirtschaft zu einer höheren Inlandsnachfrage nach Industrieprodukten und zur Versorgung der Industriearbeiter mit preisgünstigen Nahrungsmitteln; darüber hinaus werden Betriebe, die Agrarerzeugnisse verarbeiten, mit Rohstoffen beliefert und Devisenerlöse erzielt, mit denen Investitionsgüter- und Halbfertigwarenimporte für die Industrie finanziert werden können; nicht zuletzt fördern sie den Aufbau arbeitsintensiver Industriezweige in Kleinstädten und Dörfern.

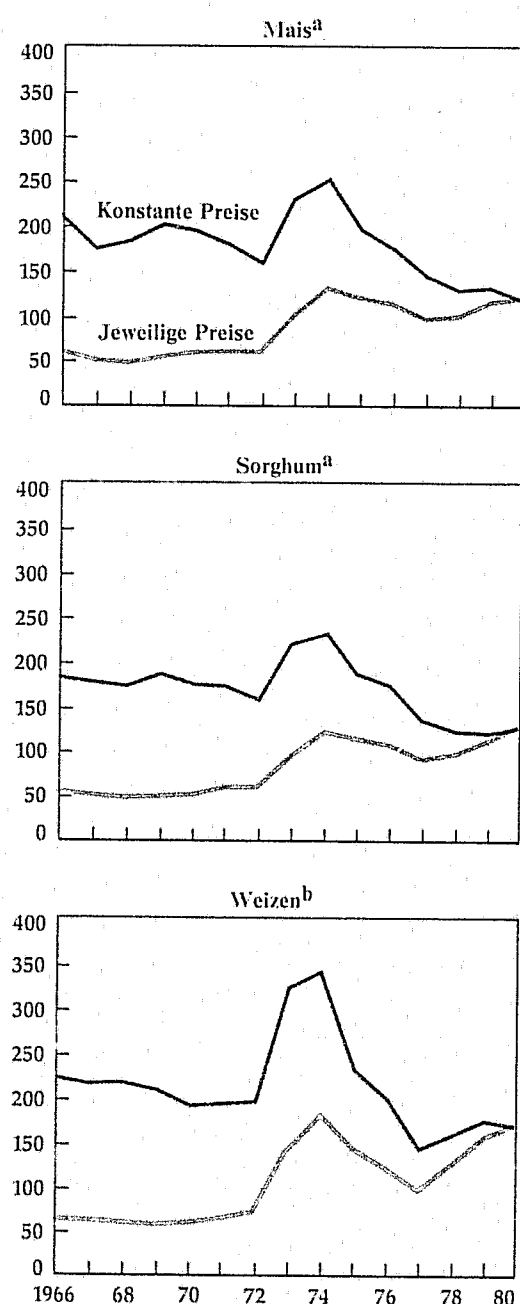
**Tabelle 7.2 Brotgetreide-Verbrauch pro Kopf 1961 bis 1979**

Ländergruppe und Region	Kilogramm pro Kopf			Jahresdurchschnittliche Zuwachsraten (in %)	
	1961-64	1970-73	1976-79	1961-64; 1970-73	1970-73; 1976-79
Welt	312,1	342,8	362,1	1,0	0,9
Entwicklungsländer	223,0	229,7	239,9	0,3	0,7
mit niedrigem Einkommen	207,1	202,7	202,4	-0,2	0,0
Afrika südlich der Sahara	159,5	151,9	141,3	-0,5	-1,2
Südasien	215,6	211,8	213,5	-0,2	0,2
mit mittlerem Einkommen	238,1	255,6	275,7	0,8	1,3
Afrika südlich der Sahara	140,7	150,0	148,5	0,7	0,2
Ostasien	257,2	271,2	282,7	0,6	0,7
Lateinamerika	235,7	244,0	249,1	0,4	0,3
Südeuropa, Nordafrika, Naher Osten	390,6	441,0	495,8	1,4	2,0

Quelle: FAO.

**Abbildung 7.1 Weltmarktpreise für Getreide 1966 bis 1980**

(in \$ pro metrische Tonne)



a US Nr. 2 gelb, fob Golfhäfen.  
b US Nr. 1 roter Winterweizen, Exportpreis, Golf.

Im sechsten Kapitel des vorliegenden *Weltentwicklungsberichts* wird besonders herausgestellt, mit welchen Schwierigkeiten die Anpassung in Ländern verbunden war, die ihre Landwirtschaft vernachlässigten. Praktisch alle Länder in Afrika südlich der Sahara, die in den letzten Jahren ein nur niedriges Wirtschaftswachstum verzeichneten, erzielten auch besonders schlechte landwirtschaftliche Ergebnisse. Andererseits können sich Länder wie Indien oder die Elfenbeinküste, die eine tragfähige landwirtschaftliche Basis aufgebaut haben, leichter an außenwirtschaftliche Belastungen anpassen.

Erfolge in der Landwirtschaft führen jedoch nicht automatisch dazu, daß die Nahrungsmittelversorgung in dem Sinne gesichert ist, daß Regionen oder Haushalte mit einem Nahrungsmitteldefizit Jahr für Jahr genug zu essen haben. In manchen Ländern mit einer wachsenden landwirtschaftlichen Produktion ist die Ernährung der Armen unabhängig davon, ob die Nahrungsmittel im Inland erzeugt oder importiert werden, unzureichend. Da ein ausreichendes Nahrungsmittelangebot sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene ganz offensichtlich eine Voraussetzung für eine gesicherte Nahrungsmittelversorgung ist, wird in diesem Abschnitt der Welthandel mit Nahrungsmitteln erörtert. Dabei werden die Folgen stabiler Preise und einer verlässlichen Versorgung auf die

armen Länder untersucht sowie Fragen von noch größerer Tragweite behandelt, wie Bemühungen um eine höhere Selbstversorgung und bessere Nahrungsmittelverteilung.

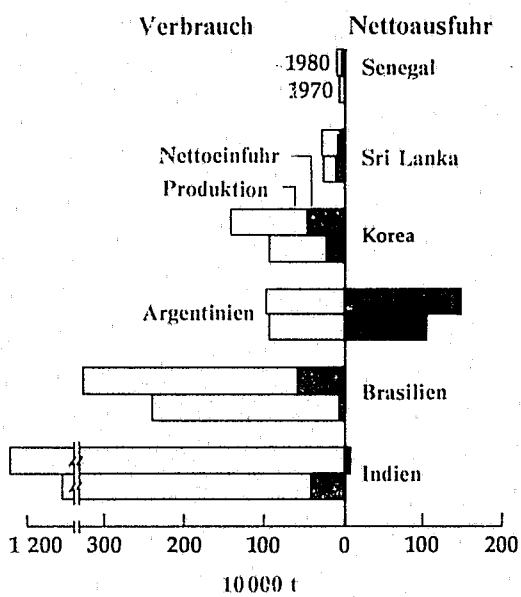
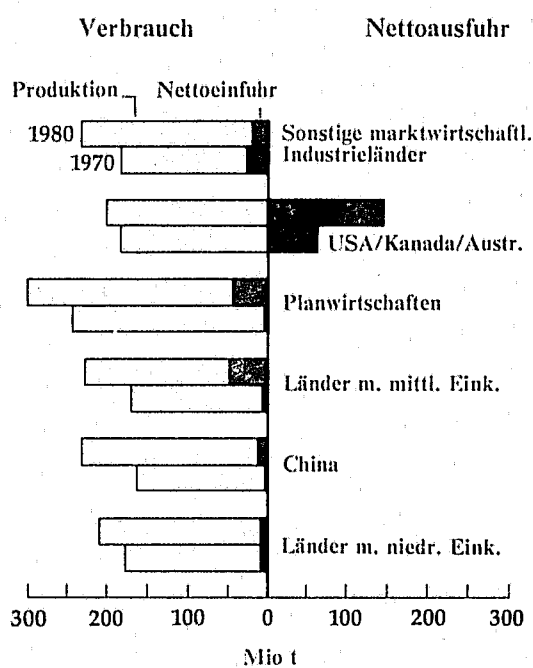
### *Globale Nahrungsmittellage in den siebziger Jahren*

Seit den sechziger Jahren und vor allem nach der Weltnahrungsmittelkrise von 1973 bis 1974 haben viele Beobachter vorausgesagt, daß die weltweite Nahrungsmittelknappheit allmählich immer schlimmere Ausmaße annehmen würde. Manche Länder würden weder in der Lage sein, sich selbst zu ernähren, noch sich die erforderlichen Einfuhren zu leisten, und Hunger und Hungertod könnten bis zum Jahre 1980 in vielen Ländern mit niedrigem Einkommen überhandnehmen. Glücklicherweise wurde dieser Pessimismus durch die tatsächliche Entwicklung nicht bestätigt; gleichwohl sind einige ernste Probleme entstanden.

Global gesehen hat die Nahrungsmittelproduktion geringfügig stärker zugenommen als die Weltbevölkerung. In den meisten Gebieten der sich entwickelnden Welt ist der Pro-Kopf-Verbrauch gestiegen; dabei bilden die Länder Afrikas südlich der Sahara und Teile Asiens die bedeutendsten Ausnahmen (Tabelle 7.2). Die realen Nahrungsmittelpreise unterlagen beträchtlichen Fluktuationen, zeigen jedoch keinen ausgeprägten Aufwärtstrend (Abbildung 7.1). Etliche Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen haben ihre Nahrungsmiteleinfuhr erhöht (Abbildung 7.2 [umseiti]), was allerdings im allgemeinen die Sicherheit ihrer Versorgungslage nicht beeinträchtigte. Zwar gibt es keine Anhaltspunkte dafür, daß Hungerkatastrophen weiter um sich gegriffen hätten; die Zahl der unterernährten Menschen ist jedoch wahrscheinlich gestiegen, und die Lage gewisser Gruppen und bestimmter Regionen hat sich möglicherweise gravierend verschlechtert. Die meisten unterernährten Menschen leben in ländlichen Gebieten.



**Abbildung 7.2 Produktion, Verbrauch und Netto-Handel für Brotgetreide nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern in den Jahren 1970 und 1980**



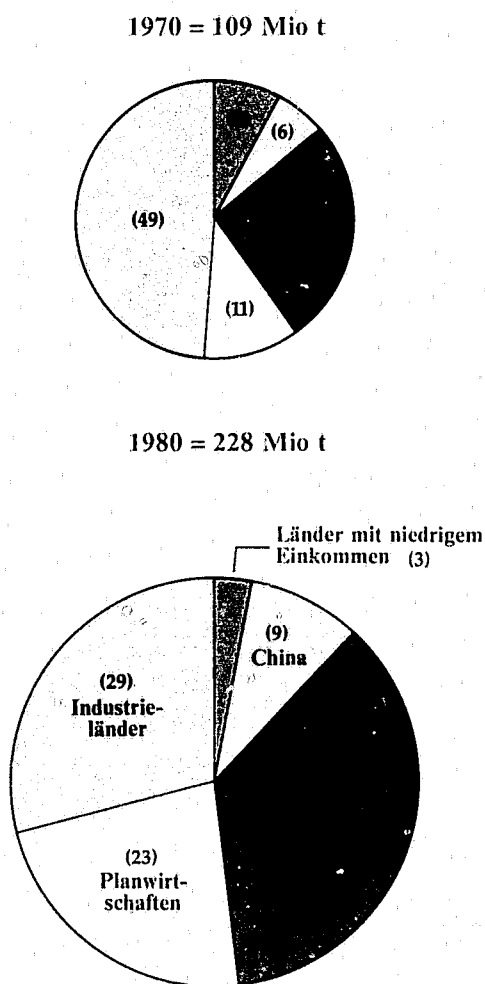
Diese Schwächen beruhen nicht nur auf Produktionsengpässen oder auf einer unzureichenden effektiven Nachfrage, sondern auch auf einer Reihe struktureller Veränderungen auf weltweiter und nationaler Ebene. Hierzu zählen die zunehmende Komplexität der internationalen Getreidemärkte, eine größere Unbeständigkeit der Getreidepreise sowie Schwierigkeiten logistischer Art, die sich auf den Getreidehandel und -vertrieb sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene auswirken. Neben internen politischen Konflikten und Naturkatastrophen hat auch der außenwirtschaftlich bedingte Druck auf die Devisen-

reserven bei dieser Entwicklung eine Rolle gespielt.

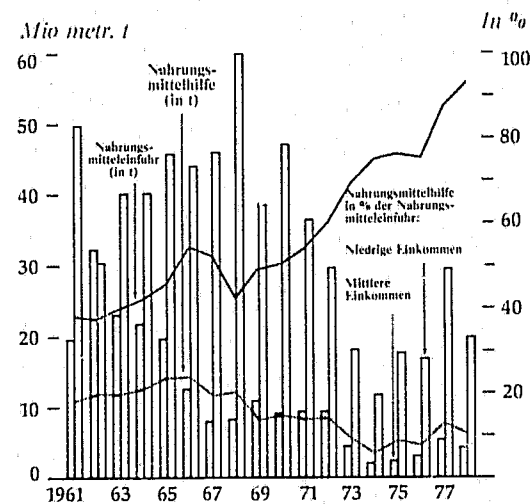
**VERÄNDERUNGEN DER MARKT-STRUKTUR.** Die Länder mit mittlerem Einkommen haben ihre Einfuhren beträchtlich gesteigert und sich zum größten Exportmarkt der Welt für Getreide entwickelt (Abbildung 7.3). Ihr wachsender Importbedarf beruht in erster Linie auf dem steigenden Wohlstand der Stadtbewohner, wobei allerdings die Nahrungsmittelproduktion in einzelnen Ländern auch mit dem Wachstum der Bevölkerung nicht Schritt halten konnte. Darüber hinaus hat die Viehzucht an Bedeutung gewonnen; infolgedessen wurde über ein Drittel des gesamten Getreideverbrauchs (und weit über die Hälfte der Gesamteinfuhr) als Tierfutter und nicht unmittelbar für die Bevölkerung eingesetzt. In mehreren Ländern mit mittlerem Einkommen ist

**Abbildung 7.3 Weltgetreideeinfuhr nach Ländergruppen in den Jahren 1970 und 1980**

(Anteile in %)



**Abbildung 7.4 Entwicklungsländer: Nahrungsmittelaufnahme und Nahrungsmittelhilfe**



der Anteil der Exporterlöse, der zum Erwerb von Getreide aufgewendet wird, tatsächlich gefallen, obwohl sie insgesamt gesehen von der Nahrungsmittelaufnahme stärker abhängen als früher; dies läßt sich damit erklären, daß die Ausfuhr anderer Güter – häufig Agrarerzeugnisse – noch stärker expandierte. In den späten siebziger Jahren entfiel nur noch etwa ein Fünftel ihrer Einfuhrrechnung für Nahrungsmittel auf Getreide, während die Differenz für weniger lebenswichtige Erzeugnisse wie Fleisch, Ölsaaten, Zucker, Frischobst und -gemüse ausgegeben wurde.

Die Länder mit niedrigem Einkommen sind nach wie vor stärker auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen als die Länder mit mittlerem Einkommen (Abbildung 7.4). Diese Abhängigkeit hat sowohl Vorteile als auch Nachteile. Durch die Nahrungsmittelhilfe verringern sich zwar ihre Einfuhrkosten, sie ist jedoch nicht immer verlässlich (und es ist bereits vorgenommen, daß sie aus politischen Gründen völlig eingestellt wurde); zudem wird sie in Zeiten einer weltweiten Verknappung in der Regel gekürzt, wenn die Länder mit niedrigem Einkommen am meisten auf sie angewiesen sind (tatsächlich ging die Nahrungsmittelhilfe während der Nahrungsmittelkrise von 1973 bis 1974 zurück). Wird diese Hilfe schließlich nicht sorgfältig abgewickelt, kann ihr Einfluß auf die Preise die örtliche

Nahrungsmittelproduktion beeinträchtigen.

Mittlerweile ist der Anteil der Eigenproduktion am Getreidebedarf in vielen Ländern (einschließlich mehrerer Länder mit niedrigem Einkommen) gestiegen, wobei sich allerdings die Ernährungslage von Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen oder jener Bauern, die ausschließlich für den Eigenbedarf produzieren, nicht notwendigerweise verbessert hat. Sowohl in Ländern mit niedrigem als auch mit mittlerem Einkommen sind die ärmsten städtischen und ländlichen Bevölkerungsgruppen chronisch unterernährt. Am schlimmsten betroffen sind jene, die in ländlichen Gebieten leben, wo die Agrarproduktion großen Schwankungen unterliegt. Kinder, Schwangere und stillende Mütter leiden am stärksten, wenn Nahrungsmittel knapp werden. Saisonale Schwankungen (weniger Nahrungsmittel in den Monaten unmittelbar vor der Ernte) und Ernteaussfälle (entweder witterungs- oder schädlingsbedingt) sind die wichtigsten angebotsabhängigen Ursachen von Hungerkatastrophen und Hungertod. In vielen Ländern mit niedrigem Einkommen stellen diese Umstände eine ständige Bedrohung des Lebens dar. Dennoch liegt die häufigste Ursache der Unterernährung auf der Nachfrage- und nicht auf der Angebotsseite – es fehlt den Menschen einfach an Kaufkraft.

Seit 1973 hat sich im landwirtschaftlichen Handel der Entwicklungsländer ein Strukturwandel vollzogen. In vielen Fällen sind sowohl die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen als auch die Nahrungsmittelfuhr rasch gestiegen, was auf eine größere Spezialisierung der Produktion schließen läßt. Obgleich die gestiegene Abhängigkeit vom Handel offensichtliche Vorteile mit sich bringt, sind die Länder gleichzeitig stärkeren Preisschwankungen ausgesetzt; dies gilt um so mehr, wenn die globalen Nahrungsmittelpreise einem anderen Konjunkturzyklus unterliegen als die Preise für andere Agrarerzeugnisse.

Es gibt allerdings noch Kosten

anderer Art. Mit der Ausweitung des internationalen Nahrungsmittelhandels sind als Folge der zunehmenden Komplexität der Weltnahrungsmittelmärkte auch die Kosten verhältnismäßig einfacher Vermarktungsmethoden gestiegen. Aus Untersuchungen der Weltbank geht hervor, daß die Nahrungsmittelfuhr in den späten siebziger Jahren die Entwicklungsländer jährlich fast 1 Mrd Dollar mehr gekostet hat als eigentlich erforderlich gewesen wäre, und zwar infolge unzureichender Vorausplanung und Infrastruktur der Märkte sowie der Vernachlässigung von Mechanismen wie Terminkontrakten, mit deren Hilfe sich die Risiken im Agrarhandel verringern lassen. Hinzu kommen Kosten, die durch unzureichende Hafen- und andere Transport- und Lagereinrichtungen bedingt sind, und außerdem führen schwach ausgebaute Frühwarnsysteme, sofern sie überhaupt vorhanden sind, zu kostspieligen Käufen auf den Spotmärkten sowie zu unnötig hohen Transport- und Lagerkosten.

**PREISINSTABILITÄT.** Die Getreidepreisentwicklung ist vor allem infolge der Preis- und Handelspolitik der markt- und planwirtschaftlichen Industrieländer unbeständiger geworden. Diese Politik zielt hauptsächlich darauf ab, inländische Erzeuger zu schützen (siehe Sonderbeitrag über die Agrarpolitik der EG, Seite 37); sie schirmt aber auch die inländischen Verbraucher vor allem bei Fleischprodukten von Schwankungen der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel ab. Damit wird der Verbrauch in diesen Ländern gesichert, während die Auswirkungen etwaiger Angebotsverknappungen auf den Weltmärkten die Verbraucher von Fleischprodukten in anderen Ländern sowie gelegentliche Käufer – in der Hauptsache ärmere Entwicklungsländer – treffen. Wenn die Ernte in den Importländern ausfällt, wie es 1973 bis 1974 bei schwachen Monsunregen in Süd-asien sowie einer außergewöhnlichen Dürre in der Sahelzone und am Horn von Afrika geschah, werden Bemühungen, Hungerkatastrophen

abzuwenden, durch jede Verschlechterung des weltweiten Nahrungsmittelangebots sehr erschwert. In den Jahren 1973 bis 1975 litt Bangladesch unter gravierender Lebensmittelknappheit und Unterernährung, als das Land selbst nur wenige Nahrungsmittel produzierte, die Weltmärkte angespannt waren und zusätzliche Devisen gefunden werden mußten, um seine gestiegene Ölrechnung zu begleichen.

Die indirekten Folgen einer globalen Angebotsverknappung können nicht minder schwerwiegend sein. Nahrungsmittel sind im allgemeinen so lebenswichtig, daß verfügbare Devisen eingesetzt werden, um sie einzuführen, auch wenn dies zu Lasten anderer Importe geht. Werden diese Importe für das Transportsystem eines Landes – etwa für Brennstoffe oder Ersatzteile – benötigt, kann der indirekte Schaden für die Landwirtschaft beträchtliche Ausmaße annehmen. Die *Eigenproduktion* von Nahrungsmitteln eines importierenden Landes kann genau so stark gefährdet sein wie seine *Nahrungsmittelfuhr*, vor allem wenn eine weltweite Nahrungsmittelverknappung mit dem Druck auf die Devisenreserven während einer Anpassungsperiode zusammenfällt. Im Sudan und in Sambia zum Beispiel führten aufeinanderfolgende Haushaltskürzungen im Zuge von Devisen Krisen dazu, daß dem landwirtschaftlichen Beratungsdienst, den Vermarktungsstellen und selbst den Bauern keine Transportmittel zur Verfügung standen. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Nahrungsmittelproduktion darunter gelitten hat.

**NAHRUNGSMITTELNOTSTÄNDE.** Nahrungsmittelbedingte Katastrophen wie in den Jahren 1973 bis 1974 treten urplötzlich und praktisch ohne Warnung auf. Flexibilität und Reaktionsvermögen sowie leistungsfähige Informationsdienste sind demnach von besonderem Wert, wenn die Welt ihre Versorgungssicherheit bei Nahrungsmitteln erhalten soll. Örtlich auftretende Engpässe müssen nicht notwendigerweise Hungerkatastrophen auslösen, wenn ein

angemessener Überblick über die Ernteergebnisse besteht und die administrativen und logistischen Kapazitäten vorhanden sind, um auf eine Krise schnell reagieren zu können. Wo diese Voraussetzungen erfüllt waren – wie bei der kürzlichen Reaktion Pakistans auf die Flüchtlinge aus Afghanistan oder dem stark verbesserten Frühwarnsystem Äthiopiens in der Dürreperiode des Jahres 1979 –, sind verhältnismäßig wenige Menschen verhungert. Ohne verlässliche Systeme zur Ernteüberwachung wird das Ausmaß möglicher Mißernten zu einer Frage subjektiven Beurteilung bei gleichzeitiger Gefahr, daß entweder die Engpässe überschätzt und/oder Gegenmaßnahmen hinausgezögert werden.

Einige der schlimmsten Nahrungsmittelkatastrophen der Welt wurden zweifellos vom Menschen selbst heraufbeschworen. Die alarmierendsten Beispiele hierfür aus neuerer Zeit waren vielleicht Kambodscha und Somalia. Wann immer Bauern, die ausschließlich ihren Eigenbedarf decken, in großer Zahl durch bewaffnete Konflikte entwurzelt werden, müssen weite Teile der Bevölkerung fast zwangsläufig hungern. Allerdings kann man die Auffassung vertreten, daß die Welt heute, vor allem dank der Findigkeit internationaler Stellen und freiwilliger Hilfsorganisationen, besser in der Lage ist, selbst in solchen Fällen zu helfen.

### *Lehren aus den siebziger Jahren*

Es wäre falsch zu behaupten, daß die weltweite Nahrungsmittelversorgung nicht gefährdet sei. Besonders beunruhigend sind neben der Tendenz zu unstabilen Märkten jene Probleme, die steigende Weltmarktpreise für Nahrungsmittel in den Entwicklungsländern auslösen können. Dennoch ist die globale Nahrungsmittelkrise der Jahre 1973 und 1974 aus heutiger Sicht eher auf das Zusammentreffen unglücklicher Umstände zurückzuführen und nicht als Vorbote vieler weiterer

Krisen einzustufen. Die Gefahr globaler Engpässe ist geringer als die Gefahr nationaler und örtlich begrenzter Probleme, die sowohl nationale als auch internationale Maßnahmen erfordern; vergleichsweise größer ist auch die Gefahr, daß viele Länder ihr Produktions- und Wachstumspotential in der Landwirtschaft nicht nutzen und einige entwickelte Länder eine destabilisierende Politik verfolgen. Besonders Afrika südlich der Sahara befindet sich in einer kritischen Lage: 26 Länder mit einer Bevölkerung von über 150 Millionen Menschen berichten derzeit über Engpässe in ihrer Nahrungsmittelversorgung. Worin bestehen die Ursachen dieser Probleme, und welche Faktoren haben bislang eine Lösung verhindert?

**NAHRUNGSMITTELPRODUKTION.** Die hervorragenden Erfolge der siebziger Jahre sind wahrscheinlich auf die höhere Produktivität von Kleinbauern zurückzuführen. Ihre zusätzliche Produktion war der Schlüssel zu dem eindrucksvollen Wirtschaftswachstum in Ländern wie Indien, Indonesien und Malaysia. Aus der Prüfung von achtzig von der Weltbank unterstützten Projekten, mit denen in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren in mehr als zwanzig Ländern begonnen wurde, geht hervor, daß die Nahrungsmittelerzeugung durch Vorhaben zur Unterstützung von Kleinbauern nicht weniger kosteneffizient gesteigert werden konnte als durch Projekte zur Förderung größerer, kommerziell ausgerichteter Betriebseinheiten; sie sind häufig sogar noch leistungsfähiger.

Weitere Erfolge wurden durch den Ausbau von Bewässerungsanlagen erzielt. In den Ländern mit niedrigem Einkommen wuchs die bewässerte Landfläche von 41 Mio Hektar in den frühen sechziger Jahren auf fast 60 Mio Hektar in den späten siebziger Jahren. Die Vorteile einer stärkeren Bewässerung und größerer Lagerkapazitäten sind bei einer drohenden Krise am augenfälligsten. Die Dürre im Jahre 1979 in Indien, die die Getreideproduktion um 17

Prozent unter das Rekordniveau des vorangegangenen Jahres reduzierte, war ebenso verheerend wie im Jahre 1966, als große Teile der Bevölkerung hungerten und die Nahrungsmittelpreise trotz Einfuhr von über 10 Mio Tonnen Getreide um 30 Prozent stiegen. In völligem Gegensatz hierzu kam es im Jahre 1980 nicht zu einer weitverbreiteten Hungersnot. Die Getreidepreise stiegen nur um etwa 17 Prozent und verursachten damit in den ländlichen Gebieten weniger Not als im Jahre 1966. Diese Verbesserung spiegelte in erster Linie eine durchschnittlich höhere Getreideproduktion und dementsprechend auch viel höhere Nahrungsmittelreserven wider (siehe Sonderbeitrag über Indien, Seite 88).

Eine eindeutige Lehre aus den bisherigen Erfahrungen besteht darin, daß jede Strategie zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und zur Bekämpfung der Armut auf dem Lande auf die jeweiligen örtlichen Bedingungen zugeschnitten sein muß. Hier begegnet man Problemen ganz allgemeiner Art:

- Es gibt Regionen, für die bisher nur wenige Methoden zur wirtschaftlichen Steigerung der Nahrungsmittelproduktion entwickelt wurden. Dies gilt besonders für Halbwüstengebiete wie die Sahelzone. Da sich die künstliche Bewässerung auf eine nur begrenzte Landfläche beschränkte, kam es zu Organisations- und Rehabilitationsproblemen, und viele Gebiete wurden aufgegeben. In Regionen mit höherem Niederschlag steht die benötigte Technologie (verbessertes Saatgut, Kunstdünger) häufig zur Verfügung. Die Bauern zögern jedoch, Innovationen zu übernehmen, deren Verlässlichkeit oder Wirksamkeit sie (oft zu Recht) in Zweifel ziehen. Für viele Länder ist die adaptive Forschung zweifellos von besonderer Bedeutung.

- Verbesserungen der Infrastruktur sind dringend erforderlich. Vor allem bessere Straßen würden den Binnenhandel fördern und zur Verbreitung von Marktinformationen und technischen Erkenntnissen beitragen.

- In vielen Ländern wird eine Politik verfolgt, die die Bauern benachteiligt. Sie – und vor allem die Kleinbauern – brauchen in jedem Land ein glaubwürdiges Anreizsystem, wenn sie ihre Produktion steigern sollen. Leistungsanreize gehen in erster Linie von den Preisen aus, aber andere Faktoren sind ebenfalls von Bedeutung. In vielen Ländern liegen die staatlich festgelegten Erzeugerpreise, umgerechnet zu amtlichen Wechselkursen, über den Weltmarktpreisen; die Bauern erzielen jedoch infolge von Verzögerungen bei der Abrechnung ihrer Erzeugnisse sowie kostspieligen Leistungsmängeln bei Transport, Lagerhaltung und Vermarktung letztlich niedrigere Preise. Die Nahrungsmittelpreise übersteigen auf dem freien Markt in der Regel die staatlich festgelegten Preise; sie sind jedoch unbeständig wie auch unvorhersehbar und hängen vom privaten Handel und Vertrieb ab, die häufig vom Staat behindert werden. Andererseits reicht das inländische Beschaffungs- und Vertriebssystem der Regierung oft nicht aus, um die Erzeugerpreise in der Erntezeit zu stützen; es stellt außerdem eine starke Belastung für den öffentlichen Haushalt und die knappen Verwaltungskapazitäten dar. Auch eine unbeständige Beschaffung von Nahrungsmitteln einführen kann zu instabilen Preisen führen. Und sollten die Bauern ihre Einkommen tatsächlich erhöhen können, stehen sie in den ländlichen Gebieten häufig vor einem sehr begrenzten Konsumgüter- und Dienstleistungsangebot.

- Überbewertete Wechselkurse und Ausfuhrsteuern zum Schutze der einheimischen Industrie haben tendenziell zu einer Verringerung der realen Einkommen in der Landwirtschaft geführt – eine typische (jedoch keineswegs ausschließliche) Erscheinung für Länder, die Erdöl und Bergbauprodukte exportieren, wie Mexiko, Nigeria und Venezuela.

- Ungerechte Pachtbestimmungen können nicht nur den Leistungsanreiz schwächen (etwa wenn Pächter nicht in den Genuß der Vorteile aus Innovation und Produktionsstei-

gerung kommen), sondern auch den Armen ohne Landbesitz produktive Beschäftigungsmöglichkeiten und höhere Einkommen versperren.

- Die Benachteiligung der Landwirtschaft geht über das Anreizsystem hinaus. Landwirtschaftliche Beratungsdienste verfügen häufig nur über ungenügende Finanzierungsmittel und unzureichendes Personal, was oft auf Nachlässigkeit und weniger auf eine gezielte Herabsetzung der Landwirtschaft zurückzuführen ist.

- Viele Länder, die der Landwirtschaft Priorität einräumen wollen, haben dabei einen ungeeigneten Kurs eingeschlagen. Häufige Ursache hierfür ist, daß das Potential der Kleinbauern unterschätzt wird. Viele Projekte zugunsten von Kleinbauern waren darüber hinaus zu ehrgeizig konzipiert, übermäßig kompliziert und trugen dem bestehenden landwirtschaftlichen System nicht hinreichend Rechnung: So wird zum Beispiel häufig übersehen, daß landwirtschaftliche Anbauprodukte oft von Frauen angebaut werden.

**SELBSTVERSORGUNG.** In welchem Umfang Nahrungsmittel importiert und im Inland produziert werden sollten, ist eine wirtschaftspolitische Kernfrage, auf die es keine einfache Antwort gibt. Die eigene Einschätzung der Ungewißheiten im globalen Nahrungsmittelangebot hat viele Länder (so Südkorea) veranlaßt, ihren Selbstversorgungsgrad unter beträchtlichen wirtschaftlichen Kosten zu erhöhen. Andere Länder, die ihre Nahrungsmittelproduktion steigern könnten und sollten (siehe Sonderbeitrag über Sambia, Seite 86), sind diesem Beispiel nicht gefolgt.

Die nationale Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln bedeutet nicht notwendigerweise, daß den Armen ein größeres Nahrungsmittelangebot zur Verfügung stünde. So konnte sich etwa Indien gegen Ende der siebziger Jahre weitgehend selbst mit Getreide versorgen. Diese an sich wünschenswerte Leistung beruhte allerdings größtenteils auf der gestiegenen Produktion im Nordwesten des Landes, während in den ärmeren

südlichen und östlichen Teilen nur geringere Fortschritte erzielt wurden. Um zu gewährleisten, daß die vorhandenen Nahrungsmittel auch die Bevölkerungsgruppen erreichen, die sie benötigen, ist zumindest ein leistungsfähiges Verteilungssystem erforderlich.

In manchen Fällen kann das Ziel der nationalen Selbstversorgung mit der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung für arme Haushalte in Konflikt geraten. Länder, die die Substitution von Importgetreide (besonders von Weizen) förderten, haben verschiedentlich die Erzeugung von Nahrungsmitteln (Kassawe, Hirse, Sorghum), die traditionellerweise von der ärmeren Bevölkerung produziert und verbraucht werden, benachteiligt. In vielen Ländern Westafrikas zum Beispiel hat die städtische Mittelschicht ihren Verbrauch an importiertem Reis erhöht, teils bedingt durch die gefallenen Weltmarktpreise und teils, weil sich Reis schneller zubereiten läßt als einheimische Nahrungsmittel. Fast alle reisimportierenden Länder Westafrikas haben deshalb die inländische Produktion, allerdings zu weit über den Einfuhrpreisen liegenden Kosten, zu steigern versucht.

Die gezielte Förderung der Substitution von Getreideimporten führte in manchen Fällen zur Vernachlässigung anderer Produktionsmöglichkeiten, vor allem bei landwirtschaftlichen Exporterzeugnissen. Die Förderung der Agrarausfuhr (wie Baumwolle und Jute) kann andererseits die Produktion von Nahrungsmitteln unter bestimmten Voraussetzungen beeinträchtigen; es gibt jedoch auch Beispiele für eine komplementäre Produktion für beide Märkte. Von vielleicht grundlegender Bedeutung ist zudem, daß Kleinbauern durch höhere Einkommen aus der landwirtschaftlichen Exportproduktion in die Lage versetzt wurden, ihre Ernährung zu verbessern. In noch anderen Fällen (so in Kolumbien und Tunesien) haben niedrige Nahrungsmittelpreise als Folge der Nahrungsmittelhilfe jeglichen Anreiz zur Steigerung der inländischen Nahrungsmittelproduktion erstickt.

**NAHRUNGSMITTELVERTEILUNG.** In fast allen Ländern gibt es in der einen oder anderen Form eine subventionierte öffentliche Nahrungsmittelverteilung. Solche Einrichtungen bieten häufig den wirkungsvollsten Weg, um vor allem in städtischen Gebieten den Kalorien- und Proteinmangel der Armen, die Nahrungsmittel kaufen, zu verringern. Zudem ist der hiermit verbundene Verwaltungsaufwand oft geringer als bei anderen öffentlichen Ausgaben (siehe Sonderbeitrag). Ausgleichsbestände, finanzielle Unterstützung der privaten Vorratshaltung und staatliche Preisstützungssysteme, die Preisausschläge dämpfen sollen, haben als Anreiz für die Bauern gedient und die Belastungen für die Verbraucher eingeschränkt.

Während Vorkehrungen dieser Art im allgemeinen darauf abzielen,

städtische Gebiete verlässlich und preisgünstig mit Nahrungsmitteln zu versorgen, unternahmen einige Regierungen (vor allem in Südasien) den Versuch, diese Vorkehrungen auch auf ländliche Gebiete auszuweiten. Durch Programme nach dem Motto »Nahrungsmittel gegen Arbeit« und durch öffentliche Projekte auf dem Lande konnte man die ländlichen Armen mit einigem Erfolg erreichen; trotz gewisser Verluste an den Zwischenhandel und andere nicht vorgesehene Nutznießer finden die verteilten Nahrungsmittel letztlich doch ihren Weg zu hungernden Menschen.

Eine Gefahr bei der öffentlichen Verteilung von Nahrungsmitteln besteht darin, daß sie den Anreiz für die Produzenten unterminiert; tatsächlich besteht ein eindeutiger Konflikt zwischen den unmittelba-

ren Interessen der Verbraucher (niedrige Preise) und den Erzeugerinteressen (hohe Preise). Da sich Getreide zum Beispiel nicht unbegrenzt lange lagern läßt, müssen die Bestände regelmäßig ausgetauscht werden; bei engen kommerziellen Märkten führte dieser Austausch oft zu einer Destabilisierung der Absatzmärkte inländischer Produzenten. Die Anreize für die Bauern wurden geschwächt, während sich die Lage der Menschen in unzugänglichen ländlichen Gebieten, die den größten Ernährungsrisiken ausgesetzt sind, kaum verbesserte.

In vielen Fällen gibt es bessere und kostengünstigere Möglichkeiten, die Armen mit Nahrungsmitteln zu versorgen. In einigen Ländern wird mit Rationierungsprogrammen und Lebensmittelmarken experimentiert, wobei die Begünstigung vom Einkommen abhängt. Manche Experten würden es vorziehen, »automatisch gesteuerte« Erzeugnisse zu subventionieren – Grundnahrungsmittel, die vorwiegend von den Armen verbraucht werden. Allerdings ist die ausschließliche Beschränkung von Subventionen auf die Ärmsten mit der Gefahr verbunden, daß die politische Unterstützung für jegliche Form der Subventionierung verlorengeht. Außerdem hängt viel von der Leistungsfähigkeit des Vermarktungs- und Vertriebssystems ab. Verknappt sich einmal das Angebot an subventionierten Nahrungsmitteln, so werden diese, wie Beispiele in einigen Ländern Afrikas zeigen, in der Regel einer immer kleiner werdenden Bevölkerungsgruppe in städtischen Gebieten zugeteilt – und selten jenen, die sie am dringendsten benötigen. Diese Vorkehrungen lassen sich unter Umständen nur mit erheblichen politischen Kosten modifizieren. Die Auslandshilfe kann zu einer Verstärkung der Anpassung beitragen, sofern sie mit einer Änderung der Subventionspolitik einhergeht.

### *Perspektiven für die achtziger Jahre*

Es besteht kein Anlaß, der Zukunft mit Selbstgefälligkeit entgegenzu-

## **Nahrungsmittelsubvention: Drei Beispiele**

Die Vorteile und Kosten von Programmen zur Subventionierung von Nahrungsmitteln hängen von verschiedenen Faktoren ab, zu denen das Einkommensniveau der Begünstigten, das Entwicklungsstadium des Landes (vor allem seiner Landwirtschaft) gehören, sowie davon, inwieweit diese Programme durch haushaltspolitische Engpässe beeinträchtigt werden.

- Nahrungsmittelsubventionen können in einen Teufelskreis aus rückläufigen Produzentenanreizen und haushaltsmäßigen Anspannungen führen. So sind in Sambia die staatlich kontrollierten Verbraucherpreise für Nahrungsmittel langsamer gestiegen als andere Preise. In den Jahren 1976 bis 1980 – und damit zur Zeit einer schweren Wirtschaftskrise (siehe Sonderbeitrag über Sambia Seite 86) – nahm der Anteil der Subventionen für Mais und Kunstdünger an den laufenden Haushaltsausgaben von 10 auf 20 Prozent zu. Dennoch lagen die Produzentenpreise unter den Einfuhrpreisen. Durch die Subventionen wurden in erster Linie städtische Verbraucher begünstigt, denen es im Vergleich zu den meisten Bauern vor allem in entlegenen Gebieten besser geht. Unzureichende Erzeugeranreize haben ihrerseits die Produktionsmengen reduziert, die über offizielle Kanäle vermarktet werden. Dementsprechend entwickelten sich Schwarzmärkte, auf denen die Verbraucherpreise weit höher sind als die Einfuhrpreise. (Im Jahre 1981 hob die Regierung allerdings die Preise für Maismehl um über 30 Prozent an und verringerte die Subventionen.)

- Die Nahrungsmittelpolitik basiert in mehreren Ländern Südasien auf einem komplexen Bündel von Maßnahmen in den Bereichen Beschaffung, Lagerhaltung, Rationierung, kommerzielle Einfuhr, Nahrungs-

mittelhilfe sowie auf Exportverboten und unzähligen preis- und mengenpolitischen Interventionen. Obwohl diese Vorkehrungen im allgemeinen teuer sind, variiert der Saldo aus Kosten und Vorteilen sehr stark in Abhängigkeit vom jeweiligen Land, von der Reichweite der Vorkehrungen, der Auswahl der subventionierten Nahrungsmittel, den Auswahlkriterien für die zu Begünstigten sowie von den Bezugsbestimmungen und der Standortwahl für die Rationierungsläden.

So scheinen die staatlichen Interventionen in Indien, wo Weizen, Reis und andere Getreidesorten über Rationierungs- oder Vorzugspreis-Läden verkauft werden, trotz administrativer Schwierigkeiten einen wirksamen Weg darzustellen, um die Armen zu erreichen. Verteuerungen bei der Beschaffung wurden an die Verbraucher weitergegeben, um steigenden Importkosten Rechnung zu tragen. Die Subventionen konnten als Folge dieser Politik innerhalb tragbarer Grenzen gehalten werden, und sie wurden bislang durch budgetäre Engpässe kaum in Frage gestellt.

- Mehreren Ländern mit mittlerem Einkommen ist es gelungen, die Mangelernährung durch gezielte Nahrungsmittelverteilungssysteme direkt zu bekämpfen. Kolumbien erreicht über ein Lebensmittel-Bezugschein-System, das Mitte der siebziger Jahre eingeführt wurde und nur von bescheidener Größenordnung ist, etwa 140 Tsd Haushalte, und es beansprucht weniger als 0,1 Prozent der laufenden Ausgaben der Zentralregierung. Die Bezugsscheine werden an Bauern in den ärmeren Regionen verteilt und können gegen eine begrenzte Auswahl an Lebensmitteln eingetauscht werden, die mit Proteinen angereichert sind.



sehen. In den Entwicklungsländern verschärfen sich die haushaltspolitischen Engpässe und der Druck auf die Devisenreserven – und das gerade zu einer Zeit, in der es infolge des schwachen Wirtschaftswachstums besonders dringlich ist, die Armen weiterhin mit preisgünstigen Nahrungsmitteln zu versorgen. Sollten die Entwicklungsländer befürchten müssen, daß die Vereinigten Staaten ihre beherrschende Stellung auf dem internationalen Getreidemarkt für politische Zwecke einsetzen, könnten sie sich gezwungen sehen, eine kostspielige Politik der Importsubstitution einzuführen. Durch politische Instabilität könnten auch in Zukunft Produktion und Verbrauch von Nahrungsmitteln in einigen der anfälligsten Regionen der Welt aus dem Gleichgewicht geraten.

Es gibt aber auch positive Aspekte. Der Einfluß der Energiekosten auf die Rentabilität der Landwirtschaft dürfte verhältnismäßig gering sein, da der Agrarsektor im allgemeinen weniger energieintensiv ist als viele andere Wirtschaftszweige (gleichwohl machen sich steigende Energiekosten bei Kunstdünger und einzelnen Bewässerungsverfahren bemerkbar). Die Industrieländer werden sich zunehmend der haushaltspolitischen Belastungen des landwirtschaftlichen Protektionismus bewußt. Sie könnten vielleicht dazu bewegt werden, die Absatzmöglichkeiten der Entwicklungsländer für bestimmte Erzeugnisse (Rindfleisch, Zucker) zu verbessern und die Unbeständigkeit der Getreidemärkte zu verringern.

**DIE ROLLE DER ENTWICKLUNGSLÄNDER.** So bieten die nächsten zehn Jahre Gelegenheit zu längst überfälligen Reformen in der Agrarpolitik. In den vielen Ländern, in denen die vorhandenen Ressourcen derzeit noch nicht voll ausgeschöpft werden – vor allem die latente Produktivität der Kleinbauern – sollte man die Strategien überdenken. Bessere Anreize, adaptive Forschung, höhere Investitionen, die Abschaffung unwirtschaftlicher Vermarktungssysteme, der Ausbau der Infrastruktur wie auch der künst-

lichen Bewässerung – all diese Aspekte gehören zu den Schlüsselementen einer Strategie, die der Landwirtschaft höhere Priorität einräumt.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung zu widmen. Dies impliziert nicht nur eine höhere Nahrungsmittelproduktion in ländlichen Gebieten, sondern auf lange Sicht auch eine Verringerung ihrer Kosten sowie verbesserte Wege, über die die gefährdetsten Bevölkerungsgruppen erreicht werden können. Städtischen Gebieten sind zu diesem Zweck bei unzureichender inländischer Produktion die erforderlichen Devisen für Nahrungsmiteleinfuhren zuzuteilen; darüber hinaus muß über staatliche Interventionen der verschiedensten Art eine gleichmäßige Verteilung der verfügbaren Nahrungsmittel gewährleistet werden.

**INTERNATIONALE POLITIK.** Es gibt verschiedene Bereiche, in denen die nationalen Anpassungsbemühungen in der Landwirtschaft durch internationale Maßnahmen wirkungsvoller unterstützt werden könnten.

- **Offenere Märkte.** Die entwickelten Länder sollten auf protektionistische Maßnahmen, die zur Instabilität der Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt beitragen, verzichten. Die gemeinsame Agrarpolitik der EG gehört zu den reformbedürftigen Systemen; aber auch die UdSSR und Japan verfolgen eine Politik, die sich ähnlich auf die Entwicklungsländer auswirkt. Ein neues internationales Weizenabkommen mit einem weltweit koordinierten Informationssystem über Getreidereserven würde ebenfalls zur Marktstabilisierung beitragen.

- **Größere Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung.** Mit der kürzlich vereinbarten Nahrungsmittelhilfe-Konvention wird ein Beitrag zur Sicherung der Nahrungsmiteleinfuhr der Entwicklungsländer im Falle einer unzureichenden Inlands-erzeugung geleistet; dabei wurde allerdings dem Problem schwankender Preise und Devisenerlöse, mit

dem sich die Länder mit niedrigem Einkommen konfrontiert sehen, nicht hinreichend Rechnung getragen. Der kürzliche Beschluß des Internationalen Währungsfonds, Ländern mit vorübergehend überdurchschnittlich hohen Getreideeinfuhrkosten finanzielle Unterstützung zu gewähren, könnte hier Abhilfe schaffen, vorausgesetzt, die zur Verfügung gestellten Gelder werden auch tatsächlich zur Einfuhr zusätzlicher Nahrungsmittel verwendet.

- **Internationale Hilfe.** Zwar wird auch weiterhin Kapital für Investitionszwecke (vor allem für die landwirtschaftliche Forschung und die kostspieligen Bereiche Infrastruktur und Wasserversorgung) benötigt; die Reform wirtschaftspolitischer Maßnahmen und bestehender Programme erfordert jedoch zunehmende Unterstützung. Wann immer die Produzentenpreise zum möglichen Nachteil der Verbraucher erhöht werden müssen, kann Auslandshilfe (einschließlich Nahrungsmittelhilfe) eine bedeutende Rolle spielen, um sicherzustellen, daß die inländische Preis- und Subventionspolitik zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion und des Verbrauchs der ärmsten Bevölkerungsschichten beiträgt.

- **Katastrophenhilfe.** Internationale und freiwillige Hilfsorganisationen, die ein eindrucksvolles Netz bilden, haben viel geleistet, um Nahrungsmittelkatastrophen in vielen Teilen der Welt zu mildern. Ihre Bemühungen verdienen Anerkennung und Unterstützung. Katastrophenhilfe (und Nahrungsmittelhilfe) können auch weiterhin einen wirkungsvollen Beitrag leisten, wenn ihre Politisierung vermieden wird.

## Bevölkerung

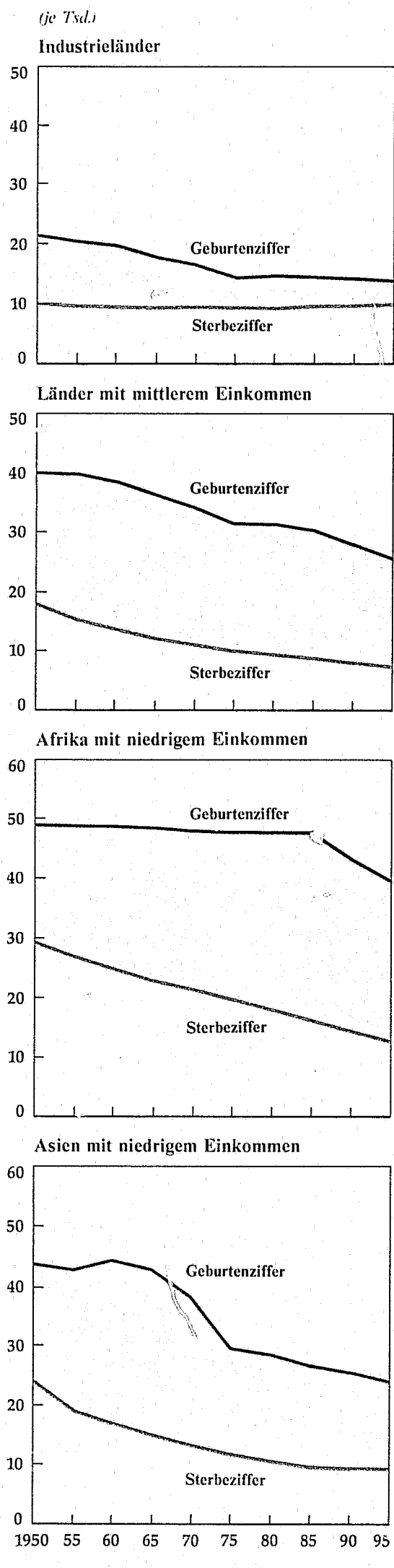
Die Weltbevölkerung benötigte 35 Jahre, um von 2 auf 4 Milliarden Menschen anzuwachsen; weitere 2 Milliarden dürften innerhalb von nur 25 Jahren hinzukommen. Der größte Teil des künftigen Wachstums läßt sich nur innerhalb enger Grenzen beeinflussen. Die Entwick-

lunftsfortschritte bis zum Ende dieses Jahrhunderts sind allerdings entscheidend für das Bevölkerungswachstum im kommenden Jahrhundert. Was zwischen heute und dem Jahr 2000 geschieht, wird darüber bestimmen, ob sich die Weltbevölkerung im 21. Jahrhundert bei etwa 8 Milliarden Menschen stabilisieren läßt, oder ob sie noch schneller auf 11 Milliarden oder mehr anwachsen wird. Das Ergebnis hängt zum Teil von den Maßnahmen ab, die die Regierungen während der Anpassungsperiode ergreifen – vor allem davon, ob sie Programme, die den Rückgang der Fruchtbarkeit beeinflussen, aufrechterhalten und ausweiten können.

Die Gründe, weshalb sich die Weltbevölkerung mindestens verdoppeln wird, lassen sich schnell aufzählen: die Sterblichkeit geht zurück, die derzeitige Fruchtbarkeit ist hoch und das Heiratsalter in den Entwicklungsländern nach wie vor niedrig; die Weltbevölkerung ist jung, und die Zahl der Frauen im oder kurz vor dem gebärfähigen Alter nimmt rasch zu. Die Untergrenze für eine »stationäre« Bevölkerung wird durch Annahmen über das frühestmögliche Datum bestimmt, ab dem die Fruchtbarkeit auf das »Reproduktionsniveau« zurückgehen könnte. Dieses Niveau wird definiert als die Zahl der Geburten (etwa 2 Kinder je Elternpaar), bei der sich die Bevölkerung eines Landes bei gegebener Sterblichkeit gerade noch reproduziert. Aus der Erfahrung geht hervor, daß es in Entwicklungsländern mit einer hohen Fruchtbarkeit und fünf bis sechs Kindern je Elternpaar höchst unwahrscheinlich ist, daß die Kinderzahl in weniger als zwanzig Jahren auf zwei oder weniger reduziert werden kann.

Der Zeitraum, innerhalb dessen die bestandsneutrale Fruchtbarkeit erreicht wird, beeinflußt offensichtlich den endgültigen Umfang der stationären Bevölkerung. Sollte zum Beispiel die Fruchtbarkeit in Indien innerhalb der nächsten 25 Jahre auf zwei Kinder je Elternpaar zurückgehen, so würde sich die Bevölkerung ab heute in etwa 40 bis 50 Jahren bei

Abbildung 7.5 Geburten- und Sterbeziffern für ausgewählte Ländergruppen 1950 bis 1995



etwa 1,37 Milliarden Menschen (oder dem Doppelten ihres derzeitigen Umfangs) stabilisieren. Sollte es jedoch 20 Jahre länger dauern, um diese Fruchtbarkeitsziffer zu erreichen, wäre die stationäre Bevölkerung um 300 Millionen größer.

Ähnliche Berechnungen für Pakistan (mit einer Bevölkerung im Jahre 1979 von 80 Millionen) und Kenia (15 Millionen) zeigen, daß ihre Bevölkerungen, sofern die Fruchtbarkeit innerhalb von 25 Jahren auf das »Reproduktionsniveau« sinkt, auf 200 Millionen bzw. 44 Millionen anwachsen, demgegenüber aber 283 Millionen bzw. 87 Millionen erreichen würden, wenn die bestandsneutrale Fruchtbarkeit erst nach 45 Jahren verwirklicht wird. Die gleiche Berechnung ergibt für alle Entwicklungsländer zusammen eine endgültige stationäre Bevölkerung in der Größenordnung von 6,7 bis 10,3 Milliarden. Dies veranschaulicht, wie dringend es ist, die Fruchtbarkeit auf das Reproduktionsniveau zu senken.

### Entwicklungen in neuerer Zeit

Zwischen den Jahren 1960 und 1979 fiel die unbereinigte Geburtenziffer in den Ländern mit niedrigem Einkommen von 45 auf 37 je Tausend und die Sterbeziffer von 24 auf 15 je Tausend; im gleichen Zeitraum gingen die Geburtenziffern in den Ländern mit mittlerem Einkommen von 41 auf 34 je Tausend und die Sterbeziffern von 15 auf 10 je Tausend zurück. Dies sind Hinweise auf erstaunliche Fortschritte (Abbildung 7.5). In den letzten Jahren hat sich allerdings der Rückgang der Sterbeziffern verlangsamt. In vielen Ländern waren Kampagnen gegen bestimmte Krankheiten wie Cholera und Malaria die Hauptursache der rückläufigen Sterbeziffern; weitere Fortschritte hängen von Verbesserungen der Ernährung und Schulerziehung, im Gesundheitswesen sowie der Wasserversorgung und im sanitären Bereich ab. In einer Reihe von Entwicklungsländern nähert sich die Sterbeziffer inzwischen ihrer Untergrenze.

Als Ergebnis dieser Errungenschaften hat das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern insgesamt gesehen – etwa 2,4 Prozent im Jahre 1965 und derzeit 2,2 Prozent – seinen Höhepunkt bereits überschritten. In den siebziger Jahren beschleunigte sich das Bevölkerungswachstum lediglich in Afrika. In den dort gelegenen Ländern nahm die Fruchtbarkeit nur geringfügig ab (in manchen Ländern ist sie sogar leicht gestiegen), während sich der Rückgang der Sterblichkeit zumindest noch bis vor kurzem nicht verlangsamt hat. In einigen Fällen wächst die Bevölkerung nahezu mit der theoretischen Höchststrategie – so etwa in Kenia um jährlich fast 4 Prozent –, was zu einer Verdoppelung der Bevölkerung in 18 Jahren führen wird.

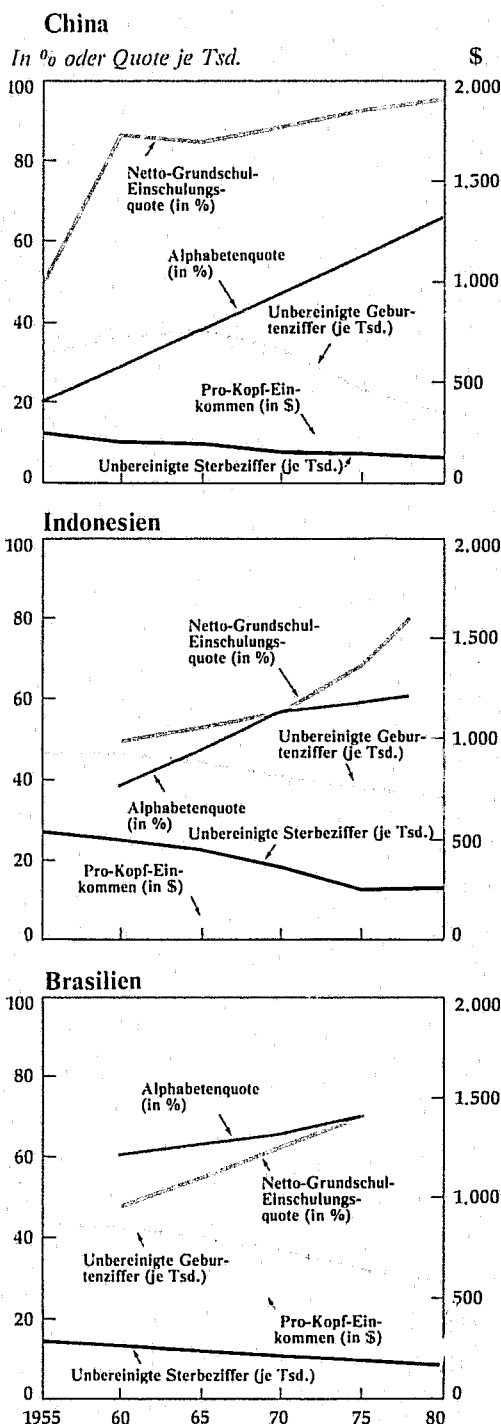
Eine Verringerung der Geburtenziffer wirkt sich erst im Laufe der Zeit spürbar auf die Bevölkerungsgröße aus. Ihr Einfluß auf die Ausgaben zur Förderung der menschlichen Entwicklung würde allerdings viel rascher zu Buche schlagen. Aus Berechnungen für Kenia geht hervor, daß bei einer allmählichen Verringerung der unbereinigten Fruchtbarkeitsziffer bis zum Jahre 2000 von derzeit 8 auf 4, die Bevölkerung bis dahin 19 Prozent kleiner wäre als bei einer unveränderten Fruchtbarkeitsziffer; gleichzeitig gäbe es aber auch 28 Prozent weniger Kinder im Grundschulalter.

Der Rückgang der Fruchtbarkeit verläuft von Land zu Land unterschiedlich: Die Kultur, gesellschaftliche Organisationsformen, die Familienstruktur und viele andere spezifische Merkmale der einzelnen Völker spielen dabei eine Rolle. Dennoch haben neuerliche Forschungsarbeiten eine Reihe allgemein gültiger Aussagen über die Ursachen eines abnehmenden Bevölkerungswachstums bestätigt. Hiernach zählen Schulerziehung, verbesserte gesundheitliche Bedingungen – nicht zuletzt eine bessere Ernährung –, die die Überlebenschancen von Kindern erhöhen, sowie die Verstärkung und zusätzliche Arbeitsplätze vor allem im modernen Sektor der Wirtschaft und

## Familienplanungsprogramme zahlen sich aus

Die Erfahrungen in drei verschiedenen Ländern veranschaulichen, wie Familienplanungsprogramme durch die allgemeine Entwicklung – über höhere Einkommen, bessere Erziehung und Lese- und Schreibkenntnisse, höhere Lebenserwartung und verbesserte Ernährung – ergänzt werden können.

### Kennzahlen der menschlichen Entwicklung: China, Indonesien, Brasilien



• Die unbereinigte Geburtenziffer Chinas ging von 34 im Jahre 1957 auf 18 im Jahre 1979 zurück, und die Bevölkerungswachstumsrate lag im Jahre 1980 nur noch bei etwa 1,2 Prozent. Das offizielle Familienplanungsprogramm geht auf das Jahr 1956 zurück, gewann aber erst in den frühen siebziger Jahren mit der Einführung von kostenlosen Verhütungsmitteln, einem höheren Heiratsalter, Vorschriften über die Kinderzahl, durch sozialen Druck sowie wirtschaftliche Anreize und Sanktionen an Durchschlagskraft. Das Ergebnis: Etwa 70

Prozent der Frauen, die schwanger werden könnten, wenden empfängnisverhütende Verfahren an – ein Prozentsatz, der vergleichbar ist mit dem in den Vereinigten Staaten – 68 Prozent 1976 – und deutlich höher liegt als in anderen Entwicklungsländern – 23 Prozent in Indien, 41 Prozent in Sri Lanka und 46 Prozent in Kolumbien.

Bis vor kurzem betrug das empfohlene Heiratsalter in den Städten 28 Jahre für Männer und 25 Jahre für Frauen und auf dem Lande 25 bzw. 23 Jahre. In Guangdong, Jiangsu, Hebei und Shanghai entsprachen im Jahre 1970 über drei Viertel aller Heiraten dem empfohlenen Alter.

Frauen, die sich einer Sterilisation oder Abtreibung unterziehen, erhalten bezahlten Urlaub. In einigen Provinzen werden Ehepaare, die sich zu einem Kind verpflichten, durch finanzielle Zuwendungen sowie bevorzugte Behandlung bei der Schulerziehung und Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Wohnraum belohnt. Demgegenüber werden Ehepaare, die mehr als zwei Kinder bekommen, bestraft. Die Sanktionen sind überwiegend sozialer Art – die Gemeinde mißbilligt das Verhalten jener, die sich der offiziellen Geburtenplanung nicht unterordnen.

Die Wirksamkeit des Programms wurde durch eine Reihe anderer Faktoren gesteigert. Die hohe Lebenserwartung in China und die niedrige Säuglingssterblichkeitsziffer (etwa 56 pro Tausend) reduzierten den »Bedarf« an zusätzlichen Kindern. Die fast universelle Grundschulzerziehung für Frauen führte zur Veränderung der Einstellung gegenüber der Familiengröße und zunehmender Verwendung von Verhütungsmitteln.

• In Indonesien sank die unbereinigte Geburtenziffer von 41 im Jahre 1970 auf 36 im Jahre 1979. Die unteren sozio-ökonomischen Schichten und Frauen mit einer begrenzten Kinderzahl werden im Rahmen eines Familienplanungsprogramms angesprochen. Dieses Programm wird zentral gelenkt, aber auf örtlicher Ebene umgesetzt. Treibende Kraft der Familienplanung sind traditionelle Gemeinderäte (*banjars*) und innerhalb der Gemeinden ausgeübter sozialer Druck. Dieses Programm führte zu eindrucksvollen Ergebnissen – in Bali benutzten in den Jahren 1979 und 1980 fast 49 Prozent der in Frage kommenden Ehepaare Verhütungsmittel, verglichen mit einer landesweiten Quote von 27 Prozent.

• Im Gegensatz hierzu enthält die Familienplanung in Brasilien von offizieller Seite nur geringe Unterstützung. Trotz des hohen Wirtschaftswachstums lag die Bevölkerungswachstumsrate Brasiliens in den Jahren 1970 bis 1979 unverändert bei jährlich 2,2 Prozent. Brasilien ist zwar wesentlich reicher als China, die Vorteile aus seinem Wirtschaftswachstum waren jedoch u.a. in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Erziehung weit weniger stark gestreut. Dementsprechend liegt Brasilien auch unter dem weltweiten Durchschnitt, wenn man die Höhe der Einkommen zu Kennzahlen aus dem Gesundheits- und Erziehungswesen in Beziehung setzt. Obgleich die Fruchtbarkeit in letzter Zeit zurückgegangen ist, liegt sie immer noch höher als in China, wie auch in Sri Lanka, einem weiteren Land mit niedrigem Einkommen, das die Familienplanung gefördert hat.

besonders für Frauen zu den Faktoren, die mit einem Rückgang der Fruchtbarkeit in den Entwicklungsländern am häufigsten in Zusammenhang gebracht werden.

### *Die Verbindung zwischen Armut und Bevölkerungswachstum*

Diese Erkenntnisse führen zu einer Schlußfolgerung von zentraler Bedeutung: Armut und rasches Bevölkerungswachstum sind miteinander verknüpft. Die Bekämpfung der Armut (sowie ihrer Begleiterscheinungen wie schwache Gesundheit, unzureichende Schulerziehung und Mangel an Status und Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen) ist sowohl als eigenständiges Ziel als auch als Mittel zur Verlangsamung des Bevölkerungswachstums von wesentlicher Bedeutung. Umgekehrt trägt ein hohes Bevölkerungswachstum zur Armut bei. Eine arme Familie betrachtet eine steigende Kinderzahl häufig als wirtschaftlichen Vorteil – was aus der Sicht der Familie auch durchaus zutreffen mag. Diese Kinder vergrößern jedoch das Reservoir an Arbeitskräften, die sich in einem armen Land nur schwierig ausbilden, unterbringen, gesund halten und mit dem erforderlichen Kapital versorgen lassen, um Produktivität und Beschäftigung zu steigern. Wenn auch ein wachsendes Arbeitskräfteangebot bei ansonsten knappen Ressourcen und weit verbreiteter Unterbeschäftigung zu einer höheren Gesamtproduktion beiträgt, so wird damit die *durchschnittliche* Produktion je Arbeitskraft und dementsprechend auch das Durchschnittseinkommen nicht gesteigert, sondern oft gesenkt.

Während ein hohes Wirtschaftswachstum zur Verlangsamung der Bevölkerungsexpansion beiträgt, ist auch die Versorgung mit Leistungen der Familienplanung von Bedeutung (siehe Sonderbeitrag). Durch wir-

kungsvolle Familienplanungsprogramme wird nicht nur kundgetan, daß die Familiengröße der eigenen Entscheidung unterliegt; es werden gleichzeitig auch die Mittel zur Verfügung gestellt, um diese Entscheidung in die Tat umzusetzen. Nach inzwischen weitverbreiteter Auffassung sind sowohl angemessene soziale und wirtschaftliche Veränderungen als auch die Verbreitung von Geburtenkontrollmitteln erforderlich, um die Fruchtbarkeit zu senken.

In den Ländern, in denen die Mehrheit der Bevölkerung der sich entwickelnden Welt lebt, werden inzwischen begrenzte Fortschritte erzielt. In anderen Entwicklungsländern dagegen geht die Fruchtbarkeit heute rascher zurück als in den Industrieländern, als diese im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts den demographischen Übergang vollzogen. In Ländern, in denen die Fruchtbarkeit Ende des 19. Jahrhunderts zu sinken begann (wie in Großbritannien, Österreich, Italien, den Niederlanden und den Vereinigten Staaten) dauerte es etwa 50 Jahre, bis die unbereinigte Geburtenziffer von 35 auf 20 je Tausend gefallen war, was einem durchschnittlichen Rückgang von jährlich 0,3 je Tausend entspricht. Länder wie Chile, Sri Lanka und Malaysia, die in den frühen sechziger Jahren unbereinigte Geburtenziffern von etwa 35 je Tausend verzeichneten, konnten diese Ziffer mittlerweile um jährlich 0,5 bis 1,0 je Tausend senken.

### **Die Rolle der Auslandshilfe**

Einzelne Regierungen könnten sich durch den Anpassungsdruck und vor allem durch haushaltspolitische Belastungen veranlaßt sehen, ihre Programme zur menschlichen Entwicklung zu kürzen. Dadurch würden jedoch gerade diejenigen Aspekte der Entwicklung in den Ländern mit

niedrigem Einkommen beeinträchtigt, die zur Milderung der Armut den größten Beitrag leisten. Vor allem die Kürzung von gehaltsunabhängigen laufenden Ausgaben kann diesen Programmen sehr schaden, ohne daß sich dabei in den öffentlichen Haushalten nennenswerte Einsparungen erzielen ließen. Soweit derartige Kürzungen unvermeidlich sind, können und sollten sie so vorgenommen werden, daß der Schaden auf ein Minimum beschränkt wird.

Aus mangelnder Unterstützung kommen viele für die menschliche Entwicklung wertvolle Initiativen wie etwa die biomedizinische Forschung über die Fortpflanzung, die Weiterentwicklung von Verhütungsmitteln sowie Gesundheits- und Familienplanungsprojekte nicht mehr voran. So kürzt der Fonds für bevölkerungspolitische Maßnahmen der Vereinten Nationen (UNFPA) derzeit wegen des Bedarfs Chinas seine Familienplanungshilfe an Indien und damit an das Land mit der zweitgrößten Bevölkerung der Erde – eine grausame Entscheidung, die ihm durch unzureichende Finanzierungsmittel aufgezwungen wird.

Durch internationale Hilfe könnten diese Programme unter den schwierigen Bedingungen der achtziger Jahre – über die Finanzierung von laufenden gehaltsunabhängigen Ausgaben und die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung der armen Länder vor allem zur Unterstützung landwirtschaftspolitischer Reformen – abgesichert und ausgeweitet werden.

Umfassende Programme zur menschlichen Entwicklung werden auch weiterhin entscheidend auf die Entwicklungshilfe angewiesen sein. Künftigen Generationen, die eine überbevölkerte und unterernährte Erde ererben, wird sich jede Pflichtvergessenheit der heutigen Generation als kurzfristig und in der Tat verantwortungslos darstellen.

## 8 Überblick

Im Mittelpunkt des vorliegenden *Berichts* standen sowohl die globale als auch die nationale Anpassung zur Förderung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums in der Weltwirtschaft. Dabei wurden das Zusammenspiel zwischen nationalen und internationalen Maßnahmen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung beschrieben. In diesem letzten Kapitel werden die wichtigsten Ergebnisse und Handlungsdi-  
rektiven zusammengefaßt und einige Merkmale der wechselseitigen Abhängigkeit sowohl zwischen verschiedenen Ländergruppen als auch einzelnen Problembereichen herausgestellt.

Die internationalen Rahmenbedingungen werden am nachhaltigsten durch das Verhalten der Industrieländer und der wichtigen Ölexporture geprägt. Diese Länder sind sich heute ihrer wechselseitigen Interessen durchaus bewußt – und sie sehen immer deutlicher, wie sich ihre Interessen mit denen der Entwicklungsländer, vor allem der besergestellten unter ihnen, decken.

Die armen Länder wurden in diesem *Bericht* auf eindrucksvolle Weise als »Stiefkinder« des Weltwirtschaftswachstums herausgestellt, die zu Beginn der achtziger Jahre vor einer weiteren Verschlechterung ihrer Aussichten stehen. Sie werden im Rahmen der zunehmenden handelspolitischen und finanziellen Verflechtungen zwischen den Industrie- und ölexportierenden Staaten sowie den Ländern mit mittlerem Einkommen auch weiterhin nur eine Nebenrolle spielen. In einigen Bereichen gibt es jedoch für die reicheren Länder vor allem unter Berücksichtigung längerfristiger Entwicklungstrends gute Gründe,

die Zusammenarbeit auch mit den ärmeren Ländern zu intensivieren.

### Ausmaß der Interdependenz

Die wechselseitige Abhängigkeit ist weder eine neue Erscheinung noch eine neue Idee. Sie wurde in letzter Zeit in mehreren Berichten und Untersuchungen, vor allem im Bericht der Brandt-Kommission und in der Interfutures-Studie der OECD besonders herausgestellt. In den dreißiger Jahren erlebten die Länder, wie schnell das weltwirtschaftliche Gefüge durch Außenhandelsbeschränkungen und konkurrierende Abwertungen zur Sicherung nationaler Vorteile geschädigt werden kann. Die nach dem zweiten Weltkrieg geschaffenen Institutionen und Vorkehrungen – Weltbank und Internationaler Währungsfonds, GATT, Vereinte Nationen und nachgeordnete Stellen – sollten die Voraussetzungen für einen liberalen Außenhandel schaffen und die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern. Unter ihrem Einfluß kam es vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren zu einer raschen Expansion der Weltwirtschaft. Der Außenhandel ist sogar noch stärker gewachsen. Selbst unter den Belastungen der siebziger Jahre verzichteten die Industrieländer auf handelspolitische Schritte, die möglicherweise Vergeltungsmaßnahmen nach sich gezogen hätten.

Die Bedeutung der Interdependenz hat sich in den Jahren nach 1945 gewandelt:

- Die Zahl der souveränen Staaten hat sich verdreifacht, wodurch nicht nur die Notwendigkeit, son-

dern auch die Schwierigkeiten der internationalen Zusammenarbeit gestiegen sind.

- Durch das Wirtschaftswachstum in den halbindustrialisierten Ländern entstanden neue Schwerpunkte der Fertigwarenproduktion und der technologischen Innovation. Projektionen für den Zeitraum 1980 bis 1990 lassen erwarten, daß die Entwicklungsländer mit über einem Viertel zur Ausweitung der Weltproduktion beitragen werden, was einer Zunahme ihres Anteils an der Gesamtproduktion auf 20 Prozent entspricht, verglichen mit lediglich 15 Prozent im Jahre 1970.

- Die Entwicklungsländer spielen im Welthandel eine zunehmend wichtige Rolle. Zwischen 1980 und 1990 werden sie mit fast 30 Prozent zur Ausweitung des Welthandels beitragen. Sie erwerben 38 Prozent der EG-Ausfuhren, die in Länder außerhalb der Gemeinschaft gehen; jeweils die Hälfte hiervon entfällt auf die ölexportierenden und die ölimportierenden Entwicklungsländer. Die Vereinigten Staaten setzen 36 Prozent an Entwicklungsländer ab, wobei ein Drittel dieser Ausfuhren in die ölexportierenden und zwei Drittel in die ölimportierenden Länder geht. Für Japan lauten die entsprechenden Daten 46 Prozent für die Entwicklungsländerausfuhr, mit 14 Prozent, die zu den Ölexporturen und 32 Prozent, die in die ölimportierenden Länder gehen. Im Gesamthandel mit Fertigwaren erzielten die marktwirtschaftlichen Industrieländer im Jahre 1978 gegenüber den Entwicklungsländern einen Überschuß von 34,5 Mrd Dollar.

- Die Entwicklungsländer übernehmen für die übrige Welt mehr und mehr die Funktion einer



»Wachstumslokomotive«. Nach wie vor gehen zwar die wichtigsten Impulse auf die wirtschaftliche Aktivität von den Industrieländern in die Entwicklungsländer; die umgekehrten Effekte sind jedoch nicht zu vernachlässigen. Einige Schätzungen gehen davon aus, daß sich das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern durch eine Steigerung des Wachstums in den Entwicklungsländern um einen Prozentpunkt um etwa 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte erhöhen würde. In einer anderen Untersuchung wurde errechnet, daß die Länder mit mittlerem Einkommen Mitte der siebziger Jahre – als sie ihre Einfuhren aufrechterhielten, während das Wachstum in der übrigen Welt zurückging – die Volkswirtschaften der Industrieländer in einem Ausmaß stützten, das einer beträchtlichen konjunkturellen Ankurbelung in der Bundesrepublik Deutschland gleichkam. Sie verhinderten damit in den Industrieländern einen noch stärkeren konjunkturellen Einbruch, als dies ohnehin schon der Fall war.

- Die Verbindungen zu den Banken haben sich intensiviert. Der *Bericht* hat sich eingehend mit der Bedeutung des Handels und der Finanzierung für die Bezahlung der Energieeinfuhrrechnungen befaßt. Die Stabilität des internationalen Bankensystems hängt heute angesichts des starken Engagements der Banken in den Ländern mit mittlerem Einkommen weit stärker als noch vor zehn Jahren von den Exportaussichten dieser Länder ab. Fernöstliche, lateinamerikanische und arabische Banken haben sich außerdem zu einem wichtigen Bestandteil des weltweiten Bankensystems entwickelt.

Obwohl die Verbindungen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern enger geworden sind, tragen die Industrieländer eine besondere Verantwortung für die weltweite Prosperität. Das Wirtschaftswachstum hängt in den Industrieländern davon ab, inwieweit sie in der Lage sind, ihre inländischen makroökonomischen Probleme zu lösen, den Preisauftrieb zu dämpfen,

die Investitionstätigkeit und Produktivität zu fördern und die Wirtschaftlichkeit ihrer Energieverwendung zu steigern.

Keine dieser Aufgaben wird durch die dynamischen Auswirkungen des Außenhandels auf ihre eigenen Volkswirtschaften erschwert – ganz im Gegenteil. Sollten die Industrieländer zusätzliche protektionistische Maßnahmen ergreifen, würden sie die Ausfuhren und damit auch die Kreditwürdigkeit vieler Entwicklungsländer verringern. Dies wiederum hätte zur Folge, daß die Fähigkeit der Entwicklungsländer, Kredite aufzunehmen, zu wachsen und aus den Industrieländern zu importieren, eingeschränkt würde. Keine Ländergruppe würde gewinnen, alle würden durch ein geringeres Wirtschaftswachstum beeinträchtigt. Auf ähnliche Weise wird die Weltwirtschaft durch die preis- und produktionspolitischen Entscheidungen der ölexportierenden Entwicklungsländer mit einem Zahlungsbilanzüberschuß sowie durch ihre binnenwirtschaftliche Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Einfuhr und die Kreditgewährung dieser Länder stark beeinflußt.

Das Wirtschaftswachstum wird sich in den achtziger Jahren wahrscheinlich verhaltener entwickeln als im Zeitalter der billigen Energie; gemeinsame Anstrengungen zur Überwindung von Engpässen – im Energiebereich, bei der Finanzierung und Ausbildung sowie in den Bereichen Nahrungsmittel und Rohstoffe – können allerdings dazu beitragen, daß selbst die Länder, die in den sechziger und siebziger Jahren die niedrigsten Wachstumsraten verzeichneten, größere Fortschritte erzielen.

Vor allem im Energie- und Nahrungsmittelbereich haben alle Länder ein gemeinsames Interesse, die Produktion in den Entwicklungsländern zu steigern: In diesen Bereichen decken sich die Anliegen der Industrieländer wie auch der Entwicklungsländer mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Auch das Bevölkerungswachstum, das aufs engste mit der Entwicklung verbunden ist,

wird alle Länder berühren und nicht nur Druck auf die Weltnachfrage nach Nahrungsmitteln und Energie ausüben, sondern auch die Umwelt – Luft, Boden und Meere – und alle nicht erneuerbaren Ressourcen belasten. Letztlich geht es bei den Entwicklungsfortschritten, die in den kommenden Jahrzehnten erzielt werden können, um die Zukunft der Menschheit.

### **Die Entwicklungsländer in den siebziger und achtziger Jahren**

Die Bedeutung der eigenen Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer kommt im vorliegenden *Bericht* klar zum Ausdruck. Die Erfahrungen – nicht zuletzt der bevölkerungsreicheren Ölexporture – belegen, daß die Entwicklung selbst unter günstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen keine leichte Aufgabe ist. In vielen Ländern mit niedrigem Einkommen ließen die Binnenwirtschaftspolitik und inländische Wirtschaftsentwicklung noch lange bevor sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschlechterten, viel zu wünschen übrig. So wurden zum Beispiel die Wachstumschancen der Fertigwarenindustrie in einigen Ländern durch die eigene Handels- und Wechselkurspolitik beeinträchtigt; zu erwähnen ist hier auch das außerordentlich ungünstige landwirtschaftliche Ergebnis in den Ländern Afrikas südlich der Sahara.

Die internationalen Rahmenbedingungen waren gleichwohl von großer Bedeutung für den Fortschritt dieser Länder. Die unbeständigen Rohstoffpreise haben die Binnenwirtschaftspolitik beeinflußt und mehrere Länder zu einer kurzlebigen Beschleunigung ihrer Investitionstätigkeit verleitet, auf die notgedrungenenmaßen drastische Einschnitte bei den laufenden und investiven Ausgaben folgten. Darüber hinaus standen alle ölimportierenden Länder vor dem Problem schwacher Exportmärkte und Mitte der siebziger Jahre auch vor sich verschlechternden Terms of Trade, die

nur zum Teil durch die gestiegenen Ölimportkosten verursacht waren.

Einigen ölimportierenden Ländern mit mittlerem Einkommen gelang in den siebziger Jahren die Anpassung ohne Einbußen beim Wirtschaftswachstum – sie waren in der Lage, ihre Ausfuhren zu steigern, die Einfuhr zu drosseln und in großem Umfang kommerzielle Kredite aufzunehmen. Um dieses Wachstum aufrechtzuerhalten, müssen ihre Absatzmärkte offen bleiben und weiterhin expandieren. Darüber hinaus müssen sich die Länder selbst um neue Exportprodukte und -märkte bemühen. Die Kreditaufnahme zu kommerziellen Bedingungen wird voraussichtlich weiter zunehmen; hier haben sich allerdings in der Vergangenheit nicht alle Länder gleichermaßen umsichtig gezeigt, und einige sehen inzwischen vor kurzfristigen Liquiditätsproblemen.

Die Länder mit niedrigem Einkommen durchliefen eine uneinheitliche Entwicklung. Die meisten erzielten in der Regel nur noch ein verhalteneres Wirtschaftswachstum. Die ungünstigeren außenwirtschaftlichen Bedingungen waren für sie, ohne Mittel zur Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite und mit nur geringen Kapazitäten zur kurzfristigen Ausweitung ihrer Ausfuhren, nur schwer zu meistern. Unmittelbar nach der ersten Ölpreissteigerungsrunde kam es zu einer beträchtlichen Zunahme der öffentlichen Entwicklungshilfe, einschließlich der Hilfe der OPEC-Länder. Diese Entwicklung hielt jedoch nicht an. Das niedrigste Wirtschaftswachstum verzeichneten die Länder Afrikas, und zwar meist aus binnenwirtschaftlichen und weniger aus außenwirtschaftlichen Gründen; ihr BSP pro Kopf stieg im Durchschnitt der siebziger Jahre lediglich um 0,5 Prozent. In verschiedenen Ländern gingen die Einkommen und die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf sogar zurück. Den Ländern Südasiens erging es etwas besser; sie wurden dabei durch Gastarbeiterüberweisungen, mehrere gute Erntejahre und eine im Vergleich zu den afrikanischen Volkswirtschaften zu-

friedenstellendere Binnenwirtschaftspolitik sowie durch den Umstand begünstigt, daß sie weniger unter Kriegen und Unruhen zu leiden hatten.

Die achtziger Jahre begannen für die ölimportierenden Länder mit einer Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Bedingungen. Ihre Exportaussichten haben sich als Folge der Rezession in den Industrieländern verschlechtert, und ihre Leistungsbilanzdefizite sind in den beiden vergangenen Jahren gestiegen, und zwar dieses Mal in einem Ausmaß, das weitgehend mit dem Anstieg ihrer Ölimportkosten übereinstimmte. Die Wachstumsaussichten der meisten Länder mit mittlerem Einkommen können, sobald der Aufschwung in den Industrieländern einsetzt, mit einiger Zuversicht beurteilt werden; ungünstig sind demgegenüber die Aussichten der Länder mit niedrigem Einkommen.

Es gibt keine Anzeichen für eine Steigerung der derzeitigen oder künftigen Entwicklungshilfe, die mit den zusätzlichen Leistungen vergleichbar wäre, die diesen Ländern über die Mitte der siebziger Jahre verfallen. Auch die Gastarbeiterüberweisungen werden verhaltener zunehmen. Die Kreditaufnahme zu kommerziellen Bedingungen wird nur wenigen Ländern leichter fallen, ebenso wenig ist mit einer raschen Verbesserung der Ausfuhrerlöse zu rechnen. Der Anpassungsprozeß dürfte sich in der Regel bei niedrigeren Wachstumsraten vollziehen. Die zu Beginn des Jahrzehnts bestehende Gefahr von Zahlungsbilanzkrisen und akuten finanziellen Engpässen ist nur durch eigene binnenwirtschaftliche Anstrengungen dieser Länder bei zugleich höheren Entwicklungshilfeleistungen abzuwenden.

#### *Nationale Anpassung: Die Ölimporteure*

Die Entwicklungsländer stehen überwiegend vor einem schwierigen Jahrzehnt der Anpassung an diese neuen Bedingungen. Sie müssen ihre

derzeitigen Zahlungsbilanzdefizite auf tragbare Größenordnungen reduzieren. Letztlich verlangt die Anpassung Umschichtungen im Außenhandel, bei der Inlandsproduktion und beim Inlandsverbrauch. Die Kreditaufnahme ist ein unverzichtbares Instrument, um das Wirtschaftswachstum durch Investitionen zu beschleunigen und die für die Anpassung erforderliche Zeit zu überbrücken. Länder, die ihre Produktion, ihren Verbrauch und Außenhandel durch Kredite auf einem überhöhten und auf Dauer untragbaren Niveau gehalten haben, müssen allerdings schon bald die Zeche für ihre übertriebene Verschuldung bezahlen und stehen vor einer unausweichlichen gesamtwirtschaftlichen Kontraktion.

Die vergleichende Länderanalyse dieses *Berichts* lieferte nur einen schwachen statistischen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der außenwirtschaftlichen Erschütterungen Mitte der siebziger Jahre und der Höhe des anschließenden Wirtschaftswachstums im Vergleich zu früheren Jahren; dies bedeutet allerdings nicht, daß die außenwirtschaftlichen Bedingungen ohne Einfluß wären. Wie bereits erwähnt, erhielten die Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen Mitte der siebziger Jahre zusätzliche Mittel, und die Expansion des Außenhandels bot den Ländern mit mittlerem Einkommen eine weitere wichtige Stütze.

Die Untersuchung ergab auch, daß die Folgen außenwirtschaftlicher Veränderungen letztlich zu einem Großteil von der Reaktion der inländischen Wirtschaftspolitik und von der grundlegenden Wirtschaftsstruktur abhängen. Dabei wurde vor allem der Wert einer außenwirtschaftlich orientierten Politik deutlich, die die Fähigkeit der Länder, mit externen Problemen fertig zu werden, nicht einschränkt, sondern verbessert. Die Ausweitung der Exporte ist für die einzelnen Länder mit unterschiedlichen Schwierigkeiten verbunden, wobei die Länder mit niedrigem Einkommen mit nur ein oder zwei exportfähigen Rohstoffen und bescheidenen

Möglichkeiten der Fertigwarenproduktion offensichtlich über einen vergleichsweise geringen Handlungsspielraum verfügen. Aber auch eine effiziente Importgütersubstitution, die die internationalen Knappheitsverhältnisse und komparativen Vorteile in Rechnung stellt, ist wichtiger Bestandteil einer außenwirtschaftlich orientierten Politik.

Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung und des Wirtschaftswachstums – wie die Anhebung der Inlandsersparnis und die Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Kapitalverwendung – begünstigen auch den Anpassungsprozeß. Das gleiche trifft auch auf alle Maßnahmen zu, die eine effiziente Verlagerung von Ressourcen in die Produktion von Außenhandels- und Einfuhrsubstitutionsgütern fördern. Im Falle der ärmsten Länder kann tatsächlich nur schwer zwischen Anpassung und Entwicklung unterschieden werden, da ein Großteil ihrer Probleme auf binnenwirtschaftliche Bedingungen zurückzuführen ist. Tritt zu all ihren Beeinträchtigungen auch noch eine Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfeldes, geraten die ärmsten Länder rasch in eine akute Notlage. Die Beseitigung ihrer alt-hergebrachten Schwächen wächst mithin zu einer Aufgabe heran, deren Lösung dringlicher ist als jemals zuvor.

### *Menschliche Entwicklung*

Die Programme zur menschlichen Entwicklung werden durch die unvermeidlichen Einschränkungen während der Anpassung bedroht. Da diese Programme Fähigkeiten vermitteln, die für die langfristige Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind, müssen die Regierungen in diesem Bereich ganz besonders sorgfältig vorgehen, um undifferenzierte Ausgabenkürzungen zu vermeiden. Hierdurch gewinnen die Effizienz der Programme und Möglichkeiten zur Kosteneinsparung sowie die möglichst breite Streuung der Förderungsmaßnahmen an zusätzlichem Gewicht. Unter derart schwierigen Bedingungen kann das Ausland durch die Bereitstellung finan-

zieller und technischer Hilfe einen wertvollen Beitrag leisten.

Nahrungsmittel- und Ernährungsprobleme sind selten auf weltweite Engpässe und häufiger auf örtliche und saisonale Angebotsschwankungen, mangelhafte Vertriebssysteme und auf das Fehlen einer effizienten Nachfrage zurückzuführen. Die grundlegende Ursache des Hungers und der Mangelernährung besteht darin, daß den Menschen, die Nahrungsmittel brauchen, das hierfür erforderliche Geld fehlt. Die hartnäckigsten Probleme entstehen sowohl im Nahrungsmittel- als auch im Energiebereich aus dem Konflikt zwischen dem Wunsch nach hohen Preisen, um damit den Erzeugern angemessene Anreize zu bieten (und im Falle der Energie den Verbrauch zu drosseln), und deren Unerwünschtheit im Hinblick auf den Brennstoff- und Nahrungsmittelbedarf der armen Bevölkerungsschichten. Bei der Lösung dieses Problems haben die Länder – teils erfolgreich – die verschiedensten Wege beschritten; es gibt jedoch keine einfachen Rezepte.

Der heutige Bevölkerungsdruck ist das Erbe unzureichender Entwicklungsbemühungen in den fünfziger Jahren. Auf gleiche Weise werden die noch höheren Bevölkerungszahlen im 21. Jahrhundert das heutige Versagen widerspiegeln. Ein hohes Bevölkerungswachstum ist – sieht man ab vom Anfangsstadium, in dem die Sterblichkeit zurückgeht, bevor es zur anschließenden Verringerung der Fruchtbarkeit kommt – Folge einer verfehlten Politik – vor allem im Bereich der menschlichen Entwicklung. Die notwendige Antwort hierauf besteht in der aktiven Förderung jener Entwicklungsfaktoren, die mit rückläufigen Fruchtbarkeitsziffern einhergehen – Erziehung und Ausbildung, Verbesserung der gesundheitlichen Voraussetzungen, Förderung der Frau, Beschäftigung im modernen Sektor – sowie in der Verabschiedung von Familienplanungsprogrammen. All diese Bereiche werden durch Haushaltskürzungen bedroht, mit denen im Verlauf der Anpassung in den achtziger Jahren zu rechnen ist.

### *Ölexporture*

Für die ölexportierenden Entwicklungsländer war der Ölpreisanstieg zweifellos ein Segen; ihre Entwicklungsprobleme wurden jedoch hierdurch bei weitem nicht gelöst. Eine entspanntere Zahlungsbilanzlage und bessere Kreditaufnahmemöglichkeiten waren die unmittelbaren Folgen. Zum Großteil handelt es sich hierbei allerdings um große Länder mit umfangreichen und rasch wachsenden Bevölkerungen – Indonesien, Nigeria, Mexiko – und mit all den anderen Problemen, vor denen die Mehrzahl der Entwicklungsländer steht, wozu nicht zuletzt auch eine beträchtliche Verbreitung der Armut gehört.

Das Kernproblem der Wirtschaftspolitik besteht in der wirtschaftlichen Verwendung der Öleinkünfte, um den Übergang zu einem langfristig tragbaren Wachstum sicherzustellen. Einen eigenständigen Einfluß übt hierbei die Festsetzung der inländischen Energiepreise aus; der – oft subventionierte – Inlandsverbrauch expandiert derzeit so stark, daß er die künftigen Ölausfuhren beeinträchtigt. Es muß nach Möglichkeiten gesucht werden, um die Anreize für die Investitionstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe und in der Landwirtschaft zu verbessern. Die Signale, die von steigenden (durch die Ölausfuhr bestimmten) Wechselkursen auf die Binnenwirtschaft ausgehen, stehen oft im Widerspruch zu den langfristigen Erfordernissen. Hinzu kommt, daß die engen finanziellen Verbindungen zwischen dem Ölsektor und den Regierungen eine Ausweitung der öffentlichen Ausgaben und Investitionen begünstigen, die statt dessen in vielen Fällen besser gekürzt werden sollten. Die übertriebene Investitionstätigkeit, die sich nicht immer auf Projekte mit hohen Erträgen beschränkt, weckt Erinnerungen an die Erfahrungen anderer Länder, die einen Rohstoffboom erlebten. Der Ölboom ist zweifellos längerlebig; für die meisten Produzenten dürfte er jedoch beim derzeitigen Produktions- und Verbrauchstempo

nicht länger als ein bis zwei Jahrzehnte währen.

Bislang haben nur einzelne Länder dieser Gruppe eine Entwicklungsstrategie gefunden, die nicht nur industrielles Wachstum, sondern auch eine Verbesserung der ländlichen Entwicklung, höhere Beschäftigung und eine ausgeglichene Einkommensverteilung, die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Armen sowie eine Begrenzung des Bevölkerungswachstums verspricht – und die damit den alleinigen Weg zu dauerhafter Prosperität eröffnet. Die Ölexporture werden bei der Verfolgung dieser Ziele weit weniger durch finanzielle Engpässe behindert als die Länder mit niedrigem Einkommen.

### Globale Anpassung

Aus den Erfahrungen der siebziger Jahre ergeben sich zahlreiche Lehren für den Entwicklungsprozeß in den achtziger Jahren. Die nationalen Bemühungen können durch das internationale Umfeld ergänzt oder weitgehend zunichte gemacht werden; dieses Umfeld wird im vorliegenden Bericht unter drei Hauptüberschriften beschrieben: Außenhandel, Energie und internationale Kapitalbewegungen.

### Außenhandel

Wachstum und Anpassung werden sowohl in den Entwicklungs- als auch in den entwickelten Ländern entscheidend durch den Außenhandel beeinflusst. In dem Umstand, daß es den Ländern mit niedrigem Einkommen nicht gelang, sich an der Expansion des Welthandels zu beteiligen, ist eine der wichtigsten Ursachen ihrer enttäuschenden Entwicklung in den siebziger Jahren zu sehen. Ihre Ausfuhren sind nicht stark genug gewachsen, um die steigenden Kosten für Öl und andere Einfuhren zu decken. Die Lage dieser Länder wird zum Teil durch ihre Schwierigkeiten beim Aufbau eines konkurrenzfähigen Exportangebots sowie zum Teil durch die Handelshindernisse und das niedrige Nachfragewachstum auf ihren Ex-

portmärkten geprägt. Die meisten Länder dieser Gruppe hängen nach wie vor in hohem Maße von der Rohstoffausfuhr ab und verfügen nur über begrenzte Möglichkeiten, die starke Expansion der Nachfrage nach Fertigwaren zu nutzen. Aber selbst bei der Rohstoffausfuhr sind die Exportpreise der Länder mit niedrigem Einkommen stärker verfallen als die der Länder mit mittlerem Einkommen. Wichtige Ursachen hierfür sind mangelnde Flexibilität und ungünstige Angebotsbedingungen, die von einer unzulänglichen und damit hohe Kosten verursachenden Infrastruktur bis hin zu einer schlecht beratenen Exportbesteuerung reichen, die die Anreize für die Produzenten verringert.

Aus der Sicht der Rohstoffproduzenten erscheint es naheliegend, die Verarbeitung aufzunehmen, um einen höheren Anteil am Wert der Enderzeugnisse zu erzielen, die aus ihren Produkten hergestellt werden. Sie werden hieran allerdings durch das Zusammentreffen internationaler und nationaler Faktoren gehindert. Auf internationaler Ebene steigen die Zolltarife mit zunehmender Produktreife. Gleichwohl konnten die Länder mit niedrigem Einkommen nur den geringsten Anteil an der Ausweitung derartiger Exporte erzielen. Zu den Ursachen zählen absatzpolitische Probleme, technische und andere Gründe, die die Verarbeitung an der Quelle für einige Rohstoffe nicht billiger, sondern teurer machen, sowie allgemeine Voraussetzungen der industriellen Effizienz. Die Verarbeitung ist Teil der Industrie, und offensichtlich kann sie dort am kostengünstigsten durchgeführt werden, wo das verarbeitende Gewerbe schlechthin stärker in die Gesamtwirtschaft integriert ist.

Eine industrielle Ausgangsbasis ist offensichtlich noch wichtiger, wenn der Export von Fertigwaren erst aufgebaut werden soll. Aber auch in den Fällen, in denen Länder mit niedrigem Einkommen über moderne und potentiell wettbewerbsfähige verarbeitende Betriebe verfügen, wird die Ausfuhr dieser Unternehmen oft durch unangemessene fis-

kal- und wechselkurspolitische Bedingungen behindert. Hinzu kommt, daß interessierte Exporteure häufig vor protektionistischen Schranken stehen oder die Verhängung solcher Schranken befürchten müssen, wodurch die Investitionstätigkeit gehemmt und das Feld jenen überlassen wird, die zur Übernahme von Risiken besser gewappnet sind.

Dieser Sachverhalt scheint nahezu zulegen, daß sich der Erfolg in immer neuen Erfolgen fortpflanzt – was auch tatsächlich zutrifft. Dieses Prinzip ist aber auch charakteristisch für den Entwicklungsprozeß schlechthin: Wenn es auch Ausnahmen gibt, so kommen Modernisierung und Wirtschaftlichkeit in aller Regel nicht in einem einzelnen Wirtschaftsbereich isoliert zum Vorschein, während die übrige Wirtschaft in Rückständigkeit verharret. Vielmehr führt die graduelle Verbesserung der Infrastruktur sowie des physischen und menschlichen Kapitals letztlich zu einem Punkt, der eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums ermöglicht. Bei einer ausgewogenen Wirtschaftspolitik kann die Fertigwarenausfuhr, anstatt im nachhinein, parallel zu dieser breit fundierten Entwicklung aufgenommen werden. Dies wurde in einer Reihe von Ländern mit mittlerem Einkommen bestätigt, die vor nicht mehr als zwei Jahrzehnten noch selbst zu den armen Ländern zählten. Die Lage der Länder mit niedrigem Einkommen ist mithin nicht unabänderlich.

Die Untersuchungsergebnisse deuten allerdings darauf hin, daß internationale Maßnahmen zur Verbesserung der Aussichten der Entwicklungsländer im Außenhandel in aller Regel die fortgeschrittenen Länder am stärksten begünstigen. Dies heißt freilich nicht, daß derartige Maßnahmen nicht bereits aus sich heraus zu begrüßen wären; der Abbau protektionistischer Schranken und andere Maßnahmen zur Förderung des Außenhandels sind im Gegenteil sowohl für die Entwicklungsländer als auch für die entwickelten Volkswirtschaften von Bedeutung. Die wichtigste Lehre für die Mehrzahl der Länder mit niedri-

gem Einkommen besteht jedoch darin, daß die Expansion und Offenheit der Absatzmärkte als Determinanten der Freizügigkeit durchaus wichtig sind, daß diese Bedingungen jedoch, abgesehen von den wenigen Ländern mit einem bereits etablierten verarbeitenden Gewerbe, nur dann auf absehbare Zeit eine bedeutsame Wachstumsquelle eröffnen, wenn sie ihre Entwicklung in allen Bereichen simultan in andere Richtungen lenken.

Die Freizügigkeit der internationalen Handelsbeziehungen hat sich trotz vieler Probleme im Laufe der siebziger Jahre per Saldo nicht verringert. Ein großer Teil des Außenhandels der Entwicklungsländer mit den Industrieländern wurde zwar auf die eine oder andere Weise einer staatlichen »Überwachung« unterworfen, die sich für einige Länder oder Erzeugnisse nachteilig auswirkte; gleichzeitig gelangte jedoch ein ähnlich hoher Teil des Außenhandels in den Genuß handelsfördernder Vereinbarungen wie das Allgemeine Zoll-Präferenzsystem und »Offshore«-Montagebestimmungen, durch die andere Länder begünstigt wurden. Die eigentliche Bedrohung, die sich in letzter Zeit bei der Auseinandersetzung mit handelspolitischen Problemen abzeichnet, liegt in der zunehmenden Politisierung des Außenhandels, durch die die Gefahr einer Ausbreitung des Protektionismus gesteigert wird.

Die nach wie vor schärfsten Einfuhrschränken in den Industrieländern bestehen für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie für verarbeitete Produkte und Textilien. In der Regel schützen die Entwicklungsländer die gleichen Wirtschaftszweige wie die Industrieländer, so daß ihr wechselseitiger Warenaustausch ähnlichen Einschränkungen unterliegt. Der Handel zwischen den Entwicklungsländern hat sich dennoch ausgeweitet – vor allem zwischen und zum Vorteil von Ländern, die zu einer offeneren und nicht diskriminierenden Handelspolitik übergegangen sind.

In den siebziger Jahren tastete die Welt nach Wegen, um gegen die

verbliebenen Handelsschranken anzugehen. Die nicht-tarifären Verhaltenskodizes, die in der Tokio-Runde vereinbart wurden, sind ein erster Schritt in die richtige Richtung; sie bieten jedoch nur einen allgemeinen Rahmen, der zwar Anhaltspunkte für die Entwicklung geeigneter Ansätze gibt, jedoch nicht die erforderliche Entschlossenheit oder politische Dynamik vermitteln kann. Diese Dynamik müssen die einzelnen Länder selbst aufbringen, indem sie sich zur Durchführung der notwendigen Anpassungsmaßnahmen zur Wiederherstellung ihres eigenen Wirtschaftswachstums entschließen. Diese Aufgabe könnte durch die Berücksichtigung der »Gewinne« aus dem Außenhandel in den nationalen und internationalen Entscheidungen erleichtert werden. Derzeit wird den »Kosten« ein weit größeres Gewicht beigemessen. (So könnte vor allem die »Beeinträchtigungsklausel« unter den Schutzbestimmungen in ein *Nettokonzept* erweitert werden, das die Vorteile der Verbraucher miteinbezieht; derzeit werden nur Produzenteneinbußen berücksichtigt.) Die mit der Einführung von Handelsschranken verbundenen hohen Kosten werden der Öffentlichkeit selten bewußt gemacht, während die politische Empfindlichkeit gegenüber möglichen Beschäftigungseinbußen als Folge konkurrenzfähiger Einfuhren sehr ausgeprägt ist; Beschäftigungsgewinne aus dem Export spielen demgegenüber in den Entscheidungen der Regierungen nur eine unbedeutendere Rolle.

Die Aussichten für die achtziger Jahre sind recht uneinheitlich. Sofern die augenblickliche Freizügigkeit im Außenhandel erhalten bleibt, werden die Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen auch künftig expandieren. Der Anstieg ihrer Ausfuhren beruhte stärker auf ihren eigenen Anstrengungen und weniger auf dem Nachfragesog der Weltmärkte; diese Länder haben außerdem eine beachtliche Fähigkeit zur Diversifizierung unter Beweis gestellt. Ihre Volkswirtschaften wachsen mehr und mehr in Größenordnungen hinein, die es ermögli-

chen, die Vorteile der Massenproduktion zu nutzen – vor allem wenn sie sich ihre Märkte gegenseitig öffnen.

Die Länder mit niedrigem Einkommen stehen demgegenüber vor einer schwierigeren Zukunft. Einige wenige Handelsvereinbarungen haben ihnen nur bescheidene Vorteile gebracht; größere Fortschritte werden allerdings entscheidend von ihren künftigen Entwicklungsbemühungen und ihren Maßnahmen zur Förderung des Exportsektors abhängen. Die Erfahrung belegt, daß landwirtschaftlich ausgerichtete Länder bei Vorgabe geeigneter Anreize ihre Produktion diversifizieren und wertvolle Ausfuhrgewinne erzielen können. Einen möglichen Ansatz für weitere Überlegungen bietet eine »verbindliche Zusicherung« seitens der Ölexporteure mit einem Zahlungsbilanzüberschuß, daß sie ihre Einfuhren aus Entwicklungsländern, vor allem aus den Ländern mit niedrigem Einkommen, steigern werden.

Von besonderer Bedeutung für die Aussichten der Entwicklungsländer im Außenhandel ist, inwieweit die Industrieländer ein angemessenes Wirtschaftswachstum aufrechterhalten. Der Zusammenhang ist freilich wechselseitig – indem die Vorteile des Außenhandels die Effizienz und das Wirtschaftswachstum fördern. Letztlich stehen die Industrieländer nicht vor der Entscheidung, »Anpassung oder Protektionismus«, sondern vor der Wahl »Wirtschaftswachstum oder Protektionismus«.

### Energie

Die Entwicklung des Energieverbrauchs war vor der Ölpreissteigerung im Jahre 1973 auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten. Als die Erschließung neuer Vorkommen erstmals nicht mehr mit der Zunahme des Ölverbrauchs Schritt hielt, waren die Voraussetzungen für einen steigenden Preisdruck gegeben, ohne daß es besonderer Maßnahmen der ölexportierenden Länder bedurft hätte. Obwohl die Anpassung an die gestiegenen Preise ungleichmäßig erfolgte,



haben sie bereits deutliche Spuren hinterlassen. In den Industrieländern hat sich die Zunahme des Verbrauchs abgeschwächt. Der Energieeinsatz je Produktionseinheit ist deutlich zurückgegangen, und er dürfte mit zunehmender Anpassung weiter sinken. Demgegenüber kann in den Entwicklungsländern – in Anbetracht ihres steigenden kommerziellen Energiebedarfs infolge der fortschreitenden Verstädterung und der anhaltenden Transformation in Industrie und Landwirtschaft – auf absehbare Zeit nicht mit einem Rückgang der Energieintensität gerechnet werden, selbst dann nicht, wenn die Wirtschaftlichkeit ihres Energieverbrauchs steigt.

Ähnliche Anpassungen sind auch auf der Angebotsseite erforderlich, um die Energieengpässe in den kommenden Jahrzehnten zu lokalisieren. Inzwischen kommen im Energiebereich Investitionen zum Tragen, die im vergangenen Jahrzehnt bedingt durch ihre langen Anlaufzeiten nur wenig zur Anpassung beigetragen haben. In den achtziger Jahren werden Veränderungen in der Zusammensetzung der angebotenen Mengen voraussichtlich ebenso stark zu Buche schlagen wie Nachfrageänderungen. Während das Öl in den sechziger Jahren mehr als 60 Prozent zur Ausweitung des Energieangebots beigetragen hat, wird sein Grenzbeitrag in den achtziger Jahren etwa ein Viertel ausmachen. Die Kohleförderung nimmt in den achtziger Jahren voraussichtlich doppelt so stark zu wie die Ölproduktion, wobei die Kohle nach und nach das Öl als wichtigste Quelle des Energiewachstums ablösen wird. Später dürfte auch mit einer beträchtlichen Zunahme des Angebots an nuklearen und synthetischen Brennstoffen zu rechnen sein. Das Tempo, mit dem sich diese Anpassungen im Angebot und in der Nachfrage vollziehen, impliziert eine anhaltende reale Verteuerung der Energie, die im Zeitraum 1980 bis 1990 im Jahresdurchschnitt etwa 3 Prozent erreichen dürfte, wobei freilich die Preisentwicklung von Jahr zu Jahr unvermeidbaren Schwankungen unterliegen wird.

Bislang haben diejenigen ölimportierenden Entwicklungsländer, die Mitte der siebziger Jahre nicht wesentlich von ihrem Wachstumspfad abgedrängt wurden, den Umbruch im Energiebereich relativ reibungslos bewältigt. Das Zusammenwirken mehrerer Faktoren verschlechtert jedoch ihre Aussichten, die bisherigen Fortschritte auch in den achtziger Jahren fortzusetzen. Als Folge der gestiegenen Ölpreise und der geringeren Ausfuhr sind ihre Zahlungsbilanzdefizite auf Größenordnungen angewachsen, die auf längere Sicht untragbar sind. Hinzu kommt, daß sich inzwischen auch die höheren inländischen Energiepreise auswirken; sie könnten in einigen energieintensiven Sektoren, wie im verarbeitenden Gewerbe und im Transportwesen, besonders stark zu Buche schlagen.

Gleichwohl deutet wenig darauf hin, daß die Industrialisierung und die erneute Beschleunigung des Wirtschaftswachstums allein durch die gestiegenen Energiepreise verhindert würden. In der Übergangsperiode wird es teilweise zu Veränderungen der komparativen Vorteile und zu einer Verlangsamung des Wachstums kommen. Dieser Übergang kann aber durch Maßnahmen zur Steigerung des inländischen Energieangebots und zur Sicherstellung einer wirtschaftlichen Energieverwendung erleichtert werden.

In vielen armen Ländern sind die Brennholzkrise und die sich ausbreitende Entwaldung das *eigentliche* Energieproblem. Es handelt sich hierbei um ein Problem von großer Tragweite, das nicht nur den eigenen Lebensraum und die Ökologie dieser Länder, sondern die der ganzen Welt einschließlich des Klimas beeinflußt. Das Brennholz trägt heute mit einem Viertel zum gesamten Energieverbrauch der Entwicklungsländer bei, und es gibt nur wenige Aufgaben die dringender sind als die, den Brennholzverbrauch auf eine tragfähige Grundlage zu stellen.

Der Energiemarkt ist weltumspannend mit dem Ergebnis, daß sich die Erschließung neuer Energiequellen an *gleich* welchem Ort auf alle Länder vorteilhaft auswirkt.

Dementsprechend besteht für alle Beteiligten ein starker Anreiz, den Entwicklungsländern bei der Steigerung ihrer Energieerzeugung zu helfen. Eine höhere Ölförderung in diesen Ländern könnte zur Entspannung der internationalen Märkte und außerdem zur Diversifizierung der Weltenergiequellen beitragen; hinzu kommt, daß die Nachfrage nach Öl durch alternative Energiequellen verringert wird. In keinem anderen Investitionsbereich gibt es einen größeren Gleichklang zwischen den wirtschaftlichen und strategischen Interessen der Industrieländer und Entwicklungsländer.

Diese Entwicklung von Energiequellen ist nur im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit möglich. Sie erfordert umfangreiche Ressourcen, die von den Industrieländern und den Ölexporturen mit Zahlungsbilanzüberschüssen bereitstellen sind. Im vorliegenden *Bericht* wurde die Auffassung vertreten, daß die internationalen Finanzinstitutionen aus guten Gründen einen bedeutenden Beitrag zu diesem Entwicklungsprozeß leisten sollten, indem sie die hierfür erforderlichen Mittel auf den privaten Kapitalmärkten aufnehmen. Durch entsprechende Vorkehrungen könnten gleich drei Ziele unterstützt werden: die Förderung der Entwicklung, die Entspannung der Energiemärkte und die Rückschleusung von Überschußgeldern.

Die übrigen wichtigen Aspekte der Anpassung im Energiebereich erfordern gezielte Maßnahmen aller Ölexporturen und Industrieländer. Was die ölexportierenden Länder anbelangt, so ist die Notwendigkeit einer beständigeren Preispolitik weithin unbestritten. Die Preise hängen aber sowohl vom Angebot als auch von der Nachfrage ab, wobei sich Fluktuationen von Jahr zu Jahr nicht vermeiden lassen. Da auf die Industrieländer der größte Teil der Nachfrage entfällt, ist es wichtig, daß sie ihre eigenen Anstrengungen zur Energieeinsparung und Entwicklung von Ölsubstituten aufrechterhalten.

### *Kapitalbewegungen*

Die Kreditaufnahme war für die

Entwicklungsländer schon immer eine wichtige Quelle zur Stützung der Zahlungsbilanzen, indem sie höhere Einfuhren und Inlandsinvestitionen zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums ermöglichte. In den siebziger Jahren erfüllte die Kreditaufnahme darüber hinaus die besonders wichtige Aufgabe, den Ländern die erforderliche Anpassungszeit zu verschaffen. Sie trug dabei wesentlich zur Dämpfung der unmittelbaren Wirkungen der Terms of Trade-Verluste bei. Über die internationalen Kapitalmärkte wurden die OPEC-Überschüsse in effizienter Weise vor allem in die Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen zurückgeschleust. Die bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfestellen reagierten zumindest anfänglich rasch auf den unmittelbaren Finanzierungsbedarf der Länder mit niedrigem Einkommen. Auch die Gastarbeiterüberweisungen aus Europa und den Golfstaaten wirkten entlastend. Demgegenüber wurde die zweite Ölpreistrunde in den Jahren 1979 und 1980 mit Hilfe kurzfristiger Kredite und unter Einsatz der Reserven aufgefangen, und zwar in einem Umfang, der keine dauerhafte Lösung darstellt.

Die Projektionen des vorliegenden *Berichts* verdeutlichen den hohen zusätzlichen Bedarf an außenwirtschaftlichen Finanzierungsmitteln – an kommerziellen Krediten für die bessergestellten und an (vorwiegend) konzessionären und unentgeltlichen Finanzierungsmitteln für die ärmeren Länder. Im Falle der bessergestellten Länder steigt der Kapitalbedarf mit den hohen Zinsen, sofern ein beträchtlicher Nettotransfer zustande kommen soll; die kürzeren Laufzeiten erfordern außerdem eine häufigere Refinanzierung.

Die internationalen Kapitalmärkte sind in der Lage, einen Großteil des außenwirtschaftlichen Finanzierungsbedarfs bereitzustellen. Bei den Geschäftsbanken lag der Anteil der notleidenden Kredite an ihrer gesamten Kreditvergabe an die Entwicklungsländer unter dem entsprechenden Anteil für die Industrieländer, und als Gruppe genommen sind

die Entwicklungsländer heute keineswegs weniger kreditwürdig als vor einem Jahrzehnt. Die Zahl der Länder mit mittlerem Einkommen, die vor kurzfristigen Liquiditätsproblemen stehen, ist allerdings gestiegen – und das zu einer Zeit, in der sich die Banken aus den verschiedensten Gründen erstmals Einschränkungen ausgesetzt sehen könnten. Gründe hierfür sind die Zusammensetzung ihrer Portefeuilles aus Inlands- und Auslandskrediten, länderspezifische Kreditvergabegrenzen, nationale Vorschriften, Risikoerwägungen und die Einhaltung bestimmter Bilanzrelationen. Obgleich sich die Zusammensetzung der Kreditnehmer und -geber durchaus ändern kann, ist zu erwarten, daß die privaten Kapitalmärkte bei der Rückschleusung von Mitteln aus Überschuß- in Defizitländer auch weiterhin eine bedeutende Rolle spielen werden.

Dessen ungeachtet müssen die Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen in Zukunft einen größeren Beitrag zum Recycling leisten. Dabei können vor allem die genannten Institutionen zur Verlängerung der Laufzeiten beitragen, die Koordinierung zwischen Kapitalzuflüssen und Anpassungsbedarf verbessern helfen und die Zusammenarbeit mit den privaten Kapitalmärkten fördern.

Das Recycling käme mit weniger internationaler Unterstützung aus, wenn die Länder mit Zahlungsbilanzüberschüssen ihre Einfuhren aus den Entwicklungsländern ausweiten und ihre direkte Kreditvergabe und Direktinvestition in diesen Ländern steigern würden. Tatsächlich gibt es Anzeichen dafür, daß die Banken und Entwicklungsinstitute der Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß ihre direkte Mittelbereitstellung ausweiten. Im Laufe der Zeit könnte es ihnen – nachdem sie sich bereits einen höheren Anteil an den Gewinnen aus dem Ölverkauf gesichert haben – attraktiv erscheinen, auch einen größeren Teil der Gewinne zu übernehmen, der heute den Banken der Industrieländer aus der Aufnahme und Weitergabe von Ölgeldern erwächst, was voraussetzt,

daß sie auch zur Übernahme der damit verbundenen Verwaltungskosten und Risiken bereit sind.

Weniger klar ist hingegen, wie der Finanzierungsbedarf der Länder mit niedrigem Einkommen gedeckt werden wird. Die Aussichten der bilateralen und öffentlichen Entwicklungshilfe sind uneinheitlich, wobei sich bei einigen Geberländern eine Erhöhung, bei anderen eine Kürzung ihrer Hilfe abzeichnet. Die Hilfe der planwirtschaftlich organisierten Länder ist nach wie vor unbedeutend. Die Fähigkeit der internationalen Institutionen, bei der Kreditvergabe zu Vorzugsbedingungen eine größere Rolle zu übernehmen, könnte durch die derzeitige Einstellung einiger Industrieländer gegenüber der Entwicklungshilfe beeinträchtigt werden. Außerdem geht ein Großteil der öffentlichen Entwicklungshilfe vor allem aus politischen Gründen in Länder mit mittlerem und nicht in die mit niedrigem Einkommen.

Für die Anpassungsprobleme der Länder mit niedrigem Einkommen, die in dem vorliegenden *Bericht* beschrieben wurden, gibt es keine kurzfristig wirkende Lösung. Abgesehen vom unmittelbaren Zahlungsbilanzbedarf, sind die längerfristigen Aufgaben im investiven und strukturellen Bereich nur zu bewältigen, wenn über zehn oder mehr Jahre hinweg ein höheres Volumen an konzessionären Mitteln bereitgestellt wird. Der zeitliche Horizont liegt bei den allerärmsten Ländern, die noch nicht über die wesentlichen Voraussetzungen der wirtschaftlichen Entwicklung verfügen – wie Infrastruktur, Fach- und Führungskräfte, Handelsverbindungen und effiziente administrative Kapazitäten auf allen Ebenen –, sogar noch weiter in der Zukunft.

### **Richtlinien für die Wachstumspolitik**

Im vorliegenden *Bericht* wurde beschrieben, wie der Anpassungsprozeß auf nationaler und internationaler Ebene vollzogen werden kann, bei zugleich möglichst geringer Be-

einträchtigung grundlegender Entwicklungsziele. Einen zusammenfassenden Überblick über die Ergebnisse vermittelt die Gegenüberstellung der beiden Szenarien, die in diesem *Bericht* für den Zeitraum 1980 bis 1990 entwickelt wurden. Unter dem günstigen Szenarium erreicht das Wachstum in den achtziger Jahren in den Ländern mit mittlerem Einkommen jährlich 5,6 Prozent und in den Ländern mit niedrigem Einkommen 4,1 Prozent; die entsprechenden Wachstumsraten betragen im ungünstigen Fall 4,3 Prozent und 3,0 Prozent.

Die Unterschiede zwischen den beiden Szenarien schlagen sich nicht nur in Wachstumsraten nieder; sie entscheiden vielmehr grundlegend über die wirtschaftlichen Aussichten: Unter den günstigen Annahmen wird die Armut in den Entwicklungsländern zurückgedrängt, der Welthandel expandiert beträchtlich, und die globale Anpassung wird erleichtert. Unter dem ungünstigen Szenarium schwächt sich hingegen das Entwicklungstempo ab, und die Armut breitet sich mehr und mehr aus. Bis zum Ende des Jahrhunderts beläuft sich der Unterschied zwischen beiden Fällen auf 230 Millionen Menschen, die zusätzlich in absoluter Armut leben.

Die wichtigsten Voraussetzungen zur Verwirklichung des günstigen Szenariums sind keineswegs übertrieben anspruchsvoll:

- Das Wirtschaftswachstum der industrialisierten Volkswirtschaften muß im Zeitraum 1980 bis 1990 pro Jahr um 0,3 Prozentpunkte über dem Wachstum der Jahre 1970 bis 1980 liegen, was gleichbedeutend ist mit einer Annäherung an eine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate von 4 Prozent in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre.

- Ergänzend zu diesem höheren Wirtschaftswachstum sollten die Industrieländer keine zusätzlichen Handelsschranken errichten; die Ausfuhren der ölimportierenden Entwicklungsländer könnten dann ähnlich stark zunehmen wie in den siebziger Jahren.

- Die im einzelnen dargestellten Maßnahmen zum Ausgleich von

Anpassungsmaßnahmen			
Länder	Handel	Energie	Kapitalzuflüsse
Ölimportierende Entwicklungsländer	Steigerung der Exporte einschließlich Diversifizierung landwirtschaftlicher Ausfuhren und angemessener Anreize für Exporteure  Importsubstitution im Einklang mit Weltmarktpreisen	Anhebung der Inlandspreise zur Förderung von Produktion und Einsparung  Steigerung des Energieangebots	Kreditaufnahme zur Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten und Investitionen zur strukturellen Anpassung
Ölexporture mit Zahlungsbilanzüberschüssen	Steigerung der Importe vor allem aus Entwicklungsländern	Verstärkung der Preispolitik  Beitrag zur Förderung der Energieerzeugung in Entwicklungsländern	Steigerung der Entwicklungshilfe für arme Länder  Erhöhung der direkten Kreditgewährung und Investitionen für Entwicklungsländer
Industrieländer	Steigerung der Importe aus Entwicklungsländern Verhinderung von Protektionismus und positive Anpassungsmaßnahmen zur Förderung des Außenhandels	Einsparung von Energie  Umsteigen auf alternative Energiequellen Beitrag zur Förderung der Energieerzeugung in Entwicklungsländern	Steigerung der Entwicklungshilfe für arme Länder Förderung des Recycling
Internationale Maßnahmen	Schritte zur Verbesserung der Gewinne armer Länder aus dem Außenhandel	Beitrag internationaler Finanzinstitutionen zur Energieerzeugung in Entwicklungsländern	Bereitstellung von Entwicklungshilfe für die ärmsten Länder über internationale Finanzinstitutionen und Beitrag dieser Institutionen zum Recycling

Angebot und Nachfrage auf den Weltenergiemärkten sollten über das gesamte Jahrzehnt hinweg zu einem jährlichen Anstieg der realen Ölpreise um nicht mehr als 3 Prozent führen.

- Die Entwicklungshilfe für die Länder mit niedrigem Einkommen sollte gesteigert werden. Dabei müssen die Industrieländer entweder ihre Hilfeleistungen stetig ausweiten und dies mit einer beträchtlichen Umschichtung der Hilfe zugunsten der Länder mit niedrigem Einkommen verbinden, oder aber sie müssen

ihre Leistungen bei unveränderter Verteilung zwischen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen beträchtlich aufstocken. In jedem Falle sind die Länder mit niedrigem Einkommen, verglichen mit dem ungünstigen Szenarium, auf zusätzliche Hilfe in Höhe von etwa 4 Mrd Dollar pro Jahr (in Dollar von 1980) angewiesen.

- Die Entwicklungsländer sollten ihre Inlandsersparnis zumindest auf dem Niveau des Jahres 1980 halten und die Effizienz der Kapitalverwendung verbessern.

Das Tableau veranschaulicht, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um sicherzustellen, daß sich der Anpassungsprozeß bei hohem Wirtschaftswachstum vollzieht (vgl. Kasten). Jede Ländergruppe ist gehalten, auf die Wirtschaftlichkeit ihrer Investitionen zu achten und das Wirtschaftswachstum zu steigern oder aufrechtzuerhalten – was durch die Anpassungsmechanismen gefördert wird. Die Anpassungsaufgabe wird für jede einzelne Ländergruppe durch ergänzende Maßnahmen auf den Energiemärkten, bei den Kapitalbewegungen und im Außenhandel – und nicht etwa durch ausschließlichen Rückgriff auf nur einen dieser Bereiche – erleichtert. Ähnlich müssen auch die Maßnahmen der wichtigsten Ländergruppen innerhalb der einzelnen Handlungsbereiche ein gewisses Maß an Konsistenz aufweisen.

Es könnte der Eindruck bestehen, daß die Wirtschaftspolitik in den achtziger Jahren schwieriger zu gestalten ist als im vorausgegangenen Jahrzehnt. Die Erfahrungen, die aus der Analyse der Anpassung in den siebziger Jahren gewonnen wurden, und das inzwischen bessere Verständnis für das Funktionieren der Weltwirtschaft dürften jedoch gewisse »kompensierende« Vorteile bieten. So wird man vor allem von realistischeren Vorstellungen über die Bedeutung und den Preis der Energie ausgehen können, nachdem inzwischen allseits die allgemeine Tragweite des Umbruchs im Energiebereich gesehen wird. Bei einer vernünftigen Wirtschaftspolitik muß die Anpassung im kommenden

Jahrzehnt nicht schwieriger werden als in der letzten Dekade.

Die Erfahrungen aus den vergangenen sieben Jahren belegen, daß Richtung und Koordinierung von Anpassungsmaßnahmen weitgehend durch Preissignale gesteuert werden können, die von der nationalen Wirtschaftspolitik ausgehen. Gleichwohl existieren verschiedene Bereiche, in denen staatliche Schritte und internationale Verhandlungen erforderlich sind, um bestehende institutionelle Vorkehrungen zu stärken und die Marktkräfte zu ergänzen. Einige dieser Aufgabenbereiche wurden im vorliegenden *Bericht* erörtert. Der wichtigste für die armen Länder ist die Steigerung der Kapitalzuflüsse zu Vorzugsbedingungen; als Alternative zu dieser Anpassungsart bleibt ihnen lediglich die Drosselung ihres Wirtschaftswachstums.

Die Entwicklungsländer sind für die Verbesserung ihrer inländischen Wirtschaftsentwicklung in hohem Maße selbst verantwortlich. Gleichzeitig *müssen* aber die reicheren Länder der Welt auf irgendeine Weise der Notwendigkeit höherer Entwicklungshilfeleistungen an die Länder mit niedrigem Einkommen gerecht werden, wenn die Armut bekämpft werden soll. Die meisten übrigen Anforderungen im Rahmen der globalen Anpassung liegen im gemeinsamen Interesse aller Länder; für die Geberländer treten selbst dann vorteilhafte Rückwirkungen auf, wenn die Entwicklungshilfe für Investitionen zugunsten der Energie- und Nahrungsmittelerzeugung in Ländern mit niedrigem Einkommen

eingesetzt wird. Ebenso profitieren alle Länder von einer Ausweitung des Welthandels; wird die Rückschleusung von Überschußgeldern sichergestellt, können unnötige Einbrüche in der globalen Nachfrage vermieden werden.

Die schwierigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen der achtziger Jahre können allzu leicht den Blick auf die eigentlichen Aufgaben der wirtschaftlichen Entwicklung versperren. Die vordringlichste Aufgabe besteht darin, gegen die Armut noch entschlossener vorzugehen. Durch ein höheres Wirtschaftswachstum, das dem vorliegenden *Bericht* zufolge erreichbar ist, können die erforderlichen Mittel zur direkten Bekämpfung der Armut aufgebracht werden. Dies läßt sich nur sicherstellen, wenn auch die Bevölkerungen und Regierungen der Entwicklungsländer ihren Beitrag leisten. Die armen Bevölkerungsschichten müssen in die Erziehungs- und Gesundheitsprogramme integriert werden, durch die andere bereits vor ihnen in die Lage versetzt wurden, ihre Einkommen zu steigern, länger zu leben und ihre Fähigkeiten zu verwirklichen. Mit abnehmendem Wirtschaftswachstum steigt die Gefahr, daß diese Programme wegen fehlender finanzieller Mittel geopfert werden. In diesem Falle würde sich der Teufelskreis aus Armut und geringem Wirtschaftswachstum um eine weitere Generation schließen. Dies wäre der Preis für wirtschaftspolitische Versäumnisse – und damit ein Preis, der nicht in Kauf genommen werden muß.

# Technischer Anhang

## Drittes Kapitel

Die Tabellen 3.1, 3.2, 3.3, 3.4 und 3.7 in diesem Kapitel basieren auf Daten der Weltbank. Die meisten Variablen, die in den Tabellen verwendet werden, sind bekannte Begriffe – wie Preise, Mengen und Anteile. Einige Variablen sind jedoch weniger geläufig, deren Zusammensetzung im folgenden erklärt werden soll.

### Definition der Variablen

Im Zähler der Relation *höhere Preise in Prozent der Wertsteigerung* in Tabelle 3.1 steht der Betrag, um den der Dollarwert des Ausfuhrvolumens des Jahres 1980 durch den Anstieg des Preisniveaus (in US-Dollar) in den Jahren 1970 bis 1980 erhöht wird. Im Nenner steht selbstverständlich die tatsächliche Zunahme der Dollar-Ausfuhrwerte, in denen Preis- und Volumenänderungen zum Ausdruck kommen. Um diese Relation zu verdeutlichen, sollen die Indizes des Ausfuhrvolumens zu konstanten Dollarpreisen mit C und die Ausfuhrwerte zu jeweiligen Dollar mit V bezeichnet werden. Die den Buchstaben angehängten Ziffern bezeichnen das jeweilige Jahr – 7 für 1970 und 8 für 1980. Die *höheren Preise in Prozent der Wertsteigerung* werden dann durch folgende Formel gemessen:

$$\frac{V8 - (C8/C7) \cdot (V7)}{V8 - V7}$$

Die unmittelbare Bedeutung dieser Gleichung wird deutlich, wenn man formal (a) die Wert-Indizes in Preis- und Mengenänderungen zerlegt und (b) die Volumen-Indizes

durch die Mengen ersetzt. Hieraus folgt:

$$(1) \quad \frac{Q8 (P8 - P7)}{V8 - V7}$$

Im Zähler steht jetzt die *Preisänderung* multipliziert mit dem Exportvolumen von 1980.

Die *Kaufkraft der Ausfuhr* in den Tabellen 3.2, 3.3 und T1 und T2 mißt, wie im Text erklärt, den mit dem Exportpreisindex der Industrieländer deflationierten Dollarwert der Ausfuhrerlöse einer Ländergruppe. Die Zunahme der Exportkaufkraft im Zeitraum 1970 bis 1980 wird sodann in eine *Volumenkomponente* und eine *relative Exportpreiskomponente* zerlegt. Die Volumenkomponente mißt den Einfluß der Veränderung des Ausfuhrvolumens zwischen 1970 und 1980 auf die Kaufkraft der Exporte, wobei der relative Ausfuhrpreis auf dem Ausgangsniveau (1970) festgehalten wird. Die Preiskomponente ist identisch mit dem Unterschied zwischen der gesamten Zunahme und der Volumenkomponente. Definitionsgemäß mißt sie die Veränderung der Kaufkraft des Exportvolumens im Jahre 1980, die aus der Veränderung der relativen Ausfuhrpreise zwischen 1970 und 1980 resultiert.

Formal läßt sich die Exportkaufkraft für das Jahr 1980 als  $V8/D8$  und die für 1970 als  $V7/D7$  darstellen, wobei V (wie oben) den Ausfuhrwert in laufenden Dollar und D den Preisdeflator für die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen (ohne Faktoreinkommen) der Industrieländer mißt. Die Gesamtveränderung der Exportkaufkraft (zum Beispiel in der dritten Reihe der Tabelle T2) entspricht dann natürlich  $V8/D8$  minus

$V7/D7$ . Die »Volumenkomponente« läßt sich wie folgt darstellen;

$$(2) \quad \left( \frac{C8}{C7} \cdot \frac{V7}{D7} \right) - \frac{V7}{D7}$$

Die *relative Exportpreis-Komponente* ist die Differenz zwischen der Gesamtveränderung und der Volumenkomponente, das heißt

$$(3) \quad \frac{V8}{D8} - \left( \frac{C8}{C7} \cdot \frac{V7}{D7} \right)$$

Setzt man erneut P mal Q für die Wertindizes und Q für die Volumenindizes, so können die Gleichungen (2) und (3) auf ihren wesentlichen Inhalt reduziert werden. Man erhält dann

$$(2') \quad \frac{(Q8 - Q7) P7}{D7}$$

für die Volumenkomponente oder den Einfluß höherer Volumen und

$$(3') \quad (Q8) \cdot \left( \frac{P8}{D8} - \frac{P7}{D7} \right)$$

für den Einfluß relativer Exportpreisänderungen.

### Externe Datenquellen

Der Gesamtwert für die Einfuhr in Tabelle 3.5 wurde der OECD-Veröffentlichung Reihe B, *Trade by Commodities*, entnommen. Der Importwert für die Einfuhren unter dem allgemeinen Präferenzsystem stammt von der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, *Comprehensive Review of the Generalized System of Preferences*, (TD/B/C.5/63 vom 9. 4. 1979).

Die Angaben in Tabelle 3.6



wurden aus Zeitreihen von Mengenindizes und laufenden Dollarwerten aus dem *Monthly Bulletin of Statistics* der Vereinten Nationen vom Juli 1980 errechnet. Die Indizes einstelliger Kategorien wurden zusammengefaßt und dabei mit Handelswerten des Jahres 1970 gewichtet.

## Sechstes Kapitel

Im Rahmen der Analyse des sechsten Kapitels wird die bisherige Anpassung der ölimportierenden Entwicklungsländer im Zeitraum 1974 bis 1978 analysiert. Dabei werden Veränderungen der Handelsbilanz in Preis- und Mengenänderungen zerlegt, indem die Preise mit ihrem Niveau in den Jahren 1971 bis 1973 und die Mengen mit der Entwicklung verglichen werden, die bei einer Fortsetzung verschiedener Trends aus den Jahren 1963 bis 1973 eingetreten wäre. Diese Zerlegung, die nur eines von mehreren anwendbaren Verfahren darstellt, bietet sich an, um die Erfahrungen in verschiedenen Ländern in einem gemeinsamen Rahmen miteinander zu vergleichen und die Bedeutung allgemeiner Konzepte zu präzisieren.

**Tabelle T 1 Rohstoffausfuhr ohne Brennstoffe:**  
**Veränderungen der Exportkaufkraft und des Exportvolumens nach Produkt- und Ländergruppen 1970 bis 1980**  
(Veränderungen in % der Werte von 1970)

Ländergruppe und Variable	Rohstoffe insgesamt (ohne Brenn- stoffe)	Nahrungs- mittel und Getränke	Landwirt- schaft ohne Nahrungs- mittel	Metalle und Mineralien
<b>Entwicklungsländer</b>				
Ölimporteure mit niedrigem Einkommen				
Änderung relativer Exportpreise	-36	-28	-33	- 61
Änderung des Exportvolumens	+84	+77	+92	+111
Exportstruktur 1970 (in %)	100	61	15	24
Ölimporteure mit mittlerem Einkommen				
Änderung relativer Exportpreise	-27	-17	-19	- 52
Änderung des Exportvolumens	+81	+88	+35	+101
Exportstruktur 1970 (in %)	100	57	17	26
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>				
Änderung relativer Exportpreise	-14	- 8	- 6	- 33
Änderung des Exportvolumens	+80	+92	+80	+ 50
Exportstruktur 1970 (in %)	100	55	23	22

In Tabelle 6.2 wird zwischen den Zahlungsbilanzeffekten außenwirtschaftlicher Erschütterungen und Anpassungsarten wie folgt unterschieden:

Außenwirtschaftliche Erschütterungen *gleich* Internationale Preiseffekte *plus* Auswirkungen auf das Ausfuhrvolumen.

Anpassungsarten *gleich* strukturelle Anpassung (das heißt Durchdringung von Exportmärkten *plus* Importsubstitution) *plus* Zunahme der realen externen Finanzierung *plus* Verlangsamung des Wirtschaftswachstums.

Die einzelnen Bestandteile werden nachfolgend anhand der Berechnungen erläutert, die in Tabelle T3 für Kenia ausgewiesen werden; Kenia gehört zu den ärmsten rohstoffproduzierenden Ländern mit mittlerem Einkommen mit einem BSP pro Kopf von 380 Dollar im Jahre 1979.

### Außenwirtschaftliche Erschütterungen

• *Internationale Preiseffekte* setzen sich zusammen aus Ausfuhr- und Einfuhrpreiseffekten.

(1) *Ausfuhrpreiseffekte*: Sie geben an, inwieweit die Exportkaufkraft

eines Landes verringert wurde, wenn die Weltmarktpreise stärker gestiegen sind als seine Ausfuhrpreise, wobei die Jahre 1971 bis 1973 für beide Preise als Basis dienen. Die Entwicklung der Weltmarktpreise wird anhand der Veränderungen der Durchschnittswertindizes für die Fertigwarenausfuhr aus Entwicklungsländern auf fob-Basis gemessen; dieses Verfahren steht im Einklang mit der Preisbereinigung des Welthandels, die sonst in diesem *Bericht* verwendet wird. Zwischen 1974 und 1978 gingen die Exportpreissteigerungen Kenias in jedem einzelnen Jahr über den Anstieg der Weltmarktpreise hinaus. Weitgehend bedingt durch Preisänderungen für Kaffee und Tee erreichten die Exportpreise dieses Landes im Jahre 1977 ihre höchste Zuwachsrate, die sich im Jahre 1978 wieder abschwächte.

(2) *Importpreiseffekte*: Sie geben an, in welchem Ausmaß die Importrechnung eines Landes zunimmt, wenn seine Einfuhrpreise stärker steigen als die Weltmarktpreise, wobei in beiden Fällen die Jahre 1971 bis 1973 als Ausgangsbasis dienen. In den Jahren 1974 und 1978 übertrafen die Einfuhrpreissteigerungen Kenias in jedem einzelnen Jahr den Anstieg der Weltmarktpreise; sie beliefen sich in diesem Zeitraum auf durchschnittlich 170 Mio Dollar oder 5,7 Prozent des BSP. Insgesamt gesehen wurde Kenia im Zeitraum 1974 bis 1978 durch ungünstige internationale Preiseffekte im Ausmaß von durchschnittlich 1,1 Prozent seines BSP beeinträchtigt.

• *Ausfuhrvolumenseffekte*: Sie messen die Differenz zwischen trendmäßigen und hypothetischen Ausfuhren.

(1) Die trendmäßigen Ausfuhren werden unter den Annahmen ermittelt, daß (a) die Weltexporte der traditionellen Rohstoffprodukte Kenias und die Exporte nicht-traditioneller Erzeugnisse der Entwicklungsländer in den Jahren 1971 bis 1973 mit der gleichen Zuwachsrate expandierten wie in den Jahren 1963 bis 1973 und (b) das Land seinen Marktanteil an diesen Exporten aus dem Jahre 1971 bis 1973 aufrechter-

**Tabelle T 2: Kaufkraft der Fertigwarenausfuhr, Zunahme nach bedeutenden Ländergruppen, 1970 bis 1980**

Position	Entwicklungsländer			Marktwirtschaftliche Industrieländer
	Ölimporture mit niedrigem Einkommen	mit mittlerem Einkommen	Ölexporture	
Änderung relativer Exportpreise in %	-33	-22	-8	-7
Zunahme der Exportkaufkraft insgesamt (in Mrd \$ von 1978)	1,1	53,9	2,1	297,8
Einfluß von Volumenänderungen	3,9	77,4	2,6	346,4
Einfluß relativer Preisänderungen	-2,7	-23,5	-0,5	-48,6
Zunahme der Exportkaufkraft in % der Werte von 1970				
Netto-Zunahme insgesamt	26	194	61	76
Einfluß von Volumenänderungen	90	279	75	88
Einfluß relativer Preisänderungen	-64	-85	-14	-12

halten hat. Diese Annahmen basieren auf der grundlegenden Unterstellung, daß die traditionellen Rohstoffexporte eines Entwicklungslandes mit allen Anbietern auf den Weltmärkten konkurrieren, während seine nicht-traditionellen Ausfuhr nur mit den vergleichbaren Exporten der anderen Entwicklungsländer in Wettbewerb stehen.

(2) Die Berechnung der hypothetischen Exporte beruht auf der Annahme, daß das Land in den Jahren 1971 bis 1973 die Anteile seiner traditionellen Rohstoffausfuhr am globalen Rohstoffexport sowie seine Anteile an der Gesamtausfuhr der Entwicklungsländer von nicht-traditionellen Erzeugnissen halten konnte, wobei für die beiden letztgenannten Kategorien, ausgehend von der

**Tabelle T 3 Zahlungsbilanzeffekte außenwirtschaftlicher Erschütterungen und Anpassungsarten: Kenia**  
(in Mio Dollar und Preisen von 1971-73)

Position	1974	1975	1976	1977	1978	Durchschn. 1974-78	Durchschnitt 1974-78 (in % des BSP)
<b>I. Außenwirtschaftliche Erschütterung</b>							
1. Internationale Preiseffekte							
a. Exportpreiseffekte	- 88	- 35	-132	-313	-116	-137	(-4,6)
b. Importpreiseffekte	206	65	85	215	278	170	(5,7)
Summe (1a + 1b)	118	30	- 47	- 98	162	33	(1,1)
2. Ausfuhrvolumeneffekte							
a. Trendmäßige Exporte	436	468	504	544	588	508	
b. Hypothetische Exporte	423	418	471	464	492	453	
Differenz (2a - 2b)	13	50	33	80	96	55	(1,8)
3. Summe (= 1 + 2)	<u>131</u>	<u>80</u>	<u>- 14</u>	<u>- 18</u>	<u>258</u>	<u>88</u>	(2,9)
<b>II. Anpassungsarten</b>							
1. Strukturelle Anpassung							
a. Durchdringung von Exportmärkten							
(i) Effektive Ausfuhr	375	370	391	373	364	- 78	
(ii) Hypothetische Ausfuhr	423	418	471	464	492	453	
Differenz [(i) - (ii)]	- 48	- 48	- 80	- 91	-128	- 78	(-2,6)
b. Importsubstitution							
(i) Hypothetische Einfuhr	635	681	717	790	858	736	
(ii) Effektive Einfuhr	571	573	550	642	580	583	
Differenz [(i) - (ii)]	64	108	167	148	278	153	(5,1)
Summe (= 1a + 1b)	16	60	87	57	150	75	(2,5)
2. Zusätzliche reale externe Finanzierung							
a. Außenwirtschaftlicher Fehlbetrag	314	233	112	171	378	241	
b. Trendmäßiger Fehlbetrag	220	236	251	266	280	250	
Differenz (2a - 2b)	94	- 3	-139	- 95	98	- 9	(-0,3)
3. Geringeres Wachstum							
a. Trendmäßige Einfuhr	656	704	755	810	868	758	
b. Hypothetische Einfuhr	635	681	717	790	858	736	
Differenz (3a - 3b)	21	23	38	20	10	22	(0,7)
4. Summe (= 1 + 2 + 3)	<u>131</u>	<u>80</u>	<u>- 14</u>	<u>- 18</u>	<u>258</u>	<u>88</u>	(2,9)

Basisperiode 1971 bis 1973, eine Wachstumsrate unterstellt wird, die der tatsächlichen Zunahme entspricht. Der Unterschied zwischen (1) und (2) ist auf eine Abschwächung der Expansion des Außenhandels nach der Basisperiode 1971 bis 1973 gegenüber seinem Wachstum im Zeitraum 1963 bis 1973 zurückzuführen. Über den gesamten Zeitraum hinweg betrug diese Abschwächung durchschnittlich 508 Mio Dollar minus 453 Mio Dollar, gleich 55 Mio Dollar, was einem Anteil von 1,8 Prozent am BSP entspricht.

- *Außenwirtschaftliche Erschütterungen* sind die Summe aus internationalen Preis- und Ausfuhrvolumeneffekten. Im Zeitraum 1974 bis 1978 beliefen sich diese Effekte auf durchschnittlich 2,9 Prozent des BSP von Kenia.

#### *Anpassungsarten*

- *Schwächeres Wachstum*: gleich Differenz zwischen trendmäßigen und hypothetischen Einfuhren.

(1) Die trendmäßigen Einfuhren werden unter den Annahmen berechnet, daß (a) die Einkommenselastizitäten der Einfuhrnachfrage, die für die Brennstoffeinfuhr und die übrigen Importe gesondert geschätzt wurden, auf ihrem Niveau der Jahre 1963 bis 1973 verharrten und (b) das Wachstum des BSP nach 1971 bis 1973 genauso hoch blieb wie in den Jahren 1963 bis 1973.

(2) Die hypothetischen Einfuhren werden unter der Annahme berechnet, daß sich die Einkommenselastizitäten der Einfuhrnachfrage nach Brennstoffen und anderen Einfuhrerzeugnissen gegenüber ihrem Niveau in den Jahren 1963 bis 1973 nicht verändert haben und das BSP ausgehend von 1971 bis 1973 mit seiner tatsächlichen Zuwachsrate expandiert.

Die Differenz zwischen (1) und (2) ist auf eine Abschwächung des Wachstums des BSP nach 1971 bis 1973 gegenüber seinem Wachstum im Zeitraum 1963 bis 1973 zurückzuführen. Diese Abschwächung belief sich im Durchschnitt auf 0,7

Prozent des BSP oder auf fast ein Viertel der gesamten Anpassung mit einem Höhepunkt im Jahre 1976, in dem die Einführung von restriktiven haushalts- und geldpolitischen Maßnahmen und Importbegrenzungen zum Ausdruck kommen.

- Die *strukturelle Anpassung* ist gleich der Summe aus der Durchdringung der Exportmärkte und der Importsubstitution.

(1) *Durchdringung von Exportmärkten*: Exportsteigerungen, die ausgehend von 1971 bis 1973 auf gestiegene Exportmarktanteile Kenias zurückzuführen sind. Es sei daran erinnert, daß die hypothetischen Ausfuhren die Konsequenzen einer Beibehaltung der Marktanteile von 1971 bis 1973 aufzeigen. Der Unterschied zwischen den effektiven Exporten (375 Mio Dollar im Zeitraum 1974 bis 1978) und den hypothetischen Ausfuhren (453 Mio Dollar im Zeitraum 1974 bis 1978) läßt sich dann auf die Marktdurchdringung zurückführen. Diese Differenz belief sich auf minus 78 Mio Dollar oder minus 2,6 Prozent des BSP, was fast identisch ist mit dem ungünstigen Einfluß der außenwirtschaftlichen Erschütterungen (2,9 Prozent des BSP). Die Einbußen traten vor allem bei den nicht-traditionellen Rohstoffexporten und bei der Fertigwarenausfuhr auf; hierin spiegeln sich vor allem eine zunehmende Benachteiligung der Ausfuhr im Rahmen der Handelspolitik sowie das Auseinanderfallen der ostafrikanischen Gemeinschaft wider.

(2) *Importsubstitution*: Einfuhrersparungen als Folge eines Rückgangs der Einkommenselastizität der Einfuhrnachfrage gegenüber dem Zeitraum 1963 bis 1973. Es sei daran erinnert, daß die hypothetischen Einfuhren die Konsequenzen einer unveränderten Einkommenselastizität widerspiegeln. Die Differenz zwischen den hypothetischen Einfuhren (736 Mio in den Jahren 1974 bis 1978) und den tatsächlichen Importen (583 Mio Dollar im Zeitraum 1974 bis 1978) gilt als Maßstab für die Importsubstitution. Mit 153 Mio Dollar oder 5,1 Prozent des BSP war die Importsubstitution in Kenia bei weitem die wichtigste Form der

Anpassung. Dieses Ergebnis läßt sich auf den verstärkten Einsatz von Einfuhrbeschränkungen sowie die zunehmende Geltendmachung von Privilegien zurückführen, die den inländischen Unternehmen ein effektives Einspruchsrecht gegen Importe gaben.

Auf die strukturelle Anpassung (d. h. die Durchdringung der Exportmärkte plus Einfuhrsubstitution) entfielen im Durchschnitt 85 Prozent der Zahlungsbilanzanpassung an die außenwirtschaftlichen Erschütterungen im Zeitraum 1974 bis 1978.

- *Zunahme der realen externen Finanzierung*: Differenz zwischen dem realen und trendmäßigen außenwirtschaftlichen Fehlbetrag.

(1) der reale außenwirtschaftliche Fehlbetrag, d. h. die Differenz zwischen den Nominalwerten der effektiven Einfuhr und der tatsächlichen Ausfuhr, korrigiert um den allgemeinen Anstieg der Weltmarktpreise, und

(2) der trendmäßige außenwirtschaftliche Fehlbetrag, d. h. der Fehlbetrag, der sich auf der Grundlage der Preise von 1971 bis 1973 aus der Verringerung der trendmäßigen Einfuhren um die trendmäßigen Ausfuhren errechnet.

Beide außenwirtschaftlichen Fehlbeträge berücksichtigen lediglich den Warenhandel und keine Dienstleistungen. Der Unterschied zwischen dem realen außenwirtschaftlichen Fehlbetrag (241 Mio Dollar im Zeitraum 1974 bis 1978) und dem trendmäßigen außenwirtschaftlichen Fehlbetrag (250 Mio Dollar in den Jahren 1974 bis 1978) mißt die Zunahme der realen externen Finanzierung, d. h. den Umfang der zusätzlichen Finanzierungsmittel, bereinigt um den allgemeinen Anstieg der Weltmarktpreise. Sie belief sich im Durchschnitt auf minus 9 Mio Dollar. Die Ausweitung der nominalen Finanzierung nahm dementsprechend nicht so stark zu wie die Weltinflation, und Kenia setzte vorwiegend inländische Anpassungsarten ein, um die außenwirtschaftlichen Erschütterungen im Zeitraum 1974 bis 1978 zu bewältigen.

# Anmerkungen zu den verwendeten Quellen

Der vorliegende *Bericht* basiert auf einem umfangreichen Fundus an Forschungsarbeiten sowohl der Weltbank als auch außenstehender Stellen. Ausgewählte, zu den einzelnen Kapiteln verwandte Quellen, werden im folgenden kurz kommentiert und anschließend in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Das Quellenmaterial der Weltbank umfaßt Hintergrundpapiere zur sektoralen Politik, fortlaufende Wirtschaftsanalysen und -untersuchungen sowie Arbeiten über Projekte, Sektoren und Wirtschaftsprobleme einzelner Länder. Darüber hinaus wird für jeden *Bericht* eine Reihe von Hintergrundpapieren in Auftrag gegeben; ihre wichtigste Aufgabe besteht darin, die einschlägige Literatur sowie Arbeiten der Bank miteinander zu verknüpfen (die in diesen Papieren zitierten Quellen werden daher nicht gesondert aufgeführt). Die Hintergrundpapiere werden zum Großteil als »World Bank Staff Working Papers« herausgegeben, die kostenlos über die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Bank bezogen werden können. Die dort zum Ausdruck gebrachten Auffassungen stimmen allerdings nicht notwendigerweise mit denen der Weltbank oder den in diesem *Bericht* wiedergegebenen Ansichten überein.

## Ausgewählte Quellen zu den einzelnen Kapiteln

### Zweites Kapitel

Die grundlegenden Projektionen dieses Kapitels wurden im Rahmen des Weltmodells der Weltbank erstellt. Die dabei verwendeten Daten stimmen weitgehend mit den Angaben im *Weltbank-Atlas 1980* und in

den *Welt-Tabellen*, zweite Ausgabe, überein. Eine Erörterung der den Projektionen zugrunde liegenden Annahmen findet sich bei Cheetham, Gupta und Schwartz sowie in einer demnächst erscheinenden Weltbank-Publikation.

Die Sensitivitätsanalyse basiert auf Simulationen, die mit dem Brüsseler Weltentwicklungsmodell durchgeführt wurden, das mit dem Weltmodell der Weltbank kompatibel ist. Auch die projizierten Handelsanteile zwischen dem Norden und dem Süden wurden aus dem Brüsseler Modell abgeleitet. Eine Beschreibung des Modells geben Waelbroeck und andere. Die Zahl der in Armut lebenden Menschen wurde mit Hilfe des von Ahluwalia, Carter und Chenery entwickelten Verfahrens unter Berücksichtigung der derzeitigen Projektionen für die Einkommens- und Bevölkerungsentwicklung ermittelt. Zum Verfahren und den Ergebnissen des Internationalen Vergleichsprojekts siehe Kravis, Heston und Summers.

### Drittes Kapitel

Frank untersucht eine Reihe von Handelsfragen, die von besonderer Bedeutung für die Entwicklungsländer sind. Hughes und Waelbroeck fassen mehrere Untersuchungen über die Durchdringung der Märkte der Industrieländer durch die Ausfuhren der Entwicklungsländer zusammen, und Havrylyshyn und Wolf analysieren die Entwicklung des »Süd-Süd«-Handels. Die Handelspolitik der Entwicklungsländer wird im *Weltentwicklungsbericht 1979*, in dort angegebenen Quellen sowie von Balassa (1980 b) erörtert. Wolf, Finger (1981) und Nelson

analysieren die Wirtschaftspolitik der Industrieländer. Zur Analyse der Vorkehrungen, mit deren Hilfe die Industrieländer ihre Handelspolitik durchführen, vergleiche Finger, Hall und Nelson, Verreydt und Waelbroeck sowie Hughes und Waelbroeck. Murray empfiehlt sich als Lektüre zum allgemeinen Präferenzsystem, das gleiche gilt für Yeats im Hinblick auf die Differenzierung der Zolltarife, für Bale und Lutz zum Protektionismus in der Landwirtschaft sowie Finger (1975) zu den »Offshore«-Montagebestimmungen. In einem demnächst erscheinenden Band des Weltbank- und des Commonwealth-Sekretariats über die Verarbeitung von Rohstoffen in Entwicklungsländern werden allgemeine Probleme der Rohstoffverarbeitung erörtert. Der potentielle Nutzen der neuen GATT-Richtlinien für die Entwicklungsländer wird im *Weltentwicklungsbericht 1980* und in dort angegebenen Quellen analysiert. Eine nützliche Fundstelle über Vorkehrungen zur Beilegung internationaler Handelsstreitigkeiten ist Hufbauer, desgl. Shelton für Exportanreize und Vergeltungsmaßnahmen sowie Merciai für Schutzklauseln. Die Tabelle in dem Sonderbeitrag über die Zolltarif-Eskalation stammt von Yeats und die im Sonderbeitrag über Investitionen im Mineraldienstleistungssektor von Mike-sell.

### Viertes Kapitel

Die generellen Aussichten für die Energie – Nachfragetrends und Aussichten für das Angebot – werden sowohl für die Industrie- als auch für die Entwicklungsländer von Choe, Lambertini und Pollak analysiert.

Die internationale Energie-Agentur erörtert Entwicklungstrends bei den inländischen Verbraucherpreisen und der nationalen steuerlichen Belastung der Energie. Eine gründliche Untersuchung über die Auswirkungen der Energiepreise auf den Verbrauch sowie über den Zusammenhang zwischen Einkommenswachstum und Energienachfrage in den Entwicklungsländern gibt Choe. Ein Überblick über die Elastizitäten in den Industrieländern findet sich in der Veröffentlichung Energy Modeling Forum.

Die Weltbank (1980) untersucht die Entwicklungsaussichten für die verschiedenen Energiequellen in den Entwicklungsländern im Verlauf des nächsten Jahrzehnts. Hughart gibt einen Überblick über nicht-konventionelle Energiequellen in den Entwicklungsländern. Produktionsstrategien und besondere Anliegen der ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß werden von Hablützel erörtert.

Die »andere Energiekrise«, d.h. die Brennholzkrisen und ihre Folgen für die Bevölkerung und die Ökologie, ist Gegenstand der Untersuchung von Spears. Noronha gibt einen Überblick über Projekte zur Energieversorgung der Armen.

Der Einfluß höherer Energiepreise auf das Wirtschaftswachstum wird von Manne analysiert. Berndt und Wood fassen in ihrer Untersuchung mehrere Studien zusammen, die empirische Schätzungen über die Schwierigkeit der Substitution von Energie im Produktionsprozeß durch andere Faktoren enthalten. Ridker vermittelt Grundlegendes über den Einfluß steigender Energiepreise auf verschiedene Sektoren.

Die Grundlagen für die Schätzung des Kapitalbedarfs im Rahmen der Energieentwicklungsprogramme der Entwicklungsländer werden von der Weltbank (1980) dargestellt. Abbildung 4.7 stammt von Bechtel.

### *Fünftes Kapitel*

Daten über die externe Finanzierung werden von den verschiedensten

internationalen Institutionen zusammengestellt. Die von der Weltbank verwendeten Daten stammen aus ihrem Schulden-Berichtssystem und ihrer Veröffentlichung *Borrowing in International Capital Markets* sowie aus der *International Financial Statistics* des Internationalen Währungsfonds; darüber hinaus wurde auf Jahres- und Vierteljahresberichte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und auf *Development Cooperation*, einen jährlich erscheinenden Überblick des Entwicklungshilfe-Ausschusses der OECD, zurückgegriffen.

Bryant und Joshi analysieren die makroökonomischen Aspekte der internationalen Anpassung. Bryant legt dabei besonderes Gewicht auf die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen Außenhandel und Kapitalzuflüssen, und Joshi stellt vor allem auf das mögliche Versagen von Marktmechanismen und auf verschiedene Bereiche ab, die für Interventionen in Frage kommen. Fleming erörtert die grundsätzliche Problematik privater Kapitalzuflüsse in Entwicklungsländer. O'Brien beschreibt die Evolution der Beziehungen zwischen Geschäftsbanken und Entwicklungsländern, und Hope analysiert die Verschuldungslage und ihre Implikationen für die künftige Kreditaufnahme. Einen Überblick über bisherige Entwicklungstrends und Aussichten für die grenzüberschreitende Bewegung von Arbeitskräften und Gastarbeiterüberweisungen vermittelt Swamy.

### *Sechstes Kapitel*

Die Kalkulationen für die Anpassung an außenwirtschaftliche Erschütterungen basieren auf einem analytischen Rahmen, den Balassa entwickelt hat (1980a, 1981 und bevorstehende Veröffentlichung). Teile seiner Arbeit sind in Balassa und Barsony erschienen, einem Bericht, den das Entwicklungszentrum der OECD veröffentlicht hat. Die Schätzwerte in Tabelle 6.2 wurden auf der Grundlage dieser Teilveröffentlichungen erstellt. Das Konzept

von Balassa wird von Mitra weiterentwickelt, der auch die Bedeutung der Ersparnis und Investition im Anpassungsprozeß erforscht. Tabelle 6.3 basiert auf der Arbeit von Bhalla. Die Beschreibung der Anpassung einzelner Länder basiert weitgehend auf der länderspezifischen Arbeit der Weltbank und auf Jasperson, Liebenthal und Wallich für die ölimportierenden Entwicklungsländer, auf Gelb für die Ölexporteure mit einem Zahlungsbilanzdefizit sowie auf Hablützel für die ölexportierenden Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß. Das Ausgangsmaterial für die planwirtschaftlichen Industrieländer stammt von Schrenk.

### *Siebttes Kapitel*

Wichtigste Quelle für die Angaben über die Armut, das Wirtschaftswachstum und die menschliche Entwicklung sind der *Weltentwicklungsbericht 1980* und die dort erwähnten Hintergrunduntersuchungen vor allem von Hicks sowie Haq und Burki. Der Einfluß der öffentlichen Haushalte auf die Programme zur menschlichen Entwicklung wird in Knight, vor allem im Beitrag von Meerman, erörtert. Die Analyse der Probleme bei der Nahrungsmittelerzeugung basiert auf einer zusammenfassenden Untersuchung über landwirtschaftliche Studien, die die Weltbank für mehrere Länder angefertigt hat. Clay (1981a und b), Chambers und Singer sowie Lipton erörtern Fragen der Nahrungsmittelverteilung, vor allem ihren Zusammenhang mit außenwirtschaftlichen Anspannungen und potentiellen Konflikten mit Erzeugerinteressen. Neuere Erkenntnisse über die Bestimmungsfaktoren einer rückläufigen Fruchtbarkeit und ihre Bedeutung für Programme zur menschlichen Entwicklung vermittelt Birdsall.



- Ahluwalia, Montek, Nicholas Carter and Hollis B. Chenery. »Growth and Poverty in Developing Countries.« *Journal of Development Economics* 6:3 (September 1979), 299–341.
- Balassa, Bela. »Adjustment to External Shocks in Developing Economies.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- »The Newly Industrializing Developing Countries After the Oil Crisis.« World Bank Staff Working Paper, Nr. 437, Oktober 1980a.
- »The Process of Industrial Development and Alternative Development Strategies.« World Bank Staff Working Paper, Nr. 438, Oktober 1980b.
- »Policy Experience in Twelve Less Developed Countries.« World Bank Staff Working Paper, Nr. 449, April 1981\*.
- Balassa, Bela und André Barsony. »Policy Responses to External Shocks in Developing Countries.« Paris: OECD, 1981.
- Bale, Malcolm D. und Ernst Lutz. »Price Distortions in Agriculture and Their Effects: An International Comparison.« *American Journal of Agricultural Economics* 63:1 (Februar 1981), 8–22.
- Bechtel. »Economic Review of Advanced Fuel and Power Technologies.« Mimeographed. San Francisco, Kalifornien: Bechtel, August 1980.
- Berndt, E., und D. Wood. »Engineering and Econometric Interpretations of Energy–Capital Complementarity.« *American Economic Review* 69:3 (September 1979).
- Bhalla, Surjit S. »The Transmission of Inflation into Developing Economies.« In Cline und andere.
- Birdsall, Nancy. *Population Growth and Poverty in the Developing World*. Washington: Population Reference Bureau, Inc., Dezember 1980.
- Bryant, Ralph. »Notes on the Analysis of Capital Flows to Developing Nations and the 'Recycling' Problem.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Chambers, Robert, und Hans Singer. »Poverty, Malnutrition and Food in Zambia.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Cheetham, R. J., S. Gupta und A. Schwartz. »The Global Framework.« World Bank Staff Working Paper, Nr. 355, September 1979.
- Choe, Boum Jong. »Energy Demand in Developing Countries.« In *International Energy Strategies*, Herausgeber Joy Dunkerley. Proceedings of the 1979 International Association of Energy Economists and Resources for the Future Conference. Washington, 1980.
- Choe, Boum Jong, Adrian Lambertini und Peter Pollak. »Global Energy Prospects.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Clay, Edward. »Food Policy Issues in Low-Income Countries.« World Bank Staff Working Paper, 1981a\*, (erscheint in Kürze).
- »Poverty, Food Insecurity and Public Policy in Bangladesh.« World Bank Staff Working Paper, 1981b\*, (erscheint in Kürze).
- Cline, William R., und Mitautoren. *World Inflation and the Developing Countries*. Washington: The Brookings Institution, 1981.
- Energy Modelling Forum. »Aggregate Elasticity of Energy Demand,« Bd. 1., Stanford, Kalifornien: Stanford Universität, August 1980.
- Finger, J. M. »Tariff Provisions for Offshore Assembly and the Exports of Developing Countries.« *Economic Journal* 85, (Juni 1975), 365–71.
- »Industrial Country Policy and Adjustment to Imports From Developing Countries.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Finger, J. M., H. Keith Hall und Douglas R. Nelson. »The Political Economy of Administered Protection.« *American Economic Review*, (erscheint in Kürze).
- Fleming, Alex. »Private Capital Flows to Developing Countries and their Determination: Historical Perspective, Current Experience and Future Prospects.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Frank, Isaiah. »LDC Trade Policy Issues for the 1980s.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Gelb, Alan. »Capital-Importing Oil Exporters: Adjustment Issues and Policy Choices.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).

- Hablützel, Rudolf. »Development Prospects of Capital-Surplus Oil-Exporting Countries: Iraq, Kuwait, Libya, Qatar, Saudi Arabia, UAE.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Haq, Mahbub ul und Shahid Javed Burki. *Meeting Basic Needs: An Overview*. Poverty and Basic Needs Series. Washington: Weltbank, September 1980.
- Havrylyshyn, Oli und Martin Wolf. »Trade Among Developing Countries: Theory, Policy Issues and Principal Trends.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Hicks, Norman. »Economic Growth and Human Resources.« World Bank Staff Working Paper, Nr. 408, Juli 1980.
- Hope, Nicholas C. »Developments in and Prospects for the External Debt of Developing Countries: 1970-80 and Beyond.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Hufbauer, Gary C. und J. R. Shelton. *The International Discipline of Export Incentives and Countermeasures*. London: Trade Policy Research Centre, (erscheint in Kürze).
- Hughart, D. »Prospects for Traditional and Nonconventional Energy Sources in Developing Countries.« World Bank Staff Working Paper, Nr. 346, Juli 1979.
- Hughes, Helen und Jean Waelbroeck. »Trade and Protection in the 1970s: Can the Growth of Developing Countries Continue in the 1980s?« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Independent Commission on International Development Issues. The »Brandt Commission«. *North-South: A Program for Survival*. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press, 1980.
- International Energy Agency. *Energy Policies and Programmes of IEA Countries-1979 Review*. Paris: OECD, 1979.
- Jaspersen, Frederick Z. »Adjustment Experience and Growth Prospects of the Newly Industrializing Countries.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Joshi, Vijay. »International Adjustment in the 1980s.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- King, Timothy, ed. *Education and Income*. World Bank Staff Working Paper, Nr. 402, Juli 1980.
- Knight, Peter T., ed. *Implementing Programs of Human Development*. World Bank Staff Working Paper, Nr. 403, Juli 1980.
- Kravis, Irving B., A. Heston und R. Summers, *International Comparisons of Real Product and Purchasing Power*. Baltimore und London: Johns Hopkins University Press, 1978.
- Liebenthal, Robert. »Adjustment in Low-Income Africa.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Lipton Michael. »Risk to Nutritional Adequacy of Food Output: Adjustments in India.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Manne, Alan. »Energy, Trade and Economic Growth.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Meerman, Jacob. »Paying for Human Development.« In Knight, ed.
- Merciai, Patrizio. »Safeguard Measures in the GATT.« *Journal of World Trade Law* 15:1 (Januar-Februar 1981), 41-66.
- Mikesell, Raymond F. *New Patterns of World Mineral Development*. British-North America Committee, Washington, 1979.
- Mitra, Pradeep, K. »An Analysis of Adjustment in Developing Countries.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Murray, Tracey. *Trade Preferences for Developing Countries*. London: Macmillan, 1977.
- Nelson, Douglas R. »The Political Structure of the New Protectionism.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Noronha, R. »Village Woodlots: Are They a Solution?« Studie für eine Expertengruppe für Introduction and Diffusion of Renewable Energy Technologies, National Academy of Science, Washington, November 1980.
- O'Brien, Richard. »Private Bank Lending to Developing Countries.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- OECD, Interfutures. *Facing the Future: Mastering the Probable and Managing the Unpredictable*. Paris: OECD, 1979.
- Ridker, Ronald. »The Management of Energy Use in Developing Countries.« Mimeographed. Washington: Weltbank, 1981.\*

- Sapir, André und Ernst Lutz. »Trade in Services: Economic Determinants and Development Related Issues.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Schrenk, Martin. »The Present and Prospective Role of the CMEA Countries in the World Economy.« World Bank Staff Working, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Spears, J. »Wood as an Energy Source: The Situation in the Developing World.« Rede auf der 103. Jahresversammlung der American Forestry Association, Oktober 1978.
- Swamy, Gurushri. »International Labor Migration and Workers Remittances – Issues and Prospects.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- United Nations. *World Energy Supplies 1973–1978*. Statistical Papers, Reihe J, Nr. 22. New York: Vereinte Nationen, 1979.
- Verreydt, E. und Jean Waelbroeck. »European Community Protection Against Manufactured Imports from Developing Countries: A Case Study in the Political Economy of Protection.« World Bank Staff Working Paper, Nr. 432, Oktober 1980.
- Waelbroeck Jean, J. M. Burniaux, G. Carrin und J. Gunning. »General Equilibrium Modeling of Global Adjustment.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Wallich, Christine. »A Comparative Analysis of Developing-Country Adjustment Experiences: Adjustment in Low-Income South Asia.« World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- Wolf, Martin. »Adjustment Policies and Problems in Developed Countries.« World Bank Staff Working Paper, Nr. 349, August 1979.
- World Bank, Economic Analysis and Projections Department. »Development in a Changing Environment«\*. World Bank Staff Working Paper, 1981\*, (erscheint in Kürze).
- World Bank. »Energy in the Developing Countries.« Washington, August 1980.
- Yeats, Alexander J. *Trade Barriers Facing Developing Countries*. New York: St. Martin, 1979.

(\*) bedeutet, daß die betreffende Ausarbeitung als Hintergrundmaterial für den vorliegenden Bericht erstellt wurde.

**Anhang**

**Kennzahlen**  
**der**  
**Weltentwicklung**

Tabellenschlüssel	145
Einführung	146
Tabelle 1: Basiskennzahlen	148
Bevölkerung □ Fläche □ BSP pro Kopf □ Inflation □ Alphabetenquote für Erwachsene □ Lebenserwartung □ Nahrungsmittelproduktion pro Kopf	
Tabelle 2: Wachstum der Produktion	150
BIP □ Landwirtschaft □ Industrie □ Verarbeitendes Gewerbe □ Dienstleistungen	
Tabelle 3: Produktionsstruktur	152
BIP □ Landwirtschaft □ Industrie □ Verarbeitendes Gewerbe □ Dienstleistungen	
Tabelle 4: Zunahme von Verbrauch und Investition	154
Öffentlicher Verbrauch □ Privater Verbrauch □ Bruttoinlandsinvestition	
Tabelle 5: Struktur der Nachfrage	156
Öffentlicher Verbrauch □ Privater Verbrauch □ Bruttoinlandsinvestition □ Bruttoinlandsersparnis □ Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen □ Außenbeitrag	
Tabelle 6: Industrialisierung	158
Wertschöpfung in der Nahrungsmittelerzeugung und Landwirtschaft □ bei Textilien und Bekleidung □ im Maschinenbau und bei Transportausrüstungen □ in der chemischen Industrie □ im Bereich der Sonstigen Fertigwarenindustrie □ Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe □ Bruttoproduktion pro Kopf im verarbeitenden Gewerbe	
Tabelle 7: Kommerzielle Energie	160
Wachstum der Energieerzeugung □ Wachstum des Energieverbrauchs □ Energieverbrauch pro Kopf □ Energieeinfuhr in Prozent der Warenausfuhr	
Tabelle 8: Warenhandel	162
Ausfuhrwerte □ Einfuhrwerte □ Ausfuhrwachstum □ Einfuhrwachstum □ Terms of Trade	
Tabelle 9: Struktur der Warenausfuhr	164
Brennstoffe, Mineralien und Metalle □ Sonstige Rohstoffe □ Textilien und Bekleidung □ Maschinen und Transportausrüstungen □ Sonstige Fertigwaren	
Tabelle 10: Struktur der Wareneinfuhr	166
Nahrungsmittel □ Brennstoffe □ Sonstige Rohstoffe □ Maschinen und Transportausrüstungen □ Sonstige Fertigwaren	
Tabelle 11: Regionale Struktur der Warenausfuhr	168
Marktwirtschaftliche Industrieländer □ Entwicklungsländer □ Planwirtschaftliche Industrieländer □ Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß	
Tabelle 12: Fertigwarenhandel	170
Ausfuhr in marktwirtschaftliche Industrieländer □ in Entwicklungsländer □ in planwirtschaftliche Industrieländer □ in Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß □ Wert der Fertigwarenausfuhr	
Tabelle 13: Zahlungsbilanzen und Schuldendienstrelationen	172
Leistungsbilanzsaldo vor Zinszahlungen auf die öffentliche Auslandsverschuldung □ Zinszahlungen auf die öffentliche Auslandsverschuldung □ Schuldendienst in Prozent des BSP □ in Prozent der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	



<b>Tabelle 14: Zufluß von Auslandskapital</b>	<b>174</b>
Bruttozufluß mittel- und langfristiger öffentlicher und öffentlich garantierter Kredite <input type="checkbox"/> Tilgung <input type="checkbox"/> Nettozufluß mittel- und langfristiger öffentlicher und öffentlich garantierter Kredite <input type="checkbox"/> Private Netto-Direktinvestition	
<b>Tabelle 15: Öffentliche Auslandsverschuldung und Währungsreserven</b>	<b>176</b>
Ausstehende und ausgezahlte öffentliche Auslandsverschuldung <input type="checkbox"/> in Prozent des BSP <input type="checkbox"/> Bruttowährungsreserven <input type="checkbox"/> in Äquivalenten von Monatsimporten	
<b>Tabelle 16: Öffentliche Entwicklungshilfe der OECD- und OPEC-Mitgliedsländer</b>	<b>178</b>
Beträge in Dollar <input type="checkbox"/> in Prozent des BSP der Geberländer <input type="checkbox"/> in nationalen Währungen <input type="checkbox"/> Bilateraler Nettozufluß in Länder mit niedrigem Einkommen	
<b>Tabelle 17: Bevölkerungswachstum in der Vergangenheit und Projektionen; hypothetische stationäre Bevölkerung</b>	<b>180</b>
Bisheriges Bevölkerungswachstum <input type="checkbox"/> Bevölkerungsprojektionen <input type="checkbox"/> Hypothetischer Umfang der stationären Bevölkerung <input type="checkbox"/> Jahr mit einer Nettofortpflanzungsrate von 1 <input type="checkbox"/> Jahr, in dem die stationäre Bevölkerung erreicht wird	
<b>Tabelle 18: Demographische und fruchtbarkeitsbezogene Kennzahlen</b>	<b>182</b>
Unbereinigte Geburtenziffern <input type="checkbox"/> Unbereinigte Sterbeziffern <input type="checkbox"/> Allgemeine Fruchtbarkeitsziffern <input type="checkbox"/> Quote der Frauen im gebärfähigen Alter <input type="checkbox"/> Quote der verheirateten Frauen, die empfangnisverhütende Mittel verwenden	
<b>Tabelle 19: Erwerbspersonen</b>	<b>184</b>
Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter <input type="checkbox"/> Erwerbspersonen in der Landwirtschaft <input type="checkbox"/> in der Industrie <input type="checkbox"/> im Dienstleistungssektor <input type="checkbox"/> Bisherige und projektierte Zunahme der Erwerbspersonen	
<b>Tabelle 20: Verstädterung</b>	<b>186</b>
Prozentualer Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung <input type="checkbox"/> Zunahme der Stadtbevölkerung <input type="checkbox"/> Prozentualer Bevölkerungsanteil der größten Stadt <input type="checkbox"/> der Städte mit über 500 000 Einwohnern <input type="checkbox"/> Anzahl der Städte mit über 500 000 Einwohnern	
<b>Tabelle 21: Kennzahlen der Lebenserwartung</b>	<b>188</b>
Lebenserwartung <input type="checkbox"/> Säuglingssterblichkeitsziffern <input type="checkbox"/> Kindersterblichkeitsziffern	
<b>Tabelle 22: Gesundheitsbezogene Kennzahlen</b>	<b>190</b>
Bevölkerung je Arzt <input type="checkbox"/> je Beschäftigtem in der Krankenpflege <input type="checkbox"/> Prozentualer Anteil der Bevölkerung mit Trinkwasserversorgung <input type="checkbox"/> Tägliches Kalorienangebot pro Kopf	
<b>Tabelle 23: Erziehungswesen</b>	<b>192</b>
Anzahl der Grundschüler in Prozent ihrer Altersgruppe <input type="checkbox"/> für weiterführende Schulen <input type="checkbox"/> für höhere Schulen und Universitäten <input type="checkbox"/> Alphabetenquote für Erwachsene	
<b>Tabelle 24: Verteidigungs- und Sozialausgaben</b>	<b>194</b>
Verteidigungsausgaben in Prozent des BSP <input type="checkbox"/> in Prozent der Ausgaben der Zentralregierung <input type="checkbox"/> Pro-Kopf-Ausgaben der Zentralregierung für Verteidigung <input type="checkbox"/> für Erziehung <input type="checkbox"/> für Gesundheit	
<b>Tabelle 25: Einkommensverteilung</b>	<b>196</b>
Prozentuale Anteile am Haushaltseinkommen nach prozentualen Haushaltsgruppen	
<b>Technische Erläuterungen</b>	<b>198</b>
<b>Verzeichnis der Datenquellen</b>	<b>208</b>

# Tabellenschlüssel

In jeder Tabelle sind die Länder innerhalb der Gruppen, denen sie angehören, in steigender Rangfolge nach der Höhe ihres Pro-Kopf-Einkommens aufgeführt. Die Ordnungsnummern, die diese Rangfolge anzeigen, werden in der nachfolgenden alphabetischen Länderliste ausgewiesen.

Zahlen in den bunt gefärbten Streifen sind zusammenfassende Kennzahlen für Ländergruppen. Die Abkürzung *w* nach einer zusammenfassenden Kennzahl gibt an, daß es sich um einen gewogenen Durchschnitt handelt; der Buchstabe *m* steht entsprechend für Medianwert und *s* für Summe.

.. Nicht verfügbar.  
(.) Weniger als die Hälfte der angegebenen Einheit.  
Alle Zuwachsraten beziehen sich auf reale Größen.  
Kursiv geschriebene Angaben gelten für andere als die angegebenen Zeiträume oder Jahre.

Ägypten, Arabische Republik	43	Israel	95	Panama	75
Äthiopien	6	Italien	98	Papua-Neuguinea	54
Afghanistan	11	Jamaika	72	Paraguay	67
Albanien	60	Japan	103	Peru	57
Algerien	78	Jemen, Arabische Republik	39	Philippinen	51
Angola	41	Jemen, Demokr. Volksrepublik	44	Polen	120
Argentinien	88	Jordanien	70	Portugal	87
Australien	104	Jugoslawien	89	Ruanda	17
Bangladesch	4	Kamerun	49	Rumänien	84
Belgien	110	Kamputschea	1	Sambia	46
Benin	19	Kanada	105	Saudi-Arabien	116
Bhutan	3	Kenia	37	Schweden	113
Birma	10	Kolumbien	62	Schweiz	114
Bolivien	48	Kongo, Volksrepublik	52	Senegal	40
Brasilien	82	Korea, Demokr. Republik	69	Sierra Leone	21
Bulgarien	119	Korea, Republik	77	Simbabwe	42
Burundi	13	Kuba	76	Singapur	93
Chile	80	Kuwait	118	Somalia	8
China	22	Laos, Demokr. Volksrepublik	2	Sowjetunion	122
Costa Rica	83	Lesotho	33	Spanien	96
Dänemark	112	Libanon	71	Sri Lanka	18
Dominikanische Republik	61	Liberia	45	Sudan	36
Ecuador	66	Libyen, Arabische Republik	117	Südafrika, Republik	81
Elfenbeinküste	65	Madagaskar, Republik	30	Syrien, Arabische Republik	64
El Salvador	55	Malawi	16	Tansania	25
Finnland	101	Malaysia	74	Thailand	50
Frankreich	106	Mali	9	Togo	34
Deutschland, Bundesrepublik	111	Marokko	58	Trinidad und Tobago	91
Deutschland, Demokr. Republik	124	Mauretanien	32	Tschad	5
Ghana	38	Mexiko	79	Tschechoslowakei	123
Griechenland	94	Mongolische Volksrepublik	59	Türkei	73
Großbritannien	100	Mosambik	20	Tunesien	68
Guatemala	63	Nepal	7	Uganda	31
Guinea	28	Neuseeland	99	Ungarn	121
Haiti	23	Nicaragua	53	Uruguay	85
Honduras	47	Niederlande	107	Venezuela	90
Hongkong	92	Niger	27	Vereinigte Staaten	108
Indien	15	Nigeria	56	Vietnam, Sozialistische Republik	12
Indonesien	35	Norwegen	109	Zaire	26
Irak	115	Obervolta	14	Zentralafrikanische Republik	29
Iran	86	Österreich	102		
Irland	97	Pakistan	24		

# Einführung

Die Kennzahlen der Weltentwicklung sollen Informationen über die wichtigsten Grundzüge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vermitteln. Die vorliegende Ausgabe stimmt weitgehend mit der Darstellungsweise in den vorausgegangenen Jahren überein. Die Länderereinteilung wurde allerdings geändert, um die analytischen Voraussetzungen zu verbessern. Darüber hinaus wurden zusätzliche zusammenfassende Kennzahlen sowie eine Übersicht über die Ausgaben für Verteidigung und die wichtigsten sozialen Leistungen aufgenommen.

Die Kennzahlen in Tabelle 1 geben eine zusammenfassende Übersicht über alle Länder. Die Angaben in den übrigen Tabellen betreffen die folgenden Bereiche: volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Industrialisierung, Energie, Außenhandel, Entwicklungshilfe, Demographie, Erwerbspersonen, Verstädterung, soziale Kennzahlen, Verteidigung und soziale Ausgaben sowie Einkommensverteilung. Die Informationen stammen überwiegend aus den Datensammlungen und Veröffentlichungen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds sowie der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen.

Um die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern zu erleichtern, werden Verhältniszahlen und Zuwachsraten ausgewiesen; absolute Zahlen werden nur in einigen wenigen Fällen angegeben. Die meisten Zuwachsraten wurden für zwei Zeiträume berechnet: für 1960 bis 1970 und 1970 bis 1979 oder – sofern für 1979 keine Daten verfügbar waren – für 1970 bis 1978. Alle angegebenen Zuwachsraten sind reale Größen; sie wurden, soweit nichts Gegenteiliges

angemerkt ist, mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate berechnet. Da dieses Verfahren innerhalb eines Zeitraums alle beobachteten Werte berücksichtigt, reflektieren die dabei ermittelten Zuwachsraten allgemeine Trends, die durch außergewöhnliche Werte nicht über Gebühr beeinträchtigt werden. Kursiv geschriebene Zahlen gelten für andere Jahren oder Zeiträume als die angegebenen. Alle Dollar-Angaben beziehen sich auf den US-Dollar.

Die ausgewiesenen Daten weichen zum Teil von den letztjährigen Angaben ab. Dies ist darauf zurückzuführen, daß historische Zeitreihen von berichtenden Ländern revidiert und Bevölkerungsschätzungen anhand neuer Informationen aus statistischen Erhebungen und Volkszählungen korrigiert wurden.

In den Tabellen werden die folgenden Ländergruppierungen verwendet: 36 Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen mit einem Pro-Kopf-Einkommen im Jahre 1979 von 370 Dollar oder weniger, 60 Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen mit einem Pro-Kopf-Einkommen von über 370 Dollar, 18 marktwirtschaftliche Industrieländer, vier ölexportierende Entwicklungsländer mit einem Zahlungsbilanzüberschuß sowie sechs planwirtschaftliche Industrieländer. Um die Darstellungsweise zu verbessern, wurden dieses Jahr mehrere Länder anderen Ländergruppen zugeordnet.

Innerhalb jeder Gruppe werden die Länder nach der Höhe ihres Pro-Kopf-Einkommens in steigender Reihenfolge erfaßt, wobei dieses Ordnungsmerkmal einheitlich in allen Tabellen zur Anwendung kommt. In der alphabetischen Übersicht auf der vorausgegangenen Seite

ist jedem Land eine entsprechende Ordnungsnummer zugewiesen. Länder mit einer Bevölkerung von unter einer Million werden vor allem aus Mangel an umfassenden statistischen Angaben in den Tabellen nicht berücksichtigt. Die technischen Erläuterungen zu Tabelle 1 enthalten für 31 kleine Mitgliedsländer der Vereinten Nationen und/oder der Weltbank einige Basis-kennzahlen.

Zusammenfassende Kennzahlen – gewogene Durchschnitte, Medianwerte oder Summen – wurden für die Ländergruppen nur dort berechnet, wo angemessene und aussagekräftige Daten zur Verfügung standen. Da China und Indien die zusammenfassenden Kennzahlen für die Gruppe der Länder mit niedrigem Einkommen stark beeinflussen, werden für China und Indien sowie für die verbleibenden Länder dieser Einkommenskategorie gesonderte Indikatoren ausgewiesen. Da sich außerdem der Ölhandel auf die wirtschaftlichen Merkmale und Ergebnisse der Länder mit mittleren Einkommen auswirkt, wurden auch zusammenfassende Kennzahlen für ölimportierende und ölexportierende Länder aufgenommen. Die bei der Berechnung der Kennzahlen verwendeten Gewichte werden in den technischen Erläuterungen zu den jeweiligen Indikatoren beschrieben. Der Buchstabe *w* nach einer zusammenfassenden Kennzahl gibt an, daß es sich um einen gewogenen Durchschnitt handelt; der Buchstabe *m* steht entsprechend für Median und *s* für Summe. Der Median ist der mittlere Wert einer Gesamtzahl von Werten, die nach ihrer Größe geordnet sind. Da die Indikatoren nicht alle Länder einheitlich abdecken und hohe Abweichungen von den mittleren

Trends auftreten können, sollte der Benutzer der statistischen Daten bei Vergleichen der zusammenfassenden Maßgrößen für unterschiedliche Kennzahlen, Ländergruppen sowie Jahre oder Zeiträume Vorsicht walten lassen.

Auch bei Ländervergleichen anhand der Kennzahlen ist Vorsicht am Platze. Obwohl die dargestellten Statistiken auf Quellen beruhen, die allgemein als höchst kompetent und zuverlässig gelten, unterliegen einige von ihnen, vor allem soweit

sie soziale Gegebenheiten und die Einkommensverteilung beschreiben, beträchtlichen Fehlermargen. Darüber hinaus führen Änderungen der nationalen statistischen Praktiken dazu, daß die Daten in einzelnen Fällen nicht uneingeschränkt vergleichbar sind. Entsprechend sollten die Statistiken nur als Anhaltspunkt für Entwicklungstrends und größere Unterschiede zwischen den Ländern aufgefaßt werden.

Bei der Verwendung der Daten sollten in jedem Falle die techni-

schen Erläuterungen im Anschluß an die Tabellen zu Rate gezogen werden. Diese Erläuterungen skizzieren die verwendeten Begriffe, Definitionen, Methoden und Datenquellen. Die Bibliographie vermittelt Einzelheiten über die zugrunde gelegten Quellen, die ihrerseits umfassende Definitionen und Beschreibungen der verwendeten Begriffe enthalten.

Die Kennzahlen der Weltentwicklung werden unter der Leitung von Ramesh Chander erstellt.

# Tabelle 1: Basiskennzahlen

	Bevöl- kerung (in Mio) Mitte 1979	Fläche (in Tsd. Quadrat- kilometern)	BSP pro Kopf		Durchschn. jährliche Inflationsrate (in %)		Alphabeten- quote für Erwachsene (in %) 1976 <sup>b</sup>	Lebens- erwartung bei der Geburt (in Jahren) 1979	Durchschn. Index der Nahrungs- mittel- erzeugung pro Kopf (1969-71=100) 1977-79
			Dollar 1979	Durch- schnittl. jährlicher Zuwachs (in %) 1960-79					
					1960-70 <sup>a</sup>	1970-79			
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>2.260,2 s</b>	<b>33.778 s</b>	<b>230 w</b>	<b>1,6 w</b>	<b>3,0 m</b>	<b>10,8 m</b>	<b>51 w</b>	<b>57 w</b>	<b>105 w</b>
China und Indien	1.623,7 s	12.885 s	230 w	..	..	..	54 w	59 w	108 w
Übrige Länder	636,5 s	20.893 s	240 w	1,8 w	3,0 m	10,9 m	43 w	50 w	97 w
1 Kambodscha	..	181	..	..	3,8	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR	3,3	237	..	..	..	..	..	42	87
3 Bhutan	1,3	47	80	-0,1	..	..	..	44	100
4 Bangladesch	88,9	144	90	-0,1	3,7	15,8	26	49	92
5 Tschad	4,4	1.284	110	-1,4	4,6	7,9	15	41	91
6 Äthiopien	30,9	1.222	130	1,3	2,1	4,3	15	40	84
7 Nepal	14,0	141	130	0,2	7,7	8,7	19	44	88
8 Somalia	3,8	638	..	-0,5	4,5	11,3	60	44	85
9 Mali	6,8	1.240	140	1,1	5,0	9,7	10	43	88
10 Birma	32,9	677	160	1,1	2,7	12,1	67	54	97
11 Afghanistan	15,5	648	170	0,5	11,9	4,4	12	41	94
12 Vietnam	52,9	330	..	..	..	..	87	63	106
13 Burundi	4,0	28	180	2,1	2,8	11,2	25	42	105
14 Obervolta	5,6	274	180	0,3	1,3	9,8	..	43	93
15 Indien	659,2	3.288	190	1,4	7,1	7,8	36	52	99
16 Malawi	5,8	118	200	2,9	2,4	9,1	25	47	100
17 Ruanda	4,9	26	200	1,5	13,1	14,6	..	47	107
18 Sri Lanka	14,5	66	230	2,2	1,8	12,3	85	66	124
19 Benin	3,4	113	250	0,6	1,9	9,2	..	47	97
20 Mosambik	10,2	783	250	0,1	2,8	11,0	..	47	75
21 Sierra Leone	3,4	72	250	0,4	2,9	11,3	..	47	87
22 China	964,5	9.597	260	..	..	..	66	64	114
23 Haiti	4,9	28	260	0,3	4,1	10,9	..	53	90
24 Pakistan	79,7	804	260	2,9	3,3	13,9	24	52	101
25 Tansania	18,0	945	260	2,3	1,8	13,0	66	52	94
26 Zaire	27,5	2.345	260	0,7	29,9	31,4	15	47	90
27 Niger	5,2	1.267	270	-1,3	2,1	10,8	8	43	89
28 Guinea	5,3	246	280	0,3	1,5	4,4	20	44	86
29 Zentralafr. Republik	2,0	623	290	0,7	4,1	9,1	..	44	102
30 Madagaskar	8,5	587	290	-0,4	3,2	10,1	50	47	94
31 Uganda	12,8	236	290	-0,2	3,0	28,3	..	54	90
32 Mauretanien	1,6	1.031	320	1,9	1,6	10,1	17	43	75
33 Lesotho	1,3	30	340	6,0	2,5	11,6	52	51	100
34 Togo	2,4	57	350	3,6	1,1	10,3	18	47	81
35 Indonesien	142,9	1.919	370	4,1	..	20,1	62	53	103
36 Sudan	17,9	2.506	370	0,6	3,7	6,8	20	47	105
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>985,0 s</b>	<b>38.705 s</b>	<b>1.420 w</b>	<b>3,8 w</b>	<b>3,0 m</b>	<b>13,3 m</b>	<b>72 w</b>	<b>61 w</b>	<b>107 m</b>
Ölexporteur	324,8 s	13.781 s	1.120 w	3,1 w	3,0 m	14,0 m	64 w	57 w	97 w
Ölimporteure	660,2 s	24.924 s	1.550 w	4,1 w	3,0 m	12,2 m	76 w	63 w	113 w
37 Kenia	15,3	583	380	2,7	1,5	11,1	45	55	92
38 Ghana	11,3	239	400	-0,8	7,6	32,4	..	49	82
39 Jemen, Arab. Rep.	5,7	195	420	10,9	..	17,8	13	42	95
40 Senegal	5,5	197	430	-0,2	1,7	7,6	10	43	88
41 Angola	6,9	1.247	440	-2,1	3,3	21,6	..	42	85
42 Simbabwe	7,1	391	470	0,8	1,3	8,4	..	55	100
43 Ägypten	38,9	1.001	480	3,4	2,7	8,0	44	57	93
44 Jemen, Dem. VR	1,9	333	480	11,8	..	..	27	45	106
45 Liberia	1,8	111	500	1,6	1,9	9,4	30	54	101
46 Sambia	5,6	753	500	0,8	7,6	6,8	39	49	99
47 Honduras	3,6	112	530	1,1	2,9	8,4	60	58	82
48 Bolivien	5,4	1.099	550	2,2	3,5	32,4	63	50	108
49 Kamerun	8,2	475	560	2,5	4,2	10,3	..	47	110
50 Thailand	45,5	514	590	4,6	1,8	9,5	84	62	126
51 Philippinen	46,7	300	600	2,6	5,8	13,3	88	62	115
52 Kongo, VR	1,5	342	630	0,9	5,4	10,9	..	47	81
53 Nicaragua	2,6	130	660	1,6	1,9	12,2	90	56	104
54 Papua-Neuguinea	2,9	462	660	2,8	3,6	9,5	..	51	106
55 El Salvador	4,4	21	670	2,0	0,5	10,8	62	63	113
56 Nigeria	82,6	924	670	3,7	2,6	19,0	..	49	87
57 Peru	17,1	1.285	730	1,7	10,4	26,8	80	58	88
58 Marokko	19,5	447	740	2,6	2,0	7,3	28	56	83
59 Mongolische VR	1,6	1.565	780	3,0	..	..	..	63	97
60 Albanien	2,7	29	840	4,2	..	..	..	70	105
61 Dominikanische Rep.	5,3	49	990	3,4	2,1	8,4	67	61	94
62 Kolumbien	26,1	1.139	1.010	3,0	11,9	21,5	..	63	119
63 Guatemala	6,8	109	1.020	2,9	0,1	10,6	..	59	107
64 Syrien, Arab. Rep.	8,6	185	1.030	4,0	1,9	12,7	58	65	145



	Bevöl- kerung (in Mio) Mitte 1979	Fläche (in Tsd. Quadrat- kilometern)	BSP pro Kopf		Durchschn. jährliche Inflationsrate (in %)		Alphabeten- quote für Erwachsene (in %) 1976 <sup>b</sup>	Lebens- erwartung bei der Geburt (in Jahren) 1979	Durchschn. Index der Nahrungs- mittel- erzeugung pro Kopf (1969-71=100) 1977-79
			Dollar 1979	Durch- schnittl. jährlicher Zuwachs (in %) 1960-79	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79			
65 Elfenbeinküste	8,2	322	1.040	2,4	2,8	13,5	20	47	102
66 Ecuador	8,1	284	1.050	4,3	..	14,7	77	61	102
67 Paraguay	3,0	407	1.070	2,8	3,1	9,3	84	64	109
68 Tunesien	6,2	164	1.120	4,8	3,7	7,5	62	58	118
69 Korea, Demokr. Rep.	17,5	121	1.130	3,5	..	..	..	63	133
70 Jordanien	3,1	98	1.180	5,6	..	..	70	61	89
71 Libanon	2,7	10	..	..	1,4	..	..	66	86
72 Jamaika	2,2	11	1.260	1,7	3,9	17,4	..	71	98
73 Türkei	44,2	781	1.330	3,8	5,6	24,6	60	62	110
74 Malaysia	13,1	330	1.370	4,0	-0,3	7,3	60	68	112
75 Panama	1,8	77	1.400	3,1	1,6	7,4	..	70	102
76 Kuba	9,8	115	1.410	4,4	..	..	96	72	100
77 Korea, Rep.	37,8	98	1.480	7,1	17,5	19,5	93	63	138
78 Algerien	18,2	2.382	1.590	2,4	2,3	13,3	35	56	75
79 Mexiko	65,5	1.973	1.640	2,7	3,6	18,3	82	66	104
80 Chile	10,9	757	1.690	1,2	32,9	242,6	..	67	95
81 Südafrika, Rep.	28,5	1.221	1.720	2,3	3,0	11,8	..	61	102
82 Brasilien	116,5	8.512	1.780	4,8	46,1	32,4	76	63	115
83 Costa Rica	2,2	51	1.820	3,4	1,9	15,4	90	70	110
84 Rumänien	22,1	238	1.900	9,2	-0,2	0,8	98	71	146
85 Uruguay	2,9	176	2.100	0,9	51,1	64,0	94	71	96
86 Iran	37,0	1.648	..	..	-0,5	..	50	54	109
87 Portugal	9,8	92	2.180	5,5	3,0	16,1	70	71	77
88 Argentinien	27,3	2.767	2.230	2,4	21,7	128,2	94	70	119
89 Jugoslawien	22,1	256	2.430	5,4	12,6	17,8	85	70	116
90 Venezuela	14,5	912	3.120	2,7	1,3	10,4	82	67	100
91 Trinidad und Tobago	1,2	5	3.390	2,4	3,2	19,5	95	70	90
92 Hongkong	5,0	1	3.760	7,0	2,4	7,9	90	76	55
93 Singapur	2,4	1	3.830	7,4	1,1	5,5	..	71	159
94 Griechenland	9,3	132	3.960	5,9	3,2	14,1	..	74	118
95 Israel	3,8	21	4.150	4,0	6,2	34,3	..	72	110
96 Spanien	37,0	505	4.380	4,7	8,2	15,9	..	73	125
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>671,2 s</b>	<b>30.430 s</b>	<b>9.440 w</b>	<b>4,0 w</b>	<b>4,3 m</b>	<b>9,4 m</b>	<b>99 w</b>	<b>74 w</b>	<b>110 w</b>
97 Irland	3,3	70	4.210	3,2	5,2	14,6	98	73	121
98 Italien	56,8	301	5.250	3,6	4,4	15,6	98	73	105
99 Neuseeland	3,2	269	5.930	1,9	3,3	12,3	99	73	106
100 Großbritannien	55,9	245	6.320	2,2	4,1	13,9	99	73	115
101 Finnland	4,8	337	8.160	4,1	5,6	12,9	100	73	105
102 Österreich	7,5	84	8.630	4,1	3,7	6,5	99	72	107
103 Japan	115,7	372	8.810	9,4	4,9	8,2	99	76	98
104 Australien	14,3	7.687	9.120	2,8	3,1	11,7	100	74	124
105 Kanada	23,7	9.976	9.640	3,5	3,1	9,1	99	74	109
106 Frankreich	53,4	547	9.950	4,0	4,2	9,6	99	74	109
107 Niederlande	14,0	41	10.230	3,4	5,4	8,3	99	75	122
108 Vereinigte Staaten	223,6	9.363	10.630	2,4	2,8	6,9	99	74	116
109 Norwegen	4,1	324	10.700	3,5	4,3	8,2	99	75	115
110 Belgien	9,8	31	10.920	3,9	3,6	8,1	99	72	104
111 Deutschl., Bundesrep.	61,2	449	11.730	3,3	3,2	5,3	99	73	109
112 Dänemark	5,1	43	11.900	3,4	5,5	9,8	99	75	107
113 Schweden	8,3	450	11.930	2,4	4,4	9,8	99	76	113
114 Schweiz	6,5	41	13.920	2,1	4,4	5,4	99	75	115
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>25,4 s</b>	<b>4.363 s</b>	<b>5.470 w</b>	<b>5,0 w</b>	<b>1,7 m</b>	<b>18,2 m</b>	<b>..</b>	<b>56 w</b>	<b>93 w</b>
115 Irak	12,6	435	2.410	4,6	1,7	14,1	..	56	86
116 Saudi-Arabien	8,6	2.150	7.280	6,3	..	25,2	..	54	96
117 Libyen	2,9	1.760	8.170	5,8	5,2	18,7	50	56	113
118 Kuwait	1,3	18	17.100	-1,6	0,6	17,7	60	70	..
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>351,2 s</b>	<b>23.266 s</b>	<b>4.230 w</b>	<b>4,3 w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>72 w</b>	<b>111 w</b>
119 Bulgarien	9,0	111	3.690	5,6	..	..	..	73	112
120 Polen	35,4	313	3.830	5,2	..	..	98	72	106
121 Ungarn	10,7	93	3.850	4,8	..	..	98	71	127
122 Sowjetunion	264,1	22.402	4.110	4,1	..	..	100	73	110
123 Tschechoslowakei	15,2	128	5.290	4,1	..	..	..	71	117
124 Deutschl., Dem. Rep.	16,8	108	6.430	4,7	..	..	..	72	128

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1961-1970 und nicht auf 1960-1970. <sup>b</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf andere Jahre als 1976. Vgl. technische Erläuterungen.

# Tabelle 2: Wachstum der Produktion

	Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten (%)									
	BIP		Landwirtschaft		Industrie		Verarbeitendes Gewerbe		Dienstleistungssektor	
	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>4,5 w</b>	<b>4,7 w</b>	<b>2,5 m</b>	<b>2,0 m</b>	<b>6,6 m</b>	<b>4,2 m</b>	<b>6,5 m</b>	<b>3,7 m</b>	<b>3,8 m</b>	<b>4,5 m</b>
China und Indien	4,5 w	4,9 w	1,8 m	2,7 m	8,8 m	6,6 m	..	..	3,9 m	4,1 m
Übrige Länder	4,3 w	3,8 w	2,7 m	1,9 m	6,6 m	3,6 m	6,6 m	3,6 m	3,8 m	4,6 m
1 Kambodscha	3,1	..	..	..	..	..	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
3 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch	3,6	3,3	2,7	1,9	7,9	7,0	6,6	5,9	3,8	4,9
5 Tschad	0,5	-0,2	..	0,7	..	0,2	..	-1,2	..	-2,6
6 Äthiopien	4,4	1,9	2,2	0,4	7,4	0,4	8,0	1,3	7,8	4,6
7 Nepal	2,5	2,7	..	0,8	..	..	..	..	..	..
8 Somalia	1,0	3,1	-1,5	2,7	3,3	-2,6	14,3	..	2,5	6,8
9 Mali	3,3	5,0	..	4,2	..	4,2	..	..	..	6,1
10 Birma	2,6	4,3	4,1	3,9	2,8	5,4	3,3	5,0	1,5	4,3
11 Afghanistan	2,0	4,5	..	..	..	..	..	..	..	..
12 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
13 Burundi	4,4	3,0	..	1,8	..	7,7	..	5,1	..	4,0
14 Obervolta	3,0	-0,1	..	-3,3	..	1,0	..	2,3	..	2,9
15 Indien	3,4	3,4	1,9	2,1	5,5	4,4	4,8	4,5	4,6	4,5
16 Malawi	4,9	6,3	..	4,1	..	7,0	..	6,7	..	9,1
17 Ruanda	2,7	4,1	..	..	..	..	..	..	..	..
18 Sri Lanka	4,6	3,8	3,0	2,6	6,6	3,6	6,3	1,7	4,6	4,5
19 Benin	2,6	3,3	..	..	..	..	..	..	..	..
20 Mosambik	4,6	-2,9	2,1	-1,8	9,5	-5,6	6,6	-5,8	6,4	-3,0
21 Sierra Leone	4,3	1,6	..	2,3	..	-3,8	..	4,4	..	4,4
22 China	5,2	5,8	1,6	3,2	11,2	8,7	..	..	3,1	3,7
23 Haiti	-0,2	4,0	-0,6	2,2	0,1	8,3	-0,1	7,1	0,9	3,7
24 Pakistan	6,7	4,5	4,9	2,1	10,0	4,9	9,4	3,7	7,0	6,3
25 Tansania	6,0	4,9	..	4,9	..	1,9	..	3,6	..	5,9
26 Zaire	3,6	-0,7	..	1,2	..	-1,1	..	-1,5	..	(.)
27 Niger	2,9	3,7	3,3	-1,5	13,9	10,2	..	..	(.)	4,6
28 Guinea	3,5	3,6	..	..	..	..	..	..	..	..
29 Zentralaf. Republik	1,9	3,3	0,8	2,4	5,4	5,1	..	..	1,8	3,3
30 Madagaskar	2,7	0,3	..	0,1	..	1,0	..	..	..	0,1
31 Uganda	5,9	-0,4	..	0,8	..	-7,9	..	-5,0	..	0,1
32 Mauretanien	..	1,8	..	-1,4	..	0,1	..	1,0	..	7,2
33 Lesotho	4,6	7,0	..	1,8	..	7,0	..	10,2	..	13,9
34 Togo	8,5	3,6	..	0,3	..	7,8	..	..	..	4,0
35 Indonesien	3,9	7,6	2,7	3,6	5,2	11,3	3,3	12,5	4,8	9,2
36 Sudan	1,3	4,3	..	2,7	..	3,3	..	1,5	..	6,9
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>6,1 w</b>	<b>5,5 w</b>	<b>3,6 m</b>	<b>3,0 m</b>	<b>7,4 m</b>	<b>6,5 m</b>	<b>7,0 m</b>	<b>6,6 m</b>	<b>5,5 m</b>	<b>6,0 m</b>
Ölexporteur	6,5 w	5,4 w	3,4 m	2,2 m	7,6 m	7,8 m	7,0 m	8,2 m	5,1 m	7,2 m
Ölimporteur	5,9 w	5,5 w	3,9 m	3,3 m	7,1 m	5,7 m	7,5 m	6,6 m	5,7 m	5,7 m
37 Kenia	6,0	6,5	..	5,4	..	10,2	..	11,4	..	5,8
38 Ghana	2,1	-0,1	..	-0,2	..	-1,5	..	4,4	..	1,0
39 Jemen, Arab. Rep.	..	8,4	..	4,5	..	13,5	..	12,8	..	11,0
40 Senegal	2,5	2,5	2,9	3,6	4,4	3,5	6,2	..	1,7	1,6
41 Angola	4,8	-9,2	4,0	-10,2	11,0	-3,9	7,2	-12,0	4,2	-10,9
42 Simbabwe	4,3	1,6	..	-0,5	..	1,8	..	2,8	..	2,1
43 Ägypten	4,2	7,6	2,9	2,2	5,3	7,8	4,7	8,2	4,7	11,6
44 Jemen, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
45 Liberia	5,1	1,8	..	5,0	..	-0,6	..	8,3	..	1,9
46 Sambia	5,0	1,5	..	2,3	..	1,5	..	0,4	..	1,2
47 Honduras	5,3	3,5	5,7	1,3	5,4	5,0	4,5	5,5	4,8	4,4
48 Bolivien	5,2	5,2	3,0	3,1	6,2	4,8	5,4	6,7	5,4	6,0
49 Kamerun	3,7	5,4	..	3,5	..	6,5	..	5,4	..	6,3
50 Thailand	8,2	7,7	5,5	5,4	11,6	10,4	11,0	11,4	9,0	7,7
51 Philippinen	5,1	6,2	4,3	4,9	6,0	8,4	6,7	6,7	5,2	5,4
52 Kongo, VR	2,7	2,9	1,0	0,1	7,0	10,6	6,8	2,2	2,1	-0,1
53 Nicaragua	7,2	2,6	6,7	4,2	11,0	3,2	11,1	3,3	5,7	1,3
54 Papua-Neuguinea	6,5	2,2	..	..	..	..	..	..	..	..
55 El Salvador	5,9	4,9	3,0	3,2	8,5	6,0	8,8	4,3	6,5	5,1
56 Nigeria	3,1	7,5	-0,4	-0,3	12,0	11,2	9,1	11,8	4,9	11,0
57 Peru	4,9	3,1	3,7	0,1	5,0	3,7	5,7	3,2	5,3	3,6
58 Marokko	4,2	6,1	4,7	-0,3	4,0	7,3	3,8	6,3	4,0	7,4
59 Mongolische VR	2,8	6,0	..	..	..	..	..	..	..	..
60 Albanien	7,3	6,8	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Dominikanische Rep.	4,5	7,5	2,1	3,3	6,0	10,1	5,0	7,4	5,0	7,7
62 Kolumbien	5,1	6,0	3,5	4,8	6,0	5,0	5,7	6,6	5,7	7,2
63 Guatemala	5,6	5,9	4,3	5,1	7,8	8,0	8,2	6,6	5,5	5,5
64 Syrien, Arab. Rep.	5,7	9,0	4,4	6,4	6,3	10,8	5,6	13,2	6,2	9,1

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten (%)										
	BIP		Landwirtschaft		Industrie		Verarbeitendes Gewerbe		Dienstleistungssektor	
	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>
65 Elfenbeinküste	8,0	6,7	4,2	3,4	11,5	10,5	11,6	7,2	9,7	7,0
66 Ecuador	..	8,3	..	0,7	..	13,4	..	10,2	..	8,6
67 Paraguay	4,2	8,3	..	6,8	..	9,9	..	7,4	..	8,6
68 Tunesien	4,7	7,6	2,0	5,1	8,2	8,6	7,8	10,6	4,5	8,1
69 Korea, Demokr. Rep.	7,8	6,2	..	..	..	..	..	..	..	..
70 Jordanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
71 Libanon	4,9	..	6,3	..	4,5	..	5,0	..	4,8	..
72 Jamaika	4,5	-0,9	1,5	1,3	5,0	-3,1	5,7	-1,3	4,7	0,2
73 Türkei	6,0	6,6	2,5	3,7	9,6	7,9	10,9	7,7	6,9	7,5
74 Malaysia	6,5	7,9	..	5,0	..	9,9	..	12,4	..	8,4
75 Panama	7,8	3,4	5,7	2,2	10,1	0,5	10,5	-0,6	7,6	4,9
76 Kuba	1,1	6,0	..	..	..	..	..	..	..	..
77 Korea, Rep.	8,6	10,3	4,4	4,8	17,2	16,5	17,6	17,8	8,9	8,8
78 Algerien	4,6	5,8	0,4	0,6	12,9	6,5	7,7	8,8	-3,0	6,1
79 Mexico	7,2	5,1	3,8	2,2	9,1	6,4	9,4	6,4	6,9	4,7
80 Chile	4,5	1,9	2,6	3,5	5,0	0,3	5,5	-1,0	4,5	2,8
81 Südafrika, Rep.	6,4	3,6	..	..	..	..	..	..	..	..
82 Brasilien	5,4	8,7	..	5,0	..	9,6	..	10,9	..	8,7
83 Costa Rica	6,5	6,0	5,7	2,6	9,4	8,5	10,6	8,4	5,7	6,0
84 Rumänien	8,6	10,6	..	6,2	..	11,2	..	..	..	..
85 Uruguay	1,2	2,5	1,9	0,2	1,1	4,2	1,5	3,9	1,0	2,0
86 Iran	11,3	..	4,4	..	13,4	..	12,0	..	10,0	..
87 Portugal	6,2	4,5	1,3	-1,5	8,8	4,6	8,9	4,6	5,9	6,3
88 Argentinien	4,2	2,5	2,2	2,5	5,9	2,4	5,7	1,9	3,4	2,5
89 Jugoslawien	5,8	5,9	3,3	3,0	6,3	7,2	5,7	7,6	6,9	5,7
90 Venezuela	6,0	5,5	5,8	3,8	4,6	3,1	6,4	5,7	7,3	7,2
91 Trinidad und Tobago	3,9	5,2	..	..	..	..	..	..	..	..
92 Hongkong	10,0	9,4	..	-11,0	..	4,3	..	6,1	..	10,1
93 Singapur	8,8	8,4	5,0	1,7	12,5	8,6	13,0	9,3	7,7	8,5
94 Griechenland	6,9	4,9	3,5	1,4	9,4	5,3	10,2	6,4	7,1	5,7
95 Israel	8,1	4,6	..	..	..	..	..	..	..	..
96 Spanien	7,1	4,4	..	2,5	..	4,3	..	6,6	..	4,9
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>5,1 w</b>	<b>3,2 w</b>	<b>1,3 m</b>	<b>0,9 m</b>	<b>6,2 m</b>	<b>3,2 m</b>	<b>6,2 m</b>	<b>3,0 m</b>	<b>4,8 m</b>	<b>3,4 m</b>
97 Irland	4,2	3,7	0,9	..	6,1	..	..	..	4,3	..
98 Italien	5,3	2,9	2,8	0,8	6,2	2,8	7,4	..	5,1	3,3
99 Neuseeland	3,9	2,4	..	..	..	..	..	..	..	..
100 Großbritannien	2,9	2,1	2,3	0,8	3,1	1,3	3,4	0,6	2,7	2,4
101 Finnland	4,6	2,8	0,6	-0,9	6,3	3,2	6,2	2,8	5,3	3,9
102 Österreich	4,5	3,7	1,2	2,0	4,9	3,4	4,8	3,5	4,5	4,2
103 Japan	10,5	5,2	4,0	1,1	10,9	5,6	11,0	6,2	11,7	4,9
104 Australien	5,5	3,2	2,7	..	4,6	..	5,6	..	4,0	..
105 Kanada	5,6	4,2	2,5	2,2	6,8	3,5	6,7	3,5	5,5	4,7
106 Frankreich	5,7	3,7	1,8	0,1	6,4	3,2	6,6	3,7	5,7	4,3
107 Niederlande	5,5	3,1	2,9	3,7	6,8	3,3	6,6	3,0	5,1	3,3
108 Vereinigte Staaten	4,3	3,1	0,3	0,9	5,2	2,7	5,3	2,9	4,3	3,4
109 Norwegen	4,9	4,8	0,1	2,1	5,5	4,9	5,3	1,7	5,0	4,6
110 Belgien	4,8	3,2	-0,5	-0,7	6,0	3,3	6,2	3,2	4,6	3,3
111 Deutschl., Bundesrep.	4,4	2,6	1,5	1,5	5,2	2,1	5,4	2,0	4,2	1,7
112 Dänemark	4,7	2,8	0,2	..	5,5	..	5,4	..	4,9	..
113 Schweden	4,4	2,0	0,6	-1,3	6,2	0,9	6,2	0,8	3,9	2,3
114 Schweiz	4,3	0,2	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>..</b>	<b>6,5 w</b>	<b>..</b>	<b>4,2 m</b>	<b>..</b>	<b>11,1 m</b>	<b>..</b>	<b>14,4 m</b>	<b>..</b>	<b>11,9 m</b>
115 Irak	6,1	10,5	5,7	-1,8	4,7	13,6	5,9	14,4	8,3	10,4
116 Saudi-Arabien	..	11,1	..	4,2	..	11,1	..	5,9	..	11,9
117 Libyen	24,4	1,9	..	11,8	..	-1,7	..	18,9	..	16,4
118 Kuwait	5,7	2,0	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>4,8 w</b>	<b>5,2 w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
119 Bulgarien	5,9	6,2	..	..	..	..	..	..	..	..
120 Polen	4,3	6,1	..	..	..	..	..	..	..	..
121 Ungarn	3,8	5,3	..	..	..	..	..	..	..	..
122 Sowjetunion	5,2	5,1	..	..	..	..	..	..	..	..
123 Tschechoslowakei	3,1	4,8	..	..	..	..	..	..	..	..
124 Deutschl., Dem. Rep.	3,1	4,5	..	..	..	..	..	..	..	..

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1961-1970 und nicht auf 1960-1970. <sup>b</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1970-1978 und nicht auf 1970-1979.

# Tabelle 3: Produktionsstruktur

BIP (in Mio \$)		Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)							
		Landwirtschaft		Industrie		(Verarbeitendes Gewerbe) <sup>a</sup>		Dienstleistungssektor	
		1960 <sup>b</sup>	1979 <sup>c</sup>	1960 <sup>b</sup>	1979 <sup>c</sup>	1960 <sup>b</sup>	1979 <sup>c</sup>	1960 <sup>b</sup>	1979 <sup>c</sup>
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>									
<b>China und Indien</b>		51 w	34 w	17 w	36 w	11 w	13 w	32 w	30 w
<b>Übrige Länder</b>		52 w	38 w	13 w	23 w	9 w	9 w	35 w	39 w
1 Kambodscha	..	..	..	..	..	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..
3 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch	3.100	7.670	61	56	8	13	6	8	31
5 Tschad	180	570	52	70	12	11	4	8	36
6 Äthiopien	900	3.530	65	46	12	15	6	9	23
7 Nepal	410	1.760	..	58	..	..	..	..	..
8 Somalia	160	1.030	67	60	13	11	3	7	20
9 Mali	270	1.220	55	42	10	11	5	6	35
10 Birma	1.280	4.950	33	45	12	14	8	10	55
11 Afghanistan	1.190	3.760	..	..	..	..	..	..	..
12 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..
13 Burundi	190	730	..	55	..	15	..	10	30
14 Obervolta	200	860	62	38	14	20	8	14	24
15 Indien	29.550	112.000	50	38	20	27	14	18	30
16 Malawi	170	1.220	58	43	11	20	6	12	31
17 Ruanda	120	860	81	42	7	21	1	15	12
18 Sri Lanka	1.500	3.160	32	27	20	31	15	21	48
19 Benin	160	850	55	43	8	12	3	6	37
20 Mosambik	830	2.360	55	44	9	16	8	9	36
21 Sierra Leone	..	790	..	36	..	23	..	5	..
22 China	..	252.230	..	31	..	47	..	..	..
23 Haiti	270	1.180	..	..	..	..	..	..	..
24 Pakistan	3.500	17.940	46	32	16	24	12	16	38
25 Tansania	550	4.130	57	54	11	13	5	9	32
26 Zaire	130	6.020	30	33	27	24	13	4	43
27 Niger	250	1.710	69	44	9	32	4	10	22
28 Guinea	370	1.540	..	41	..	26	..	5	..
29 Zentralaf. Republik	110	640	51	37	10	18	4	8	39
30 Madagaskar	540	2.810	37	34	10	20	4	..	53
31 Uganda	540	8.410	52	55	13	7	9	6	35
32 Mauretanien	70	470	..	27	..	33	..	8	..
33 Lesotho	30	240	73	36	..	15	..	2	..
34 Togo	120	1.000	55	25	16	23	8	7	29
35 Indonesien	8.670	49.210	54	30	14	33	8	9	32
36 Sudan	1.470	7.640	58	38	15	13	5	6	27
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>									
<b>Ölexporture</b>		22 w	14 w	30 w	38 w	21 w	24 w	47 w	48 w
<b>Ölimporture</b>		23 w	14 w	26 w	42 w	17 w	19 w	51 w	44 w
		21 w	14 w	32 w	36 w	23 w	26 w	46 w	50 w
37 Kenia	730	5.280	38	34	18	21	9	13	44
38 Ghana	1.220	10.160	41	66	..	21	10	..	13
39 Jemen, Arab. Rep.	..	2.910	..	32	..	..	..	5	..
40 Senegal	610	2.480	24	29	17	24	12	19	59
41 Angola	690	2.490	50	48	8	23	4	3	42
42 Simbabwe	780	3.640	18	12	35	39	17	25	47
43 Ägypten	3.880	17.050	30	23	24	35	20	28	46
44 Jemen, Dem. VR	..	520	..	13	..	26	..	11	..
45 Liberia	220	940	..	35	..	26	..	6	..
46 Sambia	680	3.240	11	15	63	41	4	16	26
47 Honduras	300	1.900	37	32	19	26	13	17	44
48 Bolivien	460	4.930	26	17	25	29	15	13	49
49 Kamerun	550	5.330	..	32	..	16	..	9	..
50 Thailand	2.560	27.640	40	26	19	28	13	19	41
51 Philippinen	6.980	29.380	26	24	28	35	20	24	46
52 Kongo, VR	130	1.120	23	13	17	36	10	16	60
53 Nicaragua	340	1.560	24	29	21	28	16	24	55
54 Papua-Neuguinea	230	2.050	49	37	13	..	3	8	38
55 El Salvador	570	3.520	32	28	19	22	15	15	49
56 Nigeria	3.150	75.170	63	22	11	45	5	5	26
57 Peru	2.410	14.770	18	10	33	43	24	26	49
58 Marokko	2.040	14.950	23	19	27	32	16	17	50
59 Mongolische VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..
60 Albanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Dominikanische Rep.	720	5.230	27	19	23	26	17	16	50
62 Kolumbien	4.010	25.250	34	29	26	28	17	21	40
63 Guatemala	1.040	6.890	..	..	..	..	..	..	..
64 Syrien, Arab. Rep.	800	9.110	..	16	..	22	..	..	62

	Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)									
	BIP (in Mio \$)		Landwirtschaft		Industrie		(Verarbeitendes Gewerbe) <sup>a</sup>		Dienstleistungs- sektor	
	1960 <sup>b</sup>	1979 <sup>c</sup>	1960 <sup>b</sup>	1979 <sup>c</sup>	1960 <sup>b</sup>	1979 <sup>c</sup>	(1960 <sup>b</sup>	1979 <sup>c</sup> )	1960 <sup>b</sup>	1979 <sup>c</sup>
65 Elfenbeinküste	570	9.130	43	26	14	23	7	12	43	51
66 Ecuador	910	9.510	33	15	19	37	14	19	48	48
67 Paraguay	300	3.420	36	31	20	24	17	16	44	45
68 Tunesien	770	6.070	24	16	18	33	8	12	58	51
69 Korea, Demokr. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
70 Jordanien	..	1.870	..	8	..	32	..	16	..	60
71 Libanon	830	..	12	..	20	..	13	..	68	..
72 Jamaika	700	2.390	10	7	36	40	15	15	54	53
73 Türkei	8.820	56.460	41	23	21	29	13	21	38	48
74 Malaysia	2.290	20.340	37	24	18	33	9	16	45	43
75 Panama	420	2.770	23	..	21	..	13	..	56	..
76 Kuba	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
77 Korea, Rep.	3.810	60.660	37	20	20	39	14	27	43	41
78 Algerien	2.800	29.810	21	7	33	58	10	11	46	35
79 Mexiko	12.040	121.330	16	10	29	38	23	29	55	52
80 Chile	3.780	20.920	11	8	38	37	23	24	51	55
81 Südafrika, Rep.	6.980	52.920	12	7	40	48	21	22	48	45
82 Brasilien	24.080	204.480	16	11	35	38	26	28	49	51
83 Costa Rica	510	3.990	26	19	20	26	14	19	54	55
84 Rumänien	..	42.200	..	14	..	50	..	..	..	36
85 Uruguay	1.110	6.060	19	13	28	37	21	31	53	50
86 Iran	4.120	..	29	..	33	..	11	..	38	..
87 Portugal	2.340	18.560	25	13	36	47	29	37	39	40
88 Argentinien	11.080	95.120	16	13	38	46	32	37	46	41
89 Jugoslawien	9.860	61.500	24	12	45	44	36	31	31	44
90 Venezuela	7.570	48.970	6	6	22	47	..	16	72	47
91 Trinidad und Tobago	470	4.070	8	3	46	54	24	11	46	43
92 Hongkong	950	17.390	4	1	34	..	25	19	62	..
93 Singapur	700	9.010	4	2	18	36	12	28	78	62
94 Griechenland	3.110	33.370	23	16	26	32	16	19	51	52
95 Israel	2.030	15.300	11	5	32	36	23	24	57	59
96 Spanien	10.350	180.800	..	9	..	31	..	..	..	60
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>										
			6 w	4 w	40 w	37 w	30 w	27 w	54 w	59 w
97 Irland	1.770	14.810	22	..	26	..	..	..	52	..
98 Italien	37.190	323.600	13	7	41	43	31	..	46	50
99 Neuseeland	3.760	18.320	..	11	..	31	..	23	..	58
100 Großbritannien	71.380	401.580	4	2	43	36	32	25	53	62
101 Finnland	4.940	41.410	18	8	35	35	24	26	47	57
102 Österreich	6.280	68.390	11	4	49	41	38	29	40	55
103 Japan	43.060	974.040	13	5	45	42	34	30	42	53
104 Australien	16.310	127.820	12	..	37	..	26	..	51	..
105 Kanada	39.940	227.000	6	4	34	33	23	19	60	63
106 Frankreich	60.060	571.300	10	5	38	34	29	25	52	61
107 Niederlande	11.010	149.060	9	4	46	37	34	29	45	59
108 Vereinigte Staaten	506.700	2.350.000	4	3	38	34	29	24	58	63
109 Norwegen	4.640	53.970	9	5	33	37	21	18	58	58
110 Belgien	11.280	110.920	6	2	41	37	30	26	53	61
111 Deutschl., Bundesrep.	72.100	763.930	6	2	53	49	40	38	41	49
112 Dänemark	5.900	66.230	11	..	32	..	22	..	57	..
113 Schweden	13.950	101.490	7	3	40	32	27	23	53	65
114 Schweiz	8.550	95.010	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>										
			..	2 w	..	75 w	..	5 w	..	23 w
115 Irak	1.580	30.710	17	8	52	73	10	6	31	19
116 Saudi-Arabien	..	74.060	..	1	..	74	..	5	..	25
117 Libyen	310	24.570	..	2	..	73	..	3	..	25
118 Kuwait	..	23.300	..	( )	..	81	..	5	..	19
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>										
			21 w	15 w	62 w	63 w	52 w	..	17 w	22 w
119 Bulgarien	..	..	32	19	53	63	46	..	15	18
120 Polen	..	..	26	16	57	64	47	..	17	20
121 Ungarn	..	..	24	15	69	59	59	..	7	26
122 Sowjetunion	..	..	21	16	62	62	52	..	17	22
123 Tschechoslowakei	..	..	16	8	73	74	63	..	11	18
124 Deutschl., Dem. Rep.	..	..	..	10	..	69	..	..	..	21

<sup>a</sup> Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des industriellen Sektors; sein Anteil am BIP wird jedoch gesondert ausgewiesen, da es typischerweise der dynamischste Bereich des industriellen Sektors ist. <sup>b</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1961 und nicht auf 1960. <sup>c</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1978 und nicht auf 1979.



# Tabelle 4: Zunahme von Verbrauch und Investition

	Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten (%)					
	Öffentlicher Verbrauch		Privater Verbrauch		Bruttoinlands-investition	
	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>4,4 m</b>	<b>4,5 m</b>	<b>3,7 m</b>	<b>3,7 m</b>	<b>5,2 m</b>	<b>6,4 m</b>
China und Indien	..	..	3,3 m	4,6 m	7,7 m	6,3 m
Übrige Länder	4,5 m	4,4 m	3,7 m	3,7 m	4,8 m	6,4 m
1 Kambodscha	2,6	..	3,2	..	0,3	..
2 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..
3 Bhutan	..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch	..	..	3,4	3,1	11,1	-1,4
5 Tschad	4,4	-1,7	-0,7	0,3	2,3	-0,5
6 Äthiopien	4,7	4,5	4,7	4,0	5,7	-1,8
7 Nepal	..	..	..	..	..	11,7
8 Somalia	3,7	11,7	-0,5	2,7	4,3	8,5
9 Mali	6,2	7,7	2,8	5,5	4,9	3,2
10 Birma	..	..	2,8	3,9	3,6	6,6
11 Afghanistan	..	9,8	2,5	3,5	-1,0	12,4
12 Vietnam	..	..	..	..	..	..
13 Burundi	19,2	6,0	3,2	3,1	4,3	16,5
14 Obervolta	..	3,8	..	1,1	..	1,2
15 Indien	-1,5	4,5	3,9	2,7	5,5	5,8
16 Malawi	4,6	6,1	4,1	5,7	15,4	2,3
17 Ruanda	1,1	14,0	4,2	1,6	3,5	18,9
18 Sri Lanka	..	..	2,1	3,0	6,6	6,4
19 Benin	1,7	1,0	4,9	3,8	4,2	8,3
20 Mosambik	6,8	-4,0	4,4	-2,3	8,3	-8,4
21 Sierra Leone	..	4,5	..	1,5	..	-1,3
22 China	..	..	2,7	5,4	9,8	6,8
23 Haiti	..	0,6	-1,0	3,8	1,7	12,5
24 Pakistan	7,3	4,3	7,1	4,7	6,9	0,6
25 Tansania	..	..	5,2	6,0	9,8	3,0
26 Zaïre	8,5	-2,2	3,9	-1,8	9,6	-5,0
27 Niger	2,0	3,8	3,9	3,2	3,0	6,8
28 Guinea	..	..	..	..	..	..
29 Zentralaf. Republik	2,2	1,1	3,0	4,4	1,3	0,3
30 Madagaskar	2,7	0,2	2,0	-0,6	5,4	-1,8
31 Uganda	5,9	1,3	5,6	1,1	9,8	-13,1
32 Mauretanien	..	18,9	..	5,0	..	6,9
33 Lesotho	0,3	12,0	6,0	10,9	18,5	24,4
34 Togo	6,7	10,7	7,6	5,7	11,1	14,5
35 Indonesien	0,9	11,4	4,1	7,9	4,6	14,8
36 Sudan	12,1	-3,2	-1,2	7,3	-1,3	8,0
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>6,3 m</b>	<b>7,4 m</b>	<b>5,1 m</b>	<b>5,2 m</b>	<b>7,4 m</b>	<b>7,0 m</b>
Ölexporteur	7,4 m	9,4 m	4,3 m	7,0 m	7,2 m	10,3 m
Ölimporteur	6,1 m	6,4 m	5,5 m	4,6 m	7,9 m	6,0 m
37 Kenia	10,0	9,0	4,6	6,9	7,0	1,2
38 Ghana	6,1	-0,2	2,0	0,3	-3,2	-7,9
39 Jemen, Arab. Rep.	..	..	..	..	..	..
40 Senegal	-0,2	..	3,2	3,3	1,1	1,8
41 Angola	9,1	3,0	4,0	-7,9	9,7	-9,0
42 Simbabwe	..	9,7	..	0,4	..	-2,1
43 Ägypten	10,3	5,0	5,4	7,0	3,1	21,5
44 Jemen, Dem. VR	..	..	..	..	..	..
45 Liberia	5,6	2,3	1,7	4,3	-4,2	5,2
46 Sambia	11,0	1,8	6,8	-2,2	10,6	-5,6
47 Honduras	5,3	7,4	4,8	3,8	10,2	9,6
48 Bolivien	8,9	8,0	4,1	5,2	9,6	6,3
49 Kamerun	6,1	5,4	2,7	5,3	9,3	7,9
50 Thailand	9,7	9,1	7,0	6,9	15,8	7,7
51 Philippinen	5,0	8,4	4,7	4,7	8,2	10,6
52 Kongo, VR	5,4	5,8	-0,3	2,8	2,9	0,2
53 Nicaragua	3,6	11,8	6,8	2,3	10,7	-2,2
54 Papua-Neuguinea	6,5	-1,0	6,9	2,3	21,2	-9,4
55 El Salvador	6,4	7,2	6,1	4,3	3,5	11,7
56 Nigeria	10,0	12,4	1,1	6,3	7,4	17,8
57 Peru	6,3	6,5	7,1	2,9	1,0	2,7
58 Marokko	4,5	12,5	4,0	4,5	8,0	15,2
59 Mongolische VR	..	..	..	..	..	..
60 Albanien	..	..	..	..	..	..
61 Dominikanische Rep.	1,9	-0,5	6,3	7,2	11,4	10,6
62 Kolumbien	5,5	4,5	5,5	6,1	4,5	5,5
63 Guatemala	4,7	6,0	4,7	5,3	7,9	9,8
64 Syrien, Arab. Rep.	..	11,8	..	10,0	..	16,5

	Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten (%)					
	Öffentlicher Verbrauch		Privater Verbrauch		Bruttoinlands-investition	
	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>	1960-70 <sup>a</sup>	1970-79 <sup>b</sup>
65 Elfenbeinküste	11,8	10,0	8,0	7,3	12,7	13,8
66 Ecuador	..	12,1	..	8,9	..	10,3
67 Paraguay	6,9	4,8	4,5	7,4	5,8	18,7
68 Tunesien	5,2	9,8	3,2	8,2	4,2	11,4
69 Korea, Demokr. Rep.	..	..	..	..	..	..
70 Jordanien	..	..	..	..	..	..
71 Libanon	5,9	..	4,4	..	6,2	..
72 Jamaika	8,6	8,0	3,1	-0,6	7,8	-9,6
73 Türkei	6,7	6,2	5,1	5,2	8,8	10,1
74 Malaysia	7,4	9,6	4,2	7,0	7,2	10,3
75 Panama	7,8	6,5	6,7	2,1	12,4	0,6
76 Kuba	..	..	..	..	..	..
77 Korea, Rep.	5,5	8,7	7,0	8,0	23,6	14,9
78 Algerien	1,7	9,4	4,6	11,1	1,9	11,4
79 Mexico	9,5	10,0	6,6	3,8	9,6	6,9
80 Chile	4,7	-0,5	4,8	1,9	3,7	-2,0
81 Südafrika, Rep.	7,1	..	6,2	..	9,5	..
82 Brasilien	3,5	8,6	5,1	9,1	7,0	10,1
83 Costa Rica	8,0	6,2	6,1	5,3	7,1	9,1
84 Rumänien	..	..	..	..	11,2	10,7
85 Uruguay	4,4	1,5	0,7	(.)	-1,8	7,5
86 Iran	16,0	..	10,0	..	12,2	..
87 Portugal	7,7	9,0	5,5	4,0	7,7	0,8
88 Argentinien	1,2	12,1	4,1	-2,2	4,1	3,0
89 Jugoslawien	0,6	4,7	9,5	6,6	4,7	7,0
90 Venezuela	6,3	8,2	5,0	11,0	7,6	10,2
91 Trinidad und Tobago	6,2	..	4,3	..	-2,8	6,3
92 Hongkong	8,6	9,3	8,6	9,2	6,9	12,5
93 Singapur	12,6	6,4	5,4	7,2	20,5	6,0
94 Griechenland	6,6	7,4	7,1	4,6	10,4	2,0
95 Israel	13,8	3,9	7,4	5,7	5,7	1,0
96 Spanien	3,8	5,6	7,0	4,4	11,4	2,5
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>4,8 m</b>	<b>3,7 m</b>	<b>4,3 m</b>	<b>3,6 m</b>	<b>5,6 m</b>	<b>1,4 m</b>
97 Irland	3,9	5,5	3,7	2,8	8,8	5,2
98 Italien	3,9	3,0	6,1	2,6	3,8	0,1
99 Neuseeland	..	..	..	..	..	..
100 Großbritannien	2,2	2,8	2,3	1,7	5,0	0,8
101 Finnland	5,7	5,4	4,3	2,8	4,3	-0,8
102 Österreich	2,9	3,8	4,4	4,4	5,6	3,2
103 Japan	6,4	5,0	9,0	5,3	14,0	3,2
104 Australien	6,8	5,6	2,7	3,6	6,2	1,4
105 Kanada	6,2	2,9	4,9	5,2	5,8	4,5
106 Frankreich	3,4	3,3	5,5	4,3	7,3	2,0
107 Niederlande	3,1	2,8	6,1	3,8	6,8	(.)
108 Vereinigte Staaten	4,1	1,7	4,4	3,6	4,8	1,9
109 Norwegen	6,4	5,3	4,1	4,1	5,1	4,3
110 Belgien	5,7	4,7	3,8	3,9	6,0	1,7
111 Deutschl., Bundesrep.	4,1	3,7	4,6	2,9	4,1	0,9
112 Dänemark	6,0	3,9	4,3	2,9	6,7	0,5
113 Schweden	5,4	3,2	3,8	2,0	5,0	-1,1
114 Schweiz	4,8	1,9	4,3	1,4	4,1	-3,3
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>18,7 m</b>	<b>..</b>	<b>24,8 m</b>
115 Irak	8,1	c	4,9	17,0	3,0	27,2
116 Saudi-Arabien	..	c	..	18,8	..	46,7
117 Libyen	..	21,6	..	18,7	16,3	10,6
118 Kuwait	..	c	..	..	..	22,4
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
119 Bulgarien	..	..	..	..	..	..
120 Polen	8,5	..	4,7	..	7,9	..
121 Ungarn	6,5	..	4,6	..	7,2	..
122 Sowjetunion	..	..	..	..	..	..
123 Tschechoslowakei	..	..	..	..	..	..
124 Deutschl., Dem. Rep.	..	..	..	..	..	..

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1961-1970 und nicht auf 1960-1970. <sup>b</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1970-1978 und nicht auf 1970-1979. <sup>c</sup> Über den öffentlichen Verbrauch liegen keine gesonderten Angaben vor; er wird deshalb unter dem privaten Verbrauch erfaßt.

# Tabelle 5: Struktur der Nachfrage

Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)												
	Öffentlicher Verbrauch		Privater Verbrauch		Bruttoinlands-investition		Bruttoinlands-ersparnis		Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen		Außenbeitrag	
	1960 <sup>a</sup>	1979 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1979 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1979 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1979 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1979 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1979 <sup>b</sup>
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>												
China und Indien	9 w	11 w	78 w	66 w	18 w	26 w	16 w	23 w	7 w	11 w	-2 w	-3 w
Übrige Länder	11 w	12 w	82 w	76 w	10 w	18 w	8 w	15 w	14 w	20 w	-2 w	-3 w
1 Kambodscha	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
3 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch	6	c	86	98	7	14	8	2	10	10	1	-12
5 Tschad	13	18	82	96	11	13	5	-14	23	33	-6	-27
6 Äthiopien	8	17	81	87	12	10	11	-4	9	10	-1	-14
7 Nepal	c	c	96	91	9	14	4	9	..	12	-5	-5
8 Somalia	8	19	89	79	10	16	3	2	11	12	-7	-14
9 Mali	12	23	79	82	14	15	9	-5	12	16	-5	-20
10 Birma	c	c	89	85	12	20	11	15	20	8	-1	-5
11 Afghanistan	c	c	87	89	16	14	13	11	4	11	-3	-3
12 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
13 Burundi	3	16	92	80	6	12	5	4	13	13	-1	-8
14 Obervolta	10	14	94	89	10	24	-4	-3	9	15	-14	-27
15 Indien	7	10	79	70	17	24	14	20	5	..	-3	-4
16 Malawi	16	17	88	70	10	29	-4	13	21	21	-14	-16
17 Ruanda	10	16	82	72	6	19	8	12	12	25	2	-7
18 Sri Lanka	13	9	78	77	14	26	9	14	43	34	-5	-12
19 Benin	16	12	75	87	15	21	9	1	12	27	-6	-20
20 Mosambik	11	15	81	85	10	10	8	(.)	14	13	-2	-10
21 Sierra Leone	..	18	..	78	..	15	..	4	..	24	..	-11
22 China	c	11	77	59	23	31	23	30	4	6	(.)	-1
23 Haiti	c	10	93	81	9	21	7	9	20	16	-2	-12
24 Pakistan	11	11	84	83	12	18	5	6	8	11	-7	-13
25 Tansania	9	16	72	76	14	21	19	8	31	14	5	-13
26 Zaire	18	c	61	88	12	9	21	12	55	30	9	3
27 Niger	9	9	79	72	13	28	12	19	9	25	-1	-9
28 Guinea	..	16	..	70	..	15	..	14	..	24	..	-1
29 Zentralafr. Republik	19	20	72	72	20	20	9	8	23	18	-11	-12
30 Madagaskar	20	17	75	73	11	22	5	10	12	17	-6	-12
31 Uganda	9	c	75	96	11	4	16	4	26	4	5	(.)
32 Mauretanien	..	39	..	47	..	51	..	14	..	38	..	-37
33 Lesotho	17	16	108	143	2	29	-25	-59	12	21	-27	-88
34 Togo	8	15	88	74	11	39	4	11	19	32	-7	-28
35 Indonesien	12	11	80	59	8	23	8	30	13	30	(.)	7
36 Sudan	6	11	85	84	9	14	9	5	12	9	(.)	-9
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>												
Ölexporteure	11 w	13 w	70 w	62 w	21 w	26 w	19 w	25 w	16 w	20 w	-2 w	-1 w
Ölimporteure	10 w	13 w	68 w	58 w	20 w	30 w	22 w	29 w	21 w	25 w	2 w	-1 w
Ölimporteure	11 w	14 w	70 w	64 w	21 w	25 w	19 w	22 w	14 w	18 w	-2 w	-3 w
37 Kenia	11	20	72	65	20	22	17	15	31	26	-3	-7
38 Ghana	10	9	73	86	24	5	17	5	28	12	-7	(.)
39 Jemen, Arab. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
40 Senegal	17	c	68	98	16	21	15	2	40	34	-1	-19
41 Angola	9	26	77	56	12	9	14	18	20	43	2	9
42 Simbabwe	11	13	67	63	23	15	22	24	..	..	-1	5
43 Ägypten	17	19	71	65	13	31	12	16	20	31	-1	-15
44 Jemen, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	-43	..
45 Liberia	7	15	58	62	28	27	35	23	39	53	7	-4
46 Sambia	11	27	48	45	25	21	41	28	56	45	16	7
47 Honduras	11	12	77	64	14	28	12	24	22	38	-2	-4
48 Bolivien	7	12	86	74	14	20	7	14	13	17	-7	-6
49 Kamerun	..	10	..	80	..	25	..	10	..	25	..	-15
50 Thailand	10	12	76	67	16	28	14	21	17	23	-2	-7
51 Philippinen	8	9	76	67	16	29	16	24	11	19	(.)	-5
52 Kongo, VR	23	30	98	58	45	22	-21	12	21	..	-66	-10
53 Nicaragua	9	17	79	71	15	-1	12	12	24	37	-3	13
54 Papua-Neuguinea	28	27	70	55	13	15	2	18	17	52	-11	3
55 El Salvador	10	12	79	68	16	19	11	20	20	36	-5	1
56 Nigeria	6	10	87	58	13	31	7	32	15	25	-6	1
57 Peru	9	10	64	66	25	14	27	24	20	27	2	10
58 Marokko	12	23	77	68	10	23	11	9	24	18	1	-14
59 Mongolische VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
60 Albanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Dominikanische Rep.	13	6	68	80	12	21	19	14	24	18	7	-7
62 Kolumbien	6	7	73	67	21	24	21	26	16	18	(.)	2
63 Guatemala	8	7	84	79	10	19	8	14	13	21	-2	-5
64 Syrien, Arab. Rep.	..	19	..	71	..	28	..	10	..	20	..	-18

Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)

	Öffentlicher Verbrauch		Privater Verbrauch		Bruttoinlands-investition		Bruttoinlands-ersparnis		Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen		Außenbeitrag	
	1960 <sup>a</sup>	1979 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1979 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1979 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1979 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1979 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1979 <sup>b</sup>
65 Elfenbeinküste	10	17	73	56	15	31	17	27	37	35	2	-4
66 Ecuador	10	12	74	61	14	29	16	27	17	24	2	-2
67 Paraguay	8	6	76	74	17	29	16	20	18	11	-1	-9
68 Tunesien	17	16	76	61	17	29	7	23	20	38	-10	-6
69 Korea, Demokr. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
70 Jordanien	..	33	..	93	..	48	..	26	..	51	..	74
71 Libanon	10	..	85	..	16	..	5	..	27	..	-11	..
72 Jamaika	7	20	67	63	30	18	26	17	34	49	-4	-1
73 Türkei	11	13	76	71	16	21	13	16	3	5	-3	-5
74 Malaysia	11	15	62	51	14	25	27	34	54	58	13	9
75 Panama	11	18	78	63	16	29	11	19	31	44	-5	-10
76 Kuba	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
77 Korea, Rep.	15	11	84	61	11	35	1	28	3	30	-10	-7
78 Algerien	16	14	50	45	42	44	34	41	28	32	-8	-3
79 Mexiko	6	12	76	62	20	28	18	26	10	12	-2	-2
80 Chile	11	14	75	71	17	16	14	15	14	23	-3	-1
81 Südafrika, Rep.	9	13	64	52	22	25	27	35	30	35	5	10
82 Brasilien	12	10	67	69	22	23	21	21	5	7	-1	-2
83 Costa Rica	10	18	77	69	18	25	13	13	21	27	-5	-12
84 Rumänien	..	..	..	..	..	35	..	..	..	25	..	-3
85 Uruguay	9	13	79	76	18	17	12	11	14	17	-6	-6
86 Iran	10	..	69	..	17	..	21	..	19	..	4	..
87 Portugal	11	15	77	73	19	21	12	12	17	26	-7	-9
88 Argentinien	9	24	70	41	22	26	21	35	10	13	-1	9
89 Jugoslawien	19	17	49	54	37	38	32	29	14	14	-5	-9
90 Venezuela	14	14	53	52	21	34	33	34	32	31	12	(.)
91 Trinidad und Tobago	9	15	61	43	28	29	30	42	37	48	2	13
92 Hongkong	7	6	87	66	18	28	6	28	82	..	-12	(.)
93 Singapur	8	11	95	63	11	39	-3	26	163	187	-14	-13
94 Griechenland	12	16	77	63	19	30	11	21	9	17	-8	-9
95 Israel	18	32	68	58	27	26	14	10	14	41	-13	-16
96 Spanien	9	11	69	68	19	20	22	21	11	15	3	1
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>15 w</b>	<b>17 w</b>	<b>63 w</b>	<b>61 w</b>	<b>21 w</b>	<b>23 w</b>	<b>22 w</b>	<b>22 w</b>	<b>12 w</b>	<b>19 w</b>	<b>1 w</b>	<b>-1 w</b>
97 Irland	12	20	77	63	16	33	11	17	31	54	-5	-16
98 Italien	12	16	64	61	24	22	24	23	15	28	(.)	1
99 Neuseeland	13	16	65	61	24	22	22	23	23	27	-2	1
100 Großbritannien	17	20	66	60	19	19	17	20	21	29	-2	1
101 Finnland	13	18	58	55	30	25	29	27	23	33	-1	2
102 Österreich	13	18	59	56	28	27	28	26	24	37	(.)	-1
103 Japan	9	10	57	59	34	33	34	31	11	12	(.)	-2
104 Australien	10	16	65	60	29	23	25	24	15	19	-3	1
105 Kanada	14	19	65	56	23	24	21	25	18	28	-2	1
106 Frankreich	13	15	61	62	24	23	26	23	15	22	2	(.)
107 Niederlande	14	19	57	60	27	22	29	21	50	52	2	-1
108 Vereinigte Staaten	17	18	64	64	18	19	19	18	5	9	1	-1
109 Norwegen	12	20	60	49	30	29	28	31	41	45	-2	2
110 Belgien	13	18	69	63	19	21	18	19	33	55	-1	-2
111 Deutschl., Bundesrep.	14	20	57	55	27	25	29	25	19	26	2	(.)
112 Dänemark	12	25	66	56	23	22	22	19	34	29	-1	-3
113 Schweden	16	30	60	53	25	20	24	17	23	31	-1	-3
114 Schweiz	9	13	62	64	29	24	29	23	29	35	(.)	-1
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>..</b>	<b>22 w</b>	<b>..</b>	<b>27 w</b>	<b>..</b>	<b>28 w</b>	<b>..</b>	<b>56 w</b>	<b>..</b>	<b>65 w</b>	<b>..</b>	<b>28 w</b>
115 Irak	18	c	48	41	20	33	34	59	42	63	14	26
116 Saudi-Arabien	..	23	..	26	..	33	..	51	..	60	..	18
117 Libyen	..	27	..	21	..	21	..	52	..	70	..	31
118 Kuwait	..	14	..	17	..	12	..	69	..	79	..	57
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>3 w</b>	<b>10 w</b>	<b>70 w</b>	<b>72 w</b>	<b>25 w</b>	<b>25 w</b>	<b>27 w</b>	<b>26 w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>2 w</b>	<b>1 w</b>
119 Bulgarien	3	..	69	..	27	..	28	..	..	..	1	..
120 Polen	8	13	68	64	24	26	24	23	..	..	(.)	-3
121 Ungarn	7	8	72	64	24	37	21	28	..	..	-3	-9
122 Sowjetunion	2	c	70	74	26	24	28	26	..	..	2	2
123 Tschechoslowakei	6	7	75	67	17	24	19	26	..	..	2	2
124 Deutschl., Dem. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1961 und nicht auf 1960. <sup>b</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1978 und nicht auf 1979. <sup>c</sup> Über den öffentlichen Verbrauch liegen keine gesonderten Angaben vor; er wird deshalb unter dem privaten Verbrauch erfaßt.

# Tabelle 6: Industrialisierung

	Verteilung der Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe (in % und Preisen von 1975)					Wertschöpfung im verarbei- tenden Gewer- be (in Mio \$ von 1975)		Brutto- produktion pro Kopf im ver- arbeitenden Gewerbe (in \$ von 1975)	
	Nahrungs- mittel und Land- wirtschaft	Textilien und Bekleidung	Maschinen u. Transport- aus- rüstungen	Chemische Erzeug- nisse	Sonstige Fertig- waren	1970	1978 <sup>a</sup>	1970	1977 <sup>b</sup>
	1978 <sup>a</sup>	1978 <sup>a</sup>	1978 <sup>a</sup>	1978 <sup>a</sup>	1978 <sup>a</sup>				
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>									
<b>China und Indien</b>									
<b>Übrige Länder</b>									
1 Kambodscha	..	..	..	..	..	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..
3 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch	..	..	..	..	..	729	874	25	26
5 Tschad	..	..	..	..	..	37	47	..	..
6 Äthiopien	..	..	..	..	..	236	273	19	21
7 Nepal	..	..	..	..	..	..	..	..	..
8 Somalia	..	..	..	..	..	22	37	12	22
9 Mali	..	..	..	..	..	44	66	..	..
10 Birma	35	16	1	5	43	285	402	..	..
11 Afghanistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..
12 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..
13 Burundi	..	..	..	..	..	23	35	..	..
14 Obervolta	..	..	..	..	..	63	79	..	..
15 Indien	12	17	18	12	41	10.397	15.068	75	91
16 Malawi	51	12	..	..	37	56	93	43	..
17 Ruanda	..	..	..	..	..	113	90	75	..
18 Sri Lanka	38	15	..	4	43	556	644	..	..
19 Benin	..	..	..	..	..	..	53	..	..
20 Mosambik	48	14	..	6	32	246	224	66	..
21 Sierra Leone	..	..	..	..	..	25	35	..	..
22 China	..	..	..	..	..	..	..	..	190
23 Haiti	30	20	..	1	49	..	..	..	..
24 Pakistan	41	17	..	14	28	1.482	1.966	..	..
25 Tansania	34	23	9	4	30	190	275	44	..
26 Zaire	43	20	..	9	28	186	187	..	..
27 Niger	..	..	..	..	..	67	146	..	..
28 Guinea	..	..	..	..	..	..	55	..	..
29 Zentralafr. Republik	48	33	..	3	16	54	39	..	42
30 Madagaskar	28	..	..	..	72	298	321	101	102
31 Uganda	..	..	..	..	..	222	150	..	..
32 Mauretanien	..	..	..	..	..	30	38	..	..
33 Lesotho	..	..	..	..	..	4	5	..	..
34 Togo	..	..	..	..	..	32	57	37	..
35 Indonesien	26	10	..	..	64	1.517	3.755	50	78
36 Sudan	49	29	..	3	19	305	477	62	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>									
<b>Ölexporteure</b>									
<b>Ölimporteure</b>									
37 Kenia	26	9	30	7	28	199	532	63	157
38 Ghana	34	..	..	..	66	601	815	138	..
39 Jemen, Arab. Rep.	..	..	..	..	..	31	84	..	..
40 Senegal	44	18	..	9	29	276	338	..	..
41 Angola	..	..	..	..	..	158	80	..	..
42 Simbabwe	22	17	9	11	41	519	707	248	264
43 Ägypten	21	28	12	8	31	1.758	3.178	194	..
44 Jemen, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..
45 Liberia	..	..	..	..	..	25	45	..	..
46 Sambia	16	17	11	13	43	275	321	163	..
47 Honduras	42	15	1	6	36	137	209	..	..
48 Bolivien	..	..	..	..	..	238	391	148	..
49 Kamerun	37	15	2	8	38	201	312	..	..
50 Thailand	..	..	..	..	..	1.545	3.795	198	..
51 Philippinen	38	11	8	10	33	2.805	4.761	192	541
52 Kongo, VR	22	..	..	9	69	57	71	107	..
53 Nicaragua	48	14	2	9	27	263	399	..	381
54 Papua-Neuguinea	..	..	..	..	..	..	..	..	..
55 El Salvador	..	..	..	..	..	252	368	..	189
56 Nigeria	..	..	..	..	..	1.199	2.835	39	73
57 Peru	28	14	11	11	36	2.911	3.685	525	545
58 Marokko	33	15	9	9	34	1.084	1.802	..	..
59 Mongolische VR	29	32	..	5	34	..	..	..	..
60 Albanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Dominikanische Rep.	72	4	1	5	18	483	843	234	404
62 Kolumbien	31	17	11	12	29	1.784	3.078	198	276
63 Guatemala	..	..	..	..	..	..	..	..	..
64 Syrien, Arab. Rep.	28	36	3	4	29	333	887	164	407



	Verteilung der Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe (in % und Preisen von 1975)					Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe (in Mio \$ von 1975)		Brutto- produktion pro Kopf im verarbeitenden Gewerbe (in \$ von 1975)	
	Nahrungs- mittel und Land- wirtschaft 1978 <sup>a</sup>	Textilien und Bekleidung 1978 <sup>a</sup>	Maschinen u. Transport- aus- rüstungen 1978 <sup>a</sup>	Chemische Erzeug- nisse 1978 <sup>a</sup>	Sonstige Fertig- waren 1978 <sup>a</sup>	1970	1978 <sup>a</sup>	1970	1977 <sup>b</sup>
65 Elfenbeinküste	..	..	..	..	..	398	707	..	278
66 Ecuador	31	14	9	7	39	424	888	1.6	242
67 Paraguay	37	16	6	5	36	182	319	..	..
68 Tunesien	26	16	7	17	34	222	538	174	298
69 Korea, Demokr. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..
70 Jordanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
71 Libanon	..	..	..	..	..	..	..	..	..
72 Jamaika	44	16	6	8	26	428	398	674	..
73 Türkei	26	11	..	..	63	3.714	7.041	204	438
74 Malaysia	21	9	17	5	48	923	2.363	303	..
75 Panama	52	11	2	6	29	252	254	419	603
76 Kuba	..	..	..	..	..	..	..	..	..
77 Korea, Rep.	19	20	19	11	31	2.346	9.064	182	567
78 Algerien	29	20	8	4	39	967	2.220	..	..
79 Mexico	22	11	17	14	36	15.416	24.856	..	..
80 Chile	19	7	13	9	52	2.456	2.561	438	365
81 Südafrika, Rep.	15	11	17	10	47	..	..	..	..
82 Brasilien	14	10	28	11	37	17.852	37.685	410	..
83 Costa Rica	..	..	..	..	..	261	516	..	..
84 Rumänien	12	14	31	13	30	..	..	..	..
85 Uruguay	27	25	8	8	32	797	1.008	..	916
86 Iran	14	13	10	7	56	2.601	7.030	243	..
87 Portugal	13	18	20	12	37	3.496	5.308	..	1.573
88 Argentinien	11	13	26	13	37	9.174	10.641	..	..
89 Jugoslawien	15	14	21	8	42	6.556	11.740	833	1.686
90 Venezuela	18	9	7	7	59	3.302	5.355	..	..
91 Trinidad und Tobago	13	4	10	7	66	416	413	..	..
92 Hongkong	..	..	..	..	..	1.490	2.629	..	1.413
93 Singapur	6	5	43	5	41	827	1.815	1.628	2.874
94 Griechenland	20	26	8	9	37	2.540	4.348	770	..
95 Israel	13	13	24	8	42	..	..	..	..
96 Spanien	11	18	20	10	41	18.331	32.808	1.704	2.650
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>									
97 Irland	26	14	11	15	34	2.079	..	..	..
98 Italien	10	14	27	9	40	51.192	66.696	2.204	2.944
99 Neuseeland	26	11	17	5	41	..	..	..	..
100 Großbritannien	14	8	29	11	38	55.997	61.743	2.436	2.796
101 Finnland	13	8	23	7	49	5.636	7.084	3.449	4.056
102 Österreich	14	9	22	7	48	9.402	12.400	3.292	4.836
103 Japan	9	7	33	10	41	115.465	190.085	2.866	4.413
104 Australien	18	8	21	9	45	15.895	..	3.202	..
105 Kanada	13	7	23	8	49	26.023	36.834	3.016	4.021
106 Frankreich	16	8	32	9	35	75.800	104.703	..	4.546
107 Niederlande	18	4	26	15	37	19.114	25.258	4.443	5.219
108 Vereinigte Staaten	11	6	32	11	40	331.522	434.359	3.401	4.147
109 Norwegen	13	4	28	7	48	5.322	6.031	3.500	5.165
110 Belgien	17	8	28	12	35	14.403	18.749	..	..
111 Deutschl., Bundesrep.	9	6	37	13	35	149.071	176.010	4.297	5.731
112 Dänemark	22	7	25	7	39	6.495	3.111	..	..
113 Schweden	10	3	33	6	48	17.038	17.963	4.640	4.760
114 Schweiz	16	9	20	12	43	..	..	..	..
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>									
115 Irak	28	26	..	4	42	522	1.442	124	..
116 Saudi-Arabien	..	..	..	..	..	1.726	2.782	..	..
117 Libyen	..	..	..	..	..	154	593	165	320
118 Kuwait	7	..	..	16	77	..	..	199	..
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>									
119 Bulgarien	27	16	15	5	37	..	..	..	..
120 Polen	5	19	31	9	36	..	..	..	..
121 Ungarn	10	10	29	10	41	..	..	..	..
122 Sowjetunion	13	12	27	6	42	..	..	..	..
123 Tschechoslowakei	8	9	34	9	40	..	..	..	..
124 Deutschl., Dem. Rep.	19	11	31	9	30	..	..	..	..

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1977 und nicht auf 1978. <sup>b</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1976 und nicht auf 1977.

# Tabelle 7: Kommerzielle Energie

	Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten (%)				Energieverbrauch pro Kopf (in Äquivalenten von kg Steinkohle)		Energieeinfuhr in % der Waren- ausfuhr	
	Energieproduktion		Energieverbrauch		1960	1979	1960 <sup>b</sup>	1978 <sup>c</sup>
	1960-74 <sup>a</sup>	1974-79	1960-74	1974-79				
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>5,2 w</b>	<b>8,4 w</b>	<b>4,4 w</b>	<b>8,1 w</b>	<b>356 w</b>	<b>463 w</b>	<b>8 w</b>	<b>..</b>
China und Indien	4,5 w	8,8 w	4,3 w	8,5 w	439 w	594 w	..	..
Übrige Länder	9,5 w	6,8 w	6,4 w	4,5 w	86 w	129 w	7 w	..
1 Kambodscha	..	..	-0,7	-38,9	32	..	9	..
2 Laos, Dem. VR	..	16,1	13,7	13,6	17	102	..	..
3 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch	..	10,1	..	6,3	..	41	..	35
5 Tschad	..	..	7,5	4,6	8	24	23	..
6 Äthiopien	14,1	2,3	14,0	-5,3	9	20	11	20
7 Nepal	26,8	4,6	12,4	2,3	5	14	..	..
8 Somalia	..	..	8,7	13,0	17	78	4	..
9 Mali	..	8,3	5,6	5,3	15	30	13	..
10 Birma	5,6	12,4	3,7	5,6	58	72	4	..
11 Afghanistan	38,8	-2,8	10,1	6,6	24	90	12	12
12 Vietnam	..	7,6	11,2	-4,0	99	140	..	..
13 Burundi	..	22,0	..	6,9	..	17	..	..
14 Obervolta	..	..	7,7	10,2	5	29	38	..
15 Indien	4,9	9,1	5,1	8,3	111	242	11	27
16 Malawi	..	6,9	..	5,7	..	70	..	22
17 Ruanda	..	3,5	..	10,4	..	30	..	..
18 Sri Lanka	10,1	8,2	3,9	3,8	114	140	8	18
19 Benin	..	..	9,5	-0,6	40	68	16	..
20 Mosambik	3,2	60,0	5,2	1,1	113	139	11	..
21 Sierra Leone	..	..	9,0	-1,1	31	89	11	..
22 China	4,4	8,7	4,1	8,5	650	835	..	..
23 Haiti	..	13,7	1,4	20,8	36	66	..	16
24 Pakistan	9,3	7,5	5,3	5,0	136	218	17	40
25 Tansania	10,6	10,4	9,4	-2,9	43	53	..	..
26 Zaire	3,0	18,1	3,8	0,4	98	103	3	..
27 Niger	..	..	14,8	12,8	6	48	6	..
28 Guinea	16,0	(.)	3,2	1,6	67	87	7	..
29 Zentralaf. Republik	14,1	4,1	7,6	8,5	38	55	12	1
30 Madagaskar	6,7	4,1	9,0	3,9	40	94	9	16
31 Uganda	5,2	-4,4	9,1	-8,2	43	39	5	..
32 Mauretanien	..	..	21,2	5,5	18	185	39	..
33 Lesotho	..	..	..	..	..	..	..	..
34 Togo	..	22,3	12,7	11,8	23	117	10	13
35 Indonesien	8,5	6,5	3,8	10,1	130	237	3	5
36 Sudan	..	13,7	13,1	-0,9	54	141	8	24
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>12,7 w</b>	<b>-0,5 w</b>	<b>8,4 w</b>	<b>6,3 w</b>	<b>509 w</b>	<b>1.225 w</b>	<b>10 w</b>	<b>20 w</b>
Ölexporteur	15,0 w	-2,1 w	9,0 w	6,1 w	362 w	893 w	5 w	10 w
Ölimporteur	6,5 w	3,8 w	8,2 w	6,4 w	576 w	1.388 w	13 w	24 w
37 Kenia	9,6	17,6	3,3	3,5	150	180	18	30
38 Ghana	..	2,6	12,2	2,3	105	265	7	19
39 Jemen, Arab. Rep.	..	..	12,8	15,8	7	73	..	..
40 Senegal	..	..	4,7	12,4	110	266	8	..
41 Angola	35,5	-2,4	10,3	1,1	90	208	6	..
42 Simbabwe	2,5	-3,1	2,4	-0,3	1.346	791	..	..
43 Ägypten	9,4	27,1	3,6	10,3	299	565	12	6
44 Jemen, Dem. VR	..	..	7,6	7,0	237	545	..	..
45 Liberia	31,8	-1,3	18,9	0,9	88	448	3	17
46 Sambia	..	5,1	..	5,2	..	858	..	11
47 Honduras	29,4	6,4	7,7	1,5	157	248	10	14
48 Bolivien	17,1	-3,0	6,8	9,3	185	470	4	1
49 Kamerun	1,1	45,3	6,2	7,8	87	148	7	9
50 Thailand	28,2	0,8	16,2	7,6	63	376	12	28
51 Philippinen	2,4	24,9	8,3	5,6	159	356	9	32
52 Kongo, VR	15,8	5,1	5,3	7,0	125	213	25	1
53 Nicaragua	26,4	-16,3	10,3	2,7	183	455	12	14
54 Papua-Neuguinea	12,3	16,2	16,4	4,9	51	299	7	..
55 El Salvador	5,1	15,6	7,7	8,3	150	351	6	13
56 Nigeria	36,6	1,0	9,4	1,4	29	83	7	2
57 Peru	3,5	18,5	6,5	2,7	436	737	4	20
58 Marokko	2,0	4,7	6,4	6,4	169	315	9	28
59 Mongolische VR	10,4	14,6	7,3	13,1	553	1.667	..	..
60 Albanien	9,7	5,0	11,3	8,6	327	1.103	..	..
61 Dominikanische Rep.	1,8	-5,1	14,4	-1,0	164	515	..	32
62 Kolumbien	3,5	2,0	5,7	7,0	510	938	3	7
63 Guatemala	9,9	2,5	6,2	1,6	175	251	12	14
64 Syrien, Arab. Rep.	86,2	7,5	7,5	15,2	323	971	16	..

	Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten (%)				Energieverbrauch pro Kopf (in Äquivalenten von kg Steinkohle)		Energieeinfuhr in % der Waren- ausfuhr	
	Energieproduktion		Energieverbrauch		1960	1979	1960 <sup>b</sup>	1978 <sup>c</sup>
	1960-74 <sup>a</sup>	1974-79	1960-74	1974-79				
65 Elfenbeinküste	9,7	-12,2	14,3	5,5	75	234	5	10
66 Ecuador	19,4	5,0	8,7	14,9	208	654	2	1
67 Paraguay	..	6,7	8,2	10,7	85	251	..	..
68 Tunesien	72,1	5,5	8,7	10,8	173	618	15	21
69 Korea, Demokr. Rep.	9,4	3,0	9,3	3,6	1.193	2.846	..	..
70 Jordanien	..	..	5,9	13,3	197	552	79	52
71 Libanon	12,7	0,5	8,6	-3,7	567	1.083	68	..
72 Jamaika	-0,7	-2,0	11,0	-5,4	446	1.390	11	14
73 Türkei	7,6	3,1	9,8	7,0	254	80 <sup>*</sup>	16	63
74 Malaysia	37,3	27,2	10,5	4,1	253	767	2	9
75 Panama	14,7	35,9	9,0	4,3	438	947	..	91
76 Kuba	21,2	5,6	4,5	6,0	896	1.148	..	..
77 Korea, Rep.	6,3	4,2	13,0	11,4	261	1.642	70	19
78 Algerien	11,1	6,5	7,1	12,3	277	671	14	2
79 Mexiko	5,8	15,5	7,7	7,8	769	1.673	3	4
80 Chile	3,9	0,1	6,1	0,7	824	1.193	10	18
81 Südafrika, Rep.	3,8	8,1	5,0	4,4	2.320	3.479	9	..
82 Brasilien	8,2	7,5	8,2	7,7	392	1.062	21	39
83 Costa Rica	9,5	3,5	10,1	7,6	315	842	7	13
84 Rumänien	5,8	3,1	8,2	6,9	1.469	4.810	..	..
85 Uruguay	3,7	8,5	2,8	3,4	895	1.274	35	34
86 Iran	14,6	-9,1	15,5	1,4	270	1.214	1	..
87 Portugal	4,4	11,7	7,4	6,0	473	1.496	17	34
88 Argentinien	6,5	3,7	5,5	3,1	1.110	2.038	14	17
89 Jugoslawien	4,9	4,1	7,2	5,2	875	2.440	8	25
90 Venezuela	1,1	-3,3	7,0	5,4	1.615	3.055	1	22
91 Trinidad und Tobago	2,8	3,9	10,2	5,8	1.747	5.037	35	39
92 Hongkong	..	..	9,6	16,7	468	2.401	5	6
93 Singapur	..	..	13,4	17,1	518	6.211	17	31
94 Griechenland	14,3	19,1	12,8	9,6	424	2.841	26	42
95 Israel	41,8	-62,3	11,6	4,7	1.270	3.643	17	20
96 Spanien	2,6	6,0	8,8	3,8	892	2.822	22	40
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>4,1 w</b>	<b>2,3 w</b>	<b>5,3 w</b>	<b>2,5 w</b>	<b>4.486 w</b>	<b>7.892 w</b>	<b>11 w</b>	<b>20 w</b>
97 Irland	0,1	-1,2	4,9	4,3	1.922	3.819	17	13
98 Italien	2,3	0,9	7,8	1,4	1.317	3.438	18	24
99 Neuseeland	5,7	5,6	6,0	1,7	2.699	4.891	7	13
100 Großbritannien	-1,0	13,5	2,0	1,0	4.489	5.637	14	13
101 Finnland	3,3	2,9	8,7	2,4	1.925	6.259	11	20
102 Österreich	1,4	0,4	5,0	2,6	2.523	5.206	12	14
103 Japan	-1,7	3,4	9,7	3,0	1.333	4.260	18	32
104 Australien	10,9	4,9	5,6	2,8	3.935	6.975	12	9
105 Kanada	8,7	1,7	6,2	3,1	7.087	13.453	9	9
106 Frankreich	-1,3	2,9	5,5	2,3	2.674	4.995	16	21
107 Niederlande	16,1	0,3	9,0	2,7	2.500	6.745	15	16
108 Vereinigte Staaten	3,5	1,0	4,4	2,3	8.228	12.350	8	31
109 Norwegen	6,8	22,1	5,8	5,1	4.938	11.919	15	13
110 Belgien	-7,2	5,2	4,2	2,0	3.846	6.745	11	13
111 Deutschl., Bundesrep.	0,3	4,9	6,0	4,3	2.711	6.627	7	14
112 Dänemark	-20,4	39,5	8,1	0,8	2.767	5.978	15	20
113 Schweden	3,6	6,0	4,7	2,5	4.599	8.502	16	15
114 Schweiz	4,2	2,7	5,5	1,9	2.762	5.138	10	8
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>12,7 w</b>	<b>4,0 w</b>	<b>7,6 w</b>	<b>10,4 w</b>	<b>771 w</b>	<b>1.458 w</b>	<b>..</b>	<b>(.) w</b>
115 Irak	5,0	9,2	6,0	2,6	494	692	(.)	(.)
116 Saudi-Arabien	14,0	3,6	9,3	14,3	741	1.554	..	(.)
117 Libyen	29,1	6,9	16,7	27,2	251	2.360	83	(.)
118 Kuwait	4,5	-0,2	4,0	9,2	10.584	6.348	..	(.)
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>5,3 w</b>	<b>4,7 w</b>	<b>5,2 w</b>	<b>3,9 w</b>	<b>2.990 w</b>	<b>6.164 w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
119 Bulgarien	3,3	2,0	9,7	4,1	1.366	5.403	7	..
120 Polen	3,9	4,2	4,5	2,6	3.115	5.803	..	..
121 Ungarn	2,6	3,7	4,7	4,8	1.732	4.073	13	14
122 Sowjetunion	5,9	5,2	5,2	4,4	2.866	6.122	4	..
123 Tschechoslowakei	1,4	-3,3	3,2	-0,4	4.509	6.830	..	18
124 Deutschl., Dem. Rep.	0,6	5,3	6,0	4,7	4.579	8.718	..	..

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1961-1974 und nicht auf 1960-1974. <sup>b</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1961 und nicht auf 1960. <sup>c</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1977 und nicht auf 1978.

# Tabelle 8: Warenhandel

	Warenhandel (in Mio \$)		Durchschnittliche jährliche Zuwachsrates <sup>a</sup> (in %)				Terms of Trade (1975 = 100)	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr		Einfuhr		1960	1979 <sup>b</sup>
	1979 <sup>b</sup>	1979 <sup>b</sup>	1960-70	1970-79	1960-70	1970-79	1960	1979 <sup>b</sup>
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>47.194 s</b>	<b>49.699 s</b>	<b>5,0 m</b>	<b>-1,0 m</b>	<b>5,2 m</b>	<b>3,3 m</b>	<b>113 m</b>	<b>97 m</b>
China und Indien	20.985 s	26.307 s	c	..	..	.. m	..	..
Übrige Länder	26.209 s	23.392 s	5,3 m	-1,1 m	5,4 m	4,2 m	111 m	99 m
1 Kampschea	..	..	..	..	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR	35	94	..	..	..	..	..	..
3 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch	662	1.537	6,5	-4,1	7,0	0,6	201	90
5 Tschad	..	..	5,9	-3,4	5,0	-0,1	98	100
6 Äthiopien	418	567	3,6	-2,7	6,2	0,4	143	142
7 Nepal	109	254	..	..	..	..	..	105
8 Somalia	111	287	2,3	5,6	2,6	7,7	145	97
9 Mali	117	180	3,0	6,7	-0,4	5,5	107	95
10 Birma	363	319	-11,6	-0,3	-5,7	-4,6	115	102
11 Afghanistan	494	686	2,5	3,0	0,7	4,8	82	102
12 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..
13 Burundi	105	152	..	..	..	..	..	..
14 Obervolta	81	254	15,9	3,1	8,5	5,2	88	94
15 Indien	6.998	9.041	3,0	4,6	-0,9	2,3	134	88
16 Malawi	233	399	11,6	4,6	7,6	4,3	115	84
17 Ruanda	115	190	15,8	1,6	8,1	10,5	111	145
18 Sri Lanka	981	1.448	4,7	-3,0	-0,2	-0,6	203	116
19 Benin	190	357	5,0	-11,4	7,4	6,3	114	97
20 Mosambik	..	..	6,0	-16,6	7,9	-14,4	90	75
21 Sierra Leone	205	297	0,3	-6,5	1,9	-3,0	121	108
22 China	13.987	17.266	..	..	..	..	..	..
23 Haiti	184	221	..	..	..	..	..	..
24 Pakistan	2.056	4.056	8,2	-0,9	5,3	4,2	102	92
25 Tansania	523	1.084	3,4	-6,6	6,0	-0,5	98	102
26 Zaire	1.324	597	-1,8	-1,1	5,4	-11,9	122	91
27 Niger	..	..	6,0	11,7	11,9	6,5	98	90
28 Guinea	373	347	..	..	..	..	..	..
29 Zentralaf. Republik	80	70	8,1	-0,5	4,5	-5,0	109	108
30 Madagaskar	394	641	5,3	-1,0	4,1	-1,7	136	105
31 Uganda	427	230	5,0	-7,0	6,2	-10,5	123	136
32 Mauretanien	147	259	50,7	-1,1	4,5	5,5	149	78
33 Lesotho	..	..	..	..	..	..	..	..
34 Togo	251	441	10,5	-2,5	8,6	9,8	56	82
35 Indonesien	15.590	7.225	4,0	6,5	2,0	12,8	63	119
36 Sudan	581	1.200	0,1	-4,4	1,2	4,5	83	78
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>272.496 s</b>	<b>304.708 s</b>	<b>5,4 m</b>	<b>4,3 m</b>	<b>6,6 m</b>	<b>5,0 m</b>	<b>100 m</b>	<b>98 m</b>
Ölexporture	94.803 s	77.204 s	4,5 m	1,7 m	3,6 m	11,1 m	69 m	113 m
Ölimporture	177.693 s	227.504 s	6,3 m	4,4 m	7,7 m	3,7 m	109 m	94 m
37 Kenia	1.104	1.658	7,2	-0,5	6,6	-1,0	133	110
38 Ghana	1.096	993	0,2	-7,2	-1,5	0,1	111	144
39 Jemen, Arab. Rep.	14	1.492	..	..	..	..	..	..
40 Senegal	421	756	1,2	-0,8	2,3	4,5	71	76
41 Angola	..	..	9,0	-7,9	11,5	-4,2	60	113
42 Simbabwe	1.194	940	..	..	..	..	..	..
43 Ägypten	1.840	3.837	3,2	-2,1	-1,1	11,1	92	75
44 Jemen, Dem. VR	44	434	..	..	..	..	..	..
45 Liberia	506	487	18,4	2,3	2,9	2,3	255	83
46 Sambia	1.377	755	2,2	-0,7	9,7	-8,1	115	100
47 Honduras	733	830	11,1	4,3	11,6	1,0	119	89
48 Bolivien	777	1.011	9,8	-1,6	8,2	11,8	56	139
49 Kamerun	1.129	1.271	7,1	0,5	9,2	7,0	106	144
50 Thailand	5.288	7.190	5,2	12,0	11,2	5,8	121	73
51 Philippinen	4.601	6.613	2,2	6,2	7,1	3,7	112	107
52 Kongo, VR	119	242	5,1	8,2	-1,0	3,3	87	91
53 Nicaragua	774	848	9,7	4,5	10,5	-1,1	112	98
54 Papua-Neuguinea	964	788	..	..	..	..	..	..
55 El Salvador	1.029	1.024	5,4	4,2	6,3	5,6	109	99
56 Nigeria	18.073	12.399	6,6	-0,3	1,6	20,6	32	119
57 Peru	3.474	2.090	2,0	1,7	3,6	1,6	89	97
58 Marokko	1.873	3.678	2,5	1,3	3,4	8,3	75	62
59 Mongolische VR	281	417	..	..	..	..	..	..
60 Albanien	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Dominikanische Rep.	822	1.062	-2,3	5,6	9,9	3,5	47	40
62 Kolumbien	4.062	3.409	2,2	0,9	2,5	5,8	96	118
63 Guatemala	1.192	1.504	9,1	4,5	7,1	5,9	126	107
64 Syrien, Arab. Rep.	1.644	3.329	3,4	7,4	4,0	13,9	69	102

	Warenhandel (in Mio S)		Durchschnittliche jährliche Zuwachsrates <sup>a</sup> (in %)				Terms of Trade (1975 = 100)	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr		Einfuhr		1960	1979 <sup>b</sup>
	1979 <sup>b</sup>	1979 <sup>b</sup>	1960-70	1970-79	1960-70	1970-79	1960	1979 <sup>b</sup>
65 Elfenbeinküste	2.515	2.491	8,8	5,2	9,7	10,1	113	129
66 Ecuador	2.013	1.986	2,9	8,2	11,5	10,5	83	119
67 Paraguay	305	577	5,4	8,4	7,3	8,5	116	101
68 Tunesien	1.766	2.830	4,2	4,8	1,9	11,2	64	81
69 Korea, Demokr. Rep.	..	950	..	..	..	..	..	..
70 Jordanien	402	1.949	10,1	19,6	3,5	15,3	78	63
71 Libanon	773	2.700	14,2	2,3	5,1	0,5	87	85
72 Jamaika	769	1.010	4,7	-6,8	8,1	-7,0	85	93
73 Türkei	2.261	4.946	..	1,7	..	3,3	..	84
74 Malaysia	11.077	7.849	5,8	6,5	2,3	6,2	150	120
75 Panama	292	1.185	10,5	0,6	10,5	-3,6	117	84
76 Kuba	4.456	4.687	4,0	3,9	5,5	3,4	58	60
77 Korea, Rep.	15.055	20.339	34,1	25,7	20,5	13,5	99	94
78 Algerien	8.714	8.360	4,5	0,0	-0,9	14,2	39	113
79 Mexico	8.768	11.829	2,8	10,9	6,4	5,0	97	84
80 Chile	3.766	4.219	0,6	10,7	4,7	0,6	126	89
81 Südafrika, Rep.	18.396	8.989	5,4	8,1	8,2	-2,9	108	81
82 Brasilien	15.244	19.804	5,1	7,0	4,9	5,6	114	94
83 Costa Rica	923	1.392	9,6	4,4	9,9	4,6	132	103
84 Rumänien	9.724	10.916	9,4	4,7	8,8	6,1	..	98
85 Uruguay	788	1.206	2,2	4,3	-2,9	3,1	132	126
86 Iran	19.872	9.738	12,6	-4,6	11,4	14,7	27	118
87 Portugal	3.468	6.086	9,6	-0,3	14,2	3,3	97	95
88 Argentinien	7.810	6.713	3,4	10,7	0,3	(.)	109	77
89 Jugoslawien	6.794	14.019	7,7	4,7	8,8	5,0	100	103
90 Venezuela	14.159	9.618	1,6	-10,3	4,2	12,0	36	116
91 Trinidad und Tobago	2.507	2.086	4,9	-2,6	3,2	-5,5	100	101
92 Hongkong	15.156	17.137	12,7	8,3	9,2	8,4	94	102
93 Singapur	14.233	17.635	4,2	11,0	5,9	8,0	100	101
94 Griechenland	3.855	9.640	10,8	12,3	10,8	6,0	109	91
95 Israel	4.301	7.333	11,0	9,8	8,7	5,3	109	97
96 Spanien	17.903	25.432	11,5	10,8	18,5	3,4	124	100
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>1.028.279 s</b>	<b>1.106.534 s</b>	<b>8,4 m</b>	<b>5,9 m</b>	<b>9,3 m</b>	<b>4,5 m</b>	<b>100 m</b>	<b>98 m</b>
97 Irland	7.175	9.858	7,1	8,4	8,3	6,6	96	99
98 Italien	72.242	77.970	13,6	7,3	9,7	3,4	130	99
99 Neuseeland	4.694	4.542	4,6	3,4	2,9	1,0	135	124
100 Großbritannien	91.030	102.969	4,8	8,2	5,0	4,4	112	107
101 Finnland	11.175	11.400	6,8	3,9	7,0	1,7	95	89
102 Österreich	15.483	20.254	9,6	7,2	9,6	7,2	94	95
103 Japan	103.045	110.670	17,2	9,1	13,7	4,8	150	98
104 Australien	18.473	16.432	6,5	4,2	7,2	3,4	115	90
105 Kanada	55.336	52.230	10,0	4,6	9,1	6,7	92	98
106 Frankreich	98.059	106.994	8,2	7,1	11,0	6,8	93	101
107 Niederlande	63.667	67.284	9,9	5,7	9,5	4,3	111	99
108 Vereinigte Staaten	178.578	217.664	6,0	6,9	9,8	5,4	115	91
109 Norwegen	13.271	13.818	9,1	7,2	9,7	4,5	89	101
110 Belgien	56.258	60.410	10,9	5,2	10,3	5,8	102	97
111 Deutschl., Bundesrep.	171.540	157.747	10,1	6,0	10,0	6,0	90	95
112 Dänemark	14.506	18.450	7,1	4,4	8,2	3,6	105	96
113 Schweden	27.240	28.488	7,7	2,6	7,2	2,4	97	90
114 Schweiz	26.507	29.354	8,5	4,2	9,0	4,1	85	107
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>118.417 s</b>	<b>44.700 s</b>	<b>8,2 m</b>	<b>-2,0 m</b>	<b>10,8 m</b>	<b>18,0 m</b>	<b>26 m</b>	<b>118 m</b>
115 Irak	21.502	7.028	5,4	2,5	1,4	18,3	25	117
116 Saudi-Arabien	63.427	24.254	10,9	5,6	10,9	39,0	27	109
117 Libyen	15.236	8.214	67,5	-6,5	15,4	16,8	31	121
118 Kuwait	18.252	5.204	5,2	-8,5	10,6	17,6	23	118
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>126.079 s</b>	<b>122.992 s</b>	<b>9,0 m</b>	<b>7,5 m</b>	<b>7,9 m</b>	<b>7,6 m</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
119 Bulgarien	8.869	8.514	14,4	11,2	12,9	10,3	..	..
120 Polen	16.249	17.584	-0,3	7,3	-0,4	7,7	..	103
121 Ungarn	7.938	8.674	9,7	8,6	9,1	6,7	..	83
122 Sowjetunion	64.762	57.744	9,7	7,3	7,1	9,6	..	..
123 Tschechoslowakei	13.198	14.262	6,7	6,6	7,0	6,0	..	..
124 Deutschl., Dem. Rep.	15.063	16.214	8,3	7,6	8,6	7,4	..	..

<sup>a</sup> Vgl. technische Erläuterungen. <sup>b</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1978 und nicht auf 1979. <sup>c</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1961-70 oder 1971-79.

# Tabelle 9: Struktur der Warenausfuhr

Anteile an der Warenausfuhr in %										
	Brennstoffe, Mineralien und Metalle		Sonstige Rohstoffe		Textilien und Bekleidung		Maschinen und Transport- ausrüstungen		Sonstige Fertigwaren	
	1960 <sup>a</sup>	1978	1960 <sup>a</sup>	1978	1960 <sup>a</sup>	1978	1960 <sup>a</sup>	1978	1960 <sup>a</sup>	1978
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>										
China und Indien	13 w	32 w	69 w	38 w	13 w	12 w	(.) w	3 w	5 w	15 w
Übrige Länder	15 w	49 w	79 w	40 w	3 w	6 w	(.) w	1 w	3 w	4 w
1 Kambodscha	0	0	100	83	0	4	0	1	0	12
2 Laos, Dem. VR	..	18	..	64	..	0	..	1	..	17
3 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch	..	1	..	36	..	50	..	1	..	12
5 Tschad	3	0	94	96	0	1	0	0	3	3
6 Äthiopien	0	4	100	95	0	(.)	0	0	0	1
7 Nepal	..	0	..	87	..	6	..	(.)	..	7
8 Somalia	0	0	88	99	0	0	8	1	4	0
9 Mali	0	(.)	96	99	1	(.)	1	(.)	2	1
10 Birma	4	11	95	77	0	0	0	1	1	11
11 Afghanistan	(.)	17	82	70	14	11	3	0	1	2
12 Vietnam	..	6	..	32	..	38	..	(.)	..	24
13 Burundi	..	8	..	91	..	0	..	0	..	1
14 Obervolta	0	(.)	100	95	0	(.)	0	1	(.)	4
15 Indien	10	10	45	30	35	20	1	6	9	34
16 Malawi	..	(.)	..	95	..	3	..	(.)	..	2
17 Ruanda	..	10	..	90	..	0	..	0	..	(.)
18 Sri Lanka	(.)	11	99	81	0	4	0	(.)	1	4
19 Benin	10	6	80	85	7	2	(.)	0	3	7
20 Mosambik	0	12	100	86	0	2	0	0	0	(.)
21 Sierra Leone	15	8	20	48	0	0	0	0	65	44
22 China	..	13	..	38	..	24	..	3	..	22
23 Haiti	0	5	100	40	0	18	0	12	0	25
24 Pakistan	0	4	73	38	23	44	1	2	3	12
25 Tansania	(.)	4	87	90	0	1	0	(.)	13	5
26 Zaire	42	71	57	21	0	0	0	1	1	7
27 Niger	..	40	100	25	0	1	0	0	0	34
28 Guinea	42	98	58	2	0	0	0	(.)	0	0
29 Zentralaf. Republik	12	(.)	86	62	(.)	(.)	1	(.)	1	38
30 Madagaskar	4	8	90	85	1	2	1	2	4	3
31 Uganda	8	1	92	99	0	(.)	0	(.)	(.)	(.)
32 Mauretanien	4	87	69	9	1	(.)	20	(.)	6	4
33 Lesotho	..	32	..	31	..	1	..	6	..	30
34 Togo	3	49	89	45	3	3	0	2	5	1
35 Indonesien	33	72	67	26	0	(.)	(.)	1	(.)	1
36 Sudan	0	5	100	95	0	(.)	0	(.)	0	(.)
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>										
Ölexporteure	27 w	35 w	60 w	29 w	3 w	9 w	2 w	12 w	8 w	17 w
Ölimporteure	46 w	78 w	50 w	14 w	1 w	3 w	(.) w	2 w	3 w	3 w
37 Kenia	1	19	87	67	0	1	0	1	12	12
38 Ghana	7	16	83	80	0	(.)	0	(.)	10	4
39 Jemen, Arab. Rep.	..	(.)	..	90	..	3	..	1	..	6
40 Senegal	3	13	94	80	1	1	1	(.)	1	6
41 Angola	..	64	..	28	..	0	..	1	..	7
42 Simbabwe	71	25	25	62	1	10	(.)	3	3	0
43 Ägypten	4	33	84	38	9	21	(.)	1	3	7
44 Jemen, Dem. VR	..	92	..	7	..	(.)	..	(.)	..	1
45 Liberia	45	62	55	35	0	(.)	0	1	0	2
46 Sambia	..	94	..	2	..	0	..	0	..	4
47 Honduras	5	(.)	93	90	0	1	0	0	2	9
48 Bolivien	..	88	..	10	..	1	..	(.)	..	1
49 Kamerun	19	6	77	90	0	1	2	1	2	2
50 Thailand	7	11	91	64	0	10	0	3	2	12
51 Philippinen	10	14	86	52	1	6	0	2	3	26
52 Kongo, VR	7	60	84	24	(.)	0	5	2	4	14
53 Nicaragua	3	1	95	82	0	2	0	1	2	14
54 Papua-Neuguinea	0	37	92	62	0	0	0	(.)	8	1
55 El Salvador	0	3	94	63	3	12	(.)	3	3	19
56 Nigeria	8	91	89	8	0	0	0	(.)	3	1
57 Peru	49	46	50	43	0	3	0	1	1	7
58 Marokko	38	41	54	36	1	11	1	1	6	11
59 Mongolische VR	..	8	..	81	..	7	..	(.)	..	4
60 Albanien	..	49	..	33	..	6	..	1	..	11
61 Dominikanische Rep.	6	4	92	75	0	(.)	0	1	2	20
62 Kolumbien	19	5	79	78	0	5	(.)	2	2	10
63 Guatemala	2	1	95	78	1	5	0	1	2	15
64 Syrien, Arab. Rep.	0	66	81	26	2	3	0	2	17	3



Anteile an der Warenausfuhr in %

	Brennstoffe, Mineralien und Metalle		Sonstige Rohstoffe		Textilien und Bekleidung		Maschinen und Transport- ausrüstungen		Sonstige Fertigwaren	
	1960 <sup>a</sup>	1978	1960 <sup>a</sup>	1978	1960 <sup>a</sup>	1978	1960 <sup>a</sup>	1978	1960 <sup>a</sup>	1978
65 Elfenbeinküste	1	4	98	89	0	2	(.)	2	1	3
66 Ecuador	0	41	99	57	0	1	0	0	1	1
67 Paraguay	0	0	100	89	0	0	0	0	0	11
68 Tunesien	24	44	66	18	1	20	1	3	8	15
69 Korea, Demokr. Rep.	..	31	..	29	..	5	..	5	..	30
70 Jordanien	0	32	96	30	0	5	0	2	4	31
71 Libanon	..	4	..	32	..	10	..	17	..	37
72 Jamaika	50	22	45	46	2	1	0	1	3	30
73 Türkei	8	6	89	72	0	15	0	1	3	6
74 Malaysia	20	27	74	52	(.)	2	(.)	11	6	8
75 Panama	..	24	..	64	..	4	..	2	..	6
76 Kuba	2	5	93	94	1	0	(.)	(.)	4	1
77 Korea, Rep.	30	1	56	10	8	32	(.)	21	6	36
78 Algerien	12	97	81	2	0	0	1	0	6	1
79 Mexico	24	39	64	31	4	3	1	10	7	17
80 Chile	92	74	4	21	0	(.)	0	(.)	4	5
81 Südafrika, Rep.	29	29	42	29	2	1	4	6	23	35
82 Brasilien	8	11	89	55	0	4	(.)	15	3	15
83 Costa Rica	0	(.)	95	71	0	3	0	3	5	23
84 Rumänien	..	12	..	18	..	10	..	24	..	36
85 Uruguay	..	1	71	56	21	20	..	3	8	20
86 Iran	88	95	9	2	0	2	0	(.)	3	1
87 Portugal	8	4	37	23	18	29	3	14	34	30
88 Argentinien	1	2	95	72	0	3	(.)	8	4	15
89 Jugoslawien	18	9	45	19	4	8	15	32	18	32
90 Venezuela	74	97	26	1	0	(.)	0	(.)	(.)	2
91 Trinidad und Tobago	82	90	14	3	0	1	0	1	4	5
92 Hongkong	5	1	15	2	45	46	4	15	31	36
93 Singapur	1	31	73	23	5	5	7	25	14	16
94 Griechenland	9	18	81	36	1	17	1	3	8	26
95 Israel	4	1	35	17	8	6	2	10	51	66
96 Spanien	21	5	57	22	7	6	2	25	13	42
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>11 w</b>	<b>8 w</b>	<b>23 w</b>	<b>15 w</b>	<b>7 w</b>	<b>5 w</b>	<b>29 w</b>	<b>38 w</b>	<b>30 w</b>	<b>34 w</b>
97 Irland	5	3	67	43	6	9	4	14	18	31
98 Italien	8	7	19	8	17	12	29	33	27	40
99 Neuseeland	(.)	6	97	72	0	3	(.)	7	3	12
100 Großbritannien	7	9	9	10	8	5	44	37	32	39
101 Finnland	3	6	50	20	1	6	13	24	33	44
102 Österreich	26	5	22	11	10	10	16	28	26	46
103 Japan	11	2	10	2	28	4	23	57	28	35
104 Australien	13	29	79	43	(.)	1	3	5	5	22
105 Kanada	33	23	37	23	1	1	8	34	21	19
106 Frankreich	9	6	18	18	10	6	25	36	38	34
107 Niederlande	15	19	34	26	8	5	18	18	25	32
108 Vereinigte Staaten	10	6	27	25	3	2	35	43	25	24
109 Norwegen	22	34	34	13	2	1	10	30	32	22
110 Belgien	15	9	9	12	12	8	13	24	51	47
111 Deutschl., Bundesrep.	9	6	4	6	4	5	44	47	39	36
112 Dänemark	2	4	63	41	3	5	19	25	13	25
113 Schweden	10	6	29	13	1	2	31	43	29	36
114 Schweiz	2	3	8	5	12	7	30	33	48	52
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>96 w</b>	<b>98 w</b>	<b>4 w</b>	<b>(.) w</b>	<b>0 w</b>	<b>(.) w</b>	<b>0 w</b>	<b>1 w</b>	<b>0 w</b>	<b>1 w</b>
115 Irak	97	99	3	1	0	(.)	0	(.)	0	(.)
116 Saudi-Arabien	95	100	5	0	0	(.)	0	0	0	0
117 Libyen	100	100	0	(.)	0	(.)	0	(.)	0	(.)
118 Kuwait	..	90	..	1	..	1	..	3	..	5
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>18 w</b>	<b>25 w</b>	<b>33 w</b>	<b>11 w</b>	<b>3 w</b>	<b>3 w</b>	<b>25 w</b>	<b>34 w</b>	<b>21 w</b>	<b>27 w</b>
119 Bulgarien	3	2	75	32	12	4	6	42	4	20
120 Polen	..	20	..	11	..	7	..	41	..	21
121 Ungarn	6	8	28	24	7	8	38	35	21	25
122 Sowjetunion	24	42	28	9	1	(.)	21	20	26	29
123 Tschechoslowakei	20	6	11	6	(.)	5	45	53	25	30
124 Deutschl., Dem. Rep.	..	3	..	3	..	5	..	61	..	28

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1961 und nicht auf 1960.

# Tabelle 10: Struktur der Wareneinfuhr

	Anteile an der Wareneinfuhr in %									
	Nahrungs- mittel		Brennstoffe		Sonstige Rohstoffe		Maschinen und Transport- ausrüstungen		Sonstige Fertigwaren	
	1960 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>22 w</b>	<b>17 w</b>	<b>6 w</b>	<b>11 w</b>	<b>16 w</b>	<b>20 w</b>	<b>25 w</b>	<b>24 w</b>	<b>31 w</b>	<b>28 w</b>
China und Indien	..	17 w	..	10 w	..	32 w	..	18 w	..	23 w
Übrige Länder	22 w	18 w	6 w	12 w	6 w	6 w	20 w	30 w	46 w	34 w
1 Kambodscha	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
3 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch	..	21	..	15	..	14	..	18	..	32
5 Tschad	19	..	12	..	4	..	19	..	46	..
6 Äthiopien	..	6	..	12	..	4	..	35	..	43
7 Nepal	..	13	..	10	..	16	..	20	..	41
8 Somalia	27	..	4	..	0	..	18	..	51	..
9 Mali	20	..	5	..	4	..	18	..	53	..
10 Birma	14	..	4	..	9	..	17	..	56	..
11 Afghanistan	14	14	7	8	4	0	14	7	61	71
12 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
13 Burundi	..	23	..	11	..	8	..	27	..	31
14 Obervolta	21	19	4	9	1	0	24	43	50	29
15 Indien	21	16	6	26	28	15	30	19	15	24
16 Malawi	..	5	..	12	..	2	..	37	..	44
17 Ruanda	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
18 Sri Lanka	39	30	7	16	5	4	..	24	..	26
19 Benin	17	15	10	15	1	2	18	22	54	46
20 Mosambik	..	..	..	..	..	..	15	..	34	..
21 Sierra Leone	23	21	12	12	5	1	15	24	45	42
22 China	..	17	..	0	..	43	..	18	..	22
23 Haiti	..	28	..	11	..	4	..	20	..	37
24 Pakistan	22	19	10	19	2	7	27	25	39	30
25 Tansania	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
26 Zaire	..	17	..	18	..	..	..	38	..	27
27 Niger	24	..	5	..	4	..	18	..	49	..
28 Guinea	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
29 Zentralaf. Republik	15	17	9	2	2	2	26	38	48	41
30 Madagaskar	17	17	6	14	3	3	23	31	51	35
31 Uganda	6	..	8	..	8	..	25	..	53	..
32 Mauretanien	5	..	3	..	3	..	39	..	50	..
33 Lesotho	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
34 Togo	16	8	6	14	3	4	32	37	43	37
35 Indonesien	23	18	5	9	10	6	17	36	45	31
36 Sudan	17	19	8	1	3	2	14	36	58	42
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>15 w</b>	<b>12 w</b>	<b>9 w</b>	<b>17 w</b>	<b>13 w</b>	<b>8 w</b>	<b>28 w</b>	<b>32 w</b>	<b>35 w</b>	<b>31 w</b>
Ölexporteu'e	18 w	16 w	7 w	6 w	8 w	5 w	27 w	42 w	40 w	31 w
Ölimporteure	14 w	11 w	10 w	19 w	16 w	9 w	29 w	28 w	31 w	33 w
37 Kenia	12	7	11	18	8	3	27	41	42	31
38 Ghana	19	9	5	16	4	5	26	26	46	44
39 Jemen, Arab. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
40 Senegal	30	23	5	12	2	21	19	18	44	26
41 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
42 Simbabwe	..	2	..	30	..	5	..	34	..	29
43 Ägypten	23	26	11	2	16	7	25	37	25	28
44 Jemen, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
45 Liberia	16	17	4	18	7	1	34	32	39	32
46 Sambia	..	6	..	16	..	3	..	71	..	4
47 Honduras	13	9	9	12	3	2	24	31	51	46
48 Bolivien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
49 Kamerun	20	10	8	7	3	2	17	39	52	42
50 Thailand	10	4	11	21	11	9	25	31	43	35
51 Philippinen	15	8	10	21	5	7	36	27	34	37
52 Kongo, VR	18	21	6	1	1	1	31	32	44	45
53 Nicaragua	9	10	10	15	5	2	22	24	54	49
54 Papua-Neuguinea	30	..	5	..	4	..	23	..	38	..
55 El Salvador	17	11	6	8	6	4	26	30	45	47
56 Nigeria	14	14	5	2	6	2	24	44	51	38
57 Peru	16	16	5	19	5	4	37	33	37	28
58 Marokko	27	20	8	15	7	8	19	30	39	27
59 Mongolische VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
60 Albanien	..	17	..	2	..	3	..	45	..	33
61 Dominikanische Rep	..	17	..	22	..	4	..	23	..	34
62 Kolumbien	8	11	3	7	15	7	43	36	31	39
63 Guatemala	12	15	10	16	7	39	26	23	45	7
64 Syrien, Arab. Rep.	24	12	8	25	5	4	15	22	48	37

Anteile an der Wareneinfuhr in %										
	Nahrungs- mittel		Brennstoffe		Sonstige Rohstoffe		Maschinen und Transport- ausrüstungen		Sonstige Fertigwaren	
	1960 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1960 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>
65 Elfenbeinküste	18	13	6	10	2	2	27	39	47	36
66 Ecuador	13	7	3	1	9	4	33	50	42	38
67 Paraguay	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
68 Tunesien	20	12	9	10	4	27	23	31	44	20
69 Korea, Demokr. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
70 Jordanien	..	22	..	10	..	3	..	30	..	35
71 Libanon	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
72 Jamaika	22	23	8	13	9	5	24	24	37	35
73 Türkei	7	1	11	32	16	5	42	31	24	31
74 Malaysia	29	17	16	13	13	7	14	34	28	29
75 Panama	15	10	10	24	1	1	22	23	52	42
76 Kuba	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
77 Korea, Rep.	10	8	7	16	25	17	12	33	46	26
78 Algerien	26	17	4	2	2	3	14	45	54	33
79 Mexico	4	13	2	3	10	7	52	45	32	32
80 Chile	..	15	..	16	..	13	..	23	..	34
81 Südafrika, Rep.	6	6	7	1	9	7	37	52	41	34
82 Brasilien	14	10	19	33	13	6	36	26	18	25
83 Costa Rica	13	7	6	10	6	3	26	30	49	50
84 Rumänien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
85 Uruguay	5	7	24	32	46	9	17	25	8	27
86 Iran	14	..	1	..	1	..	23	..	61	..
87 Portugal	15	16	10	16	28	11	26	28	21	29
88 Argentinien	3	6	13	12	11	9	44	39	29	34
89 Jugoslawien	11	7	5	14	25	11	37	37	22	31
90 Venezuela	18	12	1	1	10	4	36	52	35	31
91 Trinidad und Tobago	16	11	34	40	7	2	18	22	25	25
92 Hongkong	27	15	3	5	16	7	10	19	44	54
93 Singapur	21	10	15	24	38	9	7	29	19	28
94 Griechenland	11	9	8	19	16	7	44	42	21	23
95 Israel	20	11	7	13	18	7	28	22	27	47
96 Spanien	16	16	22	29	25	13	22	19	15	23
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>22 w</b>	<b>13 w</b>	<b>11 w</b>	<b>19 w</b>	<b>24 w</b>	<b>10 w</b>	<b>16 w</b>	<b>25 w</b>	<b>27 w</b>	<b>33 w</b>
97 Irland	18	12	12	10	11	5	21	30	38	43
98 Italien	20	18	14	24	31	14	13	20	22	24
99 Neuseeland	8	7	8	14	16	7	29	31	39	41
100 Großbritannien	36	16	11	12	27	10	8	26	18	36
101 Finnland	13	9	10	22	20	8	33	30	24	31
102 Österreich	16	8	10	11	20	8	29	31	25	42
103 Japan	17	17	17	40	49	20	9	7	8	16
104 Australien	6	6	10	9	16	5	31	39	37	41
105 Kanada	12	8	9	9	12	5	36	50	31	28
106 Frankreich	25	14	17	20	25	9	14	23	19	34
107 Niederlande	18	16	13	16	14	6	22	24	33	38
108 Vereinigte Staaten	24	10	10	24	25	8	10	27	31	31
109 Norwegen	12	8	9	12	13	6	36	34	30	40
110 Belgien	15	13	10	12	26	9	21	26	28	40
111 Deutschl., Bundesrep.	26	15	8	16	28	10	10	21	28	38
112 Dänemark	18	12	12	16	11	7	23	27	36	38
113 Schweden	13	9	14	16	13	6	26	30	34	39
114 Schweiz	18	10	8	8	13	6	21	28	40	48
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>..</b>	<b>12 w</b>	<b>..</b>	<b>1 w</b>	<b>..</b>	<b>2 w</b>	<b>..</b>	<b>42 w</b>	<b>..</b>	<b>43 w</b>
115 Irak	..	15	..	(.)	..	3	..	54	..	28
116 Saudi-Arabien	..	11	..	1	..	2	..	43	..	43
117 Libyen	13	17	5	1	10	2	40	42	32	38
118 Kuwait	..	12	..	1	..	2	..	45	..	40
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
119 Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
120 Polen	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
121 Ungarn	8	11	12	12	28	12	28	31	24	34
122 Sowjetunion	12	..	4	..	18	..	30	..	36	..
123 Tschechoslowakei	..	10	..	17	..	14	..	39	..	20
124 Deutschl., Dem. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1961 und nicht auf 1960. <sup>b</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1977 und nicht auf 1978.

# Tabelle 11: Regionale Struktur der Warenausfuhr

Regionale Struktur der Warenausfuhr (in % der Gesamtausfuhr)								
Ursprungsland	Markt- wirtschaftliche Industrieländer		Entwicklungs- länder		Plan- wirtschaftliche Industrieländer		Ölexportländer mit Zahlungsbilanz- überschuß	
	1960	1979	1960	1979	1960	1979	1960	1979
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>51 w</b>	<b>61 w</b>	<b>29 w</b>	<b>29 w</b>	<b>19 w</b>	<b>5 w</b>	<b>1 w</b>	<b>5 w</b>
China und Indien	39 w	52 w	25 w	33 w	36 w	9 w	(.) w	6 w
Übrige Länder	63 w	69 w	33 w	26 w	3 w	2 w	1 w	3 w
1 Kambodscha	..	..	..	..	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR	..	55	..	45	..	..	..	..
3 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch	..	55	..	30	..	10	..	5
5 Tschad	73	30	27	65	0	..	0	5
6 Äthiopien	69	72	24	11	1	7	6	10
7 Nepal	..	60	..	40	..	..	..	..
8 Somalia	85	18	15	2	0	(.)	(.)	80
9 Mali	93	68	7	32	0	(.)	(.)	(.)
10 Birma	23	37	74	61	3	(.)	(.)	2
11 Afghanistan	48	48	24	26	28	23	0	3
12 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..
13 Burundi	..	89	..	10	..	1	..	0
14 Obervolta	4	75	96	25	0	..	0	..
15 Indien	66	54	25	20	7	14	2	12
16 Malawi	..	84	..	16	..	..	..	..
17 Ruanda	..	80	..	20	..	..	..	..
18 Sri Lanka	75	50	22	35	3	5	0	10
19 Benin	90	89	8	10	2	1	0	(.)
20 Mosambik	29	43	71	49	(.)	1	(.)	7
21 Sierra Leone	99	98	1	2	0	..	0	(.)
22 China	14	51	25	39	61	7	(.)	3
23 Haiti	98	97	2	3	(.)	..	0	..
24 Pakistan	56	47	38	35	4	4	2	14
25 Tansania	74	57	25	40	1	2	0	1
26 Zaire	89	64	11	36	(.)	(.)	(.)	(.)
27 Niger	74	97	26	1	0	..	0	2
28 Guinea	63	69	19	29	18	..	(.)	2
29 Zentralafr. Republik	83	78	17	22	0	(.)	0	(.)
30 Madagaskar	79	67	20	33	1	(.)	(.)	(.)
31 Uganda	62	67	38	30	0	1	0	2
32 Mauretanien	89	88	11	11	0	..	0	1
33 Lesotho	..	..	..	..	..	..	..	..
34 Togo	74	67	26	25	0	8	0	..
35 Indonesien	54	76	42	23	11	1	(.)	(.)
36 Sudan	59	36	29	45	8	9	4	10
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>68 w</b>	<b>67 w</b>	<b>24 w</b>	<b>26 w</b>	<b>8 w</b>	<b>4 w</b>	<b>(.) w</b>	<b>3 w</b>
Ölexporteure	68 w	73 w	27 w	26 w	5 w	1 w	(.) w	(.) w
Ölimporteure	68 w	64 w	23 w	27 w	9 w	6 w	(.) w	3 w
37 Kenia	77	63	23	36	0	(.)	(.)	1
38 Ghana	88	70	5	17	7	13	(.)	(.)
39 Jemen, Arab. Rep.	46	34	36	46	18	(.)	(.)	20
40 Senegal	89	59	11	41	0	(.)	0	(.)
41 Angola	64	33	34	66	2	0	0	1
42 Simbabwe	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Ägypten	26	51	39	24	33	21	2	4
44 Jemen, Dem. VR	42	44	56	49	(.)	(.)	2	7
45 Liberia	100	86	(.)	14	0	(.)	0	(.)
46 Sambia	..	82	..	18	..	(.)	..	(.)
47 Honduras	77	84	23	16	0	..	0	(.)
48 Bolivien	88	70	12	30	0	..	0	..
49 Kamerun	93	84	6	14	1	2	(.)	(.)
50 Thailand	47	58	48	37	2	1	3	4
51 Philippinen	94	81	6	16	0	2	(.)	1
52 Kongo, VR	93	72	7	28	0	(.)	0	(.)
53 Nicaragua	91	65	9	35	(.)	(.)	0	(.)
54 Papua-Neuguinea	..	90	..	10	..	..	..	..
55 El Salvador	88	74	12	26	0	..	0	(.)
56 Nigeria	95	87	4	13	1	(.)	0	(.)
57 Peru	84	76	16	20	(.)	4	0	(.)
58 Marokko	74	72	23	20	3	6	(.)	2
59 Mongolische VR	..	..	..	..	..	..	..	..
60 Albanien	1	..	6	..	93	..	0	..
61 Dominikanische Rep.	92	87	7	13	0	..	1	..
62 Kolumbien	94	75	5	22	1	3	0	(.)
63 Guatemala	94	70	6	29	0	(.)	0	1
64 Syrien, Arab. Rep.	39	65	31	20	19	8	11	7

## Regionale Struktur der Warenausfuhr (in % der Gesamtausfuhr)

Ursprungsland	Marktwirtschaftliche Industrieländer		Entwicklungsländer		Planwirtschaftliche Industrieländer		Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß	
	1960	1979	1960	1979	1960	1979	1960	1979
65 Elfenbeinküste	84	78	16	17	0	5	0	(.)
66 Ecuador	91	56	8	42	1	2	0	(.)
67 Paraguay	61	64	39	36	0	..	0	..
68 Tunesien	76	69	19	27	3	1	2	3
69 Korea, Demokr. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..
70 Jordanien	1	15	62	45	11	3	26	37
71 Libanon	21	11	39	29	8	9	32	51
72 Jamaika	96	78	4	20	0	2	0	(.)
73 Türkei	71	62	17	19	12	11	(.)	8
74 Malaysia	58	62	35	34	7	3	0	1
75 Panama	99	77	1	22	0	(.)	0	1
76 Kuba	72	..	9	..	19	..	(.)	..
77 Korea, Rep.	89	73	11	20	0	(.)	0	7
78 Algerien	93	94	7	5	0	1	(.)	(.)
79 Mexico	93	80	7	20	(.)	(.)	0	(.)
80 Chile	91	63	9	36	(.)	(.)	(.)	1
81 Südafrika, Rep.	71	83	28	17	1	(.)	(.)	..
82 Brasilien	81	66	13	26	6	6	(.)	2
83 Costa Rica	93	73	7	25	(.)	1	(.)	1
84 Rumänien	20	31	14	24	66	43	(.)	2
85 Uruguay	82	48	11	47	7	4	0	1
86 Iran	62	64	34	35	3	(.)	1	1
87 Portugal	56	79	42	18	2	2	(.)	1
88 Argentinien	75	51	20	42	5	6	(.)	1
89 Jugoslawien	48	38	20	17	31	39	1	6
90 Venezuela	62	62	38	38	0	(.)	0	(.)
91 Trinidad und Tobago	80	78	20	22	0	(.)	(.)	(.)
92 Hongkong	54	68	45	29	(.)	(.)	1	3
93 Singapur	38	44	57	49	4	2	1	5
94 Griechenland	65	59	13	21	21	8	1	12
95 Israel	76	79	23	21	1	(.)	0	(.)
96 Spanien	80	62	18	30	2	3	(.)	5
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>67 w</b>	<b>69 w</b>	<b>30 w</b>	<b>24 w</b>	<b>3 w</b>	<b>3 w</b>	<b>(.) w</b>	<b>4 w</b>
97 Irland	96	89	4	8	(.)	1	(.)	2
98 Italien	65	68	29	22	4	3	2	7
99 Neuseeland	95	72	4	21	1	5	(.)	2
100 Großbritannien	57	70	38	23	3	2	2	5
101 Finnland	69	72	12	10	19	16	(.)	2
102 Österreich	69	70	18	16	13	12	(.)	2
103 Japan	45	46	51	43	2	3	2	8
104 Australien	75	61	21	32	3	4	1	3
105 Kanada	90	88	9	9	1	2	(.)	1
106 Frankreich	53	67	44	25	3	4	(.)	4
107 Niederlande	8	84	20	12	1	2	1	2
108 Vereinigte Staaten	61	57	37	36	1	3	1	4
109 Norwegen	80	84	16	14	4	2	(.)	(.)
110 Belgien	79	84	18	12	2	2	1	2
111 Deutschl., Bundesrep.	70	73	25	20	4	4	1	3
112 Dänemark	83	83	13	13	4	2	(.)	2
113 Schweden	79	80	17	12	4	4	(.)	4
114 Schweiz	72	69	24	19	3	8	1	4
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>83 w</b>	<b>70 w</b>	<b>16 w</b>	<b>29 w</b>	<b>1 w</b>	<b>(.) w</b>	<b>0 w</b>	<b>1 w</b>
115 Irak	85	55	14	45	1	(.)	(.)	(.)
116 Saudi-Arabien	74	75	26	25	0	(.)	0	(.)
117 Libyen	67	80	26	20	7	(.)	0	..
118 Kuwait	91	65	9	30	0	(.)	0	5
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>19 w</b>	<b>..</b>	<b>22 w</b>	<b>..</b>	<b>59 w</b>	<b>..</b>	<b>(.) w</b>	<b>..</b>
119 Bulgarien	13	..	7	..	80	..	(.)	..
120 Polen	29	..	17	..	54	..	(.)	..
121 Ungarn	22	..	17	..	61	..	(.)	..
122 Sowjetunion	18	..	31	..	51	..	(.)	..
123 Tschechoslowakei	16	..	17	..	67	..	0	..
124 Deutschl., Dem. Rep.	19	..	13	..	68	..	(.)	..

# Tabelle 12: Fertigwarenhandel

Ursprungsland	Bestimmungsland der Fertigwarenausfuhr (in % der Gesamtausfuhr)								Gesamte Fertigwaren- ausfuhr (in Mio \$)	
	Markt- wirtschaftliche Industrieländer		Entwicklungs- länder		Plan- wirtschaftliche Industrieländer		Olexportländer mit Zahlungs- bilanz- überschuß			
	1962 <sup>a</sup>	1978	1962 <sup>a</sup>	1978	1962 <sup>a</sup>	1978	1962 <sup>a</sup>	1978	1962 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>56 w</b>	<b>45 w</b>	<b>38 w</b>	<b>48 w</b>	<b>4 w</b>	<b>5 w</b>	<b>2 w</b>	<b>2 w</b>		
China und Indien	..	43 w	..	52 w	..	3 w	..	2 w		
Übrige Länder	58 w	52 w	40 w	33 w	1 w	11 w	1 w	4 w		
1 Kambodscha	30	21	69	79	1	0	0	0	1	2
2 Laos, Dem. VR	35	83	65	12	0	0	0	0	(.)	3
3 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch	..	46	..	43	..	8	..	3	..	346
5 Tschad	19	31	75	69	0	0	6	0	1	3
6 Äthiopien	47	68	51	27	1	1	1	4	2	3
7 Nepal	..	79	..	21	..	0	..	0	..	11
8 Somalia	60	77	36	18	0	5	4	0	(.)	1
9 Mali	34	29	66	71	(.)	0	0	0	(.)	2
10 Birma	58	82	42	18	(.)	0	0	0	3	28
11 Afghanistan	96	82	3	10	1	7	0	1	9	43
12 Vietnam	9	3	91	38	0	58	0	1	1	297
13 Burundi	..	100	..	0	..	0	..	0	..	1
14 Obervolta	19	46	81	54	0	0	0	0	1	2
15 Indien	56	60	37	32	5	4	2	4	630	4.006
16 Malawi	..	26	..	74	..	0	..	0	..	14
17 Ruanda	..	0	..	100	..	0	..	0	(.)	(.)
18 Sri Lanka	63	74	35	20	2	0	(.)	6	6	65
19 Benin	19	26	78	70	3	4	0	0	1	5
20 Mosambik	..	67	..	27	..	0	..	6	..	3
21 Sierra Leone	100	100	0	0	0	0	0	0	23	72
22 China	..	27	..	70	..	3	..	(.)	..	4.510
23 Haiti	..	95	..	5	..	0	..	0	..	88
24 Pakistan	45	51	52	33	1	6	2	10	97	863
25 Tansania	85	85	15	15	0	0	(.)	0	20	23
26 Zaïre	93	89	7	11	0	0	0	0	12	70
27 Niger	8	89	93	11	0	0	0	0	1	76
28 Guinea	..	27	..	73	..	0	..	0	..	55
29 Zentralafr. Republik	74	89	24	11	2	0	0	0	3	27
30 Madagaskar	80	88	20	12	0	0	0	0	5	27
31 Uganda	..	100	..	0	..	0	..	0	..	2
32 Mauretanien	77	84	23	16	0	0	0	0	2	4
33 Lesotho	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
34 Togo	44	45	56	50	0	5	0	0	1	21
35 Indonesien	52	47	46	52	1	0	1	1	2	226
36 Sudan	35	90	54	10	0	0	11	0	(.)	4
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>51 w</b>	<b>58 w</b>	<b>44 w</b>	<b>33 w</b>	<b>4 w</b>	<b>5 w</b>	<b>1 w</b>	<b>4 w</b>		
Ölexporteur	71 w	61 w	28 w	31 w	(.) w	6 w	1 w	2 w		
Ölimporteur	47 w	58 w	47 w	33 w	4 w	5 w	1 w	4 w		
37 Kenia	..	9	..	90	..	0	..	1	12	155
38 Ghana	38	56	50	44	11	0	1	0	12	40
39 Jemen, Arab. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	1
40 Senegal	76	50	24	50	0	0	0	0	5	28
41 Angola	..	80	..	20	..	0	..	(.)	..	60
42 Simbabwe	..	..	..	..	..	..	..	..	..	16
43 Ägypten	..	21	..	14	..	55	..	10	88	504
44 Jemen, Dem. VR	..	64	..	36	..	0	..	0	..	2
45 Liberia	100	45	0	55	0	0	0	0	3	9
46 Sambia	..	67	..	33	..	0	..	0	..	35
47 Honduras	3	30	97	70	0	0	0	0	2	58
48 Bolivien	82	..	18	..	0	..	0	..	4	22
49 Kamerun	25	64	75	36	0	0	0	0	4	31
50 Thailand	51	62	49	33	(.)	0	(.)	5	21	1.039
51 Philippinen	91	78	9	20	0	(.)	(.)	2	26	1.136
52 Kongo, VR	85	62	15	38	0	0	0	(.)	14	42
53 Nicaragua	..	1	..	99	..	0	..	0	..	142
54 Papua-Neuguinea	..	100	..	0	..	0	..	0	2	16
55 El Salvador	1	5	99	95	0	0	0	0	18	217
56 Nigeria	91	88	9	12	0	0	0	(.)	34	162
57 Peru	53	42	47	56	0	2	0	(.)	5	205
58 Marokko	49	73	49	20	2	2	(.)	5	28	345
59 Mongolische VR	..	(.)	..	46	..	54	..	0	..	33
60 Albanien	..	33	..	67	..	0	..	0	..	44
61 Dominikanische Rep.	..	93	..	7	..	0	..	0	..	127
62 Kolumbien	57	43	43	56	0	1	0	(.)	16	430
63 Guatemala	..	6	..	94	..	0	..	0	..	230
64 Syrien, Arab. Rep.	..	11	..	33	..	33	..	23	21	89



Bestimmungsland der Fertigwarenausfuhr (in % der Gesamtausfuhr)										
Ursprungsland	Markt- wirtschaftliche Industrieländer		Entwicklungs- länder		Plan- wirtschaftliche Industrieländer		Ölexportländer mit Zahlungs- bilanz- überschuß		Gesamte Fertigwaren- ausfuhr (in Mio \$)	
	1962 <sup>a</sup>	1978	1962 <sup>a</sup>	1978	1962 <sup>a</sup>	1978	1962 <sup>a</sup>	1978	1962 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>
65 Elfenbeinküste	58	33	42	67	0	0	0	0	2	155
66 Ecuador	46	21	54	79	0	0	0	0	2	27
67 Paraguay	83	46	17	54	0	0	0	0	4	29
68 Tunesien	59	77	33	15	0	1	8	7	10	429
69 Korea, Demokr. Rep.	..	5	..	41	..	45	..	9	..	242
70 Jordanien	..	15	..	26	..	0	..	59	1	134
71 Libanon	..	9	..	32	..	(.)	..	59	8	402
72 Jamaika	72	80	28	18	0	2	0	0	20	475
73 Türkei	73	70	10	15	17	4	(.)	11	4	501
74 Malaysia	11	55	89	44	0	(.)	(.)	1	58	1.714
75 Panama	24	17	76	83	0	0	0	0	1	30
76 Kuba	..	39	..	49	..	12	..	0	..	39
77 Korea, Rep.	83	74	17	17	0	0	(.)	9	10	11.220
78 Algerien	..	68	..	22	..	6	..	4	..	35
79 Mexiko	71	69	29	31	0	(.)	0	(.)	122	1.620
80 Chile	44	38	56	62	0	0	0	(.)	20	118
81 Südafrika, Rep.	..	67	..	29	..	0	..	4	318	2.576
82 Brasilien	54	50	44	47	2	1	0	2	39	4.335
83 Costa Rica	..	27	..	73	..	0	..	0	..	263
84 Rumänien	..	36	..	52	..	11	..	1	..	5.712
85 Uruguay	..	65	..	34	..	1	..	(.)	..	290
86 Iran	64	82	28	7	1	6	7	5	33	597
87 Portugal	53	80	46	18	(.)	2	1	(.)	205	1.157
88 Argentinien	61	40	36	56	3	4	(.)	(.)	39	1.674
89 Jugoslawien	31	28	40	19	28	46	1	7	344	4.054
90 Venezuela	93	55	7	45	0	0	0	0	158	144
91 Trinidad und Tobago	34	64	66	36	0	0	0	0	13	147
92 Hongkong	62	71	37	26	0	(.)	1	3	642	10.693
93 Singapur	5	48	95	48	0	(.)	(.)	4	328	4.679
94 Griechenland	52	61	41	18	4	3	3	18	27	1.543
95 Israel	66	61	32	39	2	0	0	0	184	3.195
96 Spanien	57	59	41	34	1	2	1	5	205	9.620
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>62 w</b>	<b>64 w</b>	<b>33 w</b>	<b>28 w</b>	<b>3 w</b>	<b>3 w</b>	<b>2 w</b>	<b>5 w</b>		
97 Irland	76	90	24	8	0	1	(.)	1	134	3.093
98 Italien	64	65	29	24	5	4	2	7	3.490	47.493
99 Neuseeland	90	67	10	32	0	0	0	1	23	850
100 Großbritannien	57	63	38	28	3	2	2	7	8.947	57.872
101 Finnland	55	63	13	11	31	24	1	2	608	6.413
102 Österreich	65	66	17	16	16	16	1	2	931	10.238
103 Japan	44	45	50	45	4	3	2	7	4.340	93.954
104 Australien	61	29	39	70	(.)	(.)	(.)	1	263	4.198
105 Kanada	89	89	11	9	(.)	1	(.)	1	1.959	23.922
106 Frankreich	58	63	38	29	4	4	(.)	4	5.317	58.238
107 Niederlande	76	78	20	16	2	2	2	4	2.443	27.434
108 Vereinigte Staaten	47	55	51	39	(.)	1	2	5	13.957	99.083
109 Norwegen	79	74	19	21	2	4	(.)	1	442	5.346
110 Belgien	82	82	15	13	2	2	1	3	3.257	35.498
111 Deutschl., Bundesrep.	73	69	23	22	3	5	1	4	11.623	125.246
112 Dänemark	75	77	17	17	7	3	1	3	627	6.417
113 Schweden	76	75	19	18	5	4	(.)	3	1.958	17.590
114 Schweiz	72	66	25	26	2	4	1	4	2.005	21.653
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>..</b>	<b>20 w</b>	<b>..</b>	<b>72 w</b>	<b>..</b>	<b>1 w</b>	<b>..</b>	<b>7 w</b>		
115 Irak	(.)	18	21	82	(.)	0	79	0	5	53
116 Saudi-Arabien	..	16	..	73	..	1	..	10	..	237
117 Libyen	68	46	32	54	0	(.)	0	0	(.)	40
118 Kuwait	..	..	..	..	..	..	..	..	..	959
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>..</b>	<b>13 w</b>	<b>..</b>	<b>36 w</b>	<b>..</b>	<b>49 w</b>	<b>..</b>	<b>2 w</b>		
119 Bulgarien	..	5	..	35	..	57	..	3	..	4.926
120 Polen	..	19	..	38	..	42	..	1	..	9.836
121 Ungarn	..	20	..	42	..	34	..	4	..	4.329
122 Sowjetunion	..	..	..	..	..	..	..	..	..	25.456
123 Tschechoslowakei	..	13	..	17	..	68	..	2	..	10.296
124 Deutschl., Dem. Rep.	..	9	..	49	..	41	..	1	..	11.412

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1963 und nicht auf 1962. <sup>b</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1977 und nicht auf 1978.

# Tabelle 13: Zahlungsbilanzen und Schuldendienstrelationen

	Leistungsbilanzsaldo vor Zinszahlungen auf die öffentliche Auslandsverschuldung (in Mio \$)		Zinszahlungen auf die öffentliche Auslandsverschuldung (in Mio \$)		Schuldendienst in % von:			
	1970	1979 <sup>a</sup>	1970	1979	BSP		Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	
					1970	1979 <sup>a</sup>	1970	1979 <sup>a</sup>
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>					1,1 w	1,8 w	12,6 w	10,8 w
China und Indien					1,4 w	2,8 w	9,1 w	10,8 w
Übrige Länder								
1 Kambodscha	..	..	..	..	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..
3 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch	-60	-1.269	..	41	..	0,9	..	8,4
5 Tschad	2	-72	(.)	4	1,0	3,3	3,9	14,4
6 Äthiopien	-26	79	6	13	1,2	0,7	11,4	4,9
7 Nepal	..	-7	(.)	2	0,3	0,2	..	1,4
8 Somalia	-5	-205	(.)	1	0,3	0,2	2,1	1,1
9 Mali	-2	-64	(.)	3	0,2	0,7	1,2	8,5
10 Birma	-61	-328	3	31	0,9	1,8	15,8	22,0
11 Afghanistan	..	..	9	4	2,5	1,4	..	..
12 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..
13 Burundi	2	-38	(.)	1	0,3	0,4	2,3	3,1
14 Obervolta	9	-68	(.)	4	0,6	0,8	4,0	3,8
15 Indien	205	1.395	189	375	0,9	0,8	20,9	9,5
16 Malawi	-32	185	3	16	1,8	2,1	7,0	9,4
17 Ruanda	6	44	(.)	1	0,2	0,1	1,4	0,6
18 Sri Lanka	-47	203	12	28	2,0	2,3	10,3	6,5
19 Benin	-1	-87	(.)	3	0,7	1,4	2,2	5,1
20 Mosambik	..	..	..	..	..	..	..	..
21 Sierra Leone	-14	-109	2	12	2,9	8,6	10,1	22,2
22 China	..	..	..	..	..	..	..	..
23 Haiti	2	-57	(.)	3	1,0	0,7	5,8	2,9
24 Pakistan	-591	-984	76	213	1,9	2,3	23,6	12,0
25 Tansania	-29	-457	6	23	1,2	0,9	8,2	7,4
26 Zaire	-55	463	9	95	2,0	2,3	4,4	9,1
27 Niger	1	-96	1	7	0,6	0,8	3,8	3,6
28 Guinea	..	..	4	24	2,4	5,7	26,7	22,2
29 Zentralaf. Republik	-11	-9	(.)	(.)	1,1	(.)	3,3	0,1
30 Madagaskar	12	-425	2	8	0,8	0,7	3,5	3,9
31 Uganda	24	32	4	5	0,6	0,3	3,4	7,4
32 Mauretanien	-5	-70	(.)	16	2,0	13,6	3,2	32,4
33 Lesotho	..	-22	(.)	1	0,5	0,3	..	0,6
34 Togo	4	-219	1	16	0,9	6,9	3,0	24,4
35 Indonesien	-286	1.711	24	772	0,9	4,5	6,9	13,4
36 Sudan	-29	-151	13	86	1,3	4,5	10,7	33,0
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>					1,5 w	3,2 w	9,0 w	14,2 w
Ölexporteur					2,0 w	5,3 w	11,2 w	20,1 w
Ölimporteur					1,3 w	2,4 w	8,1 w	11,5 w
37 Kenia	-38	-419	11	60	1,7	1,8	7,9	7,5
38 Ghana	-56	282	12	26	1,1	0,5	5,2	4,2
39 Jemen, Arab. Rep.	..	-118	..	6	0,2	1,2	..	1,8
40 Senegal	-14	-394	2	43	0,8	5,0	2,7	13,7
41 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..
42 Simbabwe	-13	-61	..	..	..	..	..	..
43 Ägypten	-116	-1.316	38	237	4,1	5,5	28,7	15,8
44 Jemen, Dem. VR	4	-31	..	2	..	1,3	..	2,8
45 Liberia	..	-91	6	22	5,5	8,1	..	13,8
46 Sambia	131	264	23	93	3,2	9,7	5,8	19,7
47 Honduras	61	-154	3	45	0,8	5,3	2,8	12,7
48 Bolivien	-16	-350	6	116	2,2	5,4	10,9	29,6
49 Kamerun	-26	-290	4	65	0,8	2,5	3,2	9,5
50 Thailand	-234	-1.945	16	146	0,6	1,0	3,3	4,2
51 Philippinen	-23	-1.266	25	298	1,4	2,7	7,5	12,6
52 Kongo, VR	..	-144	3	38	3,4	10,1	..	7,3
53 Nicaragua	-32	202	7	41	3,2	3,2	11,1	8,1
54 Papua-Neuguinea	..	87	1	26	0,1	2,3	..	4,3
55 El Salvador	12	1.128	4	22	0,9	1,0	3,6	3,2
56 Nigeria	-348	1.429	20	205	0,7	0,4	4,2	1,5
57 Peru	284	1.055	44	437	2,1	6,6	11,6	22,3
58 Marokko	-101	-1.110	23	411	1,5	5,2	7,7	21,8
59 Mongolische VR	..	..	..	..	..	..	..	..
60 Albanien	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Dominikanische Rep.	-98	-287	4	54	0,8	3,1	4,5	13,9
62 Kolumbien	-249	759	44	231	1,7	2,4	11,6	12,5
63 Guatemala	-2	-187	6	19	1,4	0,5	7,4	2,2
64 Syrien, Arab. Rep.	-63	173	6	86	2,1	3,8	11,0	16,5

	Leistungsbilanzsaldo vor Zinszahlungen auf die öffentliche Auslandsverschuldung (in Mio \$)		Zinszahlungen auf die öffentliche Auslandsverschuldung (in Mio \$)		Schuldendienst in % von:			
	1970	1979 <sup>a</sup>	1970	1979	BSP		Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	
					1970	1979 <sup>a</sup>	1970	1979 <sup>a</sup>
65 Elfenbeinküste	-26	-560	11	225	2,8	6,0	6,8	15,2
66 Ecuador	-106	-424	7	161	1,5	7,4	9,1	29,6
67 Paraguay	-13	-239	4	22	1,8	1,5	11,8	8,5
68 Tunesien	-35	-134	18	163	4,5	4,8	18,5	11,8
69 Korea, Demokr. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..
70 Jordanien	-15	31	2	39	0,7	3,5	3,6	5,3
71 Libanon	..	..	1	4	0,2	..	..	..
72 Jamaika	-145	-47	8	95	1,1	8,7	2,5	15,9
73 Türkei	-28	-752	42	253	1,3	1,1	16,3	12,9
74 Malaysia	29	1.564	21	189	1,7	2,9	3,6	4,7
75 Panama	-57	-113	7	202	3,0	15,7	7,7	18,8
76 Kuba	..	..	..	..	..	..	..	..
77 Korea, Rep.	-553	-3.216	70	937	3,1	4,4	19,4	13,5
78 Algerien	-116	568	10	1.162	0,8	8,6	3,2	25,6
79 Mexico	-844	-1.672	216	2.874	2,1	8,8	24,1	64,1
80 Chile	-13	-522	78	354	3,1	6,2	18,9	26,2
81 Südafrika, Rep.	-1.156	4.447	59	890	1,2	4,1	5,1	10,6
82 Brasilien	-704	-7.600	133	2.865	0,9	3,1	12,4	34,6
83 Costa Rica	-67	-498	7	80	2,9	6,6	9,9	23,1
84 Rumänien	..	..	..	..	..	..	..	..
85 Uruguay	-29	-248	16	69	2,6	1,8	25,2	9,9
86 Iran	-422	3.084	85	394	3,0	..	12,2	..
87 Portugal	98	373	28	235	1,3	1,9	4,4	5,3
88 Argentinien	-37	158	121	584	1,9	1,5	21,5	15,5
89 Jugoslawien	-276	-3.442	72	219	1,7	0,8	8,3	4,2
90 Venezuela	-64	366	40	655	0,7	3,2	2,9	9,4
91 Trinidad und Tobago	-74	327	6	39	1,9	1,2	4,4	2,3
92 Hongkong	..	810	..	11	(.)	0,1	..	..
93 Singapur	-566	-1.091	6	86	0,6	2,5	0,6	1,3
94 Griechenland	-364	-1.591	41	301	1,0	1,9	7,1	8,4
95 Israel	-600	-1.093	13	379	0,7	4,7	2,6	10,3
96 Spanien	151	2.309	72	853	0,5	0,9	3,6	5,6
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer<sup>a</sup></b>								
97 Irland	-189	-1.283	..	..	..	..	..	..
98 Italien	902	5.110	..	..	..	..	..	..
99 Neuseeland	-29	-545	..	..	..	..	..	..
100 Großbritannien	1.881	-3.814	..	..	..	..	..	..
101 Finnland	-239	-284	..	..	..	..	..	..
102 Österreich	-23	-1.782	..	..	..	..	..	..
103 Japan	1.980	-8.695	..	..	..	..	..	..
104 Australien	-832	-1.932	..	..	..	..	..	..
105 Kanada	1.078	-4.358	..	..	..	..	..	..
106 Frankreich	72	1.535	..	..	..	..	..	..
107 Niederlande	-520	-2.348	..	..	..	..	..	..
108 Vereinigte Staaten	2.357	-685	..	..	..	..	..	..
109 Norwegen	-242	-1.156	..	..	..	..	..	..
110 Belgien	715	-3.810	..	..	..	..	..	..
111 Deutschl., Bundesrep.	850	-6.357	..	..	..	..	..	..
112 Dänemark	-544	-2.983	..	..	..	..	..	..
113 Schweden	-266	-2.619	..	..	..	..	..	..
114 Schweiz	70	2.434	..	..	..	..	..	..
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>								
115 Irak	110	3.250	9	37	0,9	1,0	2,2	..
116 Saudi-Arabien	71	10.857	..	..	..	..	..	..
117 Libyen	645	7.364	..	..	..	..	..	..
118 Kuwait	..	14.219	..	..	..	..	..	..
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer<sup>b</sup></b>								
119 Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..
120 Polen	..	..	..	..	..	..	..	..
121 Ungarn	..	..	..	..	..	..	..	..
122 Sowjetunion	..	..	..	..	..	..	..	..
123 Tschechoslowakei	..	..	..	..	..	..	..	..
124 Deutschl., Dem. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1978 und nicht auf 1979. <sup>b</sup> Vgl. technische Erläuterungen.

# Tabelle 14: Zufluß von Auslandskapital

	Öffentliche und öffentlich garantierte mittel- und langfristige Kredite (in Mio \$)						Private Netto- direktinvestition (in Mio \$)	
	Bruttozufluß		Schuldentilgung		Nettozufluß		1970	1979 <sup>a</sup>
	1970	1979	1970	1979	1970	1979		
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>								
<b>China und Indien</b>								
<b>Übrige Länder</b>								
1 Kambodscha	..	..	..	..	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..
3 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch	..	543	..	43	..	500	..	..
5 Tschad	6	27	2	15	4	12	1	31
6 Äthiopien	27	122	15	13	12	109	4	..
7 Nepal	1	41	2	2	-1	39	..	..
8 Somalia	4	87	(.)	1	4	86	5	(.)
9 Mali	21	79	(.)	6	21	73	..	-5
10 Birma	16	409	18	60	-2	349	..	..
11 Afghanistan	31	41	15	5	16	36	..	..
12 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..
13 Burundi	1	38	(.)	2	1	36	..	..
14 Obervolta	2	68	2	4	(.)	64	1	..
15 Indien	890	1.164	307	588	583	576	6	..
16 Malawi	38	138	3	11	35	127	9	13
17 Ruanda	(.)	42	(.)	1	(.)	41	(.)	13
18 Sri Lanka	61	187	27	48	34	139	(.)	47
19 Benin	2	51	1	10	1	41	7	..
20 Mosambik	..	..	..	..	..	..	..	..
21 Sierra Leone	8	96	10	42	-2	54	8	11
22 China	..	..	..	..	..	..	..	..
23 Haiti	4	42	4	5	(.)	37	3	15
24 Pakistan	484	882	114	272	370	610	31	61
25 Tansania	50	215	10	17	40	198	..	..
26 Zaire	31	216	28	73	3	143	42	30
27 Niger	12	85	1	7	11	78	1	12
28 Guinea	90	131	10	59	80	72	..	..
29 Zentralafr. Republik	2	12	2	(.)	(.)	12	1	22
30 Madagaskar	10	81	5	10	5	71	10	-7
31 Uganda	26	35	4	22	22	13	4	2
32 Mauretanien	4	79	3	51	1	28	1	84
33 Lesotho	(.)	19	(.)	1	(.)	18	..	..
34 Togo	5	290	2	52	3	238	1	..
35 Indonesien	441	1.945	59	1.335	382	610	83	226
36 Sudan	54	384	22	191	32	193	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>								
<b>Ölexporture</b>								
<b>Ölimporteure</b>								
37 Kenia	30	370	15	44	15	326	14	65
38 Ghana	40	143	12	23	28	120	8	-1
39 Jemen, Arab. Rep.	..	141	..	25	..	116	..	-5
40 Senegal	15	219	5	79	10	140	5	45
41 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..
42 Simbabwe	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Ägypten	302	2.293	247	804	55	1.489	..	1.211
44 Jemen, Dem. VR	1	102	..	10	1	92	..	..
45 Liberia	7	173	12	54	5	119	..	..
46 Sambia	351	369	32	208	319	161	..	..
47 Honduras	29	211	3	63	26	148	8	10
48 Bolivien	54	330	17	142	37	188	-76	18
49 Kamerun	28	506	4	62	24	444	16	54
50 Thailand	55	1.124	23	132	32	992	43	52
51 Philippinen	132	1.677	73	506	59	1.171	-29	75
52 Kongo, VR	35	101	6	68	29	33	..	4
53 Nicaragua	44	112	17	14	27	98	15	3
54 Papua-Neuguinea	25	53	(.)	20	25	33	..	41
55 El Salvador	8	77	6	13	2	64	4	23
56 Nigeria	62	1.583	36	60	26	1.523	205	304
57 Peru	148	1.113	101	482	47	631	-70	70
58 Marokko	163	1.434	36	338	127	1.046	20	39
59 Mongolische VR	..	..	..	..	..	..	..	..
60 Albanien	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Dominikanische Rep.	36	228	7	105	29	123	72	-13
62 Kolumbien	235	1.036	75	433	160	603	39	124
63 Guatemala	37	129	20	14	17	115	29	117
64 Syrien, Arab. Rep.	59	571	30	264	29	307	..	-52

	Öffentliche und öffentlich garantierte mittel- und langfristige Kredite (in Mio \$)						Private Netto- direktinvestition (in Mio \$)	
	Bruttozufluß		Schuldentilgung		Nettozufluß		1970	1979 <sup>a</sup>
	1970	1979	1970	1979	1970	1979		
65 Elfenbeinküste	77	967	27	307	50	660	31	36
66 Ecuador	42	1.148	16	553	26	595	89	50
67 Paraguay	15	82	7	29	8	53	4	53
68 Tunesien	89	765	45	174	44	591	16	49
69 Korea, Demokr. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..
70 Jordanien	14	249	3	56	11	193	..	26
71 Libanon	12	51	2	6	10	45	..	..
72 Jamaika	15	227	6	113	9	114	161	-26
73 Türkei	328	4.150	128	387	200	3.763	58	129
74 Malaysia	43	793	45	386	-2	407	94	873
75 Panama	67	407	24	192	43	215	33	40
76 Kuba	..	..	..	..	..	..	..	..
77 Korea, Rep.	440	4.648	198	1.699	242	2.949	66	17
78 Algerien	292	4.172	33	1.525	259	2.647	45	72
79 Mexico	772	10.667	476	7.484	296	3.183	323	668
80 Chile	397	1.315	163	904	234	411	-79	233
81 Südafrika, Rep.	519	2.129	146	1.266	373	863	145	-359
82 Brasilien	882	8.760	254	3.387	628	5.373	407	2.220
83 Costa Rica	30	501	21	175	9	326	26	46
84 Rumänien	..	..	..	..	..	..	..	..
85 Uruguay	37	173	47	54	-10	119	..	216
86 Iran	940	1.752	235	663	705	1.089	25	..
87 Portugal	21	1.014	62	175	-41	839	50	59
88 Argentinien	487	3.018	342	902	145	2.116	11	234
89 Jugoslawien	180	526	168	344	12	182	..	..
90 Venezuela	224	3.836	42	890	182	2.946	-23	81
91 Trinidad und Tobago	8	20	10	10	-2	10	83	130
92 Hongkong	(.)	180	(.)	11	(.)	169	..	..
93 Singapur	58	353	6	133	52	220	93	815
94 Griechenland	164	798	61	440	103	358	50	19
95 Israel	410	1.199	25	477	385	722	40	9
96 Spanien	268	1.788	122	850	146	938	179	623
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer<sup>b</sup></b>								
97 Irland							32	381
98 Italien							496	-182
99 Neuseeland							22	26
100 Großbritannien							-440	-3.091
101 Finnland							-34	-98
102 Österreich							84	107
103 Japan							-261	-2.662
104 Australien							787	1.092
105 Kanada							566	-373
106 Frankreich							248	508
107 Niederlande							-14	-1.092
108 Vereinigte Staaten							-6.130	-14.638
109 Norwegen							32	399
110 Belgien							162	-278
111 Deutschl., Bundesrep.							-290	-3.527
112 Dänemark							75	103
113 Schweden							-105	-526
114 Schweiz							..	..
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>								
115 Irak	63	308	18	195	45	113	24	..
116 Saudi-Arabien	..	..	..	..	..	..	20	-1.173
117 Libyen	..	..	..	..	..	..	139	-319
118 Kuwait	..	..	..	..	..	..	..	145
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer<sup>b</sup></b>								
119 Bulgarien							..	..
120 Polen							..	..
121 Ungarn							..	..
122 Sowjetunion							..	..
123 Tschechoslowakei							..	..
124 Deutschl., Dem. Rep.							..	..

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1978 und nicht auf 1979. <sup>b</sup> Vgl. technische Erläuterungen.

# Tabelle 15: Öffentliche Auslandsverschuldung und Währungsreserven

	Ausstehende und ausgezahlte öffentliche Auslandsverschuldung				Bruttowährungsreserven		
	In Mio \$		In % des BSP		In Mio \$		In Äquivalenten von Monatsimporten 1979a
	1970	1979	1970	1979a	1970	1979a	
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>			<b>22,2 w</b>	<b>29,5 w</b>			<b>4,2 w</b>
China und Indien			..	..			..
Übrige Länder			<b>17,9 w</b>	<b>21,3 w</b>			<b>2,8 w</b>
1 Kambodscha	..	..	..	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..
3 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch	..	2.842	..	29,6	..	412	2,4
5 Tschad	32	172	11,8	30,8	2	17	0,5
6 Äthiopien	169	620	9,5	15,7	72	321	5,4
7 Nepal	3	125	0,3	6,9	95	241	8,9
8 Somalia	77	546	24,4	40,4	21	54	1,4
9 Mali	238	545	88,1	44,2	1	17	0,5
10 Birma	101	1.141	4,7	23,2	98	331	4,8
11 Afghanistan	454	1.143	48,2	29,1	50	933	..
12 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..
13 Burundi	7	103	3,1	12,9	15	95	5,7
14 Obervolta	21	256	6,4	25,4	36	67	2,0
15 Indien	7.935	15.641	14,8	12,3	1.023	11.816	10,2
16 Malawi	121	423	38,7	33,1	29	75	1,7
17 Ruanda	2	124	0,9	13,0	8	153	5,8
18 Sri Lanka	317	1.086	16,1	32,4	43	547	4,1
19 Benin	41	186	16,0	19,2	16	20	..
20 Mosambik	..	..	..	..	..	..	..
21 Sierra Leone	59	289	14,3	33,4	39	47	1,3
22 China	..	..	..	..	..	..	..
23 Haiti	40	209	10,3	18,0	4	66	2,3
24 Pakistan	3.059	7.998	30,5	38,5	194	1.120	2,5
25 Tansania	248	1.153	19,4	25,3	65	69	0,9
26 Zaire	311	3.780	17,1	51,8	189	335	1,4
27 Niger	32	234	8,7	14,4	19	137	..
28 Guinea	314	990	51,7	68,6	13	35	1,0
29 Zentralafr. Republik	19	150	11,2	24,0	1	49	2,7
30 Madagaskar	93	348	10,8	12,6	37	5	0,1
31 Uganda	128	245	9,8	2,6	57	..	..
32 Mauretanien	27	590	16,8	120,9	3	118	3,6
33 Lesotho	8	52	9,2	11,1	..	..	..
34 Togo	40	851	16,0	85,9	35	71	2,0
35 Indonesien	2.443	13.326	27,1	28,3	160	4.205	3,4
36 Sudan	309	2.114	11,6	34,5	22	67	0,7
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>			<b>10,4 w</b>	<b>17,4 w</b>			<b>5,2 w</b>
Ölexporteur			<b>10,9 w</b>	<b>24,5 w</b>			<b>4,9 w</b>
Ölimporteur			<b>10,2 w</b>	<b>14,8 w</b>			<b>5,4 w</b>
37 Kenia	313	1.427	20,3	24,3	220	669	3,7
38 Ghana	489	977	22,6	9,6	58	404	4,8
39 Jemen, Arab. Rep.	..	466	..	11,9	..	1.433	10,4
40 Senegal	98	786	11,6	32,3	22	35	..
41 Angola	..	..	..	..	..	..	..
42 Simbabwe	..	..	..	..	..	..	..
43 Ägypten	1.644	11.409	23,8	60,4	165	1.794	2,6
44 Jemen, Dem. VR	1	441	..	49,0	60	230	5,7
45 Liberia	158	454	49,6	48,4	..	55	..
46 Sambia	596	1.559	34,5	50,5	515	193	1,8
47 Honduras	90	746	12,8	36,3	20	215	2,4
48 Bolivien	477	1.835	46,4	38,7	46	526	4,5
49 Kamerun	131	1.634	12,1	32,9	81	141	0,5
50 Thailand	322	2.699	4,9	9,9	911	3.102	4,2
51 Philippinen	633	5.180	9,2	17,3	255	3.120	4,6
52 Kongo, VR	143	799	54,5	75,8	9	47	0,2
53 Nicaragua	155	1.101	20,6	62,9	50	58	0,9
54 Papua-Neuguinea	36	393	6,2	19,5	..	555	5,8
55 El Salvador	88	397	8,6	11,5	63	401	3,5
56 Nigeria	478	3.744	6,4	5,0	223	5.870	4,5
57 Peru	856	5.931	12,7	42,9	338	2.114	7,0
58 Marokko	711	6.227	18,6	40,3	141	916	2,1
59 Mongolische VR	..	..	..	..	..	..	..
60 Albanien	..	..	..	..	..	..	..
61 Dominikanische Rep.	212	828	14,6	16,2	32	295	2,2
62 Kolumbien	1.249	3.426	18,1	12,6	207	5.032	12,7
63 Guatemala	106	482	5,7	7,0	80	963	6,1
64 Syrien, Arab. Rep.	232	2.283	13,6	24,9	57	1.006	3,2



	Ausstehende und ausgezahlte öffentliche Auslandsverschuldung				Bruttowährungsreserven		
	In Mio \$		In % des BSP		In Mio \$		In Äquivalenten von Monatsimporten
	1970	1979	1970	1979 <sup>a</sup>	1970	1979 <sup>a</sup>	1979 <sup>a</sup>
65 Elfenbeinküste	256	3.647	18,3	40,3	119	168	1,6
66 Ecuador	213	2.207	13,3	22,8	85	932	3,7
67 Paraguay	112	491	19,1	14,4	18	626	8,8
68 Tunesien	545	3.057	38,5	43,5	60	667	2,5
69 Korea, Demokr. Rep.	..	..	..	..	..	..	..
70 Jordanien	118	1.047	..	38,1	258	1.586	7,7
71 Libanon	64	93	4,2	..	405	6.253	..
72 Jamaika	154	1.182	11,5	49,4	139	68	0,6
73 Türkei	1.854	10.972	14,4	19,0	440	2.697	5,3
74 Malaysia	390	3.004	10,0	15,4	667	5.006	5,6
75 Panama	194	2.106	19,0	83,9	16	119	0,6
76 Kuba	..	..	..	..	..	..	..
77 Korea, Rep.	1.797	14.694	20,9	24,5	610	3.112	1,5
78 Algerien	937	15.330	18,5	49,1	352	5.505	5,4
79 Mexico	3.206	28.805	9,7	24,5	756	3.406	1,7
80 Chile	2.066	4.767	26,4	23,6	392	2.716	5,7
81 Südafrika, Rep.	1.089	7.399	6,3	13,9	1.057	5.569	3,9
82 Brasilien	3.227	35.092	7,2	17,7	1.190	9.837	4,1
83 Costa Rica	134	1.277	13,8	33,0	16	165	1,2
84 Rumänien	..	..	..	..	..	2.338	..
85 Uruguay	267	914	11,0	13,3	186	2.331	17,8
86 Iran	2.193	7.372	20,8	..	217	17.205	..
87 Portugal	471	3.708	7,0	16,8	1.565	12.262	19,2
88 Argentinien	1.878	8.716	7,6	8,6	682	11.625	13,4
89 Jugoslawien	1.198	3.700	8,5	5,2	144	2.137	..
90 Venezuela	728	9.797	6,6	20,0	1.047	13.152	9,7
91 Trinidad und Tobago	101	422	12,5	10,5	43	2.164	14,6
92 Hongkong	2	405	0,1	2,2	..	..	..
93 Singapur	152	1.323	7,9	14,8	1.012	5.819	4,1
94 Griechenland	905	3.531	8,9	8,9	318	2.902	3,2
95 Israel	2.274	9.954	41,3	55,1	451	3.694	3,7
96 Spanien	1.209	8.656	3,3	4,4	1.851	20.705	8,2
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer<sup>b</sup></b>							<b>5,0 w</b>
97 Irland					698	2.408	2,7
98 Italien					5.547	52.353	7,0
99 Neuseeland					258	476	1,0
100 Großbritannien					2.918	29.087	2,7
101 Finnland					456	2.047	1,8
102 Österreich					1.806	15.395	6,8
103 Japan					4.876	31.927	2,9
104 Australien					1.709	5.484	2,8
105 Kanada					4.732	14.220	2,4
106 Frankreich					5.199	59.523	5,5
107 Niederlande					3.362	30.104	4,4
108 Vereinigte Staaten					15.237	143.259	6,1
109 Norwegen					813	4.820	2,6
110 Belgien					2.947	22.930	3,7
111 Deutschl., Bundesrep.					13.879	101.316	5,9
112 Dänemark					488	4.075	2,0
113 Schweden					775	6.412	2,2
114 Schweiz					5.317	59.074	19,9
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>			..	..			<b>6,9 w</b>
115 Irak	274	878	8,8	3,9	472	..	..
116 Saudi-Arabien	..	..	..	..	670	21.614	5,3
117 Libyen	..	..	..	..	1.596	7.604	11,0
118 Kuwait	..	..	..	..	209	4.171	6,5
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer<sup>b</sup></b>							<b>..</b>
119 Bulgarien					..	..	..
120 Polen					..	..	..
121 Ungarn					..	..	..
122 Sowjetunion					..	..	..
123 Tschechoslowakei					..	..	..
124 Deutschl., Dem. Rep.					..	..	..

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1978 und nicht auf 1979. <sup>b</sup> Vgl. technische Erläuterungen.

**Tabelle 16: Öffentliche Entwicklungshilfe  
der OECD- und OPEC-Mitgliedsländer**

	Betrag								
	1960	1965	1970	1975	1976	1977	1978	1979	1980 <sup>a</sup>
<b>OECD</b>									
	In Mio US-Dollar								
98 Italien	77	60	147	182	226	186	375	279	600
99 Neuseeland	..	..	14	66	53	52	55	62	63
100 Großbritannien	407	472	500	910	885	1.120	1.456	2.067	1.766
101 Finnland	..	2	7	48	51	49	55	86	106
102 Österreich	..	10	11	79	48	108	166	127	174
103 Japan	105	244	458	1.148	1.105	1.424	2.215	2.638	3.300
104 Australien	59	119	212	552	377	400	588	620	653
105 Kanada	75	96	337	848	763	945	1.060	1.042	1.035
106 Frankreich	823	752	971	2.093	2.146	2.267	2.705	3.358	4.041
107 Niederlande	35	70	196	608	728	908	1.074	1.404	1.577
108 Vereinigte Staaten	2.702	4.023	3.153	4.161	4.360	4.682	5.664	4.567	7.091
109 Norwegen	5	11	37	184	218	295	355	428	472
110 Belgien	101	102	120	378	340	371	536	631	575
111 Deutschland, Bundesrepublik	223	456	599	1.689	1.592	1.717	2.347	3.350	3.512
112 Dänemark	5	13	59	205	214	258	388	448	464
113 Schweden	7	38	117	566	608	779	783	956	928
114 Schweiz	4	12	30	104	112	119	173	205	246
INSGESAMT	4.628	6.478	6.967	13.820	13.829	15.680	19.994	22.267	26.603
<b>OECD</b>									
	In % des BSP der Geberländer								
98 Italien	0,22	0,10	0,16	0,11	0,13	0,10	0,14	0,09	0,15
99 Neuseeland	..	..	0,23	0,52	0,41	0,39	0,34	0,30	0,27
100 Großbritannien	0,56	0,47	0,41	0,39	0,40	0,46	0,48	0,52	0,34
101 Finnland	..	0,02	0,06	0,18	0,17	0,16	0,17	0,21	0,22
102 Österreich	..	0,11	0,07	0,21	0,12	0,22	0,29	0,19	0,22
103 Japan	0,24	0,27	0,23	0,23	0,20	0,21	0,23	0,26	0,32
104 Australien	0,37	0,53	0,59	0,59	0,41	0,42	0,54	0,52	0,47
105 Kanada	0,19	0,19	0,41	0,52	0,39	0,48	0,52	0,47	0,42
106 Frankreich	1,35	0,76	0,66	0,62	0,62	0,60	0,57	0,59	0,62
107 Niederlande	0,31	0,36	0,61	0,75	0,83	0,86	0,82	0,93	0,99
108 Vereinigte Staaten	0,53	0,58	0,32	0,27	0,26	0,25	0,27	0,19	0,27
109 Norwegen	0,11	0,16	0,32	0,66	0,70	0,83	0,90	0,93	0,82
110 Belgien	0,88	0,60	0,46	0,59	0,51	0,46	0,55	0,56	0,48
111 Deutschland, Bundesrepublik	0,31	0,40	0,32	0,40	0,36	0,33	0,37	0,44	0,43
112 Dänemark	0,09	0,13	0,38	0,58	0,56	0,60	0,75	0,75	0,72
113 Schweden	0,05	0,19	0,38	0,82	0,82	0,99	0,90	0,94	0,76
114 Schweiz	0,04	0,09	0,15	0,19	0,19	0,19	0,20	0,21	0,24
<b>OECD</b>									
	In nationalen Währungen								
98 Italien (Mrd Lira)	48	38	92	119	188	148	318	233	505
99 Neuseeland (Mio Dollar)	..	..	13	55	53	54	53	61	64
100 Großbritannien (Mio Pfund)	145	168	208	411	490	642	759	974	762
101 Finnland (Mio Finmark)	..	6	29	177	195	196	226	335	392
102 Österreich (Mio Schilling)	..	260	286	1.376	861	1.785	2.411	1.698	2.214
103 Japan (Mrd Yen)	38	88	165	341	328	383	466	578	767
104 Australien (Mio Dollar)	53	106	189	422	308	361	514	555	575
105 Kanada (Mio Dollar)	73	104	353	863	752	1.005	1.209	1.221	1.203
106 Frankreich (Mio Francs)	4.063	3.713	5.393	8.975	10.255	11.762	12.207	14.287	16.797
107 Niederlande (Mio Gulden)	133	253	710	1.538	1.925	2.229	2.323	2.817	3.086
108 Vereinigte Staaten (Mio Dollar)	2.702	4.023	3.153	4.161	4.360	4.682	5.664	4.567	7.091
109 Norwegen (Mio Kronen)	36	78	264	962	1.190	1.570	1.861	2.167	2.313
110 Belgien (Mio Francs)	5.050	5.100	6.000	13.903	13.129	13.234	16.836	18.500	16.511
111 Deutschland, Bundesrepublik (Mio D-Mark)	937	1.824	2.192	4.156	4.009	3.987	4.715	6.140	6.276
112 Dänemark (Mio Kronen)	35	90	443	1.178	1.294	1.549	2.140	2.357	2.575
113 Schweden (Mio Kronen)	36	196	605	2.350	2.647	3.504	3.538	4.098	3.897
114 Schweiz (Mio Franken)	17	52	131	260	281	284	309	341	408
<b>OECD</b>									
	Zusammenfassung								
Öffentliche Entwicklungshilfe									
- in Mrd US-Dollar und lfd. Preisen	4,6	6,5	7,0	13,8	13,8	15,7	20,0	22,3	26,6
- in % des BSP	0,51	0,49	0,34	0,36	0,33	0,33	0,35	0,34	0,37
- in Mrd US-Dollar und Preisen von 1978	13,1	16,7	14,9	17,9	17,3	18,0	20,0	20,3	22,2
BSP (in Billionen US-Dollar und lfd. Preisen)	0,9	1,3	2,0	3,8	4,2	4,7	5,6	6,5	7,1
Deflator der öffentlichen Entwicklungshilfe <sup>c</sup>	0,35	0,39	0,47	0,77	0,80	0,87	1,00	1,10	1,20

1981<sup>a</sup> 1982<sup>a</sup> 1983<sup>a</sup> 1984<sup>a</sup> 1985<sup>a</sup>

821	1.020	1.248	1.515	1.749
71	76	81	86	91
2.777	2.689	2.971	3.199	3.440
150	194	245	321	402
208	252	292	336	385
3.595	4.107	4.807	5.437	6.323
798	897	1.002	1.116	1.240
1.213	1.400	1.564	1.741	1.934
4.490	4.968	5.500	6.157	6.861
1.808	2.060	2.280	2.463	2.730
7.295	7.885	8.437	8.588	9.070
561	669	777	889	993
729	888	1.010	1.142	1.264
3.726	4.163	4.595	5.043	5.504
548	598	667	731	810
1.214	1.431	1.599	1.779	1.970
260	357	422	480	544
30.264	33.654	37.497	41.023	45.310

0,18	0,20	0,22	0,24	0,25
0,26	0,25	0,24	0,23	0,22
0,48	0,42	0,42	0,41	0,40
0,26	0,30	0,34	0,40	0,45
0,25	0,27	0,28	0,29	0,30
0,31	0,31	0,32	0,32	0,33
0,49	0,49	0,49	0,49	0,49
0,43	0,44	0,44	0,44	0,44
0,62	0,62	0,62	0,63	0,64
1,02	1,04	1,03	1,00	1,00
0,26	0,25	0,24	0,22	0,21
0,90	0,95	0,98	1,00	1,00
0,55	0,60	0,61	0,62	0,62
0,43	0,44	0,45	0,45	0,45
0,74	0,73	0,73	0,72	0,72
0,90	0,95	0,95	0,95	0,95
0,25	0,31	0,33	0,34	0,35

696	864	1.058	1.284	1.482
73	78	83	88	93
1.172	1.135	1.254	1.350	1.452
550	711	898	1.176	1.473
2.638	3.196	3.700	4.261	4.883
807	922	1.079	1.221	1.420
690	775	866	964	1.072
1.406	1.623	1.813	2.018	2.242
18.634	20.618	22.826	25.553	28.475
3.525	4.016	4.445	4.802	5.322
7.295	7.885	8.437	8.588	9.070
2.730	3.256	3.782	4.327	4.833
20.875	25.428	28.921	32.701	36.195
6.670	7.453	8.225	9.027	9.853
3.034	3.311	3.693	4.047	4.484
5.069	5.975	6.676	7.428	8.226
429	589	697	793	898

30,3	33,7	37,5	41,0	45,3 <sup>b</sup>
0,38	0,38	0,38	0,38	0,37 <sup>b</sup>
23,1	23,7	24,5	24,9	25,7
7,9	8,8	9,8	10,9	12,1
1,31	1,42	1,53	1,65	1,76

Betrag

1975 1976 1977 1978 1979 1980<sup>d</sup>

# OPEC

In Mio US-Dollar

54 Nigeria	14	83	64	38	31	42
78 Algerien	41	54	47	44	272	83
86 Iran	593	752	221	278	21	29
90 Venezuela	31	103	52	109	82	130
115 Irak	218	232	61	172	868	854
116 Saudi-Arabien	1.997	2.407	2.409	1.470	2.298	3.033
117 Libyen	261	94	115	169	108	281
118 Kuwait	976	616	1.517	1.268	1.053	1.186
Vereinigte Arabische Emirate	1.046	1.059	1.175	684	1.113 <sup>d</sup>	1.062
Katar	339	195	197	106	277	299
OAPEC insgesamt <sup>e</sup>	4.878	4.657	5.521	3.913	5.989	6.798
OPEC insgesamt	5.516	5.595	5.858	4.338	6.123	6.999

# OPEC

In % des BSP der Geberländer

54 Nigeria	0,04	0,19	0,13	0,06	0,04	0,05
78 Algerien	0,28	0,33	0,24	0,18	0,87	0,21
86 Iran	1,12	1,16	0,29	0,37	0,03	0,03
90 Venezuela	0,11	0,33	0,14	0,27	0,17	0,23
115 Irak	1,64	1,44	0,33	0,76	2,60	2,19
116 Saudi-Arabien	5,62	5,13	4,09	2,27	3,01	2,60
117 Libyen	2,30	0,63	0,65	0,99	0,46	0,92
118 Kuwait	8,11	4,52	10,02	7,36	4,08	3,87
Vereinigte Arabische Emirate	11,68	9,21	8,05	4,82	6,17	3,96
Katar	15,62	7,95	7,90	3,56	5,89	4,50
OAPEC insgesamt <sup>e</sup>	4,99	3,83	3,75	2,39	2,80	2,34
OPEC insgesamt	2,59	2,14	1,91	1,29	1,49	1,36

Bilateraler Nettozufluß in Länder mit niedrigem Einkommen

1960 1965 1970 1975 1976 1977 1978 1979

# OECD

In % des BSP der Geberländer

98 Italien	0,03	0,04	0,06	0,01	0,01	0,02	0,01	0,01
99 Neuseeland	..	..	..	0,14	0,06	0,04	0,03	0,02
100 Großbritannien	0,22	0,23	0,15	0,11	0,14	0,11	0,15	0,16
101 Finnland	..	..	..	0,06	0,07	0,06	0,04	0,06
102 Österreich	..	0,06	0,05	0,02	0,02	0,01	0,01	0,02
103 Japan	0,12	0,13	0,11	0,08	0,08	0,06	0,07	0,11
104 Australien	..	0,08	0,09	0,10	0,07	0,07	0,08	0,09
105 Kanada	0,11	0,10	0,22	0,24	0,14	0,13	0,17	0,13
106 Frankreich	0,01	0,12	0,09	0,10	0,10	0,07	0,08	0,08
107 Niederlande	0,19	0,08	0,24	0,24	0,26	0,33	0,34	0,30
108 Vereinigte Staaten	0,22	0,26	0,14	0,08	0,05	0,03	0,04	0,03
109 Norwegen	0,02	0,04	0,12	0,25	0,22	0,30	0,39	0,34
110 Belgien	0,27	0,56	0,30	0,31	0,26	0,24	0,23	0,28
111 Deutschl. Bundesr.	0,13	0,14	0,10	0,12	0,09	0,07	0,10	0,10
112 Dänemark	..	0,02	0,10	0,20	0,21	0,24	0,21	0,26
113 Schweden	0,01	0,07	0,12	0,41	0,40	0,44	0,37	0,40
114 Schweiz	..	0,02	0,05	0,10	0,07	0,05	0,08	0,06
INSGESAMT	0,18	0,20	0,13	0,11	0,09	0,07	0,09	0,09

<sup>a</sup> Geschätzt <sup>b</sup> Diese Angaben basieren auf Wechselkursen vom Oktober 1980. Auf der Grundlage der Wechselkurse vom Mai 1981 belief sich der Wert der öffentlichen Entwicklungshilfe für 1985 auf 39,8 Mrd Dollar oder auf 0,36 Prozent des BSP. <sup>c</sup> Vgl. technische Erläuterungen. <sup>d</sup> Vorläufig <sup>e</sup> Organisation Arabischer Exportierender Staaten.

**Tabelle 17: Bevölkerungswachstum in der Vergangenheit und Projektionen; hypothetische stationäre Bevölkerung<sup>a</sup>**

	Durchschnittliches jährliches Bevölkerungswachstum (in %)		Projektierte Bevölkerung (in Mio)		Hypothetischer Umfang der stationären Bevölkerung (in Mio)	Voraussichtliches Jahr einer Netto-Reproduktionsrate von 1	Jahr, in dem stationäre Bevölkerung erreicht wird
	1960-70	1970-79	1980	2000			
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>2,2 w</b>	<b>2,1 w</b>	<b>2.300 s</b>	<b>3.275 s</b>			
China und Indien	2,1 w	1,9 w	1.650 s	2.214 s			
Übrige Länder	2,4 w	2,6 w	650 s	1.061 s			
1 Kambodscha	2,7	..	..	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR	2,2	1,4	3	5	11	2035	2130
3 Bhutan	2,0	2,1	1	2	4	2035	2130
4 Bangladesch	2,4	3,0	92	148	338	2035	2105
5 Tschad	1,8	2,0	4	7	19	2045	2140
6 Äthiopien	2,4	2,1	31	53	162	2045	2140
7 Nepal	2,0	2,2	14	21	44	2035	2130
8 Somalia	2,4	2,3	4	6	17	2040	2130
9 Mali	2,4	2,6	7	12	35	2040	2130
10 Birma	2,2	2,2	34	50	90	2020	2110
11 Afghanistan	2,3	2,6	16	25	59	2040	2135
12 Vietnam	3,1	2,9	54	88	153	2015	2075
13 Burundi	1,6	2,0	4	7	17	2040	2135
14 Obervolta	1,6	1,6	6	10	28	2040	2130
15 Indien	2,3	2,1	673	975	1.621	2020	2115
16 Malawi	2,8	2,8	6	11	36	2040	2110
17 Ruanda	2,8	2,8	5	9	29	2040	2110
18 Sri Lanka	2,4	1,7	15	21	31	2010	2065
19 Benin	2,6	2,9	4	6	19	2040	2110
20 Mosambik	2,2	2,5	10	20	51	2040	2130
21 Sierra Leone	2,2	2,5	3	6	17	2040	2130
22 China	1,9	1,9	977	1.239	1.564	2005	2070
23 Haiti	1,5	1,7	5	8	17	2030	2090
24 Pakistan	2,8	3,1	82	141	340	2035	2100
25 Tansania	2,7	3,4	19	35	97	2035	2100
26 Zaire	2,0	2,7	28	49	139	2040	2130
27 Niger	3,3	2,8	5	10	29	2040	2130
28 Guinea	2,8	2,9	5	9	23	2040	2130
29 Zentralafr. Republik	2,2	2,2	2	3	9	2040	2130
30 Madagaskar	2,1	2,5	9	15	45	2040	2110
31 Uganda	3,7	3,0	13	24	67	2035	2100
32 Mauretanien	2,5	2,7	2	3	9	2045	2135
33 Lesotho	2,0	2,3	1	2	5	2035	2105
34 Togo	2,7	2,4	2	4	13	2040	2110
35 Indonesien	2,0	2,3	146	220	388	2020	2110
36 Sudan	2,2	2,6	18	31	86	2040	2105
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>2,5 w</b>	<b>2,4 w</b>	<b>1.008 s</b>	<b>1.569 s</b>			
Ölexporteur	2,7 w	2,7 w	334 s	565 s			
Ölimporteur	2,3 w	2,2 w	674 s	1.004 s			
37 Kenia	3,2	3,4	16	34	109	2035	2095
38 Ghana	2,4	3,0	12	21	52	2035	2100
39 Jemen, Arab. Rep.	1,8	1,8	6	9	22	2040	2130
40 Senegal	2,4	2,6	6	10	30	2045	2135
41 Angola	1,5	2,3	7	12	35	2045	2135
42 Simbabwe	3,9	3,3	7	15	42	2035	2095
43 Ägypten	2,2	2,0	40	60	104	2020	2080
44 Jemen, Dem. VR	1,9	2,3	2	3	8	2040	2110
45 Liberia	3,1	3,3	2	4	11	2035	2095
46 Sambia	2,8	3,0	6	11	31	2035	2125
47 Honduras	3,1	3,3	4	7	16	2030	2090
48 Bolivien	2,3	2,5	6	9	20	2035	2095
49 Kamerun	1,8	2,2	8	14	37	2040	2130
50 Thailand	2,9	2,4	46	68	103	2005	2070
51 Philippinen	3,0	2,6	48	75	125	2015	2075
52 Kongo, VR	2,1	2,5	2	3	7	2040	2130
53 Nicaragua	2,9	3,3	3	5	11	2030	2090
54 Papua-Neuguinea	2,1	2,3	3	4	9	2035	2125
55 El Salvador	2,9	2,9	5	8	15	2020	2080
56 Nigeria	2,5	2,5	85	161	459	2035	2105
57 Peru	2,8	2,7	18	28	55	2025	2085
58 Marokko	2,5	2,9	20	36	81	2030	2090
59 Mongolische VR	2,9	2,9	2	3	5	2020	2080
60 Albanien	2,8	2,5	3	4	6	2005	2060
61 Dominikanische Rep.	2,9	2,9	5	9	16	2015	2075
62 Kolumbien	3,0	2,3	27	40	61	2010	2070
63 Guatemala	2,8	2,9	7	12	23	2025	2085
64 Syrien, Arab. Rep.	3,2	3,6	9	16	33	2020	2080

	Durchschnittliches jährliches Bevölkerungs- wachstum (in %)		Projektierte Bevölkerung (in Mio)		Hypothetischer Umfang der stationären Bevölkerung (in Mio)	Voraus- sichtliches Jahr einer Netto-Repro- duktionsrate von 1	Jahr, in dem stationäre Bevölkerung erreicht wird
	1960-70	1970-79	1980	2000			
65 Elfenbeinküste	3,7	5,5	9	15	45	2040	2110
66 Ecuador	3,1	3,3	8	14	28	2025	2085
67 Paraguay	2,6	2,9	3	5	9	2020	2080
68 Tunesien	1,9	2,1	6	9	16	2020	2070
69 Korea, Demokr. Rep.	2,8	2,5	18	28	47	2020	2085
70 Jordanien	3,0	3,4	3	6	13	2025	2085
71 Libanon	2,8	0,8	3	4	6	2010	2070
72 Jamaika	1,4	1,6	2	3	5	2005	2065
73 Türkei	2,5	2,5	45	69	114	2015	2075
74 Malaysia	2,9	2,2	13	20	30	2010	2120
75 Panama	2,9	2,3	2	3	4	2010	2070
76 Kuba	2,0	1,4	10	13	15	2000	2045
77 Korea, Rep.	2,4	1,9	38	53	72	2005	2065
78 Algerien	2,8	3,3	19	34	79	2030	2090
79 Mexiko	3,2	2,9	67	109	188	2015	2075
80 Chile	2,1	1,7	11	15	19	2005	2070
81 Südafrika, Rep.	2,6	2,7	29	50	107	2025	2090
82 Brasilien	2,9	2,2	119	177	281	2015	2075
83 Costa Rica	3,4	2,5	2	3	5	2005	2065
84 Rumänien	1,0	0,9	22	26	29	2000	2075
85 Uruguay	1,1	0,3	3	4	4	2010	2075
86 Iran	2,7	2,9	38	64	140	2030	2090
87 Portugal	-0,2	1,4	10	11	14	2000	2070
88 Argentinien	1,4	1,6	28	34	43	2010	2075
89 Jugoslawien	1,0	0,9	22	26	29	2005	2065
90 Venezuela	3,4	3,3	15	24	41	2015	2075
91 Trinidad und Tobago	2,0	1,3	1	2	2	2000	2065
92 Hongkong	2,5	2,6	5	6	8	2000	2035
93 Singapur	2,4	1,4	2	3	4	2000	2035
94 Griechenland	0,5	0,6	9	10	11	2000	2065
95 Israel	3,4	2,7	4	5	7	2010	2080
96 Spanien	1,1	1,0	37	43	50	2000	2065
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>1,0 w</b>	<b>0,7 w</b>	<b>675 s</b>	<b>744 s</b>			
97 Irland	0,4	1,1	3	4	5	2000	2060
98 Italien	0,6	0,6	57	61	63	2000	2030
99 Neuseeland	1,7	1,5	3	4	5	2000	2070
100 Großbritannien	0,5	0,1	56	58	60	2000	2025
101 Finnland	0,4	0,5	5	5	5	2000	2020
102 Österreich	0,6	0,1	7	8	8	2000	2025
103 Japan	1,0	1,1	117	130	133	2000	2015
104 Australien	2,0	1,5	14	17	19	2000	2075
105 Kanada	1,8	1,1	24	28	31	2000	2030
106 Frankreich	1,0	0,6	54	58	61	2000	2030
107 Niederlande	1,3	0,8	14	16	16	2000	2025
108 Vereinigte Staaten	1,3	1,0	227	259	283	2000	2030
109 Norwegen	0,8	0,5	4	4	5	2000	2030
110 Belgien	0,5	0,2	10	10	10	2000	2025
111 Deutschl., Bundesrep.	0,9	0,1	61	62	62	2000	2000
112 Dänemark	0,7	0,4	5	5	5	2000	2020
113 Schweden	0,7	0,3	8	8	8	2000	2000
114 Schweiz	1,6	0,3	6	7	7	2000	2005
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>3,6 w</b>	<b>4,0 w</b>	<b>26 s</b>	<b>45 s</b>			
115 Irak	3,1	3,3	13	23	52	2030	2090
116 Saudi-Arabien	3,4	4,5	9	15	37	2035	2095
117 Libyen	3,8	4,1	3	5	12	2030	2090
118 Kuwait	9,8	6,0	1	2	5	2030	2085
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>1,1 w</b>	<b>0,8 w</b>	<b>355 s</b>	<b>410 s</b>			
119 Bulgarien	0,8	0,6	9	10	10	2000	2055
120 Polen	1,0	0,9	36	41	47	2000	2060
121 Ungarn	0,4	0,4	11	11	12	2000	2030
122 Sowjetunion	1,3	0,9	267	314	356	2000	2060
123 Tschechoslowakei	0,5	0,7	15	17	19	2000	2085
124 Deutschl., Dem. Rep.	-0,1	-0,1	17	17	18	2000	2015
<b>INSGESAMT<sup>b</sup></b>			<b>4.364</b>	<b>6.043</b>			

<sup>a</sup> Zu den Annahmen der Projektionen vgl. technische Erläuterungen. <sup>b</sup> Ohne Länder mit einer Bevölkerung von weniger als 1 Million.

# Tabelle 18: Demographische und fruchtbarkeitsbezogene Kennzahlen

	Unbereinigte Geburtenziffern je Tsd. Einwohner		Unbereinigte Sterbeziffern je Tsd. Einwohner		%Veränderungen der Unbereinigten Geburten- ziffern		Allgemeine Frucht- barkeits- ziffern 1979	Quote der Frauen im gebär- fähigen Alter (15-44 Jahre) in % 1979	Quote der verheirateten Frauen, die empfangnisver- hütende Mittel verwenden, in % <sup>a</sup>	
	1960	1979	1960	1979	1960-79	1960-79			1970	1978
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>40 w</b>	<b>29 w</b>	<b>18 w</b>	<b>11 w</b>	<b>-27,5 w</b>	<b>-38,2 w</b>	<b>4,5 w</b>	<b>46 w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
China und Indien	38 w	24 w	16 w	9 w	-35,7 w	-40,8 w	4,0 w	47 w	..	..
Übrige Länder	47 w	42 w	24 w	16 w	-11,6 w	-35,0 w	5,7 w	42 w	..	..
1 Kambodscha	49	..	22	..	..	..	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR	44	42	23	21	-3,4	-6,7	6,2	40	..	..
3 Bhutan	46	41	28	20	-9,4	-29,3	6,0	43	..	..
4 Bangladesch	49	44	23	16	-11,6	-30,2	5,7	44	..	9
5 Tschad	45	44	29	24	-2,4	-18,4	5,9	42	..	..
6 Äthiopien	51	50	28	24	-1,8	-13,2	6,7	42	..	..
7 Nepal	46	42	29	20	-8,3	-29,7	6,2	41	1	4
8 Somalia	49	46	29	20	-5,9	-30,0	6,1	41	..	..
9 Mali	50	49	27	22	-0,8	-18,9	6,7	41	..	..
10 Birma	43	37	22	14	-13,1	-38,5	5,3	42	..	..
11 Afghanistan	50	47	30	23	-6,4	-23,6	6,7	42	..	1
12 Vietnam	47	36	21	9	-21,8	-58,2	5,3	42	..	..
13 Burundi	47	45	27	22	-3,2	-15,8	5,9	43	..	..
14 Obervolta	49	48	27	21	-1,4	-19,2	6,5	41	..	..
15 Indien	44	34	23	14	-23,1	-40,5	4,8	45	12	23
16 Malawi	53	51	27	19	-3,6	-31,0	7,0	40	..	..
17 Ruanda	51	50	27	19	-2,9	-30,5	6,9	40	..	..
18 Sri Lanka	36	28	9	7	-22,3	-18,7	3,8	47	8	41
19 Benin	51	49	27	19	-3,6	-30,2	6,7	41	..	..
20 Mosambik	46	45	26	18	-2,4	-29,5	6,1	41	..	..
21 Sierra Leone	47	46	27	19	-2,8	-30,5	6,1	41	..	..
22 China b	34	18	11	6	-47,4	-42,6	2,7	49	..	..
23 Haiti	45	41	19	14	-8,7	-27,5	5,7	42	..	5
24 Pakistan	48	44	23	14	-8,3	-36,7	6,5	42	4	6
25 Tansania	47	46	22	15	-0,6	-31,5	6,5	40	..	..
26 Zaire	48	46	24	18	-4,3	-25,2	6,1	42	..	(.)
27 Niger	52	52	27	22	-0,6	-18,1	7,1	41	..	..
28 Guinea	47	46	30	20	-1,9	-32,8	6,2	42	..	..
29 Zentralafr. Republik	43	44	28	21	3,0	-23,8	5,9	41	..	..
30 Madagaskar	47	46	27	18	-1,9	-31,6	6,5	41	..	..
31 Uganda	45	45	20	14	-0,4	-32,0	6,1	41	..	..
32 Mauretanien	51	50	27	22	-0,8	-19,4	6,9	41	..	..
33 Lesotho	40	40	23	16	-1,7	-30,7	5,4	42	..	..
34 Togo	51	48	27	18	-5,3	-30,9	6,5	41	..	..
35 Indonesien	47	36	25	13	-22,5	-46,4	4,8	43	(.)	27
36 Sudan	45	46	25	18	0,9	-26,2	6,6	42	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>41 w</b>	<b>34 w</b>	<b>15 w</b>	<b>10 w</b>	<b>-16,9 w</b>	<b>-32,7 w</b>	<b>4,8 w</b>	<b>43 w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
Ölexporteure	47 w	41 w	19 w	12 w	-12,6 w	-35,8 w	5,8 w	42 w	..	..
Ölimporteure	38 w	32 w	14 w	9 w	-20,0 w	-31,3 w	4,4 w	43 w	..	..
37 Kenia	52	51	24	13	-1,3	-42,7	7,8	37	1	..
38 Ghana	49	48	24	17	-1,4	-30,0	6,7	41	2	4
39 Jemen, Arab. Rep.	50	47	29	23	-5,0	-19,5	6,5	41	..	..
40 Senegal	48	48	26	21	0,2	-18,0	6,5	41	..	..
41 Angola	50	48	31	22	-4,0	-27,5	6,4	42	..	..
42 Simbabwe	47	47	19	13	0,6	-30,9	6,6	40	..	14
43 Ägypten	44	37	19	12	-14,7	-35,1	4,9	44	9	17
44 Jemen, Dem. VR	50	46	29	20	-7,9	-30,1	6,8	41	..	..
45 Liberia	50	48	21	14	-4,2	-33,0	6,9	40	..	..
46 Sambia	51	49	24	17	-2,8	-31,4	6,9	40	..	..
47 Honduras	51	46	19	11	-10,6	-39,5	6,8	40	..	9
48 Bolivien	46	43	22	16	-6,7	-25,5	6,2	42	..	..
49 Kamerun	43	42	27	19	-1,2	-30,2	5,7	41	..	..
50 Thailand	44	31	16	8	-29,8	-50,0	4,3	44	8	39
51 Philippinen	46	34	16	8	-24,7	-47,4	4,8	45	8	37
52 Kongo, VR	46	45	27	18	2,2	-29,8	6,0	41	..	..
53 Nicaragua	51	45	19	12	-10,3	-37,4	6,3	41	..	19
54 Papua-Neuguinea	44	37	23	15	-15,5	-32,5	5,3	42	..	3
55 El Salvador	48	39	17	9	-19,1	-48,2	5,8	41	..	34
56 Nigeria	52	50	25	17	4,2	-31,6	6,9	41	..	..
57 Peru	46	38	20	11	-18,5	-43,7	5,3	43	..	..
58 Marokko	50	44	21	13	-12,0	-38,5	6,6	41	1	5
59 Mongolische VR	41	36	15	8	-12,4	-46,9	5,2	42	..	..
60 Albanien	41	30	11	6	-26,8	-44,0	3,9	45	..	..
61 Dominikanische Rep.	50	36	16	9	-27,9	-45,6	4,8	43	..	31
62 Kolumbien	46	30	14	8	-33,8	-41,0	3,9	45	..	46
63 Guatemala	48	40	18	11	-16,8	-41,8	5,5	43	..	..
64 Syrien, Arab. Rep.	47	45	18	8	-4,7	-52,0	7,0	40	..	(.)



	Unbereinigte Geburtenziffern je Tsd. Einwohner		Unbereinigte Sterbeziffern je Tsd. Einwohner		%Veränderungen der		Allgemeine Frucht- barkeits- ziffern 1979	Quote der Frauen im gebär- fähigen Alter (15-44 Jahre) in % 1979	Quote der verheirateten Frauen, die empfangnisver- hütende Mittel verwenden, in % <sup>a</sup>	
	1960	1979	1960	1979	Unberei- nigten Geburten- ziffern	Unberei- nigten Sterbe- ziffern			1970	1978
					1960-79	1960-79				
65 Elfenbeinküste	50	47	26	18	-6,4	-32,0	6,7	41	..	..
66 Ecuador	47	40	14	10	-13,3	-29,9	6,1	42	..	6
67 Paraguay	43	38	13	8	-11,0	-36,3	5,5	42	..	16
68 Tunesien	47	31	19	11	-33,5	-43,4	4,4	43	10	21
69 Korea, Demokr. Rep.	41	32	13	8	20,6	-37,8	4,4	44	..	..
70 Jordanien	47	45	20	10	-5,5	-50,3	7,0	40	..	..
71 Libanon	43	30	14	8	-30,3	-40,4	4,1	43	14	..
72 Jamaika	39	29	9	7	-27,8	-30,9	3,9	41	..	40
73 Türkei	43	34	16	10	-19,5	-37,4	4,8	43	3	38
74 Malaysia	39	28	9	6	-27,6	-37,4	3,8	45	7	36
75 Panama	41	31	10	6	-24,4	-42,0	4,0	44	..	47
76 Kuba	32	18	9	6	-45,1	-29,7	2,2	47	..	..
77 Korea, Rep.	43	25	14	8	-39,9	-41,5	3,3	48	32	49
78 Algerien	51	46	20	14	-9,1	-32,8	7,0	40	..	..
79 Mexiko	45	36	12	7	-20,0	-36,0	5,0	41	..	40
80 Chile	37	23	12	7	-36,3	-42,3	2,8	47	..	..
81 Südafrika, Rep.	39	38	15	10	-2,6	-33,1	5,1	42	..	..
82 Brasilien	43	29	13	9	-27,1	-32,6	4,1	45	2	..
83 Costa Rica	47	29	10	5	-38,1	-46,4	3,5	47	..	64
84 Rumänien	20	18	9	10	-5,7	5,6	2,5	40	..	..
85 Uruguay	22	20	9	10	-9,5	4,3	2,8	40	..	..
86 Iran	47	43	21	13	-8,1	-36,4	6,1	42	3	23
87 Portugal	24	18	8	10	-24,5	28,0	2,4	42	..	..
88 Argentinien	24	21	9	8	-11,5	-9,3	2,8	43	..	..
89 Jugoslawien	23	18	10	9	-24,6	-13,3	2,2	44	59	..
90 Venezuela	45	35	10	6	-22,1	-37,3	4,7	44	..	..
91 Trinidad und Tobago	38	22	8	6	-40,3	-30,5	2,6	48	44	..
92 Hongkong	35	19	7	5	-44,2	-28,8	2,3	48	50	79
93 Singapur	38	18	8	5	-50,3	-33,8	2,1	54	45	71
94 Griechenland	19	16	8	10	-16,1	30,3	2,3	40	..	..
95 Israel	27	26	6	7	-2,3	18,0	3,4	42	..	..
96 Spanien	21	18	9	9	-17,3	-4,4	2,6	41	..	..
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>20 w</b>	<b>15 w</b>	<b>10 w</b>	<b>10 w</b>	<b>-27,5 w</b>	<b>-2,2 w</b>	<b>1,9 w</b>	<b>43 w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
97 Irland	22	21	12	10	-1,9	-16,8	3,3	40	..	..
98 Italien	18	14	10	10	-27,0	3,1	2,0	41	..	..
99 Neuseeland	26	18	9	8	-31,0	-12,2	2,2	45	..	..
100 Großbritannien	17	12	12	12	-29,1	0,8	1,8	40	72	93
101 Finnland	19	14	9	10	-26,6	3,3	1,7	44	77	..
102 Österreich	18	12	13	13	-32,0	0,8	1,7	40	..	..
103 Japan	18	15	8	7	-17,6	-12,0	1,8	45	56	61
104 Australien	22	17	9	8	-24,8	-9,2	2,1	45	66	..
105 Kanada	27	17	8	7	-36,9	-8,9	1,9	48	..	..
106 Frankreich	18	14	12	11	-23,1	-5,3	1,9	41	64	79
107 Niederlande	21	13	8	9	-38,9	13,0	1,6	45	59	75
108 Vereinigte Staaten	24	17	9	9	-29,8	-3,2	1,9	45	65	68
109 Norwegen	18	13	9	11	-24,9	16,3	1,9	40	..	84
110 Belgien	17	13	12	12	-25,1	-0,8	1,8	41	..	87
111 Deutschl., Bundesrep.	17	10	11	12	-40,2	9,7	1,5	41	..	..
112 Dänemark	17	13	9	11	-24,9	13,7	1,8	42	67	..
113 Schweden	15	12	10	12	-20,0	19,4	1,7	40	..	..
114 Schweiz	18	12	10	10	-34,8	2,1	1,6	43	..	..
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>49 w</b>	<b>45 w</b>	<b>21 w</b>	<b>12 w</b>	<b>-8,9 w</b>	<b>-39,9 w</b>	<b>6,8 w</b>	<b>41 w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
115 Irak	49	45	20	12	-8,1	-37,6	6,7	41	..	23
116 Saudi-Arabien	49	44	23	14	-10,2	-39,0	7,0	40	..	..
117 Libyen	49	45	19	12	-7,0	-36,5	7,1	40	..	..
118 Kuwait	44	42	10	4	-6,3	-54,2	6,3	42	..	..
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>23 w</b>	<b>18 w</b>	<b>8 w</b>	<b>9 w</b>	<b>-20,2 w</b>	<b>-14,1 w</b>	<b>2,3 w</b>	<b>43 w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
119 Bulgarien	18	15	9	11	-14,2	23,5	2,2	41	..	..
120 Polen	24	19	8	9	-17,9	9,8	2,3	44	57	..
121 Ungarn	16	15	10	12	0,7	16,7	2,1	41	..	73
122 Sowjetunion	24	18	7	9	-22,1	17,6	2,3	43	..	..
123 Tschechoslowakei	17	18	10	11	2,9	14,6	2,3	41	66	..
124 Deutschl., Dem. Rep.	17	14	13	13	-20,1	0,0	1,8	41	..	..

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf andere als die angegebenen Jahre. Vgl. technische Erläuterungen. <sup>b</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1957 oder 1957-79 und nicht auf 1960 oder 1960-79.

# Tabelle 19: Erwerbspersonen

	Quote der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (15-64 Jahre) in %		% - Anteil der Erwerbspersonen in						Durchschnittliche jährliche Zunahme der Erwerbspersonen in %		
			Landwirtschaft		Industrie		Dienst- leistungssektor				
	1960	1979	1960	1979	1960	1979	1960	1979	1960-70	1970-80	1980-2000
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	56 w	59 w	76 w	71 w	10 w	14 w	14 w	15 w	1,6 w	1,9 w	1,6 w
China und Indien	..	61 w	..	71 w	..	15 w	..	14 w	..	1,8 w	1,3 w
Übrige Länder	55 w	54 w	79 w	70 w	8 w	11 w	13 w	19 w	1,8 w	2,3 w	2,3 w
1 Kambodscha	53	..	82	..	4	..	14	..	2,1	..	..
2 Laos, Dem. VR	56	51	83	76	4	6	13	18	1,4	0,3	2,0
3 Bhutan	56	55	95	93	2	2	3	5	1,7	2,0	2,0
4 Bangladesch	53	54	87	74	3	11	10	15	2,1	3,3	2,6
5 Tschad	57	54	95	85	2	7	3	8	1,5	1,8	2,4
6 Äthiopien	54	53	88	80	5	7	7	13	2,0	1,7	2,6
7 Nepal	57	55	95	93	2	2	3	5	1,5	2,1	2,1
8 Somalia	54	54	88	84	4	8	8	8	1,7	2,2	2,0
9 Mali	54	52	94	88	3	5	3	7	2,0	2,2	2,9
10 Birma	59	55	..	67	..	10	..	23	1,1	1,5	2,0
11 Afghanistan	55	53	85	79	6	8	9	13	2,0	2,1	2,4
12 Vietnam	..	..	81	71	5	10	14	19	..	..	2,6
13 Burundi	55	55	90	84	3	5	7	11	1,2	1,5	2,2
14 Obervolta	54	53	92	83	5	12	3	5	1,2	1,2	2,7
15 Indien	57	56	74	71	11	11	15	18	1,5	1,7	2,0
16 Malawi	52	49	92	86	3	5	5	9	2,3	2,2	3,3
17 Ruanda	53	51	95	91	1	2	4	7	2,4	2,4	3,2
18 Sri Lanka	54	59	56	54	14	14	30	32	2,1	2,0	2,0
19 Benin	53	51	54	46	9	16	37	38	2,1	2,3	2,6
20 Mosambik	56	53	81	67	8	17	11	16	1,9	1,7	2,4
21 Sierra Leone	55	53	78	66	12	19	10	15	1,5	1,8	2,7
22 China	..	64	..	71	..	17	..	12	..	1,9	0,9
23 Haiti	55	53	80	74	6	7	14	19	0,7	1,2	2,5
24 Pakistan	52	51	61	57	18	20	21	23	1,9	2,6	3,0
25 Tansania	54	51	89	83	4	6	7	11	2,1	2,7	3,1
26 Zaire	53	53	83	75	9	13	8	12	1,4	2,1	2,7
27 Niger	53	51	95	91	1	3	4	6	3,0	2,6	3,4
28 Guinea	55	53	88	82	6	11	6	7	2,5	2,2	2,3
29 Zentralafr. Republik	58	55	94	88	2	4	4	8	1,7	1,7	2,3
30 Madagaskar	55	53	93	87	2	4	5	9	1,7	2,0	2,8
31 Uganda	54	52	89	83	4	6	7	11	3,3	2,5	3,3
32 Mauretanien	53	52	91	85	3	5	6	10	2,2	2,4	2,8
33 Lesotho	57	55	93	87	2	4	5	9	1,6	1,9	2,4
34 Togo	53	51	80	68	8	15	12	17	2,2	1,7	2,9
35 Indonesien	56	56	75	59	8	12	17	29	1,7	2,5	2,0
36 Sudan	53	53	86	78	6	10	8	12	2,2	2,4	2,7
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	55 w	55 w	58 w	43 w	17 w	23 w	25 w	34 w	1,9 w	2,3 w	2,6 w
Ölexporteure	52 w	52 w	60 w	44 w	16 w	24 w	24 w	32 w	2,1 w	2,5 w	3,2 w
Ölimporteure	56 w	57 w	57 w	42 w	17 w	23 w	25 w	35 w	1,9 w	2,2 w	2,3 w
37 Kenia	50	48	86	78	5	10	9	12	2,7	2,8	3,9
38 Ghana	53	51	64	54	14	20	22	26	1,6	2,4	3,2
39 Jemen, Arab. Rep.	54	51	83	76	7	11	10	13	1,1	0,7	2,7
40 Senegal	54	53	84	76	5	10	11	14	1,9	1,9	2,5
41 Angola	55	53	69	60	12	16	19	24	1,0	1,9	2,7
42 Simbabwe	52	50	69	60	11	15	20	25	3,2	2,6	3,5
43 Ägypten	55	57	58	50	12	29	30	21	1,9	2,0	2,5
44 Jemen, Dem. VR	52	51	70	47	15	15	15	38	1,4	1,6	2,9
45 Liberia	52	50	80	71	10	14	10	15	2,4	2,6	3,5
46 Sambia	53	50	79	68	7	11	14	21	2,3	2,4	3,0
47 Honduras	52	50	70	63	11	14	19	23	2,5	3,1	3,5
48 Bolivien	55	53	61	50	18	24	21	26	1,7	2,3	2,9
49 Kamerun	57	54	87	83	5	7	8	10	1,3	1,3	1,8
50 Thailand	53	54	84	77	4	9	12	14	2,0	2,7	2,2
51 Philippinen	52	53	61	47	15	17	24	36	2,2	2,4	2,8
52 Kongo, VR	56	53	52	35	17	26	31	39	1,5	2,0	2,9
53 Nicaragua	50	50	62	40	16	14	22	46	2,6	3,3	3,8
54 Papua-Neuguinea	57	55	89	82	4	8	7	10	1,6	1,8	1,5
55 El Salvador	52	51	62	51	17	22	21	27	2,6	2,8	3,5
56 Nigeria	52	50	71	55	10	18	19	27	1,8	1,7	3,3
57 Peru	52	54	53	38	19	20	28	42	2,0	3,0	3,1
58 Marokko	53	50	63	53	14	21	23	26	1,6	3,0	3,5
59 Mongolische VR	54	53	70	56	13	22	17	22	2,1	2,5	3,3
60 Albanien	54	57	71	61	18	25	11	14	2,3	2,8	2,4
61 Dominikanische Rep.	49	52	67	50	12	18	21	32	2,3	3,4	3,3
62 Kolumbien	50	59	51	27	19	21	30	52	3,0	3,6	2,5
63 Guatemala	51	53	67	56	14	21	19	23	2,5	3,0	2,9
64 Syrien, Arab. Rep.	52	48	54	32	19	31	27	37	2,1	3,3	3,7

	Quote der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (15-64 Jahre) in %		% - Anteil der Erwerbspersonen in						Durchschnittliche jährliche Zunahme der Erwerbspersonen in %		
			Landwirtschaft		Industrie		Dienst- leistungssektor				
	1960	1979	1960	1979	1960	1979	1960	1979	1960-70	1970-80	1980-2000
65 Elfenbeinküste	54	54	89	79	2	4	9	17	3,6	5,0	2,8
66 Ecuador	52	52	57	52	19	18	24	30	3,0	3,3	3,3
67 Paraguay	51	52	56	50	19	19	25	31	2,4	3,1	3,4
68 Tunesien	53	55	56	35	18	32	26	33	0,7	3,0	2,7
69 Korea, Demokr. Rep.	53	56	62	50	23	32	15	18	2,3	2,9	2,8
70 Jordanien	52	51	44	21	26	19	30	60	2,8	3,1	3,4
71 Libanon	53	55	38	12	23	26	39	62	2,1	1,3	2,8
72 Jamaika	54	52	39	22	25	25	36	53	0,4	2,2	3,3
73 Türkei	55	56	78	54	11	13	11	33	1,4	2,2	2,4
74 Malaysia	51	55	63	51	12	16	25	33	2,8	2,6	2,9
75 Panama	52	56	51	34	14	18	35	48	3,4	2,4	2,6
76 Kuba	61	60	39	24	22	31	39	45	0,8	2,0	1,9
77 Korea, Rep.	54	61	66	36	9	30	25	34	3,0	2,8	2,1
78 Algerien	52	49	67	32	12	24	21	44	1,0	3,4	3,5
79 Mexiko	51	51	55	37	20	26	25	37	2,8	3,0	3,6
80 Chile	57	62	30	20	20	20	50	60	1,4	1,9	2,1
81 Südafrika, Rep.	55	54	32	30	30	29	38	41	3,2	2,6	3,2
82 Brasilien	54	55	52	40	15	22	33	38	2,8	2,2	2,7
83 Costa Rica	50	57	51	30	19	23	30	47	3,5	3,6	2,7
84 Rumänien	65	64	65	33	15	34	20	33	0,9	0,6	0,7
85 Uruguay	64	63	21	11	29	32	50	57	0,9	0,1	1,1
86 Iran	51	52	54	40	23	33	23	27	2,5	2,7	3,2
87 Portugal	63	63	44	25	29	36	27	39	(.)	1,1	0,9
88 Argentinien	64	63	20	13	36	28	44	59	1,3	1,4	1,2
89 Jugoslawien	63	66	63	31	18	33	19	36	0,6	0,6	0,6
90 Venezuela	51	55	35	19	22	27	43	54	2,8	4,0	3,2
91 Trinidad und Tobago	53	61	22	16	34	36	44	48	2,4	2,6	2,1
92 Hongkong	56	65	8	3	52	57	40	40	3,2	3,8	1,2
93 Singapur	55	66	8	2	23	38	69	60	2,8	2,7	1,4
94 Griechenland	65	64	56	38	20	28	24	34	(.)	0,5	0,5
95 Israel	59	59	14	7	35	36	51	57	3,6	2,5	2,1
96 Spanien	64	63	42	15	31	40	27	45	0,2	1,1	0,9
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>63 w</b>	<b>66 w</b>	<b>16 w</b>	<b>6 w</b>	<b>39 w</b>	<b>38 w</b>	<b>45 w</b>	<b>56 w</b>	<b>1,2 w</b>	<b>1,2</b>	<b>0,6 w</b>
97 Irland	58	58	36	19	25	37	39	44	(.)	1,0	1,5
98 Italien	66	65	31	11	40	45	29	44	-0,1	0,7	0,4
99 Neuseeland	59	63	15	9	37	35	48	56	2,2	2,1	1,2
100 Großbritannien	65	64	4	2	48	42	48	56	0,6	0,3	0,3
101 Finnland	62	68	36	12	31	35	33	53	0,4	1,1	0,4
102 Österreich	66	64	24	9	46	37	30	54	-0,6	0,8	0,4
103 Japan	64	68	33	13	30	38	37	49	1,9	1,3	0,8
104 Australien	61	65	11	6	40	33	49	61	2,6	1,8	1,0
105 Kanada	59	67	13	5	35	29	52	66	2,6	2,0	0,9
106 Frankreich	62	64	22	9	39	39	39	52	0,6	1,0	0,6
107 Niederlande	61	66	11	6	42	45	47	49	1,6	1,3	0,6
108 Vereinigte Staaten	60	66	7	2	36	32	57	66	1,8	1,8	0,9
109 Norwegen	63	63	20	8	37	38	43	54	0,5	0,7	0,6
110 Belgien	65	65	8	3	48	41	44	56	0,3	0,7	0,2
111 Deutschl., Bundesrep.	68	66	14	4	48	47	38	49	0,2	0,7	(.)
112 Dänemark	64	65	18	7	37	36	45	57	1,1	0,6	0,5
113 Schweden	66	64	14	5	45	35	41	60	1,0	0,3	0,3
114 Schweiz	66	66	11	5	50	46	39	49	2,0	0,5	0,3
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>53 w</b>	<b>51 w</b>	<b>58 w</b>	<b>44 w</b>	<b>16 w</b>	<b>22 w</b>	<b>26 w</b>	<b>34 w</b>	<b>3,2 w</b>	<b>3,6 w</b>	<b>3,1 w</b>
115 Irak	51	51	53	43	18	26	29	31	2,9	2,9	3,3
116 Saudi-Arabien	54	52	71	62	10	14	19	24	3,1	4,5	2,7
117 Libyen	53	51	53	20	17	27	30	53	3,6	3,7	3,1
118 Kuwait	63	52	1	2	34	34	65	64	7,5	4,5	3,1
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>63 w</b>	<b>66 w</b>	<b>41 w</b>	<b>17 w</b>	<b>31 w</b>	<b>44 w</b>	<b>28 w</b>	<b>39 w</b>	<b>0,8 w</b>	<b>1,2 w</b>	<b>0,6 w</b>
119 Bulgarien	66	66	57	38	25	38	18	24	0,7	0,4	0,4
120 Polen	61	66	48	31	29	39	23	30	1,8	1,5	0,8
121 Ungarn	66	66	38	16	35	52	27	32	0,5	0,4	0,2
122 Sowjetunion	63	66	42	15	29	44	29	41	0,7	1,3	0,6
123 Tschechoslowakei	64	64	26	11	46	48	28	41	0,9	0,8	0,7
124 Deutschl., Dem. Rep.	65	64	18	10	48	50	34	40	-0,2	0,5	0,3

# Tabelle 20: Verstädterung

	Stadtbevölkerung				Anteil an der gesamten Stadtbevölkerung in %				Anzahl der Städte mit über 500 000 Einwohnern	
	In % der Gesamtbevölkerung		Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten in %		Größte Stadt		Städte mit über 500 000 Einwohnern		1960 1980	
	1960	1980	1960-70	1970-80	1960	1980	1960	1980	1960	1980
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>										
China und Indien	15 w	17 w	3,8 w	3,7 w	11 w	13 w	31 w	42 w	58 s	144 s
Übrige Länder	..	17 w	..	3,2 w	7 w	6 w	33 w	42 w	48 s	106 s
	12 w	19 w	4,7 w	5,0 w	24 w	27 w	23 w	42 w	10 s	38 s
1 Kambodscha	11	..	3,6	..	..	..	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR	8	14	4,1	4,8	69	48	0	0	0	0
3 Bhutan	3	4	4,1	4,5	..	..	0	0	0	0
4 Bangladesch	5	11	6,3	6,8	20	30	20	51	1	3
5 Tschad	7	18	6,7	6,5	..	39	0	0	0	0
6 Äthiopien	6	15	6,1	6,6	30	37	0	37	0	1
7 Nepal	3	5	4,3	4,7	41	27	0	0	0	0
8 Somalia	17	30	5,3	5,0	..	34	0	0	0	0
9 Mali	11	20	5,4	5,5	32	34	?	0	0	0
10 Birma	19	27	3,9	3,9	23	23	23	29	1	2
11 Afghanistan	8	15	5,5	5,9	33	17	0	17	0	1
12 Vietnam	15	19	5,3	3,3	32	21	32	50	1	4
13 Burundi	2	2	1,6	2,5	..	..	0	0	0	0
14 Obervolta	5	9	5,3	3,8	..	41	0	0	0	0
15 Indien	18	22	3,3	3,3	7	6	26	39	11	36
16 Malawi	4	10	6,6	6,8	..	19	0	0	0	0
17 Ruanda	2	4	5,6	5,3	..	..	0	0	0	0
18 Sri Lanka	18	27	4,3	3,6	28	16	0	16	0	1
19 Benin	10	14	5,3	3,9	..	63	0	63	0	1
20 Mosambik	4	9	6,6	6,8	75	83	0	83	0	1
21 Sierra Leone	13	25	5,5	5,6	37	47	0	0	0	0
22 China	..	13	..	3,1	6	6	42	45	38	70
23 Haiti	16	28	4,0	4,9	40	56	0	56	0	1
24 Pakistan	22	28	4,0	4,3	20	21	33	51	2	7
25 Tansania	5	12	6,3	8,7	34	50	0	50	0	1
26 Zaire	16	34	5,2	7,2	14	28	14	38	1	2
27 Niger	6	13	7,0	6,8	..	31	0	0	0	0
28 Guinea	10	18	6,2	5,5	37	80	0	80	0	1
29 Zentralafr. Republik	23	41	5,3	5,0	40	36	0	0	0	0
30 Madagaskar	11	18	5,0	5,2	44	36	0	36	0	1
31 Uganda	5	12	7,8	7,0	38	52	0	52	0	1
32 Mauretanien	3	23	15,8	8,6	..	39	0	0	0	0
33 Lesotho	2	5	7,5	7,7	..	..	0	0	0	0
34 Togo	10	20	5,6	6,6	..	60	0	0	0	0
35 Indonesien	15	20	3,6	4,0	20	23	34	50	3	9
36 Sudan	10	25	6,9	6,8	30	31	0	31	0	1
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>										
Ölexporteur	37 w	50 w	4,1 w	3,8 w	28 w	29 w	35 w	48 w	56 s	125 s
Ölexporteur	33 w	45 w	4,5 w	4,3 w	29 w	30 w	32 w	46 w	9 s	31 s
Ölimporteur	39 w	52 w	4,0 w	3,5 w	28 w	27 w	36 w	48 w	47 s	94 s
37 Kenia	7	14	6,4	6,8	40	57	0	57	0	1
38 Ghana	23	36	4,6	5,1	25	35	0	48	0	2
39 Jemen, Arab. Rep.	3	10	7,5	7,2	..	25	0	0	0	0
40 Senegal	23	25	2,9	3,3	53	65	0	65	0	1
41 Angola	10	21	5,1	5,7	44	64	0	64	0	1
42 Simbabwe	13	23	6,8	6,4	40	50	0	50	0	1
43 Ägypten	38	45	3,3	2,8	38	39	53	53	2	2
44 Jemen, Dem. VR	28	37	3,2	3,7	61	49	0	0	0	0
45 Liberia	21	33	5,6	5,6	..	..	0	0	0	0
46 Sambia	23	38	5,4	5,5	..	35	0	35	0	1
47 Honduras	23	36	5,4	5,5	31	33	0	0	0	0
48 Bolivien	24	33	3,9	4,1	47	44	0	44	0	1
49 Kamerun	14	35	5,6	7,5	26	21	0	21	0	1
50 Thailand	13	14	3,5	3,3	65	69	65	69	1	1
51 Philippinen	30	36	3,8	3,6	27	30	27	34	1	2
52 Kongo, VR	30	45	4,7	4,1	77	56	0	0	0	0
53 Nicaragua	41	53	4,2	4,5	41	47	0	47	0	1
54 Papua-Neuguinea	3	20	15,2	8,7	..	25	0	0	0	0
55 El Salvador	38	41	3,2	3,3	26	22	0	0	0	0
56 Nigeria	13	20	4,7	4,7	13	17	22	58	2	9
57 Peru	46	67	4,9	4,3	38	39	38	44	1	2
58 Marokko	29	41	4,2	4,6	16	26	16	50	1	4
59 Mongolische VR	36	51	5,2	4,1	53	52	0	0	0	0
60 Albanien	31	37	3,7	3,4	27	25	0	0	0	0
61 Dominikanische Rep.	30	51	5,8	5,3	50	54	0	54	0	1
62 Kolumbien	48	70	5,2	3,9	17	26	28	51	3	4
63 Guatemala	33	39	3,6	3,7	41	36	41	36	1	1
64 Syrien, Arab. Rep.	37	50	4,8	5,0	35	33	35	55	1	2

	Stadtbevölkerung				Anteil an der gesamten Stadtbevölkerung in %				Anzahl der Städte mit über 500 000 Einwohnern	
	In % der Gesamtbevölkerung		Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten in %		Größte Stadt		Städte mit über 500 000 Einwohnern			
	1960	1980	1960-70	1970-80	1960	1980	1960	1980	1960	1980
65 Elfenbeinküste	19	38	7,3	8,5	27	34	0	34	0	1
66 Ecuador	34	45	4,5	4,5	31	29	0	51	0	2
67 Paraguay	36	39	3,0	3,5	44	44	0	44	0	1
68 Tunesien	36	52	3,8	3,9	40	30	40	30	1	1
69 Korea, Demokr. Rep.	40	60	5,0	4,3	15	12	15	19	1	2
70 Jordanien	43	56	4,5	4,7	31	37	0	37	0	1
71 Libanon	44	76	6,2	2,8	64	79	64	79	1	1
72 Jamaika	34	50	3,5	3,4	77	66	0	66	0	1
73 Türkei	30	47	5,1	4,6	18	24	32	42	3	4
74 Malaysia	25	29	3,6	3,1	19	27	0	27	0	1
75 Panama	41	54	4,4	3,6	61	66	0	66	0	1
76 Kuba	55	65	2,9	2,2	38	32	38	32	1	1
77 Korea, Rep.	28	55	6,3	4,8	35	41	61	77	3	7
78 Algerien	30	44	3,9	5,8	27	12	27	12	1	1
79 Mexiko	51	67	4,8	4,2	28	32	36	48	3	7
80 Chile	68	80	3,1	2,3	38	44	38	44	1	1
81 Südafrika, Rep.	47	50	2,8	3,1	16	13	44	53	4	7
82 Brasilien	46	65	4,8	3,7	14	16	35	52	6	14
83 Costa Rica	37	43	4,2	3,3	67	64	0	64	0	1
84 Rumänien	34	48	2,8	2,5	22	17	22	17	1	1
85 Uruguay	80	84	1,3	0,6	56	52	56	52	1	1
86 Iran	34	50	4,7	4,9	26	28	26	47	1	6
37 Portugal	23	31	1,3	2,9	47	44	47	44	1	1
88 Argentinien	74	82	2,0	2,1	46	45	54	60	3	5
89 Jugoslawien	28	42	3,2	2,9	11	10	11	23	1	3
90 Venezuela	67	83	4,7	4,2	26	26	26	44	1	4
91 Trinidad und Tobago	22	22	1,7	1,3	..	..	0	0	0	0
92 Hongkong	89	90	2,6	2,7	100	100	100	100	1	1
93 Singapur	100	100	2,4	1,4	100	100	100	100	1	1
94 Griechenland	43	62	2,6	2,2	51	57	51	70	1	1
95 Israel	77	89	4,3	3,2	46	35	46	35	1	1
96 Spanien	57	74	2,6	2,2	13	17	37	44	5	6
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>68 w</b>	<b>77 w</b>	<b>1,8 w</b>	<b>1,3 w</b>	<b>18 w</b>	<b>18 w</b>	<b>48 w</b>	<b>55 w</b>	<b>99 s</b>	<b>146 s</b>
97 Irland	46	58	1,6	2,2	51	48	51	48	1	1
98 Italien	59	69	1,5	1,3	13	17	46	52	7	9
99 Neuseeland	76	85	2,4	1,9	25	30	0	30	0	1
100 Großbritannien	86	91	0,9	0,3	24	20	61	55	15	17
101 Finnland	38	62	3,2	2,7	28	27	0	27	0	1
102 Österreich	50	54	0,9	0,5	51	39	51	39	1	1
103 Japan	62	78	2,4	2,0	18	22	35	42	5	9
104 Australien	81	89	2,5	1,9	26	24	62	68	4	5
105 Kanada	69	80	2,7	1,7	14	18	31	62	2	9
106 Frankreich	62	78	2,4	1,4	25	23	34	34	4	6
107 Niederlande	80	76	1,0	0,6	9	9	27	24	3	3
108 Vereinigte Staaten	67	73	1,7	1,5	13	12	61	77	40	65
109 Norwegen	32	53	3,5	2,8	50	32	50	32	1	1
110 Belgien	66	72	1,2	0,4	17	14	28	24	2	2
111 Deutschl., Bundesrep.	77	85	1,4	0,4	20	18	48	45	11	11
112 Dänemark	74	84	1,5	0,9	40	32	40	32	1	1
113 Schweden	73	87	1,8	1,0	15	15	15	35	1	3
114 Schweiz	51	58	2,2	1,0	19	22	19	22	1	1
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>37 w</b>	<b>69 w</b>	<b>7,4 w</b>	<b>6,7 w</b>	<b>33 w</b>	<b>42 w</b>	<b>22 w</b>	<b>53 w</b>	<b>1 s</b>	<b>6 s</b>
115 Irak	43	72	6,2	5,4	35	55	35	70	1	3
116 Saudi-Arabien	30	67	8,4	7,6	15	18	0	33	0	2
117 Libyen	23	52	8,0	8,3	57	64	0	64	0	1
118 Kuwait	72	88	10,4	7,4	75	30	0	0	0	0
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>49 w</b>	<b>64 w</b>	<b>2,5 w</b>	<b>2,1 w</b>	<b>9 w</b>	<b>7 w</b>	<b>23 w</b>	<b>32 w</b>	<b>35 s</b>	<b>64 s</b>
119 Bulgarien	39	64	3,8	2,6	23	18	23	18	1	1
120 Polen	48	57	1,8	1,7	17	15	41	47	5	8
121 Ungarn	40	54	1,7	2,1	45	37	45	37	1	1
122 Sowjetunion	49	65	2,8	2,2	6	4	21	33	25	50
123 Tschechoslowakei	47	63	2,1	2,0	17	12	17	12	1	1
124 Deutschl., Dem. Rep.	72	77	0,1	0,3	9	9	14	17	2	3

# Tabelle 21: Kennzahlen zur Lebenserwartung

	Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren)		Säuglings- sterblichkeitsziffern (im Alter von 0-1 Jahr) <sup>a</sup>		Kindersterbeziffern (im Alter von 1-4 Jahre)	
	1960	1979	1960	1978	1960	1979
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>42 w</b>	<b>57 w</b>	..	..	<b>29 w</b>	<b>17 w</b>
China und Indien	..	59 w	..	..	..	..
Übrige Länder	<b>41 w</b>	<b>50 w</b>	..	..	<b>31 w</b>	<b>18 w</b>
1 Kambodscha	43	..	..	..	27	..
2 Laos, Dem. VR	40	42	..	..	30	27
3 Bhutan	36	44	..	..	36	25
4 Bangladesch	43	49	..	130	25	19
5 Tschad	35	41	192	..	45	35
6 Äthiopien	36	40	172	..	43	36
7 Nepal	37	44	..	..	35	25
8 Somalia	36	44	..	..	43	30
9 Mali	37	43	..	..	41	31
10 Birma	44	54	..	..	24	13
11 Afghanistan	34	41	..	237	40	29
12 Vietnam	43	63	..	62	26	5
13 Burundi	37	42	..	..	41	33
14 Obervolta	37	43	263	..	41	31
15 Indien	42	52	..	125	27	15
16 Malawi	37	47	..	..	41	25
17 Ruanda	37	47	..	..	41	25
18 Sri Lanka	62	66	55	49	6	3
19 Benin	37	47	206	..	41	25
20 Mosambik	37	47	..	..	41	25
21 Sierra Leone	37	47	..	..	41	25
22 China	..	64	..	56	..	..
23 Haiti	44	53	..	..	36	21
24 Pakistan	44	52	135	..	24	15
25 Tansania	42	52	..	..	32	18
26 Zaire	40	47	..	..	36	25
27 Niger	37	43	200	..	41	31
28 Guinea	35	44	141	..	45	28
29 Zentralafr. Republik	36	44	..	..	43	30
30 Madagaskar	37	47	..	..	41	25
31 Uganda	44	54	159	..	29	16
32 Mauretanien	37	43	186	..	41	29
33 Lesotho	42	51	..	..	33	20
34 Togo	37	47	..	..	41	25
35 Indonesien	39	53	159	120	31	14
36 Sudan	39	47	..	..	47	29
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>53 w</b>	<b>61 w</b>	..	..	<b>19 w</b>	<b>10 w</b>
Ölexporteure	<b>47 w</b>	<b>57 w</b>	..	..	<b>27 w</b>	<b>14 w</b>
Ölimporteure	<b>55 w</b>	<b>63 w</b>	..	..	<b>16 w</b>	<b>8 w</b>
37 Kenia	41	55	126	91	34	15
38 Ghana	43	49	141	..	36	22
39 Jemen, Arab. Rep.	36	42	..	..	54	41
40 Senegal	37	43	..	..	41	31
41 Angola	33	42	..	..	49	33
42 Simbabwe	45	55	..	..	28	15
43 Ägypten	46	57	109	85	32	15
44 Jemen, Dem. VR	36	45	..	..	54	34
45 Liberia	44	54	..	..	29	16
46ambia	40	49	..	..	36	22
47 Honduras	46	58	130	118	32	14
48 Bolivien	43	50	150	..	39	23
49 Kamerun	37	47	172	157	41	25
50 Thailand	51	62	..	68	16	6
51 Philippinen	51	62	98	65	16	6
52 Kongo, VR	37	47	..	..	41	27
53 Nicaragua	47	56	..	..	30	16
54 Papua-Neuguinea	41	51	159	..	29	16
55 El Salvador	50	63	..	60	23	8
56 Nigeria	39	49	..	..	36	22
57 Peru	48	58	..	86	29	14
58 Marokko	47	56	..	..	30	16
59 Mongolische VR	52	33	..	..	15	5
60 Albanien	62	70	88	..	6	2
61 Demokratische Rep.	51	61	..	37	23	10
62 Kolumbien	53	63	77	65	20	8
63 Guatemala	47	59	113	..	30	13
64 Syrien, Arab. Rep.	50	65	..	..	25	7



	Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren)		Säuglings- sterblichkeitsziffern (im Alter von 0-1 Jahr) <sup>a</sup>		Kindersterbeziffern (im Alter von 1-4 Jahre)	
	1960	1979	1960	1978	1960	1979
65 Elfenbeinküste	37	47	..	..	41	25
66 Ecuador	51	61	140	66	23	10
67 Paraguay	56	64	..	..	16	7
68 Tunesien	48	58	148	90	28	13
69 Korea, Demokr. Rep.	54	63	..	..	12	5
70 Jordanien	47	61	..	97	30	10
71 Libanon	58	66	..	..	13	6
72 Jamaika	64	71	52	16	7	3
73 Türkei	51	62	194	..	23	9
74 Malaysia	53	68	..	32	13	2
75 Panama	62	70	90	47	9	3
76 Kuba	63	72	..	25	8	2
77 Korea, Rep.	54	63	62	37	12	5
78 Algerien	47	56	..	..	30	16
79 Mexiko	58	66	78	60	13	5
80 Chile	57	67	108	55	15	6
81 Südafrika, Rep.	53	61	..	..	17	9
92 Brasilien	55	63	128	92	17	8
83 Costa Rica	62	70	80	28	9	3
84 Rumänien	65	71	76	31	4	1
85 Uruguay	68	71	47	34	4	3
86 Iran	46	54	..	..	22	12
87 Portugal	63	71	78	39	5	1
88 Argentinien	65	70	62	..	6	3
89 Jugoslawien	63	70	88	34	5	2
90 Venezuela	59	67	72	40	12	5
91 Trinidad und Tobago	64	70	45	29	7	3
92 Hongkong	65	76	42	12	4	(.)
93 Singapur	65	71	35	13	4	1
94 Griechenland	69	74	40	20	2	1
95 Israel	69	72	31	18	4	2
96 Spanien	68	73	44	15	2	1
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>70 w</b>	<b>74 w</b>	<b>29 w</b>	<b>13 w</b>	<b>1 w</b>	<b>1 w</b>
97 Irland	70	73	29	16	2	1
98 Italien	69	73	44	18	2	1
99 Neuseeland	72	73	23	14	1	1
100 Großbritannien	71	73	22	14	1	1
101 Finnland	68	73	21	9	2	1
102 Österreich	69	72	38	15	1	1
103 Japan	68	76	30	9	2	(.)
104 Australien	71	74	20	13	1	1
105 Kanada	71	74	27	12	1	1
106 Frankreich	70	74	27	11	1	1
107 Niederlande	73	75	18	10	1	(.)
108 Vereinigte Staaten	70	74	26	14	1	1
109 Norwegen	73	75	19	9	1	(.)
110 Belgien	70	72	31	12	1	1
111 Deutschl., Bundesrep.	70	73	34	16	2	1
112 Dänemark	72	75	22	9	1	1
113 Schweden	73	76	17	8	1	(.)
114 Schweiz	71	75	21	10	1	(.)
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>46 w</b>	<b>56 w</b>	<b>..</b>	<b>.. w</b>	<b>32 w</b>	<b>16 w</b>
115 Irak	47	56	..	92	30	16
116 Saudi-Arabien	43	54	..	..	38	19
117 Libyen	47	56	..	..	30	16
118 Kuwait	60	70	33	39	11	3
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>68 w</b>	<b>72 w</b>	<b>36 w</b>	<b>20 w</b>	<b>2 w</b>	<b>1 w</b>
119 Bulgarien	69	73	45	22	2	1
120 Polen	67	72	56	22	3	1
121 Ungarn	68	71	48	24	2	1
122 Sowjetunion	68	73	33	..	2	1
123 Tschechoslowakei	70	71	24	19	2	1
124 Deutschl., Dem. Rep.	69	72	39	13	2	1

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf andere Jahre als die angegebenen. Vgl. technische Erläuterungen.

# Tabelle 22: Gesundheitsbezogene Kennzahlen

	Einwohner je				Quote der Bevölkerung mit Trinkwasser- versorgung in % 1975	Tägliches Kalorienangebot pro Kopf <sup>a</sup>	
	Arzt <sup>a</sup>		Beschäftigtem in der Krankenpflege <sup>a</sup>			Insgesamt 1977	In % des Bedarfs 1977
	1960	1977	1960	1977			
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>11.680 w</b>	<b>6.150 w</b>	<b>5.700 w</b>	<b>6.200 w</b>	<b>29 w</b>	<b>2.238 w</b>	<b>98 w</b>
<b>China und Indien</b>	<b>3.730 w</b>	<b>2.160 w</b>	<b>5.510 w</b>	<b>2.900 w</b>	<b>..</b>	<b>2.279 w</b>	<b>99 w</b>
<b>Übrige Länder</b>	<b>39.290 w</b>	<b>16.380 w</b>	<b>7.370 w</b>	<b>14.890 w</b>	<b>25 w</b>	<b>2.108 w</b>	<b>96 w</b>
1 Kambodscha	34.830	..	..	..	..	1.926	85
2 Laos, Dem. VR	54.140	20.060	..	3.040	..	2.082	94
3 Bhutan	..	..	..	..	..	2.028	88
4 Bangladesch	..	8.780	..	56.880	53	2.100	91
5 Tschad	72.190	41.940	8.040	4.810	26	1.762	74
6 Äthiopien	100.470	75.320	14.920	5.400	6	1.754	75
7 Nepal	72.870	35.250	..	53.540	9	2.002	91
8 Somalia	36.570	..	6.200	..	33	2.033	88
9 Mali	67.050	25.150	4.980	3.230	9	2.117	90
10 Birma	15.560	5.120	..	6.120	17	2.286	106
11 Afghanistan	28.140	20.550	23.210	25.920	6	2.695	110
12 Vietnam	..	5.620	..	900	..	1.801	83
13 Burundi	96.570	45.020	6.770	6.180	..	2.254	97
14 Obervolta	81.650	49.810	4.090	4.510	25	1.875	79
15 Indien	4.850	3.620	9.630	6.430	33	2.021	91
16 Malawi	35.250	40.680	12.920	2.790	33	2.066	90
17 Ruanda	138.100	38.920	11.200	10.490	35	2.264	98
18 Sri Lanka	4.490	6.750	4.150	2.050	20	2.126	96
19 Benin	23.030	26.880	..	3.040	21	2.249	98
20 Mosambik	20.390	33.980	4.720	..	..	1.906	81
21 Sierra Leone	20.420	..	5.900	..	..	2.150	93
22 China	3.010	1.160	2.850	480	..	2.453	104
23 Haiti	9.230	5.940	10.340	4.230	14	2.100	93
24 Pakistan	11.000	3.760	..	9.980	29	2.281	99
25 Tansania	18.220	17.550	10.440	3.080	39	2.063	89
26 Zaire	37.620	15.530	3.510	1.940	16	2.271	104
27 Niger	82.170	42.720	8.450	6.270	27	2.139	91
28 Guinea	48.000	16.630	3.260	2.490	10	1.943	84
29 Zentralafr. Republik	41.580	17.610	2.760	1.560	16	2.242	99
30 Madagaskar	8.900	10.240	3.110	3.470	26	2.486	115
31 Uganda	14.060	27.600	9.420	4.300	35	2.110	91
32 Mauretanien	40.400	15.160	7.320	3.430	..	1.976	86
33 Lesotho	23.510	18.640	..	4.340	17	2.245	99
34 Togo	35.760	17.980	5.340	2.000	16	2.069	90
35 Indonesien	46.780	13.640	..	8.850	12	2.272	105
36 Sudan	33.500	8.690	3.040	1.280	46	2.184	93
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>10.430 w</b>	<b>4.480 w</b>	<b>3.390 w</b>	<b>1.820 w</b>	<b>58 w</b>	<b>2.581 w</b>	<b>109 w</b>
<b>Ölexporteure</b>	<b>22.320 w</b>	<b>5.940 w</b>	<b>4.820 w</b>	<b>2.120 w</b>	<b>60 w</b>	<b>2.453 w</b>	<b>103 w</b>
<b>Ölimporteure</b>	<b>4.570 w</b>	<b>3.580 w</b>	<b>2.790 w</b>	<b>1.610 w</b>	<b>57 w</b>	<b>2.641 w</b>	<b>112 w</b>
37 Kenia	10.690	11.630	2.230	1.090	17	2.032	88
38 Ghana	21.600	9.920	5.430	860	35	1.983	86
39 Jemen, Arab. Rep.	..	12.460	..	5.660	4	2.192	91
40 Senegal	24.540	15.710	4.110	1.660	37	2.261	95
41 Angola	14.910	..	..	..	..	2.133	91
42 Simbabwe	4.790	7.030	1.010	1.380	..	2.576	108
43 Ägypten	2.560	1.050	2.730	1.100	66	2.760	109
44 Jemen, Dem. VR	13.760	7.760	..	1.620	24	1.945	81
45 Liberia	12.600	9.260	5.810	2.900	20	2.404	104
46 Sambia	9.540	10.190	9.920	1.930	42	2.002	87
47 Honduras	12.610	3.290	..	1.240	46	2.015	89
48 Bolivien	3.830	1.850	..	3.070	38	1.974	83
49 Kamerun	48.110	13.500	6.150	2.230	26	2.069	89
50 Thailand	8.000	8.150	4.900	3.540	22	1.929	105
51 Philippinen	6.930	2.760	..	3.110	43	2.189	108
52 Kongo, VR	16.430	7.290	1.510	800	17	2.284	103
53 Nicaragua	2.740	1.670	5.460	800	70	2.446	109
54 Papua-Neuguinea	14.390	14.040	2.450	1.930	20	2.268	85
55 El Salvador	5.260	3.600	..	1.310	53	2.051	90
56 Nigeria	73.710	15.740	6.020	4.030	..	1.951	83
57 Peru	2.010	1.550	2.210	750	48	2.274	97
58 Marokko	9.410	11.040	..	1.690	55	2.534	105
59 Mongolische VR	1.070	480	300	250	..	2.523	104
60 Albanien	3.630	960	540	370	..	2.730	113
61 Dominikanische Rep.	..	..	..	..	55	2.094	93
62 Kolumbien	2.640	1.970	3.740	1.250	64	2.364	102
63 Guatemala	4.410	2.490	9.040	..	40	2.156	98
64 Syrien, Arab. Rep.	4.630	2.570	6.660	3.890	75	2.684	108

	Einwohner je				Quote der Bevölkerung mit Trinkwasser- versorgung in % 1975	Tägliches Kalorienangebot pro Kopf <sup>a</sup>	
	Arzt <sup>a</sup>		Beschäftigtem in der Krankenpflege <sup>a</sup>			Insgesamt 1977	In % des Bedarfs 1977
	1960	1977	1960	1977			
65 Elfenbeinküste	29.190	15.220	2.920	2.370	19	2.517	105
66 Ecuador	2.660	1.620	2.280	..	42	2.104	92
67 Paraguay	1.800	2.150	..	2.260	13	2.824	122
68 Tunesien	10.030	4.800	..	1.070	70	2.674	112
69 Korea, Demokr. Rep.	..	..	..	..	..	2.837	121
70 Jordanien	5.800	1.960	1.650	820	61	2.107	62
71 Libanon	1.210	..	..	..	..	2.495	101
72 Jamaika	2.590	3.520	1.990	550	86	2.660	119
73 Türkei	3.000	1.770	..	1.460	75	2.907	115
74 Malaysia	7.470	8.730	1.780	1.290	62	2.610	117
75 Panama	2.730	1.220	3.460	1.410	79	2.341	101
76 Kuba	1.060	1.110	910	..	..	2.720	118
77 Korea, Rep.	3.540	1.990	3.220	550	71	2.785	119
78 Algerien	5.230	5.330	..	1.480	77	2.372	99
79 Mexiko	1.800	1.820	..	1.400	62	2.654	114
80 Chile	1.780	1.620	640	440	84	2.656	109
81 Südafrika, Rep.	2.180	..	540	..	..	2.831	116
82 Brasilien	2.560	1.700	2.770	..	77	2.562	107
83 Costa Rica	2.700	1.390	710	590	77	2.550	114
84 Rumänien	780	740	620	540	..	3.444	130
85 Uruguay	960	540	..	3.700	84	3.036	114
86 Iran	4.090	..	8.160	..	51	3.138	130
87 Portugal	1.200	700	1.430	500	65	3.076	126
88 Argentinien	740	530	..	..	66	3.347	126
89 Jugoslawien	1.620	760	1.350	410	..	3.445	136
90 Venezuela	1.510	930	1.890	380	..	2.435	99
91 Trinidad und Tobago	2.390	1.970	..	580	..	2.694	111
92 Hongkong	3.070	1.180	2.950	1.090	..	2.883	126
93 Singapur	2.360	1.250	650	380	100	3.074	134
94 Griechenland	790	450	2.080	600	..	3.400	136
95 Israel	400	310	360	..	..	3.141	122
96 Spanien	820	560	1.290	900	..	3.149	128
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>830 w</b>	<b>620 w</b>	<b>450</b>	<b>220 w</b>	<b>..</b>	<b>3.377 w</b>	<b>131 w</b>
97 Irland	950	830	190	200	..	3.541	141
98 Italien	640	490	920	330	..	3.428	136
99 Neuseeland	690	740	..	200	..	3.345	127
100 Großbritannien	1.090	750	420	300	..	3.336	132
101 Finnland	1.570	630	220	110	..	3.100	114
102 Österreich	550	430	600	260	..	3.535	134
103 Japan	930	850	460	290	..	2.949	126
104 Australien	860	650	..	120	..	3.428	129
105 Kanada	910	560	300	130	..	3.374	127
106 Frankreich	930	610	530	170	..	3.434	136
107 Niederlande	900	580	..	270	..	3.338	124
108 Vereinigte Staaten	750	570	340	150	..	3.576	135
109 Norwegen	850	540	330	100	..	3.175	118
110 Belgien	780	440	450	250	..	3.583	136
111 Deutschl., Bundesrep.	670	490	450	260	..	3.381	127
112 Dänemark	810	510	270	150	..	3.418	127
113 Schweden	1.150	560	..	130	..	3.221	120
114 Schweiz	740	510	390	220	..	3.485	130
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>8.920 w</b>	<b>1.810 w</b>	<b>5.810</b>	<b>1.860 w</b>	<b>68 w</b>	<b>2.407 w</b>	<b>93 w</b>
115 Irak	5.270	2.190	6.680	2.990	62	2.134	89
116 Saudi-Arabien	16.370	1.700	5.850	950	64	2.624	88
117 Libyen	6.580	900	2.390	280	100	2.985	126
118 Kuwait	1.150	790	190	290	89	..	..
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>660 w</b>	<b>350 w</b>	<b>360 w</b>	<b>210 w</b>	<b>..</b>	<b>3.489 w</b>	<b>136 w</b>
119 Bulgarien	710	440	550	240	..	3.611	144
120 Polen	1.070	610	490	270	..	3.656	140
121 Ungarn	720	430	350	200	..	3.521	134
122 Sowjetunion	560	290	340	210	..	3.460	135
123 Tschechoslowakei	620	390	280	160	..	3.340	139
124 Deutschl., Dem. Rep.	1.180	530	..	..	..	3.641	139

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf andere Jahre als die angegebenen. Vgl. technische Erläuterungen.

# Tabelle 23: Erziehungswesen<sup>a</sup>

	Anzahl der Grundschüler in % ihrer Altersgruppe						Anzahl der Besucher weiterführender Schulen in % ihrer Altersgruppe		Anzahl der Besucher höherer Schulen und Univer- sitäten in % der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren		Alphabeten- quote für Erwachsene (in %)	
	Insgesamt		Männlich		Weiblich		1960 1978		1960 1977		1960 1976	
	1960	1978	1960	1978	1960	1978	1960	1978	1960	1977	1960	1976
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>76 w</b>	<b>83 w</b>	<b>71 w</b>	<b>92 w</b>	<b>37 w</b>	<b>61 w</b>	<b>14 w</b>	<b>36 w</b>	<b>2 w</b>	<b>3 w</b>	<b>28 w</b>	<b>51 w</b>
<b>China und Indien</b>	<b>86 w</b>	<b>87 w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>42 w</b>	<b>..</b>	<b>4 w</b>	<b>..</b>	<b>54 w</b>
<b>Übrige Länder</b>	<b>46 w</b>	<b>74 w</b>	<b>59 w</b>	<b>89 w</b>	<b>33 w</b>	<b>57 w</b>	<b>6 w</b>	<b>20 w</b>	<b>1 w</b>	<b>2 w</b>	<b>27 w</b>	<b>43 w</b>
1 Kambodscha	64	..	82	..	46	..	3	..	(.)	..	36	..
2 Laos, Dem. VR	25	92	34	99	16	85	1	14	(.)	..	28	..
3 Bhutan	3	12	5	16	(.)	7	..	1	..	(.)	..	..
4 Bangladesch	47	72	66	103	26	40	8	22	1	3	22	26
5 Tschad	17	35	29	51	4	19	(.)	3	..	(.)	6	15
6 Äthiopien	7	38	11	..	3	..	(.)	9	(.)	(.)	..	15
7 Nepal	10	69	19	104	1	31	6	14	1	2	9	19
8 Somalia	9	44	13	57	5	32	1	4	(.)	1	2	60
9 Mali	10	28	14	36	6	20	1	9	..	1	3	10
10 Birma	56	84	61	87	52	81	10	22	1	2	60	67
11 Afghanistan	9	20	15	33	2	6	1	7	(.)	1	8	12
12 Vietnam	..	122	..	128	..	116	..	51	..	3	..	87
13 Burundi	18	21	27	26	9	17	1	3	(.)	(.)	14	25
14 Obervolta	8	17	12	21	5	12	(.)	2	..	(.)	2	..
15 Indien	61	79	80	94	40	63	20	28	3	8	28	36
16 Malawi	..	59	..	73	..	51	1	4	..	(.)	..	25
17 Ruanda	49	64	68	68	30	59	2	2	..	(.)	16	..
18 Sri Lanka	95	94	100	98	90	90	27	52	1	1	75	85
19 Benin	26	60	38	78	15	42	2	12	..	1	8	..
20 Mosambik	48	..	60	..	36	..	2	..	..	(.)	11	..
21 Sierra Leone	23	37	30	45	15	30	2	12	(.)	1	7	..
22 China	102	93	..	..	..	..	..	51	..	1	..	66
23 Haiti	46	58	50	..	42	..	4	9	(.)	1	15	..
24 Pakistan	30	51	46	63	13	32	11	17	1	2	15	24
25 Tansania	25	70	33	80	18	61	2	4	..	(.)	10	66
26 Zaire	60	90	88	103	32	77	3	19	(.)	..	31	15
27 Niger	5	23	7	29	3	17	(.)	3	..	(.)	1	8
28 Guinea	30	34	44	46	16	22	2	16	..	..	7	20
29 Zentralaf. Republik	32	78	53	101	12	55	1	9	..	1	7	..
30 Madagaskar	52	94	58	100	45	87	4	12	(.)	2	..	50
31 Uganda	49	50	65	58	32	41	3	5	(.)	1	35	..
32 Mauretanien	8	26	13	34	3	17	(.)	5	..	(.)	5	17
33 Lesotho	83	101	63	82	102	122	3	17	(.)	..	..	52
34 Togo	44	102	63	129	24	75	2	25	..	1	10	18
35 Indonesien	71	94	86	100	58	89	6	22	1	2	39	62
36 Sudan	25	50	35	58	14	42	3	16	(.)	2	13	20
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>79 w</b>	<b>95 w</b>	<b>85 w</b>	<b>103 w</b>	<b>72 w</b>	<b>94 w</b>	<b>16 w</b>	<b>41 w</b>	<b>4 w</b>	<b>11 w</b>	<b>53 w</b>	<b>72 w</b>
<b>Ölexporteurs</b>	<b>60 w</b>	<b>91 w</b>	<b>71 w</b>	<b>110 w</b>	<b>50 w</b>	<b>91 w</b>	<b>11 w</b>	<b>34 w</b>	<b>3 w</b>	<b>8 w</b>	<b>34 w</b>	<b>64 w</b>
<b>Ölimporteurs</b>	<b>87 w</b>	<b>97 w</b>	<b>92 w</b>	<b>100 w</b>	<b>83 w</b>	<b>95 w</b>	<b>19 w</b>	<b>44 w</b>	<b>5 w</b>	<b>13 w</b>	<b>62 w</b>	<b>76 w</b>
37 Kenia	47	99	64	105	30	94	2	18	(.)	1	20	45
38 Ghana	38	71	52	80	25	61	(.)	32	(.)	1	27	..
39 Jemen, Arab. Rep.	8	29	14	50	(.)	7	(.)	4	..	1	3	13
40 Senegal	27	41	36	50	17	32	3	10	1	2	6	10
41 Angola	21	..	28	..	13	..	2	..	(.)	..	5	..
42 Simbabwe	96	97	107	105	86	90	6	9	(.)	..	39	..
43 Ägypten	66	74	80	88	52	58	16	47	5	14	26	44
44 Jemen, Dem. VR	13	72	20	92	5	51	5	28	..	2	..	27
45 Liberia	31	64	45	80	18	48	2	20	(.)	2	9	30
46 Sambia	42	98	51	106	34	89	2	16	..	2	..	39
47 Honduras	67	85	68	85	67	84	8	13	1	7	45	60
48 Bolivien	64	86	78	96	50	76	12	29	4	13	39	63
49 Kamerun	65	101	87	42	43	91	2	16	..	1	19	..
50 Thailand	83	82	88	85	79	78	13	28	2	5	68	84
51 Philippinen	95	105	98	102	93	107	26	56	13	24	72	88
52 Kongo, VR	78	156	103	163	53	148	4	69	1	3	16	..
53 Nicaragua	66	85	65	83	66	88	7	26	1	11	..	90
54 Papua-Neuguinea	32	60	59	70	7	49	1	13	..	..	29	..
55 El Salvador	80	79	82	80	77	77	13	23	1	8	49	62
56 Nigeria	36	62	46	..	27	..	4	13	(.)	1	15	..
57 Peru	83	112	95	116	71	106	15	50	4	16	61	80
58 Marokko	47	72	67	90	27	54	5	20	1	4	14	28
59 Mongolische VR	79	108	79	111	78	105	51	81	8	8	..	..
60 Albanien	94	..	102	..	86	..	20	..	5	..	..	..
61 Dominikanische Rep.	98	96	99	95	98	96	7	28	1	10	65	67
62 Kolumbien	77	124	77	122	77	127	12	43	2	10	63	..
63 Guatemala	45	64	50	68	39	58	7	15	2	5	32	..
64 Syrien, Arab. Rep.	65	89	89	105	39	73	16	50	4	14	30	58

	Anzahl der Grundschüler in % ihrer Altersgruppe						Anzahl der Besucher weiterführender Schulen in % ihrer Altersgruppe		Anzahl der Besucher höherer Schulen und Univer- sitäten in % der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren		Alphabeten- quote für Erwachsene (in %)	
	Insgesamt		Männlich		Weiblich		1960 1978		1960 1977		1960 1976	
	1960	1978	1960	1978	1960	1978	1960	1978	1960	1977	1960	1976
65 Elfenbeinküste	46	71	68	88	24	54	2	14	(.)	2	5	20
66 Ecuador	83	108	87	110	79	106	12	46	3	29	68	77
67 Paraguay	98	85	105	87	90	81	11	25	2	8	75	84
68 Tunesien	66	100	88	116	43	83	12	30	1	5	16	62
69 Korea, Demokr. Rep.	..	113	..	115	..	112	..	..	..	..	..	..
70 Jordanien	77	102	94	103	59	101	25	74	1	7	32	70
71 Libanon	102	96	105	103	99	89	19	46	6	..	..	..
72 Jamaika	92	98	92	97	93	97	45	58	2	..	82	..
73 Türkei	75	105	90	115	58	95	14	41	3	8	38	60
74 Malaysia	96	94	108	95	83	92	19	48	1	4	53	60
75 Panama	96	88	98	89	94	86	29	116	5	21	73	..
76 Kuba	109	122	109	125	109	119	14	51	3	16	..	96
77 Korea, Rep.	94	111	99	112	89	111	27	74	5	11	71	93
78 Algerien	46	99	55	114	37	82	8	29	(.)	4	10	35
79 Mexico	80	116	82	119	77	114	11	39	3	11	65	82
80 Chile	109	118	111	118	107	117	24	52	4	13	84	..
81 Südafrika, Rep.	89	..	94	..	85	..	15	..	3	..	57	..
82 Brasilien	95	88	97	87	93	88	11	24	2	13	61	76
83 Costa Rica	96	107	97	108	95	107	21	46	5	19	..	90
84 Rumänien	98	106	101	109	95	103	24	84	5	10	..	98
85 Uruguay	111	105	111	103	111	108	37	64	8	18	..	94
86 Iran	41	101	56	121	27	80	12	44	1	5	16	59
87 Portugal	..	117	..	119	..	115	..	55	4	11	62	70
88 Argentinien	98	110	98	110	99	111	23	41	11	29	91	94
89 Jugoslawien	111	99	113	100	108	98	58	82	9	23	77	85
90 Venezuela	100	106	100	106	100	106	21	38	4	21	63	82
91 Trinidad und Tobago	88	99	89	98	87	101	24	39	1	4	93	95
92 Hongkong	87	115	93	116	79	114	20	57	4	10	70	90
93 Singapur	111	109	121	111	101	107	32	57	6	9	..	..
94 Griechenland	102	104	104	104	101	103	37	79	4	19	81	..
95 Israel	98	97	99	96	97	97	48	68	10	25	84	..
96 Spanien	110	110	106	110	116	110	23	76	4	22	87	..
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>114 w</b>	<b>100 w</b>	<b>109 w</b>	<b>102 w</b>	<b>108 w</b>	<b>102 w</b>	<b>68 w</b>	<b>89 w</b>	<b>17 w</b>	<b>37 w</b>	<b>..</b>	<b>99 w</b>
97 Irland	110	104	107	105	112	104	35	92	9	19	..	98
98 Italien	111	103	112	104	109	103	34	73	7	27	91	98
99 Neuseeland	108	108	110	109	106	108	73	82	13	28	..	99
100 Großbritannien	92	106	92	105	92	106	66	83	9	19	..	99
101 Finnland	97	85	100	86	95	85	74	89	7	20	99	100
102 Österreich	105	100	106	100	104	99	50	72	8	21	99	99
103 Japan	103	98	103	98	102	98	74	93	10	32	98	99
104 Australien	103	94	103	94	103	93	51	73	13	26	..	100
105 Kanada	107	101	108	101	105	100	46	89	16	38	..	99
106 Frankreich	144	112	144	113	143	111	46	83	10	26	..	99
107 Niederlande	105	101	105	100	104	102	58	92	13	28	..	99
108 Vereinigte Staaten	118	98	..	..	..	..	86	97	32	56	98	99
109 Norwegen	100	100	100	100	100	100	57	90	7	24	..	..
110 Belgien	109	102	111	101	108	102	69	86	9	23	..	99
111 Deutschl., Bundesrep.	133	90	..	..	..	..	..	94	6	25	..	99
112 Dänemark	103	103	103	102	103	104	65	80	10	32	..	99
113 Schweden	96	99	95	99	96	99	55	73	9	35	..	99
114 Schweiz	118	86	118	86	118	87	26	55	7	16	..	99
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>48 w</b>	<b>97 w</b>	<b>71 w</b>	<b>110 w</b>	<b>25 w</b>	<b>85 w</b>	<b>13 w</b>	<b>45 w</b>	<b>2 w</b>	<b>8 w</b>	<b>14 w</b>	<b>..</b>
115 Irak	65	117	94	130	36	103	19	50	2	9	18	..
116 Saudi-Arabien	12	59	22	74	2	44	2	26	(.)	7	3	..
117 Libyen	59	123	92	128	24	119	9	67	1	7	..	50
118 Kuwait	117	104	131	110	102	98	37	74	..	13	47	60
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>101 w</b>	<b>97 w</b>	<b>101 w</b>	<b>97 w</b>	<b>101 w</b>	<b>97 w</b>	<b>47 w</b>	<b>71 w</b>	<b>11 w</b>	<b>21 w</b>	<b>97 w</b>	<b>..</b>
119 Bulgarien	93	96	94	96	92	95	55	90	11	22	91	..
120 Polen	109	100	110	102	107	99	50	67	9	18	95	98
121 Ungarn	101	97	103	96	100	97	46	69	7	12	97	98
122 Sowjetunion	100	97	100	97	100	97	49	72	11	22	98	100
123 Tschechoslowakei	93	94	93	94	93	95	25	40	11	15	95	..
124 Deutschl., Dem. Rep.	112	94	111	92	113	95	39	92	16	29	..	..

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf andere Jahre als die angegebenen. Vgl. technische Erläuterungen.

# Tabelle 24: Verteidigungs- und Sozialausgaben

	Verteidigungsausgaben in % von				Pro-Kopf-Ausgaben der Zentralregierung (in Dollar von 1975) für					
	BSP		Ausgaben der Zentral- regierung		Verteidigung		Erziehung		Gesundheit	
	1972 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1972 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1972 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1972 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1972 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>3,7 w</b>	<b>4,0 w</b>	<b>19,4 w</b>	<b>16,2 w</b>	<b>6 w</b>	<b>7 w</b>	<b>3 w</b>	<b>4 w</b>	<b>2 w</b>	<b>2 w</b>
China und Indien	..	4,0 w	..	15,9 w	..	7 w	..	4 w	..	..
Übrige Länder	3,7 w	3,9 w	19,4 w	18,9 w	6 w	7 w	3 w	3 w	2 w	2 w
1 Kambodscha	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
3 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch	0,5	..	5,1	..	(.)	..	1	..	(.)	..
5 Tschad	4,5	..	24,6	..	6	..	3	..	1	..
6 Äthiopien	2,0	..	14,3	..	2	..	2	2	1	1
7 Nepal	0,6	0,8	7,1	6,4	1	1	1	2	(.)	1
8 Somalia	6,2	7,3	23,3	20,1	7	7	2	5	2	2
9 Mali	..	3,3	..	18,6	..	4	..	5	..	1
10 Birma	6,3	3,7	31,6	26,3	7	5	3	2	1	1
11 Afghanistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
12 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
13 Burundi	2,0	2,5	10,3	11,2	2	3	6	6	1	1
14 Obervolta	1,3	3,2	11,5	21,8	1	4	3	3	1	1
15 Indien	..	2,8	..	18,7	..	4	..	(.)	..	(.)
16 Malawi	0,6	2,8	3,2	11,2	1	4	4	4	1	2
17 Ruanda	3,0	1,7	25,6	12,4	4	2	3	3	1	1
18 Sri Lanka	1,3	0,7	4,1	1,9	4	2	12	8	6	5
19 Benin	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
20 Mosambik	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
21 Sierra Leone	..	1,7	..	7,8	..	3	..	7	..	3
22 China	..	4,8	..	15,1	..	9	..	6	..	..
23 Haiti	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
24 Pakistan	6,6	5,3	39,9	31,4	10	10	(.)	1	(.)	1
25 Tansania	2,3	4,0	11,9	14,7	4	7	5	7	2	4
26 Zaire	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
27 Niger	..	0,9	..	6,1	..	2	..	6	..	2
28 Guinea	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
29 Zentralafr. Republik	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
30 Madagaskar	0,8	..	3,6	..	2	..	5	..	2	..
31 Uganda	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
32 Mauretanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
33 Lesotho	..	..	..	..	..	..	5	..	2	..
34 Togo	..	3,2	..	9,6	..	8	..	12	..	5
35 Indonesien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
36 Sudan	3,5	3,5	23,0	13,5	8	10	3	4	2	1
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>2,9 w</b>	<b>2,8 w</b>	<b>13,6 w</b>	<b>12,1 w</b>	<b>27 w</b>	<b>29 w</b>	<b>22 w</b>	<b>33 w</b>	<b>9 w</b>	<b>15 w</b>
Ölexporteure	3,0 w	2,6 w	16,4 w	10,3 w	31 w	22 w	25 w	32 w	10 w	8 w
Ölimporteure	2,8 w	2,9 w	12,6 w	12,6 w	24 w	32 w	20 w	34 w	9 w	20 w
37 Kenia	1,3	1,0	6,0	16,0	3	10	11	12	4	5
38 Ghana	1,6	0,8	8,0	5,3	8	4	20	11	6	5
39 Jemen, Arab. Rep.	..	4,1	..	30,6	..	15	..	5	..	2
40 Senegal	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
41 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
42 Simbabwe	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Ägypten	..	3,7	..	8,2	..	17	..	24	..	7
44 Jemen, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
45 Liberia	..	1,2	..	4,1	..	5	..	20	..	10
46 Sambia	..	..	..	..	..	..	33	23	13	11
47 Honduras	1,9	..	12,4	..	7	..	13	..	6	..
48 Bolivien	1,5	2,0	16,1	16,1	7	10	13	18	4	5
49 Kamerun	..	1,4	..	8,3	..	5	..	11	..	3
50 Thailand	3,5	3,1	19,5	18,1	11	13	11	15	2	3
51 Philippinen	1,5	2,8	10,1	19,0	5	11	7	7	1	3
52 Kongo, VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
53 Nicaragua	1,9	..	12,3	..	12	..	16	..	4	..
54 Papua-Neuguinea	..	1,5	..	4,3	..	6	..	26	..	12
55 El Salvador	0,8	1,0	6,6	6,8	4	5	11	14	6	6
56 Nigeria	5,2	4,0	40,2	17,9	20	20	2	11	2	2
57 Peru	2,5	2,1	14,8	13,1	23	18	35	23	10	8
58 Marokko	2,8	6,8	12,3	16,3	13	41	21	34	5	7
59 Mongolische VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
60 Albanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Dominikanische Rep.	1,5	..	8,5	..	11	..	18	..	15	..
62 Kolumbien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
63 Guatemala	1,1	1,2	11,0	11,0	3	8	5	9	2	5
64 Syrien, Arab. Rep.	10,9	15,3	37,2	34,9	64	121	19	22	2	3



	Verteidigungsausgaben in % von				Pro-Kopf-Ausgaben der Zentralregierung (in Dollar von 1975) für					
	BSP		Ausgaben der Zentral- regierung		Verteidigung		Erziehung		Gesundheit	
	1972 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1972 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1972 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1972 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>	1972 <sup>a</sup>	1978 <sup>b</sup>
65 Elfenbeinküste	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
66 Ecuador	2,0	2,2	16,9	19,2	11	15	20	20	3	6
67 Paraguay	1,8	1,3	13,8	11,3	9	9	8	11	2	2
68 Tunesien	1,1	1,5	4,8	4,3	7	13	46	62	11	21
69 Korea, Demokr. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
70 Jordanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
71 Libanon	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
72 Jamaika	..	1,0	..	2,6	..	12	..	83	..	35
73 Türkei	3,4	3,1	15,4	12,1	27	16	32	27	6	3
74 Malaysia	5,1	4,0	18,5	14,7	33	35	42	51	12	15
75 Panama	..	..	..	..	..	..	..	64	..	47
76 Kuba	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
77 Korea, Rep.	4,9	6,3	25,8	38,0	22	49	14	21	1	2
78 Algerien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
79 Mexiko	0,6	0,6	4,9	3,4	8	8	27	47	8	9
80 Chile	2,6	4,4	6,1	12,0	4	37	9	40	5	20
81 Südafrika, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82 Brasilien	1,4	1,1	8,3	5,8	13	14	11	14	10	20
83 Costa Rica	0,5	0,7	2,6	2,7	5	8	48	68	6	10
84 Rumänien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
85 Uruguay	1,4	2,5	5,6	10,5	16	17	28	15	5	8
86 Iran	7,4	..	24,1	..	104	..	45	..	16	..
87 Portugal	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
88 Argentinien	1,5	2,5	9,0	11,9	22	36	29	25	8	6
89 Jugoslawien	4,1	4,1	20,5	19,0	54	72	..	..	66	98
90 Venezuela	2,1	2,3	9,7	7,8	41	55	73	101	27	35
91 Trinidad und Tobago	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
92 Hongkong	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
93 Singapur	6,0	5,4	35,3	26,8	126	164	56	88	28	52
94 Griechenland	7,8	5,7	14,6	19,0	90	145	54	77	44	73
95 Israel	17,6	23,4	39,8	35,8	620	861	141	222	55	109
96 Spanien	1,3	1,0	6,5	4,2	34	32	43	66	5	5
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>5,1 w</b>	<b>2,9 w</b>	<b>21,6 w</b>	<b>13,4 w</b>	<b>301 w</b>	<b>281 w</b>	<b>80 w</b>	<b>120 w</b>	<b>152 w</b>	<b>229 w</b>
97 Irland	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
98 Italien	2,0	..	6,3	..	70	..	178	..	150	..
99 Neuseeland	1,5	1,6	5,8	4,4	69	70	215	231	195	241
100 Großbritannien	5,5	..	16,7	..	217	..	34	..	158	..
101 Finnland	1,5	1,4	6,1	4,7	80	83	203	272	140	196
102 Österreich	1,0	1,2	3,0	3,1	47	67	160	215	156	272
103 Japan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
104 Australien	2,8	3,0	14,5	9,4	188	175	55	171	108	193
105 Kanada	..	1,8	..	8,0	..	135	..	75	..	129
106 Frankreich	..	2,6	..	7,0	..	181	..	251	..	375
107 Niederlande	..	3,4	..	6,4	..	223	..	520	..	19
108 Vereinigte Staaten	6,3	3,1	32,2	21,2	453	374	45	52	120	179
109 Norwegen	3,4	3,3	9,4	8,1	201	236	206	264	255	319
110 Belgien	2,6	2,9	6,6	5,8	157	202	364	514	34	63
111 Deutschl., Bundesrep.	3,0	2,8	12,4	9,8	200	216	24	21	281	433
112 Dänemark	2,3	2,5	7,0	6,5	169	200	377	307	231	50
113 Schweden	3,6	3,3	12,2	8,0	283	280	335	364	81	86
114 Schweiz	2,0	2,0	15,1	10,0	184	182	51	68	122	197
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
115 Irak	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
116 Saudi-Arabien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
117 Libyen	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
118 Kuwait	2,7	10,3	8,4	11,2	26	36	47	34	17	19
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
119 Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
120 Polen	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
121 Ungarn	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
122 Sowjetunion	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
123 Tschechoslowakei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
124 Deutschl., Dem. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..

<sup>a</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1973 und nicht auf 1972. <sup>b</sup> Kursive Zahlen beziehen sich auf 1977 und nicht auf 1978.

# Tabelle 25: Einkommensverteilung

		Prozentuale Anteile am Haushaltseinkommen nach prozentualen Haushaltsgruppen <sup>a</sup>					
Jahr		Unterste 20%-Gruppe	2. 20%-Gruppe	3. 20%-Gruppe	4. 20%-Gruppe	Höchste 20%-Gruppe	Höchste 10%-Gruppe
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>							
China und Indien							
Übrige Länder							
1 Kambodscha		..	..	..	..	..	..
2 Laos, Dem. VR		..	..	..	..	..	..
3 Bhutan		..	..	..	..	..	..
4 Bangladesch		..	..	..	..	..	..
5 Tschad		..	..	..	..	..	..
6 Äthiopien	1976-77	4,6	8,0	11,7	16,5	59,2	46,5
7 Nepal		..	..	..	..	..	..
8 Somalia		..	..	..	..	..	..
9 Mali		..	..	..	..	..	..
10 Birma		..	..	..	..	..	..
11 Afghanistan		..	..	..	..	..	..
12 Vietnam		..	..	..	..	..	..
13 Burundi		..	..	..	..	..	..
14 Obervolta		..	..	..	..	..	..
15 Indien	1975-76	7,0	9,2	13,9	20,5	49,4	33,6
16 Malawi	1967-68	10,4	11,1	13,1	14,8	50,6	40,1
17 Ruanda		..	..	..	..	..	..
18 Sri Lanka	1969-70	7,5	11,7	15,7	21,7	43,4	28,2
19 Benin		..	..	..	..	..	..
20 Mosambik		..	..	..	..	..	..
21 Sierra Leone		..	..	..	..	..	..
22 China		..	..	..	..	..	..
23 Haiti		..	..	..	..	..	..
24 Pakistan		..	..	..	..	..	..
25 Tansania	1969	5,8	10,2	13,9	19,7	50,4	35,6
26 Zaïre		..	..	..	..	..	..
27 Niger		..	..	..	..	..	..
28 Guinea		..	..	..	..	..	..
29 Zentralafr. Republik		..	..	..	..	..	..
30 Madagaskar		..	..	..	..	..	..
31 Uganda		..	..	..	..	..	..
32 Mauritien		..	..	..	..	..	..
33 Lesotho		..	..	..	..	..	..
34 Togo		..	..	..	..	..	..
35 Indonesien	1976	6,6	7,8	12,6	23,6	49,4	34,0
36 Sudan		..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>							
Ölexporteur							
Ölimporteur							
37 Kenia		..	..	..	..	..	..
38 Ghana		..	..	..	..	..	..
39 Jemen, Arab. Rep.		..	..	..	..	..	..
40 Senegal		..	..	..	..	..	..
41 Angola		..	..	..	..	..	..
42 Simbabwe		..	..	..	..	..	..
43 Ägypten		..	..	..	..	..	..
44 Jemen, Dem. VR		..	..	..	..	..	..
45 Liberia		..	..	..	..	..	..
46 Sambia		..	..	..	..	..	..
47 Honduras	1967	2,3	5,0	8,0	16,9	67,8	50,0
48 Bolivien		..	..	..	..	..	..
49 Kamerun		..	..	..	..	..	..
50 Thailand		..	..	..	..	..	..
51 Philippinen	1970-71	5,2	9,0	12,8	19,0	54,0	38,5
52 Kongo, VR		..	..	..	..	..	..
53 Nicaragua		..	..	..	..	..	..
54 Papua-Neuguinea		..	..	..	..	..	..
55 El Salvador		..	..	..	..	..	..
56 Nigeria		..	..	..	..	..	..
57 Peru	1972	1,9	5,1	11,0	21,0	61,0	42,9
58 Marokko		..	..	..	..	..	..
59 Mongolische VR		..	..	..	..	..	..
60 Albanien		..	..	..	..	..	..
61 Dominikanische Rep.		..	..	..	..	..	..
62 Kolumbien		..	..	..	..	..	..
63 Guatemala		..	..	..	..	..	..
64 Syrien, Arab. Rep.		..	..	..	..	..	..

Prozentuale Anteile am Haushaltseinkommen nach prozentualen Haushaltsgruppen <sup>a</sup>						
Jahr	Unterste 20%-Gruppe	2. 20%-Gruppe	3. 20%-Gruppe	4. 20%-Gruppe	Höchste 20%-Gruppe	Höchste 10%-Gruppe
65 Elfenbeinküste	..	..	..	..	..	..
66 Ecuador	..	..	..	..	..	..
67 Paraguay	..	..	..	..	..	..
68 Tunesien	..	..	..	..	..	..
69 Korea, Demokr. Rep.	..	..	..	..	..	..
70 Jordanien	..	..	..	..	..	..
71 Libanon	..	..	..	..	..	..
72 Jamaika	..	..	..	..	..	..
73 Türkei	1973 3,4	8,0	12,5	19,5	56,5	40,7
74 Malaysia	1970 3,3	7,3	12,2	20,7	56,6	39,6
75 Panama	..	..	..	..	..	..
76 Kuba	..	..	..	..	..	..
77 Korea, Rep.	1976 5,7	11,2	15,4	22,4	45,3	27,5
78 Algerien	..	..	..	..	..	..
79 Mexiko	1977 2,9	7,0	12,0	20,4	57,7	40,6
80 Chile	1968 4,4	9,0	13,8	21,4	51,4	34,8
81 Südafrika, Rep.	..	..	..	..	..	..
82 Brasilien	1972 2,0	5,0	9,4	17,0	66,6	50,6
83 Costa Rica	1971 3,3	8,7	13,3	19,9	54,8	39,5
84 Rumänien	..	..	..	..	..	..
85 Uruguay	..	..	..	..	..	..
86 Iran	..	..	..	..	..	..
87 Portugal	..	..	..	..	..	..
88 Argentinien	1970 4,4	9,7	14,1	21,5	50,3	35,2
89 Jugoslawien	1978 6,6	12,1	18,7	23,9	38,7	22,9
90 Venezuela	1970 3,0	7,3	12,9	22,8	54,0	35,7
91 Trinidad und Tobago	1975-76 4,2	9,1	13,9	22,8	50,0	31,8
92 Hongkong	..	..	..	..	..	..
93 Singapur	..	..	..	..	..	..
94 Griechenland	..	..	..	..	..	..
95 Israel	..	..	..	..	..	..
96 Spanien	1974 6,0	11,8	16,9	23,1	42,2	26,7
<b>Marktwirtschaftliche Industrieländer</b>						
97 Irland	..	..	..	..	..	..
98 Italien	1969 5,1	10,5	16,2	21,7	46,5	30,9
99 Neuseeland	..	..	..	..	..	..
100 Großbritannien	1977-78 7,4	11,7	17,0	24,7	39,5	23,3
101 Finnland	..	..	..	..	..	..
102 Österreich	..	..	..	..	..	..
103 Japan	1969 7,9	13,1	16,8	21,2	41,0	27,2
104 Australien	1966-67 6,6	13,5	17,8	23,4	38,8	23,7
105 Kanada	1969 5,0	11,8	17,9	24,3	41,0	25,1
106 Frankreich	1970 4,3	9,8	16,3	22,7	46,9	30,4
107 Niederlande	1975 8,5	13,6	17,8	23,0	37,1	22,5
108 Vereinigte Staaten	1972 4,5	10,7	17,3	24,7	42,8	26,6
109 Norwegen	1970 6,3	12,9	18,8	24,7	37,3	22,2
110 Belgien	..	..	..	..	..	..
111 Deutschl., Bundesrep.	1973 6,5	10,3	15,0	22,0	46,2	30,3
112 Dänemark	..	..	..	..	..	..
113 Schweden	1972 6,6	13,1	18,5	24,8	37,0	21,3
114 Schweiz	..	..	..	..	..	..
<b>Ölexportländer mit Zahlungsbilanzüberschuß</b>						
115 Irak	..	..	..	..	..	..
116 Saudi-Arabien	..	..	..	..	..	..
117 Libyen	..	..	..	..	..	..
118 Kuwait	..	..	..	..	..	..
<b>Planwirtschaftliche Industrieländer</b>						
119 Bulgarien	..	..	..	..	..	..
120 Polen	..	..	..	..	..	..
121 Ungarn	..	..	..	..	..	..
122 Sowjetunion	..	..	..	..	..	..
123 Tschechoslowakei	..	..	..	..	..	..
124 Deutschl., Dem. Rep.	..	..	..	..	..	..

<sup>a</sup> Diese Schätzungen sollten mit Zurückhaltung behandelt werden. Vgl. technische Erläuterungen.

# Technische Erläuterungen

**Tabelle 1: Basiskennzahlen**

Die Schätzwerte für die *Bevölkerungszahlen* Mitte 1979 stammen überwiegend aus der Abteilung für Bevölkerungsfragen der VN. Sie wurden in einigen Fällen durch neuere Daten der Weltbank und des Statistischen Bundesamtes der USA ergänzt.

Die Angaben zur *Fläche* wurden dem *Jahrbuch der Produktion 1979* der FAO entnommen.

Das *Bruttosozialprodukt (BSP)* mißt die gesamte in- und ausländische Erzeugung, die den Bewohnern eines Landes zur Verfügung steht. Es schließt das Bruttoinlandsprodukt (vgl. technische Erläuterungen zu Tabelle 2) und Faktoreinkommen (wie Investitionserträge und Gastarbeiterüberweisungen) ein, die Inländern aus dem Ausland zufließen, abzüglich der im Inland verdienten Einkommen, die im Ausland lebenden Personen zuwachsen. Bei der Berechnung werden Abschreibungen auf den Kapitalbestand nicht abgezogen. In einzelnen Fällen wurden die Schätzwerte für das BSP unter Verwendung von Angaben über den Nettoproduktionswert revidiert.

Die Angaben über das *BSP pro Kopf* wurden nach dem Verfahren berechnet, das dem *Weltbank Atlas* zugrunde liegt: Das in nationaler Währung gemessene BSP wurde zunächst in gewogenen Durchschnittspreisen der Basisperiode 1977 bis 1979 ausgedrückt, sodann mit Hilfe des BSP-gewogenen durchschnittlichen Wechselkurses dieser Periode in Dollar konvertiert und um die Inflationsrate in den USA bereinigt. Der so ermittelte Schätzwert für das BSP wurde dann durch die Bevölkerungszahl Mitte 1979

dividiert. Dieses Verfahren verringert den Einfluß zeitweiliger Unter- oder Überbewertungen einzelner Währungen und verbessert im allgemeinen die Vergleichbarkeit der geschätzten BSP-Werte pro Kopf zwischen den Ländern.

Die *durchschnittliche jährliche Inflationsrate* wurde aus dem »impliziten BIP-Deflator« abgeleitet, der wie folgt berechnet wird: Für jedes Jahr des in Frage kommenden Zeitraums wird der Wert des BIP zu laufenden Marktpreisen durch den Wert des BIP zu konstanten Marktpreisen dividiert, wobei die Bewertung jeweils in nationaler Währung erfolgt. Die Aussagefähigkeit dieser Kennzahl ist vor allem für die ölproduzierenden Länder angesichts der starken Ölpreissteigerungen begrenzt.

Die *Alphabetenquote für Erwachsene* mißt den prozentualen Anteil der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und darüber, der lesen und schreiben kann, an der Gesamtbevölkerung. Diese Quoten basieren in erster Linie auf Angaben der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der VN (UNESCO), ergänzt durch Daten der Weltbank. Für einige Länder beziehen sich die Schätzungen auf andere als die angegebenen Jahre, wobei die Abweichungen jedoch zwei Jahre nicht überschreiten. Die Zeitreihen sind deshalb zwischen den Ländern nur bedingt vergleichbar.

Die *Lebenserwartung bei der Geburt* gibt die Anzahl der Jahre an, die ein neugeborenes Kind leben würde, sofern es den Sterblichkeitsrisiken ausgesetzt wäre, die zum Zeitpunkt seiner Geburt im Querschnitt der Bevölkerung vorherrschen. Die Angaben stammen aus der Abteilung für Bevölkerungsfragen der VN, ergänzt um Daten der Weltbank.

Der *Index der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf* mißt den Anteil der durchschnittlichen jährlichen Nahrungsmittelmenge pro Kopf, die in den Jahren 1977–1979 erzeugt wurde, an der durchschnittlichen jährlichen mengenmäßigen Produktion in den Jahren 1969–1971. Die Schätzungen wurden von der Organisation der VN für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) übernommen; sie wurden durch Division der Indizes der mengenmäßigen Nahrungsmittelerzeugung durch Bevölkerungsindizes ermittelt. Der Begriff Nahrungsmittel umfaßt Getreide, stärkehaltige Wurzeln, Zuckerröhre und -rüben, Hülsenfrüchte, Pflanzen zur Erzeugung von Speiseöl, Nüsse, Früchte, Gemüse, Viehbestand und Tierprodukte. Unberücksichtigt bleiben Viehfutter, Saatgut für die Verwendung in der Landwirtschaft und Verluste bei Verarbeitung und Vertrieb.

Die Ländergruppenschritte in dieser Tabelle sind mit den Bevölkerungszahlen der Länder gewogen.

Die nebenstehende Übersicht enthält Grunddaten für 31 Länder mit einer Bevölkerung von weniger als 1 Million, die Mitglieder der Vereinten Nationen und/oder der Weltbank sind.

## Tabellen 2 und 3: Wachstum und Struktur der Produktion

Die verwendeten Definitionen sind überwiegend identisch mit den Definitionen in der *Systematik für volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen* der VN.

Das *Bruttoinlandsprodukt (BIP)* mißt die gesamte Enderzeugung von Gütern und Dienstleistungen, die

<i>VN-/Weltbank-Mitglieder mit einer Bevölkerung von weniger als 1 Million</i>	<i>Bevölke- rung (in Mio) Mitte 1979</i>	<i>Fläche (in Tsd. Quadrat- kilometer)</i>	<i>BSP pro Kopf (in \$) 1979</i>	<i>Lebens- erwartung bei der Geburt (in Jahren) 1979</i>	<i>Durchschnitts- index der Nahrungs- mittel- erzeugung pro Kopf (1969-71=100) 1977-79</i>
Guinea-Bissau	0,8	36	170	42	94
Malediven	0,2	(.)	200	47	..
Komoren	0,4	2	220	47	..
Gambia	0,6	11	250	42	77
Kap Verde	0,3	4	260	61	..
Äquatorialguinea	0,4	28	..	47	..
Westsamoa	0,2	3	..	68	..
Solomon-Inseln	0,2	28	..	..	124
Dominica	0,1	1	400	..	..
Dschibuti	0,3	22	420	45	..
Sao Tomé und Príncipe	0,1	1	450	..	..
Guyana	0,8	215	580	68	97
Grenada	0,1	(.)	620	69	..
Swasiland	0,5	17	650	47	109
Botsuana	0,8	600	720	49	89
St. Lucia	0,1	1	780	..	..
Mauritius	0,9	2	1.030	65	100
Seschellen	0,1	(.)	1.400	..	..
Fidschi	0,6	18	1.680	72	124
Barbados	0,2	(.)	2.440	71	81
Surinam	0,4	163	2.590	68	148
Malta	0,3	(.)	2.610	72	126
Bahamas	0,2	14	2.750	69	..
Oman	0,9	300	2.970	48	..
Zypern	0,6	9	3.110	73	94
Gabun	0,6	268	3.280	45	94
Bahrain	0,4	1	5.270	67	..
Island	0,2	103	10.400	75	115
Luxemburg	0,4	3	12.670	72	104
Vereinigte Arab. Emirate	0,8	84	15.590	62	..
Katar	0,2	11	16.670	58	..

von der Wirtschaft eines Landes erstellt wird; d.h. alle Leistungen innerhalb der Landesgrenzen sowohl Gebietsansässiger als auch von Ausländern werden erfaßt, ohne Rücksicht darauf, ob das Verfügungsrecht über diese Leistungen Inländern oder Ausländern zusteht. Bei der Berechnung des BIP werden keine Abzüge zur Berücksichtigung von Abschreibungen vorgenommen. Für die meisten Länder wird der Beitrag der Industrie zum BIP zu Faktorkosten bewertet; für einige Länder ohne vollständige volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu Faktorkosten wurden hingegen Zeitreihen zu Marktpreisen verwendet. Das BIP zu Faktorkosten entspricht dem

BIP zu Marktpreisen, abzüglich indirekter Steuern und ohne Subventionen.

Der *landwirtschaftliche Sektor* umfaßt Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischfang. Zum *Industriesektor* gehören Bergbau, *verarbeitendes Gewerbe* (auch als Fertigwarenindustrie bezeichnet), Bauwirtschaft, Strom-, Wasser- und Gasversorgung. Alle übrigen Wirtschaftszweige werden dem *Dienstleistungssektor* zugeordnet.

Die in diesen Tabellen ausgewiesenen Kennzahlen wurden unter Zuhilfenahme von Zeitreihen in nationalen Währungen aus nationalen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt. Die Zuwachs-

raten in Tabelle 2 wurden auf der Basis konstanter Preisreihen berechnet, während den Anteilen am BIP in Tabelle 3 laufende Preisreihen zugrunde liegen.

In Tabelle 2 sind die durchschnittlichen Wachstumsraten für die Ländergruppen mit dem BIP der Länder in Dollar von 1970 gewogen. Die durchschnittlichen sektoralen Anteile in Tabelle 3 wurden mit dem BIP der Länder in laufenden Dollar gewichtet.

#### Tabellen 4 und 5: Zunahme von Verbrauch und Investition; Struktur der Nachfrage

Das *Bruttoinlandsprodukt (BIP)* wird in den Erläuterungen zu Tabelle 2 definiert.

Der *öffentliche Verbrauch* erfaßt alle laufenden Ausgaben auf allen öffentlichen Verwaltungsebenen für den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen. Der Kapitaleaufwand für die nationale Verteidigung und Sicherheit wird als Verbrauchsausgabe behandelt.

Der *private Verbrauch* setzt sich zusammen aus dem Marktwert aller Güter und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten und gemeinnützigen Institutionen gekauft oder als Einkommensersatz bezogen werden. Er schließt die kalkulatorische Eigenmiete für Wohnraum ein, der vom Eigentümer genutzt wird.

Die *Bruttoinlandsinvestition* erfaßt alle Ausgaben für die Aufstockung des Anlagevermögens in der Volkswirtschaft, zuzüglich des Nettowertes von Lagerbestandsveränderungen.

Die *Bruttoinlandsersparnis* mißt den Betrag der Bruttoinlandsinvestition, die aus der inländischen Produktion finanziert wird. Sie umfaßt sowohl die öffentliche als auch die private Ersparnis und wird als Differenz zwischen der Bruttoinlandsinvestition und dem Defizit in der Leistungsbilanz ohne den laufenden Nettotransfer berechnet.

Die *Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen* erfaßt den Wert aller Waren- und Dienstleistungsexporte in die übrige Welt; hierzu

gehören Waren, Fracht, Versicherung, Reisen und sonstige Dienstleistungen. Der Wert von Faktoreinkommen wie Investitionserträge und Gastarbeiterüberweisungen aus dem Ausland wird in dieser Meßziffer nicht erfaßt.

Der *Außenbeitrag* ist die Differenz zwischen den Ausfuhren und Einfuhren von Waren und Dienstleistungen ohne Faktoreinkommen.

Zur Berechnung der Kennzahlen in diesen Tabellen wurden Zeitreihen in nationaler Währung aus den nationalen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet. Die Wachstumsraten in Tabelle 4 basieren auf konstanten, die BIP-Anteile in Tabelle 5 auf laufenden Preisreihen.

Die Ländergruppendurchschnitte in Tabelle 5 sind mit dem BIP der Länder in laufenden Dollar gewogen.

#### **Tabelle 6: Industrialisierung**

Die prozentuale *Verteilung der Wertschöpfung* zwischen den Wirtschaftszweigen des verarbeitenden Gewerbes (hier auch als Fertigwarenindustrie bezeichnet) wurde auf der Grundlage von Daten der Organisation für Industrielle Entwicklung der Vereinten Nationen (UNIDO – UN Industrial Development Organization) berechnet; die Basisdaten sind in Dollar von 1975 ausgedrückt.

Die Untergliederung des verarbeitenden Gewerbes stimmt mit dem Internationalen Verzeichnis der Wirtschaftszweige der Vereinten Nationen (ISIC – International Standard Industrial Classification) überein, das alle wirtschaftlichen Aktivitäten erfaßt. *Nahrungsmittel und Landwirtschaft* umfassen die Hauptgruppen 311, 313 und 314 der ISIC; *Textilien und Bekleidung* die Hauptgruppen 321 bis 324; *Maschinen und Transportausrüstungen* die Hauptgruppen 382 bis 384 und *chemische Erzeugnisse* die ISIC-Hauptgruppen 351 und 352. Die *Sonstigen Fertigwaren* umfassen die ISIC-Hauptabteilung 3, abzüglich der vorstehend genannten Gruppen.

Die Angaben zur *Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe* stammen aus den Zeitreihen volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Weltbank in nationalen Währungen, die in Dollar von 1975 konvertiert wurden.

Zur Berechnung der *Bruttoproduktion im verarbeitenden Gewerbe pro Kopf* wurden Verhältniszahlen aus der Brutto-Erzeugung und der Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes aus verschiedenen Ausgaben des *Jahrbuchs für Wirtschaftsstatistik* der VN auf Daten über die Wertschöpfung in diesen Wirtschaftszweigen bezogen. Die Kennzahlen pro Kopf wurden unter Verwendung von Schätzungen über die Bevölkerungszahlen der Länder zur Jahresmitte ermittelt.

#### **Tabelle 7: Kommerzielle Energie**

Alle Angaben zur *Energie* stammen aus Quellen der Vereinten Nationen. Sie umfassen die handelsüblichen primären Energieformen Stein- und Braunkohle, Rohöl, Erdgas und verflüssigtes Erdgas sowie mit Wasser- und Kernkraft erzeugten elektrischen Strom, jeweils umgerechnet in Steinkohleäquivalente. Die Verwendung von Brennholz und anderen herkömmlichen Brennstoffen wurde, obwohl sie in einigen Entwicklungsländern von erheblicher Bedeutung ist, nicht berücksichtigt, da hierüber keine zuverlässigen und umfassenden Angaben vorliegen.

Die Ländergruppendurchschnitte für die Zuwachsraten der *Energieproduktion* sind mit der mengenmäßigen Erzeugung der Länder im Jahre 1974 gewogen, die Durchschnitte für die Zuwachsraten des *Energieverbrauchs* mit dem mengenmäßigen Verbrauch der Länder im Jahre 1974 und die für den *Energieverbrauch pro Kopf* mit den Bevölkerungszahlen.

Die *Energieeinfuhr* bezieht sich auf den Dollar-Wert der Energieimporte – gemäß Abschnitt 3 des revidierten Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel (SITC – Revised) – ausgedrückt als

Prozentsatz der Warenausfuhrerlöse. Die Ländergruppendurchschnitte sind mit der Warenausfuhr der Länder in laufenden Dollar gewogen.

Die verfügbaren Daten zur Energieeinfuhr ermöglichen keine Unterscheidung zwischen Rohöleinfuhren für den Brennstoffverbrauch und solche für den Einsatz in der Petrochemie. Entsprechend könnten diese Prozentzahlen das Ausmaß der Abhängigkeit der einzelnen Volkswirtschaften von der Energieeinfuhr überbewerten.

#### **Tabelle 8: Wachstum des Warenhandels**

Die Daten über den Warenhandel stammen aus Veröffentlichungen und der Handelsdatensammlung der VN. Sie werden ergänzt um statistische Angaben der Konferenz für Handel und Entwicklung der VN (UNCTAD), der *Regionalen Handelsstatistik* und der *Internationalen Finanzstatistik* des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie in einigen wenigen Fällen um Daten aus der Länder-Dokumentation der Weltbank.

Die *Warenausfuhr und -einfuhr* umfaßt mit wenigen Ausnahmen alle Transaktionen, die einen internationalen Wechsel des Eigentums an Waren nach sich ziehen, die die Zollgrenzen des berichtenden Landes überschreiten. Die Exporte werden, soweit die vorgenannten Quellen nichts anderes besagen, auf fob- (free on board-)Basis und die Importe auf cif- (cost, insurance and freight-)Basis bewertet und in laufenden Dollar ausgedrückt.

Die *Zuwachsraten der Warenausfuhr und -einfuhr* werden in realen Größen angegeben und basieren auf Mengen-(bzw. Volumen-)indizes der Ausfuhr und Einfuhr. Für die meisten Länder wurden diese Indizes dem *Statistischen Handbuch für Außenhandel und Entwicklung* der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) und ergänzenden Angaben über revidierte Daten entnommen. Für die Industrieländer kom-



men diese Indizes aus dem *Statistischen Jahrbuch des Außenhandels* und dem *Statistischen Monatsheft* der VN.

Die *Terms of Trade* oder »Netto-austauschverhältnisse im Außenhandel« werden als Verhältnis des Durchschnittswerts der Ausfuhr eines Landes zum Durchschnittswert seiner Einfuhr berechnet. Entsprechend repräsentieren die für die Jahre 1960 und 1979 ausgewiesenen Werte des Terms of Trade-Index auf der Basis 1975 = 100 Änderungen der Exportpreise gegenüber den Importpreisen. Die Indizes der Durchschnittswerte stammen aus den gleichen Quellen, die voransiehend für die Zuwachsraten der Ausfuhr und Einfuhr zitiert wurden.

#### Tabellen 9 und 10: Struktur des Warenhandels

Die Anteile in diesen Tabellen wurden aus den in laufenden Dollar ausgedrückten Handelswerten abgeleitet, die auf Magnetbändern mit VN-Handelsdaten gespeichert und im *Jahrbuch für Außenhandelsstatistik* der VN enthalten sind.

Der Begriff der *Warenausfuhr und -einfuhr* wird in den Erläuterungen zu Tabelle 8 definiert.

In der Untergliederung der Ausfuhr in Tabelle 9 bezieht sich die Gruppe *Brennstoffe, Mineralien und Metalle* auf die Güter in Abschnitt 3, Teile 27 und 28 der SITC (Rev.) sowie auf die NE-Metalle in Teil 68. Die Gruppe *Sonstige Rohstoffe* umfaßt die Abschnitte 0, 1, 2 und 4 der SITC (Nahrungsmittel und lebende Tiere, Getränke und Tabak, unverzehrbares Rohmaterialien, Öle, Fette und Wachse), abzüglich der SITC-Teile 27 und 28 (Mineralien, Rohdünger und metallhaltige Erze). *Textilien und Bekleidung* bezieht sich auf die SITC-Teile 65 und 84 (Textilien, Garne, Gewebe und Bekleidung). *Maschinen und Transportausrüstungen* schließt die in Abschnitt 7 der SITC aufgeführten Güter ein. *Sonstige Fertigwaren*, als Restposten ermittelt aus dem Gesamtwert der Fertigwarenausfuhr, bezieht sich auf die Abschnitte 5 bis

9 ohne Abschnitt 7 und die Teile 65, 68 und 84 der SITC.

In der Untergliederung der Einfuhr in Tabelle 10 umfaßt die Gruppe *Nahrungsmittel* die Waren in den Abschnitten 0, 1 und 4 sowie in Teil 22 der revidierten SITC (Nahrungsmittel und lebende Tiere, Getränke und Tabak, Öle und Fette). Die Gruppe *Brennstoffe* bezieht sich auf die Güter in Abschnitt 3 der SITC (mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Produkte). *Sonstige Rohstoffe* umfassen SITC-Abschnitt 2 (Rohmaterialien ohne Brennstoffe), abzüglich Teil 22 der SITC (Ölsaaten und Nüsse), plus Teil 68 der SITC (NE-Metalle). *Maschinen und Transportausrüstungen* entspricht den in Abschnitt 7 der SITC aufgeführten Gütern. *Sonstige Fertigwaren*, als Restposten des Gesamtwerts der Fertigwareneinfuhr ermittelt, bezieht sich auf die Abschnitte 5 bis 9 ohne Abschnitt 7 und Teil 68.

Die Ländergruppenschneitel in Tabelle 9 sind mit der Warenausfuhr und die in Tabelle 10 mit der Wareneinfuhr der Länder jeweils in laufenden Dollar gewogen.

#### Tabelle 11: Regionale Struktur der Warenausfuhr

Die *Warenausfuhr* wird in den Erläuterungen zu Tabelle 8 definiert. Alle Handelsanteile in Tabelle 11 wurden auf der Grundlage der Handelswerte in laufenden Dollar der *Regionalen Handelsstatistik* des IWF berechnet. Unaufgeschlüsselte Ausfuhren wurden zwischen den Ländergruppen proportional zu ihren jeweiligen Anteilen am aufgeschlüsselten Warenhandel zugeteilt. Die *marktwirtschaftlichen Industrieländer* schließen auch Gibraltar, Island und Luxemburg ein; die *ölexportierenden Länder mit Zahlungsbilanzüberschuß* umfassen auch Katar, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Die Ländergruppenschneitel sind mit der Warenausfuhr der Länder in laufenden Dollar gewogen.

#### Tabelle 12: Fertigwarenhandel

Die in dieser Tabelle ausgewiesenen Daten stammen von den Vereinten Nationen; sie werden u. a. auch für die Aufstellung der Spezialübersicht B im *Jahrbuch für Außenhandelsstatistik* der VN verwendet. Der Begriff *Fertigwaren*, hier synonym zum Begriff Erzeugnisse des verarbeitenden Gewerbes verwandt, umfaßt die Güter in den Abschnitten 5 bis 9 der SITC (Rev.) (chemische Erzeugnisse und verwandte Produkte, verarbeitete Erzeugnisse, Maschinen und Transportausrüstungen) ohne Teil 68 (NE-Metalle).

Die Einteilung in Ländergruppen ist mit der in Tabelle 11 identisch. Die Ländergruppenschneitel sind mit der Fertigwarenausfuhr der Länder in laufenden Dollar gewogen.

#### Tabelle 13: Zahlungsbilanzen und Schuldendienstrelationen

Unter dem *Leistungsbilanzsaldo* (auch *Bilanz der laufenden Posten*) wird die Differenz zwischen (1) den Exporten von Gütern und Dienstleistungen, einschließlich des Zustroms unentgeltlicher öffentlicher und privater Übertragungen, und (2) den Importen von Gütern und Dienstleistungen, einschließlich unentgeltlicher Übertragungen an die übrige Welt, verstanden. *Zinszahlungen auf die öffentliche und öffentlich garantierte Auslandsverschuldung* sind in diesem Begriff nicht enthalten und werden gesondert ausgewiesen. Diese Zahlungen umfassen Zinsen auf den ausgezahlten Teil der ausstehenden öffentlichen und öffentlich garantierten Schulden sowie Bereitstellungsgebühren für nicht ausgezahlte Kredite. Die Schätzwerte für die Leistungsbilanzen stammen aus der Datensammlung des IWF; die Schätzwerte für die Zinszahlungen wurden dem Schuldenberichtssystem der Weltbank entnommen.

Der *Schuldendienst* umfaßt Zinszahlungen und Tilgung auf die öffentliche und öffentlich garantierte Auslandsverschuldung. Die Daten

für den Schuldendienst stammen aus dem Schuldenberichtssystem der Weltbank. Das Verhältnis aus Schuldendienst und Export von Gütern und Dienstleistungen ist eine von mehreren verbreiteten Daumenregeln zur Beurteilung der Schuldendienstkapazität. Die hier angeführten Schuldendienstkoeffizienten lassen die nicht-garantierte private Verschuldung, die für einige Länder beträchtlich ist, außer acht. Die Kreditaufnahmen für Käufe militärischer Ausrüstungen sind ebenfalls nicht erfaßt, da sie regelmäßig nicht berichtet werden. Die durchschnittlichen Verhältniszahlen aus Schuldendienst und BSP der Ländergruppen sind mit dem BSP der Länder in laufenden Dollar gewogen. Die Durchschnittsquoten aus Schuldendienst und Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen sind mit der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen der Länder in laufenden Dollar gewichtet.

Das Schuldenberichtssystem der Weltbank befaßt sich ausschließlich mit Entwicklungsländern und sammelt für andere Ländergruppen keine Angaben über die Auslandsverschuldung. Auch aus anderen Quellen sind für diese Länder keine vergleichbaren Daten verfügbar.

#### **Tabelle 14: Zufluß von Auslandskapital**

Die Daten für den *Bruttozufluß* und die *Tilgung* (Amortisation) öffentlicher und öffentlich garantierter mittel- und langfristiger Kredite stammen aus dem Schuldenberichtssystem der Weltbank. Die *Nettozuflüsse* erfassen die um die Tilgung verringerten Bruttozuflüsse.

Die private *Nettodirektinvestition* ist der Nettobetrag, der von Gebietsfremden eines Landes in Unternehmen investiert oder reinvestiert wird, deren Geschäftspolitik sie oder andere Gebietsfremde in signifikanter Weise beeinflussen; diese Nettogröße schließt auch den Wert der Direktinvestitionen ein, die von Gebietsansässigen im Ausland getätigt werden. Für die Berechnung dieser Schätzwerte wurde die Datensammlung des IWF herangezogen.

#### **Tabelle 15: Öffentliche Auslandsverschuldung und Währungsreserven**

Die *ausstehende öffentliche Auslandsverschuldung* erfaßt den Betrag der öffentlichen und öffentlich garantierten Kredite, der tatsächlich ausgezahlt wurde, abzüglich gekündigter Kreditzusagen und Tilgung. Die ausgewiesenen Daten beziehen sich jeweils auf das Ende des angegebenen Jahres und stammen aus dem Schuldenberichtssystem der Weltbank. Bei der Ermittlung des prozentualen Anteils der öffentlichen Auslandsverschuldung am BSP wurde das BSP in nationalen Währungen zum durchschnittlichen amtlichen Wechselkurs des jeweiligen Jahres in Dollar umgerechnet. Die Ländergruppendurchschnitte sind mit dem BSP der Länder in laufenden Dollar gewogen.

Die *Bruttowährungsreserven* setzen sich zusammen aus Goldbeständen, Sonderziehungsrechten (SZR), Reservepositionen von IWF-Mitgliedern und Beständen an Devisenreserven, über die die Währungsbehörden verfügen. Die Goldkomponente dieser Reserven ist durchweg zum Londoner Goldpreis am Jahresende bewertet. Dies entspricht 37,37 Dollar je Unze für 1970 und 512 Dollar je Unze für 1979. Die Daten über die Bestände an Währungsreserven stammen aus der Datensammlung des IWF. Die für die Jahre 1970 und 1979 angegebenen Reservenbestände beziehen sich jeweils auf das Jahresende und sind in laufenden Dollar ausgedrückt. Für die Reservenbestände von Ende 1979 wird auch angegeben, wie viele Monatsimporte von Gütern und Dienstleistungen mit ihnen bezahlt werden könnten, wobei Durchschnittsimportwerte für die Jahre 1978 oder 1979 verwendet wurden. Die Ländergruppendurchschnitte sind mit der Einfuhr der Länder von Waren und Dienstleistungen in laufenden Dollar gewogen.

#### **Tabelle 16: Öffentliche Entwicklungshilfe der OECD- und OPEC-Mitgliedsländer**

Die *öffentliche Entwicklungshilfe* (ODA – Official Development Assis-

tance) setzt sich zusammen aus Nettoauszahlungen in der Form von Geschenken und Krediten zu konzessionären finanziellen Bedingungen, die seitens öffentlicher Stellen der Mitglieder des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie der Mitglieder der Organisation ölexportierender Staaten (OPEC) mit dem Ziel gegeben werden, die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand zu fördern. Sie schließt den Wert der technischen Zusammenarbeit und Hilfe ein.

Die ausgewiesenen *Beträge* sind Nettoauszahlungen an Entwicklungsländer und multilaterale Institutionen. Die Auszahlungen an multilaterale Institutionen werden inzwischen einheitlich für alle DAC-Mitglieder zum Stichtag der Ausstellung von Schuldscheinen erfaßt; bislang berichteten einige DAC-Mitglieder zum Stichtag des Zahlungstransfers. Die *bilateralen Nettozuflüsse für Länder mit niedrigem Einkommen* vernachlässigen noch nicht zugeteilte bilaterale Transfers und alle Auszahlungen an multilaterale Institutionen.

Die Angaben für die Jahre 1960 bis 1980 stammen von der OECD. Alle anderen Daten sind Projektionen des Mitarbeiterstabs der Weltbank, die auf Schätzungen der OECD und der Weltbank für das BSP-Wachstum, auf Informationen über Budgetbewilligungen für die Entwicklungshilfe und auf Regierungserklärungen zur Entwicklungshilfepolitik beruhen. Es handelt sich mithin nicht um Voraussagen, sondern um Projektionen dessen, was unter Berücksichtigung gegenwärtiger Pläne eintreten wird.

Die Nominalwerte der öffentlichen Entwicklungshilfe, die in der Zusammenfassung für die OECD-Ländergruppe ausgewiesen werden, wurden mit Hilfe des Dollar-BSP-Deflators in Preise des Jahres 1978 umgerechnet. Dieser Deflator basiert auf dem Preisanstieg in den OECD-Ländern (ohne Griechenland, Portugal, Spanien und Türkei), jeweils gemessen in Dollar. Er

berücksichtigt Paritätsänderungen zwischen dem Dollar und anderen nationalen Währungen. Wertet zum Beispiel der Dollar ab, so sind die in nationalen Währungen gemessenen Preissteigerungsraten um den Betrag der Dollar-Abwertung nach oben zu korrigieren, um den Preisanstieg, ausgedrückt in Dollar-Einheiten, zu erhalten.

Die Projektionen reagieren hingegen auf die Wechselkursentwicklung, die den Dollar-Wert der ODA und der BSPs sowie die Gewichte beeinflusst, mit denen die Länder in die zusammenfassenden Kennzahlen eingehen. Der Versuch, Wechselkursänderungen zu projektieren, wurde nicht unternommen.

Zusätzlich zu den Gesamtwerten für die OPEC enthält die Tabelle zusammenfassende Angaben für die Organisation arabischer ölexportierender Länder (OAPEC). Zu den Geberländern der OAPEC gehören Algerien, Irak, Katar, Kuwait, Libyen, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Angaben über die Entwicklungshilfe der OPEC und OAPEC stammen ebenfalls von der OECD.

**Tabelle 17: Bevölkerungswachstum in der Vergangenheit und Projektionen; hypothetische stationäre Bevölkerung**

Die Wachstumsraten für die Bevölkerung sind Periodendurchschnitte, die auf der Grundlage der Bevölkerungsstände zur jeweiligen Jahresmitte berechnet wurden. Die Ländergruppendurchschnitte sind mit den Bevölkerungszahlen der Länder im Jahre 1970 gewogen.

Die Bevölkerungsprojektionen für die Jahre 1980 und 2000 sowie das Jahr, in dem die Bevölkerung schließlich stationär wird, wurden für jedes Land gesondert durchgeführt. Ausgehend von den Informationen über die Gesamtbevölkerung und die Fruchtbarkeits- und Sterbeziffern im Basisjahr 1979, wurden diese Parameter für das Jahr 1980 geschätzt und danach unter Berücksichtigung verallgemeinernder Annahmen in Fünfjahresintervallen in

die Zukunft projiziert bis die stationäre Bevölkerung erreicht war. Die Schätzungen für das Basisjahr stammen aus der VN-Veröffentlichung *World Population Trends and Prospects by Country, 1950 – 2025* sowie der Weltbank, dem Rat für Bevölkerungsfragen (Population Council), dem Statistischen Bundesamt der USA sowie aus jüngeren nationalen Erhebungen.

Die *Nettoreproduktionsziffer* (NRR – Net Reproduction Rate) gibt die Anzahl von Töchtern an, die ein neugeborenes Mädchen im Verlauf seines Lebens gebären wird, wenn feste altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern und ein feststehender Satz von Sterblichkeitsziffern unterstellt werden.

Die NRR mißt dementsprechend das Ausmaß, in dem sich eine neugeborene Gruppe von Mädchen bei gegebener Fruchtbarkeit und Sterblichkeit selbst reproduziert. Eine Nettoreproduktionsziffer von 1 gibt an, daß sich die Fruchtbarkeit auf dem Reproduktionsniveau befindet: Bei dieser Ziffer bringen gebärende Frauen im Durchschnitt nur so viele Töchter zur Welt, um sich selbst innerhalb der Bevölkerung zu reproduzieren. Eine Bevölkerung wird zunächst auch dann weiterwachsen, nachdem die Fruchtbarkeit das Reproduktionsniveau erreicht hat, da die höheren Geburtenziffern aus der Vergangenheit zu einem Altersaufbau mit einem relativ hohen Bevölkerungsanteil führen, der sich im reproduktionsfähigen Alter befindet oder in dieses noch hineinwachsen wird. Mithin hängt die Zeitspanne, die die Bevölkerung eines Landes nach Erreichen der bestandsneutralen Fruchtbarkeit benötigt, um stationär zu werden, von ihrer spezifischen Altersstruktur und früheren Fruchtbarkeitsmustern ab.

Eine *stationäre Bevölkerung* ist eine Bevölkerung, deren alters- und geschlechtsspezifische Sterblichkeitsziffern über einen langen Zeitraum hinweg unverändert geblieben sind, während gleichzeitig die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern auf dem Reproduktionsniveau (NRR = 1) verharrten. In einer solchen Bevölkerung ist die Gebur-

tenziffer konstant und identisch mit der Sterbeziffer; der Altersaufbau verändert sich nicht, und die Zuwachsrates ist Null.

Bei den Projektionen wurde generell davon ausgegangen, daß internationale Wanderbewegungen ohne Einfluß bleiben.

Die Schätzwerte für den hypothetischen Umfang der stationären Bevölkerung und für die Jahre, in denen die bestandsneutrale Fruchtbarkeit und stationäre Bevölkerungsgröße erreicht werden, sind spekulativ. *Sie sollten nicht als Voraussagen aufgefaßt werden.* Sie wurden mit dem Ziel aufgenommen, einen allgemeinen Anhaltspunkt über die langfristigen Implikationen neuerer Trends unter Verwendung stark vereinfachender Annahmen zu geben. Eine ausführlichere Beschreibung des Verfahrens und der Annahmen, die den Schätzungen zugrunde liegen, kann über die Abteilung für Population and Human Resources der Weltbank bezogen werden.

**Tabelle 18: Demographische und fruchtbarkeitsbezogene Kennzahlen**

Die *unbereinigten Geburten- und Sterbeziffern* geben die Zahl der Lebendgeburten bzw. Sterbefälle je tausend Einwohner und Jahr an. Sie stammen aus den gleichen Quellen, die in den technischen Erläuterungen zu Tabelle 17 erwähnt wurden. Die prozentualen Veränderungen wurden auf der Grundlage ungerundeter Daten berechnet.

Die *allgemeine Fruchtbarkeitsziffer* bezeichnet die Kinderzahl, die eine Frau gebären würde, falls sie bis zum Ende ihres gebärfähigen Alters lebte und in jeder Altersstufe in Übereinstimmung mit den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern Kinder zur Welt bringen würde. Die angegebenen Ziffern stammen aus den gleichen Quellen, die in den technischen Erläuterungen zu Tabelle 17 genannt werden.

Die *Quote der Frauen in der gebärfähigen Altersgruppe* mißt die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 44 Jahre) als Prozentsatz der gesamten weiblichen Bevöl-

kerung. Die Schätzwerte wurden aus den Bevölkerungszahlen in Tabelle 17 abgeleitet.

Die *Quote der verheirateten Frauen, die empfängnisverhütende Mittel verwenden*, bezieht sich nur auf die verheirateten Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 44 Jahre). Diese Daten wurden in erster Linie aus den folgenden Quellen entnommen: Dorothy Nortman und Ellen Höfstadter, *Population and Family Planning Programs: A Factbook*, Rat für Bevölkerungsfragen, New York, verschiedene Ausgaben; Dorothy Nortman, *Changing Contraceptive Patterns: A Global Perspective*, Population Bulletin, Bd. 32, Nr. 3, Population Reference Bureau, Washington, D.C., August 1977 sowie *Family Planning Service Statistics, Annual Report, 1976*, US-Agentur für internationale Entwicklung, Büro für Bevölkerungsfragen, Washington, D.C. Die Daten beziehen sich auf verschiedene Jahre, die jedoch um nicht mehr als zwei Jahre von den angegebenen abweichen.

Alle Ländergruppenschneidungen sind mit den Bevölkerungszahlen der Länder gewogen.

#### Tabelle 19: Erwerbspersonen

Der Begriff der *Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter* bezieht sich auf die Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Die Schätzwerte für 1979 basieren auf den Bevölkerungsschätzungen in Tabelle 1; die für 1960 stammen aus der VN-Abteilung für Bevölkerungsfragen. Die Ländergruppenschneidungen sind mit den Bevölkerungszahlen der Länder gewogen.

Die *Erwerbspersonen* (im Text auch als »Arbeitskräfte« oder »Arbeitskräftepotential« bezeichnet) umfassen alle Personen, die wirtschaftlich tätig sind, einschließlich der Streitkräfte und Arbeitslosen, jedoch ohne Hausfrauen, Schüler und Studenten sowie wirtschaftlich inaktive Gruppen. *Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungssektor* sind in den Erläuterungen zu Tabelle 2 definiert. Die Schätzwerte für die Verteilung der Erwerbspersonen

zwischen den Sektoren im Jahre 1960 stammen vom Internationalen Arbeitsamt (ILO – International Labour Office:) *Labour Force Estimates and Projections, 1950–2000*; die meisten Schätzwerte für das Jahr 1979 sind geometrische Extrapolationen von Schätzungen der ILO für die Jahre 1960 und 1970 in der eben zitierten Quelle. Die Ländergruppenschneidungen sind mit den Erwerbspersonenzahlen der Länder gewogen.

Die *Zuwachsraten für die Erwerbspersonen* wurden aus den Bevölkerungsprojektionen der Bank und aus ILO-Unterlagen über die wirtschaftlich aktive Bevölkerung ebenfalls aus der voranstehend zitierten Quelle abgeleitet. Die Ländergruppenschneidungen für 1960 bis 1970 und 1970 bis 1980 sind mit den Erwerbspersonenzahlen der Länder im Jahre 1970 und die für 1980 bis 2000 mit den Projektionen für die Anzahl der Erwerbspersonen der Länder im Jahre 1980 gewogen.

Für einige Länder, in denen bedeutende Veränderungen der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung und/oder der inländischen und grenzüberschreitenden Wanderbewegungen eingetreten sind, könnte die Anwendung der ILO-Daten über die wirtschaftlich aktive Bevölkerung auf die jüngsten Bevölkerungsprojektionen der Bank unzumutbar sein. Die Schätzungen über die Anzahl der Erwerbspersonen im Zeitraum 1980 bis 2000 sollten deshalb mit Vorsicht behandelt werden.

#### Tabelle 20: Verstädterung

Die Angaben zum *prozentualen Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung* stammen von den VN (*Patterns of Urban and Rural Population Growth*, Population Studies, Nr. 63, 1980), ergänzt um Daten der Weltbank und Angaben in verschiedenen Ausgaben des *Demographischen Jahrbuchs der VN*.

Die *Zuwachsraten für die Stadtbevölkerung* wurden auf der Grund-

lage der Bevölkerungsschätzungen der Weltbank ermittelt; die Schätzungen über die Anteile der Stadtbevölkerung wurden aus den vorstehend genannten Quellen abgeleitet.

Die Angaben über die städtische Agglomeration stammen ebenfalls von den Vereinten Nationen.

Die Schätzwerte in dieser Tabelle auf unterschiedlichen nationalen Definitionen des Begriffs »städtisch« beruhen, sollten Länderquervergleiche mit Vorsicht interpretiert werden.

Die Ländergruppenschneidungen für den prozentualen Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung sind mit den Bevölkerungszahlen der Länder gewogen, die übrigen Ländergruppenschneidungen sind mit den städtischen Einwohnerzahlen der Länder gewogen.

#### Tabelle 21: Kennzahlen zur Lebenserwartung

Die *Lebenserwartung bei der Geburt* ist in den technischen Erläuterungen zu Tabelle 1 definiert.

Die *Säuglingssterblichkeitsziffer* mißt die Anzahl der Säuglinge, die je tausend Lebendgeburten pro Jahr vor Erreichen des ersten Lebensjahres sterben. Die Daten stammen aus einer Reihe verschiedener Quellen wie den *Demographischen Jahrbüchern* der VN und der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes der USA *World Population: 1977*; sie beziehen sich auf eine Reihe unterschiedlicher Jahre, die jedoch um nicht mehr als zwei Jahre von den angegebenen Jahren abweichen.

Die *Kindersterbeziffer* mißt für ein gegebenes Jahr die Anzahl der Sterbefälle bei Kindern im Alter von ein bis vier Jahren je tausend Kinder der gleichen Altersgruppe. Für Länder mit einer zuverlässigen Erfassung der Sterbefälle wurden diese Ziffern verschiedenen Ausgaben des *Demographischen Jahrbuchs* der VN entnommen; sie beziehen sich auf eine Reihe unterschiedlicher Jahre, die jedoch um nicht mehr als zwei Jahre von den angegebenen Jahren abweichen. Für andere Länder wurden die

Ziffern aus den jeweils geeigneten Coale-Demeny Sterbetafeln abgeleitet, die der Lebenserwartung bei der Geburt für die Jahre 1960 und 1979 entsprechen. (Vgl. Ansley J. Coale und Paul Demeny, *Regional Model Life Tables and Stable Populations*, Princeton University Press, Princeton, N.J., 1966).

Die Ländergruppenschritte dieser Tabelle sind mit den Bevölkerungszahlen der Länder gewogen.

#### **Tabelle 22: Gesundheitsbezogene Kennzahlen**

Die Schätzungen über die *Einwohner je Arzt und je Beschäftigten in der Krankenpflege* sind aus den Unterlagen der Weltgesundheitsorganisation (WHO – World Health Organization) abgeleitet; sie wurden teilweise revidiert, um neue Informationen aus berichtenden Ländern zu berücksichtigen. Sie tragen auch den revidierten Bevölkerungsschätzungen Rechnung, die in Tabelle 1 enthalten sind. Die in der Krankenpflege Beschäftigten umfassen graduierte Mitarbeiter und das praktische Krankenpflegepersonal sowie Hilfspersonal. Die Daten sind zwischen den Ländern streng genommen nicht vergleichbar, da die Definition der in der Krankenpflege Beschäftigten von Land zu Land abweicht und da sich die Daten auf eine Reihe von Jahren beziehen, die allerdings im allgemeinen nicht um mehr als zwei Jahre von den angegebenen abweichen.

Die *Quote der Bevölkerung mit Trinkwasserversorgung*, von der WHO geschätzt, erfaßt den Anteil der Bevölkerung, der innerhalb vernünftiger Grenzen Zugang zu unbedenklichem Wasser hat, wozu gereinigtes Oberflächenwasser und unge-reinigtes, aber unverseuchtes Wasser – etwa aus Bohrlöchern, Quellen und Brunnen – gehören.

Das *tägliche Kalorienangebot pro Kopf* wurde durch Division des Kaloriengegenwertes des Nahrungsmittelangebots in einem Land durch seine Bevölkerungszahl ermittelt. Zum Nahrungsmittelangebot gehören Inlandsproduktion, Einfuhr ab-

züglich Ausfuhr und Bestandsveränderungen. Nicht berücksichtigt werden Tierfutter, landwirtschaftliches Saatgut und die Nahrungsmittelmengen, die bei Verarbeitung und Vertrieb verlorengehen. Der *tägliche Kalorienbedarf pro Kopf* mißt die Kalorien, die erforderlich sind, um ein normales Niveau der wirtschaftlichen Aktivität und Gesundheit in der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, wobei ihrem Alters- und Geschlechtsaufbau, dem durchschnittlichen Körpergewicht und der Lufttemperatur Rechnung getragen wird. Die Schätzwerte für beide Kennzahlen stammen von der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft.

Die Ländergruppenschritte dieser Tabelle sind mit den Bevölkerungszahlen der Länder gewogen.

#### **Tabelle 23: Erziehungswesen**

Die in dieser Tabelle ausgewiesenen Daten beziehen sich auf eine Reihe unterschiedlicher Jahre, die jedoch im allgemeinen um nicht mehr als zwei Jahre von den angegebenen Jahren abweichen; sie wurden überwiegend von der UNESCO übernommen.

Die Angaben über die *Zahl der Grundschüler* beziehen sich auf Schätzungen über die Gesamtheit aller sowie die Anzahl der weiblichen und männlichen Grundschüler aller Altersstufen; sie sind als Prozentsätze der gesamten sowie der männlichen und weiblichen Bevölkerung im Grundschulalter ausgedrückt, um »Bruttorelationen für den Grundschulbesuch« auszuweisen. Obwohl als grundschulfähiges Alter in der Regel ein Alter von 6 bis 11 Jahren angesehen wird, schlagen sich die Unterschiede zwischen den Ländern im Hinblick auf das übliche Schulalter und die Dauer der Ausbildung in den angegebenen Relationen nieder. In Ländern mit einer umfassenden Grundschulerziehung können die Bruttorelationen für den Schulbesuch den Wert 100 übersteigen, sofern das amtliche Grundschulalter von einigen Schülern unter- oder überschritten wird.

Die Angaben über den *Besuch weiterführender Schulen* sind entsprechend aufgebaut, wobei im allgemeinen ein Alter von 12 bis 17 Jahren als typisches Schulalter angenommen wird.

Die Daten über den *Besuch höherer Schulen und Universitäten* stammen von der UNESCO.

Die *Alphabetenquote für Erwachsene* ist in den technischen Erläuterungen zu Tabelle 1 definiert.

Alle Ländergruppenschritte dieser Tabelle sind mit den Bevölkerungszahlen der Länder gewogen.

#### **Tabelle 24: Verteidigungs- und Sozialausgaben**

Alle Angaben über die Transaktionen der Zentralregierungen stammen aus dem *Statistischen Jahrbuch für öffentliche Finanzierung* und der Datensammlung des IWF. Diese Transaktionen umfassen laufende und Investitions- bzw. Entwicklungsausgaben. Die Begrenzung der Ausgaben auf Daten für die Zentralregierungen wurde teils durch die unzulängliche statistische Erfassung der Behörden auf Landes-, Kreis-, Gemeinde- und Regierungsebene und teils dadurch erzwungen, daß für die untergeordneten Verwaltungsebenen keine Daten verfügbar sind. Das statistische Bild über die Verteilung der finanziellen Mittel auf verschiedene Bereiche kann hierdurch vor allem in großen Ländern, in denen die nachgeordneten Behörden weitgehend autonom und für eine Vielzahl sozialer Aufgaben zuständig sind, stark verzerrt werden.

Die *Ausgaben der Zentralregierung* umfassen die Ausgaben aller staatlichen Ämter, Büros, Einrichtungen und sonstiger Stellen, die ausführende Organe oder Instrumente der zentralen Verwaltungsbehörde eines Landes sind. Damit werden aber nicht notwendigerweise alle öffentlichen Ausgaben erfaßt.

*Verteidigungsausgaben* sind, unabhängig davon, ob sie von den Verteidigungsministerien oder anderen Ämtern getätigt werden, alle



Ausgaben für die Streitkräfte, einschließlich der Ausgaben für militärische Leistungen und Ausrüstungen, Bauten, Rekrutierung und Ausbildung. Hierzu zählen außerdem Ausgaben zur Verbesserung öffentlicher Leistungen, soweit sie auf kriegsbedingte Notfälle abstellen, sowie Ausgaben für die Ausbildung ziviler Verteidigungskräfte, für militärische Auslandshilfe und Beiträge an internationale militärische Organisationen und Bündnisse.

Die Ausgaben für *Erziehung* umfassen Ausgaben der Zentralregierung für die Bereitstellung, Verwaltung, Kontrolle und Unterhaltung von Vor-, Grund- und weiterführenden Schulen, Universitäten und Hochschulen sowie von berufsbezogenen, technischen und sonstigen Ausbildungseinrichtungen. Erfasst werden außerdem Ausgaben für die allgemeine Verwaltung und Kontrolle des Erziehungswesens, für Forschung über Ziele, Organisation, Verwaltung und Konzept des Erziehungswesens sowie Ausgaben für ergänzende Leistungen wie Transport, Schulspeisung sowie allgemein- und zahnmedizinische Behandlung in den Schulen.

Die Ausgaben für *Gesundheit* erfassen öffentliche Ausgaben für Krankenhäuser, allgemein- und zahnmedizinische Behandlungszentren, für Kliniken, soweit die Bereitstellung medizinischer Leistungen wesentlicher Bestandteil ihrer Tätigkeit ist, sowie Ausgaben für nationale gesundheitspolitische Maßnahmen und öffentliche Krankenversicherungen, für Familienplanung und medizinische Vorsorgeleistungen. Erfasst werden darüber hinaus Ausgaben für die allgemeine Verwaltung und Kontrolle der zuständigen Regierungsämter, Krankenhäuser und Kliniken, Gesundheit und Hygiene sowie für nationale gesundheitspolitische Programme und Krankenversicherungen.

Hervorzuheben ist, daß die angegebenen Daten vor allem für Gesundheit und Erziehung aus mehreren Gründen zwischen den einzelnen Ländern nicht vergleichbar sind: Viele Länder verfügen im Gesundheits- und Erziehungswesen über ein

beträchtliches Angebot an privaten Leistungen; in anderen Ländern sind die öffentlichen Dienstleistungen die wichtigste Ausgabenkomponente. Aus diesem Grunde sollten die Angaben nur mit großer Vorsicht für Länderquervergleiche verwendet werden.

Die Ländergruppendurchschnitte für die Verteidigungsausgaben in Prozent des BSP sind mit dem BSP der Länder und die Durchschnitte für die Verteidigungsausgaben in Prozent der Ausgaben der Zentralregierung mit den Ausgaben der Zentralregierung jeweils in laufenden Dollar gewogen. Die übrigen Ländergruppendurchschnitte dieser Tabelle wurden mit den Bevölkerungszahlen der Länder gewichtet.

#### **Tabelle 25: Einkommensverteilung**

Die Angaben in dieser Tabelle betreffen die Verteilung des verfügbaren Gesamteinkommens aller Haushalte auf prozentuale Haushaltgruppen, die nach ihrem gesamten Haushaltseinkommen geordnet sind. Die Verteilungen umfassen ländliche und städtische Gebiete und beziehen sich auf verschiedene Jahre zwischen 1966 und 1978.

Die Schätzungen für Lateinamerika stammen mit Ausnahme derjenigen für Mexiko aus vorläufigen Untersuchungsergebnissen eines gemeinsamen Vorhabens der Weltbank und der Wirtschaftskommission der VN für Lateinamerika (ECLA) oder aus bereinigten Daten der Weltbank zur Einkommensverteilung. Die Verteilungen für Mexiko sind das Ergebnis der Erhebung über die Haushaltseinkommen aus dem Jahre 1977. Die Schätzungen für die meisten Entwicklungsländer in Asien und Afrika basieren entweder auf vorläufigen Ergebnissen eines gemeinsamen Projekts der Weltbank und der Kommission für wirtschaftliche und soziale Fragen der Länder Asiens und des Pazifik (ESCAP) oder stammen aus bereinigten Weltbank-Daten zur Einkommensverteilung. Die Schätzwerte für andere Entwicklungsländer beruhen auf Daten, die die Weltbank

aus nationalen Quellen erhalten hat, aber unbereinigt sind.

Die Angaben für die Niederlande und Großbritannien stammen von den statistischen Ämtern dieser Länder und die für die übrigen marktwirtschaftlichen Industrieländern von Malcolm Sawyer, *Income Distribution in OECD Countries*, OECD Occasional Studies, Juli 1976; sie beziehen sich auf Einkommen nach Steuern und sind methodisch in etwa mit den Verteilungen für die Entwicklungsländer vergleichbar.

Da die Erhebung von Daten über die Einkommensverteilung in vielen Ländern nicht systematisch organisiert und nicht in das amtliche statistische Erfassungswesen integriert ist, wurden die Schätzungen in der Regel aus Untersuchungen abgeleitet, die für andere Zwecke bestimmt sind – in den meisten Fällen Erhebungen über Verbrauchsausgaben –, die jedoch auch Informationen über Einkommen erfassen. Die Erhebungen wenden unterschiedliche Einkommensbegriffe und Stichprobenabgrenzungen an. Darüber hinaus ist der Repräsentationsgrad dieser Erhebungen in vielen Fällen für den Zweck, zuverlässige landesweite Schätzungen über die Einkommensverteilung zu gewinnen, zu begrenzt. Wenn auch davon ausgegangen wird, daß die Schätzungen die bestverfügbaren sind, so schließen sie diese Probleme nicht völlig aus; sie sollten deshalb mit außerordentlicher Vorsicht interpretiert werden.

Die Reichweite der Kennzahlen ist ähnlich begrenzt. Da sich die Haushalte in ihrer Größe unterscheiden, ist eine Verteilung, die die Haushalte nach dem Haushaltseinkommen pro Kopf untergliedert, für viele Zwecke aussagekräftiger als eine Verteilung nach ihrem Gesamteinkommen. Diese Unterscheidung ist von Bedeutung, da Haushalte mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen häufig große Haushalte sind, deren Gesamteinkommen relativ hoch sein kann. Angaben über die Verteilung der Haushaltseinkommen pro Kopf stehen allerdings nur in wenigen Ländern zur Verfügung. Die Weltbank hat die Arbeit an einer



Studie zur Messung des Lebensstandards (Living Standards Measurement Study) aufgenommen, um Verfahren und Anleitungen zu entwickeln, die den Ländern bei der Verbesserung ihrer Erhebung und Auswertung von Daten über die Einkommensverteilung helfen können.

# Verzeichnis der Datenquellen

<b>Volkswirtschaftliche Gesamt-rechnung und wirtschaftliche Kennzahlen</b>	<p><i>A System of National Accounts</i>. New York: UN Department of International Economic and Social Affairs, 1968.</p> <p><i>Yearbook of National Accounts Statistics</i>. New York: UN Department of International Economic and Social Affairs, verschiedene Ausgaben.</p> <p><i>Statistical Yearbook</i>. New York: UN Department of International Economic and Social Affairs, verschiedene Ausgaben.</p> <p><i>Monthly Bulletin of Statistics</i>. New York: UN Department of International Economic and Social Affairs, verschiedene Ausgaben.</p> <p><i>World Bank Atlas, 1980</i>. Washington, D.C.: Weltbank, 1981.</p> <p><i>Production Yearbook</i>. Rome FAO, verschiedene Ausgaben.</p> <p>Datensammlung der Weltbank.</p> <p>Nationale Quellen.</p>
<b>Energie</b>	<p><i>World Energy Supplies, 1950-74, 1972-76 and 1973-78</i>. UN Statistical Papers, Reihe J, Nm. 19, 21 und 22. New York: UN Department of International Economic and Social Affairs, 1974, 1978 und 1979.</p> <p><i>Yearbook of World Energy Statistics, 1979</i>. New York: UN Department of International Economic and Social Affairs, 1981.</p>
<b>Handel</b>	<p><i>Direction of Trade</i>. Washington, D.C.: IWF, verschiedene Ausgaben.</p> <p><i>International Financial Statistics</i>. Washington, D.C.: IWF, verschiedene Ausgaben.</p> <p><i>Handbook of International Trade and Development Statistics</i>. New York: UN Conference on Trade and Development, verschiedene Ausgaben.</p> <p><i>Monthly Bulletin of Statistics</i>. New York: UN Department of International Economic and Social Affairs, verschiedene Ausgaben.</p> <p><i>Yearbook of International Trade Statistics</i>. New York: UN Department of International Economic and Social Affairs, verschiedene Ausgaben.</p> <p>Bänder der Vereinten Nationen mit Handelsdaten.</p>
<b>Zahlungsbilanz, Kapitalverkehr und Verschuldung</b>	<p><i>Balance of Payments Manual</i>. 4. Ausgabe, Washington, D.C.: IWF, 1977.</p> <p>Datensammlung des Internationalen Währungsfonds über Zahlungsbilanzen.</p> <p><i>Development Co-operation</i>. Paris: OECD, verschiedene Jahresausgaben.</p> <p>Schuldenberichtssystem der Weltbank.</p>
<b>Bevölkerung</b>	<p><i>World Population Trends and Prospects by Country, 1950-2025: Summary Report of the 1980 Assessment</i>. New York: UN Department of International Economic and Social Affairs, 1980.</p> <p><i>Demographic Yearbook</i>. New York: UN Department of International Economic and Social Affairs, verschiedene Ausgaben.</p> <p>Bänder der Vereinten Nationen mit Bevölkerungsdaten.</p> <p><i>World Population: 1979</i>. Washington, D.C.: US Bureau of the Census, International Demographic Data Center, 1980.</p> <p><i>World Bank Atlas, 1980</i>. Washington, D.C.: Weltbank, 1981.</p> <p>Datensammlung der Weltbank.</p>
<b>Erwerbspersonen</b>	<p><i>Labour Force Estimates and Projections, 1950-2000</i>. 2. Ausgabe, Genf: ILO, 1977.</p> <p>Datenbänder des Internationalen Arbeitsamts.</p> <p>Datensammlung der Weltbank.</p>
<b>Soziale Kennzahlen</b>	<p><i>Demographic Yearbook</i>. New York: UN Department of International Economic and Social Affairs, verschiedene Ausgaben.</p> <p><i>Statistical Yearbook</i>. New York: UN Department of International Economic and Social Affairs, verschiedene Ausgaben.</p> <p><i>Compendium of Social Statistics: 1977</i>. New York: UN Department of International Economic and Social Affairs, 1980.</p> <p><i>Statistical Yearbook</i>. Paris: UNESCO, verschiedene Ausgaben.</p> <p><i>World Health Statistics Annual</i>. Genf: WHO, verschiedene Ausgaben.</p> <p><i>World Health Statistics Report. Special Issue on Water and Sanitation</i>, Bd. 29, Nr. 10., Genf: WHO, 1976.</p> <p><i>Government Finance Statistics Yearbook, 1980</i>. Bd. IV, Washington D.C.: IWF, 1980.</p> <p>Datensammlung der Weltbank.</p>